

JAHRBUCH FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

1974 · TEIL-III

AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN DER DDR
INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte

Unter beratender Mitarbeit von

H. Aptheker (USA), E. Hobsbawm (Großbritannien), J. Kuczynski (DDR), W. Kula (Polen),
H. Mottek (DDR), S. P. Pach (Ungarn), J. Purš (ČSSR), E. Ragionieri (Italien), S. I. Tjulpanow
(Sowjetunion)

Auslandskorrespondenten

Emil Niederhauser (VR Ungarn), S. Sak (Sowjetunion), Jerzy Tomaszewski (VR Polen)

Redaktionskollegium

Jan Peters (Chefredakteur), Traute Scholz (Stellv. Chefredakteur), Rudolf Berthold, Renate Günther,
Horst Heining, Wolfgang Jonas, Parviz Khalatbari, Heinz Kreißig, Fedor Kretschmar,
Hansgünter Meyer, Hans-Heinrich Müller, Helga Nussbaum, Hans Radandt, Karl Reißig,
Alfred Schröter, Rolf Sonnemann, Irene Strube

Arbeitsgruppe Literaturkritik

Hans-Heinrich Müller (Leiter), Gisela Buchheim, Siegfried Epperlein, Parviz Khalatbari, Hermann
Lehmann, Peter Musiolek, Manfred Nussbaum, Hildegard Hoffmann, Jörg Roesler, Heinzpeter
Thümmeler

Redaktionssekretär: Ingrid Thümmeler

Jahrbuch für Wirtschafts- geschichte

1974 · TEIL III



AKADEMIE-VERLAG · BERLIN · 1974

Redaktionsschluß: 15. 12. 1973

Anschrift der Redaktion:

108 Berlin, Zimmerstr. 94

Erschienen im Akademie-Verlag, 108 Berlin, Leipziger Straße 3—4

Copyright 1974 by Akademie-Verlag

Lizenznummer: 202 · 100/96/74

Offsetdruck: VEB Druckerei „Thomas Müntzer“, 582 Bad Langensalza/DDR

Bestellnummer: 752 4557 (2103/74/3) · LSV 0305

Einzelpreis des Bandes 18,— M

Abonnementpreis des Jahrganges 72,— M (4 Bände)

Zu diesem Band		9
ABHANDLUNGEN, STUDIEN, MISZELLEN		
J. Roesler	Die Beziehungen zwischen dem sozialistischen Wettbewerb und der zentralen staatlichen Leitung in den Jahren 1948 bis 1955	13
R. Sonnemann/S. Richter	Ursprung und Verlauf der wissenschaftlich-technischen Revolution	35
J. Kuczynski	Planung in der Wirtschaftsgeschichte	55
H. Mottek	Zur historischen Entwicklung der ökonomischen Rolle des bürgerlichen Staates bis zum ersten Weltkrieg	65
Y. Tamagaki	Einige Merkmale des Mechanismus des wirtschaftlichen Wachstums des japanischen Kapitalismus	73
R. Berthold	Zur sozialökonomischen Struktur des kapitalistischen Systems der deutschen Landwirtschaft zwischen 1907 und 1925	105
P. Gunst	Die Entwicklungstendenzen der Hektarerträge in der ungarischen Landwirtschaft zwischen 1869 und 1969 (mit internationalem Vergleich)	127
W. Strube	Zur Annäherung von Wissenschaft und Produktion im 18. Jahrhundert - dargestellt am Beispiel der Chemie	141
S. Tjul'panov/S. Sak	Der Einfluß der Gemeindestruktur auf die Migrationsprozesse der Bevölkerung in den Entwicklungsländern	167
G. Lewin	Die staatliche Leitung und Kontrolle von Manufakturen und handwerklicher Produktion im China der frühen Song-Zeit	179
DISKUSSIONEN		
M. Nussbaum	Zu Stellung und Situation der Landwirtschaft und zum "ausländischen Sektor" in den Entwicklungsländern	203

B. Widera Blühender Handel und blühendes Handwerk in der vormongolischen Ruß. Kritische Einwände zu Bemerkungen von Siegfried Epperlein, Zur Geschichte der mittelalterlichen Stadt in West- und Osteuropa 209

S. Epperlein Zur Erforschung der Stadt in der Kiever Ruß 213

LITERATURKRITIK

D. Eichholtz Manager des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Bürgerliche Literatur über faschistische Minister und Militärs in der Kriegswirtschaft 1939 bis 1945. Alan S. Milward, Die deutsche Kriegswirtschaft 1939 - 1945; Georg Thomas, Geschichte der deutschen Wehr- und Rüstungswirtschaft (1918 - 1943/45); Gregor Janssen, Das Ministerium Speer. Deutschlands Rüstung im Krieg; Berenice A. Carroll, Design for Total War. Arms and Economics in the Third Reich; Albert Speer, Erinnerungen; David Irving, Die Tragödie der Deutschen Luftwaffe. Aus den Akten und Erinnerungen von Feldmarschall Milch 217

D. Baudis Wirtschaft und Kriegführung im imperialistischen Deutschland 1914 bis 1918. Zur Darstellung der Rolle der Wirtschaft bei der Vorbereitung und Führung des ersten Weltkrieges in einigen neueren historischen Publikationen in der BRD und der DDR. Burchardt, Lothar, Friedenswirtschaft und Kriegsvorsorge. Deutschlands wirtschaftliche Rüstungsbestrebungen vor 1914; Kielmansegg, Peter Graf, Deutschland und der Erste Weltkrieg; Deutschland im ersten Weltkrieg, herausgegeben von der Deutschen Akademie der Wissenschaften von Berlin, Institut für Geschichte, Arbeitsgruppe Erster Weltkrieg, Leitung: Fritz Klein, Band 1: Vorbereitung, Entfesselung und Verlauf des Krieges bis Ende 1914, von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Fritz Klein; Band 2: Januar 1915 bis Oktober 1917, von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Willibald Gutsche; Band 3: November 1917 bis November 1918, von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Joachim Petzold 235

J. Kuczynski "Was ist Sozialgeschichte"? Rudolf Rübberdt, Geschichte der Industrialisierung. Wirtschaft und Gesellschaft auf dem Weg in unsere Zeit; Deutsche Sozialgeschichte. Dokumente und Skizzen, hg. v. Werner Pöls, Band 1: 1815 - 1870 253

H. Harnisch/H.-H. Müller	Faktoren und Indikatoren der Wirtschaftsgeschichte. Betrachtungen zu: Wirtschaftliche und soziale Probleme der gewerblichen Entwicklung im 15. - 16. und 19. Jahrhundert, hg. v. Friedrich Lütge; Hans-Jürgen Schmitz, Faktoren der Preisbildung für Getreide und Wein in der Zeit von 800 bis 1350	259
--------------------------	---	-----

BETRIEBSGESCHICHTE

H. Radandt	Gute betriebsgeschichtliche Bücher - Beispiele für noch bessere!	277
Th. Mette	Fragen der Betriebsgeschichtsschreibung bei der Deutschen Reichsbahn	293

QUELLEN UND MATERIALIEN

Bestandsinformation für den Wirtschaftshistoriker aus dem Zentralen Staatsarchiv der DDR

H. Schreyer	Nachlaß Arthur Dix, Zentrales Staatsarchiv der DDR, Historische Abteilung I	301
-------------	---	-----

BERICHTE

Th. Kuczynski	Internationales Kolloquium über quantitative Methoden in den historischen Wissenschaften	309
S. Richter	Fünfte Jahrestagung des interdisziplinären Arbeitskreises Geschichte der Produktivkräfte	311
H. - H. Müller	Agrarhistorisches Kolloquium in Rostock vom 3. bis 5. Juli 1973	321
B. Berthold	Kolloquium "Zur geschichtlichen Rolle des deutschen Bürgertums im Feudalismus"	327
E. Engel	Charakter und Funktion der Städtebünde in der feudalen Gesellschaft	333
P. Donat	7. Tagung der Fachgruppe Ur- und Frühgeschichte der Historiker-Gesellschaft der DDR in Dresden vom 10. bis 12. Mai 1973	337

BIBLIOGRAPHIE

R. Günther	Hochschulschriften zur Wirtschaftsgeschichte	343
H. Freydanck	Bibliographie von Arbeiten zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Altertums. Teil III; Sowjetische Arbeiten zur altorientalischen Gesellschaftsformation (1961 bis 1971)	355

Autorenverzeichnis		371
--------------------	--	-----

Содержание, Contents, Contenu, Sumario		373
--	--	-----

Zu diesem Band

Fünfundzwanzig Jahre DDR - historisch ein kurzer Zeitraum, nichtsdestoweniger für uns und insbesondere für die Historiker der Wirtschaftsgeschichte des Sozialismus ein Zeitraum brennender Probleme, lang genug, um schon Entwicklungen analysieren zu können, wichtig genug, um seine Geschichte zu schreiben. Eingedenk der Aufgabe des Jahrbuchs, Arbeiten zur Wirtschaftsgeschichte des Sozialismus zu fordern und zu fördern, haben wir uns dieser Verpflichtung wiederholt gestellt, in größerem Umfang zuletzt im Band 2/1972. Für den vorliegenden Band weisen wir auf die Beiträge von Roesler und Radandt hin, in denen DDR-Wirtschaftsgeschichte geschrieben wird.

Es trifft sich für das Jahrbuch gut, zum 25. Jahrestag unserer Republik die Möglichkeit zu haben, diesen und den folgenden Band im Umfang zu erweitern. Auch diesmal machen die thematische Breite, die Verschiedenartigkeit der wirtschaftshistorischen Gebiete und Epochen sowie die geographische Streuung den Band zu einem typischen Vertreter in seiner Reihe.

Etwa gleichzeitig gibt das Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte einen Sonderband heraus, der Jürgen Kuczynski, dem Nestor der Wirtschaftsgeschichtsforschung in der DDR, zu seinem 70. Geburtstag am 17. September 1974 gewidmet ist. Der Band enthält eine größere Arbeit Kuczynskis zum Thema "Die Muse und der Historiker". Kuczynski behandelt in dieser Arbeit das Problem der künstlerischen und wissenschaftlichen Aneignung der Realität durch Historiker. Der Band enthält auch eine umfassende Bibliographie sämtlicher Schriften Jürgen Kuczynskis.

März 1974

Abhandlungen,

Studien, Miscellen

DIE BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DEM SOZIALISTISCHEN WETTWERB UND DER ZENTRALEN STAATLICHEN LEITUNG IN DEN JAHREN 1948 BIS 1955

von Jörg Roesler

0. Vorbemerkung
1. Gedanken zum Verhältnis von Wettbewerbsbewegung und Leitung und Planung der Volkswirtschaft
 - 1.1. Wettbewerbsbewegung und wirtschaftspolitische Zielstellung
 - 1.2. Zur gegenseitigen Beeinflussung der Formen und Methoden der staatlichen Leitung, Planung und der Wettbewerbsbewegung
2. Die Entwicklung der wechselseitigen Beziehungen zwischen Wettbewerbsbewegung und staatlicher Leitung und Planung in der Industrie Ende der vierziger bis Mitte der fünfziger Jahre
 - 2.1. Die Widerspiegelung der ökonomischen Aufgaben in den Zielen der Wettbewerbsbewegung
 - 2.2. Der Einfluß des staatlichen Leitungs- und Planungssystems auf die Formen der Wettbewerbsführung
 - 2.2.1. Die Verteilung der Entscheidungsbefugnisse in der Planung und ihr Einfluß auf die Formen der Wettbewerbsbewegung
 - 2.2.2. Die Entwicklung der Planaufschlüsselung und ihr Einfluß auf die Formen der Wettbewerbsführung
3. Die Gesamtproblematik (Entwicklung und Einschätzung)

0. Vorbemerkung

Im Aufruf des Nationalrates der Nationalen Front zum 25. Jahrestag der Deutschen Demokratischen Republik wird festgestellt: "Der Aufbau neuer Industriezweige, die Errichtung Hunderter moderner neuer Betriebe, der Bau neuer Städte und Stadtteile, die Entwicklung einer blühenden Landwirtschaft, das Entstehen einer sozialistischen Kultur, eine Sozialpolitik und ein Bildungswesen, die im wahren Sinne des Wortes sozialistisch sind - all das fiel uns nicht in den Schoß, sondern wurde mit viel Fleiß, Tatkraft und Gedankenreichtum im engsten Bündnis mit der Sowjetunion und allen anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft geschaffen ... Wir danken den Aktivisten der ersten Stunde, wir danken allen Bürgern der DDR, ob jung oder alt, für ihre Mitarbeit beim Aufbau der DDR, für ihre Millionen guten Taten, ohne die wir heute nicht das wären, was wir sind; eine Gesellschaft, die sich auf das demokratische Mitdenken und Mithandeln so vieler stützen kann, weil sie eine sozialistische ist."¹

1 Aufruf des Nationalrats der Nationalen Front der DDR zum 25. Jahrestag der Deutschen Demokratischen Republik, in: Neues Deutschland, 9. 1. 1974, S. 1.

Unter den "Millionen guten Taten", die den Grundstein für unsere heutigen Erfolge legten, verdienen die Initiativen der Werktätigen im Rahmen der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung an hervorragender Stelle genannt zu werden. Die Wettbewerbsbewegung half nicht nur, die Voraussetzungen für den materiellen Wohlstand zu schaffen. Sie hat vielmehr auch entscheidend dazu beigetragen, daß "das Mitarbeiten, Mitplanen und Mitregieren . . . für Hunderttausende zur Selbstverständlichkeit, zum Kennzeichen sozialistischer Demokratie"² wurde. Der Wettbewerbsbewegung gebührt deshalb bei der wirtschaftshistorischen Darstellung des Entwicklungsweges unserer Republik ein zentraler Platz.

Die Erkenntnis, daß der Wettbewerb objektiver, gesetzmäßiger Bestandteil der sozialistischen Produktionsweise ist, geht auf Lenin zurück. Bereits 1918³, vor allem aber nachdem die ersten entscheidenden Siege über die Konterrevolution der Sowjetmacht eine gewisse Ruhepause gebracht hatten, die es den Bolschewiki gestattete, sich stärker wirtschaftspolitischen Fragen zuzuwenden, beschäftigte sich Lenin in zunehmendem Maße mit den Fragen des Wettbewerbs.⁴ Fußend auf den Leninschen Erkenntnissen über Rolle und Charakter der Wettbewerbsbewegung im Sozialismus, ist in der DDR wiederholt zu theoretischen und praktischen Problemen des sozialistischen Wettbewerbs Stellung genommen worden, so unter anderem in zwei Monographien⁵ und mehreren Artikeln⁶, die aus wirtschaftshistorischer Sicht die Wettbewerbsbewegung in der DDR während der Übergangsperiode darstellen.

Es ist daher nicht notwendig, die Rolle und Funktion des Wettbewerbs als objektive Kategorie der sozialistischen Produktionsweise (nochmals) zu untersuchen bzw. die Entwicklung der Wettbewerbsbewegung in der Übergangsperiode an sich nachzuzeichnen. Gemäß der Zielstellung des Artikels gilt es vor allem, die Wechselwirkung zwischen Umfang, Form und Methoden⁷

2 Ebenda.

3 Lenin, W. I., Wie soll man den Wettbewerb organisieren?, in: Werke, Bd. 26, Berlin 1961, S. 402 ff.; derselbe, Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, in: Werke, Bd. 27, Berlin 1960, S. 225 ff.

4 Derselbe, Die große Initiative, in: Werke, Bd. 29, Berlin 1961, S. 397 ff.; derselbe, Referat über die Subbotniks . . ., in: Werke, Bd. 30, Berlin 1961, S. 273 ff. usw.

5 Falk, Waltraud, Kleine Geschichte einer großen Bewegung. Zur Geschichte der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung in der Industrie der DDR, Berlin 1966; Keller, Dietmar, Lebendige Demokratie. Der Übergang von der antifaschistischen zur sozialistischen Demokratie in der volkseigenen Industrie der DDR 1948 bis 1952, Berlin 1971.

6 Vgl. dazu u. a. Dittrich, G., Über Wesen und Entwicklung des sozialistischen Wettbewerbs in der DDR, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig. Gesellschafts- und Sprachwiss. Reihe, Nr. 1/1966, S. 105 ff.; Robbe, Waltraud, Probleme der Geschichte des Kampfes um die Einbeziehung der Werktätigen in die Leitung von Staat und Wirtschaft. Die Jahre von 1945 - 1949, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1960, T. 1, S. 11 ff.; Schüler, Andreas, Zu einigen Problemen der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung in der sozialistischen Industrie der Deutschen Demokratischen Republik, in: Probleme der politischen Ökonomie, Bd. 2, Berlin 1959, S. 192 ff.

7 Die Wettbewerbe werden in folgendem erstens nach ihren unterschiedlichen ökonomischen und außerökonomischen Zielen als Wettbewerbsmethoden unterschieden. Jene wurden in der Regel nach ihren Initiatoren benannt, z. B. Christoph-Wehner-Methode, Frida-Hockauf-Bewegung usw. Zweitens wurden die Wettbewerbe nach ihren Organisationsformen (individuelle bzw. kollektive) und ihrer Stellung im Leitungs- und Planungsprozeß (z. B. Wettbewerbe auf dem Gebiet der Planaufstellung oder Plandurchführung) als Wettbewerbsformen unterschieden. Jede konkrete Wettbewerbsinitiative läßt sich also einer bestimmten Wettbewerbsmethode und einer Wettbewerbsform zuordnen. Diese von uns vorgenommene Einteilung erfolgt in Anlehnung an: Ökonomisches Lexikon, Bd. 2, Berlin 1971, S. 1142.

der Wettbewerbsbewegung einerseits und dem konkreten Entwicklungsstand der staatlichen Leitung und Planung andererseits zu analysieren. Dazu finden sich auch in der genannten Literatur Hinweise. Eine systematische Untersuchung dieser Beziehungen aus wirtschaftshistorischer Sicht konnte jedoch schon wegen des Rückstandes, den die Erforschung der Leitung und Planung der Volkswirtschaft zur Zeit des Erscheinens der genannten Schriften hatte, nicht vorgenommen werden. Das gilt es nunmehr nachzuholen.

Bevor wir uns der historischen Analyse der Wechselbeziehungen zwischen Wettbewerbsbewegung und staatlichem Leitungs- und Planungssystem zuwenden, sind zunächst noch einige grundsätzliche Bemerkungen zum Verhältnis von Wettbewerbsbewegung und staatlicher Leitung in der Übergangsperiode zu machen.

1. Gedanken zum Verhältnis von Wettbewerbsbewegung und Leitung und Planung der Volkswirtschaft

1.1. Wettbewerbsbewegung und wirtschaftspolitische Zielstellung

Das Verhältnis der staatlichen Leitung der Wirtschaft zu den wirtschaftspolitischen Zielstellungen wurde vom Marxismus-Leninismus wie folgt bestimmt:

Leitung und Planung sind Mittel zur Durchsetzung der wirtschaftspolitischen Ziele, Mittel zum Zweck. Die konkreten Formen und Methoden der staatlichen Leitung werden wesentlich durch die jeweiligen politischen und ökonomischen Zielstellungen geprägt. Diese Ziele beruhen auf objektiven, sich aus den ökonomischen Gesetzmäßigkeiten der Übergangsperiode sowie den konkreten Ausgangs- und Entwicklungsbedingungen der Volkswirtschaft abgeleiteten Anforderungen, die von Partei und Regierung zu erkennen und als Aufgaben für die Wirtschaft zu formulieren sind. Je mehr dabei objektives Erfordernis und subjektives Erkennen und Handeln übereinstimmen, desto günstiger sind die Voraussetzungen für die Ausarbeitung und Realisierung eines den objektiven Bedingungen entsprechenden Leitungs- und Planungssystems.

Die aus dem ökonomischen Grundgesetz abgeleiteten Hauptziele des sozialistischen Aufbaus bringen die Interesseneinstimmung zwischen Staatsmacht und Werktätigen zum Ausdruck. Dieser prinzipielle Gleichklang der Interessen erfordert ebenso wie das erreichte Entwicklungsniveau der Produktivkräfte die Anwendung des demokratischen Zentralismus als Grundprinzip der Wirtschaftsleitung. Ebenso wie die wirtschaftspolitischen Hauptziele durch eine Vielzahl - in einzelnen Etappen durchaus unterschiedlicher - Ziele verwirklicht werden, wird auch das Prinzip des demokratischen Zentralismus durch zu verschiedenen Zeiten unterschiedliche Leitungsformen und -methoden realisiert, denen jeweils ganz spezifische Beziehungen zwischen zentraler Leitung und Masseninitiative zugrunde liegen.

Betrachten wir das Verhältnis zwischen Zielen und Mitteln beim sozialistischen Wettbewerb, so hat jener mit der staatlichen Leitung und Planung der Wirtschaft vieles gemein:

- Beide dienen dem gleichen Ziel - der Verwirklichung des ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus.
- Beide basieren auf dem gleichen Grundprinzip - dem demokratischen Zentralismus.

Die Versuchung liegt nahe, den sozialistischen Wettbewerb nur als Bestandteil jenes Systems von Maßnahmen zu betrachten, durch das auf der Grundlage des Prinzips des demokratischen Zentralismus die Realisierung der wirtschaftspolitischen Zielstellungen erfolgt. Eine solche Einordnung ist aber nur teilweise richtig. Die Erhöhung des Produktionsausstoßes und die Steigerung der Arbeitsproduktivität sind elementare Ziele der Wettbewerbsbewegung. Der sozialistische Wettbewerb erschöpft sich aber darin nicht. Er ist

- einer der entscheidenden Faktoren für die Entwicklung des sozialistischen Menschen - sein Niveau ist ein wichtiges Kriterium für den Fortschritt in der sozialistischen Bewusstseinsbildung;
- die Form, in der sich der neue Charakter der Arbeit im Sozialismus ausdrückt und durchsetzt, in der er den Werktätigen subjektiv - als Gemeinschaftsarbeit im weitesten Sinne - bewußt wird;
- eine Wirkungs- und Entwicklungsform der sozialistischen Demokratie im Bereich der materiellen Produktion⁸, durch die die Werktätigen unmittelbar in die Leitung und Planung der Volkswirtschaft einbezogen werden.

Der sozialistische Wettbewerb ist somit nicht nur Mittel zur Durchsetzung wirtschaftspolitischer Zielsetzung. Er trägt auch ganz entscheidend zur sozialistischen Persönlichkeitsentwicklung der Werktätigen bei, was wiederum positiv die Realisierung der ökonomischen Aufgaben beeinflusst. Der sozialistische Wettbewerb dient damit der Realisierung von zwei für die kommunistische Gesellschaftsordnung außerordentlich wichtigen Zielen; der Steigerung der Arbeitsproduktivität - nach Lenin "in letzter Instanz das allerwichtigste, das ausschlaggebende für den Sieg der neuen Gesellschaftsordnung"⁹ - und der Herausbildung des neuen, allseitig entwickelten Menschen. Beide Zielstellungen sind dialektisch miteinander verbunden. Erst eine bestimmte Stufe der Produktivität der Arbeit und ihr ständiges Wachstum setzen die materiellen Mittel bzw. die benötigte Zeit für die Herausbildung sozialistischer Persönlichkeiten frei (zum Beispiel durch Bereitstellung der materiellen und finanziellen Mittel sowie des Zeitfonds für die Aus- und Weiterbildung). Mit der Entfaltung der sozialistischen Demokratie, der weiteren Ausbreitung der sozialistischen Ideologie unter den Werktätigen und dem Ansteigen ihres geistig-kulturellen Niveaus entstehen wiederum günstigere Voraussetzungen für eine rasche Steigerung der Arbeitsproduktivität.¹⁰

Ungeachtet dieser engen Verbindung beider Ziele kann es durchaus zu Differenzen, ja sogar zu Widersprüchen bei der gleichzeitigen Lösung beider Aufgaben mit Hilfe der Wettbewerbsbewegung kommen. Dies wird noch nicht bei einer Betrachtung der langfristigen Zielstellungen deutlich, sondern erst bei der Gegenüberstellung der aus ihnen resultierenden kurzfristigen, konkreten Aufgabenstellungen. Dann steht unter Umständen eine aktuelle ökonomische Aufgabe an die Wettbewerbsbewegung, zum Beispiel die Übererfüllung des Produktionsplanes eines volkswirtschaftlich wichtigen, knappen Erzeugnisses, einer Anforderung gegenüber, die - gemessen an Ersterer - stärker auf die Weiterentwicklung der Persönlichkeit des Werktätigen, zum Beispiel beim Übergang von einer individuellen zu einer kollektiven Form der Wettbewerbsbewegung, gerichtet ist. Eine wirtschaftshistorische Darstellung der Wettbewerbsbewegung darf deshalb hinsichtlich der kurzfristigen Ziele der Masseninitiativen auf eine deutliche Unterscheidung zwischen deren ökonomischen und außerökonomischen Zielstellungen nicht verzichten, so sehr diese auch langfristig miteinander verbunden sein mögen.

Daraus ergibt sich für die Einschätzung der Formen und Methoden der Wettbewerbsbewegung unter wirtschaftshistorischem Aspekt folgendes:

1. Die Einschätzung der Wettbewerbsformen muß sowohl vom Standpunkt der wirtschaftspolitischen Zielstellung als auch in ihrem Beitrag zur Entwicklung der sozialistischen Persönlichkeit gewertet werden. Für die Beurteilung ein und derselben Form der Mas-

⁸ Vgl. Dittrich, G., a. a. O., S. 106.

⁹ Lenin, W. I., Die große Initiative, a. a. O., S. 416.

¹⁰ Die dialektische Einheit von gesellschaftlich-sozialen und ökonomischen Prozessen findet ihre volle Ausprägung allerdings erst in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. (Vgl. dazu Nick, Harry, Intensivierung und wissenschaftlich-technischer Fortschritt, Berlin 1974, S. 16.)

seninitiative sind zwei (auf kürzere Sicht) unterschiedliche Kriterien anzuwenden. Damit existiert auch die Möglichkeit voneinander abweichender Einschätzungen für die gleiche Bewegung, je nachdem, welches Kriterium angelegt bzw. als entscheidend betrachtet wird. Denn nicht jede aktuelle ökonomische Aufgabe muß neue Möglichkeiten der Persönlichkeitsentwicklung eröffnen und umgekehrt braucht nicht jede Wettbewerbsform, die auf die Persönlichkeitsentwicklung gerichtet ist, unbedingt ein Beitrag zur Lösung kurzfristiger wirtschaftspolitischer Zielstellungen zu sein.

2. Die Verwendung zweier unterschiedlicher Kriterien für die Einschätzung der Formen und Methoden der Wettbewerbsbewegung erleichtert die Beantwortung der Frage nach der Effektivität dieser Methoden. Betrachten wir die Wettbewerbsbewegung in erster Linie als Mittel zur Durchsetzung wirtschaftspolitischer Zielstellungen, dann müßte es unseres Erachtens sogar möglich sein, deren ökonomischen Nutzeffekt mit Hilfe der Wirtschaftsstatistik zu ermitteln und zu messen. Eine dementsprechende quantitative Messung der durch diese oder jene Wettbewerbsform hervorgerufene Persönlichkeitsentwicklung erscheint uns dagegen (noch) nicht möglich, wohl aber deren verbale Einschätzung.
3. Die Benutzung zweier unterschiedlicher Kriterien bringt neue Möglichkeiten der Analyse qualitativ neuer Entwicklungen in der Wettbewerbsbewegung mit sich. Je nachdem, ob wir die ökonomische oder außerökonomische Zielstellung der Wettbewerbsbewegung als Kriterium wählen, ergeben sich unterschiedliche Ansatzpunkte für die Beurteilung der Höherentwicklung der Wettbewerbsbewegung. Machen wir die Persönlichkeitsentwicklung zum Kriterium der Entwicklung der Wettbewerbsbewegung, dann bringt jene Wettbewerbsform eine neue, höhere Qualität zum Ausdruck, die einen neuen Schritt in Richtung Herausbildung sozialistischer Persönlichkeiten einleitet (zum Beispiel durch den Übergang von individuellen zu kollektiven Formen der Wettbewerbsbewegung bzw. bei sonst gleichbleibendem Niveau durch erhebliche Vergrößerung der Teilnehmerzahl).¹¹

Schwieriger ist es, ausgehend von der ökonomischen Zielstellung, ein eindeutiges Kriterium für die Höherentwicklung der Wettbewerbsbewegung zu finden. Da die konkreten Zielstellungen wie auch die zu ihrer Durchsetzung angewandten Leitungsformen und -methoden wechseln, läßt sich eine kontinuierliche Einschätzung der Wettbewerbsbewegung auf dieser Basis nur schwer durchführen.

Auf jeden Fall würde jede Wettbewerbsform, die sich in eine durch neue wirtschaftspolitische Zielstellungen charakterisierte Periode "hinüberrettet", automatisch eine neue Qualität gewinnen.

4. Die Beantwortung der Frage nach der qualitativen Höherentwicklung der Wettbewerbsbewegung müßte über einen relativ kurzen Zeitraum in der Konsequenz zu zwei voneinander abweichenden Periodisierungen führen; erstens nach den im jeweiligen Zeitabschnitt vorherrschenden wirtschaftspolitischen Zielen und zweitens danach, wie die Heraus-

¹¹ Bei der Analyse der Entwicklung der Wettbewerbsbewegung ist der Generationswechsel zu berücksichtigen. Jährlich scheiden Tausende von Arbeitern bei Erreichung des Rentenalters aus dem Arbeitsprozeß aus und treten Tausende von Jugendlichen in die Produktion ein. Diese müssen erst für die Wettbewerbsbewegung gewonnen, in sie eingegliedert werden. Die gleiche Anzahl von Wettbewerbsteilnehmern in zwei aufeinanderfolgenden Jahren bedeutet demnach keineswegs unbedingt Stagnation. Weiter ist es durchaus möglich, daß im Verlaufe eines längeren Zeitraumes eine bestimmte Methode der Wettbewerbsbewegung mit dem Ausscheiden ihrer bisherigen Träger aus dem Produktionsprozeß "verlorengeht" und - ein durchaus schöpferischer Akt - wieder entdeckt werden muß.

bildung der Eigenschaften einer sozialistischen Persönlichkeit durch den Wettbewerb vor allem gefördert wird.¹²

Auch wenn es im vorliegenden Beitrag weniger um die Darstellung der Wettbewerbsbewegung als um die Entfaltung ihrer Beziehungen zum staatlichen Leitungs- und Planungssystem geht, muß die doppelte Zielstellung der Wettbewerbsbewegung Ausgangs- und Angelpunkt der historischen Betrachtung sein.

1.2. Zur gegenseitigen Beeinflussung der Formen und Methoden der staatlichen Leitung, Planung und der Wettbewerbsbewegung

Betrachten wir die Wettbewerbsbewegung zunächst unter dem Aspekt der kurzfristigen Zielsetzung, so dürfte die harmonische Gestaltung der Formen und Methoden der staatlichen Leitung mit den Formen der Masseninitiative keine Schwierigkeiten bereiten. Da Interessenübereinstimmung zwischen Staat und Werktätigen besteht, dienen staatliche Leitungsmethoden und Wettbewerbsbewegung zur Durchsetzung wirtschaftspolitischer Zielsetzungen, sind gewissermaßen Bestandteile der gesamtgesellschaftlichen Leitung und Planung, konkrete Realisierungsform des demokratischen Zentralismus. Staatliche Leitungsmethoden und Wettbewerbsformen können - einander ergänzend - gleichzeitig auf die Verwirklichung ein und desselben Ziels gerichtet sein. Sie können einander auch bei der Realisierung einer konkreten Aufgabe ablösen. Es gibt eine Reihe von Beispielen (TOM-Plan, 7-Jahrplanfonds und andere), wo auf Initiative der Arbeiter Wettbewerbsmethoden entstanden, sich bewährten und als staatliche Leitungs- und Planungsformen im Republikmaßstab verbindlich wurden. Selbstverständlich gibt es in einer bestimmten Entwicklungsperiode eine Vielzahl realer Zielstellungen. Es ist eine wesentliche Aufgabe der Produktionspropaganda, die Masseninitiative auf die entsprechend dem Plan zum gegebenen Zeitpunkt entscheidenden Schwerpunkte zu lenken. Eine harmonische Entwicklung und gegenseitige Befruchtung der Formen der Wettbewerbsbewegung und der staatlichen Leitung und Planung setzen aber nicht nur eine Übereinstimmung in den konkreten Zielen voraus. Sie machen auch eine Abstimmung der angewandten Formen und Methoden der staatlichen Leitung und Wettbewerbsinitiative notwendig, das heißt, im Rahmen des staatlichen Leitungs- und Planungssystems müssen Ansatzpunkte für die Entwicklung der Masseninitiative auf diejenigen Wettbewerbsformen gelenkt werden, die am günstigsten mit dem bestehenden staatlichen Leitungs- und Planungssystem kooperieren.¹³ Die Wirkungsweise der Masseninitiative,

12 Die in der wirtschaftshistorischen Literatur der DDR unternommenen Versuche zur Periodisierung der Wettbewerbsbewegung beschränkten sich bisher im wesentlichen darauf, die Aktivitäten der Werktätigen den aus der Analyse der Gesamtentwicklung abgeleiteten Perioden zuzuordnen. Den Versuch einer eigenständigen Periodisierung der Wettbewerbsbewegung unternimmt der sowjetische Autor J. J. Stuhl, wobei er ihre Entwicklung in "drei wesentliche Etappen" einteilt; In der 1. Etappe bezogen sich die Verpflichtungen der Werktätigen lediglich auf Quantität und Qualität der erzeugten Produkte. Charakteristisch für die 2. Etappe des Wettbewerbs sei die überplanmäßige Akkumulation (Sparsamkeitsregime). In der 3. Etappe standen Verpflichtungen der Werktätigen im Mittelpunkt, die die Vervollkommnung der politischen und ökonomischen Bildung des Produzenten selbst zum Ziel hatten. (Vgl. Stuhl, J. J., Der sozialistische Wettbewerb in der gegenwärtigen Etappe, in: Sowjetwissenschaft, Gesellschaftswiss. Beiträge, Nr. 2/1960, S. 219.)

13 Zu diesem Problem heißt es bei Waltraud Robbe zutreffend: "Sowohl die sozialistischen Produktionsverhältnisse als auch der sozialistische Staat können erst dann ihre volle Wirksamkeit entfalten, wenn nicht nur die Partei der Arbeiterklasse die Leitung von Staat und Wirtschaft übernommen hat, sondern unter ihrer Führung auch die Mehrheit

Ihr Beitrag zur Verwirklichung der wirtschaftspolitischen Zielstellungen, wird also nicht unwesentlich dadurch beeinflusst, inwieweit es gelingt, staatliche Leitung und Wettbewerbsbewegung methodisch aufeinander abzustimmen.

Die Lenkung der Masseninitiative auf volkswirtschaftliche Schwerpunkte erfolgt von seiten der Partei, der Gewerkschaften und der wirtschaftsleitenden Organe des Staates durch die politisch-ideologische Aufklärung der Werktätigen zum Beispiel in der Form der Produktionspropaganda. Ihre Effektivität hängt wesentlich davon ab, wie es gelingt, den Werktätigen die (große) politische Bedeutung der Realisierung der einzelnen ökonomischen Zielstellungen bewußt zu machen. Die Lenkung der Masseninitiative wird um so erfolgreicher sein, je mehr Partei und Regierung die Dialektik von Politik, Ökonomie und Ideologie zum Ausgangspunkt der Produktionspropaganda machen.¹⁴

Noch etwas komplizierter als im ersten Falle sind die Beziehungen zwischen den staatlichen Leitungsformen und -methoden und den Formen des sozialistischen Wettbewerbs, wenn wir die Wettbewerbsbewegung unter dem Aspekt ihrer außerökonomischen Zielstellung betrachten. Zur Durchsetzung dieses in erster Linie - aber nicht nur - in der produktiven Tätigkeit zu realisierenden Ziels (der allseitigen Persönlichkeitsentwicklung) fördern Partei und Gewerkschaften auch Wettbewerbsformen, die nicht voll mit dem jeweiligen, aus den unmittelbaren wirtschaftspolitischen Zielstellungen abgeleiteten Formen und Methoden staatlicher Planung übereinstimmen müssen oder können. Wenn auch in diesem Falle eine Übereinstimmung von staatlicher Leitung und Masseninitiative anzustreben ist und vielfach auch gefunden werden kann (denn unter den verschiedenen Möglichkeiten der Einbeziehung der Werktätigen in die Planung befindet sich in der Regel auch eine, die sich gut in das staatliche Leitungs- und Planungssystem einfügt), so ist eine vollständige Übereinstimmung der Formen und Methoden der Wettbewerbsbewegung mit denen der staatlichen Leitung nicht um jeden Preis von vornherein anzustreben. Es gilt vielmehr, nicht nur die Realisierung kurzfristiger wirtschaftspolitischer Aufgaben, sondern auch die langfristige Zielstellung der Wettbewerbsbewegung im Auge zu behalten.

2. Die Entwicklung der wechselseitigen Beziehungen zwischen Wettbewerbsbewegung und staatlicher Leitung und Planung in der Industrie Ende der vierziger bis Mitte der fünfziger Jahre

2.1. Die Widerspiegelung der ökonomischen Aufgaben in den Zielen der Wettbewerbsbewegung

Der Aufbau des Sozialismus in der DDR erforderte in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre eine schnelle Ausdehnung der Produktion, um die durch Kriegszerstörungen, Nachkriegsdisproportionen und den von den kapitalistischen Mächten gegen die DDR geführten Wirtschaftskrieg hervorgerufene Mangelwirtschaft endgültig zu überwinden. Es ist daher ganz folgerichtig, daß Partei, Gewerkschaften und wirtschaftsleitende Organe die Wettbewerbs-

der Werktätigen bewußt mitarbeitet. Andererseits müssen sich natürlich in diesem Prozeß die Formen der Leitung selbst vervollkommen, um ihrerseits die Gewähr für die größtmögliche Nutzbarmachung der Schöpferkraft der Werktätigen zu bieten". (Robbe, Waltraud, Probleme der Geschichte des Kampfes um die Einbeziehung der Werktätigen in die Leitung ..., a. a. O., S. 16.)

¹⁴ Vgl. dazu Falk, Waltraud, Zur Dialektik von Politik, Ökonomie und Ideologie in der Wirtschaftspolitik der SED, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Sonderheft 1971, S. 79 ff. - Generell zum Verhältnis von Politik und Ökonomie vgl. Sieber, Rudolf/Söder, Günther, Politik und Ökonomie in der sozialistischen Gesellschaft, Berlin 1970.

bewegung auf maximalen Produktionsausstoß lenkten. Die beispielgebende Tat Adolf Hennecke vom 13. Oktober 1948 lag ganz auf dieser Linie. Die Schicht, die eine Erfüllung des Tagessolls mit 387 Prozent brachte¹⁵, fand im Steinkohlenbergbau statt, einem Industriezweig, dessen Wachstum für die Entwicklung der Industrie von geradezu lebenswichtiger Bedeutung war. Von diesem Industriezweig aus fand das Beispiel Nachahmung. Die Henneckebewegung entwickelte sich im Laufe des Zweijahrplanes zu einer Massenbewegung.¹⁶ Einen Höhepunkt erreichte die Wettbewerbsbewegung mit dem am 1. Oktober 1950 in allen Industriezweigen einsetzenden Massenwettbewerb des IV. Quartals 1950, an dem über 500 000 Werktätige teilnahmen. Im Rahmen dieses Wettbewerbs stieg die Produktion im Oktober gegenüber dem September um 15 Prozent und im November gegenüber dem Vormonat um 18,5 Prozent.¹⁷

Maximale Produktionssteigerung war nicht nur das Ziel dieses Wettbewerbs, sondern auch einer ganzen Reihe sowjetischer Neuerungsverfahren der Jahre 1950 und 1951, wie der Mehrstuhl- und Mehrspindelbedienung, des Schnelldrehens, -mauerns, -gießens und -bohrens.¹⁸

In der Regel waren die Wettbewerbe jedoch nicht auf eine globale Produktionssteigerung gerichtet, sondern konzentrierten sich auf die Erfüllung und Übererfüllung der Produktionskennziffern für Engpaßmaterialien. Als besonders typisch seien hier nur die Stahlwerkerwettbewerbe vom September 1951¹⁹ und Juni-August 1952²⁰ genannt, durch welche die aufgrund von Spaltungsdisproportionen und Wirtschaftskrieg hinter dem Bedarf der DDR-Wirtschaft zurückgebliebene Stahlproduktion über den Plan hinaus gesteigert werden konnte. Als im Zusammenhang mit dem "neuen Kurs" Partei und Regierung auf die stärkere Entwicklung der Konsumgüterindustrie orientierten, fanden auch in den Betrieben der Leichtindustrie mehr als bisher Wettbewerbe produktionssteigernden Charakters statt, wie zum Beispiel die im September 1953 einsetzende Frida-Hockauf-Bewegung zur überplanmäßigen Produktionserfüllung.²¹

Neben diesen mit den großen Zielen der Wirtschaftspolitik in der Periode des Zwei- und Fünfjahrplanes ganz offensichtlich übereinstimmenden Methoden der Masseninitiative existierte eine beträchtliche Anzahl von anscheinend weniger auf die damaligen Aufgaben orientierten Wettbewerbsmethoden, die nicht so sehr auf die Quantität als auf die Qualität und die Kosten der Produktion gerichtet waren. Dazu gehörten zum Beispiel die Qualitätsbewegung, die Rationalisatoren- und Erfinderbewegung, die Bewegung zur Senkung der Selbstkosten und zur Erhöhung der Rentabilität der Betriebe, die von Frieda Hoffmann 1951 initiierte Bewegung zur persönlichen Pflege der Grundmittel²² usw. Bei diesen Methoden handelte es sich unseres Erachtens weder um "Außenseiter", wie sie im breiten Spektrum der Wettbewerbsbewegung eben auch vorhanden sein können, noch um kurzfristige Aktionen. Die Wettbewerbsbewegung zur Erhöhung der Qualität der Erzeugnisse wurde im Juli 1949 durch einen Aufruf von Luise Ermisch vom VEB Hallesche Kleiderwerke eingeleitet.²³ Die

15 Hennecke, Adolf, Aktivisten zeigen den Weg, Berlin (1948), S. 9.

16 Falk, Waltraud, Kleine Geschichte ..., a. a. O., S. 64.

17 Ebenda, S. 84.

18 Ebenda, S. 115.

19 Ebenda, S. 85.

20 Ebenda, S. 89 f.

21 Frida Hockauf, Weberin im VEB Mechanische Weberei Zittau, dem damals größten Textilbetrieb der DDR, verpflichtete sich am 29. 9. 1953, im Oktober 10 m, im November 12 m und im Dezember 20 m Stoff über ihren persönlichen Plananteil hinaus herzustellen. (Vgl. Falk, Waltraud, Kleine Geschichte ..., a. a. O., S. 104.)

22 Vgl. Hoffmann, Frieda, In persönlicher Pflege. Die volkseigenen Maschinen und Werke - unser Eigentum, Berlin 1951, S. 8 f.

23 Falk, Waltraud, Kleine Geschichte ..., a. a. O., S. 68 f.

Qualitätsbewegung nahm 1951 durch die Initiative des Webermeisters Franz Stiemann vom VEB TUFA in Cottbus einen weiteren Aufschwung²⁴, so daß im ersten Jahr des Fünfjahresplanes 9 324 Brigaden den Titel "Brigade der ausgezeichneten Qualität" erkämpfen konnten.²⁵ Die Qualitätsbewegung erreichte im Frühjahr 1954 mit dem Aufruf Paul Simons von der volkseigenen Tuchfabrik Werdau einen neuen Höhepunkt.²⁶

Die Bewegung zur Steigerung der Rentabilität der Betriebe setzte im Herbst 1952 im Maschinenbau ein.²⁷ Sie wurde im März 1954 mit der Verpflichtung zur Selbstkostensenkung von der Weberin Lotte Steinbach aus dem VEB Textilwerk Glauchau weiterentwickelt.²⁸ Die Rentabilitätsbewegung erreichte ihren Höhepunkt am Ende des ersten Fünfjahresplanes, als sich solche Masseninitiativen wie die Wettbewerbsbewegung in Vorbereitung des 4. Bundeskongresses des FDGB und das Wilhelm-Pieck-Aufgebot die Erhöhung der betrieblichen Rentabilität, die Materialeinsparung und die Senkung der Selbstkosten zum Ziele machten.²⁹ Eine derartige Kontinuität und Dauer, wie sie die Qualitäts- und Rentabilitätsbewegung besaßen, konnte nicht das alleinige Ergebnis spontaner, örtlicher oder betrieblicher Initiativen sein. Tatsächlich waren Qualitäts- und Rentabilitätsbewegung in hohem Maße das Resultat einer zielgerichteten Produktionspropaganda zur Durchsetzung der Beschlüsse der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.

Bereits im Zusammenhang mit der Verabschiedung des ersten Fünfjahresplanes durch die Volkskammer im Oktober 1951 wies Walter Ulbricht darauf hin, daß die Wettbewerbsbewegung sich in erster Linie auf solche Ziele wie hohe Qualität, Einsparung von Material und Anwendung fortschrittlicher Arbeitsnormen konzentrieren müsse.³⁰

Die II. Parteikonferenz der SED forderte im Juli 1952, daß die einfache Produktionssteigerung nicht mehr der Hauptinhalt der Wettbewerbsbewegung sein dürfte, und orientierte auf solche für die Intensivierung des Reproduktionsprozesses charakteristischen Ziele wie

- Erhöhung der Qualität der Produktion
- Senkung des Ausschusses
- Verminderung des Materialverbrauchs
- volle Ausnutzung der Kapazität der Maschinen usw.

24 Vgl. Stiemann, Franz, Wir weben die besten Stoffe für Dich, Berlin 1951.

25 Vgl. Rechenschaftsbericht des Bundesvorstandes des FDGB zum 4. FDGB-Kongreß, S. 97.

26 Paul Simon entwickelte die auf maximalen Produktionsausstoß gerichtete Hockauf-Bewegung weiter, indem er dazu aufforderte, die Arbeit nicht nur nach Menge, sondern auch nach Qualität zu bewerten und das in der Entlohnung zum Ausdruck zu bringen. (Vgl. Falk, Waltraud, Kleine Geschichte ..., a. a. O., S. 108.)

27 Am 1. 11. 1952 überreichten die Werkleiter der 6 bedeutendsten Maschinenbaubetriebe im Auftrag von 21 Betrieben mit 60 000 Beschäftigten Wilhelm Pieck die Verpflichtung der Werkkollektive, von den im ersten Halbjahr entstandenen Verlusten bis zum 31. Dezember 58 Millionen aufzuholen und gleichzeitig die Voraussetzungen zu schaffen, um im Jahre 1953 auf staatliche Subventionen verzichten zu können. (Vgl. Neues Deutschland [B] 2. 11. 1952.)

28 Lotte Steinbach verpflichtete sich, für das II. Quartal 1952 eine Einsparung von 6 M Nachbearbeitungskosten pro 1 000 m zu erreichen. (Vgl. Falk, Waltraud, Kleine Geschichte ..., a. a. O., S. 108.)

29 Vgl. ebenda, S. 92.

30 Vgl. Ulbricht, Walter, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen, Bd. 4, 1950 - 1954, Berlin 1958, S. 37.

Die 21. Tagung des ZK der SED im November 1954 vertrat die gleiche Linie, indem sie die Werktätigen aufforderte, besondere Aufmerksamkeit der Materialeinsparung, dem Absatz der Erzeugnisse, einer höheren Gewinnabführung und dem steigenden Nutzeffekt der Investitionen zu widmen. Ähnlich argumentierte Walter Ulbricht auf dem 4. FDGB-Kongress, als er die Nützlichkeit von Wettbewerbsinitiativen davon abhängig machte, daß sie sich auch mit den Bestimmungen des Finanzplanes in Übereinstimmung befinden und auf technisch begründeten Arbeitsnormen beruhen.³¹

Die auf die Verbesserung der qualitativen Seite des Reproduktionsprozesses gerichteten Initiativen der Arbeiter entsprachen demnach ebenso den wirtschaftspolitischen Zielstellungen von Partei und Regierung wie jene, die auf eine quantitative Ausdehnung der Produktion gerichtet waren. Daraus zu schlussfolgern, daß jede Wettbewerbsinitiative während des Zwei- und Fünfjahrplanes inhaltlich mit den wirtschaftspolitischen Schwerpunkten übereingestimmt hätte, wäre jedoch nicht richtig. Ende der vierziger und Anfang der fünfziger Jahre entwickelten sich spontan, getragen vom Bedürfnis der Werktätigen, einen Beitrag zum Aufbau der neuen Gesellschaftsordnung zu leisten, auch Wettbewerbe, deren Zielstellung an den volkswirtschaftlichen Schwerpunkten vorbeiging. In der Regel war Unkenntnis der konkreten, für den Betrieb bzw. Industriezweig charakteristischen volkswirtschaftlichen Aufgaben die Ursache. Anlässlich der Verabschiedung des Fünfjahrplanes wurde daher jedem Industriezweig empfohlen, Zielstellungen auszuarbeiten, auf welche sich der Wettbewerb konzentrieren könne.³²

Wenn auch die Orientierung der Wettbewerbsbewegung auf Qualität und Rentabilität selbst für eine Zeit, da es in erster Linie um die Beseitigung des Mangels und der volkswirtschaftlichen Disproportionen ging, gerechtfertigt erscheint, so fällt doch die Ausschließlichkeit auf, mit der die Partei der Arbeiterklasse seit dem Beginn des ersten Fünfjahrplanes auf diese Ziele orientiert. Man kann die Ursachen dieser - scheinbar einseitigen - Ausrichtung der Produktionspropaganda nur begreifen, wenn man Organisation und Orientierung des staatlichen Leitungs- und Planungssystems bei der Analyse berücksichtigt. Dieses war entsprechend den Hauptzielen der Wirtschaftspolitik von Partei und Regierung hauptsächlich auf einen maximalen Produktionszuwachs gerichtet. Die Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, die Steigerung der Rentabilität der Betriebe und die Erhöhung der Qualität ihrer Erzeugnisse konnten im Leitungs- und Planungssystem trotz der Einführung der wirtschaftlichen Rechnungsführung 1952 noch keine entscheidende Rolle spielen. Dabei handelte es sich um eine entwicklungsbedingte, aus dem damaligen Reifegrad der sozialistischen Gesellschaft und ihrer Wirtschaftskader erklärbare Problematik. Teils waren Planteile, die diese komplizierten Zusammenhänge erfassen konnten, erst noch zu entwickeln, wie im Falle des wissenschaftlich-technischen Fortschritts³³, teils ließen sie sich nur bedingt in das auf die Durchsetzung extensiven Wachstums ausgerichtete Leitungssystem integrieren, wie im Falle der Qualitätsverbesserung.

In der ersten Hälfte der fünfziger Jahre handelte es sich bei den die Erhöhung der Qualität und Effektivität der Produktion betreffenden Aufgaben letztlich um Nebenziele. Es bestand daher keine Notwendigkeit, das für die Verwirklichung der Hauptziele sehr nützliche Leitungs- und Planungssystem zu verändern.

Andererseits waren Ziele wie Qualität und Rentabilität jedoch zu wichtig, um ignoriert zu werden. Es lag nahe, letztere durch die Masseninitiative in die Wirtschaft hineinzutragen und zu verwirklichen. Gewisse Züge, die den Maßnahmen und kurzfristigen Zielstellungen

31 Ebenda, S. 417.

32 Vgl. ebenda, S. 36 f.

33 So basierten die Anfänge der Planung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts der Betriebe auf den Verbesserungsvorschlägen der Arbeiter.

der staatlichen Leitungssysteme anhafteten, mußten also durch entsprechende Initiativen der Werktätigen gemildert bzw. ausgeglichen werden. Dadurch erhöhte sich die Bedeutung der Wettbewerbsbewegung als Mittel zur Durchsetzung der Wirtschaftspolitik von Partei und Regierung beträchtlich. Sie diente nicht nur zur "Verstärkung" der Effektivität des staatlichen Leitungs- und Planungssystems, sondern realisierte darüber hinaus eigenständige Aufgaben. Damit wäre erklärt, warum den "Nebenzielen" in der Produktionspropaganda ein so wichtiger Platz eingeräumt wurde. Wie wir gesehen haben, ging die Produktionspropaganda aber noch weiter: Sie konzentrierte sich fast ausschließlich auf Fragen der Qualität und Rentabilität und nahm zum Teil sogar gegen die Ausrichtung der Wettbewerbsbewegung auf die Maximierung des Produktionsausstoßes Stellung. Auch diese scheinbare Überbetonung der qualitativen Seite des sozialistischen Wettbewerbs läßt sich begründen, wenn wir die Ausrichtung der materiellen und moralischen Interessiertheit in der damaligen Zeit berücksichtigen.

In der ersten Hälfte der fünfziger Jahre orientierten die materiellen Stimuli die Wettbewerbsbewegung hauptsächlich in die Richtung der quantitativen Kennziffern.³⁴ Bis zu einem gewissen Grade traf dies auch auf die moralischen Stimuli zu, wenn man bedenkt, daß die Einschätzung von Betriebsleitung und Belegschaft in der Öffentlichkeit wesentlich davon abhing, wie sie den Bruttoproduktionsplan erfüllten. Zum Ausgleich mußte sich die politisch-ideologische Arbeit zur Lenkung der Masseninitiative daher fast vollständig auf die Propagierung jener Wettbewerbsmethoden beschränken, die eine Verbesserung qualitativer Kennziffern zum Ziele hatten.

2.2. Der Einfluß des staatlichen Leitungs- und Planungssystems auf die Formen der Wettbewerbsführung

Wenn die Zielstellungen des staatlichen Leitungs- und Planungssystems bereits einen beträchtlichen - durch die Produktionspropaganda allerdings korrigierten - Einfluß auf den Inhalt der Wettbewerbsinitiativen ausübten, so lag auch hinsichtlich der Formen eine derartige Beeinflussung nahe. In der Tat war sie in starkem Maße vorhanden. Man kann sogar sagen, daß die Formen der Wettbewerbsführung durch die Art und Weise der Organisation des staatlichen Leitungs- und Planungssystems entscheidend geprägt wurden.

Erstens wurden die Bedingungen für den Abschluß und die Kontrolle realer Wettbewerbsvereinbarungen wesentlich durch den Entwicklungsstand des staatlichen Leitungs- und Planungssystems mitbestimmt. So setzte zum Beispiel ein Wettbewerb, der die Senkung der Selbstkosten zum Inhalt hatte, die Existenz der wirtschaftlichen Rechnungsführung voraus³⁵, verlangte ein Wettbewerb zur Einschränkung des Materialverbrauchs wissenschaftliche Materialverbrauchsnormen, der Wettbewerb zur Erhöhung der Qualität der Erzeugnisse ein funktionierendes Prüfungswesen, basierte schließlich die Abrechenbarkeit der Wettbewerbe auf kurzfristigen Abrechnungszeiten usw.³⁶

Zweitens ergaben sich aus der Verteilung der Entscheidungsbefugnisse innerhalb des staatlichen Leitungs- und Planungssystems die institutionellen und organisatorischen Ansatzpunkte für die Initiativen der Werktätigen. Je nachdem, ob und in welchem Maße die Entscheidungsbefugnisse bei der Planausarbeitung im Betrieb selbst oder in übergeordneten wirtschaftsleitenden Organen lagen, waren die Möglichkeiten der Arbeiter in den Betrieben, In-

34 Vgl. Jakelski, H./Hoffmann, A., Der Direktorfonds 1955 in Frage und Antwort, Berlin 1955.

35 Deshalb entstanden die auf die Erhöhung der betrieblichen Rentabilität gerichteten Wettbewerbsformen nicht bereits 1948 oder 1949, sondern erst mit der Einführung der wirtschaftlichen Rechnungsführung in den Industriebetrieben 1952.

36 Ulbricht, Walter, a. a. O., S. 37.

Initiativen bei der Planausarbeitung zu entfalten, größer oder geringer, wurden die Wettbewerbsformen schwächer oder stärker auf die Planausarbeitung oder Plandurchführung gerichtet.

Besondere Bedeutung kam drittens der Aufschlüsselung des Betriebsplanes auf die Abteilung, Brigade und den Arbeitsplatz zu. Durch die Planaufschlüsselung lernte der Werk tätige, ob Meister, Brigadier oder Arbeiter, seinen individuellen Anteil am Plan kennen, erfuhr er diejenigen Aufgaben, deren Erfüllung er unmittelbar am Arbeitsplatz beeinflussen konnte. Die Aufschlüsselung des bestätigten Planes wurde oftmals zum Ausgangspunkt der Einbeziehung des Arbeiters in die Leitung der Produktion.³⁷ Die Planaufschlüsselung war also das geeignete Instrument, die Initiative der Werk tätigen entsprechend den betrieblichen Aufgaben und den volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten zu lenken.

2.2.1. Die Verteilung der Entscheidungsbefugnisse in der Planung und ihr Einfluß auf die Formen der Wettbewerbsbewegung

Die für die erste Hälfte der fünfziger Jahre charakteristische, historisch bedingte Konzentration der Entscheidungsbefugnisse bei den zentralen wirtschaftsleitenden Organen³⁸ machte sich für die Betriebe erstens dadurch bemerkbar, daß sie eine Vielzahl von Kennziffern vorgegeben erhielten und ihre Pläne sehr detailliert bestätigt wurden; zweitens dadurch, daß den Betrieben ein verhältnismäßig geringer Zeitraum³⁹ eingeräumt wurde, um auf der Grundlage der staatlichen Vorgaben den Planvorschlag auszuarbeiten. Beides beschränkte nicht nur das Entscheidungsfeld der Betriebe, sondern engte auch die Basis für die Beteiligung der Arbeiter an der betrieblichen Leitung und Planung ein und reduzierte die damals anwendbaren Formen der Wettbewerbsbewegung. So konnten sich objektiv auch die verschiedenen Formen der Plandiskussion bis zur Mitte der fünfziger Jahre noch nicht voll entfalten.

Die im Jahre 1948 in den meisten Betrieben gebildeten Planungsausschüsse, die sich aus Vertretern der Betriebsgewerkschaftsleitungen, der Aktivisten und der Betriebsintelligenz zusammensetzten, arbeiteten in engem Kontakt mit den betrieblichen Planungsabteilungen an den Planvorschlägen der Werke mit.⁴⁰ Die Betriebsplanungsausschüsse entfalten zunächst eine beträchtliche Aktivität⁴¹, die jedoch im Laufe der folgenden Zeit zurückging. In dem im Juni 1950 vom Ministerium für Industrie erarbeiteten "Abschlußbericht der Untersuchungen über den Stand der Einführung des VEB-Planes in der volkseigenen Industrie" mußte festgestellt werden, "daß in allen besuchten Betrieben die Betriebsplanungskommissionen (Betriebsplanungsausschüsse - J. R.) eingeschlafen sind".⁴² Im Zusammenhang mit der 1951/52 erfolgenden Einführung der VEB-Pläne belebten sich die Betriebsplanungsausschüsse von neuem. Wiederrum blieb es aber bei einer kurzfristigen Initiative. Im

37 Vgl. Hantschel, Rudolf/Klampfl, Wilhelm/Kusch, Werner, Die Planaufschlüsselung - wichtiger Bestandteil der Organisation der innerbetrieblichen wirtschaftlichen Rechnungsführung, in: Wirtschaftswissenschaft, Nr. 4/1956, S. 516.

38 Zur objektiven Notwendigkeit einer derartigen Verteilung der Entscheidungsbefugnisse in der damaligen Zeit vgl. Falk, Waltraud/Roesler, Jörg, Gedanken zum Verhältnis von Zentralismus und Demokratie in der Wirtschaftsführung der DDR, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1969, T. 3, S. 88.

39 Vgl. dazu Roesler, Jörg, Die Verteilung der Entscheidungsbefugnisse zwischen den wirtschaftsleitenden Organen und Betrieben des zentralgeleiteten Maschinenbaus bei der Aufstellung des Jahresproduktionsplanes 1948 - 1958, wirtschaftswiss. Diss. Berlin 1968, S. 76 ff.

40 Ebenda.

41 Tagesordnungen von Betriebsplanungsausschüssen sind veröffentlicht in Keller, Dietmar, a. a. O., S. 315 f.

42 Vgl. Materialien des Zentralen Staatsarchivs (im folgenden: ZStA), Abt. S.

Jahre 1954 kam die staatliche Plankommission in einer Untersuchung zu dem Ergebnis, daß die Planungsausschüsse in den Betrieben nicht arbeiteten,⁴³

Institutionell nicht so stark verankert wie die Planungsausschüsse, aber ausgerichtet auf das gleiche Ziel - die Teilnahme der Betriebsbelegschaften an der Planausarbeitung -, war die sogenannte Gegenplanbewegung.

Im August 1950 wurde in einer Anordnung von den volkseigenen Betrieben verlangt, die Entwürfe der Betriebspläne mit den Belegschaften gründlich zu diskutieren, damit die Vorschläge der Aktivisten und vorbildlichen Arbeiter bei der Aufstellung der Gegenpläne (der Antwort auf die zentral vorgegebenen Kontrollziffern) ihren Niederschlag fänden.⁴⁴ Einer im Dezember 1951 von der Presseabteilung der Staatlichen Plankommission herausgegebenen Verlautbarung zufolge war die Beteiligung der Belegschaften an der Ausarbeitung der Betriebspläne jedoch noch gering. Betriebsleitung oder Planabteilung stellten den Plan oftmals ohne ausreichende Beteiligung der Belegschaft zusammen.⁴⁵

Ende 1954 nahm die Staatliche Plankommission im "Beschluß über die Verbesserung der Arbeit der Staatlichen Plankommission" wiederum zur Ausarbeitung von Gegenplänen mit der Bemerkung Stellung:

"Es ist Zeit, die schöpferische Initiative der Werktätigen durch Aufstellung von Gegenplänen voll im Staatsplan zum Ausdruck zu bringen."⁴⁶ Auch in den Jahren 1953 und 1954 war die Gegenplanbewegung demnach noch nicht voll zur Wirkung gekommen.

Da die Initiative der Werktätigen in den Planungsausschüssen und bei der Gegenplanbewegung nur in beschränktem Maße in die langfristig aufgestellten staatlichen Betriebspläne aufgenommen werden konnte, entwickelten die Werktätigen zu Anfang der fünfziger Jahre eine Form der Teilnahme an der Planausarbeitung, die neben dem Betriebsplan herlief und als seine Ergänzung gedacht war - den Aktivistenplan.

Der erste Aktivistenplan wurde im August 1950 unter Leitung der Aktivisten Paul Wolf und Kurt Opitz aus dem VEB Hallesche Pumpenwerke ausgearbeitet.⁴⁷ Er fand schnell auch in anderen Betrieben Verbreitung. Schon am Ende des ersten Halbjahres 1951 gab es in den volkseigenen Betrieben 4 158 Aktivistenpläne.⁴⁸

Der Aktivistenplan, der ein halbes Jahr nach der Einführung des VEB-Planes entstand, erwies sich als ein hervorragendes Mittel zur Mobilisierung von Aktivitäten der werktätigen Massen. Seine wichtigsten Vorzüge waren:

- seine Einfachheit und Überschaubarkeit;
- seine unmittelbare Ausrichtung auf die konkreten ökonomischen Verhältnisse des Betriebes. Eine wichtige Anforderung an den VEB-Plan war dagegen Aufbau nach einheitlichem Schema und Überschaubarkeit durch die zentralen Organe, wodurch vielfach betriebliche Besonderheiten nicht berücksichtigt werden konnten.
- seine Elastizität; Die Laufzeit des Aktivistenplanes war von Werk zu Werk verschieden. Neue Wettbewerbsinitiativen konnten laufend eingearbeitet werden.⁴⁹

43 Ebenda.

44 Vgl. Materialien des ZStA, Abt. S.

45 Ebenda.

46 Ebenda.

47 Vgl. Kirchner, Rudolf, Der Aktivistenplan zum Kampf gegen alle Produktionsverluste, a. a. O., S. 3.

48 Vgl. Die Arbeit, Nr. 8/1951, S. 411.

49 Die Wirtschaft, Nr. 3/1951, S. 5.

- seine Aufschlüsselung auf Abteilungen, Brigaden usw., die vielfach schon von vornherein gegeben war, da der Aktivistenplan auf Selbstverpflichtungen von Abteilungen, Brigaden und einzelnen Werktätigen beruhte;⁵⁰
- seine Vielseitigkeit: Anders als der VEB-Plan war der Aktivistenplan nicht vorrangig auf quantitative Kennziffern ausgerichtet. In ihm überwogen in der Regel sogar Aufgaben der Neuererbewegung, der Materialeinsparung, der Erhöhung der Qualität und der Senkung der Selbstkosten.⁵¹

Gewisse Unzulänglichkeiten des Aktivistenplanes waren nicht sofort erkennbar. Sie deuteten sich allerdings bereits in den ersten Kommentaren an, in denen er als "der in konkrete Plattform gebrachte Wille der Belegschaft"⁵², als "Verbindung zwischen dem einzelnen Arbeiter und dem Plan ... des Werkes"⁵³ bezeichnet wurde. Im Bewußtsein mancher Werktätigen verdrängte der Aktivistenplan - bzw. der Plan der Rationalisatoren und Erfinder oder ein ähnlicher Plan, der nur teilweise auf die Erfüllung des Staatsplanes ausgerichtet war - den Betriebsplan, die unmittelbare Konkretisierung des Volkswirtschaftsplanes für den Betrieb. Die Diskussion über verschiedenartige betriebliche Pläne und die Berichterstattung über deren Erfüllung konnten unter Umständen bei einem Teil der Werktätigen unklare Vorstellungen über die Planung überhaupt hervorrufen.⁵⁴

Trotz ihrer zeitbedingten beschränkten Wirksamkeit übten die verschiedenen Formen der Plandiskussion eine nicht zu unterschätzende positive Wirkung auf die Wettbewerbsbewegung aus, indem sie halfen, die in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre vorhandenen Möglichkeiten einer unmittelbaren Beteiligung der Werktätigen an der Planausarbeitung auszuschöpfen und Erfahrungen und Erkenntnisse zu sammeln, die unter den objektiv günstigeren Bedingungen der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre und vor allem in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft angewandt und weiterentwickelt werden konnten.⁵⁵

2.2.2. Die Entwicklung der Planaufschlüsselung und ihr Einfluß auf die Formen der Wettbewerbsführung

Die Aufschlüsselung der Betriebspläne wurde seit der Einführung der Betriebskollektivverträge in den Jahren 1951/52 energisch in Angriff genommen.⁵⁶ Die Resultate in den Betrieben standen jedoch in keinem Verhältnis zu den von den wirtschaftsleitenden Organen gehegten Erwartungen. Während in Betrieben, in denen für die Planaufschlüsselung sehr günstige Fertigungsverfahren, wie die Massenfließfertigung oder die Serienfertigung, dominierten, wie zum Beispiel im VEB Horch Zwickau⁵⁷, die Planaufschlüsselung einige Wochen nach Beginn des Planjahres wenigstens formal durchgeführt war⁵⁸, blieb sie in Betrieben mit

50 Dem Aktivistenplan der Halleschen Pumpenwerke lagen z. B. 3 000 Verbesserungsvorschläge der Belegschaft zugrunde. (Vgl. Falk, Waltraud, Kleine Geschichte ..., a. a. O., S. 95.)

51 Vgl. Kirchner, Rudolf, a. a. O., S. 23.

52 Ebenda.

53 Vgl. Kirchner, Rudolf, a. a. O., S. 14.

54 Vgl. Methodische Grundsätze für die Ausarbeitung der Volkswirtschaftspläne in der Periode des 1. Fünfjahrplanes. (ZStA, Abt. S.)

55 Vgl. dazu z. B. die Entwicklung der Gegenplanbewegung nach dem VIII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Warnke, Herbert, Im Wettbewerb für weitere Erhöhung des Lebensniveaus, in: Aus den Diskussionsreden der 11. Tagung des ZK der SED, Berlin 1973, S. 7.)

56 Vgl. Materialien des ZStA, Abt. S.

57 Heute VEB Sachsenring

58 Vgl. Materialien des ZStA, Abt. S.

komplizierterer technologischer Struktur, wie zum Beispiel im VEB Bergmann Borsig, in den Anfängen stecken.⁵⁹ In jedem Falle war sie jedoch formal und konnte bei der Lenkung der Wettbewerbsbewegung keine wesentliche Rolle spielen. Eine Kommission der Staatlichen Plankommission, die Ende 1954 Untersuchungen in einer Reihe von Großbetrieben durchführte, mußte feststellen: "Die in den letzten Jahren geführten Diskussionen über die Aufschlüsselung des Planes hatten vor allen Dingen theoretischen Wert und sind in der Praxis nur in geringen Anfängen wiederzufinden."⁶⁰ Fast gleichlautend ist eine Einschätzung des Ministeriums für Maschinenbau von Anfang 1956 zu diesem Problem.⁶¹

Warum stieß die Realisierung der Planaufschlüsselung immer wieder auf Hindernisse?

Das Haupthindernis war nicht die mehr oder minder komplizierte Fertigungsstruktur in den Betrieben. Selbst in Werken mit einer - aus der Sicht der Planaufschlüsselung - nahezu idealen Fertigungsstruktur erfolgte die Planaufschlüsselung bestenfalls formal. An erster Stelle ist hier vielmehr die aus dem Planungssystem der ersten Hälfte der fünfziger Jahre resultierende Art der Entscheidungsverteilung zwischen wirtschaftsleitenden Organen und Betrieben zu nennen. Die Betriebe hatten bei der Planausarbeitung nur wenig Möglichkeiten für selbständige Entscheidungen. Noch wichtiger war der Zeitfaktor, da die Entwicklung eigener Wettbewerbsinitiativen durch die Belegschaft deren gründliche Information über die gestellten Planaufgaben voraussetzt. Die Vorgabe einer Vielzahl von Kennziffern an die Betriebe und die Bestätigung des Betriebsplanes in einer sehr feinen Nomenklatur führte weiterhin dazu, daß Veränderungen in der Materialbelieferung oder im Absatz der Betriebe auch eine Veränderung des Betriebsplanes notwendig machten. Die auf der ersten Fassung des Betriebsplanes beruhende Planaufschlüsselung mußte dann ebenfalls korrigiert werden, sollte sie nicht in Gegensatz zum augenblicklich gültigen Betriebsplan geraten. Kam es mehrmals im Jahr zu Planänderungen, so wurde die Planaufschlüsselung in der Regel eingestellt.⁶²

Aufgrund der unzulänglichen Planaufschlüsselung fehlte in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre ein wichtiges Mittel zur Feinsteuerung der Wettbewerbsinitiative der Arbeiter. Unter anderen Voraussetzungen wäre die Effektivität⁶³ der vielfältigen Masseninitiativen zweifellos größer gewesen. Wertvoll waren aber auch im Falle der Planaufschlüsselung die in vielen Werken gesammelten Erfahrungen, die bereits unter den günstigeren Bedingungen der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre, zum Beispiel bei der Christoph-Wehner-Methode und der Bewegung der sozialistischen Brigaden, breitere Anwendung finden konnten.⁶⁴

3. Die Gesamtproblematik (Entwicklung und Einschätzung)

Nach der bahnbrechenden Rekordleistung Adolf Henneckes vom 13. Oktober 1948 nahm die Wettbewerbsbewegung in der Industrie der DDR Massencharakter an und gewann immer vielfältigere Formen.

Eine alle Aktivitäten der Werktätigen umfassende Statistik dieser immer mehr anschwellenden Bewegung existiert nicht. Aber auch Teilstatistiken über die Anzahl der Aktivisten, über die Entwicklung der Produktionsberatungen bzw. der Neuerbewegung lassen erkennen, wie die Wettbewerbsbewegung immer mehr die werktätigen Massen ergriff. (Vergleiche dazu Tabelle 1 bis 3.)

59 Ebenda.

60 Ebenda.

61 Ebenda.

62 Ebenda.

63 Effektivität der Wettbewerbsbewegung im Hinblick auf die Durchsetzung der wirtschaftspolitischen Ziele von Partei und Regierung.

64 Vgl. Falk, Waltraud, Kleine Geschichte ..., a. a. O., S. 149 f., 171.

Tabelle 1

Zahl der Hennecke-Aktivisten 1948 bis 1950⁶⁵

Ende	1948	4 000
Oktober	1949	36 000
Oktober	1950	146 000

Tabelle 2

Anzahl der eingereichten Verbesserungsvorschläge 1949 bis 1955⁶⁶

1949	19 650	1953	334 534
1950	58 026	1954	437 114
1951	115 940	1955	413 000
1952	291 071		

Tabelle 3

Teilnehmer an Produktionsberatungen 1951 bis 1955⁶⁷
(in 1 000)

1951	1 286
1952	1 328
1953	2 209
1954	1 789
1955	2 736

Die Angaben beziehen sich 1952 auf das III. Quartal, für die anderen Jahre auf das IV. Quartal.

Der Aufschwung der Wettbewerbsbewegung in den Jahren des Zwei- und Fünfjahrplanes war sichtbares Zeichen dessen, daß sich die Veränderungen in der Gesellschaft in wachsendem Maße in der Haltung der Werktätigen widerspiegeln. Die Wettbewerbsbewegung war aber nicht nur Widerspiegelung, sondern gleichzeitig Element und Motor der sich in der Wirtschaft und dem Bewußtsein der Menschen in der DDR vollziehenden Entwicklungen, objektiver Bestandteil der neuen, sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Als erstes Land der Welt beschrift die Sowjetunion 1917 den Weg des sozialistischen Aufbaus. Bereits für die ersten Wochen und Monate nach der Oktoberrevolution lassen sich Beispiele dafür geben, daß unter den Bedingungen der Herrschaft der Arbeiterklasse Produktionsinitiativen der Werktätigen entstehen.⁶⁸ Weltbekannt wurde jener Arbeitseinsatz in einem Moskauer Eisenbahndepot in der Nacht vom Sonnabend, dem 12., zum Sonntag, dem 13. April 1919, in dem 15 Arbeiter, darunter 13 Mitglieder der kommunistischen Partei, innerhalb von 10 Stunden 3 Dampflokomotiven reparierten⁶⁹ und damit das Beispiel für die

65 Vgl. Ehre unseren Besten, Berlin 1951, S. 11.

66 Geschäftsbericht des Bundesvorstandes des FDGB zum 4. FDGB-Kongreß 1950 - 1954, Berlin 1954, S. 104, 106; Messerschmidt, Hans/Müller, Klaus, Die Entwicklung der Arbeitsproduktivität in der sozialistischen Industrie im ersten Fünfjahrplan, in: Statistische Praxis, Nr. 5/1956, S. 56.

67 Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1956, Berlin 1957, S. 185.

68 Vgl. Gerschberg, Semjon, Sozialistischer Wettbewerb. Wesen und Ziele, Moskau 1973, S. 21.

69 Ebenda, S. 24.

Subbotniks, jene typische Form der freiwilligen, kollektiven und unentgeltlichen Arbeitsleistung schufen, die bei der ökonomischen Festigung der Sowjetgesellschaft sowie bei der Herausbildung einer sozialistischen Einstellung zur Arbeit eine bedeutende Rolle spielte. Lenin maß den Subbotniks als erster Form des sozialistischen Wettbewerbs größte Bedeutung bei.⁷⁰ Die hohen Aufgaben, welche die ersten Fünfjahrpläne der Industrie stellten, führten in den dreißig Jahren zu einem bis dahin nicht gekannten Aufschwung des Massenwettbewerbs, der eng mit dem Namen des Häuers Alexej Stachanow verbunden ist, dem es im April 1935 gelang, die bis dahin im sowjetischen Steinkohlenbergbau bestehenden Normen um ein Vielfaches zu überbieten.⁷¹

Als sich nach der Beendigung des zweiten Weltkrieges in den Staaten Osteuropas sozialistische Produktionsverhältnisse herauszubilden begannen, entwickelte sich zusammen mit ihnen auch die Wettbewerbsbewegung in diesen Ländern. Bereits im März 1945, keine sieben Monate nach der Revolution vom September 1944, kam es in Bulgarien zu ersten Produktionsinitiativen der Werktätigen.⁷² In Polen leitete Mitte 1947 der Rekord des Kumpels W. Petrowski die Zeit der Massenwettbewerbe ein.⁷³ Anfang der fünfziger Jahre hatte die Wettbewerbsbewegung in fast allen Ländern der Volksdemokratie die Mehrzahl der Werktätigen erfaßt. (Vergleiche dazu Tabelle 4.)

Tabelle 4

Beteiligung am sozialistischen Wettbewerb in der Industrie einiger Volksdemokratien (in Prozent der Industriearbeiterschaft)⁷⁴

Jahr	Bulgarien	Polen	Rumänien	Tschechoslowakei	Ungarn
1948	.+	7	.+	5	.+
1949	.+	28	16	20	31
1950	62	42	40	65	47
1951	.+	70	72	75	74
1952	79	81	80	83	85

+ Angaben liegen nicht vor.

Selbst wenn durch eventuell unterschiedliche statistische Erfassungsmethoden der Vergleichswert dieser Zahlenangaben geschmälert sein sollte, geht aus der Tabelle eindeutig hervor, daß der Umfang der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung in beträchtlichem Maße vom Reifegrad der volksdemokratischen Ordnung in den einzelnen Ländern bestimmt wurde. Im Zuge des Wachstums des sozialistischen Eigentums, der beginnenden sozialistischen Industrialisierung und der Zunahme sozialistischen Bewußtseins unter den Werktätigen, einer bei allen historischen Unterschieden diesen Volksdemokratien gemeinsamen Entwicklung also, näherten sich Anfang der fünfziger Jahre zusätzlich zur allgemeinen Steigerung die Prozent-

70 Bei Lenin heißt es dazu: "Der Kommunismus beginnt dort, wo einfache Arbeiter in derselben Weise, harte Arbeit bewältigend, sich Sorgen machen um die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, um den Schutz eines jeden Puds Getreide, Kohle, Eisen und anderer Produkte, die nicht den Arbeitenden persönlich und nicht den ihnen Nahestehenden zugute kommen, sondern Fernstehenden, d. h. der ganzen Gesellschaft in ihrer Gesamtheit, den Dutzenden und Hunderten Millionen von Menschen, die zunächst in einem sozialistischen Staat vereinigt sind". (Lenin, W. I., Die große Initiative, a. a. O., S. 417.)

71 Gerschberg, Semjon, a. a. O., S. 52.

72 Ebenda, S. 147.

73 Ebenda, S. 162.

74 Angaben nach Statistiken zur Wirtschaft Ost- und Südosteuropas, Bd. 5, Berlin 1955, S. 14.

sätze der Beteiligung an der Wettbewerbsbewegung in den sozialistischen Ländern einander an.

Ein Vergleich der Entwicklung der Wettbewerbsbewegung in den Volksdemokratien mit der DDR stößt erstens wegen des Fehlens entsprechender statistischer Angaben für die DDR und zweitens wegen des relativ hohen Anteils der Privatindustrie der DDR (in der es natürlich keine Wettbewerbsbewegung geben konnte) an der Beschäftigtenzahl auf Schwierigkeiten. In folgendem Vergleich für das Jahr 1952 (Tabelle 5) wurde versucht, diese Schwierigkeiten auszuklammern.

Tabelle 5

Beteiligung der Werktätigen am sozialistischen Wettbewerb 1952⁷⁵
(in Prozent)⁷⁵

Bulgarien	79	(Die Prozentzahlen beziehen sich für die DDR auf die volkseigenen Betriebe im Bereich der materiellen Produktion, für die anderen Staaten auf alle in der Industrie Beschäftigten.)
Polen	81	
Rumänien	80	
ČSR	83	
Ungarn	85	
DDR	55	

+ DDR; I. Quartal 1953.

Selbst unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Wettbewerbsintensität in der Industrie zweifellos größer gewesen sein dürfte als in den sonstigen Bereichen der materiellen Produktion, wodurch sich bei der Industrie als Bezugsbasis für die DDR ein etwas höherer Prozentsatz als aufgeführt ergeben würde, läßt sich für den Beginn der fünfziger Jahre ein merklicher Abstand der DDR gegenüber den anderen Staaten feststellen.

Das dürfte teilweise auf einen gewissen Rückstand der DDR bei der Herausbildung der sozialistischen Produktionsverhältnisse zurückzuführen sein. Im Jahre 1952 war die DDR das einzige europäische Land im sozialistischen Lager, das noch einen beträchtlichen kapitalistischen Sektor in der Industrie aufwies. Eine wichtige Rolle haben dabei aber sicherlich auch die in Auseinandersetzung mit dem Ausbeuter entstandenen Traditionen der Geheimhaltung fortschrittlicher Arbeitsmethoden unter den Werktätigen gespielt, die in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre noch fortwirkten und erst in einem langwierigen Kampf gegen die alte Ideologie durch die sozialistische Einstellung zur Arbeit überwunden werden konnten.⁷⁶

War die Wettbewerbsbewegung in den Volksdemokratien auch ein objektiv bedingter Prozeß, so hingen Ausmaß und Tempo ihrer Entwicklung doch wesentlich davon ab, wie dieser Prozeß in dem betreffenden Land mit Hilfe der Produktionspropaganda sowie durch materielle und moralische Stimuli gelenkt und gefördert wurde. Die Entwicklung und Steuerung der Masseninitiative verlangte Erfahrungen, wie sie Ende der vierziger Jahre noch keine Volksdemokratie besaß.

Wenn es trotzdem gelang, innerhalb weniger Jahre die Mehrheit der Werktätigen in die Wettbewerbsbewegung einzubeziehen, dann vor allem deshalb, weil die langjährigen Erfahrungen der Sowjetunion vorlagen. So existierte zum Beispiel für fast jede Ende der vierziger und Anfang der fünfziger Jahre in der Industrie der DDR eingeführte Wettbewerbsmethode ein

⁷⁵ Angaben nach: Ebenda; Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1956, a. a. O., S. 183.

⁷⁶ Falk, Waltraud, Kleine Geschichte ..., a. a. O., S. 13.

sowjetisches Vorbild: So fand Hennekes Tat ihren Maßstab in der Leistung Alexej Stachanows.

Kurt Opitz und Paul Wolf von den Halleschen Pumpenwerken stützten sich bei der Ausarbeitung des ersten Aktivistenplanes auf die Erfahrungen des Werkzeugmachers Andrej Jakuschin aus der "Zweiten Uhrenfabrik" in Moskau. Luise Ermisch, die Initiatorin der Qualitätsbewegung in der DDR, hatte die von Alexander Tschutkich im Krasnoholmsker Kammgarnkombinat entwickelte Bewegung ausgewertet. Die Einbeziehung der persönlichen Maschinenpflege in den Wettbewerb übernahm Frieda Hoffmann von der Zahnfräserin Nina Nasarowna aus dem Uraler Kraftwagenwerk usw.⁷⁷

Die Wettbewerbsbewegung entwickelte sich Ende der vierziger und in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre nicht nur qualitativ, sondern auch quantitativ ständig weiter. Im Rahmen der langfristigen Zielsetzung, das heißt vom Standpunkt der sozialistischen Persönlichkeitsentwicklung aus gesehen, wurde nach den Leistungen der Hennecke-Aktivisten die Franikbewegung vom Jahre 1952 besonders bedeutungsvoll. Aufbauend auf die seit dem Sommer 1949 gesammelten Erfahrungen⁷⁸, waren in ihr solche Züge der kommunistischen Persönlichkeit wie kameradschaftliche Zusammenarbeit sowie gegenseitige Hilfe und Unterstützung der Fortgeschrittenen für Schwächere besonders ausgeprägt.⁷⁹ Auch hinsichtlich der kurzfristigen Zielstellung der Wettbewerbsbewegung war während des ersten Fünfjahrplanes eine deutliche Weiterentwicklung zu erkennen. Es gelang immer besser, die Initiativen der Werktätigen mit den wirtschaftspolitischen Zielstellungen zu verbinden. Allgemein wurde das im immer größeren Anteil (besser kontrollier- und abrechenbarer) innerbetrieblicher Wettbewerbe deutlich, die Ende 1954 und im Verlaufe des Jahres 1955 für die Masseninitiative charakteristisch waren.⁸⁰

Trotzdem blieben Möglichkeiten der Mobilisierung der Massen durch den Wettbewerb teilweise ungenutzt: "Oft wurde ... versäumt, die Werktätigen für die Wettbewerbsziele zu mobilisieren. Deshalb gab es in vielen Bereichen der Industrie trotz großer Massenwettbewerbe Planrückstände, Maschinenkapazitäten und Anlagen wurden nicht ausgenutzt, wegen schlechter Arbeitsorganisation kam es häufig zu Warte- und Stillstandszeiten."⁸¹

Natürlich ist es sehr schwierig, derartige "Koordinierungsverluste" im einzelnen nachzuweisen. Ein Versuch soll jedoch anhand zweier Beispiele unternommen werden:

Das Jahr 1955 war gekennzeichnet durch eine breite Wettbewerbsbewegung zur Erhöhung der Rentabilität und zur Senkung der Selbstkosten in den Betrieben. Von den zirka 380 Betrieben des zentralgeleiteten Schwermaschinenbaus hatten 112 (= 30 Prozent) bis Ende Juni 1955 ökonomische Konferenzen entsprechend dieser Zielsetzung durchgeführt. In weiteren 204 Betrieben wurden ökonomische Konferenzen vorbereitet. Allein die bis Ende Juli durchgeführten ökonomischen Konferenzen ergaben Selbstverpflichtungen in Höhe von 27,3 Millionen DM, davon 10,4 Millionen über den Plan hinaus.⁸² In der Jahresendabrechnung 1955 spiegelten sich diese Initiativen folgendermaßen wider:

Es stieg 1955 gegenüber 1954 im Schwermaschinenbau:

77 Vgl. Keller, Dietmar, a. a. O., S. 306 ff.

78 Die erste Brigadebewegung im sozialistischen Wettbewerb war die Qualitätsbewegung. (Vgl. Falk, Waltraud, Kleine Geschichte ..., a. a. O., S. 69.)

79 Vgl. Franik, Franz, Die Franikbewegung und der sozialistische Wettbewerb im Bergbau, Berlin 1953, S. 11.

80 Falk, Waltraud, Kleine Geschichte ..., a. a. O., S. 91.

81 Ebenda, S. 88.

82 Materialien des ZStA, Abt. S.

- die Warenproduktion auf 106,1 Prozent,
- der Umsatz auf 107,4 Prozent,
- das Betriebsergebnis aber auf 133,7 Prozent.⁸³

Auf den ersten Blick sieht diese Entwicklung recht zufriedenstellend aus. Aber ein ganz anderes Verhältnis von quantitativem Wachstum und Rentabilität ergibt sich bei der Gegenüberstellung der Ergebnisse von 1955 mit den Planzielen des gleichen Jahres, wie Tabelle 6 zeigt:

Tabelle 6

Plankennziffern und ihre Erfüllung im Schwermaschinenbau 1955

	Plan 1955	Ist 1955
Warenproduktion (Index: Plan 1955 = 100)	100	104
Umsatzplan (Index: Plan 1955 = 100)	100	103,8
Betriebsergebnis (in TDM)	540,2	443,9
Betriebsergebnis (Index: Plan 1955 = 100)	100	82
Anzahl der Verlustbetriebe	64	99

Zwar wurde der Gewinnplan 1955 besser als 1954 erfüllt (zu 82 gegenüber 70,6 Prozent), jedoch gelang es bei weitem nicht, den Plan zu sichern oder die Rentabilität über den Plan hinaus zu steigern, wozu sich die Belegschaften der meisten Betriebe auf ökonomischen Konferenzen verpflichtet hatten. Wie die Übererfüllung der quantitativen Kennziffern zeigt, hatten die Betriebe letztlich doch die Belegschaften lieber für eine höhere Bruttoproduktion als für eine ausreichende Rentabilität mobilisiert.

Diese von kurzfristigen Interessen diktierte Haltung der Werkleitungen gegenüber der Wettbewerbsbewegung war während der ersten Hälfte der fünfziger Jahre charakteristisch für die Mehrzahl der Betriebe.

Überwiegend betriebliche Interessen und Zielstellungen waren es auch, die dem Rhythmus der Wettbewerbsbewegung ihren Stempel aufdrückten.

Für den Produktionsrhythmus der Betriebe war während des ersten Fünfjahrplanes typisch, daß jeweils im IV. Quartal des Jahres große Anstrengungen zur Erfüllung und Übererfüllung des Jahresplanes gemacht wurden, zum Teil bei Vorgriffen auf Material und Halbzeug des kommenden Planjahres. Im I. Quartal des neuen Jahres ging die Erzeugung dann zunächst zurück. Der eingetretene Rückstand wurde meist erst wieder im IV. Quartal wettgemacht.⁸⁴ Gegen diesen Rhythmus, der durch die allein auf den Jahresabschluß ausgerichteten Planung und moralische sowie materielle Stimulierung verursacht wurde und regelmäßig zu volkswirtschaftlichen Verlusten führte, hätte die Wettbewerbsbewegung eingesetzt werden sollen.⁸⁵ Tatsächlich aber war sie, indem auch sie diesem Jahresrhythmus unterworfen wurde und den charakteristischen Rückgang vom IV. Quartal des Vorjahres zum I. Quartal des

⁸³ Vgl. zu diesen und den folgenden Angaben; ebenda.

⁸⁴ Ausführlich nimmt zu diesem Problem Stellung Bendrath, Sonja, Ausmaß und wesentliche Merkmale der Produktionsschwankungen in der Industrie während des 1. Fünfjahrplanes, in: Vierteljahreshefte zur Statistik der Deutschen Demokratischen Republik, Nr. 1/1957, S. 11 ff.

⁸⁵ Einige weitere Male wurden Wettbewerbe direkt mit der Zielstellung durchgeführt, ein Absinken der Produktion zu Jahresbeginn zu verhindern. So rief z. B. Ende 1950 der FDGB-Bundesvorstand zum Sonderwettbewerb "Auftakt zum Fünfjahrplan" auf. Der Wettbewerb sollte sichern, daß der Fünfjahrplan vom ersten Tag an kontinuierlich erfüllt wurde. (Vgl. Falk, Waltraud, Kleine Geschichte ..., a. a. O., S. 84.)

laufenden Jahres mitmachte, für die Diskontinuität der Produktion mitverantwortlich, wie auch ein Vergleich zwischen Tabelle 7 und Tabelle 8 ergibt.

Tabelle 7

Produktionsentwicklung in der Industrie der DDR zwischen dem IV. Quartal des Vorjahres und dem I. Quartal des laufenden Jahres während des ersten Fünfjahrplanes (IV. Quartal des Vorjahres jeweils = 100)⁸⁶

I. Quartal 1952	- 91,1
I. Quartal 1953	- 88,7
I. Quartal 1954	- 85,2
I. Quartal 1955	- 88,0

Tabelle 8

Entwicklung des innerbetrieblichen Wettbewerbs im Bereich der materiellen Produktion der DDR zwischen dem IV. Quartal des Vorjahres und dem I. Quartal des laufenden Jahres (IV. Quartal des Vorjahres jeweils = 100)⁸⁷

I. Quartal 1954	- 75,3
I. Quartal 1955	- 83,1

Die angeführten Beispiele werfen die Frage auf, ob die unzureichende Ausnutzung der Masseninitiative in erster Linie subjektiv bedingt war oder die Werkleitungen objektiv zu der geschilderten Haltung gezwungen wurden. Unter dem für die erste Hälfte der fünfziger Jahre charakteristischen staatlichen Leitungs- und Planungssystem konnte sich unseres Erachtens eine auf qualitative Ziele orientierte Wettbewerbsbewegung objektiv nicht voll entfalten, nicht über einen längeren Zeitraum wirksam bleiben, bedurfte immer wieder des Anstoßes von "außen", das heißt produktionspropagandistischer Kampagnen.

War der unmittelbare ökonomische Nutzen auf qualitative Zielstellungen gerichteter bzw. die Mitarbeit an der Planaufstellung voraussetzender Wettbewerbe unter diesen Umständen in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre zwangsläufig begrenzt, so konnte ihre Bedeutung für den sozialistischen Aufbau trotz - volkswirtschaftlich gesehen - kurzfristig bescheidener Ergebnisse auf lange Sicht doch beträchtlich sein, insofern nämlich, als der Wettbewerb zur Persönlichkeitsentwicklung der Beteiligten beitrug. Das trifft in vollem Maße auch auf die Plandiskussionen und die Planungsausschüsse zu, deren Möglichkeiten, den Plan zu beeinflussen, begrenzt waren, die aber trotzdem um ihrer Bedeutung für die Herausbildung sozialistischer Arbeiterpersönlichkeiten willen von Partei und Regierung, die über den drängenden ökonomischen Aufgaben die langfristige Zielsetzung der Wettbewerbsbewegung nicht vergaßen, gefördert wurden.

⁸⁶ Bendrath, Sonja, a. a. O., S. 12.

⁸⁷ Berechnet nach: Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1957, Berlin 1958, S. 197.

URSPRUNG UND VERLAUF DER WISSENSCHAFTLICH-TECHNISCHEN REVOLUTION

von Rolf Sonnemann/Siegfried Richter

1. Evolution und Revolution in der Geschichte der Produktivkräfte - die Lehren der Geschichte
 - 1.1. Erkenntnisse aus der industriellen Revolution des 18./19. Jahrhunderts
 - 1.2. Die Herausbildung von Elementen einer neuen Struktur der Technik im Imperialismus
2. Der Ursprung der wissenschaftlich-technischen Revolution
3. Der Verlauf der wissenschaftlich-technischen Revolution

1. Evolution und Revolution in der Geschichte der Produktivkräfte - die Lehren der Geschichte

Die gegenwärtigen Tendenzen in der Entwicklung der Produktivkräfte, das Bemühen, die Dialektik zwischen wissenschaftlich-technischem Fortschritt und der in ihm ruhenden revolutionären Potenzen zu erkennen und daraus die für die praktische Wirtschaftspolitik wie für die gegenwärtige und zukünftige Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft entscheidenden Schlüsse zu ziehen, veranlassen zunächst zu der Frage, wie sich das Verhältnis von Evolution und Revolution in der Geschichte der Produktivkräfte generell gestaltet hat. Selbstverständlich soll das nicht zu einem Exkurs verleiten, der uns bis in die Frühzeit menschlicher Entwicklung zurückführt; wohl aber ist es geraten, jener Revolution nachzuspüren, deren Analyse nicht nur den Ansatzpunkt für die Klärung vieler Fragen ermöglicht, die heute in dem Wechselverhältnis von Allgemeinem und Besonderem technischer Entwicklung, von Kontinuität und Diskontinuität, von Evolution und Revolution in der Entwicklung der Produktivkräfte liegen.

1.1. Erkenntnisse aus der industriellen Revolution des 18./19. Jahrhunderts

Die industrielle Revolution des 18./19. Jahrhunderts wird im allgemeinen zwischen den Jahren 1760 und 1870 datiert, sofern die damaligen Hauptländer kapitalistischer Produktion in Betracht gezogen werden. Übereinstimmung herrscht unter den Wirtschaftshistorikern auch darin, daß die Einführung der Maschinerie, vor allem der Arbeits- oder Werkzeugmaschine, dieser Revolution den entscheidenden Impuls gab, und schließlich läßt kein ernstzunehmender Forscher einen Zweifel daran, daß die industrielle Revolution als zunächst technische sogleich eine soziale Revolution auslöste, welche die entwickelte kapitalistische Produktionsweise schuf.¹

¹ Es ist unmöglich, im Rahmen dieses Artikels auch nur die wichtigsten Schriften zur industriellen Revolution anzuführen. In der DDR haben sich vor allem Kuczynski und Mot-

Andererseits ist nicht zu verkennen, daß der wissenschaftliche Meinungsstreit, der in den fünfziger und sechziger Jahren teilweise recht heftig um grundsätzliche und Teilprobleme der industriellen Revolution geführt wurde, immer noch nicht seinen Abschluß gefunden hat. Als Zwischenbilanz dürfen die Thesen gelten, die Wolfgang Jonas im Anschluß an die Arbeitsberatung im November 1972 zur Geschichte der Produktivkräfte, an der Vertreter verschiedener historischer Disziplinen teilnahmen, zur weiteren Diskussion vorgelegt hat.²

Fragt man heute nach Ursprung und Verlauf der wissenschaftlich-technischen Revolution, so wird man schwerlich zu einer klaren Antwort finden, wenn nicht vorher definiert wird, was das Wesen dieser Revolution ausmacht. In der Literatur der vergangenen Jahre war viel die Rede von Hauptrichtungen, Elementen und Bestandteilen der gegenwärtig vor sich gehenden revolutionären Umgestaltung im System der Produktivkräfte. Aber deren einfache Addition führt uns noch nicht zur Bestimmung des wesentlichen Inhalts der wissenschaftlich-technischen Revolution. Hier nun hilft die vergleichende historische Betrachtung weiter, die den methodischen Ansatz für die Klärung vieler Fragen ermöglicht, welche diese Revolution in sich birgt.

Folgen wir darum zunächst den Klassikern des Marxismus-Leninismus, die unmittelbare Zeugen einer stürmischen Entwicklung der Produktivkräfte waren, der sie bereits während ihrer ersten Schaffensjahre das Prädikat revolutionär zuerkannten.

Die Intensität und das Ausmaß der industriellen Revolution sind von Friedrich Engels, der diesen Begriff in die deutsche Literatur eingeführt hat, mit folgenden Worten charakterisiert worden: "Während in Frankreich der Orkan der Revolution das Land ausfegte, ging in England eine stillere, aber darum nicht minder gewaltige Umwälzung vor sich. Der Dampf und die neue Werkzeugmaschinen verwandelten die Manufaktur in die moderne große Industrie und revolutionierten damit die ganze Grundlage der bürgerlichen Gesellschaft. Der schläfrige Entwicklungsgang der Manufakturzeit verwandelte sich in eine wahre Sturm- und Drangperiode der Produktion".³

Wenn es hier auch den Anschein hat, als stelle Engels Dampf- und Werkzeugmaschine in ihrer Bedeutung für die Entwicklung der Produktivkräfte gleichrangig nebeneinander, so lassen doch weder er noch Karl Marx einen Zweifel daran, daß es nicht die Dampfmaschine, sondern die Werkzeugmaschine war, "wovon die industrielle Revolution im 18. Jahrhundert ausgeht. Sie bildet noch jeden Tag von neuem den Ausgangspunkt, sooft Handwerksbetrieb oder Manufakturbetrieb in Maschinenbetrieb übergeht."⁴

tek und deren Schüler mit dem Wesen, den Erscheinungsformen und dem Verlauf der industriellen Revolution beschäftigt. Für sie wie auch für alle anderen marxistischen Wirtschaftshistoriker, und nicht nur für diese, bilden die grundsätzlichen Bemerkungen von Marx und Engels zu diesem Problem den Ausgangspunkt für die teilweise sehr detaillierten Forschungen. Jürgen Kuczynski hat seine Ansichten zur industriellen Revolution in dem jüngst erschienenen Buch "Wissenschaft und Gesellschaft. Studien und Essays über sechs Jahrtausende" (Berlin 1972) noch einmal zusammenfassend dargelegt. Teilweise andere Akzente setzen Mottek/Blumberg/Wutzmer/Becker in ihren "Studien zur Geschichte der industriellen Revolution in Deutschland" (Berlin 1960). Von sowjetischen Autoren sind viele Monographien zur industriellen Revolution erschienen. Die für unser Thema wichtigste Arbeit ist die von einem Autorenkollektiv verfaßte Schrift "Die gegenwärtige wissenschaftlich-technische Revolution - eine historische Untersuchung" (Berlin 1972), deren drittes und viertes Kapitel der industriellen Revolution gewidmet sind. Auf dieses Buch werden wir des öfteren zu sprechen kommen.

2 Vgl. Jonas, Wolfgang, Thesen zum Wesen der Industriellen Revolution, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1974, T. 2.

3 Engels, Friedrich, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft ("Anti-Dühring"), in: Marx/Engels, Werke, Bd. 20, Berlin 1962, S. 243.

4 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 393.

Aber, so könnte man fragen, hat denn nicht die Dampfmaschine gewaltige Veränderungen im Gesamtbereich der materiellen Produktion mit sich gebracht? Hat ihre massenhafte Anwendung das Verhältnis Stadt - Land nicht grundlegend beeinflusst und zugunsten der Stadt umgestaltet? Zahlreich sind die Belege dafür, daß Marx und Engels nicht nur das Faktum der revolutionierenden Rolle der Arbeitsmaschine konstatierten, sondern auch begründeten, warum diese und nicht die Energiemaschine einen Prozeß auslöste, der die Stellung des arbeitenden Menschen einem grundsätzlichen Wandel unterwarf.

So schreibt zum Beispiel Marx an Engels, "daß, wenn wir uns nach der Maschine in elementarischer Form umsehen, die industrielle Revolution nicht von der bewegenden Kraft ausgeht, sondern von dem Teil der Maschinerie, den der Engländer die working machine nennt, also nicht z. B. von der Ersetzung des Fußes, der das Spinnrad bewegt, durch Wasser oder Dampf, sondern von der Verwandlung des unmittelbaren Spinnprozesses selbst und der Verdrängung des Teils der menschlichen Arbeit, der nicht bloß exertion of power war (wie bei dem Treten des Rads), sondern die Bearbeitung, die direkte Wirkung auf den zu bearbeitenden Stoff betrifft."⁵

Also nicht die Ersetzung einer Energiequelle (des Wassers oder des Windes als direkt wirkende Naturkräfte oder der menschlichen Muskelkraft) durch eine andere (die Dampfmaschine), sondern die Befreiung des Menschen von Operationen, die - bisher mit Arm und Hand ausgeführt - den Arbeitsgegenstand, den "zu bearbeitenden Stoff", in jene Form und Zweckbestimmtheit brachten, die menschlichen Bedürfnissen genügte, ist das typische Merkmal der industriellen Revolution. Natürlich stellt die Erfindung der Dampfmaschine in der Geschichte der Technik einen der Glanzpunkte dar. Es steht ebenso außer Zweifel, daß auch von ihr revolutionierende Wirkungen ausgingen. Aber, so bemerkt Jürgen Kuczynski: "Es war also nicht jeder beliebige technische und wissenschaftliche Fortschritt, nicht die Dampfmaschine, nicht die Chemisierung so mancher Produktionsprozesse, nicht die Verwendung neuer Rohstoffe, sondern die Werkzeugmaschine, die die industrielle Revolution einleitete und ihren Charakter bestimmte".⁶

Damit sich aber die so eingeleitete Revolution fortentwickeln und in immer weitere Bereiche vordringen konnte, bedurfte es der Dampfmaschine, deren universelle Anwendung und Funktion Marx bestimmte: "Erst mit Watts zweiter, sog. doppelt wirkender Dampfmaschine war ein erster Motor gefunden, der seine Bewegungskraft selbst erzeugt aus der Verspeisung von Kohlen und Wasser, dessen Kraftpotenz ganz unter menschlicher Kontrolle steht, der mobil und ein Mittel der Lokomotion, städtisch und nicht gleich dem Wasserrad ländlich, die Konzentration der Produktion in Städten erlaubt, statt sie wie das Wasserrad über das Land zu zerstreuen, universell in seiner technologischen Anwendung, in seiner Residenz verhältnismäßig wenig durch lokale Umstände bedingt. Das große Genie Watts zeigt sich in der Spezifikation des Patents, das er April 1784 nahm, und worin seine Dampfmaschine nicht als eine Erfindung zu besondern Zwecken, sondern als allgemeiner Agent der großen Industrie geschildert wird."⁷

Da die Energie der Dampfmaschine nicht direkt auf die Arbeits- oder Werkzeugmaschine übertragen werden konnte, bedurfte es schließlich eines dritten Elements der damals modernen Maschinerie, das in Gestalt des Transmissionsmechanismus die vermittelnde Funktion zwischen beiden einnahm.

In England wie in Frankreich und Deutschland war das Textilgewerbe der erste und zugleich bedeutendste Produktionszweig, der von der Maschinerie erfaßt und somit zur Industrie umgestaltet wurde. Aber natürlich konnte sich nicht ein Industriezweig wie eine Insel im Meer

5 Marx an Engels am 28. 1. 1863, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 30, Berlin 1964, S. 320.

6 Kuczynski, Jürgen, Wissenschaft und Gesellschaft, Berlin 1972, S. 180.

7 Marx, Karl, Das Kapital, a. a. O., S. 398.

traditioneller Fertigungsweisen herausbilden, ohne diese zugleich direkt und indirekt zu beeinflussen. Darum schreibt Engels: "Aber der riesenhafte Aufschwung, den die englische Industrie seit 1760 genommen hat, beschränkt sich nicht auf die Fabrikation der Kleidungsstoffe. Der Anstoß, der einmal gegeben war, verbreitete sich über alle Zweige der industriellen Tätigkeit, und eine Menge Erfindungen, die außer allem Zusammenhang mit den bisher erwähnten standen, erhielten durch die Gleichzeitigkeit mit der allgemeinen Bewegung doppelte Wichtigkeit. Zugleich aber wurde nun, nachdem die unermeßliche Bedeutung der mechanischen Kraft in der Industrie einmal praktisch erwiesen war, auch alles in Bewegung gesetzt, um diese Kraft nach allen Seiten hin auszubeuten und zum Vorteile der einzelnen Erfinder und Fabrikanten auszubeuten; und überdies setzte die Frage nach Maschinerie, Brenn- und Verarbeitungsmaterial schon direkt eine Masse Arbeiter und Gewerbe in verdoppelte Tätigkeit. . . Die Dampfmaschine gab den weiten Kohlenlagern Englands erst Bedeutung; die Maschinenfabrikation entstand erst jetzt und mit ihr ein neues Interesse an den Eisenbergwerken, die das rohe Material für die Maschinen lieferten; die vermehrte Konsumtion der Wolle hob die englische Schafzucht, und die zunehmende Einfuhr von Wolle, Flachs und Seide rief eine Vergrößerung der englischen Handelsmarine hervor. Vor allem hob sich die Eisenproduktion".⁸

Die industrielle Revolution des 18./19. Jahrhunderts bedeutete aber nicht nur einen Qualitätsumschlag im System der gesellschaftlichen Produktivkräfte; sie war weitaus mehr. Jonas betont, daß sich mit der industriellen Revolution die der kapitalistischen Gesellschaftsordnung eigene materiell-technische Basis entwickelt.⁹ Zugleich gestaltet sie alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens so radikal um, daß sich im Verlauf und schließlich am Ende ihres Weges die beiden Grundklassen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, Proletariat und Bourgeoisie, in offener Klassenauseinandersetzung gegenüberstehen. Die industrielle Revolution war also in ihrem Wesen ein sozialer Umwälzungsprozeß.

Wir fragten eingangs, wie sich das Verhältnis von Evolution und Revolution in der Geschichte der Produktivkräfte gestaltet hat. Fragen wir nunmehr konkret; Welche Lehren hält die Analyse der industriellen Revolution für die Bestimmung des Wesens und der Hauptmerkmale der wissenschaftlich-technischen Revolution bereit?

Die Verfasser der bereits zitierten Arbeit über "Die gegenwärtige wissenschaftlich-technische Revolution" verfolgen das gleiche Anliegen, wenn sie, nachdem sie erklärt haben, daß der "Mechanismus, der für die Ablösung der einen Struktur der Technik durch eine andere sorgt", von den Klassikern für den "Übergang vom Manufakturbetrieb zum maschinellen Fabrikbetrieb beschrieben" worden ist, die Frage stellen: "Gelten die von den Klassikern des Marxismus-Leninismus entdeckten Gesetzmäßigkeiten für jede sozialökonomische Formation, oder sind sie nur für die Entwicklung des Kapitalismus charakteristisch?"¹⁰

Der Begriff wissenschaftlich-technische Revolution wird heute im Lager der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften allgemein verwendet. Das macht deutlich, daß der Streit um terminologische Fragen, der in den fünfziger und auch noch in den sechziger Jah-

⁸ Engels, Friedrich, Die Lage der arbeitenden Klasse in England, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 2, Berlin 1957, S. 246.

⁹ Vgl. Jonas, Wolfgang, a. a. O. - Im folgenden beziehen wir uns auf weitere in diesen Thesen niedergelegte Gedanken.

¹⁰ Die gegenwärtige wissenschaftlich-technische Revolution, a. a. O., S. 49. - An anderer Stelle wird der Bezugspunkt ihrer Frage noch deutlicher, wenn die Verfasser formulieren: "Will man das Wesen der gegenwärtigen wissenschaftlich-technischen Revolution erkennen, so muß man nach der Methode vorgehen, die K. Marx bei der Untersuchung der technischen Revolution in der zweiten Hälfte des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts anwandte. Mit dieser Methode läßt sich vor allem der Ausgangspunkt der in der modernen Produktionsweise eingetretenen Umwälzungen ermitteln". (Ebenda, S. 137.)

ren darum geführt wurde, ob es richtig sei, von einer technischen, wissenschaftlichen oder gar von einer zweiten industriellen Revolution zu sprechen, sein Ende gefunden hat.¹¹

In seinem Vortrag "Sozialismus und wissenschaftlich-technische Revolution" hat Kurt Hager festgestellt: "Der von dem verstorbenen englischen Wissenschaftler Bernal geprägte Begriff 'wissenschaftlich-technische Revolution' bezeichnet solche Veränderungen der Produktivkräfte, deren Auswirkungen nicht nur einzelne Seiten des Produktionsprozesses oder einzelne Bereiche des gesellschaftlichen Lebens betreffen, sondern die sich in grundlegender Weise auf mehrere, wenn nicht auf alle wesentlichen Lebensbereiche der Gesellschaft auswirken."¹²

Diese die bisherige Diskussion um das Wesen und die Erscheinungsformen der wissenschaftlich-technischen Revolution und den wissenschaftlich-technischen Fortschritt in gewisser Weise abschließende und zugleich neu belebende Formulierung beseitigte die letzten Zweifel daran, daß dieser Begriff weit mehr erfaßt, als sprachlich in ihm enthalten ist, denn es vollziehen sich eben heute nicht nur in Wissenschaft und Technik revolutionäre Wandlungen, sondern es ist eine Revolution im Gesamtsystem der Produktivkräfte, die mit Wandlungen der Produktionsverhältnisse unmittelbar verzahnt ist: "Das Wesen und der Inhalt der wissenschaftlich-technischen Revolution kann also nicht auf diese oder jene, und sei es die größte, wissenschaftliche Entdeckung oder technische Erfindung allein reduziert werden, etwa auf die Erschließung neuer Energiearten, die Anwendung neuer Werkstoffe usw. Die wissenschaftlich-technische Revolution beinhaltet vielmehr grundlegende qualitative Veränderungen in der materiell-technischen Basis der Produktion und ihrer Leitung, aber auch in der Stellung und Funktion des Menschen im Arbeitsprozeß und damit im Charakter der Arbeit. Ihr Wesen besteht in der organischen Verbindung und Wechselwirkung von Wissenschaft, Technik und Produktion, in der sich daraus ergebenden grundlegenden Veränderung der technisch-ökonomischen Elemente des Produktionsprozesses sowie in der Umwälzung der Struktur und Arbeitsweise der Wissenschaft."¹³

Konzentrieren wir uns zunächst auf die Doppelbestimmung "wissenschaftlich-technisch". In der Geschichte der Menschheit hat es mehrere technische Revolutionen gegeben. Selten nur stand die Wissenschaft bei dem Hervorbringen neuer technischer Prinzipien Pate, zumeist entwickelten sich neue Techniken aus dem unmittelbaren praktischen Bedürfnis, und das Probieren und Knobeln, die aus der Arbeitserfahrung gewonnenen Kenntnisse, genügten zumeist, um technischen Neuerungen Bahn zu brechen. Die industrielle Revolution des 18./19. Jahrhunderts war die erste Revolution im Gesamtsystem der Produktivkräfte, die der Wissenschaft nicht nur nicht entbehren konnte, sondern ihrer bedurfte, um den Arbeits-

11 Diese Feststellung darf jedoch nicht absolut gefaßt werden. Die Autoren des soeben zitierten Buches haben sich die Mühe gemacht, die vielfältigen "Auffassungen vom Wesen der gegenwärtigen wissenschaftlich-technischen Revolution" zusammenzutragen und kritisch zu verarbeiten, wobei sie sich nicht auf die von sowjetischen Wissenschaftlern vortragenen Ansichten beschränken. Dabei wird deutlich, daß der Meinungsstreit um das Wesen der wissenschaftlich-technischen Revolution noch keineswegs zum Abschluß gekommen ist. Selbst die Verwendung der Termini ist in mancher Hinsicht noch uneinheitlich, und gar nicht so selten wird auch von marxistischen Gesellschaftswissenschaftlern von einer "zweiten industriellen Revolution" gesprochen. Daß sich die Vertreter dieser Auffassung, soweit sie Marxisten sind, damit nicht auf eine Stufe mit jenen Philosophen, Ökonomen und Politikern stellen, die mit dieser "Theorie" einer angeblichen Stabilisierung des Kapitalismus das Wort reden, versteht sich von selbst. Dennoch darf nicht verkannt werden, daß die Verwendung des Begriffes "zweite industrielle Revolution" Assoziationen auslösen kann, die zu falschen Schlüssen führen. Wir werden an anderer Stelle noch einmal darauf zurückkommen.

12 Hager, Kurt, Sozialismus und wissenschaftlich-technische Revolution, Berlin 1972, S. 23. 13 Ebenda.

prozeß neuen Bedingungen zu unterwerfen. Zwar spielten wissenschaftliche Theorien bei den ersten Arbeitsmaschinen in der Mitte des 18. Jahrhunderts noch keine Rolle, doch bereits James Watt sah sich nicht mehr in der Lage, seine doppelwirkende Dampfmaschine, die ihm 1784 patentiert wurde, ohne die Mithilfe eines Wissenschaftlers der Universität Glasgow zu konstruieren.

Und als gar Maschinen durch Maschinen zu bauen waren und mit der Ausweitung der materiellen Produktion das Bedürfnis nach neuen Kommunikationsmitteln zu befriedigen war, da war die Empirie vollends am Ende ihres Lateins. Die Technik stellte der Wissenschaft die Aufgaben, und sie mußte sie lösen.

Und doch wäre es falsch, die industrielle Revolution des vorigen Jahrhunderts als eine wissenschaftlich-technische Revolution zu bezeichnen, die dann in eine Revolution der Produktion und schließlich der ganzen sozialen Verhältnisse überführt wurde. Sie war es deshalb nicht, weil nicht die Wissenschaft der Technik, sondern die Technik der Wissenschaft gebot - um es vereinfacht auszudrücken. Die Geburtsstunde der wissenschaftlich-technischen Revolution schlug nicht, als - wie bei der industriellen Revolution - ein neues Arbeitsmittel die Auseinandersetzung des Menschen mit der Natur intensivierete, sondern als die Wissenschaft daran ging, neue Fragen zu stellen, deren Beantwortung durch eine von ihr inspirierte und durchdrungene Technik erfolgte.

Muß daraus die Konsequenz gezogen werden, daß es eben nicht möglich ist, die von Marx und Engels bei der Erforschung der industriellen Revolution angewandte Methode auf die Analyse der wissenschaftlich-technischen Revolution zu übertragen? Nein, es wird sich im weiteren erweisen, daß die Methode der Klassiker die Lösung des Problems nicht nur erleichtert, sondern daß es unumgänglich notwendig ist, sie konsequent weiterzuführen.

1.2. Die Herausbildung von Elementen einer neuen Struktur der Technik im Imperialismus

Als sich die Phase der relativen Stabilisierung des Kapitalismus in den zwanziger Jahren ihrem Ende zuneigte, gelangte der 6. Kongreß der Kommunistischen Internationale, der in der Zeit von Juli bis September des Jahres 1928 in Moskau tagte, in seiner Resolution über "Die internationale Lage und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale" zu dem Schluß: "Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß die Technik der kapitalistischen Länder einen bedeutenden Aufschwung durchgemacht hat, der in einigen von ihnen (...) den Charakter einer technischen Umwälzung annimmt. Die riesige Zunahme der Zahl der Verbrennungsmotoren, die Elektrifizierung, ausgedehnte Anwendung der Chemie in der Industrie, die neuen Methoden der synthetischen Gewinnung von Heizmaterial und Rohstoffen (Benzin, Kunstseide usw.), die Verwendung von Leichtmetallen, die große Entwicklung des Autotransportwesens auf der einen, und die mit der ungewöhnlich raschen Entwicklung des Fließbandsystems verbundenen neuen Formen der Organisation der Arbeit auf der anderen Seite haben die Produktivkräfte des Kapitalismus von neuem gesteigert."¹⁴

Eine technische Umwälzung in den zwanziger Jahren? Kann daraus der Schluß gezogen werden, daß die wissenschaftlich-technische Revolution zunächst nur als technische Revolution begann, um später den Charakter einer von der Wissenschaft geprägten, damit also wissenschaftlich-technischen Revolution anzunehmen? Eine solche These wäre zumindest außergewöhnlich, und bei näherer Untersuchung zeigt es sich denn auch, daß sie der wirklichen Entwicklung nicht entspricht. Andererseits anzunehmen, daß der in der Resolution verwendete Begriff "Umwälzung" etwas anderes aussagen könnte als der Terminus "Revolution",

¹⁴ Protokoll des 6. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Bd. 4, Hamburg 1929, S. 14 ff., zitiert bei: Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 15, Berlin 1965, S. 49.

hieße in Spitzfindigkeiten zu verfallen. Welche Lösung bietet sich also an? Mit dem Ende der industriellen Revolution, das für die deutsche Wirtschaftsgeschichte ungefähr mit dem Jahre 1870 angegeben werden kann, findet zwar eine fortwährende Revolutionierung der Produktivkräfte in den Grenzen der durch die industrielle Revolution selbst bestimmten Möglichkeiten ihren Abschluß, aber damit sind natürlich die Entwicklungsmöglichkeiten der Produktivkräfte im Rahmen kapitalistischer Produktionsverhältnisse nicht erschöpft. Ganz im Gegenteil. Mit dem Übergang vom vormonopolistischen Kapitalismus zum Imperialismus vollzieht sich eine stürmische Entwicklung in Technik und Wissenschaft. Ja, noch mehr: Jetzt wird die gegenseitige Beeinflussung von Wissenschaft und Technik so intensiv, daß sich die Wissenschaft als Produktivkraft erstmalig in der Geschichte der Produktivkräfte voll bewähren kann.

Also setzt die wissenschaftlich-technische Revolution unmittelbar nach Abschluß der industriellen Revolution ein? Geht eine Revolution des Gesamtsystems der Produktivkräfte sofort in eine neue Revolution über? Diese Fragen bejahend zu beantworten, hieße, von anderen Fehleinschätzungen abgesehen, eine Grunderkenntnis, die bereits in aller Deutlichkeit ausgesprochen wurde, völlig zu negieren, die Erkenntnis nämlich, daß die industrielle Revolution ihrem Wesen nach ein sozialer Umwälzungsprozeß war. Proletariat und Bourgeoisie als die beiden Grundklassen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung stehen sich beim Abschluß der industriellen Revolution in offener Feldschlacht gegenüber, und so sehr auch die konkreten Formen des Klassenkampfes wechseln, so bedeutende Veränderungen in bezug auf die Organisiertheit vor sich gehen, so ändert sich nichts an dem Antagonismus zwischen diesen beiden Klassen. Das Wesen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse bleibt unverändert. Was Wissenschaft und Technik an Neuerungen in der materiellen Produktion hervorbringen, beeinflußt selbstverständlich die konkrete Art und Weise menschlicher Arbeit und führt zu Veränderungen in vielerlei Gestalt, aber es revolutioniert nicht das grundlegende Verhältnis des Produzenten zu den materiellen Bedingungen seiner Existenz. Im Schoße des Kapitalismus bildet sich jedoch die materiell-technische Grundlage für den Übergang zu einer höheren, der kommunistischen Gesellschaftsordnung, heraus. Wenn Lenin davon spricht, daß der staatsmonopolistische Kapitalismus die unmittelbare Vorstufe für den Sozialismus ist, dann veranlaßt uns das, den Weg zu skizzieren, den die Entwicklung der Produktivkräfte bis zu dem Punkt nahm, da die sie umgebende "Hülle", die Produktionsverhältnisse, gesprengt werden mußte.

Mit dem Abschluß des Übergangs vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Imperialismus, also um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert, verschärften sich die Widersprüche innerhalb der gesellschaftlichen Produktivkräfte derart, daß das Kapital, wollte es seine Existenz aufrechterhalten, Lösungen finden mußte. Was war inzwischen geschehen?

Mit dem Aufkommen der Elektrizität als motorischer Energie und der Einführung des Elektromotors wurde die dreigliedrige Arbeitsmaschine, welche die bisher räumlich getrennt operierenden Elemente (Antriebs-, Transmissions- und Werkzeugmaschine) in sich vereinigt, aus einer Erstarrung gelöst, in der sie sich bis dahin durch die zentrale Funktion der Dampfmaschine als kraftpendelndem Aggregat befunden hatte. Die Vereinigung der drei funktionalen Bestandteile der Maschinerie in einem räumlich geschlossenen Ganzen verlieh ihr eine größere Selbständigkeit und eröffnete andererseits die Möglichkeit, den betrieblichen Produktionsprozeß räumlich zu erweitern und in eine Reihe mehr oder weniger selbständiger Produktionsbereiche aufzulösen, die untereinander in engen arbeitsteilig-kooperativen Wechselbeziehungen standen. Der Elektromotor ermöglichte den Übergang zu einer Etappe in der Entwicklung der Produktivkräfte, die grundsätzlich neue Möglichkeiten der materiellen Produktion eröffnete. Der Charakter der alten materiell-technischen Basis wurde jedoch noch nicht gesprengt. Ihren charakteristischen Ausdruck und ihren Höhepunkt findet diese Etappe in der Fließfertigung, die nicht nur ein Ergebnis der Fortschritte des Maschinensystems, sondern auch der fortschreitenden internen Arbeitsteilung war. Eine

weitgehende Zerlegung der Fertigung in kleine und kleinste, einfache und wiederholbare Detailoperationen führt dazu, daß das herzustellende Stück in eine Vielzahl von Einzelteilen zerlegt werden muß, deren jedes das Produkt einer solchen arbeitsteiligen Detailoperation ist. Erst in der mechanischen Fließfertigung ist das endgültig vollzogen, was Marx die Auflösung des Arbeitsprozesses in seine konstituierenden Elemente durch die Maschine nennt. Hier findet die austauschbare Massenproduktion, die bereits mit dem Aufkommen der Maschinen in ihren Anfängen praktiziert wurde, ihre eigentliche Grundlage.

Zugleich kündigte sich mit der Fließfertigung der Übergang zu etwas vollkommen Neuem an. "Die materiell-technischen Produktivkräfte waren so weit entwickelt, daß die Funktion der Steuerung und Kontrolle der Maschinensysteme ein Ausmaß erlangte, das die menschlichen Fähigkeiten zur Ausübung dieser Funktion überschritt. Die Steuerungsprozesse waren wesentlich komplizierter, das Bearbeitungstempo war durch die Weiterentwicklung der Maschinen beträchtlich gesteigert, und die Anforderungen an Genauigkeit und Qualität waren außerordentlich hochgeschraubt worden. Die Anforderungen an die Intensität der kontrollierenden Beobachtung, an reaktionsschnelles Kombinieren und Handeln stießen mehr und mehr an die Grenzen des menschlich Möglichen. Diese Grenzen begannen zu einem ernststen Hemmnis für die weitere Entfaltung der Produktivkräfte zu werden."¹⁵

Daß dieses Hemmnis vom Kapital noch einmal beiseite geräumt werden konnte, dafür sorgte die eben charakterisierte Fließfertigung, bei der durch die Zerlegung der Steuerungsoperationen das von den an diesen Fließbändern zu beobachtende Objekt so klein gehalten wurde, daß es gerade noch überschaubar und damit kontrollierbar war.

Wenn in der weiter oben zitierten Resolution des 6. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale von der "mit der ungewöhnlich raschen Entwicklung des Fließbandsystems verbundenen neuen ... Organisation der Arbeit" die Rede war, so handelt es sich bei dieser Fließfertigung um nichts anderes als das, was erstmalig in den Automobilwerken Fords zur Anwendung gelangte. Tatsächlich war das eine technische Umwälzung größten Ausmaßes, von der die Industrie Besitz ergriff, aber noch eine solche, die die Funktion des unmittelbaren Produzenten nicht radikal umgestaltete, sondern ihn im Gegenteil in einem viel schlimmeren Maße als früher zu einem bloßen Anhängsel der Maschinerie machte. Da die Steuerungsfunktionen sich immer mehr vereinfachten, gleichwohl aber ein Höchstmaß an physischer Beanspruchung verlangten, lag es nahe, an die Ersetzung der menschlichen Steuerungsfunktion durch technische Systeme zu gehen. Hier nun wird das Kernproblem deutlich: Wichtigste Aufgabe der wissenschaftlich-technischen Revolution ist es, diesen Sprung von der noch durch einen Menschen gesteuerten Maschine zu dem sich selbst regelnden, steuernden und kontrollierenden Automaten zu bewerkstelligen. Wie sich dieser Prozeß historisch entwickelte, wird der nächste Abschnitt unserer Untersuchungen zeigen. Zuvor bedarf es jedoch noch eines Wortes zu den technisch-ökonomischen Neuerungen, die in der Resolution von 1928 gleichfalls genannt wurden.

Der Einsatz von Verbrennungsmotoren und die Elektrifizierung sind Merkmale technisch-ökonomischer Entwicklung, deren Anfänge - genau wie bei der Fließfertigung - bis in die achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts zurückreichen. Massenproduktion großen Stils erfordert Massentransport großen Stils. Zwar existierte bereits in der Eisenbahn und der Dampfschiffahrt ein solches Massentransportsystem, aber dessen Möglichkeiten und Aktionsradius waren begrenzt. Infolgedessen war der Transportweg zwischen Produktion und Konsumtion nur teilweise mechanisiert, das erweiterte Eisenbahn- und Wassertransportnetz mußte deshalb durch mechanische Transporteinheiten ergänzt werden, die bei großer Beweglichkeit und Schnelligkeit die Lücken, die die beiden Systeme hinterließen, schlie-

15 Jonas, Wolfgang, Vom Werden und Wirken der gesellschaftlichen Produktivkräfte, in: Jonas, Wolfgang/Linsbauer, Valentine/Marx, Helga, Die Produktivkräfte in der Geschichte, Bd. 1, Berlin 1969, S. 19.

Ben konnten. Ein solches Transportmittel fand sich mit dem Auto. Seine Anwendung als Massentransportmittel bedeutete den Abschluß eines notwendigen Prozesses, der überall zur Mechanisierung drängte. Auf diese Weise wurde auch das letzte Wegestück des Rohstoffs zur Produktion und des Produktes zum Konsumenten mechanisiert. Die mechanische Fließfertigung wiederum schuf die Voraussetzung dafür, Autos in Massenaufgabe und zu relativ niedrigen Preisen herzustellen. Andererseits führte das Auto zu einer schnellen Verbreitung von Massenproduktion und Fließfertigung.

Die Elektrifizierung ist eine der notwendigen Folgen des Einsatzes von Elektromotoren, die - zunächst als Antriebskraft in der materiellen Produktion eingesetzt - sich bis in die privaten Haushalte hinein einen Wirkungsbereich nach dem anderen erobert.

Was die neuen Verfahren in der chemischen Industrie betrifft, so stellen sie einerseits eine Fortentwicklung von bereits in den fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts beginnenden grundsätzlich neuen Produktionsmethoden dar - man denke an die Geschichte der Industrie synthetischer Farbstoffe -, andererseits finden sich hier tatsächlich Anfänge einer Entwicklung, die heute eine der Hauptrichtungen der wissenschaftlich-technischen Revolution ist: die Chemisierung. Wenn gemeinhin der Beginn der wissenschaftlich-technischen Revolution mit der Mitte der fünfziger Jahre unseres Jahrhunderts angesetzt wird, so läßt sich die Chemisierung viel weiter zurückverfolgen, und wir würden der technisch-historischen Entwicklung Zwang antun, setzten wir für alle Elemente oder Richtungen der wissenschaftlich-technischen Revolution die gleiche Zäsur. Die chemische Industrie ist zugleich jener Industriezweig, in dem der Kernprozeß wissenschaftlich-technisch-ökonomischer Wandlungen qualitativer Art, die Automatisierung, sein historisch erstes Anwendungsfeld findet. Damit streifen wir bereits Erscheinungen, denen vor allem unsere Aufmerksamkeit zu gelten hat.

2. Der Ursprung der wissenschaftlich-technischen Revolution

Wenn weiter oben gesagt wurde, die Marxsche Analyse der industriellen Revolution müsse konsequent weitergeführt, also auf die wissenschaftlich-technische Revolution angewandt werden, dann muß das zu der Frage führen, welcher Prozeß im Zuge der wissenschaftlich-technischen Revolution jenen Stellenwert einnimmt, den in der industriellen Revolution die Einführung der Arbeitsmaschine innehatte.

Anders ausgedrückt: Höherentwicklung in der Geschichte der Produktivkräfte heißt ständige Veränderung des "Wie" der Produktion, denn nicht was, sondern wie, mit welchen Mitteln produziert wird, unterscheidet nach Marx die einzelnen Geschichtsepochen voneinander. Also muß die Frage nach den Mitteln materieller - wie auch geistiger - Produktion durch die wissenschaftlich-technische Revolution auf eine völlig neue Weise beantwortet werden. Die dem unmittelbaren Produzenten durch die Maschine zugewiesenen Funktionen müssen so umgestaltet werden, daß sie die materiell-technischen Bedingungen seiner Höherentwicklung garantieren. Da spätestens seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts kein technischer Fortschritt mehr möglich war ohne den direkten Einsatz der Wissenschaften, und neue technische Prinzipien sich nicht mehr aus sich selbst heraus entwickeln konnten, sondern von der Wissenschaft initiiert werden mußten, kann der Ursprung der wissenschaftlich-technischen Revolution nur in einer revolutionären Umgestaltung der Wissenschaften gesucht werden.

Wann kann man von einer Revolution in der Wissenschaft sprechen? "Die Revolution in der Wissenschaft bedeutet die Entdeckung prinzipiell neuer Gesetze und Erscheinungen, die sich mit den alten wissenschaftlichen Theorien nicht mehr erklären lassen."¹⁶

¹⁶ Die gegenwärtige wissenschaftlich-technische Revolution, a. a. O., S. 114.

Der Beginn der neuen Epoche in der Geschichte der Naturwissenschaften, der hier nicht weiter zu verfolgen ist, kann jedoch nicht mit dem Beginn der wissenschaftlich-technischen Revolution gleichgesetzt werden. Die um die Jahrhundertwende aufgeworfenen neuen Fragen standen zunächst in keinem Bezug zu den realen Verhältnissen damaliger Technik.

Der Ursprung der wissenschaftlich-technischen Revolution muß dort gesucht werden, wo eine Wissenschaft entstand, die die theoretischen Grundlagen für die technischen Steuer- und Regeleinrichtungen legte. Nun war zwar die Elektroenergie als Informations-, Steuer- und Regelenergie und damit als grundlegend neues Element der neuen materiell-technischen Basis seit Jahrzehnten gegeben, aber noch war nicht bekannt, nach welchen Gesetzen die Regelung verlief. Der Übergang vom klassischen Fabrikssystem zur komplexautomatisierten Produktion vollzieht sich über verschiedene Stufen technischer Entwicklung. Die Ersetzung der logischen Funktionen des Produzenten durch Maschinen konnte erst in dem Augenblick Wirklichkeit werden, als die Probleme der Steuerung und Regelung wissenschaftlich erforscht waren. "Die Begründung der Wissenschaft von den dynamischen Regelprozessen und die Entwicklung der Elemente der Steuer- und Regeltechnik leiteten gegen Ende der vierziger Jahre dieses Jahrhunderts einen revolutionären Prozeß im Bereich der gesellschaftlichen Produktivkräfte ein, dessen ganze Tragweite und Auswirkung heute noch nicht im vollen Umfang übersehen werden kann. Kernprozeß dieser beginnenden revolutionären Umgestaltung ist die Automatisierung der Produktion... Marx' analytische Methode konsequent angewendet, heißt: Es sind die Steuer- und Regeleinrichtungen, von denen die wissenschaftlich-technische Revolution ausgeht. Durch die Einführung technischer Steuer- und Regeleinrichtungen schiebt der Mensch in dem Auseinandersetzungsprozeß mit der Natur wiederum ein neues Element der gesellschaftlichen Produktivkräfte zwischen sich und die Natur. Seine Stellung in diesem Auseinandersetzungsprozeß ... wird verändert. Der Mensch scheidet als Glied des produktionstechnischen Systems aus dem unmittelbaren Produktionsprozeß, dem eigentlichen Fertigungsprozeß, aus."¹⁷

3. Der Verlauf der wissenschaftlich-technischen Revolution

Den Verlauf der wissenschaftlich-technischen Revolution in seiner Gänge und Vielfalt nachzuweisen, überschreitet den Rahmen dieser exemplarischen Darstellung. Wir beschränken uns - in Fortsetzung von Marx' analytischer Methode - auf den Kernprozeß der gegenwärtigen revolutionären Umwälzung der Produktivkräfte, die Automatisierung oder Automation.

Da die Ausführungen zur industriellen Revolution gezeigt haben, wie wichtig es ist, die grundlegenden Begriffe exakt zu fassen, bedarf es zunächst einer klaren Bestimmung des Terminus Automatisierung, die sowohl in technischer wie in sozialökonomischer Hinsicht allen Ansprüchen genügen muß.

Vor allem in den westlichen Industrieländern, im Kreise der bürgerlichen Interpreten des modernen wissenschaftlich-technischen Fortschritts, wird die Automatisierung der Produk-

17 Jonas, Wolfgang, Vom Werden und Wirken der gesellschaftlichen Produktivkräfte, a. a. O., S. 27 f. - Zu genau der gleichen Ansicht gelangen die sowjetischen Autoren: "Im gleichen Grade, wie ehemals die Arbeitsmaschinen der Ausgangspunkt der technischen Revolution Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts waren, sind heute die Steuer- und Regeleinrichtungen der Ausgangspunkt der gegenwärtigen wissenschaftlich-technischen Revolution. In der Übertragung von Produktionsfunktionen, die bisher vom Menschen ausgeführt wurden, an technische Mittel haben wir die nächsthöhere Stufe erreicht, auf der es sich nicht mehr um technologische Funktionen handelt, sondern um logische Kontroll- und Steuerfunktionen". (Die gegenwärtige wissenschaftlich-technische Revolution, a. a. O., S. 138 f.)

tions- und Verwaltungseinrichtungen vielfach als Synonym für die wissenschaftlich-technische Revolution in ihrer Gesamtheit angesehen.¹⁸

Hier äußert sich eine ausschließlich technophile Auffassung und Interpretation des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, wie sie nahezu für die gesamte bürgerliche Technikphilosophie charakteristisch ist.

Von marxistischer Seite ist demgegenüber immer wieder auf die Unzulänglichkeiten einer solchen Betrachtungsweise verwiesen worden. Einmal deshalb, weil dadurch bedeutsame Umwälzungsprozesse in anderen Bereichen der gesellschaftlichen Produktivkräfte entweder unberücksichtigt bleiben¹⁹ oder aber in ihrer Bedeutung stark herabgemindert werden. Zum zweiten deswegen, weil diese substantielle Beschränkung den kumulativen Charakter der wissenschaftlich-technischen Revolution nur bedingt sichtbar werden läßt.

Im folgenden wird die Automatisierung als ein spezieller Prozeß innerhalb der wissenschaftlich-technischen Revolution verstanden, dem der Rang eines Kernprozesses zukommt: die Entwicklung und Anwendung moderner automatischer Methoden der Produktion, ihrer Leitung und Verwaltung. Nach Lilley ist die Automatisierung "die Einführung oder Verwendung automatischer materieller Einrichtungen oder Vorgänge, durch welche menschliche Arbeit und eine bis ins einzelne gehende Kontrolle durch den Menschen größtenteils ausgeschaltet werden"²⁰. Im Vordergrund der gegenwärtigen Betrachtung aber steht nicht mehr wie zur Zeit der allerersten Anfänge der Automatisierung das einzelne automatische Aggregat, sondern der Prozeß, in dessen Verlauf Automaten zu immer größeren Komplexen zusammengeschlossen werden.

"Das automatische Atelier aber ist die vollendete, der Maschinerie entsprechende Produktionsweise, und es ist umso vollendeter, je mehr es ein vollständiges System des Mechanismus bildet, je weniger einzelne Prozesse noch (wie bei den nicht mit selfactors arbeitenden mechanischen Spinnereien) der Vermittlung durch menschliche Arbeit bedürfen".²¹

Historisch und rein von der technischen Funktion des einzelnen Arbeitsmittels aus betrachtet, lassen sich automatisch funktionierende Einrichtungen über viele Jahrhunderte, ja bis in die Frühzeit menschlicher Existenz zurückverfolgen. Häufig genannt werden die Falle des Frühzeitmenschen, die sich bei entsprechender Berührung selbsttätig schließt, oder aber die Automaten der berühmten Mechaniker des 18. Jahrhunderts, etwa eines Vaucanson, ferner die Leitspindel an der Drehbank des ausgehenden 18. Jahrhunderts und schließlich der berühmte Wattsche Fliehkraftregler an der Dampfmaschine. So wie die vereinzelt Anwendung von Maschinen der industriellen Revolution vorausgeht, so finden wir die gelegentliche Benutzung von Automatismen, die meistens auf mechanischer Basis funktionieren, bereits vor der wissenschaftlich-technischen Revolution.

Damit die Geschichte der Automatisierung beginnen zu lassen, würde aber zu erheblichen Fehlschlüssen in der sozialökonomischen Bewertung führen. Dadurch würden nicht nur die qualitativen Unterschiede in der Entwicklung der Arbeitsmittel verwischt, sondern auch deren sozialökonomische Konsequenzen. Bekanntlich unterscheidet nicht was, sondern wie und womit etwas produziert wird die einzelnen gesellschaftlichen Epochen voneinander. Es zeigt sich weiterhin, daß die präindustriellen Maschinen und Automatismen zu ihrer Zeit technisch wie ökonomisch völlig in das System der jeweils herrschenden Produk-

18 So z. B. Pollock, F., Automation. Materialien zur Beurteilung der ökonomischen und sozialen Folgen, Frankfurt (Main) 1964.

19 Vgl. Melestschenko/Schuchardin, Lenin und der wissenschaftlich-technische Fortschritt, Leipzig 1972, S. 204.

20 Lilley, S., Automation und sozialer Fortschritt, Wien 1958, S. 16.

21 Marx, Karl, Zur Kritik der politischen Ökonomie (1861 - 1863), Heft XX, S. 1237, zit. nach: Die gegenwärtige wissenschaftlich-technische Revolution, S. 154.

tionsmethoden integriert worden waren. Für sie gelten in der Regel alle wesentlichen Kriterien, die die gesellschaftlichen Produktionsmethoden ihrer Zeit bestimmten. So zum Beispiel für die Falle: Alle hauptsächlichsten Funktionen gehen auf die unmittelbare Einflusnahme des Menschen zurück. Sie wird zudem ausschließlich von Hand gefertigt. Der unmittelbare Produzent liefert - wie im Falle des handgeführten Werkzeuges - die Operations- oder Bewegungsenergie, indem er das Spannen besorgt. Die selbsttätige Auslösung bedeutet ihrem Wesen nach die Fortdauer des Produktionsprozesses bei unterbrochenem Arbeitsprozeß.

In ähnlicher Weise reflektieren auch die anderen mechanischen Automatismen die Grundprinzipien der mechanisch-maschinellen Fertigung. Das gleiche gilt im wesentlichen für die mechanischen Automaten des 18. Jahrhunderts. Im übrigen widerspricht es der marxistischen Interpretation des Arbeitsmittels, einzelne funktionelle Teile, wie etwa die Leitspindel, aus dem kompletten Arbeitsmittel in Gestalt der mechanischen Arbeitsmaschine herauszulösen und ihnen eine automatische Sonderfunktion zuzuordnen.

Es handelt sich also in diesen Fällen um die rein technologische Vorgeschichte der Automation. So interessant es ist, sie zeitlich zurückzuverfolgen, so notwendig ist ihre reale Einordnung in das Gesamtgefüge der gesellschaftlichen Produktionsmethoden der betreffenden Zeit. Tut man das aber, so wird zweierlei deutlich: Erstens, daß die Automatisierungsvorstellungen etwa des 18. oder des 19. Jahrhunderts sehr erheblich von denen der Gegenwart abweichen, und zweitens die Notwendigkeit, das historische Element in die Bestimmung dessen, was Automatisierung als Bestandteil der wissenschaftlich-technischen Revolution ist, einzubeziehen.

Die eigentliche Geschichte der Automatisierung beginnt im Verlaufe der mechanischen Fließfertigung. Nachdem diese Fertigungsweise den Arbeitsprozeß weitgehend in seine konstituierenden Elemente zerlegt hatte, entstanden Überlegungen, die Verrichtung der Detailfunktionen, die bisher die unmittelbaren Produzenten durchgeführt hatten, Maschinen zu übertragen. Damit beginnt jener Prozeß, der es ermöglicht, die Produzenten von den Verrichtungen des unmittelbaren Fertigungsprozesses zu befreien.

Erste Versuche dieser Art wurden bereits in den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts unternommen. Sie führten zur Verkettung bisher selbständiger Werkzeugmaschinen zu Transferstraßen, die mit in der Regel mechanischen Steuerungseinrichtungen versehen waren. Wenn die meisten dieser Versuche schon bald wieder aufgegeben werden mußten, dann wegen der Unvollkommenheit und Unzuverlässigkeit der mechanischen Steuerelemente. Die Transferstraßen zur Bearbeitung von Zylinderblöcken und anderen großen Autoteilen, die die englische Automobilfirma Morris 1923/24 einrichtete, gehören zu den direkten Vorgängern der Automatisierung. Die Straße, die die Zylinderblöcke bearbeitete, war 60 Meter lang, führte 53 Arbeitsgänge aus und wurde von 21 Arbeitskräften bedient. Ihr langfristiger Einsatz scheiterte an der Unzuverlässigkeit der mechanischen Steuerungseinrichtungen.²²

1928 wurde in Milwaukee (USA) eine Anlage zur automatischen Herstellung von Automobilrahmen eingerichtet. Der Automatisierungsgrad war für die damalige Zeit bereits erheblich, denn das Bedienungspersonal übte zumeist nur Überwachungs- und Instandhaltungsfunktionen aus. Die Anlage erzeugte etwa 10 000 Rahmen pro Tag und soll zeitweise drei Viertel des amerikanischen Bedarfs an Autorahmen gedeckt haben.²³

Eine prinzipiell gleiche Entwicklungstendenz ist in der Sowjetunion zu beobachten. Die erste Transferstraße entstand in den Jahren 1939 bis 1940 in den Wolgograder Traktorenwerken auf Initiative des Arbeiters I. P. Iockin. Sie bestand aus vier spanabhebenden

22 Vgl. Lilley, S., a. a. O., S. 29.

23 Vgl. ebenda, S. 29 f.

Werkzeugmaschinen und einer Presse. Auf ihr wurden Radnaben bearbeitet und Radreifen aufgezo-gen.²⁴ Im gleichen Jahr bauten Beljaev und Vasilev eine automatische Fertigungsstraße, die aus mehreren Abschnitten zu je drei bis vier Werkzeugmaschinen bestand. Neu waren die Einrichtungen von Zwischenlagern am Ende eines jeden Abschnittes und Kontrollvorrichtungen, die die Abweichung von den vorgegebenen Maßen anzeigten.²⁵

Zuvor war in der Sowjetunion das Problem der Automatisierung bereits unter theoretischen Aspekten aufgegriffen worden. Im Jahre 1934 wurde eine Kommission für Automatik und Telemechanik bei der Akademie der Wissenschaften der UdSSR beauftragt, die Möglichkeiten der Automatisierung bei der Entwicklung der Produktion zu untersuchen. Ein Jahr später empfahl eine Allunionskonferenz für Automatik, Telemechanik und Dis-patcherwesen, die entsprechenden Forschungsarbeiten zu erweitern, und unterbreitete Vorschläge für die praktische Nutzung der erzielten Ergebnisse.²⁶

1939 forderte der XVIII. Parteitag der KPdSU dazu auf, "Maschinen zu bauen, die die Produktion automatisieren, Geräte der automatischen und telemechanischen Steuerung zu schaffen und die Automatisierung in den Elektrokraftwerken, in der chemischen Industrie und in einigen anderen Industriezweigen zu entwickeln."²⁷

Diese zukunftssträchtige Entwicklung zur wissenschaftlich-technischen Revolution in der Sowjetunion wurde durch den faschistischen Überfall jäh unterbrochen. Nach 1945, nach-dem wenigstens die schlimmsten Zerstörungen der sowjetischen Volkswirtschaft beseitigt worden waren, konnte der Automatisierung wieder verstärkte Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Von wesentlicher Bedeutung für die Automatisierung des Produktionsprozesses ist die Her-ausbildung der automatischen Werkzeugmaschine. Historisch-technologisch stellt sich die-ser Prozeß als Übergang von der dreigliedrigen zur viergliedrigen Arbeitsmaschine dar. Der bislang dreigliedrigen Arbeitsmaschine, bestehend aus Antriebsmechanismus, Trans-mission und eigentlicher Arbeitsmaschine, wird ein viertes Element in Gestalt des Steuer- und Regelteiles angegliedert, das auf dem Wege der photoelektrischen, elektromechanischen oder elektronischen Rückmeldung die Funktion der Maschine selbständig kontrolliert, bei Abweichungen von den vorgegebenen Werten den Produktionsprozeß entweder unterbricht oder die Einstellung des Werkzeuges selbsttätig nachregelt und dadurch vom Prinzip her die eigentliche Automatisierung bewirkt.

Obzwar viele der elektronischen Vorrichtungen bereits vor dem ersten Weltkrieg erfunden worden sind, ist vielfach erst in den dreißiger Jahren ihre Verwendbarkeit als Steuerungselement im erwähnten Sinne ernsthaft erforscht worden.²⁸ Bereits im Jahre 1923 sollen in den USA 8 Prozent der Maschinenverkaufumsätze auf Instrumente zur automatischen Kon-trolle von Arbeitsvorgängen und Maschinen entfallen sein, die sich bis 1939 auf 35 Prozent steigerten.²⁹ Allerdings handelte es sich dabei um einen im Verhältnis zur Gegenwart er-heblich niederen Grad der automatischen Kontrolle und Steuerung.³⁰ Bei der Beurteilung des Automatisierungsgrades ist überhaupt der große Unterschied zu berücksichtigen, der etwa zwischen dem selbsttätigen Werkzeugwechsel, dem selbsttätigen Abschalten der Ma-

24 Vgl. Die gegenwärtige wissenschaftlich-technische Revolution, a. a. O., S. 161.

25 Ebenda, S. 161 f.

26 Ebenda, S. 265 f.

27 Ebenda, S. 266.

28 Vgl. Lilley, S., a. a. O., S. 34.

29 Vgl. Lilley, S., Menschen und Maschinen, Wien 1952, S. 175.

30 Zu jener Zeit werden Werkzeugmaschinen, die selbsttätig das Werkzeug wechseln, et-wa Revolverdrehbänke, als Automaten bezeichnet, obwohl die Kontrolle des bearbeite-ten Werkstückes erst nach Abschluß des Bearbeitungsprozesses erfolgt.

schine und der selbsttätigen Nachregelung des Werkzeuges besteht. Was das letztere anbetrifft, so sind "erst in den späten vierziger Jahren Kontrolleinrichtungen mit einem Rückmeldungskreis verbunden (worden), so daß die Einstellung der Maschine selbsttätig korrigiert wurde."³¹ So sind um das Jahr 1940 herum gleichzeitig in England, der Sowjetunion und den USA Werkzeugmaschinen entwickelt worden, die durch eine Photozelle gesteuert wurden. Sowohl die sowjetische Drehbank wie die amerikanische Autogenschweißmaschine konnte mittels der Photozelle Werkzeichnungen "lesen" und danach die Werkzeuge steuern.³² Erst die Entwicklung automatischer Kontrolleinrichtungen auf elektronischer Basis schuf die Voraussetzungen, um auch das Problem der automatischen Fließfertigung durch Verkettung verschiedener Werkzeugmaschinen befriedigend zu lösen.

Während der faschistische Überfall auf die Sowjetunion den Trend zur wissenschaftlich-technischen Revolution im allgemeinen und zur Automatisierung im besonderen in diesem Land abrupt für längere Zeit unterbrach, schuf der zweite Weltkrieg für bestimmte Entwicklungsrichtungen der Technik in den USA außerordentlich günstige Bedingungen. Es ist dies übrigens nicht der erste und auch nicht der letzte Fall, daß die USA von den kriegerischen Auseinandersetzungen in Europa und anderswo auch in dieser Hinsicht profitiert hätten. Was die Zeit von Juni 1940 bis September 1944 anbetrifft, so vergab die USA-Regierung "an die Monopole Rüstungsaufträge von insgesamt 175 Md. Dollar, von denen zwei Drittel in den einhundert größten Gesellschaften auflossen. Während des Krieges waren zahlreiche neue Produktionseinrichtungen aufgekommen, die sich durch Massenproduktion, Fließfertigung, minimale Übergangszeiten zwischen den einzelnen Arbeitsoperationen, automatisches Funktionieren der Einzelmaschinen und breite Elektrifizierung der Produktionsprozesse auszeichneten. Der abrupte Wechsel von Arbeitslosigkeit zu Arbeitskräftemangel förderte die Einführung solcher technischen Mittel, die noch vor dem Kriege von den Kapitalisten als unrentabel abgelehnt worden waren. Nun standen die Kapitalisten vor der Aufgabe, die Arbeitsproduktivität der Werkzeugmaschinen und Aggregate unter gleichzeitiger Verringerung der Anzahl der Bedienungskräfte zu steigern. Mit anderen Worten, der zweite Weltkrieg hatte in den USA die sozialen und technischen Voraussetzungen für eine neue Entwicklung der Technik geschaffen, nämlich für die Übertragung gewisser Produktionsfunktionen des Menschen an technische Mittel, also für die Automatisierung der Produktion. Die USA befanden sich somit an der Schwelle einer wissenschaftlich-technischen Revolution. Doch das Kriegsende brachte diese Revolution zu Fall, bevor sie eingesetzt hatte. Um sie Wirklichkeit werden zu lassen, bedurfte es einer Situation, die in bestimmtem Grade der des zweiten Weltkrieges ähnlich sein mußte."³³

Mit dem Beginn der fünfziger Jahre unseres Jahrhunderts tritt die moderne Automatisierung in der Sowjetunion und auch in den entwickelten kapitalistischen Industrieländern in ihre akute Phase. Etwa das gleiche Bild zeigt sich in den europäischen sozialistischen Ländern, die dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe angehören. Es ist dies die Folge mehrerer, in gleicher Richtung wirkender Umstände, so vor allem der praktischen Erfahrungen der bisherigen Formen und Methoden der Automation, ferner der Entwicklung der Informationsverarbeitung sowie der elektronischen Regelung und Steuerung während des zweiten Weltkrieges. Und auch in theoretischer Hinsicht schufen die Entwicklung der Informationstheorie und der Kybernetik die Voraussetzungen für eine weitergehende Automatisierung.³⁴

31 Lilley, S., Automation und sozialer Fortschritt, a. a. O., S. 34.

32 Vgl. ebenda.

33 Die gegenwärtige wissenschaftlich-technische Revolution, a. a. O., S. 267.

34 Siehe hierzu Melestschenko/Schuchardin, a. a. O., S. 215; Teich, Mikulaš, Zu einigen Fragen der historischen Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Revolution, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1966, T. 2, S. 54.

In der Sowjetunion zeigten sich die Fortschritte der Automation in Gestalt der ersten von 11 automatischen Fabriken der Welt, die 1950 ihren Betrieb zur Produktion von Automobilkolben aufnahmen. Ihr folgte bald eine zweite Anlage zur Herstellung von Kugellagern.³⁵ Beide Anlagen sind, wie Lilley ausdrücklich bemerkt, zu ihrer Zeit die am weitesten gehenden Beispiele für die Produktionsautomatisierung in der Welt. Sie sind insofern von grundlegender Bedeutung, als damit die Automatisierung sämtlicher grundlegender Arbeitsvorgänge der Metallbearbeitung auf dem Wege der automatischen Fließfertigung gelöst worden ist.

In den USA vollzog sich die fortschreitende Automatisierung in der Weise, daß zu Beginn der fünfziger Jahre die Zahl der automatischen Aggregate und Transferstraßen - vor allem in den Fordwerken - stark anstieg. Diese Aggregate sind in der Regel durchweg mit elektronischen Steuer-, Regel- bzw. Kontrolleinrichtungen ausgestattet. Dabei zeigt sich - und offenbar nicht nur bei Ford - die Tendenz, auch den automatischen Produktionsprozeß in Anlehnung an historische Vorbilder weitgehend zu zergliedern, wodurch sich die Zahl der automatischen Einzelmaschinen erhöht, die ausschließlich für eine einzige Operation bestimmt sind. Je größer aber die Zahl der automatischen Einzelmaschinen ist, um so größer sind die Probleme beim Übergang zur automatischen Steuerung des Gesamtprozesses. Es scheint jedoch, daß ein solches Vorgehen nicht nur Schwierigkeiten technologischer Art bietet, denn offenbar folgt es in weit stärkerem Maße den Profitbedürfnissen des Unternehmers als den objektiven Anforderungen der Automatisierung, da im Mittelpunkt dieser Vorhaben die Automatisierung der einzelnen Funktionen und nicht, wie im Falle des sowjetischen Beispiels, die des Gesamtprozesses steht. Abgesehen davon, ist die Automatisierung unter kapitalistischen Verhältnissen mit all den sozialen Widersprüchen und Konflikten dieser Gesellschaft belastet, die eben durch die Automatisierung keineswegs vermindert, sondern vergrößert werden.

So oder ähnlich vollzog sich der Gang der Dinge in den übrigen Industrieländern. Im Mittelpunkt der praktischen Automatisierung während der fünfziger Jahre steht die meist schon mit elektronischen Steuerelementen ausgestattete Transferstraße, und auch die numerisch gesteuerte Werkzeugmaschine als automatisches Einzelaggregat - die programmgesteuerte Maschine - wird in immer stärkerem Maße zur Metallbearbeitung eingesetzt. Charakteristisch ist weiterhin, daß sich das automatische Prinzip weitere Einsatzmöglichkeiten erobert. Das geschieht in der Metallbearbeitung, in den fünfziger Jahren sind aber auch bereits automatisierte Hochöfen und Walzwerke in Betrieb. Auch der automatische Metallguß und die teilautomatisierte Herstellung der Kerne und Formen sind bekannt. In der Elektroindustrie werden elektrische Bauteile, wie Widerstände und Thermostate, automatisch hergestellt und verpackt, und die automatische Montage der Radio- und Fernsehapparate erfolgt zum Teil bereits im Wege der sogenannten "gedruckten Schaltung". Und schließlich wird eine Reihe von Mischvorgängen in der Bauindustrie sowie die Erzeugung von Zement automatisch betrieben. Auch die chemische Industrie, die Lebensmittelindustrie sowie die Verwaltung in ihren verschiedenen Bereichen werden in zunehmendem Maße von der Automatisierung betroffen.³⁶

Die vorangegangene Aufzählung ist weder erschöpfend, noch ist daraus zu schließen, daß zu jener Zeit die genannten Formen der Automatisierung etwa durchgängig in den betreffenden Produktionszweigen angewendet worden sind. Es handelt sich hier durchweg um Prototypen und Einzelbeispiele, und auch gegenwärtig macht die Automatisierung lediglich einen geringen Bruchteil der gesamten Produktionskapazitäten aus.³⁷ Auch sind wir noch

35 Vgl. Lilley, S., Automation und sozialer Fortschritt, a. a. O., S. 50 ff. Siehe auch Teich, Mikuláš, a. a. O., S. 54 f.

36 Vgl. Lilley, S., Automation und sozialer Fortschritt, a. a. O., S. 68 ff.

37 Über den Stand der Automatisierung 1960 siehe Teich, Mikuláš, a. a. O., S. 55.

ein erhebliches Stück von der praktisch funktionierenden vollautomatischen Fabrik entfernt. Aus der Vielzahl von Gründen seien hier einige, die praktische Automatisierung betreffende herausgehoben, so die Schwierigkeiten der automatischen Montage, traditionelle Vorstellungen hinsichtlich der "automationsgerechten" Gestaltung des Produktionsprozesses, die Auswirkung der traditionellen Maschinenbaukonzeption, Probleme der zeitlichen Kontinuität beim Ablauf der automatisierten Detailfunktionen und nicht zuletzt die sozialen Hemmnisse, die die Automatisierung in den kapitalistischen Ländern behindern.

Ein entscheidender Schritt auf dem Wege zur vollautomatischen Fabrik dürften die seit den sechziger Jahren zu beobachtenden Bemühungen sein, die Probleme der Prozeßsteuerung in großem Maßstab praktisch zu lösen. Dem Prinzip nach handelt es sich bei der Prozeßsteuerung darum, die Produktionsabläufe einzelner Betriebsabteilungen, Betriebsteile oder im Idealfall ganzer Betriebe durch zentrale elektronische Steuereinheiten zu überwachen und zu steuern.³⁸

Neben der weiteren Vervollkommnung der automatischen Bearbeitungsmaschinen steht dies in engstem Zusammenhang mit den Fortschritten der Informationsverarbeitung durch maschinelle bzw. elektronische Rechanlagen. Ihre Geschichte bildet deshalb einen wesentlichen Teil des historischen Verlaufs der Automatisierung.

Die Geschichte der mechanisch-maschinellen Rechentechnik läßt sich bis ins 17. Jahrhundert zurückverfolgen. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die Versuche Pascals und Leibnitz', die Grundrechenarten mechanisch-maschinell zu bewältigen.³⁹ Der Anstoß dazu war offenbar primär theoretisch-mathematischer Natur, während die Bedürfnisse des Produktionsprozesses kaum einen Einfluß ausübten. Immerhin flossen jene Erkenntnisse ein in die Konstruktion industriell gefertigter mechanischer Rechenmaschinen, deren Herstellung in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts im Gefolge der Anforderungen des mechanisch-maschinellen Produktionsprozesses nach beschleunigter Erfassung und Verarbeitung einer steigenden Quantität von Informationen begann.⁴⁰ Die weitergehenden diesbezüglichen Bedürfnisse der Produktion führen nach der Jahrhundertwende zu Kombinationen in Gestalt von schreibenden Rechenmaschinen und rechnenden Schreibmaschinen. In den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts entwickelt schließlich Hollerith in den USA sein nach ihm benanntes Verfahren, das zwei grundsätzliche Neuerungen gegenüber der Tradition aufwies: die Verwendung der bereits von Vaucanson im 18. und von Jacquard im 19. Jahrhundert benutzten Lochkarte und die Auswertung der Daten mittels elektromechanischer Abführung. Hierdurch wurde abermals eine Beschleunigung der Informationsverarbeitung möglich.

Die Geschichte der automatischen Rechentechnik beginnt in den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts. Es war Charles Babbage, der erstmals die Idee einer programmgesteuerten Rechenmaschine entwickelte, die vom Prinzip her alle wesentlichen Elemente für einen automatischen Betrieb vorsah. Allerdings scheiterten seine praktischen Versuche - an die er dreißig Jahre seines Lebens und sein gesamtes Vermögen wandte -, diese Maschine zu bauen. Sie scheiterten zwangsläufig wie übrigens auch die Versuche in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts, Babbages Maschine zu vollenden, an den seinerzeit zur Verfügung stehenden mechanischen Bauteilen, wie Zahnrädern, Zahnstangen, Hebeln etc., mit denen sich das Prinzip einer automatischen Rechenmaschine schon aus technischen Gründen nicht realisieren ließ.

38 Diese Entwicklung ist von Norbert Wiener bereits gegen Ende der vierziger Jahre theoretisch konzipiert worden. Vgl. Wiener, Norbert, Mensch und Menschmaschine, Frankfurt (Main)/Berlin (West) 1952, S. 168 f.

39 Vgl. Murphy, I. S., Elektronische Ziffernrechner, Berlin o. J., S. 6.

40 Vgl. ebenda, S. 10.

Die ersten erfolgreichen Versuche, eine automatische Rechenmaschine zu bauen, fallen in die dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts. Nachdem die Versuche des Instituts Pascal, in der ersten Hälfte der dreißiger Jahre eine universelle Rechenmaschine zu bauen, über das Stadium der Planung nicht hinausgekommen waren, begann Zuse um die Mitte der dreißiger Jahre ebenfalls mit der Planung einer solchen Maschine. Mit der Z 1 war im Jahre 1936 das erste Labormuster fertiggestellt. Als Bauteil dieses im Unterschied zu den bisherigen mechanischen Maschinen elektrisch funktionierenden Aggregats diente das bereits für den Telephonbau verwendete Relais. Die Z 3, eine programmgesteuerte Relaismaschine, wurde ab 1939 bezeichnenderweise für militärische Zwecke im damaligen faschistischen Luftfahrtministerium eingesetzt.

Militärischen Überlegungen entsprang auch die intensive Arbeit an der Entwicklung elektronischer Rechenmaschinen, die in den USA während des zweiten Weltkrieges einsetzte.⁴¹ Zu Beginn der vierziger Jahre wurde das Problem der elektronischen Programmsteuerung an der Harvard Universität gelöst. 1944 ist Mark 1, eine relaisgesteuerte Maschine, fertiggestellt worden.⁴² Ein Jahr später folgte mit Eniac, in Philadelphia hergestellt, die erste mit elektronischen Schaltelementen ausgestattete Maschine.⁴³ Sie soll gegen 18 000 Röhren enthalten und bereits mehrere hundert Rechenoperationen pro Sekunde ausgeführt haben. 1950 folgten mit Mark 3 und 1952 mit Mark 4 weitere Elektronenrechner. In der Sowjetunion wird Anfang der fünfziger Jahre eine BESM-Maschine in Betrieb genommen, die zwischen 8 000 bis 10 000 Rechenoperationen pro Sekunde ausführt. 1954 wird die erste Sprachübersetzung aus dem Russischen ins Englische mit Hilfe einer elektronischen Rechenmaschine vorgenommen.

Gegen Ende der fünfziger Jahre und in den sechziger Jahren entstanden neue "Generationen" von Elektronenrechnern⁴⁴, die die Leistungsfähigkeit ihrer Vorgänger um das Mehrtausendfache übertrafen. Die Elektronenröhre, die seinerzeit das Relais als Schaltelement ablöste, wird ihrerseits durch Halbleiterbauelemente verdrängt. In der Folge konnten die Ausmaße und auch der Energiebedarf der Maschinen bedeutend verringert werden. Und schließlich finden weitere neue Herstellungstechnologien zum Bau elektronischer Ziffernrechenmaschinen Anwendung in Gestalt von Miromodul-Bausteinen, "molekularen" Schaltungen und Dünnschichtbauelementen, die die Abmessungen der Maschinen abermals erheblich verkleinerten. Parallel dazu wurden die Speicherprinzipien fortentwickelt. Die Magnetkerne machten Magnetbändern und Magnetscheiben als Speicherelementen Platz, wodurch sich auch die Speicherkapazität bedeutend erhöhte. Und auch die peripheren Geräte für die Ein- und Ausgabe der Daten sowie die Kommunikation zwischen Mensch und Maschine wurden den Fortschritten des Rechners angepaßt. Unter diesen Einwirkungen ging man von einzelnen Rechenmaschinen zu Rechensystemen über, die mehrere Maschinen vereinigen.⁴⁵

All diese Fortschritte zogen eine erhebliche Erweiterung der Einsatzmöglichkeiten der elektronischen Rechentechnik nach sich. Neben ihrer zunehmenden Bedeutung für die unmittelbare Steuerung von Produktionsprozessen zum Beispiel in der Erdöl-, der Eisen- und Stahl- sowie der chemischen Industrie werden elektronische Ziffernrechenmaschinen in der Sowjetunion und den sozialistischen Ländern in steigendem Maße in der betrieblichen, vor allem aber in der gesamtgesellschaftlichen Planung eingesetzt.

41 Vgl. Lilley, S., Automation und sozialer Fortschritt, a. a. O., S. 81.

42 Vgl. Teich, Mikuláš, a. a. O., S. 54.

43 Zum Teil wird die Fertigstellung von Eniac bereits für 1943 berichtet. Vgl. Murphy, I. S., a. a. O., S. 20.

44 Siehe im folgenden hierzu Gluschkow, W. M., Elektronische Maschinen heute und morgen, in: Wissenschaft und Menschheit, Leipzig/Jena/Berlin 1965, S. 336 ff.

45 Vgl. ebenda, S. 337.

Indessen ist die bisherige Entwicklung der Automatisierung und auch ihr weiterer Fortgang nicht nur ein technologisches, sondern vordergründig auch ein soziales Problem. Vielfältig sind gerade die sozialen Hindernisse, die der durchgängigen Anwendung der Errungenschaften des modernen wissenschaftlich-technischen Fortschrittes in Gestalt der Automatisierung in den kapitalistischen Ländern entgegenstehen. Alle gegenwärtigen und zukünftigen sozialen Konflikte in diesem Teil der Welt stehen in unmittelbarem oder mittelbarem Zusammenhang mit den Auswirkungen der fortschreitenden Automatisierung.

Wir fragten in diesem Artikel nach Ursprung und Verlauf der wissenschaftlich-technischen Revolution. Der sozialen Problematik konnte unsere Aufmerksamkeit nur insoweit gelten, als sie von unmittelbarer Bedeutung für die Bestimmung des historischen Trends dieser Revolution war und ist. Notwendig erscheinen uns noch einige Worte zum gegenwärtigen Stand der wissenschaftlich-technischen Revolution. Kurt Hager hat in dem bereits zitierten Referat sowohl vor einer Unter- als auch einer Überschätzung gewarnt: "Wir sind uns darüber im klaren, daß dieser ganze, in seinen Erscheinungsformen und sozialen Auswirkungen komplexe Prozeß, den wir als wissenschaftlich-technische Revolution bezeichnen, im historischen Maßstab der Entwicklung der Produktivkräfte jener entscheidende Prozeß ist, der zur Herausbildung der materiell-technischen Basis des Kommunismus führt. Wir können daher auch sagen: Jeder Fortschritt auf dem Wege der wissenschaftlich-technischen Revolution ist ein Fortschritt auf dem Wege zum Kommunismus. Zugleich aber müssen wir sagen: Jede Überschätzung des Standes der wissenschaftlich-technischen Revolution ist eine falsche Einschätzung des Standes unserer gesellschaftlichen Entwicklung".⁴⁶

Zu einer realen Beurteilung des erreichten Niveaus im Gesamtsystem der Produktivkräfte gelangen wir dann um so leichter, wenn wir uns der Wesensbestimmung der wissenschaftlich-technischen Revolution erinnern: die komplexe Anwendung automatisch gesteuerter und geregelter Produktionssysteme.⁴⁷

Natürlich stehen wir, so betrachtet, erst am Anfang der wissenschaftlich-technischen Revolution. Wenn Jürgen Kuczynski meint: "Wir können heute bereits von den allerersten Anfängen ... sprechen"⁴⁸, dann scheint uns jedoch, daß diese zweifache Abminderung der Wertung "Anfänge" das schon Erreichte gar zu klein macht und - um einen Vergleich aus der Biologie heranzuziehen - nicht mehr gelten läßt als die Morula oder Blastula in der Embryogenese. Gewiß, aus dem Embryonalstadium ist die Automatisierung dieser letzten Entwicklungsstufe noch nicht heraus, aber sie hat doch zumindest jene Höhe erreicht, die sich - um auf die industrielle Revolution zurückzukommen - mit den sechziger und siebziger Jahren des 18. Jahrhunderts in England vergleichen läßt, als die Maschine in Gestalt der Spinn- und Webmaschinen die herkömmliche Technik radikal umgestaltete. Uns scheint, daß gegenwärtig die Tendenz überwiegt, den Entwicklungsstand der wissenschaftlich-techni-

46 Hager, Kurt, a. a. O., S. 27.

47 Diese im Rechenschaftsbericht des ZK an den VII. Parteitag der SED getroffene Feststellung ist dort mit dem Vorsatz versehen worden: "Heute wird die wissenschaftlich-technische Revolution in ihrem Wesen gekennzeichnet durch die Herausbildung der wissenschaftlich-technischen, organisatorischen und ökonomischen Voraussetzungen für den Übergang zur komplexen Anwendung". Kuczynski verweist u. E. mit Recht darauf, daß wir heute nicht mehr von den Voraussetzungen sprechen sollten. Was aber heute noch gelte, sei dies: "die Definition des Kernprozesses der wissenschaftlich-technischen Revolution: So wie in der industriellen Revolution vor 200 Jahren die Maschine die Hand bei der Führung der Werkzeuge zu ersetzen begann, so beginnt im Gefolge der wissenschaftlich-technischen Revolution die Anwendung der Automatik die Hand bei der Steuerung und Regelung der Maschinen zu ersetzen". (Vgl. Kuczynski, Jürgen, Wissenschaft heute und morgen, Berlin 1973, S. 30.)

48 Ebenda.

schen Revolution niedriger einzuschätzen als er tatsächlich ist, und darin sehen wir genauso eine Gefahr wie in der vor dem VIII. Parteitag der SED vielerorts anzutreffenden Überschätzung. So sehr wir uns aus ökonomischen Gründen noch mit der Rationalisierung zu bescheiden haben und der herkömmlichen Technik unsere Aufmerksamkeit schenken müssen, so wissen wir doch, daß der Aufbau der materiell-technischen Basis des Kommunismus ohne die Automatisierung des Produktionsprozesses nicht denkbar ist. Und an deren Grundlegung mitzuwirken ist internationalistische Verpflichtung, die wiederum ohne eine klare theoretische, also auch ideologische Bestimmung nicht mit all ihren Konsequenzen erkannt werden kann.

Das Problem

Engels sagt im "Anti-Dühring" von der produktiven Ebene der Kapitalisten, nachdem die Gesellschaft sie im Sozialismus übernommen hat: "Aber wieder in ihrer Natur begriffen, können sie in den Händen der spezifizierten Produzenten zur Einzelarbeit überführt werden. Dieser Übergang wird durch die Überwindung zwischen der unendlichen Vielfalt der Elektrizität im Innern des Gewitters und der zehntausendfachen Klarheit der Telegraphie und des Lichtes, aus der Unwissenheit der Feuerbräute und der im Dienst der Menschen wirkenden Feuers, mit dieser Beherrschung der natürlichen Produktionskräfte nach ihrer spezifischen, naturgesetzlichen Beziehung der Produktion nach den Bedürfnissen der Gesellschaft wieder hergestellt, durch wird die kapitalistische Ausprägungsweise, in der das Produkt zuerst den Produzenten, dann aber auch den Ausbeuter kreuzt, ersetzt durch eine ledig der Natur der modernen Produktionsmittel selbst begründete Ausprägungsweise der Produkte, die erstens durch gesellschaftliche Ausprägung als Mittel zur Erhaltung und Erweiterung der Produktion andererseits durch individuelle Ausprägung als Lebens- und Genussmittel."¹

Pläne in diesem Sinne werden nicht einfach eine Absichtsentscheidung, so auch so zu handeln, Pläne schließt auch die Möglichkeit, zu zeigen die große Wahrscheinlichkeit der Festsetzung der Pläne ein, in einer historischen Wirtschaft wie der kapitalistischen Warenwirtschaft ist also Planung der Wirtschaft im hier gemeinten Sinne unmöglich - ganz gleich, ob das Kapital "Wille" entscheidet oder nicht.

Als Gegensatz von unserer Planung als sozialistischer Planung, und das ist richtig, sind dann die hierher, hierarchischen Wirtschaften gab es selbstverständlich auch wirtschaftliche Planung.

Pläne vor dem Sozialismus ist überall dort in der Wirtschaft möglich, wo keine Warenwirtschaft herrscht, sobald Warenwirtschaft im Reinen entsteht, entsteht im Waren produzierenden Teil der Wirtschaft auch der Reichtum der Arbeit, Engels illustriert am Beispiel die Feudal Wirtschaft so: "Mittelalterliche Gesellschaft: Kleines Einzelhandwerk, Produktionsmittel für den Eigengebrauch vorbehalten, daher arbeitslos-schönheitslos, kleinlich, von ewigwährender Wirkung, Produktion für den unmittelbaren Verbrauch, und so das Produktionsmittel selbst, sei es selbst Feudalherren, nur da, wo ein Überschuß der Produktion über diesen Verbrauch existiert, wird dieser Überschuß zum Verkauf angeboten und verkauft dem Austausch; Warenproduktion also erst im Reinen aber selbst erst mit dem Austausch; im Reinen die Anarchie in der gesellschaftlichen Produktion."²

¹ Engels, Friedrich, Herrns Engels Dührings Umwälzung der Wissenschaft (Anti-Dühring), in: Marx-Engels Werke, Bd. 20, Berlin 1958, S. 283.

² Engels, Friedrich von "Anti-Dühring", in: Engels, S. 218.

PLANUNG IN DER WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

von Jürgen Kuczynski

1. Das Problem

Engels sagt im "Anti-Dühring" von den Produktivkräften des Kapitalismus, nachdem die Gesellschaft sie im Sozialismus übernommen; "Aber einmal in ihrer Natur begriffen, können sie in den Händen der assoziierten Produzenten aus dämonischen Herrschern inwillige Diener verwandelt werden. Es ist der Unterschied zwischen der zerstörenden Gewalt der Elektrizität im Blitze des Gewitters und der gebändigten Elektrizität des Telegraphen und des Lichtbogens; der Unterschied der Feuersbrunst und des im Dienst des Menschen wirkenden Feuers. Mit dieser Behandlung der heutigen Produktivkräfte nach ihrer endlich erkannten Natur tritt an die Stelle der gesellschaftlichen Produktionsanarchie eine gesellschaftlich-planmäßige Regelung der Produktion nach den Bedürfnissen der Gesamtheit wie jedes einzelnen; damit wird die kapitalistische Aneignungsweise, in der das Produkt zuerst den Produzenten, dann aber auch den Aneigner knechtet, ersetzt durch die in der Natur der modernen Produktionsmittel selbst begründete Aneignungsweise der Produkte; einerseits direkt gesellschaftliche Aneignung als Mittel zur Erhaltung und Erweiterung der Produktion, andererseits direkt individuelle Aneignung als Lebens- und Genußmittel."¹

Planung in diesem Sinne ist also nicht einfach eine Absichtserklärung, so und so zu handeln. Planung schließt auch die Möglichkeit, ja mehr: die große Wahrscheinlichkeit der Realisierung des Planes ein. In einer anarchischen Wirtschaft wie der kapitalistischen Warenwirtschaft ist also Planung der Wirtschaft im hier gemeinten Sinne unmöglich - ganz gleich, ob das Kapital "Pläne macht" oder nicht.

Wir sprechen von unserer Planung als sozialistischer Planung. Und das ist richtig so. Denn in früheren, nichtanarchischen Wirtschaften gab es selbstverständlich auch wirtschaftliche Planung.

Planung vor dem Sozialismus ist überall dort in der Wirtschaft möglich, wo keine Warenwirtschaft herrscht. Sobald Warenwirtschaft im Keime entsteht, entsteht im Waren produzierenden Teil der Wirtschaft auch der Keim der Anarchie. Engels skizziert zum Beispiel die feudale Wirtschaft so: "Mittelalterliche Gesellschaft: Kleine Einzelproduktion, Produktionsmittel für den Einzelgebrauch zugeschnitten, daher urwüchsig-unbehilflich, kleinlich, von zwerghafter Wirkung. Produktion für den unmittelbaren Verbrauch, sei es des Produzenten selbst, sei es seines Feudalherrn. Nur da, wo ein Überschuß der Produktion über diesen Verbrauch stattfindet, wird dieser Überschuß zum Verkauf ausgeben und verfällt dem Austausch; Warenproduktion also erst im Entstehen; aber schon jetzt enthält sie in sich, im Keim, die Anarchie in der gesellschaftlichen Produktion."²

1 Engels, Friedrich, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (Anti-Dühring), in: Marx/Engels, Werke, Bd. 20, Berlin 1962, S. 261.

2 Derselbe, Materialien zum "Anti-Dühring", in: ebenda, S. 618.

Wenn wir von Planung in vorkapitalistischen Gesellschaftsordnungen sprechen, dann meinen wir nicht eine ganz beschränkte spezifische Planung, wie sie Engels sogar für den Kapitalismus feststellt, wenn er schreibt von der "planmäßigen Teilung der Arbeit, wie sie in der einzelnen Fabrik organisiert war"³.

Unter Planung in der Wirtschaft wollen wir im folgenden vielmehr als Minimum verstehen:

Planung des Einsatzes der Produktivkräfte - der Arbeitskräfte und Arbeitsinstrumente -, der Rohstoffe usw.;

Planung des Produktionsergebnisses.

Eine solche Planung ist als sinnvolle, mit Aussicht auf Erfolg, natürlich nur in einer Gesellschaftsordnung möglich, in der die Warenproduktion, die vor dem Sozialismus immer mit Anarchie verbunden ist, noch keine effektive Rolle spielt.

Größere, intensivere, ins Gewicht fallende Warenproduktion aber entsteht nur dort, wo sich auf der Basis relativ starker Produktivkräfte und der Arbeitsteilung die gewerbliche Produktion im Sinne von Produktion nichtlandwirtschaftlicher Waren von der Landwirtschaft getrennt hat. Das heißt, die Produktion von nichtlandwirtschaftlichen Waren, die noch im Rahmen der Landwirtschaft stattfindet, wie vielfach in der frühen Sklavenhalterzeit oder im frühen Feudalismus, die also noch keine Warenwirtschaft hervorruft, auch wenn sie schon von "Spezialisten" wie Schmiedern oder Töpfern ausgeführt wird, führt noch nicht zur Anarchie, erlaubt noch Planung.

Engels schildert das Entstehen der Warenwirtschaft so:

"Die Zivilisation ist also nach dem Vorausgeschickten die Entwicklungsstufe der Gesellschaft, auf der die Teilung der Arbeit, der aus ihr entspringende Austausch zwischen einzelnen, und die beides zusammenfassende Warenproduktion zur vollen Entfaltung kommen und die ganze frühere Gesellschaft umwälzen.

Die Produktion aller früheren Gesellschaftsstufen war wesentlich eine gemeinsame, wie auch die Konsumtion unter direkter Verteilung der Produkte innerhalb größerer oder kleinerer kommunistischer Gemeinwesen vor sich ging. Diese Gemeinsamkeit der Produktion fand statt innerhalb der engsten Schranken; aber sie führte mit sich die Herrschaft der Produzenten über ihren Produktionsprozeß und ihr Produkt. Sie wissen, was aus dem Produkt wird; sie verzehren es, es verläßt ihre Hände nicht; und solange die Produktion auf dieser Grundlage betrieben wird, kann sie den Produzenten nicht über den Kopf wachsen, keine gespenstischen fremden Mächte ihnen gegenüber erzeugen, wie dies in der Zivilisation regelmäßig und unvermeidlich der Fall ist.

Aber in diesen Produktionsprozeß schiebt sich die Teilung der Arbeit langsam ein. Sie untergräbt die Gemeinsamkeit der Produktion und Aneignung, sie erhebt die Aneignung durch einzelne zur überwiegenden Regel, und erzeugt damit den Austausch zwischen einzelnen - wie, das haben wir oben untersucht. Allmählich wird die Warenproduktion herrschende Form."⁴

Diese Entwicklung war eine sehr langsame. Erst im 5. Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung begann die Warenwirtschaft in Griechenland zum Beispiel eine wirkliche Rolle zu spielen. Plutarch berichtet, daß Perikles (geb. kurz nach 500, gest. 429) der erste Athener war, der den täglichen Bedarf seines Haushalts auf dem Markte deckte und die Erzeugnisse seiner Landgüter, statt sie soweit wie möglich im eigenen Haushalt zu verwenden, gegen Geld auf dem Markt absetzte. Und das oben gegebene Zitat von Engels zeigt, wie lange es im europäischen Feudalismus dauerte, bis die Marktwirtschaft sich durchsetzte.

3 Derselbe, Anti-Dühring, a. a. O., S. 251.

4 Derselbe, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 21, Berlin 1962, S. 168 f.

2. Vorausschauende Arbeit und "Urplanung"

Im Kampf mit der Natur, in dem Bemühen, sie in seinem Interesse zu meistern, beobachtete der Mensch zunächst ihre "Eigenheiten" und richtete sich nach ihnen. Er lernte, zur rechten Zeit zu säen und zu ernten, also im Frühjahr bzw. im Sommer und Herbst, nicht im Winter. Daraus ergab sich in der Landwirtschaft eine entsprechende Vorschau der Arbeit, die zu bewältigen war.

Und diese Vorschau ging allmählich mit der stärkeren Entwicklung der Produktivkräfte in Planung über, "Urplanung", wie es Waltraud Falk in einer Diskussion dieser Problematik treffend nannte. Man mußte etwa im Winter dafür sorgen, daß die Werkzeuge für die Bestellung des Landes im Frühjahr in Ordnung waren; man sorgte für die notwendige Menge Saatgut, da man gelernt hatte, die Ernteergebnisse unter der Voraussetzung normaler klimatischer Verhältnisse abzuschätzen.

Doch bezog sich die Planung keineswegs nur auf die "Ausnutzung" der Naturverhältnisse oder richtiger auf die Anpassung der Arbeit in der Landwirtschaft an sie. Auch der Kampf gegen die Natur erforderte planmäßiges Handeln, gerade er erzwang Planmäßigkeit, und zwar "gemeinsam verfolgte" Planmäßigkeit. Als wichtigstes Beispiel dafür aus früherer Zeit sei nur die künstliche Bewässerung genannt, die Anlage von großen Irrigationssystemen.

Damit aber kommen wir sofort zu einer entscheidenden Problematik der "Urplanung", der Planung in den vorkapitalistischen Gesellschaften.

Wenn wir, ganz grob periodisiert, sagen, daß die vorausschauende Arbeit sich zur Planung in der Zeit entwickelt, in der das Privateigentum an Produktionsmitteln entsteht, dann müssen wir gleichzeitig feststellen: Die Planung erfordert stets die partielle Außerkräftsetzung der Rechte des privaten Eigentums. Daraus ergibt sich aber auch zugleich, daß wir unter Planung nicht die "private" Entscheidung von einzelnen Eigentümern, also niemals die Planung der Wirtschaft eines Einzelbetriebes, des einzelnen Bauern, des einzelnen Hauserbauers, des einzelnen Betriebsinhabers, sondern nur die Planung einer irgendwie gearteten Gemeinschaft von Produzenten in der Wirtschaft verstehen dürfen. Also etwa die Planung eines Dorfes oder einer Markgenossenschaft oder des Staates zur Anlage eines Bewässerungssystems - bei Aufhebung aller sich aus dem privaten Eigentum ergebenden Rechte, die etwa den Plan des Bewässerungssystems berühren könnten.

Das heißt, der Übergang von der vorausschauenden Arbeit zur Urplanung ist an eine bestimmte Entwicklung der Produktivkräfte gebunden, die eben Planung des Einsatzes der Produktivkräfte erfordert, und an Produktionsverhältnisse, die einerseits der stärkeren Entwicklung der Produktivkräfte entsprechen, zugleich aber auf Grund des privaten Eigentums als ihrem Charakteristikum der Planung widerstehen und darum nur durch entsprechende Teilaufhebung der sich aus dem privaten Eigentum ergebenden Rechte Planung erlauben.

Die Planung ist also von Anfang an mit einem (lösbaren) Widerspruch auf Grund des Charakters der Produktionsverhältnisse belastet.

Im Verlauf der Entwicklung wird dann die Planung in allen vorkapitalistischen Gesellschaften von einem zweiten (unlösbaren) Widerspruch auf Grund des Fortschritts der Produktivkräfte (besonders der fortschreitenden Teilung der Arbeit) bedroht, von der Entwicklung der Warenwirtschaft (das heißt der Anarchie), die, wenn sie dominiert - wie im Kapitalismus oder auch zeit- und ortsweise in vorkapitalistischen Gesellschaftsordnungen -, jede Planung (vor der sozialistischen Gesellschaftsordnung) unmöglich macht.

Das heißt, der im allgemeinen in den vorkapitalistischen Gesellschaftsordnungen lösbare Widerspruch der Produktionsverhältnisse mit privatem Eigentum sowie der mit der star-

ken Entwicklung der Produktivkräfte einsetzende vor dem Sozialismus unlösbare Widerspruch der Warenwirtschaft (Anarchie) vereinen sich dann, um jede Planung unmöglich zu machen. Die einzige Gesellschaftsordnung, für die diese Vereinigung jedoch konstitutionell notwendig ist, die von ihr bestimmt wird, ist die kapitalistische Gesellschaftsordnung.

Natürlich wollen wir im folgenden keine Geschichte, nicht einmal eine Skizze der Planung in den vorkapitalistischen Gesellschaftsordnungen geben. Wir wählen nur zwei Beispiele der Planung, um Ausmaß und Charakter solcher Planung anzuzeigen.

3. Planung in der deutschen Landwirtschaft der Feudalzeit

Wenn wir hier von der deutschen Landwirtschaft sprechen, dann sollte man bedenken, daß sie nicht grundverschieden war von der anderer Länder Europas - Engels weist auf Schweden und England, Frankreich und andere Länder mit Parallelerscheinungen hin.

Natürlich handelt es sich im folgenden auch nicht um Planung im Einzelbetrieb, sondern in einer größeren Anzahl, in einem "Komplex von Betrieben". Wir können in der deutschen Landwirtschaft von einem Komplex von Betrieben sprechen auf Grund einer Entwicklung, die Engels so schildert:

"Zwei naturwüchsig entstandne Tatsachen beherrschen die Urgeschichte aller oder doch fast aller Völker: Gliederung des Volks nach Verwandtschaft, und Gemeineigentum am Boden. So war es auch bei den Deutschen. Wie sie die Gliederung nach Stämmen, Sippschaften, Geschlechtern aus Asien mitgebracht hatten, wie sie noch zur Römerzeit ihre Schlachthäufen so bildeten, daß immer Nächstverwandte Schulter an Schulter standen, so beherrschte diese Gliederung auch die Besitznahme des neuen Gebiets östlich vom Rhein und nördlich von der Donau...

Die rasche Vermehrung der Bevölkerung erzeugte auf dem jedem einzelnen Dorf zugewiesenen sehr ausgedehnten Landstrich, der Mark, eine Anzahl von Tochterdörfern, die nun mit dem Mutterdorf als Gleichberechtigte oder Minderberechtigte eine einzige Markgenossenschaft bildeten, so daß wir in Deutschland, soweit die Quellen zurückreichen, überall eine größere oder geringere Anzahl von Dörfern zu einer Markgenossenschaft vereinigt finden. Über diesen Verbänden aber standen, wenigstens in der ersten Zeit, noch die größern Markverbände der Hundertschaft oder des Gaus, und endlich bildete das ganze Volk ursprünglich eine einzige große Markgenossenschaft zur Verwaltung des in unmittelbarem Volksbesitz gebliebenen Bodens und zur Oberaufsicht über die zu seinem Gebiet gehörigen Untermarken.

Noch bis in die Zeit, da das fränkische Reich sich das ostrheinische Deutschland unterwarf, scheint der Schwerpunkt der Markgenossenschaft im Gau gelegen, der Gau die eigentliche Markgenossenschaft umfaßt zu haben. Denn nur daraus erklärt sich, daß so viele alte große Marken bei der amtlichen Einteilung des Reichs als Gerichtsgaue wieder erscheinen. Aber schon bald darauf begann die Zerschlagung der alten großen Marken. Doch gilt noch im 'Kaiserreich' des 13. oder 14. Jahrhunderts als Regel, daß eine Mark sechs bis zwölf Dörfer umfaßt."⁵

Ursprünglich wurde das Land regelmäßig neu unter die Markgenossenschaften verteilt. Dieser Brauch wurde später aufgegeben.

Jedoch:

"Die Gestalt, die die Markverfassung angenommen hat durch Verzicht auf erneuerte Verteilung des angebauten Landes, ist nun diejenige, die uns entgegentritt nicht nur in den alten Volksrechten des 5. bis 8. Jahrhunderts, sondern auch in den englischen und skandinavischen

⁵ Derselbe, Die Mark, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 19, Berlin 1962, S. 317.

schen Rechtsbüchern des Mittelalters, in den zahlreichen deutschen Markordnungen (sogenannten Weistümern) aus dem 13. bis 17. Jahrhundert und in den Gewohnheitsrechten (coutumes) von Nordfrankreich.

Indem die Markgenossenschaft auf das Recht verzichtete, von Zeit zu Zeit Äcker und Wiesen unter die einzelnen Genossen neu zu verteilen, gab sie von ihren übrigen Rechten an diese Ländereien kein einziges auf. Und diese Rechte waren sehr bedeutend. Die Genossenschaft hatte den einzelnen ihre Felder übergeben nur zum Zweck der Nutzung als Acker und Wiese und zu keinem andern Zweck. Was darüber hinausging, daran hatte der Einzelbesitzer kein Recht...

Aber auch die Nutzung von Acker und Wiese war gebunden an die Oberaufsicht und Regelung durch die Genossenschaft, und zwar in folgender Gestalt. Da, wo Dreifelderwirtschaft herrschte - und das war fast überall -, wurde die ganze Feldflur des Dorfs in drei gleich große Felder geteilt, von denen jedes abwechselnd ein Jahr zur Wintersaat, das zweite Jahr zur Sommersaat, das dritte zur Brache bestimmt wurde. Das Dorf hatte also jedes Jahr sein Winterfeld, Sommerfeld und Brachfeld. Bei der Landverteilung war dafür gesorgt, daß der Anteil jedes Genossen sich gleichmäßig auf alle drei Felder verteilte, so daß jeder sich ohne Nachteil dem Flurzwang der Genossenschaft fügen konnte, wonach er Wintersaat nur in sein Stück Winterfeld säen durfte usw.

Das jedesmalige Brachfeld fiel nun für die Dauer der Brache wieder in Gemeinbesitz und diente der gesamten Genossenschaft zur Weide. Und sobald die beiden andren Felder abgeerntet waren, fielen sie bis zur Saatzeit ebenfalls wieder in den Gemeinbesitz zurück und wurden als Gemeinweide benutzt. Desgleichen die Wiesen nach der Grummetmahd. Auf allen Feldern, wo geweidet wurde, mußte der Besitzer die Zäune entfernen. Dieser sogenannte Hutzwang bedingte natürlich, daß die Zeit der Aussaat wie der Ernte nicht dem einzelnen überlassen, sondern für alle gemeinsam und von der Genossenschaft oder durch Herkommen festgesetzt war."⁶

Es bedarf wirklich nicht irgendwelcher Ergänzungen, um sofort zu sehen, daß diese Produktionsverhältnisse mit den angezeigten Einschränkungen privater Eigentumsrechte die Planung außerordentlich begünstigten.

Und da die Produktivität nur langsam stieg, vielfach um weniger als 10 Prozent in einem Jahrhundert, also im Jahresdurchschnitt um 0,1 Prozent - mit solchem Recht nennen Marx und Engels die vorkapitalistischen Gesellschaftsordnungen konservativ! -, konnte man auch das Produktionsergebnis planen - dabei stets (wie auch noch heute in der sozialistischen Landwirtschaft!) normale Klimabedingungen voraussetzend. Man kannte das Verhältnis von ausgesäeter und geernteter Menge, und wenn die Bevölkerung stieg, konnte man die notwendig zu rodende oder anders zu gewinnende zusätzliche Bodenfläche errechnen und eine entsprechende Expansion planen.

Wie genau die Produktion geplant wird, schildert Krzymowski an diesem Beispiel:

"Angenommen, wir befinden uns im Jahre 1401. In diesem Jahre 1401 darf die eine Flur überhaupt nicht bepflanzt werden, sie liegt brach da und heißt jetzt deshalb Brachfeld oder Brachflur. Auf der zweiten Flur sind im gleichen Jahre alle Gewanne mit allen ihren Parzellen mit Wintergetreide besät. Deshalb führt die zweite Flur in dem betreffenden Jahre den Namen Winterung. Die dritte Flur endlich ist in demselben Jahre 1401 mit Sommergetreide, also vorwiegend mit Hafer und Gerste (Sommerung) bestellt.

Im nächsten Jahre, also im Jahre 1402, ändert sich die Verteilung der Früchte auf die drei Fluren. Die erste Flur, welche im Jahre vorher brach dalag, als Brachfeld diente, trägt jetzt die Winterung; die zweite Flur, im vorhergehenden Jahre mit Winterung bepflanzt, er-

6 Ebenda, S. 321 f.

hält die Sommerung, und die dritte Flur endlich, welche im Jahre 1401 Sommergetreide trug, ist 1402 das leere Brachfeld. - Nun kommt das dritte Jahr, das Jahr 1403. Jetzt werden die Früchte wiederum verschoben; die Flur 1 bekommt die Sommerung, Flur 2 dient als Brache und Flur 3 als Winterung.

Damit ist der Turnus geschlossen. Im vierten Jahre stehen die Früchte wieder auf denselben Fluren wie im ersten, im fünften Jahre auf denselben Fluren wie im zweiten usw. Kurz, alle drei Jahre kehrt auf eine Flur immer wieder dieselbe Gruppe von Gewächsen zurück.

Fassen wir also die Fruchtfolge irgendeiner beliebigen Ackerparzelle ins Auge, so lautet sie:

1. Jahr: Brache
 2. " Wintergetreide (Winterung)
 3. " Sommergetreide (Sommerung)
 4. " Brache
 5. " Wintergetreide (Winterung)
 6. " Sommergetreide (Sommerung)
- usw.

Das ist die typische Fruchtfolge der alten Form der Dreifelderwirtschaft. Diese alte Form der Dreifelderwirtschaft wird in der landwirtschaftlichen Fachliteratur als reine Dreifelderwirtschaft bezeichnet.

Der einzelne Landwirt durfte seinen Acker nicht beliebig bepflanzen, sondern er war gezwungen, sich genau an die gegebene Rotation oder Fruchtfolge zu halten. Es konnte also der Einzelne nicht etwa während des Brachjahres eine in der Brachflur liegende Parzelle bestellen, sondern er mußte sie brach liegen lassen. Oder wer Grundstücke in der jeweiligen Wintergetreideflur besaß, der durfte dort kein Sommergetreide anbauen, sondern mußte, ebenso wie seine Nachbarn, Wintergetreide säen usf. Die Feldgemeinschaft bestimmte also eine einheitliche Bepflanzung der Fluren, und diese früher gesetzlich vorgeschriebene einheitliche Flurbepflanzung nennt man den Flurzwang. Der Flurzwang hat viele Jahrhunderte hindurch bestanden. In Elsaß-Lothringen ist er z. B. erst bei der französischen Revolution beseitigt worden."⁷

Und nicht nur war die Produktion genau geplant. Wie Engels an der schon zitierten Stelle bemerkte, wurde auch der Tag der Aussaat wie der Ernte gemeinsam festgelegt.

Und mehr: die Planung war außerordentlich langfristig, zum Teil auf Jahrzehnte, ja Jahrhunderte, denn die Folge von Brache, Wintergetreide, Sommergetreide wurde nicht gewechselt.

Es schien mir unverständlich, hier nicht von einer ganz außerordentlich durchgebildeten Planwirtschaft beachtlichen Umfangs in der Landwirtschaft sprechen zu wollen.

Und mehr oder weniger war die landwirtschaftliche Produktion vor der ausgebildeten Warenwirtschaft in allen vorkapitalistischen Ausbeuter-Gesellschaftsordnungen so geplant. Dabei spielten die spezifischen Eigentumsformen (der Sklavenhalter-, der feudalen Gesellschaft oder der nach der asiatischen Produktionsweise arbeitenden Gesellschaft) keine entscheidende Rolle.

⁷ Krzyszowski, Richard, Geschichte der deutschen Landwirtschaft, 2. Aufl. Stuttgart 1951, S. 142.

4. Städteplanung vor der feudalen Gesellschaft

Die Planung war jedoch keineswegs nur auf die Landwirtschaft beschränkt.

Von ganz außerordentlicher Bedeutung war auch die Siedlungs- und Städteplanung, die sich von den ältesten Zeiten bis zum Ende des Feudalismus durchzieht.

Sogar zeitweise Siedlungen zum Zweck der Anlage von großen Bauten wurden genau geplant. Eines der ersten uns bekannten Beispiele einer industriellen Siedlung war die bei Kahun in Ägypten, zirka 100 Kilometer südlich von Kairo, die etwa 1900 vor unserer Zeitrechnung errichtet wurde. Es galt, Arbeiter für den Bau einer Pyramide anzusiedeln. Die Siedlung war wie ein Schachbrett angelegt, enthielt zirka dreihundert Wohnungen von je vier bis fünf Räumen. Zehn bis zwanzig größere Häuser waren für Meister, zehn Villen für die Hauptbeamten bestimmt. Die Stadt wurde 21 Jahre lang, für die Dauer des Baus der Pyramide, bewohnt.

Man mag vielleicht eine solche Siedlung als ein "einzelnes Betriebsunternehmen" eines Herrschers ansehen, ähnlich dem Bau eines einzelnen Hauses. Aber dieses Argument kann unmöglich mehr für griechische Städte gelten, in denen die Großen ihre eigenen Häuser bauten, eines immer schöner als das andere - jedoch gezwungen, sich der Planung der Stadt anzupassen. Insbesondere seit den großen Leistungen von Hippodamos von Milet im 5. Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung. Er versuchte, das alte Prinzip der rechtwinklig sich schneidenden Straßen mit einer harmonischen Gruppierung von Häuserkomplexen zu verbinden. Vor allem suchte er die Stadt auch unter dem Gesichtspunkt des zunehmenden Handels und Verkehrs zu gestalten. Für den Hafen von Piräus sah er zum Beispiel vor, daß der Verkehr nicht den Hauptmarkt- und Versammlungsplatz der Stadt berührte - gegen den Wunsch der Kaufleute.

Sicher war zu dieser Zeit die Marktwirtschaft in Athen noch nicht so entwickelt, daß sie schon zu allgemeinen Überproduktionskrisen führen konnte, aber wohl herrschte schon in der nicht-landwirtschaftlichen Produktion eine gewisse Anarchie. Der Städtebau jedoch war noch sorgfältig geplant - unter Nichtberücksichtigung des privaten Eigentums an Grund und Boden und entsprechender privater Bauwünsche.

Solche Planung - entgegen aus privatem Eigentum an Grund und Boden resultierenden Wünschen einzelner reicher Eigentümer - wurde auch während des größten Teils der Feudalzeit für die Städte beibehalten.

5. Die entwickelte Warenwirtschaft

Alle vorkapitalistischen Wirtschaften werden, von wenigen Ausnahmezzeiten abgesehen - etwa einigen griechischen Stadtstaaten der Antike oder italienischen Stadtstaaten der Renaissance -, von der Landwirtschaft beherrscht.

Die Warenproduktion aber entsteht recht eigentlich zuerst in der nichtlandwirtschaftlichen Produktion, soweit diese sowohl unabhängig vom Klima, also zeitlich, wie auch den Mitteln nach "unbegrenzt" vor sich gehen kann. Die Produktion von Weizen ist durch die Jahreszeiten wie auch den Boden begrenzt, die Produktion von Töpfen oder Messern ist praktisch unbegrenzt.

Es ist der Markt, auf dem sich eine ständig schwankende und in der Tendenz ständig steigende Menge nichtlandwirtschaftlicher Waren und eine ständig schwankende, aber keineswegs in der Tendenz ständig steigende Kaufkraft gegenüberstehen, der Anarchie in die Wirtschaft bringt, der den planmäßigen Verlauf des wirtschaftlichen Verlaufs zunächst lokal und im Laufe der Zeit auf immer größerer gesellschaftlicher und territorialer Fläche stört und schließlich im Kapitalismus ganz verhindert. Warenwirtschaft auf der Basis von

privatem Eigentum und privater Aneignung bringt Anarchie, die noch gesteigert wird in dem Maße, in dem die Produktion vergesellschaftet wird.

Den Höhepunkt der Warenwirtschaft und damit den Höhepunkt der Anarchie und damit das Ende der vorsozialistischen Planwirtschaft bringt die kapitalistische Gesellschaftsformation.

Die kapitalistische Gesellschaft ist die erste und einzige Ausbeutergesellschaft, in der die Warenwirtschaft allgemein, systemgemäß dominiert, in der systemgemäß Anarchie herrscht, in der also systemgemäß von Wirtschaftsplanung nicht die Rede sein kann.

Marx stellt im "Kapital" ausdrücklich die kapitalistische Anarchie und die "plan- und autoritätsmäßige Organisation der gesellschaftlichen Arbeit" in den vorkapitalistischen Gesellschaftsordnungen gegenüber:

"Die manufakturmäßige Teilung der Arbeit unterstellt Konzentration der Produktionsmittel in der Hand eines Kapitalisten, die gesellschaftliche Teilung der Arbeit Zersplitterung der Produktionsmittel unter viele von einander unabhängige Warenproduzenten. Statt daß in der Manufaktur das eiserne Gesetz der Verhältniszahl oder Proportionalität bestimmte Arbeitermassen unter bestimmte Funktionen subsumiert, treiben Zufall und Willkür ihr buntes Spiel in der Verteilung der Warenproduzenten und ihrer Produktionsmittel unter die verschiedenen gesellschaftlichen Arbeitszweige. ... Die bei der Teilung der Arbeit im Innern der Werkstatt a priori und planmäßig befolgte Regel wirkt bei der Teilung der Arbeit im Innern der Gesellschaft nur a posteriori als innere, stumme, im Barometerwechsel der Marktpreise wahrnehmbare, die regellose Willkür der Warenproduzenten überwältigende Naturnotwendigkeit. Die manufakturmäßige Teilung der Arbeit unterstellt die unbedingte Autorität des Kapitalisten über Menschen, die bloße Glieder eines ihm gehörigen Gesamtmechanismus bilden; die gesellschaftliche Teilung der Arbeit stellt unabhängige Warenproduzenten einander gegenüber, die keine andere Autorität anerkennen, als die der Konkurrenz, den Zwang, den der Druck ihrer wechselseitigen Interessen auf sie ausübt, wie auch im Tierreich das bellum omnium contra omnes [der Krieg aller gegen alle] die Existenzbedingungen aller Arten mehr oder minder erhält. Dasselbe bürgerliche Bewußtsein, das die manufakturmäßige Teilung der Arbeit, die lebenslängliche Annexion des Arbeiters an eine Detailverrichtung und die unbedingte Unterordnung der Teilarbeiter unter das Kapital als eine Organisation der Arbeit feiert, welche ihre Produktivkraft steigere, denunziert daher ebenso laut jede bewußte gesellschaftliche Kontrolle und Regelung des gesellschaftlichen Produktionsprozesses als einen Eingriff in die unverletzlichen Eigentumsrechte, Freiheit und sich selbst bestimmende 'Genialität' des individuellen Kapitalisten. Es ist sehr charakteristisch, daß die begeisterten Apologeten des Fabriksystems nichts Ärgres gegen jede allgemeine Organisation der gesellschaftlichen Arbeit zu sagen wissen, als daß sie die ganze Gesellschaft in eine Fabrik verwandeln würde.

Wenn die Anarchie der gesellschaftlichen und die Despotie der manufakturmäßigen Arbeitsteilung einander in der Gesellschaft der kapitalistischen Produktionsweise bedingen, bieten dagegen frühere Gesellschaftsformen, worin die Besondrung der Gewerbe sich naturwüchsig entwickelt, dann kristallisiert und endlich gesetzlich befestigt hat, einerseits das Bild einer plan- und autoritätsmäßigen Organisation der gesellschaftlichen Arbeit, während sie andererseits die Teilung der Arbeit innerhalb der Werkstatt ganz ausschließen, oder nur auf einem Zwergmaßstab, oder nur sporadisch und zufällig entwickeln."⁸

⁸ Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 377 f.

6. Die Planung in der sozialistischen Gesellschaft

Während in den vorkapitalistischen Ausbeuter-Gesellschaftsordnungen Planung der Wirtschaft unabhängig von den spezifischen Produktionsverhältnissen stattfindet - vorausgesetzt, daß die Warenwirtschaft nicht effektiv entwickelt ist -, beruht die sozialistische Planung auf einer grundlegenden Wandlung der Produktionsverhältnisse, die darin besteht, daß die Produktionsmittel vergesellschaftet werden. Allein diese Wandlung der Produktionsverhältnisse ermöglicht Planung unter den Bedingungen einer notwendigerweise im ersten Stadium der kommunistischen Gesellschaftsformation, im Sozialismus, noch bestehenden Warenproduktion.

Der erste wichtige Unterschied zwischen der sozialistischen Planung und der Planung der Wirtschaft in den vorkapitalistischen Gesellschaftsordnungen besteht also darin, daß die sozialistische Planung, und zwar auf der Basis der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, in der Lage ist, auch eine entwickelte, effektive Warenwirtschaft zu planen.

Der zweite wichtige Unterschied ist, daß die sozialistische Planung nicht nur Wirtschaften relativ geringen Umfangs mit relativ geringer gesellschaftlicher Arbeitsteilung, bzw. solche mit überwiegender Landwirtschaft und langsamem Umschlag planen kann, sondern am Ende die gesamte Weltwirtschaft mit außerordentlich starker Arbeitsteilung, mit (nach Voil-industrialisierung der Landwirtschaft) ausschließlich industrieller Produktion und schnellem Umschlag planen wird.

Der dritte wichtige Unterschied ist, daß die sozialistische Planung der Wirtschaft nur Teilplanung im Rahmen der Planung des gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozesses ist.

Der vierte wichtige Unterschied ist, daß die sozialistische Planung Planung für ständigen Fortschritt ist - die vorkapitalistischen Gesellschaften, in denen wir Wirtschaftsplanung finden, nennt Marx gelegentlich "konservative" Gesellschaften, die Ideologie des Fortschritts ist ihnen nicht vertraut.

Der fünfte wichtige Unterschied ist, daß dieser Fortschritt mittels Planung der Gesamtsellschaft wie auch jedem einzelnen Mitglied zugute kommen soll.

Die sozialistische Planung ist also Planung auf weit, weit höherem Niveau, von weit, weit größerer Weite und Tiefe, von weit, weit gewaltigerer gesellschaftlicher Bedeutung als die Planung in vorkapitalistischen Gesellschaftsorganisationen.

Die sozialistische Planung ist die Krönung aller Planung.

ZUR HISTORISCHEN ENTWICKLUNG DER ÖKONOMISCHEN ROLLE DES BÜRGERLICHEN STAATES BIS ZUM ERSTEN WELTKRIEG

von Hans Mottek

Es ist ein Wesenszug der kapitalistischen Gesellschaft, wie sie Karl Marx im "Kapital" analysiert hat, daß die Einkommen zwar in der Produktion entstehen, aber erst durch den Verkauf realisiert werden. Nur durch den Verkauf seiner Arbeitskraft vermag der Lohnarbeiter - wenn überhaupt - den Wert seiner Arbeitskraft zu realisieren, nur durch den Verkauf seiner Ware realisiert der kapitalistische Unternehmer ihren Wert bzw. ihren modifizierten Wert und damit auch den Mehrwert. Dasselbe gilt auch für den Profit des Handels-, den Zins des Geldkapitalisten sowie für die Rente des Bodeneigentümers, wobei wir, wie bei der Arbeitskraft, unter Verkauf auch die zeitweilige Überlassung von Geld bzw. von Boden gegen einen Preis verstehen.

Es gibt jedoch und es gab auch in der klassischen kapitalistischen Gesellschaft ein wichtiges Einkommen, das nicht eines solchen Verkaufs unmittelbar bedurfte: das Einkommen des "ideellen Gesamtkapitalisten"¹, des Staates, jedenfalls soweit dies auf Abgaben, insbesondere auf Steuern, und nicht auf den Einnahmen aus Staatsbetrieben beruhte. Aus diesem Grunde war auch theoretisch selbst unter dem Kapitalismus der freien Konkurrenz, in dem die Macht des Marktes und die Regulierung durch den Markt ihren Höhepunkt erreicht hatte, eine Steigerung des Anteils der Staatseinnahmen am Nationaleinkommen durch irgend eine Form der Kollektiventscheidung der den Staat beherrschenden Klasse möglich; eine Entscheidung, die nicht unmittelbar von den Marktbedingungen abhing. Die Verteilung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit auf die einzelnen gesellschaftlichen Bereiche durch den Markt, der als Regulator auf der Grundlage des Wertgesetzes wirkt, wird an dieser Stelle durchbrochen. Geben doch die Staatseinnahmen die Möglichkeit, einen Teil der gesellschaftlichen Gesamtarbeit unmittelbar, durch Bezahlung der Staatsarbeiter und -angestellten, oder mittelbar, durch Rüstungsaufträge und damit durch Beschäftigung von Rüstungsarbeitern, in Anspruch zu nehmen. Die Fähigkeit des Staates, sich durch Steuererhebung Einnahmen zu verschaffen, hebt aber auch seinen Kredit, erleichtert die Aufnahme von Staatsanleihen, die ihm ermöglichen, alte Schulden durch neue zu ersetzen und damit auch ohne Inanspruchnahme inflationistischer Mechanismen die Ausgaben in einem gewissen Maße von den Einnahmen zu emanzipieren.² Auf diese Weise nimmt der Einfluß des Staatshaushalts

1 Engels, Friedrich, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft ("Anti-Dühring"), in: Marx/Engels, Werke, Bd. 20, Berlin 1962, S. 260.

2 Sicherlich übte der Staat bzw. übten staatlich kontrollierte oder formell private Notenbanken, die aber wie der Staat die Rolle eines ideellen Gesamtkapitalisten spielten, einen nicht unbedeutenden Einfluß auf die Geldentwicklung aus. Das gilt schon für das Münzwesen unter den Bedingungen des staatlichen Münzprivilegs; das gilt noch mehr für alle Formen des Kredit- und Papiergeldes und damit für die Entwicklung des Kreditvolumens. Es ist kein Zufall, daß Karl Marx und Friedrich Engels in der englischen Bankgesetzgebung einen wesentlichen krisenverschärfenden Faktor in der zyklischen Entwicklung der dreißiger und vierziger Jahre gesehen haben. (Vgl. Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 3, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 25, Berlin 1964, z. B. S. 570.)

auf die Verteilung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit noch mehr zu. Schließlich werden mit Hilfe von Staatsanleihen Betriebe gebaut bzw. angekauft, um den staatlichen Sektor in der Produktion auszudehnen.

Jede staatliche Tätigkeit verursacht der herrschenden Klasse mit Sicherheit Kosten. Das Resultat dieser Tätigkeit und insbesondere von deren Verstärkung, daß nämlich die Profite erhalten bleiben oder sogar steigen, zeigte sich unmittelbar und mit Gewißheit aber nur bei den kapitalistischen Unternehmern, die dem Staat für seine Tätigkeit Lieferungen leisteten. Daraus ergab sich das Streben der "klassischen" Bourgeoisie nach einem billigen Staat, worauf Karl Marx hingewiesen hat. In diesem Sinne propagierte der ökonomische Liberalismus die Beschränkung des Staates auf seine Grundfunktionen, das heißt auf die Aufrechterhaltung der bürgerlichen Ordnung durch Polizei und Justiz sowie Vertretung der Interessen der nationalen Bourgeoisie nach außen durch Diplomaten und vor allem durch Militär. Diese Beschränkung wurde im Verlaufe der ersten drei Viertel des 19. Jahrhunderts von der Bourgeoisie um so mehr propagiert, als die im Prozeß der industriellen Revolution befindlichen Länder die merkantilistische Staatseingemischungspraxis für überflüssig und sogar für lästig hielten.

Allerdings konnte eine solche Beschränkung, auch wenn sie konsequent durchgeführt worden wäre, keineswegs "den billigen Staat" sichern. Vermochten doch offensichtlich auch gesteigerte Anforderungen an die klassischen Grundfunktionen des Staates, vor allem die militärischen, seine Kosten zu erhöhen. Das geschah jedoch in Preußen-Deutschland zur Zeit des Kapitalismus der freien Konkurrenz bis zum Beginn des allmählichen Übergangs zum Monopolkapitalismus seit der Gründerkrise von 1873 keineswegs in einem solchen Maße, daß auf diese Weise etwa der Anteil des Staates am Nationaleinkommen hätte wachsen können. Dasselbe gilt auch für England, Frankreich sowie die USA, wenn wir von der Zeit des amerikanischen Bürgerkrieges absehen.

Auf der anderen Seite blieb aber auch in jener Zeit, die man manchmal die des liberalen Kapitalismus nennt, die Tätigkeit des Klassenstaates nicht auf seine klassischen Funktionen beschränkt. Gerade in Deutschland erforderte zum Beispiel das sich ausdehnende staatliche Bildungswesen – das bewußt als Wachstumsfaktor eingesetzt wurde, um den Vorsprung Englands aufzuholen³ – einen steigenden Aufwand. Verbunden mit den – wenn auch im Vergleich zum 20. Jahrhundert sehr geringen – Wissenschaftsausgaben Deutschlands und anderer Länder waren diese Bildungsausgaben während der industriellen Revolution in den folgenden Jahrzehnten die Voraussetzung für eine neue technische Umwälzung, eine Umwälzung der materiell-technischen Produktivkräfte, die dem deutschen Imperialismus halfen, die Stagnation zu vermeiden, aus der großen Depression von 1873 bis 1894/95 mit ihrem verminderten Wachstumstempo herauszukommen.⁴ Von unmittelbarer Bedeutung für die industrielle Revolution selbst waren aber in Deutschland, Frankreich und in anderen europäischen Ländern die weitgehend durch Staatsanleihen finanzierten staatlichen Ausgaben für Chausseen, Kanäle und Eisenbahnen sowie für Subventionen an die letzteren, soweit sie noch privaten Gesellschaften gehörten.⁵

3 Mottek, Hans, Zum Verlauf und zu einigen Hauptproblemen der industriellen Revolution in Deutschland, in: Mottek, Hans/Blumberg, Horst [u. a.], Studien zur Geschichte der industriellen Revolution in Deutschland, Berlin 1960, S. 29; vgl. auch Mottek, Hans, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Ein Grundriß, Bd. 2: Von der Zeit der Französischen Revolution bis zur Zeit der Bismarckschen Reichsgründung, Berlin 1964, S. 85.

4 Derselbe, Zum Problem Stagnation und Wachstum in der Wirtschaftsgeschichte, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1969, T. 3, S. 165 f.

5 Derselbe, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, a. a. O., Kapitel 8, insbesondere S. 160 ff., 164 f.

Dabei blieben bereits vor dem allmählichen Übergang zum monopolistischen Kapitalismus die Einwirkungen des bürgerlichen Staates auf die Verteilung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit in Ausübung seiner verschiedenen Funktionen keineswegs nur auf die Ausgaben bzw. auf die Beschaffung von Geldmitteln beschränkt. Sie vollzogen sich vielmehr auch durch direkte zwangsweise Eingriffe in die ökonomischen Prozesse, die nicht unmittelbar mit der zwangsweisen Erhebung von Steuern und anderen Abgaben zusammenhingen. Gewiß griff der Staat zur Zeit der Gewerbefreiheit wesentlich seltener als in der vorangegangenen Epoche des Merkantilismus ein, wenn es um Preise, Löhne, Errichtung gewerblicher Betriebe sowie Produktions assortimente ging. Dennoch blieben seine Eingriffe auch in der nachmerkantilistischen Epoche keineswegs nur im Rahmen der klassischen staatlichen Funktionen; sie bildeten auch nicht nur ein Überbleibsel der Vergangenheit.

Hier darf daran erinnert werden, daß der Eisenbahnbau nicht nur in Deutschland, sondern auch in England durch Übertragung des Rechts zum zwangsweisen Ankauf von Boden an die Eisenbahngesellschaften ermöglicht wurde; damit hingien die im Zeitalter der Gewerbefreiheit als Ausnahme erscheinende Konzessionspflicht für den Eisenbahnbau sowie - in Preußen sogar schon sehr früh - eine Kontrolle über Eisenbahntransportpreise zusammen.⁶ Diese staatlichen Eingriffe in das Eisenbahnwesen ebenso wie die bereits erwähnten Staatsausgaben für den Eisenbahnbau verdienen nicht zuletzt im Lichte der Rolle Beachtung, welche die Eisenbahnen schon während ihres Baues - von den Wachstumseffekten der fertigen Bahnen noch ganz abgesehen - für die Ingangsetzung der zyklischen Aufschwünge während der industriellen Revolution spielten.⁷ Insgesamt dienten diese Eingriffe dem Interesse der herrschenden Klassen an der Weiterentwicklung der materiell-technischen Produktivkräfte, wobei - wie schon im Merkantilismus - militärische Gesichtspunkte eine Rolle spielten.

Demgegenüber diente eine andere Form staatlicher Eingriffe der Erhaltung der proletarischen Arbeitskraft als Grundlage der kapitalistischen Ausbeutung. Das waren Eingriffe in die Bedingungen des Kaufes der Arbeitskraft und damit in die "Souveränität" des von den bürgerlichen Ideologen hoch gepriesenen Marktes, jedenfalls soweit dies die Ware Arbeitskraft betraf. Dabei ging es zunächst um die Regelung des Normalarbeitstages, deren grundsätzliche Bedeutung Karl Marx in seiner ausführlichen Darstellung im ersten Band des "Kapitals" herausgestellt hat.⁸ Dabei ist bemerkenswert, daß - obwohl die Arbeitskraft die Grundlage der kapitalistischen Ausbeutung ist - das Zustandekommen einer Regelung des Arbeitstages nach den Worten von Marx das "Produkt eines langwierigen, mehr oder minder versteckten Bürgerkrieges zwischen der Kapitalistenklasse und der Arbeiterklasse" war.⁹ Im Ergebnis eines solchen "Bürgerkrieges" und seiner Auswirkungen auf die anderen kapitalistischen Länder, für welche die englischen Arbeiter "Preisfechter" waren¹⁰, wurde für eine bestimmte Zeit die entscheidende Kraftquelle der Gesellschaft, die Arbeitskraft, vor der Zerstörung gerettet, in die das "Walten" des Marktes sie zu bringen drohte. Hierbei zeigte sich deutlich der grundlegende Widerspruch zwischen Markt und Ressourcenerhaltung, der auch später unter den Bedingungen des monopolistischen Marktes im Imperialismus keineswegs überwunden wurde. Der imperialistische Staat trat sogar als effektiver "Ressourcenerstörer" auf.

Insgesamt machen die historischen Tatsachen deutlich, daß auch in der Blüte des "liberalen" Kapitalismus in allen Ländern, einschließlich Großbritannien, die ökonomische Rolle des Klassenstaates keineswegs jenem theoretischen Modell des Liberalismus entsprach, das diese Rolle auf das äußerste beschränkte und bei der Verteilung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit nur den Markt der freien Konkurrenz als Regulator auf der Grundlage des

6 Ebenda.

7 Ebenda, S. 132 ff., 138 u. a.

8 Marx, Karl, a. a. O., Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 279 - 320.

9 Ebenda, S. 316.

10 Ebenda, S. 317.

Wertgesetzes sah. Allerdings war die ökonomische Rolle des Staates zur Zeit der Herausarbeitung dieses Modells nicht im Zunehmen begriffen, was im Widerspruch zu der Behauptung des bürgerlich-sozialreformerischen Ökonomen Wagner von einer ständigen Verstärkung dieser Rolle steht¹¹; denn der Abbau des Merkantilsystems, die Einführung der Gewerbefreiheit und die Durchsetzung des Freihandels in den sechziger Jahren auch in einem solchen Land wie Preußen, deuten eher auf ein Abnehmen hin. Da aber der Abbau älterer Formen staatlicher ökonomischer Aktivität durch die Entwicklung neuer Formen kompensiert wurde, kann man nur von einer gleichbleibenden Einwirkung des Staates auf die Verteilung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit auf den Produktions- und Zirkulationsprozeß sprechen.

Eine eindeutige Tendenz zur Verstärkung der ökonomischen Rolle des Klassenstaates setzte sich aber nach der Krise von 1873 im Zuge der ihr folgenden "Großen Depression" durch mit dem Übergang zum Schutzzollsystem, der Eisenbahnverstaatlichung und der staatlichen Sozialversicherung sowie der zunehmenden kommunalen Aktivität auf dem Gebiet der Wasser-, Gas- und später Elektrizitätswerke durch. Triebkraft dieses Prozesses war vor allem die in der Gründerkrise zutage getretene Zuspitzung des Grundwiderspruchs zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung. Insoweit stellt dieser Prozeß eine Parallele zu dem in genau derselben Zeit einsetzenden allmählichen Übergang vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus, zum Vordringen des privaten Monopols dar. Darüber hinaus hat vor allem der Sieg des Schutzzolls die Kartellbildung erleichtert, indem er die Durchbrechung des angestrebten bzw. schon errichteten Kartells durch die ausländischen Konkurrenten minderte, wobei die Wirkung der Zolltarife durch eine parallele Wirkung von Tarifen staatlicher bzw. im Verstaatlichungsprozeß befindlicher Bahnen ergänzt wurde.

Bemerkenswert ist aber, daß sich, während zunächst, das heißt am Ende der siebziger Jahre, der Wirkungsgrad der erweiterten ökonomischen Aktivität des bourgeois-junkerlichen Staates größer war als der des anfänglich wenig stabilen Kartells, dieses Verhältnis später, das heißt Mitte der achtziger und vor allem Anfang der neunziger Jahre, umkehrte. Daran änderte auch die Tatsache nichts, daß um die Jahrhundertwende die jetzt endlich herausgebildete Monopolbourgeoisie immer mehr zur entscheidenden politischen und ökonomischen Macht und damit die staatliche Beeinflussung des Produktions- und Zirkulationsprozesses, der Verteilung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit, zur staatsmonopolistischen Regulierung wurde und damit zumindest Elemente des staatsmonopolistischen Kapitalismus entstanden.¹² Auch zwischen 1900 und 1914 schritt die Zurückdrängung der freien Konkurrenz durch den weiteren Vormarsch des privaten Monopols weit schneller voran als die Entfaltung der Elemente des staatsmonopolistischen Kapitalismus, der staatsmonopolistischen Regulierung. Deshalb kann man auch vor 1914 noch nicht davon sprechen, daß etwa schon der staatsmonopolistische Kapitalismus geherrscht hätte. Der Produktions- und Zirkulationsprozeß, Preis und Profit wurden immer noch unvergleichlich stärker durch privatmonopolistische als durch staatsmonopolistische Regulierungen beeinflusst. Der Imperialismus vor dem ersten Weltkrieg war vielmehr ein privatmonopolistischer, nur - um einen Ausdruck von Helga Nussbaum zu gebrauchen - "mit staatsmonopolistischen Zügen".¹³ Eine solche Formulierung ist aber nur dann sinnvoll, wenn man, wie die sowjetischen Autoren

11 Vgl. zu dieser These auch Hoffmann, Walther G., Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin/Heidelberg/New York 1965, S. 109, und die dort enthaltenen statistischen Angaben.

12 Solche Elemente nimmt Helga Nussbaum mit Recht an, wobei sie aber die Zeit vor 1900 vernachlässigt. (Vgl. Nussbaum, Helga, Zur Imperialismustheorie W. I. Lenins und zur Entwicklung staatsmonopolistischer Züge des deutschen Imperialismus bis 1914, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1970, T. 4, besonders S. 32 f.)

13 Vgl. ebenda, S. 65, auch S. 35 - 40 sowie 58 - 65.

Inosemzew, Menschikow und Rumjanzew, unter staatsmonopolistischem Kapitalismus das Nebeneinanderbestehen von Regulierungen durch den Markt der freien Konkurrenz, durch private Monopole und durch den von der Monopolbourgeoisie beherrschten Staat versteht.¹⁴

Wodurch ist es zu erklären, daß die Zunahme der staatsmonopolistischen gegenüber der privatmonopolistischen Regulierung zurückbleibt? Die Hemmnisse und Widerstände gegen eine Ausdehnung der staatsmonopolistischen Regulierung der Produktion, des Kredits und der Zirkulation waren sehr viel größer. Zweifellos zogen es die Mitglieder der herrschenden Klasse vor, Preise, Verkaufsbedingungen, Produktionskontingente durch private Monopolverbände und nicht durch staatliche Organe festlegen zu lassen. Ebenso wenig kann bezweifelt werden - und das beweist im Jahre 1904 der berühmt gewordene Fall Hibernia¹⁵ -, daß die entscheidenden Gruppen der herrschenden Klasse es ablehnten, daß der Staat wichtige Positionen in entscheidenden Zweigen erwarb, die seine Beteiligung an der Festlegung der Preise und Produktionsbedingungen ermöglicht hätten. Natürlich kann man dem entgegenhalten, daß die sogenannte staatsmonopolistische Regulierung, etwa in den USA nach dem zweiten Weltkrieg, ebenfalls nicht auf der Grundlage eines ausgedehnten bzw. auch nur sich ausdehnenden Staatseigentums an Produktionsmitteln sowie auch zumeist nicht vermittels der Festlegung von Preisen und Produktionskontingenten erfolgte, sondern vor allem vermittels des Staatshaushaltes, durch die Manipulierung der Ausgaben und Steuern sowie durch die zentralen Notenbanken. Jedoch erforderte eine solche staatsmonopolistische Regulierung ein sehr hohes Maß an Staatsausgaben sowie die Fähigkeit und die Möglichkeit des Staates, diese auch für indirekt zu erreichende Ziele einzusetzen. Dazu waren vor 1914 trotz zunehmender Rüstungsausgaben¹⁶ und überhaupt eines zunehmenden Anteils des Haushalts am Nationaleinkommen nur Ansätze vorhanden, wobei den regulierenden Möglichkeiten der Notenbanken, ihrer Ausdehnung enge Grenzen durch das bestehende System der Goldwährung gesetzt waren.

Eine entscheidende Änderung in dieser Richtung, wie überhaupt die Entfaltung aller Formen der staatsmonopolistischen Regulierung, konnte erst mit einer der Gründerkrise und der ihr folgenden "Großen Depression" vergleichbaren erneuten Zuspitzung der Widersprüche und ihrer Äußerung in einer tiefgreifenden Erschütterung erfolgen. Eine solche Zuspitzung setzte sicherlich in den letzten Jahren vor 1914 ein. Wenn sich auch bei der historischen Betrachtung zunächst ein Blick auf die äußeren Widersprüche zwischen den imperialistischen Großmächten beim Ringen um die Neuaufteilung der Welt aufdrängt, so stößt doch schon der Versuch einer Analyse auf die Zunahme der inneren Widersprüche. Da ist der sich unter den Bedingungen der Teuerung verschärfende Kampf zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie, da sind die zunehmenden Auseinandersetzungen zwischen den Gruppen der Bourgeoisie, zwischen den Kapitalisten der einzelnen Zweige, die in dem Maße zunahm, in dem die Preisbildung auf dem "freien" Markt durch den organisierten Kampf um die Preise ersetzt bzw. ergänzt wurde. Schließlich ist auch eine weitere, leichter zu übersehende Entwicklung zu nennen, die durch die Verschmelzung von Bank- und Industriekapital zum Finanzkapital gefördert wurde: die Tendenz zur schrankenlosen Erweiterung des Kredits und damit auch der Menge des Kreditgeldes (also von Banknoten und Guthaben), das zu dem herrschenden System der Goldwährung im Widerspruch stand und eben dieses System erschütterte. Eine solche Erschütterung wurde auch noch durch das Zurückbleiben in der Zunahme der Weltgoldproduktion hinter der Warenproduktion in dem Maße begünstigt, wie der Zuwachs der Goldproduktion durch die südafrikanischen Felder sich als unzureichend erwies.

14 Für diese Charakterisierung vgl. Inosemzew, N. N./Menschikow, S. M. [u. a.], Politische Ökonomie des heutigen Monopolkapitalismus, Bd. 1, Berlin 1972, S. 405 ff.

15 Mottek, Hans, Zur Verstaatlichung im Kapitalismus - der Fall Hibernia, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1968, T. 4, S. 11 - 39.

16 Hoffmann, Walther G., a. a. O.

Insgesamt deuten all diese Prozesse auf eine beschleunigte Verstärkung des Grundwiderstands zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung unter den Bedingungen der fortgeschrittenen Monopolisierung und des entwickelten Imperialismus hin. Es liegt nahe, daraus auch die Tendenz zur Verlängerung und Intensivierung der absteigenden Phase des Zyklus, das Herannahen einer - der letzten Krise des Kapitalismus der freien Konkurrenz im Jahre 1873 vergleichbaren - zyklischen Überproduktionskrise des Monopolkapitalismus zu vermuten. Diese Vermutung wird durch den Verlauf des Zyklus seit Ende der "Großen Depression" Mitte der neunziger Jahre in gewissem Maße bestärkt.

Mitte der neunziger Jahre hatte ein außerordentlich starker und langanhaltender zyklischer Aufschwung der "Großen Depression" ein Ende gesetzt. Bei diesem Aufschwung erwies sich die endgültige Formierung des Imperialismus, der Vorherrschaft des Monopols, als wesentlicher Faktor. Die sich festigenden Monopole, insbesondere die der Schwerindustrie, lockten mit ihren gesicherten Monopolpreisen Kapitalströme an, regten eine sprunghafte Erweiterung des fixen Kapitals als der materiellen Grundlage für einen zyklischen Aufschwung an. In derselben Richtung wirkte der Kapitalexport in Form der Anlagenausfuhr zum Bau von Eisenbahnen in Lateinamerika und in Rußland sowie die durch das Vordringen der Bankkonzerne, aber auch durch das plötzliche Ansteigen der Goldproduktion begünstigte Kreditexpansion. Hinzu kam nicht zuletzt die Durchsetzung einer neuen Stufe der materiell-technischen Produktivkräfte, welche durch die erst jetzt mit voller Stärke einsetzende Elektrifizierung verkörpert wurde.

Nach der Jahrhundertwende begannen sich allerdings diese kurzfristigen "positiven" Wirkungen des Durchbruchs zum Monopol, zum Imperialismus, zu erschöpfen. Das zeigte sich in entscheidendem Maße noch nicht in der verhältnismäßig kurzen und nicht sehr starken, aber für das Vorantreiben des Monopolisierungsprozesses im Bereich der Elektroindustrie und der Banken außerordentlich wichtigen Krise von 1900. Es zeigte sich schon eher darin, daß es bereits sieben Jahre danach, im Jahre 1907, zu einer neuen Krise und sechs Jahre danach zumindest zu starken Krisenerscheinungen kam. Wenn sich auch nicht beweisen läßt, daß diese Erscheinungen ohne den ersten Weltkrieg zu einer vollentfalteten Krise geführt hätten¹⁷, so ist doch die Verkürzung des Zyklus unleugbar. Auch außerhalb der eigentlichen Krisenjahre nahmen die Absatzschwierigkeiten entscheidender Zweige, wie der Textilindustrie, aber auch der Schwerindustrie, zu. Es wurde immer deutlicher, daß die Monopolisierung nicht mehr zu einer Verlängerung und Vertiefung der aufsteigenden Phase des Zyklus und zu einer Verkürzung oder Abflachung der absteigenden Phase führte. Die Zeit rückte näher, in der die Überproduktionskrise durch das Monopol verschärft wurde, in der sich also zeigte, daß das Monopol, der Imperialismus, kein Ausweg aus der Verschärfung der Widersprüche des Kapitalismus gewesen war, die sich in der Gründerkrise und der "Großen Depression" so deutlich gezeigt hatten. Die letzten Vorkriegsjahre standen jedenfalls unter dem Schatten einer solchen herannahenden Weltwirtschaftskrise des Monopolkapitalismus. Eine solche Krise hätte mit Notwendigkeit eine Entfaltung der ökonomischen Rolle des von der Monopolbourgeoisie beherrschten Staates, also der staatsmonopolistischen Regulierung, bringen und damit den Übergang zum staatsmonopolistischen Kapitalismus einleiten müssen. Da sich aber der Beginn der Krise durch den ersten Weltkrieg mit seiner Kriegskonjunktur und der sich während der Neuformierung des deutschen Imperialismus in der Nachkriegszeit vollziehenden Inflationskonjunktur verzögerte, konnte die unmittelbare Vorbereitung der Krise erst viel später, und zwar in den wenigen Jahren der sogenannten relativen Stabilisierung erfolgen. Wenn wir annehmen, daß es ohne den Ausbruch des Weltkrieges bereits 1914 zu einer solchen Krise gekommen wäre, bedeutete das ein Hinausschie-

17 Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 12; Studien zur Geschichte der zyklischen Überproduktionskrisen in Deutschland 1873 bis 1914, Berlin 1961, S. 145 - 160, insbesondere S. 160; Mendelson, L. A., Die Wirtschaftskrisen des gegenwärtigen Kapitalismus, in: Einheit, Nr. 12/1959, S. 1689.

ben der Weltwirtschaftskrise des Monopolkapitalismus durch den Krieg um mehr als fünfzehn Jahre. In jedem Fall muß eine bedeutende Verzögerung als wahrscheinlich angesehen werden. Infolge dieser Verzögerung konnte der Übergang zur entfalteten staatsmonopolistischen Regulierung und damit zum staatsmonopolistischen Kapitalismus nicht wie der Übergang zum Monopolkapitalismus durch eine schwere zyklische Überproduktionskrise eingeleitet werden, sondern vielmehr durch eine politische und ökonomische Krise ganz anderer Art, das heißt durch den ersten Weltkrieg und die mit ihm verbundenen Erschütterungen.

Dennoch hat später, bei der weiteren Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus, der Zyklus und insbesondere dann auch die Krise von 1929 bei diesem Prozeß eine bedeutende Rolle gespielt. Darüber gibt es keinen Zweifel, wenn auch über Inhalt und Ausmaß dieser Rolle noch erhebliche Unklarheiten bestehen. Darauf und auf das Verhältnis der Entwicklung der staatsmonopolistischen Regulierung zur allgemeinen Krise des Kapitalismus soll in einer späteren Arbeit eingegangen werden.

Wirtschaftlicher Kreislauf von der Ausbreitung des Übergangs zum Monopolkapitalismus

3. Der Nachstrom des typischen Wachstums und der staatsmonopolistischen Regulierung

4. Probleme einer Wirtschaft mit hohem Wachstumsraten und hohem Staat

Behandlung der wirtschaftlichen Entwicklung seit dem zweiten Weltkrieg und Abgrenzung der hier behandelten Fragen

Die hohe Wachstumsrate der japanischen Wirtschaft nach dem zweiten Weltkrieg hat außerordentliches Interesse in Japan und im Ausland gefunden. Die hohe Wachstumsrate ist ein Merkmal der japanischen Wirtschaft, und man kann sie als ein Merkmal der japanischen Wirtschaft bezeichnen. Viele Japanologen und Wirtschaftswissenschaftler in Japan und im Ausland sind bereits mit verschiedenen Gesichtspunkten versucht, die Ursachen der hohen Wachstumsrate zu erklären, und nicht wenige Hypothesen wurden aufgestellt. In diesem Artikel sollen die Fakten des hohen wirtschaftlichen Wachstums zum Ausgangspunkt für die wirtschaftstheoretische Zusammenfassung werden, basierend auf dem Kreislaufproduktionsmodell (M-P-F-Formel) und vervollständigt auf der W-W'-Formel. Durch Vergleich mit dem Verlauf der Wirtschaftswachstums des japanischen Kapitalismus vor dem Krieg und dem späteren wirtschaftlichen Entwicklungsweg soll der Wachstumsmechanismus im japanischen Wirtschaftskreislauf analysiert werden, um seine charakteristische Merkmale herauszugreifen. Ferner sollen die Phasen der wirtschaftlichen Entwicklung vor der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre bis zur Gegenwart untersucht und, von den Ergebnissen dieser Analyse ausgehend, gewisse Prognosen für die zukünftige Entwicklung gestellt werden.

Dabei sollen jedoch die verschiedenen Perioden der Nachkriegsentwicklung der japanischen Wirtschaft kurzgefaßt werden, die in diesem Artikel hauptsächlich behandelt werden. Die Perioden abgegrenzt sind soll jene Periode bestimmt werden, in der die Merkmale der japanischen Nachkriegswirtschaft zuerst in Erscheinung treten. Wie viele das Entwicklungsstadium der japanischen Nachkriegswirtschaft in folgende vier Perioden einteilen?

Hier nehmen wir die Periode von 1945 - 1949 als eine Übergangsperiode zur japanischen Nachkriegsentwicklung an. Diese Periode umschließt die Zeit des Zusammenbruchs der Wirtschaftsentwicklung des japanischen Imperialismus und der Kriegswirtschaft sowie die Periode der sogenannten "demokratischen Reformen" der sozialen und ökonomischen Beziehungen, welche den charakteristischen Rahmen der Nachkriegsentwicklung des

EINIGE MERKMALE DES MECHANISMUS DES WIRTSCHAFTLICHEN WACHSTUMS DES JAPANISCHEN KAPITALISMUS

von Yoshinori Tamagaki

1. Periodisierung der wirtschaftlichen Entwicklung seit dem zweiten Weltkrieg und Abgrenzung der hier behandelten Fragen
2. Eine strukturelle Veränderung im Reproduktionsmechanismus - Übergang des wirtschaftlichen Kreislaufs von der Ausfuhrabhängigkeit zur Abhängigkeit vom Binnenmarkt
3. Der Mechanismus des raschen Wachstums und der staatsmonopolistische Kapitalismus
4. Probleme einer Wirtschaft mit hohen Wachstumsraten und ihre Zukunft

1. Periodisierung der wirtschaftlichen Entwicklung seit dem zweiten Weltkrieg und Abgrenzung der hier behandelten Fragen

Die hohe Wachstumsrate der japanischen Wirtschaft nach dem zweiten Weltkrieg hat unter Wirtschaftswissenschaftlern in Japan und im Ausland große Aufmerksamkeit erregt. Sie überstieg sogar die wirtschaftlichen Wachstumsraten sozialistischer Länder, und man kann sie keinesfalls als eine der im modernen Kapitalismus üblichen hohen wirtschaftlichen Wachstumsraten abtun. Viele Journalisten und Wirtschaftswissenschaftler in Japan und im Ausland haben bereits aus verschiedenen Gesichtswinkeln versucht, die Geheimnisse dieses raschen Wirtschaftswachstums zu ergründen, und nicht wenige Hypothesen wurden aufgestellt. In diesem Artikel sollen die Fakten des hohen wirtschaftlichen Wachstums vom Standpunkt der Reproduktionstheorie zusammengefaßt werden, basierend auf dem Kreislauf produktiven Kapitals (der P-P-Formel) und vervollständigt mit der W'-W'-Formel. Durch Vergleiche mit der Struktur des Wirtschaftswachstums des japanischen Kapitalismus vor dem Kriege und dem anderer entwickelter Industrieländer soll der Wachstumsmechanismus im japanischen Nachkriegskapitalismus analysiert werden, um einige charakteristische Merkmale herauszuarbeiten. Ferner sollen die Phasen der wirtschaftlichen Entwicklung von der zweiten Hälfte der sechziger Jahre an bis zur Gegenwart untersucht und, von den Ergebnissen dieser Analyse ausgehend, gewisse Prognosen für die zukünftige Entwicklung gestellt werden.

Zuvor sollen jedoch die verschiedenen Perioden der Nachkriegsentwicklung der japanischen Wirtschaft umrissen, die in diesem Artikel hauptsächlich behandelten Perioden abgegrenzt und soll jene Periode bestimmt werden, in der die Merkmale der japanischen Nachkriegswirtschaft zuerst in Erscheinung traten. Man kann den Entwicklungsprozeß der japanischen Nachkriegswirtschaft in folgende vier Perioden einteilen¹:

- 1 Hier nehmen wir die Periode von 1945 - 1949 als eine Übergangsperiode zur ökonomischen Nachkriegsentwicklung aus. Diese Periode umschließt die Zeit des Zusammenbruchs der Vorkriegsverfassung des japanischen Imperialismus und der Kriegswirtschaft sowie die Periode der sogenannten "demokratischen Reformen" der sozialen und ökonomischen Beziehungen, welche den institutionellen Rahmen der Nachkriegsentwicklung des

1. erste Hälfte der fünfziger Jahre; die Periode des Wiederaufbaus oder der Formung der wirtschaftlichen Nachkriegsstruktur;
2. 1955 bis 1961; eine Periode des raschen Wachstums;
3. erste Hälfte der sechziger Jahre; eine Ausgleichsperiode;
4. nach 1966; erneut eine Periode mit hohen wirtschaftlichen Wachstumsraten.

Diese Perioden sind voneinander durch die Krisen abgesetzt, die die japanische Wirtschaft in der Nachkriegszeit durchlief, unter denen die Wirtschaftskrise von 1949 bis 1950 (die sogenannte "Dodge"-Deflation), die Wirtschaftskrise von 1954 (eine Reaktion auf das Ende des Korea-Krieges) und die Wirtschaftskrise von 1965 (die erste ernste Nachkriegsrezession) besonders wichtig sind.²

Betrachten wir nun die Trends der Hauptfaktoren der effektiven Nachfrage, um die Merkmale des Wachstumsmechanismus dieser Perioden zu umreißen. (Siehe Tabelle 1.)

Wenn wir zunächst untersuchen, wie die Komponenten des Bruttosozialprodukts zum wirtschaftlichen Wachstum beigetragen haben, so zeigt sich, daß der Anteil der Ausgaben für den persönlichen Verbrauch in der ersten Periode etwa 70 Prozent erreichte, weit mehr als in den anderen Perioden, daß umgekehrt die Investitionen an fixem Kapital durch die Privatunternehmen weniger als 10 Prozent ausmachten und auch die Ausfuhren auf einem äußerst niedrigen Niveau standen. Der geringe Anteil der Anlage von fixem Kapital kontrastiert mit einer verhältnismäßig hohen Zuwachsrates der industriellen Produktion (16,1 Prozent) in diesem Zeitraum (den Kalenderjahren 1950 bis 1955). Diese Tatsache deutet darauf hin, daß der Produktionszuwachs nicht auf die Anlage neuer, sondern auf die Reparatur bestehender Produktionsanlagen sowie auf die Erhöhung der Nutzungsrate zurückzuführen ist - beides charakteristische Merkmale für die Rehabilitationsperiode. Vom Standpunkt des Mechanismus des wirtschaftlichen Kreislaufs her betrachtet, kann man sagen, daß sich dieser Kreislauf in zwei Richtungen entwickelte - in erster Linie wuchs der auf Abteilung II der gesellschaftlichen Reproduktion (dem Konsumgütersektor) beruhende Kreislauf, der unmittelbar mit den persönlichen Ausgaben zum Beispiel für Nahrungsmittel und Textilien verbunden ist, und erst in zweiter Linie kamen Investitionen für die Errichtung der Basis neuer Produktionskapazitäten in der Energie- und in anderen Schlüsselindustrien, wie Kraft-

japanischen Kapitalismus geformt hat (Zerlegung der Zaibatsu-Konzerne, Landreform, Liberalisierung der Arbeiterbewegung usw.). Vom Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Entwicklung war diese Zeit eine Art ökonomisches Chaos (Unterproduktion und Hyperinflation). Wir können nicht von einer mehr oder weniger aufwärts gerichteten Bewegung der japanischen Wirtschaft sprechen, bevor die Zeit der sogenannten "Dodge-Linie" (1949) passiert war, die eine Politik zur Beseitigung der Nachkriegsinflation durchsetzte und für Japan mittels der Festlegung eines einheitlichen Yen-Wechselkurses ökonomischen Kontakten mit dem Weltmarkt das Feld wieder eröffnete.

- 2 Die Krise von 1957 - 1958 war die erste ökonomische Nachkriegskrise von weltweiter Bedeutung, von der die in enger Beziehung zu den USA stehende japanische Wirtschaft mitbetroffen wurde. Zu dieser Zeit entstand unter den japanischen marxistischen Ökonomen eine Kontroverse über das Problem, zu welcher Kategorie diese Krise gehöre ("Hypothese der alten zyklischen Krise" gegen "Hypothese der Zwischenkrise"). Rückblickend ist in der Krise von 1957 - 1958 vom Gesichtspunkt der japanischen wirtschaftlichen Nachkriegsentwicklung keine bemerkenswerte Wirkung auf die Investitionstätigkeit der Schwer- und Chemieindustrie festzustellen, und die Krise kann als kurze Unterbrechung im Verlauf des rapiden ökonomischen Wachstums angesehen werden, das 1955 begann. Auf alle Fälle bildet die Desynchronisierung zwischen der zyklischen Entwicklung der japanischen Wirtschaft und der der Weltwirtschaft ein interessantes Studienobjekt. Dasselbe gilt auch für die Wirtschaftskrise von 1965 in Japan.

werken und metallurgischen Betrieben. Es entwickelte sich also ein Reproduktionsmechanismus, in dem Abteilung II den Vorrang vor den anderen Sektoren erhielt. In dieser Hinsicht steht die erste Periode in scharfem Kontrast zu den folgenden Perioden des dynamischen Wirtschaftswachstums, in denen der auf der Abteilung I (dem Produktionsmittelsektor) beruhende Kreislauf die führende Rolle im wirtschaftlichen Kreislauf spielte. Beachtenswert ist in diesem Zusammenhang der scharfe Unterschied in dem Einfluß, den der staatsmonopolistische Kapitalismus in der Periode vor 1955 und in den folgenden Perioden auf die Wirtschaft ausübte, der der strukturellen Veränderung im wirtschaftlichen Kreislauf entsprach. So flossen in der ersten Periode staatliche Investitionen vorrangig in den Aufbau der Grundlagen für die Schlüsselindustrien, und die Regierung griff direkt und in positiver Weise in den Mechanismus der Kapitalakkumulation der privaten Monopole ein. In den Perioden nach 1955 wurde der Schwerpunkt der staatlichen Investitionen dagegen auf die Schaffung eines für den Akkumulationsprozeß der Schwer- und Chemieindustrien günstigen externen wirtschaftlichen Milieus (staatliche Investitionen für den Bau und die Instandhaltung von Straßen und Hafenanlagen sowie für die Bereitstellung von Industriegelände) verlagert. Die Aufmerksamkeit richtete sich jetzt auf die Steuerung der effektiven Nachfrage durch die Steuer- und Geldpolitik sowie durch Wirtschaftspläne. Die staatliche - jetzt nur noch indirekte - Intervention in den Akkumulationsmechanismus diente nur noch als Ergänzung. Diese Veränderung in der Form des staatsmonopolkapitalistischen Einflusses auf den Reproduktionsprozeß bedeutete die Vervollständigung des Akkumulationsmechanismus der Schwer- und Chemieindustrien, das heißt die Schaffung von Voraussetzungen für den autonomen Kreislauf des wirtschaftlichen Gesamtsystems. Aus diesen Gründen betrachten wir die Zeit nach 1955 als eine Periode für sich, in der sich die strukturellen Merkmale des japanischen Nachkriegskapitalismus entfalteten.

Offensichtlich spielt die dritte Periode oder die erste Hälfte der sechziger Jahre eine besondere Rolle in der Entwicklung des japanischen Nachkriegskapitalismus. In dieser Zeit verlangsamte sich die Vitalität der privaten fixen Kapitalanlagen als Faktor des Wirtschaftswachstums merklich, und im Gegensatz dazu beschleunigte sich das Wachstumstempo der Ausgaben für den persönlichen Verbrauch sowie der staatlichen Ausgaben. In dieser Periode gab es heiße Kontroversen um die Hypothese, daß die hohen Wachstumsraten in Japan zu Ende gehen und in der folgenden Periode eine deutliche Veränderung im Bild der wirtschaftlichen Entwicklung zu beachten sein werde.³ ("Tenkeiki-Ron" [Die Hypothese von einer Transformationsperiode].) Nachdem aber die Wirtschaftskrise von 1965 überwunden war, wies die japanische Wirtschaft in der vierten Periode wiederum ein rasches Wachstum auf; die Voraussagen für ein verändertes Wachstumsschema erfüllten sich nicht. Es genügt, in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, daß sich die Wachstumsrate der japanischen Wirtschaft in realen Größen nicht allmählich verringerte, sondern sich das Wachstumstempo im Gegenteil erhöhte und sich die Dauer der Aufschwungsphase auf 58 Monate ausdehnte (4. Quartal 1965 bis 4. Quartal 1970). Damit übertraf sie sogar den in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre aufgestellten Rekord von 42 Monaten (4. Quartal 1958 bis 4. Quartal 1961). Wir müssen jedoch die Tatsache im Auge behalten, daß dieses erneute rasche Wachstum nicht einfach eine Rückkehr zu der Entwicklungslinie der zweiten Periode war und daß in der dritten Periode der strukturellen Anpassungen gewisse Merkmale und Probleme aufgetaucht waren, die sich im Wachstumsmechanismus der folgenden Periode bemerkbar machten. Dazu gehören erstens eine Veränderung in der Situation auf dem Arbeitsmarkt (eine spezifisch japanische Form der Arbeitskräfteknappheit) und eine Beschleunigung der Lohnsteigerung, ein erhöhtes Steigerungstempo in den Ausgaben des persönlichen Verbrauchs und ein scharfer Anstieg der Konsumgüterpreise; zweitens ein Wechsel von Defizit zu Überschuß in der internationalen Zahlungsbilanz Japans; und drittens die Verschlechterung der Situation auf verschiedenen Gebieten: Wohnungsknappheit, Verkehrsandrang, erhöhte Umweltstö-

3 Keizai hakusho 1962 (Übersicht der japanischen Wirtschaft 1961/62), hg. v. Economic Planning Agency, Japanese Government, Tokyo 1962.

rungen infolge der Knappheit öffentlicher Kapitalinvestitionen und weitere soziale Mißverhältnisse. In diesem Sinne kann man sagen, daß der wirtschaftliche Entwicklungsprozeß in der dritten Periode und besonders die Art und Weise, in der die Wirtschaftskrise von 1965 überwunden wurde, mit verschiedenen Problemen verbunden sind, die den Wachstumsmechanismus der neuesten Phasen der Wirtschaftsentwicklung kennzeichnen.

Im folgenden sollen die Merkmale des Reproduktionsmechanismus der japanischen Nachkriegswirtschaft durch eine Analyse der "Input-Output-Tabellen 1960" beschrieben werden, und die japanischen Charakteristika der Funktionen des staatsmonopolistischen Kapitalismus zur Förderung des Wirtschaftswachstums sollen durch eine Analyse der Bilanzen der Kapitalgesellschaften aufgezeigt werden.

2. Eine strukturelle Veränderung im Reproduktionsmechanismus - Übergang des wirtschaftlichen Kreislaufs von der Ausfuhrabhängigkeit zur Abhängigkeit vom Binnenmarkt

Wir betrachten die Nachkriegsperiode als die Periode der Festigung und des selbständigen Wachstums der Schwer- und Chemieindustrien im japanischen Kapitalismus. Das heißt nicht nur, daß in der Nachkriegszeit die Produktion dieser Zweige das Übergewicht in der industriellen Gesamtstruktur gewann, sondern auch, daß in dieser Zeit die Reorganisierung des Sektors der Schwer- und der Chemieindustrien in ein System strukturell miteinander verbundener Produktionskapazitäten vollendet wurde. Untersuchen wir das aufgrund der Industrieverflechtungsbilanz für 1960 und 1965, dann sehen wir drei Achsen der Entwicklung der Produktivkräfte, die für die rasche wirtschaftliche Entwicklung nach 1955 ausschlaggebend waren, nämlich 1. Eisen und Stahl - Maschinenbau, 2. Erdölraffinerien - Chemie - Faser und verarbeitete chemische Konsumgüter und 3. Eisen und Stahl - Keramik-, Stein- und Tonwaren - Bauwesen.

In diesem Zusammenhang sind folgende Tatsachen bemerkenswert: Obwohl die Achse Eisen und Stahl - Maschinenbau die zentrale und führende darstellt, stieg die Produktion langlebiger Konsumgüter sowie die von fixen Kapitalgütern, die als Arbeitsinstrumente im Maschinenbau fungieren, immer mehr an, die Eisen- und Stahlindustrie stand auf zwei Füßen - Maschinenbau und Bauwesen; und die zweite Achse der Entwicklung - der Chemiesektor - stand in direkter Beziehung zu den Konsumgüterindustrien. Diese Struktur der Produktivkräfte repräsentiert ein Bild inter-industrieller Beziehungen, wie es in entwickelten kapitalistischen Industrieländern üblich ist.

Dementsprechend widerspiegelte sich die erwähnte Reorganisierung der Produktivkräftestruktur in einer Veränderung der Struktur des wirtschaftlichen Kreislaufs. Wir wollen nun diese zwei Punkte untersuchen, indem wir in zusammenfassender Weise die hauptsächlichen Absatzkanäle der verarbeitenden Industrien aufgrund der Industrieverflechtungsbilanz verfolgen und die gegenwärtige Struktur mit der vor dem Kriege vergleichen (wobei 1935 als Standardjahr angenommen wird). (Siehe Tabellen 2-I, 2-II.)

1. Im Vergleich zur Nachkriegsperiode war der Exportanteil vor dem Krieg äußerst hoch. Die Veränderung im Reproduktionsmechanismus zwischen der Vor- und Nachkriegszeit zeigt sich besonders deutlich im Wandel der Marktstruktur der Textilindustrie. Während vor dem Krieg 48,5 Prozent der Textilproduktion ausgeführt wurde und 25,1 Prozent dem inländischen Zivilverbrauch diente, trat in der Nachkriegszeit das umgekehrte Verhältnis ein. (Übergang der Textilindustrie zur Abhängigkeit vom Binnenmarkt.)

2. Die Ausfuhren an Textilien wurden in der Nachkriegszeit bald von Maschinenexporten eingeholt und dann überholt. Sie lagen 1960 etwa auf dem gleichen Niveau wie die Textilienexporte, erreichten aber 1965 das 2,3fache, womit sich der Maschinenbau als die führende Exportindustrie etablierte. (Reorganisierung der Produktivkräftestruktur im Spiegel der

Außenhandelsstruktur.) Jedoch betrug der Ausfuhranteil am Absatz des Maschinenbausektors nur 17,0 Prozent, weit weniger als die entsprechende Prozentzahl für die Textilindustrie vor dem Krieg.

3. Der Anteil staatlicher Käufe (hauptsächlich Waffen) am Absatz des Maschinenbausektors betrug vor dem Krieg ungefähr 20 Prozent. In der Nachkriegszeit ging dieser Anteil der Inlandsnachfrage an die Bauindustrie und den zivilen Verbrauch über. (Wechsel in der Nachfragestruktur; Abhängigkeit statt von der militärischen von der zivilen Nachfrage.)

Noch deutlicher als in diesen Veränderungen der Absatzstruktur zeigt sich die führende Rolle der Abteilung I im ökonomischen Kreislauf in der Anlagestruktur fixen Kapitals, die einen grundlegenden Faktor für die dynamische Entwicklung der Wirtschaft darstellt. Hier soll Japan mit der BRD verglichen werden, wo der wirtschaftliche Kreislauf ebenso wie in Japan von einer hohen Investitionsrate geprägt wird (hoher Anteil der fixen Kapitalinvestitionen im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt). (Siehe Tabellen 3-I, 3-II.) Aus dem Vergleich ergeben sich folgende Punkte:

1. In der japanischen Wirtschaft wird fast die Hälfte der Maschinen, der Hauptarbeitsinstrumente, den verarbeitenden Industrien zugeführt, und innerhalb dieses Sektors sind sie in den Grundmetall-, Maschinenbau- und Chemieindustrien, den für die Entwicklung der Produktivkräfte ausschlaggebenden Zweigen, konzentriert. Obgleich sowohl Japan wie die BRD eine durch hohe Investitionsraten gekennzeichnete Kreislaufstruktur aufweisen, erhalten in Japan die direkt zur Entwicklung der Produktivkräfte führenden Industrien größeres Gewicht.

2. Im Bauwesen, das in seiner Bedeutung für die Bildung von fixem Kapital den zweiten Platz einnimmt, liegt zunächst das Verhältnis der Investitionen für den Wohnungsbau zu denen für öffentliche Bauten (hauptsächlich Infrastrukturbauten) in Japan umgekehrt wie in Westdeutschland. (In Westdeutschland sind die Investitionen für den Wohnungsbau in der Rubrik "Bankwesen und Dienstleistungen" mit inbegriffen; ihr Anteil an dieser Kategorie wird auf 80 Prozent geschätzt.) In Westdeutschland ist der Anteil des Wohnungsbaus sehr hoch, dagegen überwiegen in Japan die Investitionen für öffentliche Bauten. Der Anteil der Investitionen für Bauten in den verarbeitenden Industrien ist in Japan mit 21,9 Prozent sehr hoch, gegenüber 10,4 Prozent in Westdeutschland. Diese beiden Punkte treten als bemerkenswerte Unterschiede zwischen den zwei Ländern hervor. Wenn wir die bekannte Tatsache berücksichtigen, daß der Schwerpunkt der öffentlichen Investitionen im japanischen Bauwesen bei der Schaffung und Vorbereitung der außerbetrieblichen Bedingungen für den verarbeitenden Sektor liegt (nach der Industrieverflechtungsbilanz für 1960 wird der Anteil der Investitionen für öffentlichen Wohnungsbau auf nur 6,4 Prozent der gesamten öffentlichen Bauinvestitionen geschätzt), dann wird die Priorität der Industrie und der Produktion für das japanische Bauwesen noch deutlicher.⁴

4. Ein Vergleich der wirtschaftlichen Entwicklungsprozesse in Japan und Westdeutschland muß den folgenden beiden Aspekten gebührende Aufmerksamkeit schenken. Erstens, die gegenwärtige Struktur der fixen Kapitalinvestitionen in Westdeutschland zeigt - auf lange Sicht - die generelle Richtung der in der japanischen Wirtschaft zukünftig möglichen Veränderungen. Zweitens, trotz dieser Überlegung wäre es ein unverzeihlicher Fehler, einen auffallenden Unterschied zwischen diesen beiden Ländern zu übersehen. In Westdeutschland sind die Investitionen im Industriesektor und im öffentlichen Sektor vergleichsweise viel ausgeglichener und regelmäßiger gewachsen. Demgegenüber zeigen die Investitionen der privaten Unternehmen im Industriesektor in Japan ein ungleichmäßiges und schnelles Wachstum, verglichen mit den Investitionen im öffentlichen Sektor und im Wohnungsbau. Folglich hat sich, da der allgemeine gesellschaftliche Kapitalstock für das Leben des Volkes und der Privatbesitz in Form von Wohnungen in Japan im Vergleich zu den westlichen Ländern ein geringes Ausmaß haben, die Kluft vergrößert, die zwischen dem gegenwärtig vorhandenen und einem den gewachsenen industriellen Aktivitäten entsprechenden Niveau ihrer Akkumulation besteht.

Damit ist der Rahmen für die Struktur des wirtschaftlichen Wachstums in der Periode hoher Wachstumsraten abgesteckt. Die Ergebnisse der vergleichenden Strukturanalyse lassen sich so zusammenfassen; Der Übergang vom Reproduktionsschema der Vorkriegsperiode zu dem der Nachkriegszeit beinhaltet eine qualitative Veränderung der Kreislaufstruktur von der Exportabhängigkeit zur Abhängigkeit vom Binnenmarkt.⁵ Das bedeutet, daß in der Volkswirtschaft die Struktur für eine verhältnismäßig autonome Entwicklung der Abteilung I geschaffen wurde, die auf der Erweiterung der Grundlagen für die inländische Konsumtion basiert. Wie es die Theorie der "drei Glieder in der Struktur des japanischen Außenhan-

5 Diese Gegenüberstellung von zwei Typen oder Mustern der Struktur des Kreislaufs - "Abhängigkeit vom Export" gegen "Abhängigkeit vom Binnenmarkt" - wurde lediglich vom Gesichtspunkt des Vergleichs zwischen der Vorkriegs- und der Nachkriegsperiode vorgenommen. Unsere Charakterisierung der Nachkriegsperiode als "Abhängigkeit vom Binnenmarkt" schließt nicht die Anerkennung der Tatsache aus, daß während der Nachkriegsentwicklung eine erkennbare Erhöhung der Exportrate (d. h. der Rate der Exporte zur Produktion) bei einzelnen Zweigen der Schwer- und Chemieindustrie erfolgte. Tatsächlich haben in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre die Exportraten einen merklichen Anstieg zu verzeichnen, besonders in den Zweigen der Metall- und Maschinenbauindustrien (Vergleicht man die Zahlen der Input-Output-Tabelle 1970 mit denen der Tabelle von 1960, so findet man, daß die Exportrate bei Metallen von 10,9 auf 18 Prozent und bei Maschinen von 11 auf 18,4 Prozent steigt).

Mehr noch, wir haben nicht die Absicht, die Tatsache zu bestreiten, daß die Expansion des japanischen Anteils am Auslandsmarkt und die Niveauerhöhung der Konkurrenzkraft der japanischen Erzeuger auf dem Weltmarkt eines der hauptsächlichen Ziele der Wirtschaftspolitik war, die von der japanischen Regierung während der Nachkriegsperiode beständig verfolgt wurde. Die Wachstumsrate der japanischen Exporte war unter den kapitalistischen Ländern die bei weitem höchste und der Anteil der japanischen Exporte auf dem Weltmarkt stieg von 3,6 im Jahre 1960 steil auf 6,9 Prozent im Jahre 1970.

Ungeachtet der obenerwähnten Tatsachen befassen wir uns hier hauptsächlich und lediglich mit der Stellung des Exports innerhalb der Reproduktionsstruktur der nationalen Wirtschaft als Ganzes oder dem relativen Gewicht der Exporte in der gesamten effektiven Nachfrage. In dieser Beziehung ist der Grad der Exportabhängigkeit (Exporte/Bruttonationalprodukt), wie unten angezeigt, im Nachkriegsjapan viel niedriger als in der Vorkriegsperiode und am niedrigsten unter den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern, mit Ausnahme der USA.

Vergleich des Grades der Exportabhängigkeit⁺

Japan: Vorkriegsperiode	(1935)	18,8 %
Nachkriegsperiode	(1960)	9,5 %
	(1965)	10,0 %
	(1970)	9,8 %
Europäische Länder	(1970)	
Westdeutschland		18,3 %
England		15,9 %
Italien		14,2 %
Frankreich		12,0 %

+ Japan and the World: A Comparison by Economic and Financial Statistics, hg. v. Bank of Japan, o. O. 1972.

Nach allem könnte die Tendenz zum Steigen der Exportrate in letzter Zeit als eine Bewegung innerhalb der oben beschriebenen Charakterzüge betrachtet werden, nicht aber als eine einfache Rückkehr zum Vorkriegsmuster. Das niedrige Niveau des Grades der Exportabhängigkeit und das Steigen des Anteils am Weltmarkt auf der anderen Seite - diese zwei Tatsachen sind nicht notwendigerweise unvereinbar. Das außergewöhnliche Tempo

dels" formuliert⁶, gab es in Japan keine eingefahrene Struktur des wirtschaftlichen Kreislaufs, wie sie in entwickelten kapitalistischen Industrieländern üblich ist, eine Struktur also mit einem mehr oder weniger vollständigen Reproduktionssystem, in dem Abteilung II (Leichtindustrien) der führenden Rolle der Abteilung I (Schwer- und Chemieindustrien) folgt und sich in ausgeglichener Weise entwickelt. Infolge des unentwickelten Zustands der Schwer- und Chemieindustrien im japanischen Vorkriegskapitalismus produzierte die Textilindustrie nicht nur für den Verbrauch des Volkes, sondern ersetzte auch die Funktionen der Abteilung I, indem sie über die Hälfte ihrer Produktion exportierte und als Gegenleistung dafür grundlegende Produktionsmittel, insbesondere Arbeitsinstrumente, im internationalen Handel erhielt. Textilexporte nach asiatischen Gebieten und Maschinenimporte aus fortgeschrittenen Ländern bildeten das strategische unter den drei Gliedern, die den Nährboden für die inländische Reproduktion darstellten. Das bestimmte die nicht nur quantitative, sondern auch qualitative Abhängigkeit der grundlegenden Reproduktion vom Außenhandel. In der Nachkriegsperiode änderte sich dieses Verhältnis jedoch qualitativ, was sich anschaulich in der günstigeren Zusammensetzung der Industriesektoren (Abteilung I im Verhältnis zu Abteilung II) sowie in der Schaffung von Bedingungen für ein reibungsloses Angebot an überschüssigen Produktionsmitteln zeigt.

Diese Veränderung in der Struktur des wirtschaftlichen Kreislaufs - die Schaffung einer Struktur des autonomen Kreislaufs in Abteilung I als springendem Punkt für die strukturelle Veränderung - bedeutete für die Gesamtstruktur der Volkswirtschaft folgendes: Aus einer Reihe von Untersuchungen über den japanischen Vorkriegskapitalismus geht hervor, daß der unentwickelte Zustand der Schwer- und Chemieindustrien im japanischen Kapitalismus, der sehr spät in der Arena des Weltkapitalismus erschien, einer Tendenz zum Ausgleich der Profitraten in den verschiedenen Industrien entgegenwirkte. Infolgedessen blieb in der Leichtindustrie die Profitrate im Vergleich zur Schwerindustrie ziemlich hoch. Das hemmte den Zufluß von Privatkapital in die Schwerindustrie, die größere Summen für fixe Kapitalinvestitionen benötigte. Mit anderen Worten, die Schwerindustrie, die sich durch eine höhere organische Zusammensetzung des Kapitals, einen langsameren Kapitalumschlag und eine geringere Profitrate bei größerem Investitionsrisiko auszeichnet, bot nicht genügend Anreiz für private Kapitalinvestitionen.⁷ Das erschwerte und behinderte Fortschritte im organischen Aufbau der Wirtschaftsstruktur. Unter diesen Umständen war es nur einer Serie von Schutz- und Entwicklungsmaßnahmen der Regierung - Subventionen, Staatskäufen (Waffen und Munition usw.) -, also nichtkommerziellen Ursachen zu verdanken, daß Japan seine Schwer- und Chemieindustrien in der Vorkriegsperiode aufrechterhalten konnte. Dieselben Bedingungen, die den Ausgleich der Profitraten verhinderten und folglich die niedrige Profitrate in den Schwer- und Chemieindustrien bestimmten, waren für die Vorkriegsstruktur der gesellschaftlichen Reproduktion charakteristisch. Besonders bezeichnend war der unentwickelte Zustand des Kreislaufs innerhalb der Abteilung I, der sogar in der Wiederaufbauperiode

des ökonomischen Wachstums hat diese anscheinend paradoxen Bedingungen mit sich gebracht. Bis in die jüngste Zeit bestand unter den Ökonomen in Japan eine traditionelle Neigung, die Wirkung von auswärts kommender Erschütterungen auf die heimische Wirtschaft zu überschätzen. Mit unserem Vorschlag ist eine Neueinschätzung dieses Punktes verbunden. Natürlich stellt unsere Charakterisierung der Nachkriegsbedingungen einen versuchsweisen Vorschlag aufgrund empirisch gefundener Fakten dar und steht allen kritischen Untersuchungen offen.

⁶ Vgl. Nawa, Toichi, *Nihon-shihonshugi to boekimondai* (Der japanische Kapitalismus und Außenhandel), Tokyo 1948, S. 21.

⁷ Usami, Seijiro/Inoue, Harumaru, *Kiki ni okeru nippon-shihonshugi no kozo* (Die Wirtschaftsstruktur des japanischen Kapitalismus in der Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus), Tokyo 1951, S. 118 - 121.

nach dem Krieg noch nicht vollständig überwunden war. Erst in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre reiften die Voraussetzungen für die Aufhebung der traditionellen Struktur aus der Vorkriegszeit. Die Schaffung eines Mechanismus zum Ausgleich der Profitraten bedeutete außerdem, daß sich die Bedingungen für die volle Wirksamkeit des Wertgesetzes herausbildeten bzw. daß die verschiedenen althergebrachten institutionellen und wirtschaftlichen Faktoren im japanischen Kapitalismus abgebaut wurden, die die Herrschaft des Wertgesetzes verzerrten. Letztlich bedeutete das, daß die Voraussetzungen reiften für die Erweiterung der Wirkung des Wertgesetzes auf die Arbeitskraft als Ware oder die Abschaffung der in ihrem Wesen eigentümlich japanischen Kategorie der "billigen Arbeitskräfte". Das Vorkriegscharakteristikum des japanischen Kapitalismus - die Überlegenheit der Leichtindustrie (hohe Profitrate) einerseits und die Unterlegenheit der Schwerindustrie (niedrige Profitrate) andererseits - basierte auf den "billigen Arbeitskräften", die von der eigenartig traditionellen Struktur des japanischen Kapitalismus herrührte, wobei dieses charakteristische Merkmal und die Kategorie der billigen Arbeitskräfte sich wechselseitig bestimmten. Das Hervortreten der modernen und intellektuellen Arbeitskraft, das die neue Gestaltung der Produktivkräfte in der Nachkriegsperiode unterstützte, beruht auf der oben erwähnten qualitativen Veränderung in der Struktur des gesellschaftlichen Reproduktions-schemas. Die Modernisierung der Arbeiterschaft führte ferner dazu, daß in der Nachkriegsperiode ein Markt für langlebige Konsumgüter entstand. Den Wechselbeziehungen dieser beiden Entwicklungen - der strukturellen Veränderung im Wirtschaftskreislauf und die Veränderung der Qualität der Arbeitskräfte - muß noch mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden.⁸

3. Der Mechanismus des raschen Wachstums und der staatsmonopolistische Kapitalismus

Im folgenden soll der Mechanismus des raschen Wachstums, einschließlich seines finanziellen Aspektes, von einem etwas anderen Standpunkt aus untersucht werden, nämlich aufgrund einer Analyse der Bilanzen der industriellen Kapitalgesellschaften. Das soll verdeutlichen, wie die Struktur des staatsmonopolistischen Kapitalismus entsprechend den Erfordernissen der Wirtschaft mit hohen Wachstumsraten im japanischen Nachkriegskapitalismus organisiert wurde.

Tabelle 4 vergleicht die Bilanzen der großen industriellen Kapitalgesellschaften in der Vor- und Nachkriegszeit und stellt diese Angaben denen aus Berichten von Großunternehmen in den Vereinigten Staaten und in Westdeutschland gegenüber. Bei diesem Vergleich springen folgende Punkte in die Augen:

1. In der Nachkriegszeit nimmt das Fremdkapital stark zu und der Nettowertquotient (net worth ratio) merklich ab. Der Nettowertquotient liegt weit unter dem Vorkriegsniveau und ist auch niedriger als die entsprechende Zahl für westdeutsche Unternehmen, die allgemein durch eine verhältnismäßig hohe Investitionsrate gekennzeichnet sind. Das sollte jedoch nicht als Zeichen schwacher Akkumulationskraft der japanischen Unternehmen angesehen werden. Ihre Akkumulationskapazität ist tatsächlich gewaltig, wird aber von der lebhaften Investitionstätigkeit überfordert. Ein Beweis dafür ist, daß sogar unter den Bedingungen des allgemeinen Lohnanstiegs, der in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre auftrat, der dem Kapital zufließende Anteil (die Mehrwerttrate m/v) zunahm - im Gegensatz zur Entwicklung in mittelgroßen und kleinen Unternehmen - und daß die Profitrate für das Gesamtkapital aufrechterhalten wurde.

⁸ Für eine mehr ins einzelne gehende Analyse dieses Punktes siehe Tamagaki, Yoshinori, *Nihon-shihonshugi kozobunseki josetsu* (Eine Analyse der Wirtschaftsstruktur des japanischen Kapitalismus), Tokyo 1971, Kap. 2 u. 3.

2. Der Anteil des Fremdkapitals ist in japanischen Unternehmen naturgemäß höher als in denen anderer Länder. Gleichzeitig muß jedoch auf die Tatsache hingewiesen werden, daß der hohe Anteil des Fremdkapitals zwar eine größere Zinsbelastung für die japanischen Kapitalgesellschaften bedeutet, daß Gesellschaftssteuer und soziale Abgaben dagegen weit unter dem internationalen Niveau liegen, was die größere Zinsbelastung mehr als wettmacht. Um die Belastung der Privatunternehmen in anderen fortgeschrittenen Industrieländern durch öffentliche Abgaben deutlich zu machen, genügt es, die Profitrate vor (in der Tabelle 4 in Klammern) und nach dem Steuerabzug zu vergleichen. Wir sollten die Tatsache beachten, daß dieses nach internationalen Maßstäben niedrige Niveau der öffentlichen Verpflichtungen für die japanischen Unternehmen eine bedeutende Quelle für eine hohe Akkumulationsrate darstellt.

3. Als letztes und wichtigstes Merkmal müssen wir auf die starke Zunahme der Kapitalversorgung durch die Banken und auf die besonders rasche Ausdehnung des Handelskredits hinweisen. Sie gehören zu den Hauptursachen für den wachsenden Umfang flüssiger Mittel und folglich des Gesamtkapitals, der zu einem Rückgang des Anteils der fixen Aktiva in der Zusammensetzung der Gesellschaftsaktiva insgesamt führt, trotz der lebhaften und anhaltend hohen fixen Kapitalinvestitionen. Besonders auffallend ist die schnelle Zunahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen der größeren Kapitalgesellschaften im Zeitraum 1961 bis 1965 (der dritten Periode). Zum Teil war dies eine Folge der Entwicklung von Industrien zur Herstellung langlebiger Konsumgüter, die sehr vom Konsumentenkredit abhängen, aber hauptsächlich ist es auf die besonderen Bedingungen der japanischen Wirtschaft zurückzuführen, die beim Vergleich mit den Anteilen der Anlagen für Ausrüstung in Kapitalgesellschaften anderer Länder deutlicher zum Vorschein kommen. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß das Nettoangebot an Handelskredit (Forderungen abzüglich Verbindlichkeiten) in der dritten Periode stark anstieg, wobei dieser Faktor als finanzielle Bindung fungierte, um die mittelgroßen und kleinen Unternehmen während der Periode der strukturellen Anpassung auf die Linie der größeren zu bringen, und daß der Handelskredit, der ursprünglich eine Quelle des kurzfristigen Kredits darstellte, zunehmend zu einem Mittel des Zahlungsaufschubs beim Ankauf von fixen Produktionsmitteln wurde und den Charakter langfristiger Kredite großer Unternehmen an mittlere und kleine Firmen annahm. Die Erweiterung des Handelskredits ist ein Hebel, um die Erzeugnisse der äußerst leistungsfähigen Produktionskapazitäten der größeren Unternehmen im Sektor der mittleren und kleinen Firmen zu absorbieren, und damit ist der Fortgang des wirtschaftlichen Kreislaufs gesichert. Die Kapazität der größeren Unternehmen zur Kreditgewährung wird letztlich durch die Kreditexpansion der Bank von Japan über Darlehen der kommerziellen Banken unterstützt. Der Grund, warum gerade in Japan mit seinem starren System der Staatsfinanzen die Finanzpolitik ihren bremsenden Effekt zur Regelung der zu ständiger Ausdehnung tendierenden Wirtschaftstätigkeit immer voll ins Spiel bringt, ist in dem umfassenden und vollständigen Aufbau des pyramidenförmigen Finanzgefüges zu suchen, das von der Bank von Japan über die kommerziellen Banken und größeren Unternehmen bis zu den mittleren und kleinen Firmen reicht.⁹

Nach diesen Erläuterungen kann man sagen, daß die hohe Wachstumsrate in der japanischen Nachkriegswirtschaft einerseits durch die oben untersuchte Veränderung in der Produktivkräftestruktur und andererseits durch die umfassende Ausnutzung des staatsmonopolistischen Instrumentariums für die Kreditexpansion über den Hebel eines gesteuerten Geldsystems ermöglicht wurde. Trotz der rapiden Kreditausdehnung und der gesteigerten Geldemission, für die es keine Parallelen in anderen Ländern gibt, konnte Japan inflationäre Preiserhöhungen für japanische Waren gegenüber dem Weltmarktniveau und eine Verschlechterung seiner Konkurrenzfähigkeit auf den internationalen Märkten vermeiden; im Gegenteil, seine Konkurrenzfähigkeit verbesserte sich. Das ist der Tatsache zuzuschreiben, daß die

⁹ Ebenda, Kap. 4, Teil 1.

fixen Kapitalinvestitionen, wie wir beobachten konnten, auf den Sektor der unmittelbar mit der Produktion befaßten Industrien konzentriert wurden, so daß es auf dem Hintergrund einer weltweiten milden Inflation möglich war, die Arbeitsproduktivität stark anzuheben, ein Ansteigen der Großhandelspreise allgemein und insbesondere der Preise für Investitionsgüter und Ausfuhrwaren, im Vergleich zum Tempo der Preiserhöhungen in anderen Ländern, zurückzuhalten und so die Stellung des Yen relativ zu festigen. In diesem Zusammenhang kann man wohl sagen, daß die Instrumente des staatsmonopolistischen Kapitalismus zur Erlangung und Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums ihren treffendsten Ausdruck im japanischen Nachkriegskapitalismus gefunden haben und daß ihre Möglichkeiten zu voller Entfaltung gekommen sind.

4. Probleme einer Wirtschaft mit hohen Wachstumsraten und ihre Zukunft

In demselben Maße wie die Funktionen des Mechanismus des schnellen wirtschaftlichen Wachstums voll entwickelt und wirksam wurden, konzentrierten sich ihre negativen Auswirkungen und zeigten sich in verschiedenen Aspekten des nationalen Lebens. Die negativen Seiten der hohen wirtschaftlichen Wachstumsraten zeigten sich teilweise in der ersten Hälfte der sechziger Jahre und traten plötzlich in der zweiten Periode des raschen Wachstums nach 1965 als inhärente Widersprüche des rapiden Wirtschaftswachstums japanischen Gepräges voll in Erscheinung. Abschließend sollen diese Probleme kurz besprochen werden.

An erster Stelle steht die Frage der steigenden Preise, insbesondere der steigenden Konsumgüterpreise. Das Mißverhältnis zwischen der relativen Stabilität der Großhandelspreise, stark beeinflusst von denen der Investitionsgüter, und dem Ansteigen der Verbraucherpreise wäre richtiger als ein Mißverhältnis zwischen den relativ stabilen Kapitalgüterpreisen und den heftig ansteigenden Konsumgüterpreisen zu bezeichnen. (Siehe Tabelle 5.) Gerade das ist eine Preisstruktur, die für ein von hohen Akkumulations- und Investitionsraten gekennzeichnetes Wirtschaftswachstum geeignet ist.

Keine Regulierung der Gesamtnachfrage kann dieses Problem lösen. Sie würde lediglich die notwendigen Investitionen zügeln, dadurch eine Steigerung der Produktivität verhindern und nicht nur den Weg zu einem neuen Preisauftrieb ebnen, sondern auch das Anwachsen des Überschusses in der internationalen Zahlungsbilanz beschleunigen, indem sie die Exporttätigkeit anregt. Auch die Einführung der sogenannten Einkommenspolitik brächte keine Lösung. Unter Hinweis auf den schnelleren Anstieg der Löhne in den letzten Jahren im Vergleich zum Entwicklungstempo der Produktivität in der Wirtschaft allgemein behaupten einige Wirtschaftswissenschaftler, daß die japanische Wirtschaft in die Phase der Kosteninflation eingetreten sei und daß eine "Einkommenspolitik" eingeführt werden müsse. Wir entgegnen dieser Ansicht wie folgt: Die schwache Beschleunigung in der Steigerungsrate der Großhandelspreise in den letzten Jahren ist mehr auf die Erhöhung der Preise von importierten Rohstoffen (importierte Inflation) als auf Kostendruck zurückzuführen, und der Lohndruck ist nicht hauptsächlich verantwortlich dafür. Ferner, angesichts des relativ geringen Anteils der Arbeiterschaft am Neuwert, würde die auf eine Senkung des relativen Anteils des Lohneinkommens gerichtete Einkommenspolitik (es ist wohlgemerkt eine Lohnpolitik und nicht eine Einkommenspolitik, was hier gegenwärtig vorgeschlagen wird) zu einer höheren Akkumulationsrate führen und entgegen den Erwartungen die Gefahr eines beschleunigten Preisanstiegs mitschbringen, da bei der gegebenen Struktur eine Produktivitätsverbesserung in dem hochproduktiven Sektor nicht zu einem Preisrückgang führt. Demzufolge ist die wirkliche Lösung des Preisproblems in der Förderung einer Strukturpolitik zu suchen, die auf die Verbesserung der Versorgungsbedingungen in dem Sektor mit niedriger Produktivität (Landwirtschaft, mittlere und kleine Unternehmen) abzielt. Ein solches

Programm würde aber sehr viel kosten. Nach einer Schätzung müßte der Gegenwert von einem Prozent des Bruttosozialprodukts, etwa 7 000 Milliarden Yen im Jahre 1970, zur Verfügung gestellt werden, wenn die Steigerungsrate der Verbraucherpreise um 1 Prozent vermindert werden soll.¹⁰

Zweitens verschärft die hohe Wachstumsrate der Wirtschaft das Mißverhältnis zwischen den Investitionen in Privatunternehmen und den öffentlichen Investitionen und, infolge der betont einseitigen Verteilung der Fonds zugunsten der Privatunternehmen, zwischen dem Kapitalstock in diesem Sektor und dem allgemeinen gesellschaftlichen Kapitalstock. Wie aus der in der Tabelle 5 gezeigten Steigerungsrate der Bruttosozialprodukt-Preisbereinigungskoeffizienten hervorgeht, ist die Steigerungsrate des Preisbereinigungskoeffizienten für staatliche Investitionsausgaben viel höher als die des Koeffizienten für fixe Kapitalinvestitionen seitens der Privatunternehmen. Ein wichtiger, wenn nicht der einzige Grund dafür ist der Anstieg der Bodenpreise. (Im letzten Jahrzehnt sind die Bodenpreise unvergleichlich schneller als die Verbraucherpreise gestiegen.) Sollte eine proportionale Wechselbeziehung zwischen der wirtschaftlichen Wachstumsrate und der Steigerungsrate der Bodenpreise bestehen, dann erzeugt das rasche Wirtschaftswachstum erstens soziale Mißverhältnisse, weil die Struktur der Investitionsfondsverteilung den Privatunternehmen zugeneigt ist, und fördert zweitens die Verschlechterung der Kapitaleffizienz der öffentlichen Investitionen infolge der erwähnten Veränderung in der Preisstruktur im Laufe der milden Inflation, was die sozialen Mißverhältnisse weiter zuspitzt. Tatsächlich muß der Anstieg der Bodenpreise als Quelle der verschiedenen von der milden Inflation verursachten Übel hervorgehoben werden, weil er den Besitz von Eigenwohnungen verhindert und den Aufbau des eng mit dem nationalen Leben verbundenen allgemeinen gesellschaftlichen Kapitalstocks bremst. Hier ist der ausgleichende Effekt des Preismechanismus wirkungslos und verwandelt sich vielmehr in einen Faktor, der die Mißverhältnisse verschlimmert.

Ferner muß in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, daß die Metall-, Chemie- und andere Industrien, die eine führende Rolle bei der Erlangung des dynamischen Wirtschaftswachstums gespielt haben, gleichzeitig typisch industrielle Quellen der Umweltstörungen sind und daß der angesammelte negative Effekt der Umweltstörungen in den letzten Jahren ein derartig explosives Ausmaß erreicht hat, daß man es sich in Japan nicht länger leisten kann, die Dinge in der bisherigen Weise treiben zu lassen.¹¹

Abschließend wollen wir unsere Ansicht zu den neuen Fassungen der obenerwähnten "Tenkeiki-Ron", der Theorie, daß die japanische Wirtschaft im Begriff ist, in eine Übergangsperiode zu einer neuen Entwicklungsstruktur einzutreten, darlegen. Diesen neuen Versionen nach geht die japanische Wirtschaft infolge einer Refraktion der Nachfrage für Personwagen, Farbfernseher und andere neue langlebige Konsumgüter von einer Aufschwungsphase in eine Reifephase über, und die Wachstumsrate der Wirtschaft wird ab Herbst 1970, dem Beginn der derzeitigen Rezession, bedeutend zurückgehen. (Einige Verfechter dieser Ansicht bezeichnen diese Veränderung in der japanischen Wirtschaft als eine Periode des Rückgangs, in der die durchschnittliche Steigerungsrate der privaten fixen Kapitalinvestitionen von etwa 18 Prozent im letzten Jahrzehnt auf nicht viel mehr als 6 Prozent fallen wird.¹² Wir können nicht umhin zu sagen, daß diese Behauptungen an einer ernststen analytischen Schwäche leiden, indem sie einen Sprung machen von allgemeinen Voraussagen der

10 Keizaiseicho to bukka-chingin ni kansuru kihonteki bunseki (Eine Analyse des Wirtschaftswachstums und der Lohn-Preis-Verhältnisse. Okawa Bericht), hg. v. Okawa, Kazushi, Nihon-keizai-chosa-kyogikai, Tokyo 1970, S. 36 f.

11 Siehe Gendaishihonhugi to kogaï (Der heutige Kapitalismus und Umweltstörungen), hg. v. Tsuru, Shigeto, Tokyo 1968.

12 Shimomura, Osamu, Keizai-taikoku Nippon no kadai (Einige Probleme der wirtschaftlichen Macht Japans), in: Nihon Keizai Shimbun, 20. Mai 1971.

Nachfrage-trends für die Erzeugnisse einzelner Industrien oder von einer einzelnen Kennziffer, wie dem Grad der "technologischen Lücke", zu einer makroökonomischen Voraussage der wirtschaftlichen Wachstumsrate, die das zusammengesetzte Ergebnis eines Komplexes dynamischer Faktoren darstellt. Unserer Meinung nach machen die Verfechter dieser Ansicht einen Fehler bei der Auswertung der Tatsachen, indem sie die Refraktion der Nachfrage und der Investitionen in einzelnen Industrien überschätzen. In Wirklichkeit besteht ein bemerkenswerter Zug der gegenwärtigen Aufschwungsphase im Vergleich zur Periode des schnellen Wirtschaftswachstums in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre darin, daß die Hochkonjunktur länger aufrechterhalten blieb und daß die privaten Investitionen von fixem Kapital in gleichmäßigerem Tempo wuchsen, was zu einer Abnahme der Bildung überschüssiger Produktionskapazitäten - trotz einer relativ langen Dauer der Kapitalinvestitionen in großem Maßstab - führte.¹³ Natürlich soll damit nicht gesagt werden, daß sich die Wachstumsrate der japanischen Wirtschaft zukünftig weiter beschleunigen wird oder daß die gegenwärtige hohe Wachstumsrate auf die Dauer aufrechterhalten werden kann. Doch angesichts der dargelegten Analyse der strukturellen Merkmale für das rasche Wachstum der japanischen Wirtschaft kann man weder eine deutliche, mit der gegenwärtigen Depression beginnende Refraktion der wirtschaftlichen Wachstumsrate erwarten, noch die autonome Schaffung eines Mechanismus innerhalb der japanischen Wirtschaft, der dazu beiträgt, die verschiedenen durch das schnelle Wachstum und die dynamischen Investitionen verursachten Mißverhältnisse und Schwierigkeiten zu mäßigen und zu beseitigen. Das gegenwärtige System des staatsmonopolistischen Kapitalismus ist nicht in der Lage, die verschiedenarti-

13 Einer der bezeichnenden Züge der Investitionen von fixem Kapital in dieser Periode ist die Tatsache, daß, verglichen mit der vorherigen Periode hoher Steigerungsraten (1955 - 1961), sich eine Änderung in der Motivierung der Investitionen vollzog, das heißt ein Übergang von den bisherigen, auf die Entwicklung neuer Industrien oder neuer Prozesse gerichteten Investitionstypen zu einem anderen Investitionstyp, der auf die Erweiterung von Produktionskapazitäten auf der gleichen technologischen Grundlage und auf die Erhöhung der Arbeitsproduktivität in großem Maßstab zielt. Die Investitionstätigkeit der Eisen- und Stahlindustrie und der petrochemischen Industrie sind typische Beispiele dafür. So erreichte in der Eisen- und Stahlindustrie die größte Produktionskapazität eines Hochofens in dieser Periode das hohe Niveau von 10 000 t (pro Tag), vergleichsweise lag 1960 die größte der Welt bei 1 500 t. Verschiedene Eisen- und Stahlwerke mit integrierten Prozessen und mit einer Produktionskapazität von 6 000 000 - 12 000 000 t Rohstahl pro Jahr haben ihre Tätigkeit auf der Grundlage neuer Standorte für die Werke (Standort an der Küste) aufgenommen. In der petrochemischen Industrie ist der Aufbau von 9 Äthylen-Werken mit einer Produktionskapazität von jeweils 300 000 t pro Jahr während der Jahre 1969 - 1972 beendet worden. Besonders die petrochemische Industrie fühlte die Überkapazität schwerer als in der Depression von 1962 und 1965. Umgekehrt war der Grad der Überkapazität in der Maschinen- und in anderen Industrien dieses Mal geringer als in früheren Depressionen. Insgesamt wurde der Grad der Kapazitätsauslastung in der verarbeitenden Industrie insgesamt auf höherem Niveau gehalten als in den letzten Depressionen. Das wird durch einen Vergleich der Indizes der Kapazitätsauslastung (1970 = 100) zwischen zwei Depressionsjahren deutlich. Der Index betrug 1971 94,5 und 1965 85,5. Das ist einer der Gründe dafür, daß die Depression von 1971 - 1972 nicht schlimmer wurde als sie war, trotz der Tatsache, daß die Rezession diesmal mit der verstärkten Krise des internationalen Währungssystems und der Aufwertung des Yen zusammenfiel.

Weiterhin wuchsen in dieser Periode hochgradigen ökonomischen Wachstums die privaten Investitionen von fixem Kapital mit relativ ruhigeren Schritten. Dies kann durch den folgenden Vergleich auf der Basis ihres prozentualen Wachstums zum vorliegenden Jahr bestätigt werden. In der Vergangenheit wuchsen sie in rapidem Tempo: 57,9 % 1956; 48,8 % 1960; 39,7 % 1961. Diesmal wuchsen sie 1967 um 31,6 %, 1968 um 27,9 % und 1970 um 19,5 %.

gen strukturellen Verzerrungen, für die der wirtschaftliche Wachstumsprozeß zwangsläufig die Verantwortung trägt, zu beheben und die dem System innewohnenden und durch die allmähliche Geldabwertung verursachten Übel zu beseitigen.

Die Schlußfolgerungen unserer Analyse wurden wiederum durch die neueste Phase der ökonomischen Entwicklung bestätigt, die den Prozeß der Erholung von der Depression in der Zeit von 1971 bis 1973 umfaßte. Gerade zu dem Zeitpunkt, als die japanische Wirtschaft auf dem Wege einer selbständigen Erholung von der Rezession war, ereignete sich auf dem Felde der internationalen ökonomischen Beziehungen eine schwere Erschütterung. Im August 1971 erklärte die Regierung der USA die Einlösbarkeit des Dollars in Gold für aufgehoben und schlug Maßnahmen zur Erhebung von Zusatzabgaben für importierte Waren sowie die multilaterale Wiederherstellung der Währungswechselkurse unter den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern vor. Das Hauptziel dieser Maßnahmen, besonders der letzten beiden, war die Beseitigung des Ungleichgewichts im Außenhandel mit Japan und Westdeutschland, besonders mit Japan, welche für die eine Hälfte der nicht ausgeglichenen Handelsbilanz der USA verantwortlich war. Gerade die Tatsache, daß im Verlauf der Verhandlungen der Internationalen Währungskonferenz Ende 1971 der japanische Yen um 16,88 Prozent gegenüber dem US-Dollar, also am stärksten unter den fortgeschrittenen Ländern, aufgewertet wurde, bezeugt diese Erwägung. Dieses Ereignis - es wurde in Japan "Nixon-Schock" genannt - legte die inneren Widersprüche im Mechanismus der hohen Wachstumsrate des japanischen Kapitalismus bloß. Zu diesem Zeitpunkt stand der japanische Kapitalismus folgenden Alternativen gegenüber: Die erste Richtung war eine Linie der Politik einer radikalen Reform des ökonomischen Entwicklungsmechanismus, deren Hauptinhalt in der Lösung folgender Aufgaben bestand: Erhöhung des relativ niedrigen Niveaus der Arbeitslöhne, Verbesserung der schlechten sozialen Leistungen, Kontrolle über die Preisbildung und die Verwendung der Geldmittel durch das Großkapital, eine Reform des Grundeigentumsystems und die Unterbindung des Steigens der Bodenpreise und eine einschneidende Veränderung in der Verteilung der Geldmittel auf den privaten und den öffentlichen Sektor der Wirtschaft, die denjenigen gesellschaftlichen öffentlichen Investitionen Priorität gibt, die eng mit dem nationalen Leben verbunden sind. Diese Linie würde auf einer durch Reformen gebildeten neuen Grundlage einen Schritt vorwärts zur gleichzeitigen Lösung der Ungleichgewichte sowohl in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen wie in der heimischen Wirtschaft bedeuten, wobei frühere, vom Monopolkapital ausgehende Mechanismen der Kapitalakkumulation eingeschränkt und reformiert würden. Eine andere Richtung ist die allopathische Behandlung der Dinge, indem die Ungleichgewichte im Außenhandel mit Hilfe einer inflationistischen Expansionspolitik zurechtgerückt werden, die auf der alten Grundlage des Mechanismus der kapitalistischen Akkumulation darauf zielt, die gesammelte innere Nachfrage auszuweiten und dadurch die Erholung der Geschäftstätigkeit zu stimulieren.

Die ökonomische Politik der herrschenden Klasse entwickelte sich auf der letzteren Linie. Gleichzeitig wurden zur Tarnung Zugeständnisse an die Forderung des Volkes nach Aufhebung der Politik hoher Wachstumsraten gemacht und in das Fiskalprogramm Schritte zur Erhöhung der Sozialleistungen und der öffentlichen Ausgaben für gesellschaftliche Investitionen eingefügt. Unmittelbar nach dem "Nixon-Schock" (Oktober 1971) legte die Regierung eine neue Staatsanleihe auf, die 790 Milliarden Yen erreichte, und beschloß zusätzliche Ausgaben für öffentliche Arbeiten bis zu 234 Milliarden Yen. Als nächstes wurden im Haushalt des Finanzjahres 1972 die Staatsausgaben um 31,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr erweitert - dies war die höchste Wachstumsrate in den vergangenen Jahren -, und die neue Staatsanleihe erreichte eine Höhe von 1 950 Milliarden Yen. (Der Abhängigkeitsgrad finanzieller Ausgaben von den Staatspapieren erreichte mit 17 Prozent das höchste Niveau der Nachkriegszeit.) Eine relativ schnelle Expansion vollzog sich im Haushaltsjahr 1973, obgleich sich ihr Tempo in einem gewissen Grade verringerte. Diese Haushaltspolitik wurde von den Maßnahmen der Politik "leichten Geldes" begleitet, und der offizielle Diskontsatz wurde während dieser Zeit sechsmal gesenkt. Unter den Bedingungen solcher expansionistischen

Haushalts- und Geldpolitik hat die Geschäftslage gegen Ende 1971 den niedrigsten Punkt überschritten und ist, geführt von den Aktivitäten der mit den öffentlichen Arbeiten und dem privaten Wohnungsbau verbundenen Zweige, in die Phase der Erholung eingetreten. Im Oktober 1972 trat die Wirtschaft schließlich mit der Wiederaufnahme der Investitionstätigkeit großer Unternehmen in der verarbeitenden Industrie in die nächste Phase energischer Aufwärtsbewegung ein. Inzwischen hielt in der Sphäre der internationalen Wirtschaft die Krise des internationalen Währungssystems an. Im Februar 1973 kam es wieder einmal zu einem Durcheinander auf den ausländischen Währungsmärkten, und Japan führte als Notstandsmaßnahme das System der flexiblen Wechselkurse ein. (Danach wurde der Wechselkurs des Yen gegenüber dem Dollar wieder um ungefähr 14 Prozent aufgewertet.) Über das ganze Jahr 1972 verbesserte sich Japans Ungleichgewicht im Außenhandel mit den USA nicht. Aber seit Beginn 1973 stagnierte dank des Übergangs zum System flexibler Wechselkurse und energischer Erholung der einheimischen Geschäftslage das Exportvolumen, und das der Importe ist prompt gestiegen, weshalb der Überschuß der Exporte über die Importe rapide verringert wurde. Weiter ist in bezug auf langfristige Kapitalbewegungen der Überschuß des Kapitalabflusses (direkte Investitionen im Ausland, Kredite an fremde Länder und Sicherheitsinvestitionen usw.) seit 1972 schnell gestiegen. So ist Japans internationale Zahlungsbilanz, die 1971 einen großen Überschuß von 7,7 Milliarden und 1972 von 4,7 Milliarden aufwies, seit dem Beginn des Jahres 1973 in ein Defizit umgeschlagen.

Die von der herrschenden Klasse durchgeführte ökonomische Politik eines durch inflationistische und expansionistische Maßnahmen wachsenden Dilemmas des japanischen Kapitalismus scheint, was das Ziel anbelangt, die gewünschten Ergebnisse erreicht zu haben. Auf jeden Fall wurden die Geschäftsaussichten durch die Verwirrungen im internationalen Geldsystem verdüstert, und diese Bedingungen verlängerten die Periode der Stagnation in der Investitionstätigkeit und verursachten eine Verzögerung der geschäftlichen Erholung um ungefähr ein Jahr. So betrug die Dauer der Depression diesmal 17 Monate (von Juli 1970 bis Dezember 1971). Das war die längste Depression in der Nachkriegsperiode. Aber was den Grad der Reduzierung der Investitionstätigkeit und des Rückgangs in der Rate des ökonomischen Wachstums (in realen Ziffern) betrifft, war die Depression von 1970 bis 1971 von geringerer Tiefe als die Krise von 1965, und der Zeitpunkt ihrer Wende sowie die Geschwindigkeit der Aufwärtsbewegung nach der Erholung waren günstiger, als es die Öffentlichkeit im Herbst 1971 erwartete. Tatsächlich erreichte die Rate des ökonomischen Wachstums 1972 das Niveau von 9,2 Prozent, und es wird erwartet, daß 1973 mühelos 10 Prozent überschritten werden. Rückblickend zeigt sich, daß die Voraussagen vieler Leute, einschließlich des Regierungsamts für Wirtschaftspolitik, über die Wiederherstellungskraft oder die Möglichkeiten der japanischen Wirtschaft zu hohen Wachstumsraten zu pessimistisch waren.

Aber die Schwierigkeit des Problems liegt nicht in der Vorhersage über die voraussichtliche Wachstumsrate, sondern im Mechanismus des wirtschaftlichen Wachstums selbst. Aufgrund der politischen Linie der Regierung wurden unabschätzbare Lasten auf die arbeitenden Menschen gewälzt. Das wird in der steigenden Bedrohung durch spekulative und inflationäre Preissteigerungen von eng mit dem nationalen Leben verbundenen Waren und Dienstleistungen augenscheinlich. Durch das Einströmen großer Mengen ausländischer Geldmittel - Japan erhöhte seine Reserven an ausländischer Währung in den zwei Jahren 1971 und 1972 um 14 Milliarden Dollar - wurde "überschüssige Liquidität" (Überfluß an Geldmitteln) in den Händen der Banken und großen Gesellschaften akkumuliert. Diese überschüssige Liquidität, vervielfacht durch Kreditschöpfungen der Banken auf der Grundlage der eingeflossenen überschüssigen Dollarmengen, wurden zunächst zu spekulativen Boden- und Warenkäufen benutzt und trieben die Preise auf bis dahin unerreichte Höhen. Als die geschäftliche Erholung fortschritt, pflanzte sich das Steigen der Großhandelspreise in der ganzen Sphäre der Wirtschaft fort, und besonders nach dem März 1973 erreichte die Steigerungsrates der Großhandelspreise gegenüber dem Vorjahr 10 Prozent und darüber (und 15,5 Prozent im Juli 1973), was Japan seit ungefähr zwanzig Jahren, seit dem Ende der Korea-

Kriegs-Inflation, nicht erlebt hatte. Das spezifische Modell der Preisbewegung in Japan, das heißt eine relative Stabilität der Großhandelspreise und schnell steigende Verbraucherpreise, hat sich verändert, und dies scheint anzuzeigen, daß die Inflation in Japan in eine neue Phase eintritt mit einem Modell parallelen Steigens zweier Preisindizes bei Voraufgehen der Großhandelspreise. Die steigenden Preise bedeuteten stürmische Gewinne für die Großunternehmen. Aber das heißt für die arbeitenden Menschen, daß ihre geringen Ersparnisse, die Früchte ihrer Mühen, entwertet werden. Die spekulativen Käufe von Land und mit dem nationalen Leben eng verbundener Güter durch die Großunternehmen haben tiefe Unzufriedenheit und die Kritik des Volkes ausgelöst, die den sozialökonomischen Hintergrund des Sieges der Kommunisten und anderer Arbeiterparteien bei den allgemeinen Wahlen Ende 1972 bildeten.

Die hier behandelte Frage kann in folgender Weise zusammengefaßt werden. Der japanische Kapitalismus geht einer Krise entgegen, nicht weil er die Fähigkeit zum raschen Wachstum verliert, sondern weil er infolge der Fortdauer des schnellen Wachstums innewohnenden und zu seinem Wesen gehörenden Widersprüche zu einer strukturellen Umwandlung gezwungen wird. Die Politik des japanischen Kapitalismus, die auf der Begünstigung der Privatunternehmen beruht, auf dem Drang zu exportieren, der das rasche Wachstum in der Nachkriegszeit gestützt hat, sowie auf dem Verhaftetsein im Wirtschaftswachstum, wird sowohl in Japan wie im Ausland scharf kritisiert - im Innern wegen der negativen Auswirkungen des schnellen Wachstums auf die Lebensbedingungen des Volkes und im Ausland wegen seines charakteristisch expansionistischen Wesens, das eine der treibenden Kräfte für die wachsenden Spannungen in den internationalen Beziehungen geworden ist. Der japanische Kapitalismus wird also durch die ihn umgebenden Bedingungen zu Veränderungen gezwungen.

(Übersetzt von Gerhard Hagelberg
und Manfred Nussbaum)

Tabelle 1
Wachstumsraten der Nachfragekomponenten und Hauptkennziffern
(in Prozent)

	Zuwachsraten der Nachfragekomponenten (durchschnittliche jährliche Wachstumsraten)				Anteilquoten der Nachfragekomponenten am Wachstum			
	1951 - 55	1955 - 60	1960 - 65	1965 - 69	1951 - 55	1955 - 60	1960 - 65	1965 - 69
(Etatsjahr)								
Bruttosozialprodukt (in vergleichbaren Preisen)	13,7 (8,6)	12,8 (9,1)	15,1 (9,7)	17,6 (12,7)	100,0	100,0	100,0	100,0
Ausgaben für den persönlichen Verbrauch	14,4	9,6	14,9	14,4	69,3	46,6	57,2	44,4
Fixe Kapitalinvestitionen der Privat- unternehmen	11,3	27,9	8,3	26,9	9,9	30,1	11,2	26,8
Privater Wohnungsbau	21,9	18,9	24,8	22,2	4,2	5,4	7,4	7,8
Staatsausgaben (laufende u. Kapital)	12,4	11,0	18,2	13,8	16,1	16,1	20,8	13,9
Ausfuhren u. Einkünfte aus dem Ausland (abzüglich) Einfuhren u. Zahlungen nach dem Ausland	6,2 8,3	11,7 13,7	15,4 12,8	18,1 18,1	6,6 7,6	10,5 11,5	11,4 9,0	11,7 10,4
(Kalenderjahr)								
Index der industriellen Produktion	16,1 ⁺⁺⁺	16,3	11,6	16,8				
Index der Großhandelspreise	0,03	0,5	0,4	1,8				
Index der Konsumentenpreise	4,2	1,5	6,2	4,9				
Index der städtischen Bodenpreise	41,1 ⁺⁺⁺	21,1	22,3	11,0				
Index der industriellen Arbeitslöhne ⁺ (in vergleichbaren Preisen)	9,3 (5,0)	6,1 (4,5)	10,1 (3,7)	14,1 (8,7)				
Index der industriellen Arbeits- produktivität ⁺⁺	-	9,2	8,3	14,7				
Geldangebot	12,8	14,4	19,9	15,5				

+ Barlohnindex der Stammarbeiter.

++ Index der Arbeitsproduktivität = $\frac{\text{Outputindex (dem zugefügten Wert entsprechend gewogener Produktionsindex)}}{\text{Arbeitsinputindex (Gesamtzahl der monatlichen Arbeitstage)}}$

+++ Durchschnittliche Wachstumsrate für 1950 - 55.

Quelle: "Keizai-yoran 1971", hg. v. d. Behörde für Wirtschaftsplanung der japanischen Regierung.

Tabelle 2-1

Die Struktur des Reproduktionsprozesses (Nachkriegsstand) 1960
(in Millionen Yen)

Aufkommen	Verwendung	Hauptabsatzmärkte (prozentualer Anteil am Gesamtverkauf ⁺)	
Abt. I	Grundmetalle	1. Maschinenbau 813 737 (63,6) 2. Bauwesen 258 546 (20,1) 3. Metallwaren 230 889 (18,0) 4. Ausfuhr 140 828 (10,9)	
	Metallwaren	1. Bauwesen 265 009 (47,1) 2. Maschinenbau 57 885 (10,2) 3. Ausfuhr 48 286 (8,5)	
	Maschinenbau	1. Bruttofestkapitalbildung 1 768 063 (53,9) 2. Ausfuhr 363 044 (11,0) 3. Bauwesen 296 340 (9,0) 4. persönlicher Verbrauch 295 546 (9,0)	
	Chemie	1. Textilien 247 482 (23,3) 2. andere Produkte der Abteilung II ⁺⁺ 174 722 (16,5) 3. Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei 148 645 (14,0) 4. persönlicher Verbrauch 122 152 (11,0)	
	Erdöl- u. Kohleprodukte	1. Transport- u. Verkehrswesen 122 412 (20,6) 2. Grundmetalle 120 468 (19,6) 3. Chemie 54 608 (9,2)	
	Keramik-, Stein- u. Tonwaren	1. Bauwesen 293 373 (61,2)	
	Abt. II	Nahrungsmittel u. ähnliches	1. persönlicher Verbrauch 2 556 028 (82,4) 2. Kapitalgesellschaftsverbrauch 372 223 (12,0)
		Textilien	1. persönlicher Verbrauch 646 898 (45,6) 2. Ausfuhr 364 002 (25,6)
		Andere Produkte der Abteilung II ⁺⁺	1. Bauwesen 431 535 (17,5) 2. persönlicher Verbrauch 290 650 (11,8) 3. Maschinenbau 249 514 (10,1)

+ Die Prozentzahlen in Klammern sind aufgrund der Verkäufe an andere Industrien geteilt durch die Bruttoinlandsproduktion nach Abzug der Elemente der Diagonalen der Input-Output-Matrix errechnet.

++ Diese Rubrik enthält Holz und Holzwaren, Möbel, Papierbrei, Papier und Papierwaren, Verlagswesen, Druckerei und verwandte Gewerbe, Leder und Lederwaren, Gummiwaren, Heeresausrüstung und Zubehör, und sonstige verarbeitende Industrien.

Quelle: Interindustry Relations for 1960, hg. v. Statistical Standard Division, Administrative Management Agency, Japanese Government, 1964.

Tabelle 2-II

Die Struktur des Reproduktionsprozesses (Vorkriegsstand) 1935
(in Preisen von 1951; Milliarden Yen)

Aufkommen	Verwendung	Hauptabsatzmärkte (prozentualer Anteil am Gesamtverkauf)
Abt. I	Grundmetalle u. Metallwaren	1. Maschinenbau 206,4 (41,7)
		2. Bauwesen 144,6 (29,2)
		3. Ausfuhr 123,0 (24,9)
	Maschinenbau	1. Bruttofestkapitalbildung 394,0 (54,4)
		2. Staatsausgaben 142,4 (19,6)
		3. Ausfuhr 73,0 (10,1)
	Chemie	1. Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei 75,3 (27,0)
		2. Ausfuhr 49,9 (17,9)
		3. persönlicher Verbrauch 42,8 (15,4)
		4. staatlicher Verbrauch 31,4 (11,3)
5. Bankwesen u. Dienstleistungen ⁺ 30,9 (11,1)		
Erdöl- u. Kohleprodukte	1. Grundmetalle 29,4 (34,8)	
	2. Transport- u. Verkehrswesen 17,6 (20,8)	
	3. staatlicher Verbrauch 17,5 (20,7)	
	4. Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei 12,6 (14,9)	
	5. persönlicher Verbrauch 8,7 (10,3)	
Abt. II	Nahrungsmittel u. ähnliches ⁺⁺	1. persönlicher Verbrauch 453,0 (60,8)
		2. Bankwesen u. Dienstleistungen 174,5 (23,4)
		3. Ausfuhr 72,5 (9,7)
	Textilien	1. Ausfuhr 631,4 (48,5)
		2. persönlicher Verbrauch 326,6 (25,1)
	Andere Produkte der Abtei- lung II	1. persönlicher Verbrauch 148,0 (31,4)
		2. Bauwesen 80,2 (17,0)
		3. Ausfuhr 74,7 (15,8)

+ Diese Rubrik enthält Bank- und Versicherungswesen, öffentliche Verwaltung und Verteidigung, öffentliche und sonstige Dienste.

++ Enthält Leder und Lederwaren.

Quelle: Mori, Kazuo, Estimates of Input-Output Transactions. 1914 and 1935, hg. v. Institute of Economic Research, Kyoto University = Monograph KIES 6902.

Tabelle 2-III

Die Struktur des Reproduktionsprozesses (Westdeutschland) 1958
(in Millionen DM)

Aufkommen	Verwendung	Hauptabsatzmärkte (prozentualer Anteil am Gesamtverkauf)	
Abt. I	Grundmetalle	1. Maschinenbau 6 327 (36,2) 2. Ausfuhr 4 549 (26,0) 3. Metallwaren 3 524 (20,1)	
	Metallwaren	1. Bruttofestkapitalbildung 3 999 (28,0) 2. Ausfuhr 2 970 (20,8) 3. Maschinenbau 2 970 (15,7) 4. persönlicher Verbrauch 1 814 (12,7)	
	Maschinenbau	1. Ausfuhr 17 661 (41,6) 2. Bruttofestkapitalbildung 13 297 (31,4) 3. persönlicher Verbrauch 5 085 (12,0)	
	Chemie	1. Ausfuhr 4 710 (24,7) 2. persönlicher Verbrauch 1 907 (10,0)	
	Erdöl- u. Kohleprodukte	1. persönlicher Verbrauch 999 (18,5) 2. Transport- u. Verkehrswesen 712 (13,2)	
	Keramik-, Stein- u. Tonwaren	1. Bauwesen 3 277 (43,4) 2. Ausfuhr 1 135 (15,0)	
	Abt. II	Nahrungsmittel u. ähnliches	1. persönlicher Verbrauch 17 059 (58,2) 2. Bankwesen u. Dienstleistungen 2 946 (10,1) 3. Ausfuhr 2 861 (9,8)
		Textilien	1. persönlicher Verbrauch 9 737 (63,3) 2. Ausfuhr 1 991 (12,9)
		Andere Produkte der Abteilung II	1. persönlicher Verbrauch 6 658 (28,2) 2. Bankwesen u. Dienstleistungen 2 853 (12,1) 3. Ausfuhr 2 572 (10,9)
		Handwerk ⁺	1. persönlicher Verbrauch 17 897 (54,7) 2. Bruttofestkapitalbildung 3 286 (10,1)

+ In der westdeutschen Statistik wird "Handwerk" als besondere Kategorie getrennt von den verarbeitenden Industrien ausgewiesen. Mit dieser Ausnahme sind die industriellen Aktivitäten wie in den Tabellen 2-I und 2-II klassifiziert und zusammengefaßt.

Quelle: Stäglin, Reiner/Wessels, Hans, Input-Output-Tabellen und Input-Output-Analysen für die Bundesrepublik Deutschland, in: DIW-Beiträge zur Strukturforchung Nr. 6/1969, hg. v. Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung.

Tabelle 3-I

Matrix der fixen Kapitalinvestitionen (Japan, 1960)
(in Millionen Yen)

Aufkommen	Verwendung	Landwirtschaft und Fischerei	Bergbau	Verarbeitende Industrien
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei		18 103		
Textilien		2 595		
Metallwaren				32 178
Maschinenbau		145 941 (8,3)	22 636 (1,3)	841 407 (47,6)
Maschinenbau (außer Elektrotechnik)		55 066 (7,2)	16 855 (2,2)	572 664 (75,0)
Elektrotechnik		187		154 105 (40,6)
Fahrzeugbau		90 660 (15,2)	5 781 (1,0)	91 286 (15,3)
Feinmechanik		28		23 352 (82,3)
Andere Produkte der Abteilung II		26		8 791
Bauwesen		45 011 (1,6)	26 672 (0,9)	631 337 (21,9)
Transport- und Verkehrswesen		1 234	173	6 988
Groß- und Einzelhandel		10 582	2 042	85 709
Zusammen		223 492 (4,6)	51 532 (1,1)	1 606 410 (32,8)

Anmerkungen: Siehe Tabelle 3-II.

Quelle:

Estimates of Capital-Transaction Table, hg. v. Planning Bureau, Ministry of Construction, Japanese Government.

Schwerindustrie	Chemie	Leichtindustrie	Bauwesen	Transport- und Verkehrswesen
17 268	8 309	6 601		
469 403 (26,5)	190 471 (10,8)	181 533 (10,3)	82 661 (4,7)	182 548 (10,3)
317 027 (41,5)	124 452 (16,3)	131 185 (17,2)	19 233 (2,5)	881
82 214 (22,2)	40 478 (10,7)	29 413 (7,8)		809
55 401 (9,3)	19 407 (3,3)	16 478 (2,8)	63 428 (10,6)	180 858 (30,3)
12 761 (45,0)	6 134 (21,6)	4 457 (15,7)		
5 194	1 328	2 269		805
367 145 (12,8)	113 835 (4,0)	150 357 (5,2)	23 557 (0,8)	63 041 (2,2)
3 898	1 468	1 622	628	958
46 132	19 403	20 174	7 426	12 280
909 040 (18,6)	334 814 (6,8)	362 556 (7,4)	114 272 (2,3)	259 632 (5,3)

Tabelle 3-I (Fortsetzung)

Matrix der fixen Kapitalinvestitionen (Japan, 1960)
(in Millionen Yen)

Aufkommen	Verwendung	Versorgungs- betriebe	Handel	Bankwesen und Dienstleistungen ⁺⁺
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei				
Textilien				
Metallwaren		773		381
Maschinenbau		124 551 (7,0)	86 295 (4,9)	69 815 (3,9)
Maschinenbau (außer Elektrotechnik)		7 872 (1,0)	7 925 (1,0)	27 347 (3,6)
Elektrotechnik		111 151 (29,3)		6 021 (1,6)
Fahrzeugbau		4 944 (1,3)	78 370 (18,1)	35 510 (5,9)
Feinmechanik		584 (2,1)		937 (3,3)
Andere Produkte der Abteilung II		546	2 394	4 260
Bauwesen		172 082 (6,0)	121 153 (4,2)	166 069 (5,8)
Transport- und Verkehrswesen		942	674	567
Groß- und Einzelhandel		11 131	7 914	6 697
Zusammen		310 025 (6,3)	218 430 (4,5)	247 789 (5,1)

Anmerkungen: Siehe Tabelle 3-II.

Quelle:

Estimates of Capital-Transaction Table, by v. Planning Bureau, Ministry of Economic Affairs, Japanese Government.

Privathaushalte	Privatsektor zusammen	Öffentlicher Sektor	Zusammen
	18 103		18 103
	2 595		2 595
	33 332	1 134	34 466
	1 555 854 (88,0)	212 210 (12,0)	1 768 064 (100,0)
	707 843 (92,8)	55 309 (7,2)	763 152 (100,0)
	272 273 (71,8)	107 172 (28,2)	379 445 (100,0)
	550 837 (92,3)	46 260 (7,7)	597 097 (100,0)
	24 901 (87,8)	3 469 (12,2)	28 370 (100,0)
	16 822	9 082	25 904
502 073 (17,5)	1 750 995 (60,9)	1 125 629 (39,1)	2 876 624 (100,0)
	12 164	1 231	13 395
	143 781	14 550	158 331
502 073 (10,3)	3 533 646 (72,2)	1 363 836 (27,8)	4 897 482 (100,0)

Tabelle 3-II

Matrix der fixen Kapitalinvestitionen (Westdeutschland, 1962)
(in Millionen DM)

Aufkommen / Verwendung	Landwirtschaft und Fischerei	Bergbau	Verarbeitende Industrien
Primärmetalle und Grundstoffe	4	4	37
Investitionsgüter-Industrie	242	106	1 214
Metallwaren	12	18	234
Maschinenbau	240 (8, 6)	88 (3, 1)	980 (34, 9)
Maschinenbau (außer Elektrotechnik)	182 (14, 7)	64 (5, 2)	616 (49, 8)
Elektrotechnik	16 (2, 3)	22 (3, 1)	233 (33, 0)
Fahrzeugbau	32 (5, 5)	1 (0, 2)	119 (20, 3)
Feinmechanik		1	12
Konsumgüterindustrie	2	2	28
Handwerk und Kleinunternehmen	62	9	116
Bauwesen	130 (3, 4)	18 (0, 5)	399 (10, 4)
Handel, Transport und Verkehrswesen	73	7	134
Einfuhr	21	6	144
Sonstiges ⁺	34	10	216
Zusammen	568 (6, 2)	162 (1, 8)	2 288 (25, 2)

+ Eigenleistungen der Investoren.

++ Bank- und Versicherungswesen, Immobilien und andere Dienstleistungen. In Westdeutschland enthält diese Rubrik den Wohnungsbau von Privathaushalten.

Quelle:
Ermittlung von Investitionsgrößenordnungen für Wirtschaftsbereiche, Deutsches Institut der Wirtschaftsforschung, Sonderh. Nr. 71/1965, S. 98 f.

Primärmetalle und Grundstoffe	Investitionsgüter- Industrie	Konsumgüter- Industrie	Nahrungsmittel und ähnliches	Handwerk und Kleinunternehmen
22	4	2	2	7
469	360	135	10	144
119	57	19	15	24
350	303	116	91	120
(12,5)	(10,8)	(4,1)	(3,2)	(4,3)
207	211	81	65	52
(16,7)	(17,1)	(6,5)	(5,3)	(4,2)
113	64	20	11	25
(16,0)	(9,1)	(2,8)	(1,6)	(3,5)
21	25	15	15	43
(3,6)	(4,3)	(2,3)	(2,3)	(7,3)
9	3			
6	8	5	4	5
29	32	16	17	22
77	150	57	41	74
(2,0)	(3,9)	(1,5)	(1,1)	(1,9)
39	34	14	13	34
41	44	38	7	14
100	86	15	5	10
783	718	282	195	310
(8,6)	(7,9)	(3,1)	(2,1)	(3,4)

Handel	Bankwesen und Dienstleistungen ⁺⁺	Öffentlicher Sektor	Zusammen
2		5	104
319	224	228	3 246
61	71	67	640
258	153	161	2 806
(9,2)	(5,5)	(5,7)	(100,0)
68	39	56	1 237
(5,5)	(3,2)	(4,5)	(100,0)
42	41	49	705
(6,0)	(5,8)	(7,0)	(100,0)
148	44	24	586
(25,3)	(7,5)	(4,1)	(100,0)
	29	32	78
	(37,2)	(41,0)	(100,0)
20	31	35	140
51	208	63	568
163	1 985	931	3 854
(4,2)	(51,5)	(24,2)	(100,0)
70	59	39	493
28	28	28	319
		12	368
653	2 535	1 341	9 092
(7,2)	(27,9)	(14,7)	(100,0)

Tabelle 4

Bilanz führender Kapitalgesellschaften der verarbeitenden Industrie⁺

(Durchschnitt pro Firma)	Japan, Nachkriegsstand (I)	
	1957	1967
	(in Millionen Yen)	
Gesamtaktiva; Gesamtkapital (C)	11 178 (100,0)	51 605 (100,0)
Flüssige Mittel	6 461 (57,8)	29 768 (57,7)
Greifbare fixe Aktiva	3 953 (35,4)	15 873 (30,8)
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2 545 (22,8)	17 427 (33,8)
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1 649 (14,8)	9 833 (19,1)
Lang- und kurzfristige Verbindlichkeiten	3 150 (28,2)	18 396 (35,6)
Eigenkapital	3 838 (34,3)	12 553 (24,3)
Abschreibungen (cf)	422 (3,8)	2 045 (4,4)
Zirkulierendes konstantes Kapital (cz)	8 337 (74,1)	33 940 (73,1)
Lohnkosten (v)	1 148 (10,2)	5 029 (10,8)
(Finanzielle Aufwendungen (Steuern (außer Gesellschaftseinkommensteuer), öffentliche Verpflichtungen und Miete	355 (3,2)	1 898 (4,1)
{Reingewinn (p)	112 (1,0)	686 (1,5)
{m zusammen	679 (6,0)	2 827 (6,1)
	1 146 (10,2)	5 411 (11,7)
c + v + m	11 249 (100,0)	46 425 (100,0)
v + m + cf	2 912 (25,9)	12 485 (26,9)
Verhältnis Reingewinn zu Gesamtkapital (p/C) (%)	6,3	5,9
Verhältnis Reingewinn zu Nettoumsatz (p/c+v+m) (%)	6,0	6,1
Umschlagzahl des Gesamtkapitals (c+v+m/C) (mal)	1,0	1,0
Effizienz der fixen Kapitalinvestitionen (%) ⁰⁰⁰	86,4	87,1
Verhältnis des Gewinns zum Arbeitslohn (m/v) (%)	99,8	107,6
Greifbare fixe Aktiva pro Angestellter (1 000 Yen)	518	1 261
Bruttoneuwert pro Angestellter (1 000 Yen)	797	2 134
Lohnkosten pro Angestellter (1 000 Yen)	314	860

Pro Jahr (1957 - 67) (in %)	Japan, Vorkriegsstand (2) 1935 (in 1 000 Yen)	USA (3) 1956 (in 10 000 Dollar)	Westdeutschland (4) 1967 (in 10 000 DM)
16,6	26 534 (100,0)	45 794 (100,0)	11 972 (100,0)
16,6	13 145 (49,5)	22 680 (49,5)	5 748 (48,0)
14,9	13 390 ⁺⁺ (50,5)	20 136 ⁺⁺⁺ (44,0)	4 849 ⁺⁺⁺ (40,5)
21,2	2 241 (8,4)	5 790 (12,6)	1 464 (12,2)
19,6	2 750 (10,4)	3 295 (7,2)	- -
19,3	3 670 (13,8)	3 648 (8,0)	- -
12,6	17 893 (67,4)	29 647 (64,7)	4 283 (35,8)
17,1	774 (4,4)	2 408 (4,3)	888 (6,2)
15,1	- -	- -	- -
15,9	- -	- -	3 393 ^o (23,8)
18,3	- -	- -	243 (1,7)
19,9	- -	2 723 (4,9)	1 363 (9,6)
15,3	2 020 (11,4) ^{oo}	4 001 (7,1) ^{oo}	366 (2,6) ^{oo}
16,8	- -	- -	- -
15,2	17 659 (100,0)	56 027 (100,0)	14 233 (100,0)
15,7	- -	- -	- -
	7,6	8,7 (14,7) ^{oo}	3,1 (14,7) ^{oo}
	11,4	7,1 (12,0) ^{oo}	2,6 (12,1) ^{oo}
	0,7	1,2	1,2
	-	-	-
	-	-	-
9,3			
10,4			
10,6			

Anmerkungen zu Tabelle 4:

+ Die Zahlen dieser Tabelle wurden aus Finanzberichten führender Aktiengesellschaften entnommen, und die Kategorien oder Überschriften der Spalten sind gemäß dem normalen System der bourgeoisen Buchführung zusammengesetzt. Daher fallen solche Posten wie Gesamtkapital (C) und Profit (P) nicht genau mit den entsprechenden Kategorien in der marxistischen Terminologie zusammen. Zum Beispiel kann das Gesamtkapital (C) in dieser Tabelle durch die Manipulationen finanzieller Transaktionen aufgebläht werden, und der Nettoprofit (p) beinhaltet nicht die Abschreibungen - teilweise versteckter Profit. Demgemäß drückt die Rate des Nettoprofits zum Gesamtkapital (p/C) hier nicht die Profitrate in Marxscher Terminologie aus, und letztere findet nur eine ungefähre Widerspiegelung in der ersteren. Gleichartige Erwägungen müssen auch in bezug auf die Rate m/v angestellt werden. Mit diesen Vorbehalten jedoch können wir diese Tabelle als einen Index benutzen, der die Ergebnisse der ökonomischen Aktivitäten individueller Kapitale vom Standpunkt des Zeit-Reihen-Vergleichs (die Richtung der Bewegung) und internationalen Vergleichs wiedergibt. In bezug auf internationale Vergleiche muß ich zugeben, daß wir ihn mit mehr Vorbehalten hinsichtlich seiner Glaubwürdigkeit benutzen sollten.

++ Gesamte fixe Aktiva.

+++ Nur Sachanlagen.

o Einschließlich sozialer Abgaben der Privatunternehmen.

oo Diese Zahlen beziehen sich auf den Reingewinn der Gesellschaften nach Abzug der Steuern (ausgenommen die gezahlte Gesellschaftseinkommenssteuer) und die in Klammern gesetzten Zahlen stellen die Profitrate vor Abzug der Steuern dar.

ooo Effizienz der fixen Kapitalinvestitionen = Verhältnis des zugefügten Werts zu Sachanlagen.

Quellen:

Financial Statement of Main Industrial Corporations, hg. v. Bank of Japan, 1957 und 1967; Homppo Jigyo Seiseki Bunseki für erstes Halbjahr 1935, hg. v. Mitsubishi Kaizai Kenkyusho Kenkyusho, 1936; Financial Data for 293 Large Corporations, hg. v. Board of Governors of the Federal Reserve System, 1957; Bilanzen der Unternehmen, hg. v. Statistisches Bundesamt 1970, Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1970.

Tabelle 5

Ungleichmäßige Entwicklung der Kaufpreise der verschiedenen Wirtschaftssektoren (Veränderungen der BSP-Preisbereinigungskoeffizienten)

Etatsjahre	Steigerungsraten für jede Periode in Prozent		
	1955 - 60	1960 - 65	1965 - 69
1. Ausgaben für den persönlichen Verbrauch	10,5	33,6	20,7
2. Staatliche Verbrauchsausgaben	36,7	51,4	34,4
3. Fixe Kapitalinvestitionen der Privatunternehmen	19,5	4,2	9,3
4. Bruttofestkapitalbildung der öffentlichen Sektoren	14,5	17,8	16,7
5. Ausfuhren u. Einkünfte aus dem Ausland	- 2,5	1,9	7,2
6. Einfuhren u. Zahlungen nach dem Ausland	- 13,3	1,4	6,7
Bruttosozialprodukt (Durchschnitt aller Posten)	18,3	27,0	18,4

Quelle: Revised Reports on National Income Statistics (1951 - 1967); Annual Report on National Income Statistics 1971, hg. v. Economic Planning Agency, Japanese Government.

ZUR SOZIALÖKONOMISCHEN STRUKTUR DES KAPITALISTISCHEN SYSTEMS DER
DEUTSCHEN LANDWIRTSCHAFT ZWISCHEN 1907 UND 1925

von Rudolf Berthold

1. Betriebsgrößen- und Bodeneigentumsstruktur der landwirtschaftlichen Betriebe
2. Die Arbeitskräftestruktur der Landwirtschaft
3. Der Maschinenbesatz der landwirtschaftlichen Betriebe
4. Der Viehbesatz der landwirtschaftlichen Betriebe
5. Die sozialökonomische Struktur der deutschen Landwirtschaft 1925
6. Der landwirtschaftliche Großgrundbesitz und seine sozialökonomische Funktion
7. Die Lage der Landarbeiter

In den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts vollzogen sich in der deutschen Volkswirtschaft wesentliche Veränderungen. Diese Veränderungen waren bestimmt durch die weitere Herausbildung und Festigung des Monopolkapitalismus, durch die Vorbereitung, Durchführung und die Auswirkungen des ersten Weltkrieges und durch die erste Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Für die Industrie und die meisten anderen Volkswirtschaftszweige sind diese Prozesse mehr oder minder umfangreich untersucht worden, ohne daß von einer allseitigen Erforschung gesprochen werden kann. Ganz anders sieht die Sache für die Landwirtschaft aus, dem zweitwichtigsten Volkswirtschaftszweig. Es gibt bislang noch keine marxistischen Arbeiten, die sich für den genannten Zeitraum mit den Auswirkungen des Imperialismus auf die Landwirtschaft beschäftigen und die Entwicklung des kapitalistischen Systems der Landwirtschaft analysierten.

Für diese Zeit müssen solche Probleme untersucht werden wie die Gestaltung des Lohn- und Preisgefüges sowie dessen Auswirkungen auf die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion und die soziale Lage der Produzenten, die Veränderungen im Bodeneigentum durch zunehmende Verschuldung und hypothekarische Belastung, die Auswirkungen der Wirtschaftstätigkeit der Monopole auf die Landwirtschaft, die Betriebsgrößenfrage unter imperialistischen Bedingungen, internationale Arbeitsteilung und Autarkiebestrebungen, Versorgungsstruktur und Ernährungslage und die Probleme der Sozialstruktur und Klassenschichtung. Die Aufzählung nennt keineswegs alle erstrangigen Fragen. Sie soll nur zeigen, wie wichtig die offenen Probleme sind.

In den ersten Jahrzehnten imperialistischer Herrschaft in Deutschland hatte von allen Ereignissen der erste Weltkrieg die nachhaltigsten Auswirkungen auf die Landwirtschaft. Das Produktionsniveau sank erheblich. Die Bruttoproduktion der vier Hauptgetreidearten ging während des Krieges um rund 36 Millionen Tonnen oder 32 Prozent zurück. Da auch die Kartoffelbruttoproduktion um 28 Prozent zurückging, mußte sich der Rückgang an Grundnahrungsmitteln verheerend auf den Ernährungszustand des werktätigen Volkes auswirken. Die Mehrration betrug ab 15. März 1915 200 g pro Tag und Person und sank zeitweise bis

auf 160 g ab. An Kartoffeln gab es 500 g pro Tag und Person. Schlechter noch als die Versorgung mit pflanzlichen Nahrungsmitteln war die mit tierischen. Durch den starken Rückgang der Tierbestände aus Futtermangel gab es ab August 1916 eine Fleischration von 250 g pro Woche. Seit Juli 1916 hatte die Bevölkerung Fettkarten. Die Rationen schwankten nach der Größe der Städte. 1917 war der wöchentliche Reichsdurchschnitt 63 g und 1918 56 g. Milch erhielten nur Schwangere, Säuglinge und Kranke auf Sonderzuteilung.

Hinter diesen Rückgängen in der Produktion und in der Versorgung der Bevölkerung stand ein so großer Verlust an Produktivkraft, wie ihn die deutsche Landwirtschaft bisher noch nie erlitten hatte. Es ist verständlich, daß das tief in die politischen Auseinandersetzungen der damaligen Zeit eingriff. Den Zeitgenossen waren aber immer nur einzelne Seiten dieser Vorgänge bekannt. Der wissenschaftlichen Forschung obliegt es, mit Hilfe komplexer Untersuchungsmethoden tiefer in das Ursachen- und Tatsachengefüge einzudringen. In diesem Zusammenhang sind zwei Themenkreise von besonderem Interesse, die Sozialstruktur und die Produktions- und Versorgungsstruktur. Beide Strukturbereiche sind wesentliche Bestandteile des kapitalistischen Systems in der Landwirtschaft. Ihre Analyse in getrennten Abhandlungen wird uns erkennen lassen, warum es während des ersten Weltkrieges zu dieser gewaltigen Vernichtung von Produktivkraft kommen konnte.

Strukturanalysen von Teilen des kapitalistischen Systems in der Landwirtschaft, die zwar ein so wichtiges Ereignis wie den ersten Weltkrieg als Schwerpunkt einschließen, können sich jedoch nicht an die Zäsuren der allgemeinen Geschichte halten.

Das statistische Material zwingt zu einer anderen Periodisierung. 1907 und 1925 fanden Betriebs- und Berufszählungen statt, die eine entscheidende Grundlage für die Strukturanalyse bilden. Für die historischen Perioden des ersten Weltkrieges und der revolutionären Nachkriegskrise steht kein entsprechendes Material bereit. Ein Überblick über das kapitalistische System der Landwirtschaft in dieser Zeit ist vor allem aus den Veränderungen zwischen den beiden Zählungen von 1907 und 1925 zu erschließen.

1. Betriebsgrößen- und Bodeneigentumsstruktur der landwirtschaftlichen Betriebe

Ein entscheidender Aspekt des kapitalistischen Systems in der Landwirtschaft ist die Sozialstruktur. Doch die amtliche Statistik hat für die Landwirtschaft nicht genügend Aussagekraft. Die herrschende Klasse hatte an diesen Fragen wenig Interesse. Deshalb stellten auch die beiden Betriebszählungen von 1907 und 1925 mit Absicht nicht die Kardinalfrage nach den Eigentumsverhältnissen an Grund und Boden. Sie gingen nur von der Bodennutzung aus, das heißt, sie unterschieden eigenes, gepachtetes und sonstiges Land. Als Besitzstatistik ist die Betriebsstatistik für die Klassenanalyse nicht so exakt wie eine Eigentumsstatistik, aber trotzdem für unsere Zwecke gut brauchbar. Die Betriebsstatistik muß aber für sozialökonomische Aussagen durch die statistischen Kennziffern des besser erfaßten Produktionsbereiches ergänzt werden. Auf diesem Gebiet gibt es nur Naturalkennziffern. Es fehlen faktisch alle Angaben über den Wert der Produktion. Aus diesem Grunde sind die Betriebe nur nach der von ihnen genutzten landwirtschaftlichen Nutzfläche (LN) zu Gruppen zusammengefaßt. Für den Agrarökonom sind das bereits wertvolle Angaben, da er weiß, wie groß die Produktionsleistung pro Bodeneinheit ist. Dem Bodenbesitz können noch die wichtigsten anderen Produktionsmittel, wie Vieh und Maschinen, zugeordnet werden. Auch der Arbeitskräftebesatz (Ak-Besatz) ist bekannt. Materialmäßig ist das eine gute Grundlage für eine Analyse der Sozial- und Klassenstruktur.

Die deutsche Reichsstatistik ordnete das auf der Grundlage von Betriebsfragebogen erhaltene Material nach unterschiedlichen Betriebsgrößengruppen. Es haben sich aber im Laufe der Zeit für analytische Zwecke einige Hauptgruppen herausgebildet. Die Betriebe von 0,5 bis 2 ha LN waren die proletarischen, Parzellen- oder Nebenerwerbswirtschaften. Sie wa-

ren so klein, daß ihre Besitzer nicht von ihrem Ertrag leben konnten und deshalb hauptsächlich meist als Lohnarbeiter tätig waren. Zu diesen Wirtschaften wurden auch die Spezialbetriebe gezählt, die aufgrund ihres Produktionsmittel- und Ak-Besatzes ausgesprochen kapitalistische Betriebe waren, aber nicht mehr als 2 ha Land bewirtschafteten. Die Betriebe von 2 bis 5 ha waren die Wirtschaften der Kleinbauern. Sie waren bereits hauptberuflich Bauern, hatten aber zuwenig Land, um rationell arbeiten zu können. Das gleiche traf auch für die Mittelbauern mit 5 bis 20 ha zu. Die Großbauern nahmen mit ihren 20 bis 100 ha insofern eine Übergangsstellung ein, als an der oberen Grenze dieser Gruppe leistungsfähige Großbetriebe standen, während es an der unteren Grenze viele Wirtschaften gab, die sich nur durch den größeren Bodenbesitz und nicht durch die Wirtschaftsweise von den Mittelbauern unterschieden. Da die Masse der Großbauern ständig mehrere Lohnarbeiter beschäftigte, obwohl sie vielfach auch selbst noch körperlich arbeitete, werden die Betriebe ab 20 ha zum kapitalistischen Sektor in der Landwirtschaft gezählt. Die Betriebe über 100 ha waren kapitalistische Großbetriebe. In Ostelbien waren es meist junkerliche Gutsbetriebe.

Die Betriebszählungen von 1907 und 1925 bestätigen, daß in der deutschen Landwirtschaft dieser Zeit das kapitalistische System herrschte, von dem Lenin schrieb: "Das kapitalistische System der Landwirtschaft wird charakterisiert durch die Verhältnisse, die zwischen den Landwirten und den Arbeitern, zwischen den Wirtschaften verschiedener Typen bestehen."¹ Die Verhältnisse zwischen den "Wirtschaften verschiedener Typen" sahen zahlenmäßig so aus: 1925 besaß die kapitalistische Minderheit von rund 7 Prozent aller Betriebe die Hälfte des Landes, das sich in Nutzung der Landwirtschaft befand. Die proletarisch-kleinbäuerliche Mehrheit von 64 Prozent aller Betriebe besaß aber nur 16 Prozent des Landes. Zwischen den beiden polaren Gruppen der kapitalistischen Landwirtschaft befanden sich mit rund 30 Prozent aller Betriebe und einem Landanteil von 35 Prozent die Mittelbauern. Die folgende Grafik, die die landwirtschaftlichen Betriebe nach Parzellenwirtschaften (0,5 bis 2 ha), Kleinbauernwirtschaften (2 bis 5 ha), Mittelbauernwirtschaften (5 bis 20 ha), Großbauernwirtschaften (20 bis 100 ha) und Großbetrieben (über 100 ha) gliedert, macht die Gegensätze zwischen der Zahl der Betriebe und ihrem Anteil an der Gesamtfläche deutlich² (siehe Grafik 1).

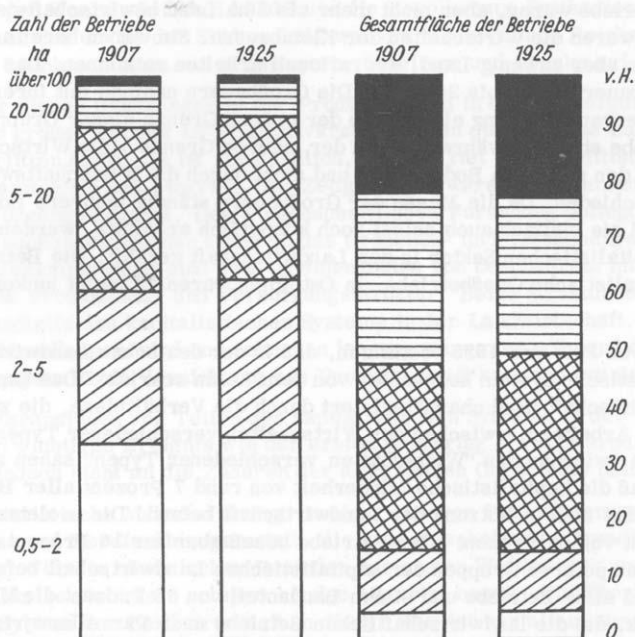
Zwischen 1907 und 1925 gab es Verschiebungen in der Betriebsgrößenstruktur. Einerseits drängten die Menschen aufgrund der schon erwähnten mißlichen Ernährungslage während des ersten Weltkriegs zur Landwirtschaft, und andererseits brachten Krieg und Krise der Landwirtschaft schweren Schaden. So nahm die Zahl der Parzellenwirtschaften um 49 536 und ihre Fläche um 846 038 ha zu, und die Zahl der Großbauernwirtschaften ging um 28 631 und ihre Fläche um 1 118 394 ha zurück. Da auch die Zahl der Klein- und Mittelbauern zu und die der Großbetriebe abnahm, verschoben sich die Relationen zugunsten des Sektors bis 20 ha. Es waren aber keine tiefgreifenden Verschiebungen, wie die Grafik 1 ausweist. Es wäre auch falsch zu sagen, der kapitalistische Konzentrationsprozeß in der Landwirtschaft hätte zu dieser Zeit rückläufige Tendenzen aufgewiesen. An einer bestimmten Entwicklungsstufe der Produktivkräfte war in Deutschland der Boden nicht mehr das Hauptmerkmal für den kapitalistischen Konzentrationsprozeß. Die Konzentration des Kapitals auf der vorhandenen Bodenfläche wurde zum wichtigeren Kennzeichen. Zwischen 1907 und 1925 nahm in den kapitalistischen Betrieben die Konzentration von Produktionsmitteln auf der Bodenfläche schneller zu als in den kleineren Wirtschaften der Bauern und Parzellenbesitzer, wie noch zu zeigen sein wird.

1 Lenin, W. I., Das kapitalistische System der modernen Landwirtschaft, in: Werke, Bd. 16, Berlin 1962, S. 438.

2 Bei allen Grafiken wurde auf den Gebietsstand von 1925 umgerechnet.

Grafik 1

Die Gliederung der landwirtschaftlichen Betriebe nach der LN 1907⁺ und 1925⁺⁺



+ Auf den Gebietsstand von 1925 umgerechnet. Diese Umrechnung wurde bei allen folgenden Grafiken vorgenommen.

++ Nach Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 412, II, Berlin 1931, S. 10.

Durch das Anwachsen der Parzellen- und Kleinbauernwirtschaften wurde schon rein zahlenmäßig der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit verschärft. 1907 standen 2 018 130 proletarisch-kleinbäuerlichen Wirtschaften 247 389 kapitalistische Betriebe gegenüber. 1925 waren es 2 075 665 gegenüber 218 493. Wichtig ist auch noch, daß sich das Verhältnis zwischen der überholten Betriebsgrößenstruktur und der Entwicklung der Produktivkräfte noch ungünstiger gestaltete, weil die Zahl der Klein- und Mittelbauern zunahm und rund 1,4 Millionen ha Boden aus der kapitalistischen Bewirtschaftung ausschieden. Damit wurde 1925 fast genau die Hälfte des Bodens von Betrieben bewirtschaftet, deren Betriebsweise vom Standpunkt der Entwicklung der Produktivkräfte überholt war. Das mußte sich zwangsläufig ungünstig auf die Produktionsleistung der Landwirtschaft auswirken.

Deutlich wird die Rückständigkeit der Betriebsgrößenstruktur bei der Betrachtung der durchschnittlichen Betriebsgröße in den Betriebsgrößenklassen 1907 und 1925 (vgl. Tabelle 1).

Erst die Großbauern verfügten über eine durchschnittliche Betriebsgröße, die einen rationalen Ackerbau zuließ. Die größtmäßig darunter liegenden Betriebe, wie Parzellen-, Klein- und Mittelbauern, hatten zu wenig Land. Eine demokratische Bodenreform war bereits damals vom Standpunkt der weiteren Entwicklung der Produktivkräfte dringend erforderlich.

Die erheblichen Sprünge in den durchschnittlichen Betriebsgrößen, die selbst zwischen Klein-, Mittel- und Großbauern bestanden, ließen auf dem Dorfe keine Klassenharmonie im Sinne des "völkischen" Ideals zu, sondern waren eine der entscheidenden Grundlagen

der Klassenspaltung und der Klassegegensätze. Der Großbetrieb über 100 ha besaß die wirtschaftlich dominierende Stellung mit seinen durchschnittlich 423 bzw. 414 ha. Demgegenüber war der Parzellenbetrieb von 1,5 ha eine ökonomisch unbedeutende Größe, für seinen Besitzer zum Bezug billiger Nahrungsmittel jedoch unentbehrlich. Auch die Klein- und Mittelbauern standen durch ihre zu geringe Landausstattung im Widerspruch zu den kapitalistischen Betrieben.

Tabelle 1

Die durchschnittlichen Betriebsgrößen in der Landwirtschaft 1907 und 1925⁺

Größenklassen nach der LN in ha		Durchschnittliche Betriebsgröße in ha	
		1907	1925
0,5	- 2	1,5	1,5
2	- 5	4,3	4,4
5	- 20	13,0	13,3
20	- 100	48,5	49,9
über	100	423,5	414,2

+ Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 412, II, Berlin 1931, S. 10.

Die aus der Betriebsgrößenstatistik gewonnene Einschätzung der Sozialstruktur des Dorfes wird durch die einzige Statistik aus dieser Zeit über Bodeneigentumsverhältnisse bestätigt. Für das Jahr 1925 gibt es eine Vermögenssteuerstatistik, die einen Teilüberblick über die Eigentumsverhältnisse ermöglicht.³ Leider ist sie in der Literatur kaum ausgewertet worden. In dieser Statistik sind alle landwirtschaftlichen Betriebe erfaßt, die Vermögenssteuer zahlten. Betriebe unter 5 000 RM Rohvermögen und das Grundeigentum des Staates und anderer nichtsteuerpflichtiger Körperschaften waren steuerfrei, sind also statistisch nicht erfaßt. Das vermögenssteuerfreie Land umfaßte 14,3 Prozent der Gesamtfläche der Land- und Forstwirtschaftsbetriebe. Die Vermögenssteuerstatistik gruppierte auch nicht nach Betrieben, sondern nach Steuerpflichtigen, das heißt Eigentümern. Durch das Mehrfacheigentum gibt es deshalb Unterschiede zwischen der Zahl der Betriebe und der Eigentümer. Die Betriebe sind auch nicht aufgeführt, sondern der Umfang des Besitzes eines Steuerpflichtigen. Die Ergebnisse der Vermögenssteuerstatistik von 1925 für die Landwirtschaft sind in Tabelle 2 zusammengefaßt.

Tabelle 2

Die Vermögenssteuerpflichtigen in der Landwirtschaft und ihr Grundeigentum 1925⁺

Besitzgrößen in ha	Zahl der Steuerpflichtigen	Fläche	
		in %	in %
unter 5	531 193	34,2	4,1
5 - 20	703 893	45,4	25,0
20 - 100	293 973	19,0	37,0
über 100	22 715	1,4	33,9
Summe	1 551 774	100	100

+ Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 412, II, Berlin 1931, S. 45.

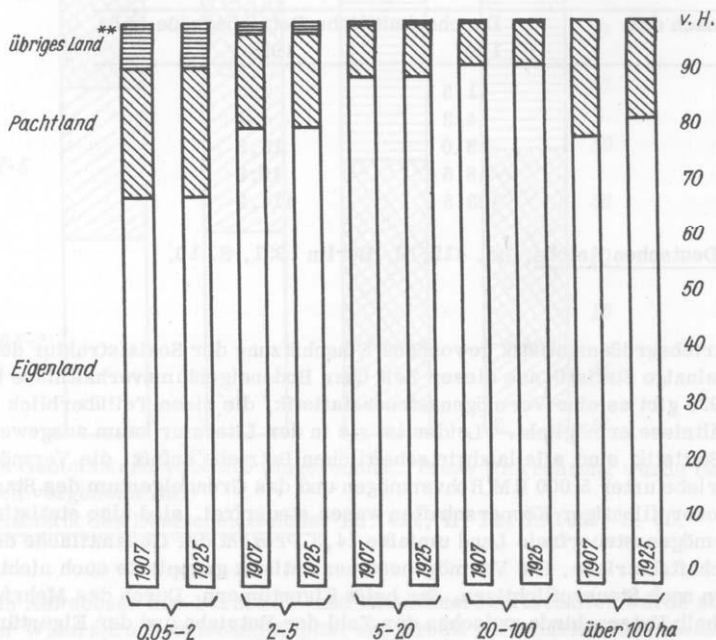
3 Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 412, II, Berlin 1931, S. 45.

Auch bei einer Ausgliederung der übergroßen Mehrheit der proletarisch-kleinbäuerlichen Wirtschaften wird die numerische Überlegenheit, hinter der eine wirtschaftliche und politische steht, des kapitalistischen Sektors und vor allem des Großgrundbesitzes deutlich.

Eigentümlich für die deutschen Landwirtschaftsbetriebe war ihr hoher Anteil an Eigenland, der im Jahre 1915 von 68,7 Prozent bei den Parzellenbetrieben bis auf 91,7 Prozent bei den Großbetrieben ging, wie die Grafik 2 ausweist.

Grafik 2

Die Besitzverhältnisse in den Größenklassen 1907 und 1925⁺



+ Nach Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 412, II, Berlin 1931, S. 50.

++ Übriges Land = Deputatland, aufgeteilte Allmende, Land der Altenteiler usw.

Den höchsten Anteil an Eigenland hatten die Mittel- und Großbauern. Das war ein Ergebnis des jahrhundertelangen Kampfes der Bauern um Boden. Nur bei den Großbetrieben und den Parzellenwirtschaften gelang es dem Kapitalismus, den traditionellen Zusammenhang zwischen Bodeneigentum und Bodenbewirtschaftung etwas nachhaltiger zu lösen. 1925 betrug der Anteil des Pachtlandes bei den Großbetrieben 17,8 Prozent der Betriebsfläche und bei den Parzellenwirtschaften 23,7 Prozent.

Zwischen 1907 und 1925 änderte sich in dem Verhältnis zwischen Eigen-, Pacht- und übrigem Land innerhalb der einzelnen Betriebsgrößenklassen nur wenig. Bei den Großbetrieben erfolgte ein Rückgang des Pachtlandanteils von 21,0 auf 17,8 Prozent, der mit dem allgemeinen Rückgang der von den Großbetrieben bewirtschafteten Fläche zusammenhing. Da das Pachtland zusätzliche Kosten verursachte, kündigten die Großbetriebe unter den Bedingungen des Krieges und der Nachkriegskrise 312 007 ha Pachtland auf, während die Mittel- und Großbauern aus Landmangel ihren Pachtlandanteil erhöhten.

Die Analyse der Betriebsgrößen- und Bodeneigentumsstruktur der Betriebe hat deutlich gemacht, daß das kapitalistische System in der deutschen Landwirtschaft von 1907 bis 1925 durch eine große Zahl kleiner Betriebe mit unzureichendem Landbesitz, einer starken mittelbäuerlichen Gruppe und einer kleinen Zahl von kapitalistischen Betrieben mit ausreichendem Landbesitz gekennzeichnet war. Traditionsgemäß spielte der Eigenbesitz an Boden die entscheidende Rolle bei allen Betriebsgrößengruppen. Lediglich die Parzellenbetriebe und die kapitalistischen Großbetriebe hatten einen größeren Anteil an Pachtland. Durch den ersten Weltkrieg wurde die ungünstige und historisch überholte Betriebsgrößenstruktur, die ein Hindernis für einen kontinuierlichen Fortschritt der Produktivkräfte war, noch gefördert. Die Zahl der Parzellenwirtschaften und Bauernwirtschaften und die von denselben bewirtschaftete Fläche nahmen zu.

2. Die Arbeitskräftestruktur der Landwirtschaft

Betriebsgrößenstruktur und Eigentumsverhältnisse an Grund und Boden sind wichtige Kriterien für den kapitalistischen Charakter der Landwirtschaft. Bedeutsamer sind jedoch Arbeitskräftebesatz und -struktur. Es gab Mitte Juni 1907 in der Landwirtschaft 12 893 148 Beschäftigte, 1925 waren es 14 338 549. Die Zahl der Arbeitskräfte war um 1 445 401 oder 11,2 Prozent gestiegen. Die Steigerung erfolgte vor allem bei den Parzellenbetrieben mit 1 076 697 Beschäftigten, wodurch in dieser Betriebsgrößengruppe die Zahl der Arbeitskräfte um 30,5 Prozent zunahm.⁴

Die Statistik unterscheidet bei den Arbeitskräften zwischen Betriebsleitern, mithelfenden Familienangehörigen und fremden Arbeitskräften. Von den 14 338 549 im Jahre 1925 in der Landwirtschaft vorhandenen Arbeitskräften waren 3 578 838 = 25 Prozent Betriebsleiter. In den Betrieben mit 2 bis 20 ha, die 1925 67 Prozent aller Betriebe ausmachten, arbeiteten in der Regel die Betriebsleiter mit. Sie waren einerseits Werk tätige und andererseits Eigentümer von Produktionsmitteln.

Die mithelfenden Familienangehörigen nahmen ebenfalls eine mehrseitige Stellung ein. Sie konnten Besitzer von in die Ehe eingebrachten Produktionsmitteln sein (Ehefrauen) oder als Erben Anwartschaft auf Produktionsmittel haben. Durch die Verwandtschaftsbeziehungen zum Betriebsinhaber war ihre Abhängigkeit größer als die der Lohnarbeiter, was oft genug zu schamloser Ausbeutung ausgenutzt wurde. Die Kinder arbeiteten dann für ein Taschengeld. 1925 waren es 7 466 852 mithelfende Familienangehörige, das waren 52,1 Prozent der Arbeitskräfte.

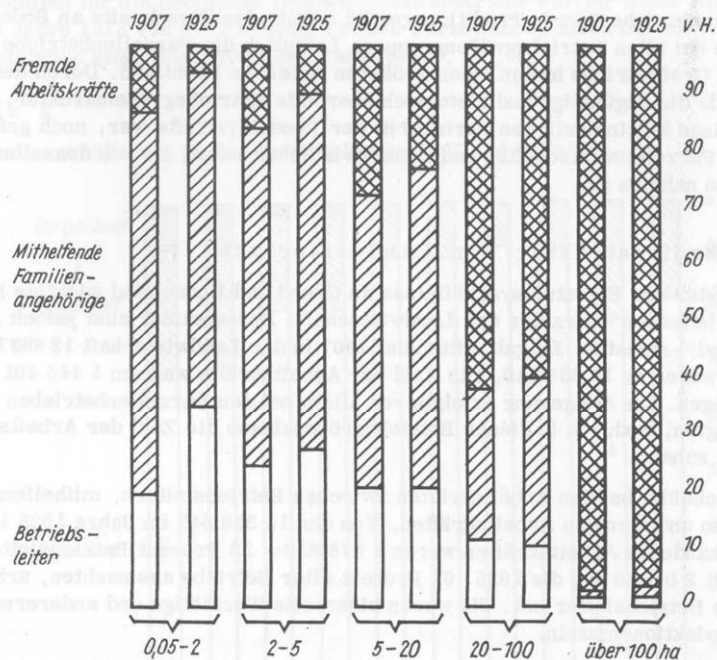
Eindeutig war die Stellung der fremden Arbeitskräfte, die 1925 3 292 859 Personen ausmachten, das waren 22,9 Prozent aller Arbeitskräfte.⁵ Diese Arbeitskräfte standen in einem Lohn- oder Gehaltsverhältnis zu den Betriebsleitern. Die Grafik 3 macht die Struktur der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte deutlich.

Die Großbetriebe beschäftigten fast nur Lohnarbeiter und Angestellte, die Großbauern zu rund 60 Prozent. Beide Betriebsgrößengruppen umfaßten kapitalistische Betriebe. In den übrigen Gruppen spielte die Lohnarbeit eine untergeordnete Rolle. Daß in den Parzellenbetrieben überhaupt Lohnarbeit angewendet würde, hing vor allem mit der Gruppierung nach der LN zusammen, die die flächenmäßig kleinen kapitalistischen Spezialbetriebe zu den proletarischen Wirtschaften zählte.

4 Ebenda, S. 85.

5 Ebenda, S. 92.

Die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte nach ihrer Stellung im Betrieb in den einzelnen Größenklassen 1907 und 1925⁺



+ Nach Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 412, II, Berlin 1931, S. 116.

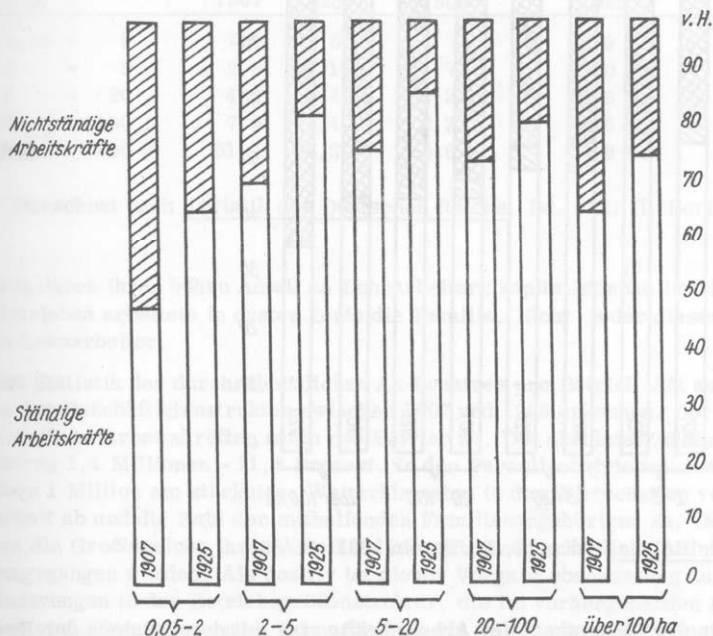
Die Landwirtschaft war in starkem Maße ein "Saisongewerbe". Die Arbeitskräfte wurden nicht wie in der Industrie ständig benötigt. Einerseits war während des Winters der Arbeitskräftebedarf geringer, und andererseits gab es in der Vorbereitung und während der Vegetationsperiode ausgesprochene Arbeitsspitzen. Deshalb mußte eine Analyse der Arbeitskräftestruktur auch die Beschäftigungsdauer der Arbeitskräfte berücksichtigen. Die Reichsstatistik erfaßte aber nicht das Arbeitszeitvolumen pro Arbeitskraft. Dazu hätten die Betriebe Aufzeichnungen für jede Arbeitskraft vornehmen müssen, was für die Betriebe bis 20 ha praktisch nicht möglich war, da sie keine Buchhaltung besaßen. Es wurde nur sehr grob zwischen ständigen und nichtständigen Arbeitskräften unterschieden. Außerdem wurden die Betriebsleiter generell zu den ständigen Arbeitskräften gerechnet. Das stimmte zwar bei den Klein- und Mittelbauern, aber bei den Parzellenbetrieben, die ausgesprochene Nebenerwerbsbetriebe waren, traf das nicht zu. Für diese Betriebe wird völlig zu Unrecht der Eindruck eines hohen Anteils ständig Beschäftigter erweckt. Die Grafik 4 zeigt das Verhältnis zwischen ständigen und nichtständigen Arbeitskräften.

Die meisten nichtständigen Arbeitskräfte beschäftigten die proletarischen Wirtschaften und die kapitalistischen Großbetriebe. So gegensätzlich wie der sozialökonomische Charakter dieser Betriebe war, so gegensätzlich waren auch die Ursachen für die Beschäftigung und die Stellung dieser Arbeitskräfte im Betrieb. In den Parzellenwirtschaften zwang die soziale Not die Familienangehörigen, noch nebenbei Landwirtschaft zu betreiben. Die Großbetriebe beschäftigten in der Feldwirtschaft lieber Saisonarbeitskräfte, weil diese nach der

Bewältigung der Arbeitsspitzen sofort aus dem Arbeitsprozeß ausschieden. Das erhöhte den Profit. Not und Profitstreben waren die beiden wichtigsten Ursachen für die Existenz der nichtständigen Arbeitskräfte.

Grafik 4

Die ständigen und nichtständigen Arbeitskräfte in den landwirtschaftlichen Betrieben nach Betriebsgrößenklassen 1907 und 1925⁺



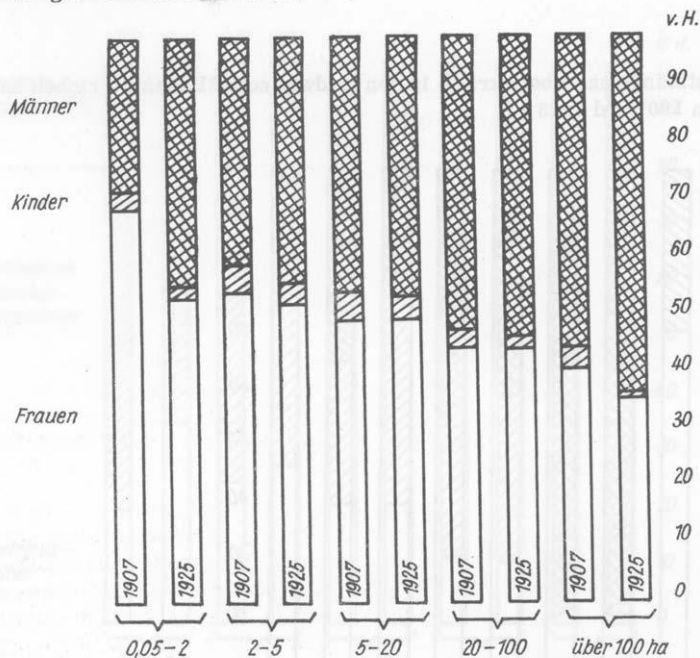
+ Nach Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 412, II, Berlin 1931, S. 117.

Die soziale Not war aber auch die Ursache für den Rückgang der nichtständigen Arbeitskräfte zwischen 1907 und 1925 in allen Betriebsgrößengruppen. Durch das Kriegsende und die damit im Zusammenhang stehende Abschaffung eines großen Heeres in Deutschland entstand plötzlich ein erhebliches Angebot an Arbeitskräften. Die durch den Krieg desorganisierte Industrie und das Verkehrswesen konnten diese Arbeitskräfte vorerst nicht ausreichend aufnehmen. In der Landwirtschaft war es, bedingt durch die niedrigere organische Zusammensetzung des agrarischen Kapitals, leichter für diese Menschen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Wenn diese Arbeitskräfte noch auf dem Lande wohnten oder zu einer Familie mit einem landwirtschaftlichen Betrieb gehörten, versuchten sie hier auch Arbeit zu erhalten.

Dieser Trend wurde durch die Nahrungsmittelknappheit noch verstärkt. Das ausreichende Angebot an Arbeitskräften für einen niedrigen Lohn war für die kapitalistischen Betriebe eine zusätzliche Quelle zur Erhöhung des Profits.

Diese Problematik wird noch deutlicher, wenn man die Zusammensetzung der Arbeitskräfte nach Alter und Geschlecht betrachtet, wie sie die Grafik 5 zeigt.

Die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte nach Geschlecht und Alter in den einzelnen Betriebsgrößenklassen 1907 und 1925⁺



+ Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 412, II, Berlin 1931, S. 85.

Der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Arbeitskräfte ging mit der Zunahme der Betriebsgröße zurück. Bei den Betrieben bis 20 ha betrug er mindestens 50 Prozent, während er bei den kapitalistischen Betrieben bis auf 35,9 Prozent absank. Natürlich verlangte ein Teil der schweren Feldarbeiten bei dem noch nicht ausreichenden Mechanisierungsgrad der Großbetriebe den Einsatz von männlichen Lohnarbeitern. Außerdem war die Ausbeutung von männlichen Arbeitskräften profitabler. Deshalb haben auch diese Betriebe nach dem Kriege ihren Männeranteil stärker als die Großbauern erhöht. Gleichzeitig wurde der Einsatz von Saisonarbeitskräften sowie auch der von Kindern - deren Anteil in den Großbetrieben von 4 auf 1 Prozent des Arbeitskräftebesatzes absank - verringert. So gelang es diesen Betrieben, arbeitskräftemäßig eine günstigere Position zu erreichen.

Generell ging die Kinderarbeit von 4 auf 2,7 Prozent zurück. Über dem Durchschnitt wurden Kinder in den Betrieben der Klein- und Mittelbauern beschäftigt, die die Not dazu zwang. Wenn auch die Kinderarbeit in der Landwirtschaft nicht sehr umfangreich war, so blieb sie doch eine der üblen Erscheinungen des kapitalistischen Systems.

Der durchschnittliche Ak-Besatz pro Betrieb in den einzelnen Betriebsgrößengruppen ist ein weiterer Beweis für den kapitalistischen Charakter der deutschen Landwirtschaft zwischen 1907 und 1925.

Mit zunehmender Betriebsgröße nahm der Ak-Besatz und der Einsatz von Lohnarbeitern zu. Der Anteil an mithelfenden Familienangehörigen nahm ebenfalls mit der Betriebsgröße zu, jedoch traf das nicht auf die Großbetriebe zu. Großbauern und Großbetriebe waren vor al-

Der durchschnittliche Arbeitskräftebesatz pro Betrieb in den Betriebsgrößenklassen 1907 und 1925⁺

Größenklassen [*] nach der LN	Arbeitskräfte pro Betrieb		Davon waren mithelfende Familien- angehörige		Fremde Arbeitskräfte	
	1907	1925	1907	1925	1907	1925
in ha						
0,05 - 2	-	1,5	-	0,9	-	0,07
2 - 5	2,9	3,1	1,7	2,0	0,4	0,2
5 - 20	4,3	4,4	2,2	2,6	1,1	0,9
20 - 100	7,9	8,4	2,2	2,6	4,8	4,8
über 100	51,7	56,3	0,6	0,9	50,2	54,4

+ Berechnet nach Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 412, II, Berlin 1931, S. 85.

lem durch ihren hohen Anteil an Lohnarbeitern kapitalistische Betriebe. In den kleineren Betrieben arbeitete in erster Linie die Familie. Nicht jeder dieser Betriebe beschäftigte Lohnarbeiter.

Die Statistik des durchschnittlichen Ak-Besatzes pro Betrieb läßt auch die Veränderungen in der Beschäftigtenstruktur zwischen 1907 und 1925 erkennen. Der statistische Durchschnitt an Arbeitskräften nahm pro Betrieb zu. Die absolute Zunahme in allen Betrieben betrug 1,4 Millionen = 11,2 Prozent. In den Parzellenbetrieben war die Zunahme mit über 1 Million am stärksten. Weiterhin nahm in den Wirtschaften von 2 bis 20 ha die Lohnarbeit ab und die Zahl der mithelfenden Familienangehörigen zu. Demgegenüber vergrößerten die Großbetriebe ihren Anteil an Lohnarbeitern erheblich. Auf die Ursachen ist bereits eingegangen worden. Als positiv ist dieser Vorgang ebensowenig zu bezeichnen wie die Veränderungen in der Betriebsgrößenstruktur, die im vorhergehenden Abschnitt behandelt worden sind. Die Zunahme an Lohnarbeit ist ein Ausdruck der Krisensituation in der Landwirtschaft, die durch den imperialistischen Krieg hervorgerufen worden war und sich nachteilig auf die gesamte Volkswirtschaft auswirkte.

Die Analyse der Arbeitskräftestruktur hat deutlich gemacht, daß der größere Teil der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft Parzellenbesitzer, Klein- und Mittelbauern und deren mithelfende Familienangehörige waren. 1925 waren nur rund 23 Prozent aller Arbeitskräfte Lohnarbeiter. Diese Zahl muß man im Zusammenhang mit der Betriebsgrößenstruktur sehen, nach der 7 Prozent kapitalistische Betriebe rund die Hälfte der LN bewirtschafteten. Damit war nach diesen Angaben der Anteil des kapitalistischen Sektors in der Landwirtschaft qualitativ bestimmend, aber nicht immer quantitativ überwiegend. Der Anteil der einfachen Warenwirtschaft war hinsichtlich der Arbeitskräfte, der Zahl der Betriebe und des Anteils an der LN noch der größere Sektor, obwohl die kapitalistische Produktionsweise bereits seit mehr als sechzig Jahren in der Landwirtschaft gesiegt hatte. Natürlich wird diese Einschätzung bei einer Berücksichtigung des Umfanges der Marktproduktion noch mehr zugunsten des kapitalistischen Sektors ausfallen. Auch die Maschinen- und Düngemittelverwendung spricht für die bestimmende Rolle des kapitalistischen Sektors. Jedoch darf eine Analyse des kapitalistischen Systems in der deutschen Landwirtschaft diese Besonderheit, das Vorhandensein eines starken Sektors der einfachen Warenwirtschaft, nicht übersehen.

3. Der Maschinenbesatz der landwirtschaftlichen Betriebe

Ein weiteres Kennzeichen für den kapitalistischen Charakter der Landwirtschaft in der damaligen Zeit ist die Struktur des Maschineneigentums. Die Maschinenbenutzung nahm von 1907 bis 1925 beträchtlich zu. 1907 benutzten 26,5 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe Arbeitsmaschinen, 1925 waren es bereits 39,7 Prozent.⁶ Wenn auch die Mechanisierung der Landwirtschaft noch nicht sehr weit fortgeschritten war, so war doch der Anteil der Maschinenanwendung an der Herstellung des Bruttoerzeugnisses in einzelnen Betriebsgrößenklassen, vor allem in den Großbetrieben, erheblich. Das durchschnittliche Maschineneigentum pro Betrieb in den einzelnen Betriebsgrößenklassen war sehr unterschiedlich, wie die Tabelle 4 ausweist.

Tabelle 4

Das durchschnittliche Maschineneigentum pro Betrieb in den Betriebsgrößenklassen 1907 und 1925⁺

Größenklassen nach der LN	Maschinen pro Betrieb							
	Sämaschinen		Mähmaschinen		Dreschmaschinen		Milchzentrifugen mit Handantrieb	
in ha	1907	1925	1907	1925	1907	1925	1907	1925
0,5 - 2	-	-	-	-	-	0,01	-	0,2
2 - 5	-	0,04	-	0,04	0,1	0,2	0,05	0,5
5 - 20	0,06	0,3	0,1	0,5	0,5	0,6	0,2	0,6
20 - 100	0,3	0,8	0,6	1,7	0,7	0,8	0,3	0,6
über 100	1,2	2,1	2,1	5,9	0,8	1,0	0,3	0,5

+ Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 410, Berlin 1929, S. 400 f., 446 f.

Der Maschinenbestand der Kleinbetriebe bis 5 ha war sehr gering. Die einzige Maschine von Bedeutung war die handbetriebene Milchzentrifuge. Ihr Bestand stieg von 1907 bis 1925 ganz erheblich, bei den Parzellenwirtschaften von 9 770 auf 202 220 und bei den Kleinbauern von 49 569 auf 415 257. Selbst 1925 besaß erst ungefähr die Hälfte aller mittelbäuerlichen Betriebe die in der Tabelle 4 aufgeführten Arbeitsmaschinen. Nicht einmal alle Großbauern hatten eine davon. Erst die Großbetriebe verfügten über einen größeren Maschinenbestand. Da sie bereits 1907 einen höheren Maschinenbesatz hatten, die Steigerungsrate in solchen Betrieben bei fast allen Maschinenarten größer war als bei den Mittelbauern und die Zunahme an männlichen Lohnarbeitern nach Kriegsschluß vor allem diesen Betrieben zugute kam, verstärkte sich die Überlegenheit des Großbetriebes über den Kleinbetrieb noch mehr.

4. Der Viehbesatz der landwirtschaftlichen Betriebe

Schließlich soll als Kennzeichen für den kapitalistischen Charakter der Landwirtschaft die Struktur des Eigentums an Nutzvieh behandelt werden. Damit sind die Kennzeichen keineswegs erschöpft, aber Boden, Arbeitskräfte, Maschinen und Vieh sind die wichtigsten Gruppen von Kennziffern, die die deutsche Statistik kennt. Ganz im Gegensatz zum Eigentum an

⁶ Ebenda, S. 140.

Arbeitsmaschinen war der Anteil der Parzellenwirtschaften und werktätigen Bauern am Gesamtbestand der Rinder und Schweine erheblich (sie besaßen rund 65 Prozent der Rinder und rund 70 der Schweine).⁷

Ein bedeutender Teil der Parzellenbetriebe hielt Rinder und Schweine. Vor allem wurden Schweine zur Fleischselbstversorgung gehalten. Da die eigene Futterbasis zu schmal war, wurde Futter in zusätzlicher Arbeit gewonnen oder gekauft. Die Pferdebestände konzentrierten sich dagegen bei den Mittel- und Großbauern, die rund 65 Prozent der Bestände besaßen.⁸ Die Schafhaltung war stärker in den ostdeutschen Großbetrieben vertreten.

Die Konzentration der Nutztierhaltung in den klein-, mittel- und großbäuerlichen Betrieben veranlaßte bürgerliche Agrarökonomien und die Agrarrevisionisten, von der Überlegenheit des Kleinbetriebes in der Viehwirtschaft zu schreiben. Der durchschnittliche Viehbestand pro Betrieb in den einzelnen Betriebsgrößenklassen vermittelt ein anderes Bild, wie Tabelle 5 zeigt.

Tabelle 5

Der durchschnittliche Viehbesatz pro Betrieb in den Betriebsgrößenklassen 1907 und 1925⁺

Größenklassen nach der LN in ha	Nutztierbesatz pro Betrieb									
	Pferde		Rinder		Milchkühe		Schweine		Schafe	
	1907	1925	1907	1925	1907	1925	1907	1925	1907	1925
0,5 - 2	0,05	0,05	0,8	0,8	0,6	0,6	1,9	1,3	0,2	0,2
2 - 5	0,2	0,3	3,2	3,2	2,0	2,1	3,1	2,2	0,4	0,3
5 - 20	1,2	1,5	7,6	7,6	3,8	3,8	6,0	4,9	1,4	1,2
20 - 100	4,4	5,6	20,5	21,7	8,8	9,0	14,0	12,7	9,3	6,6
über 100	26,0	32,1	98,2	93,4	44,0	38,0	58,4	46,6	195,2	151,1

+ Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 410, Berlin 1929, S. 346 f., 392 f.

Der durchschnittliche Viehbestand der kleinen Betriebe einschließlich der Mittelbauern war so niedrig, daß eine rationelle Viehwirtschaft gar nicht möglich war. Bei den Großbauern hatte die Viehwirtschaft vielfach einen höheren Stand erreicht. Aber erst die Großbetriebe waren in der Lage, eine den Zeitverhältnissen entsprechende moderne Viehwirtschaft einzurichten.

Zwischen 1907 und 1925 gab es einige Veränderungen in der Zusammensetzung des durchschnittlichen Viehbestandes. Trotz Krieg und Krise konnten die Betriebe bis 20 ha ihren durchschnittlichen Viehbestand erhalten. Größere Rückgänge gab es nur in der Schweinehaltung, die auch die kapitalistischen Betriebe erfaßte. Bemerkenswert sind der Rückgang des durchschnittlichen Schafbestandes und die Zunahme der Pferde in allen Betrieben ab 2 ha, eine Bewegung, die sich mit steigender Betriebsgröße verstärkte. Diese Veränderungen lassen auf eine Intensivierung der Feldwirtschaft schließen. Die Schafe als Nutztiere extensiver Wirtschaftszweige gingen zurück, während die Pferde als entscheidende Zugkraft der Landwirtschaft vermehrt wurden. Mehr Zugkraft ermöglichte eine intensivere Feldwirtschaft.

⁷ Ebenda, S. 127, 130.

⁸ Ebenda, S. 124.

5. Die sozialökonomische Struktur der deutschen Landwirtschaft 1925

In den ersten vier Abschnitten der vorliegenden Studie wurden die Zahl und die Fläche der Betriebe, die Arbeitskräftestruktur, der Maschinen- und Viehbesatz als statistisch erfaßte Merkmale der sozialökonomischen Struktur der deutschen Landwirtschaft zwischen 1907 und 1925 analysiert. Um ein zusammenfassendes Bild der sozialökonomischen Struktur zu erhalten, wurden für 1925 alle genannten Merkmale in der folgenden Tabelle 6 vereint. Tabelle 6 zeigt deutlich die für das kapitalistische System in der Landwirtschaftstypischen Gegensätze zwischen den verschiedenen Betriebsgrößen und zwischen Kapital und Arbeit, die sich in dem Verhältnis zwischen den proletarischen Wirtschaften von 0,5 bis 2 ha und den Großbetrieben über 100 ha und dem Besatz an Arbeitskräften widerspiegeln.

Die Analyse der Sozialstruktur nach den Betriebszählungen von 1907 und 1925 läßt die Unterschiede zwischen den Klassen und Schichten des Dorfes deutlich werden, aber ihre Aussagekraft über dieselben ist begrenzt. Das wird besonders deutlich, wenn man Lenins Einschätzung der Lage der Klein- und Mittelbauern betrachtet. Diese Kleinbetriebe waren "zu einer unglaublich elenden, unterdrückten Lage verurteilt ... Abhängig vom Großkapital, rückständig im Vergleich zum landwirtschaftlichen Großbetrieb, hält sich der Kleinbetrieb nur durch rigorose Einschränkung seiner Bedürfnisse und durch eine alle Kräfte übersteigende Schinderei. Zersplitterung der menschlichen Arbeitskraft und Raubbau an ihr, schlimmste Arten der Abhängigkeit des Produzenten, Erschöpfung der Kräfte der Bauernfamilie, des bäuerlichen Viehs, des Bauernlandes - das ist es, was der Kapitalismus stets und überall den Bauern bringt."⁹ "Der Bauer ist durch das komplizierte Netz der kapitalistischen Abhängigkeit mehr gebunden, mehr gefesselt als der Lohnarbeiter."¹⁰

Die Klein- und Mittelbauern machten 1925 rund 50 Prozent aller Werk tätigen in der Landwirtschaft aus und waren deshalb eine beachtliche gesellschaftliche Kraft. Da sie nur eine geringe Zahl von Lohnarbeitern beschäftigten, waren sie keine kapitalistischen Betriebe. Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse hatten sich erst in den Großbetrieben und in den Parzellenbetrieben voll durchgesetzt. Selbst in den großbäuerlichen Betrieben gab es durch die Mitarbeit des Bauern und seiner Familie noch viele Überreste der Vergangenheit. Die kapitalistischen Großbetriebe über 100 ha und ihre Lohnarbeiter beanspruchen deshalb auch ein besonderes Interesse; einerseits, weil die Eigentümer der Großbetriebe Angehörige der herrschenden Klasse waren, unmittelbar politische Macht ausübten, und andererseits, weil die Landarbeiter als Bestandteil des Proletariats objektiv am Sturz dieser Klasse interessiert waren.

6. Der landwirtschaftliche Großgrundbesitz und seine sozialökonomische Funktion

Die Eigentümer der Großbetriebe über 100 ha waren zwar Teil der herrschenden Klasse, in sich aber keine homogene Gruppe. Die politisch bekannteste Schicht innerhalb dieser Eigentümer waren die Junker Osteliens. In ihrer übergroßen Mehrheit gehörten sie zum alten Feudaladel und hatten sich zu kapitalistischen Agrarunternehmern entwickelt. In politischer Hinsicht drückten die Junker der Gesellschaftsordnung ihren Stempel mit auf. Lenin bezeichnete diese Form als junkerlich-bourgeois Imperialismus. Diese besondere Form der Klassenherrschaft war entstanden, "nachdem 1848/49 die Revolution von unten unterlegen war, weil sich die Bourgeoisie aus Angst vor den demokratischen Massen den Junkern in die Ar-

⁹ Lenin, W. I., Der Kleinbetrieb in der Landwirtschaft, in: Werke, Bd. 19, Berlin 1965, S. 270.

¹⁰ Ebenda, S. 272.

Tabelle 6

Die sozialökonomische Struktur der deutschen Landwirtschaft 1925
(Statistische Kennziffern)

Größenklassen nach der LN in ha	Prozentualer Anteil der Betriebsgrößenklassen an der Gesamtzahl der Betriebe		Betriebsgröße	Arbeitskräfte	Lohnarbeiter	Arbeitsmaschinen	GV ⁺⁺⁺
	Gesamtzahl der Betriebe	Gesamtfläche der Betriebe	in ha ⁺	pro Betrieb ⁺	pro Betrieb ⁺	pro Betrieb ⁺⁺	pro Betrieb
0,5 - 2	36,2	4,9	1,5	1,5 ^o	0,07 ^o	0,2	0,8
2 - 5	27,5	11,0	4,4	3,1	0,2	0,8	3,0
5 - 20	29,4	35,2	13,3	4,4	0,9	2,0	6,2
20 - 100	6,2	27,5	49,9	8,4	4,8	3,9	25,8
über 100	0,6	21,4	414,2	56,3	54,4	9,5	130,6

+ Statistischer Durchschnitt pro Betrieb.

++ Statistischer Durchschnitt der wichtigsten Arbeitsmaschinen (wie Sämaschinen, Mähmaschinen, Dreschmaschinen, Milchzentrifugen mit Handantrieb) pro Betrieb.

+++ Statistischer Durchschnitt der Großvieheinheiten (GV), errechnet aus Pferden, Rindern, Schweinen und Schafen. Der Umrechnungsschlüssel auf GV ist bei Pferden 1,33, bei Rindern 0,75, bei Schweinen 0,11 und bei Schafen 0,085. (Nach Bittermann, Eberhard, Die landwirtschaftliche Produktion in Deutschland 1800 - 1950, Halle[Saale] 1956, in: Kühn-Archiv, Bd. 70, H. 1, S. 42.)

o Statistischer Durchschnitt der Betriebsgrößenklasse 0,05 bis 2 ha.

me geworfen hatte, worauf 1864 - 1871 die Revolution von oben gesiegt und zur Verpreu-
fung Deutschlands geführt hatte.¹¹

In Ostelbien war der Anteil der Großbetriebe an der Gesamtfläche vielfach höher, als der
Reichsdurchschnitt der beiden Betriebszählungen von 1907 (21,8 Prozent) und 1925 (21,4
Prozent) ausweist. 1925 nahmen in folgenden Ländern oder größeren Verwaltungsbezirken
des Reiches die Großbetriebe über 100 ha mehr als 40 Prozent der Gesamtfläche ein¹²:

Reg.-Bez. Breslau	40,6 %	Reg.-Bez. Stettin	50,2 %
" " Westpreußen	41,6 %	Mecklenburg-Strelitz	61,0 %
" " Köslin	49,0 %	Mecklenburg-Schwerin	61,1 %
" " Königsberg	50,1 %	Reg.-Bez. Stralsund	69,1 %

In einigen Kreisen der aufgeführten größeren Verwaltungseinheiten lag der Anteil der Groß-
betriebe noch höher. In Mecklenburg-Strelitz betrug er im Kreis Stargard 73,2 Prozent, in
Mecklenburg-Schwerin im Kreis Waren 75,8 Prozent und im Kreis Malchin 77 Prozent und
im Regierungsbezirk Stralsund im Kreis Franzburg 71,7 Prozent und im Kreis Greifswald
76,9 Prozent.¹³

Eine erhebliche Eigentumskonzentration gab es bei den Großgrundbesitzern, die über
1000 ha besaßen, wie die Tabelle 7 zeigt.

Tabelle 7

Die Eigentumskonzentration bei den Großgrundbesitzungen über 1000 ha⁺

Eigentümer- gruppe	Eigentümer	Zahl ihrer Betriebe	Fläche derselben in ha	Fläche je Eigentümer in ha
über 1 000	1 220	7 190	2 642 520	2 166
über 10 000	26	1 102	364 000	14 000

+ Abel, Wilhelm, Agrarpolitik, Göttingen 1951, S. 158.

Innerhalb der Großgrundbesitzer nahm der Adel eine dominierende Stellung ein. In den zwan-
ziger Jahren unseres Jahrhunderts betrug der Adelsgrundbesitz in Deutschland 5,2 Millio-
nen ha. Davon waren 3 Millionen ha LN und 2,2 Millionen ha Waldfläche. Von der LN waren
32 Prozent oder 948 697 ha verpachtet.¹⁴

Nach Petruschow waren die größten adligen Großgrundbesitzerfamilien in Deutschland¹⁵:

Hohenzollern	mit	188 786 ha
Arnim	mit	77 216 ha
Solms	mit	69 806 ha
Hohenlohe	mit	62 151 ha
Schulenburg	mit	60 691 ha.

Der erhebliche Grundbesitz war die ökonomische Basis der politischen Macht des deutschen
Adels, dessen einflußreichste Fraktion die ostelbischen Junker waren. Deshalb konnte der
Adel auch im Imperialismus entscheidende Schlüsselpositionen in der Regierung, in der Mini-

11 Klein, Fritz, Deutschland von 1897/98 bis 1917, Berlin 1961, S. 27.

12 Statistik des Deutschen Reichs, a. a. O., S. 11.

13 Ebenda, S. 26.

14 Häbich, Theodor, Deutsche Latifundien, Stuttgart 1947, S. 159.

15 Petruschow, A., Agrarverhältnisse in Deutschland und die Agrarreform, Berlin 1948,
S. 47 f.

sterialbürokratie, in den gesetzgebenden Körperschaften, im Heere und der Diplomatie behalten. Es seien an dieser Stelle nur einige Beispiele genannt. So gehörten 1909 in Preußen von den zwölf Oberpräsidenten elf¹⁶ (fünf davon waren Junker), von den 36 Regierungspräsidenten 25 und von den 467 Landräten 271¹⁷ dem Adelsstand an. Unter den 648 Regierungsreferendaren der Jahrgänge 1903 bis 1905 in Preußen waren nur vier Söhne mittlerer Beamten und neunzehn Söhne von Lehrern¹⁸, alle anderen entstammten dem Adelsstand. Von den 15 preußischen Landwirtschaftsministern, die in den Jahren von 1848 bis 1918 ihr Regierungsamt ausübten, war nur ein einziger, der nicht aus adligen Kreisen kam, jedoch war auch er ein Großgrundbesitzer.¹⁹ Vor dem ersten Weltkrieg saßen im preußischen Landtag 113 Großgrundbesitzer, 58 Offiziere a. D., 5 aktive Offiziere, 26 Landräte, 66 höhere Beamte, 44 Großbauern und Landwirte, dazu kamen noch einige Ärzte, Lehrer, Fabrikanten und Geistliche.²⁰

Auch das Offizierskorps der preußisch-deutschen Armee war völlig vom Adel beherrscht. So waren 1900 61 Prozent aller Obersten und Generale adlig.²¹ Klein gibt zu, daß 1913 in der Kavallerie 87 Prozent der Staboffiziere, in der Infanterie 48 Prozent, in der Feldartillerie 41 Prozent und im Train 31 Prozent der Staboffiziere adlig waren.²² Jedoch übten die Angehörigen der Adelskaste ihre politische Macht auch durch die führenden Stellungen aus, die sie in vielen gesellschaftlichen Organisationen und anderen staatlichen Institutionen inne hatten, sei es in den Landwirtschaftsämtern, in den Landwirtschaftskammern, im Deutschen Landwirtschaftsrat oder in den genossenschaftlichen Organisationen. Die politischen Parteien, die die Interessen der Junker und des übrigen Adelsstandes vertraten, waren vor 1918 die "Deutschkonservative Partei", die "Reichs- und konservative Partei" sowie das "Zentrum". Die Massenorganisation der reaktionären Kräfte auf dem Lande war der "Bund der Landwirte".²³

Die tieferen Ursachen für die besondere politische Stellung der Junker im imperialistischen Deutschland lagen im "preußischen Weg" der Durchsetzung des Kapitalismus in der Landwirtschaft, der nicht an den Machtpositionen des Adels rührte und zum Entstehen der kapitalistischen Junkerwirtschaften führte. Der Adel konnte beträchtliche Teile seiner alten obrigkeitlichen Rechte in die kapitalistische Gesellschaftsordnung retten, die zu einer besonders reaktionären Gestaltung des Arbeitsrechts auf dem Lande führten. Schon Friedrich Engels schrieb von einer "tatsächlichen halben Leibeigenschaft der ostelbischen Landarbeiter"²⁴, an der sich bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges nicht viel änderte.

7. Die Lage der Landarbeiter

Die Landarbeiter waren eine starke Bevölkerungsschicht auf dem Dorfe. Sie stellten die zahlenmäßig größte Gruppe der "fremden Arbeitskräfte" der Reichsstatistik. 1907 waren von den 12 893 148 Beschäftigten in der Landwirtschaft 3 868 565 fremde Arbeitskräfte

16 Klein, Fritz, a. a. O.

17 Ebenda; Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 2, Berlin 1966, S. 46, gibt hierzu andere Zahlen an. Rothmann, Helmut, Die Agrarfrage in der Novemberrevolution 1918, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig. Gesellschafts- und sprachwiss. Reihe, Nr. 4/1957/58, S. 351, benutzt die gleichen Zahlen wie Klein.

18 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a. a. O.

19 Rothmann, Helmut, a. a. O.

20 Ebenda.

21 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a. a. O., S. 47.

22 Klein, Fritz, a. a. O.

23 Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a. a. O., S. 47.

24 Engels, Friedrich, Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 22, Berlin 1963, S. 504.

(= 30 Prozent) und 1925 von den 14 338 549 Beschäftigten 3 292 859 fremde Arbeitskräfte (= 22,9 Prozent).²⁵ Besonders stark war die Konzentration der Landarbeiter in den Gebieten östlich der Elbe, die die Hauptgebiete der Verbreitung landwirtschaftlicher Großbetriebe waren.

Die Arbeitsverhältnisse der Landarbeiter waren wesentlich ungünstiger als die der Fabrikarbeiter hinsichtlich der Arbeitszeit, der Arbeitsplatzwahl, des Lohnes und der sozialen Betreuung. Ein einheitliches Arbeitsrecht für die Landarbeiter gab es bis zur Novemberrevolution von 1918 nicht. Jeder deutsche Teilstaat hatte seine eigenen Gesetze. Rothmann nennt allein 44 Gesindeordnungen, die geltendes Recht waren.²⁶ Aber keines dieser Gesetze gewährte den Landarbeitern wenigstens solche Rechte, wie sie die Industriearbeiter erreicht hatten. Sozialversicherung, Arbeitsschutz und eine Begrenzung der Frauen- und Kinderarbeit gab es nicht für Landarbeiter. Hauptaufgabe dieser Gesetze war es, die Landarbeiter an den Arbeitsplatz zu binden, damit sie nicht in höhere Löhne zahlende Wirtschaftszweige abwanderten. Als Beispiel sei nur die mecklenburgische Gesindeordnung vom 9. April 1899 angeführt, die in wesentlichen Punkten mit der preußischen übereinstimmt. Im § 23 heißt es: "Der Diensthote darf sich ohne Erlaubnis der Dienstherrschaft auch in eigenen Angelegenheiten nicht aus dem Hause bzw. vom Hofe entfernen und bei erlaubter Entfernung nicht über die gestattete Zeit abwesend sein." Der anschließende § 24 bestimmte: "Der Diensthote muß sich allen häuslichen Einrichtungen und Anordnungen der Dienstherrschaft unterwerfen."²⁷

Damit sich das Gesinde den Anordnungen der "Dienstherrschaft" widerspruchslos unterwarf, gab es in den Gesindeordnungen entsprechende Paragraphen oder zusätzliche Verordnungen über die Bestrafung von "Dienstvergehen" der Tagelöhner und Diensthoten. Die mecklenburgische Verordnung über die Bestrafung der Dienstvergehen besagte unter anderem, daß Landarbeiter, die den Junkern "den schuldigen Gehorsam verweigern", polizeilich bestraft werden konnten.²⁸ Die Bestrafung wurde durch die Junker selbst vorgenommen, wenn sie in ihrem Gutsbezirk die Polizeigewalt ausübten, oder aber durch die Polizeiamter. Je nach der Art des Vergehens konnten Geld- oder Gefängnisstrafen ausgesprochen werden. Mit diesem Gesetz war es den Großgrundbesitzern möglich, jegliche Auflehnung oder jeden Widerspruch des Landproletariats gegen die bestehenden Ausbeutungsmethoden ebenso unter Strafe zu stellen, wie den Widerstand gegen die Staatsgewalt.

Da die Löhne der Landarbeiter niedrig waren, ist es verständlich, daß ihr Widerstand gegen ihre Ausbeuter und Unterdrücker zunahm. Viele Mägde und Knechte begannen, sich durch die Flucht in die Städte dieser "halben Leibeigenschaft" zu entziehen. Bitter beklagten sich die Junker und andere Gutsbesitzer darüber, daß das ach so ungetreue Gesinde mehr und mehr passiven und aktiven Kontraktbruch begehe: "Die Diensthoten haben jetzt auch große Neigung, ihren Dienst außer der Zeit zu verlassen, besonders da der zu verdienende Lohn von Ostern bis zum Herbst fast so hoch ist, wie der ganze Jahreslohn."²⁹

Der Vorsitzende eines landwirtschaftlichen Vereins eines westmecklenburgischen Dorfes führte unter anderem aus: "Die Knechte machten den Dienstherrn das Leben so sauer, man konnte ihnen kein Vieh zur Pflege mehr anvertrauen ohne Gefahr vor Verlust, sie taten nur, was ihnen selbst gefällig war, darum ließen die Erbpächter sie laufen. Im Winter sich durch-

25 Statistik des Deutschen Reichs, a. a. O., S. 92, 116.

26 Rothmann, Helmut, a. a. O.

27 Schult, Otto, Mecklenburg-Schwerinsche und Mecklenburg-Strelitzsche Gesindeordnung, Rostock 1902, S. 55.

28 Ebenda, S. 109 f.

29 Ehrenberg, Richard/Gehrke, Der Kontraktbruch der Landarbeiter als Massenerscheinung, in: Landarbeit und Kleinbesitz, Nr. 1/1907.

essen beim Bauern und im Frühling in die größeren Städte des größeren Verdienstes wegen als Arbeiter ziehen, das ist jetzt die Losung."³⁰

Die staatlichen und junkerlichen Repressivmaßnahmen reichten allein nicht aus, um die Landarbeiter an ihren Arbeitsplatz zu binden. Deshalb nahm seit Ende des 19. Jahrhunderts die Bewegung auf den Gütern zu, die Landarbeiter mit einer kleinen Parzelle auszustatten, die ihnen erlaubte, ein Schwein und Kleinvieh zu halten. Die fehlenden Futtermittel erhielten sie als Deputatlohn vom Gut. Natürlich war es für solche Landarbeiter besonders schwer, das Dorf zu verlassen, weil die Trennung von der kleinen Hauswirtschaft mit großen Schwierigkeiten verbunden war. Der liberale Soziologe und Historiker Max Weber fällte über die Ansiedlungsmaßnahmen der Großgrundbesitzer ein vernichtendes Urteil: "Überall, wo eine große Zahl derartig mit Grund und Boden versehener Arbeiter sich findet, sind die Löhne, und zwar teilweise in einem unerhörten Maße, gedrückt, sie können nicht fort, und ... er glaubt, daß ein Mann, der selbst nicht fort kann und seine Arbeitskräfte ausnutzen, wo er will, weil einige Morgen deutschen Bodens an seinen Fersen kleben, daß dieser Mann eine angenehme Beziehung zum vaterländischen Boden gewinnen und brauchbares Glied innerhalb der sozialen Gliederung auf dem Lande werden wird, der befindet sich in einem bedenklichen Irrtum. Der schrecklichste der Schrecken ist ein grundbesitzendes Proletariat, dem die ererbte Heimstätte zum Fluche wird."³¹

Das ländliche Arbeitsrecht schränkte auch die Koalitionsfreiheit der Landarbeiter stark ein und stellte Streiks unter Strafe. In Preußen, dem größten deutschen Bundesstaat, war die Verabredung zu Arbeitseinstellungen unter Anordnung von Gefängnisstrafen bis zu einem Jahr verboten.³² Mit dieser Rechtspraxis hatte die herrschende Klasse jahrzehntelang versucht, jegliche politische Betätigung der unterdrückten Klasse auf dem Lande zu verhindern. Die Verbreitung marxistischen Gedankengutes unter den Landarbeitern war mit ungleich größeren Schwierigkeiten verbunden als in der Stadt. Viele Arbeitsverträge von Landarbeitern enthielten den Passus: "Kein ... Arbeiter darf einem sozialdemokratischen Verein oder Verband angehören. Ist er Mitglied eines solchen, muß er sofort austreten, bei Strafe der sofortigen Entlassung. Sozialdemokratische Zeitungen dürfen weder gehalten noch gelesen werden."³³

Die Arbeits- und Lebensbedingungen und der Bildungsstand der Landarbeiter waren wichtige Ursachen für eine sich sehr langsam entwickelnde Landarbeiterbewegung. Dabei spielten der geringe Konzentrationsgrad der Landarbeiter, durch die räumliche Entfernung der Ortschaften bedingt, genau so eine entscheidende Rolle wie die vom Junkertum und dem Staat betriebene reaktionäre Landwirtschaftspolitik. Mit demagogischen Versprechungen, mit Drohungen, mit dem Versuch, Teile des Landproletariats politisch in von Junkern gesteuerten Organisationen zu binden, versuchte man, die sich ausbreitende sozialistische Landarbeiterbewegung wieder zurückzudrängen bzw. sie doch wenigstens einzudämmen. Es darf auch nicht vergessen werden, daß die sozialdemokratischen Landagitatoren sozusagen unter den Augen der Junker die Landagitation durchführen mußten. So gelang es auch erst im Jahre 1909, eine von der Sozialdemokratie geführte Landarbeitergewerkschaft, den Deutschen Landarbeiterverband (DLV), zu gründen.³⁴

30 Ebenda, S. 5.

31 Weber, Max, Gesammelte Aufsätze zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Tübingen 1924, S. 462.

32 Vgl. Kautsky, Karl, Die Agrarfrage, Stuttgart 1899, S. 341.

33 Berthold, Rudolf [u. a.], Tausend Jahre Kampf der deutschen Bauern um ihre Freiheit, Berlin 1961, S. 94.

34 Von 1909 bis 1913 noch unter dem Namen "Verband der Land-, Wald- und Weinbergsarbeiter und -arbeiterinnen". Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a. a. O., S. 94.

In den ersten Jahren seines Bestehens fand der DLV seine Hauptverbreitung unter den Landarbeitern Mecklenburgs, Mitteldeutschlands und Schleswig-Holsteins. Insgesamt war die Mitgliederzahl des Verbandes bis zum Jahr 1919 aber noch gering (siehe Tabelle 8).

Tabelle 8

Die Mitgliederzahlen des DLV 1912 bis 1918⁺

Jahr	Mitglieder		insgesamt
	männliche	weibliche	
1912	16 414	609	17 023
1913	18 255	822	19 077
1914	16 745	1 045	17 790
1915	7 791	1 181	8 972
1916	5 893	1 274	7 167
1917	5 220	1 960	7 180
1918	6 830	3 093	9 923

+ Dietze, Constantin v., Die ostdeutschen Landarbeiterverhältnisse seit der Revolution, Berlin 1922, S. 29.

Durch den Kriegsdienst nahm seit Beginn des Krieges die Zahl der männlichen Mitglieder erheblich ab. Auffällig ist das rasche Ansteigen der weiblichen Mitglieder gegen Kriegsende, was als ein Ausdruck des sich Bewußtwerdens der verschärften sozialen Widersprüche einzuschätzen ist.

Der DLV bezeichnete es als seine Aufgabe, die wirtschaftlichen und geistigen Interessen seiner Mitglieder allseitig zu fördern, für alle Mitglieder günstige Arbeits- und Lohnbedingungen zu erreichen und den Mitgliedern Rechtsschutz, Streikunterstützung, Maßregelungsunterstützung, Wochengeld und Begräbnishilfe zu geben.³⁵ Die rechten Führer des DLV versuchten aber noch nicht einmal, dieses Minimalprogramm gewerkschaftlichen Kampfes zu realisieren, weshalb auch der politische Einfluß des DLV nicht von großer Bedeutung war.³⁶ Das sollte sich im Verlaufe der Novemberrevolution 1918 jedoch schnell ändern, als der soziale Widerspruch zwischen Junkern und Landarbeitern zu politischen Aktionen führte.

Vor dem ersten Weltkrieg reichten die Lohnarbeiter für die Landwirtschaft nicht aus. Vor allem die kapitalistischen Großbetriebe Ostelbiens litten chronischen Mangel an Landarbeitern. Sie glichen ihn aus durch den Einsatz von ausländischen Saisonarbeitern vor allem aus dem zaristischen Rußland (Polen) und aus Österreich (Polen, Ruthenen). Zu deren Beschaffung wurde 1905 die "Deutsche Feldarbeiterzentralstelle" gegründet, die eine halbstaatliche Einrichtung war.³⁷ Die Anwerbung der Saisonarbeiter erfolgte mit üblen Mitteln, die an Menschenhandel erinnern.³⁸ Die Feldarbeiterzentrale registrierte eine jährlich steigende Zahl an ausländischen Saisonarbeitern für die Landwirtschaft, die 1913/14 bereits 433 247 betrug.³⁹

35 Dietze, Constantin v., Die ostdeutschen Landarbeiterverhältnisse seit der Revolution, Berlin 1922, S. 30 f.

36 Berthold, Rudolf [u. a.], a. a. O., S. 97.

37 Vgl. dazu Nichtweiß, Johannes, Die ausländischen Saisonarbeiter in der Landwirtschaft der östlichen und mittleren Gebiete des Deutschen Reiches, Berlin 1959, S. 96 f.

38 Ebenda, S. 216 ff.

39 Ebenda, S. 258.

Arbeitsrecht und Arbeitsverhältnisse dieser Landarbeiter waren noch wesentlich schlechter als die ihrer deutschen Klassengenossen. Nichtweiß bringt in seinem Buch über die ausländischen Saisonarbeiter in dieser Periode erschreckende Beispiele über die Behandlung der Saisonarbeiter durch die ostelbischen Junker.⁴⁰ Karl Kautsky geißelte die moralische Verworfenheit der ostelbischen Junker und der Bourgeoisie, die einerseits der Sozialdemokratie unterschoben, sie wolle die "Vergesellschaftung der Frau" und die "freie Liebe" einführen, und andererseits im Interesse ihres Profites die ausländischen Landarbeiter wie die Tiere zusammensperren; "Nicht im 'Zukunftsstaat', nein im Gegenwartsstaat, dort, wo die christlich-germanische Zucht und Ehrbarkeit noch völlig unangetastet sind vom sozialdemokratischen Gift, dort, wo unsere Edelsten und Besten am ungehemmtesten schalten und walten, dort finden wir die Karnickelwirtschaft, von den Verteidigern der Familie und Ehe selbst produziert, indem sie zur Minderung der Produktionskosten von Schnaps und Zucker ihr menschliches Arbeitsvieh ohne Unterschied des Alters und Geschlechts in ihren Viehställen zusammenpferchen."⁴¹

Der Einsatz der ausländischen Saisonarbeiter ermöglichte den ostelbischen Großbetrieben unter anderem auch die verstärkte kapitalistische Intensivierung besonders der Feldwirtschaft und damit hohe Profite. Indirekt wirkte sich das günstig auf die industrielle Entwicklung aus, weil die Saisonarbeiter die in die Industrie abwandernden deutschen Arbeitskräfte ersetzten. Ohne die Abwanderung aus der Landwirtschaft wäre der rasche Aufschwung der deutschen Industrie vor 1914 nicht möglich gewesen. Deshalb war die Nutzung des osteuropäischen Arbeitskräftereservoirs für die deutsche Landwirtschaft von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung.

Abschließend kann festgestellt werden, daß die sozialökonomische Struktur der deutschen Landwirtschaft ein grundsätzlicher Bestandteil des kapitalistischen Systems war und durch dieses System seine Ausprägung erhielt. Parzellenbetriebe, Klein- und Mittelbauern und deren mithelfende Familienangehörige sowie die Lohnarbeiter bildeten die große Gruppe der Werktätigen in der Landwirtschaft, denen die kleine Gruppe der kapitalistischen Ausbeuter gegenüberstand. Aber die beiden Gruppen, die Werktätigen wie die Ausbeuter, zerfielen wiederum in einzelne Untergruppen, deren Unterschiede bei den Werktätigen viel bedeutungsvoller als bei den Ausbeutern waren. Der Besitz von eigenen landwirtschaftlichen Betrieben bei den Klein- und Mittelbauern - die teilweise sogar Lohnarbeiter in diesen Betrieben beschäftigten - schuf nicht zu übersehende Unterschiede zu den landwirtschaftlichen Lohnarbeitern. Außerdem waren die Lohnarbeiter durch das reaktionäre Arbeitsrecht stark benachteiligt. Engere Beziehungen bestanden wiederum zwischen den Lohnarbeitern und den Parzellenbetrieben. Die geringe Größe dieser Betriebe hatte viele der Besitzer zu Nebenarbeit gezwungen, bzw. sie betrieben ihre Wirtschaft als Nebenberuf. In beiden Fällen war land- und forstwirtschaftliche Arbeit die wichtigste Ausweichmöglichkeit.

Die Großbauern unterschieden sich von den Großbetrieben durch den Umfang der Betriebe (Fläche, Arbeitskräfte, Maschinen, Vieh usw.) und durch die soziale Stellung. Die Besitzer der Großbetriebe besaßen durch Traditionen wichtige Stellungen in Staat und Gesellschaft. Der erste Weltkrieg hatte hier, wie auch in den anderen Bereichen der sozialökonomischen Struktur Veränderungen gebracht, aber keine grundsätzlichen Umgestaltungen bewirkt.

40 Ebenda, S. 219 ff.

41 Kautsky, Karl, a. a. O., S. 270.

DIE ENTWICKLUNGSTENDENZEN DER HEKTARERTRÄGE IN DER UNGARISCHEN LANDWIRTSCHAFT ZWISCHEN 1869 UND 1969 (MIT INTERNATIONALEM VERGLEICH)

von Péter Gunst

In der wirtschaftsgeschichtlichen Literatur wird der Untersuchung der Hektarerträge große Aufmerksamkeit gewidmet, weil sie - neben und mit anderen Kennziffern - in hohem Maße das Niveau der landwirtschaftlichen Entwicklung in den einzelnen Ländern widerspiegelt. Die Gegenüberstellung der Hektarerträge weniger entwickelter Länder mit denen der entwickeltsten erlaubt, den bisher erreichten Platz des untersuchten Landes zu fixieren. Das Niveau der agrarischen Entwicklung eines Landes einzig und allein durch die durchschnittlichen Ernteerträge zu bestimmen, würde jedoch zu falschen Einschätzungen und Urteilen führen. Dennoch kann die Höhe der Hektarerträge ein wichtiger Maßstab für die Entwicklung einzelner Zweige der Landwirtschaft sein. Deshalb soll ihre Entwicklung in Ungarn hier über einen längeren Zeitraum analysiert werden. Das erscheint notwendig, weil in der neueren historischen Literatur meist begrenzte Perioden spezialisiert behandelt und wirtschaftshistorische Prozesse manchmal recht willkürlich unterteilt werden. Dabei sollen die Hektarerträge Ungarns international nicht nur und nicht einmal in erster Linie mit den Hektarerträgen der entwickeltsten kapitalistischen Länder Westeuropas, sondern - soweit möglich - auch mit denen anderer Länder verglichen werden.

In den vergangenen hundert Jahren gab es nur zwei Perioden eines mehr oder minder raschen Anstiegs der durchschnittlichen Getreideerträge in Ungarn. Die erste Periode umfaßt die siebziger und achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts¹, die zweite die sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts. Es ist überraschend, feststellen zu müssen, daß von der Wende der achtziger zu den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts bis zu den fünfziger Jahren unseres Jahrhunderts die Hektarerträge bei Getreide fast gleichblieben. Sie schwanken in den einzelnen Jahren den Witterungsverhältnissen entsprechend ein wenig, bei manchen Getreidearten ist sogar eine Verminderung feststellbar. Dieser Verlauf der Entwicklung resultiert keineswegs aus den nach dem ersten Weltkrieg eingetretenen Gebietsverlusten. Wenn man die durchschnittlichen Erträge der Jahre 1911 bis 1915 des damaligen Ungarns mit denen des heutigen Landesgebietes vergleicht, so liegen die Hektarerträge dieser Jahre im heutigen ungarischen Territorium entweder genau so hoch oder sogar etwas höher als die des früher zu Ungarn gehörenden Territoriums: Im heutigen Gebiet liegen die Hektarerträge bei Weizen und Hafer fast 8 Prozent höher, die Roggenerträge etwa 3 Prozent höher; die Gersteerträge zeigen keinerlei Abweichung. Was Hackfrüchte betrifft, so lag der Hektarertrag bei Mais im neuen Staatsgebiet um 0,25 Prozent höher, bei Kartoffeln um etwa 2,5 Prozent niedriger und bei Zuckerrüben um etwa 3,5 Prozent höher als im Ungarn der Jahre 1911 bis 1915. Man kann also die territorialen Veränderungen praktisch außer acht lassen.

Das Ansteigen der durchschnittlichen Ernteerträge in den siebziger und achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts resultierte aus der Befreiung von der Leibeigenschaft, die mit den Auswirkungen der Getreidekonjunktur in den fünfziger bis siebziger Jahren zusammenfiel, welche die Getreideproduktion grundlegend verändert hatte. Fabrikmäßig hergestell-

1 Vgl. dazu Puskás, Julianna, Die Entwicklungstendenzen der landwirtschaftlichen Produktion in Ungarn von der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis zum ersten Weltkrieg. Einige Bemerkungen zu den allgemeinen und regionalen Aspekten der Entwicklung der Landwirtschaft in der ersten Etappe der Industrialisierung, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1972, T. 1, S. 229 ff.

te eiserne Pflüge ersetzen nun das bloße Ritzen der Bodenoberfläche durch tieferes Ackern. Die allgemeine Verbreitung dieser Pflüge bedeutete gegenüber der bis dahin üblichen Bodenbearbeitung eine Revolution, die dem später durch Traktoren möglich gewordenen Tiefpflügen auf den Feldern der Produktionsgenossenschaften zumindest gleichkommt.

Die Steigerung der durchschnittlichen Ernteerträge in den sechziger Jahren unseres Jahrhunderts resultiert aus der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft, die 1959 bis 1961 begann. Die staatliche Unterstützung der Genossenschaften in den ersten Jahren, die Mechanisierung, die Anwendung moderner Pflanzenschutzmittel und der Anbau neuer Pflanzensorten sowie ab Mitte der sechziger Jahre erhöhte Aufkaufpreise beeinflussten besonders den Pflanzenbau, in erster Linie den Getreide- und Maisanbau, günstig und führten zu einem relativ raschen Wachsen der durchschnittlichen Ernteerträge.

In der Zeit zwischen diesen beiden Perioden stagnierten die Ernteerträge in Ungarn, oder sie gingen - wenn auch nur in geringem Maße - sogar zurück. Etwas anders war die Lage bei Hackfrüchten, vor allem beim Mais (ebenso aber auch bei der Futterrübe), deren durchschnittliche Erträge auch in den 8 bis 10 Jahren vor Ausbruch des ersten Weltkrieges verhältnismäßig rasch anstiegen. Und eben dieser geringe Unterschied zwischen dem Anwachsen der Hektarerträge von Getreide und Hackfrüchten liefert uns den Schlüssel um den ganzen historischen Prozeß, diese international fast einzigartige Erscheinung, zu verstehen.

Die durchschnittlichen Ernteerträge stagnierten in Ungarn fast drei Viertel Jahrhundert. Während dieser langen Zeit haben selbstverständlich verschiedene Umstände auf die Getreideanbausituation eingewirkt.

Der erste Abschnitt der Stagnationsperiode fiel mit der sich im letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts entfaltenden Agrarkrise zusammen, die vor allem durch die zunehmende Konkurrenz des überseeischen und russischen Weizens, dann aber auch durch den aus den Balkanländern stammenden Weizen auf den westeuropäischen Märkten entstand und einen Preissturz herbeiführte. In der kapitalarmen ungarischen Landwirtschaft, die infolge der geringen Industrialisierung fast ausnahmslos Handarbeit anwendete, war dadurch ein rasches Einströmen von Maschinen, Kunstdünger und modernen Pflanzenschutzmitteln weder erforderlich noch möglich. Die technischen Vorbedingungen jener Steigerung der Hektarerträge, die Westeuropa in den Jahren 1890 bis 1910 verzeichnete, waren in Ungarn nicht gegeben. In den Jahrzehnten der Getreidekrise wurde der ungarische Weizen von den westeuropäischen Märkten, aus England und Deutschland, fast völlig verdrängt und fand lediglich in der industrialisierten westlichen Hälfte der österreichisch-ungarischen Monarchie Absatz. Der Absatz auf den Märkten der Monarchie wäre eigentlich unbeschränkt möglich gewesen, war sie doch in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts selbst auf bedeutende Getreideeinfuhren angewiesen. Der Druck seitens der Weltmarktpreise hat jedoch zunächst eine weitere Modernisierung der Produktion vereitelt. In Ungarn war es nämlich noch immer möglich, die Produktion durch eine Ausdehnung der Anbaufläche zu steigern. Die Verwandlung von Weiden in Ackerland vergrößerte selbst um die Jahrhundertwende noch die Getreideflächen. Unter den Bedingungen der Krise fand - vor allem bei den Großgrundbesitzern - nur eine Vergrößerung der Anbaufläche statt. Eine Steigerung der Hektarerträge, die größere Kapitalinvestitionen erfordert hätte, erreichten auch sie nicht. Erst als im Jahre 1907 die Getreidezölle nach dem Muster und im Umfang der französischen und deutschen Schutzzölle erhöht wurden - eine jahrzehntelange Forderung der vor allem Getreide produzierenden ungarischen Großgrundbesitzerklasse -, wurden größere Investitionen möglich. Es kam zu einer verbreiteten Anwendung von Dampfdreschmaschinen, Traktoren sowie der künstlichen Düngung auf dem Großgrundbesitz. Die Wirkung dieser Konjunktur wurde in den Jahren nach 1910 bereits spürbar. Da brach der erste Weltkrieg aus.

Bei den Hackfrüchten, für die sich die Nachfrage auch in der Zeit der Agrarkrise nicht verminderte, gestalteten sich hingegen die Hektarerträge ganz anders. Für die Viehzucht bedeuteten die Jahrzehnte um die Jahrhundertwende eine Periode unverminderter, ja sogar wachsender Konjunktur. Mais und Futterrüben - die in Form von Schweinefleisch, Milch und Rindfleisch auf den Markt gelangten - brachten, abgesehen von den Jahren 1901 bis 1905, wo für Hackfrüchte ungünstige Witterungsverhältnisse herrschten, gleichmäßig steigende Erträge. Auch die Zuckerrüben erträge nahmen zu; der steigende Zuckerbedarf der Monarchie sowie der sich ungemein rasch erweiternde Zuckerelexport ins Zollaussland sicherten den Zuckerfabriken und den zuckerrübenproduzierenden landwirtschaftlichen Großbetrieben bis zum ersten Weltkrieg einen mächtigen Absatzmarkt. Bei Zuckerrüben machten sich nicht nur die relativ rasche Erweiterung der Anbaufläche bezahlt, sondern auch die Kapitalinvestitionen, die durch das Tiefpflügen usw. in den zuckerrübenproduzierenden Großbetrieben ein zeitgemäß modernes technisches Niveau sicherten. Die Zunahme des Zuckerkonsums in den industrialisierten Teilen der Monarchie, die Entfaltung der ungarischen Zuckerindustrie, die die Gesamtmonarchie zum größten Teil versorgte, das Auftreten der zur Steigerung der Hektarerträge von Zuckerrüben erforderlichen, aus der Industrie stammenden Maschinen, Geräte und Materialien auch in anderen Sektoren der landwirtschaftlichen Produktion - all das läßt erkennen, welche Möglichkeiten die Industrialisierung der ungarischen Landwirtschaft hätte bieten können. In einigen kapitalkräftigen Großbetrieben wurden sie auch in die Praxis umgesetzt. Insgesamt gesehen, war die Wirkung dieser Industrialisierung außerordentlich gering. Sie machte nur erste Schritte.

Es muß hervorgehoben werden, daß die Produktion und die Hektarerträge in erster Linie auch durch den Einfluß der ausländischen Nachfrage wuchsen. Das Ansteigen der Erträge von Brotgetreide in den siebziger und achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts war noch eine Folge der allgemeinen europäischen Nachfrage. Deshalb erfolgte es auch gleichzeitig mit ähnlichen Prozessen in den benachbarten ost- und südosteuropäischen Ländern. Das Ansteigen der Hektarerträge bei Hackfrüchten um die Jahrhundertwende und in den ersten anderthalb Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts basierte jedoch bereits in erster Linie auf den Bedürfnissen der westlichen Hälfte der Monarchie. In den damaligen ost- und südosteuropäischen Ländern, denen nur Auslandsmärkte zur Verfügung standen, kam es nicht zu einem derartigen Ansteigen der Hackfrüchterträge.

Damit sind wir beim eigentlichen Kern der Untersuchung angelangt: Als am Ende des 19. Jahrhunderts die Agrarkrise (in erster Linie eine Getreidekrise) die Entwicklung der Agrarländer in Ost- und Südosteuropa verlangsamte, blieb die ungarische Landwirtschaft, weil Ungarn mit der industrialisierten westlichen Hälfte der Monarchie ein gemeinsames Zollgebiet bildeten, nicht nur von den auf die Schutzzölle erfolgenden Rückschlägen verschont, sondern der sich ausdehnende Binnenmarkt Österreichs und Böhmens übte praktisch auf die ungarische Landwirtschaft eine ebensolche Wirkung aus, wie der Binnenmarkt der westeuropäischen Länder auf deren Landwirtschaft ausgeübt hatte. Das zeigte sich um die Jahrhundertwende in der Umgestaltung der Produktionsstruktur, der Entwicklung der Viehzucht sowie in der Intensivierung der Produktion. Ohne das gemeinsame Zollgebiet der österreichisch-ungarischen Monarchie hätte diese Entwicklung nicht zustandekommen können, zumindest nicht in solchem Ausmaß, wie es tatsächlich geschehen ist. Die ungarische Landwirtschaft entfernte sich damals von der im großen und ganzen auf ähnlichem Niveau stehenden Landwirtschaft der umliegenden Agrarländer. Die Entwicklung der Produktion der ungarischen Landwirtschaft basierte also eigentlich auf der rascheren Industrialisierung in der westlichen Hälfte der Monarchie. Das zeigt sich im Ansteigen der Durchschnittserträge bei Hackfrüchten und Industriepflanzen eben um die Jahrhundertwende.

Die Umgestaltung der Struktur der landwirtschaftlichen Produktion hätte um die Jahrhundertwende und in den folgenden Jahren - bei einer ungebrochen anhaltenden Entwicklung - zu einer Abnahme der Getreideanbaufläche und einem weiteren Ansteigen der Hektarerträge geführt, das heißt, das westeuropäische Entwicklungsschema hätte sich auch in Ungarn durchgesetzt. Darauf verweist der Umstand, daß im Durchschnitt der Jahre 1911 bis 1915 im Vergleich zu der vorhergehenden Zeit die Hektarerträge von Getreide und vor allem von Weizen wieder im Ansteigen begriffen waren. Der Ausbruch des ersten Weltkrieges veränderte die Lage jedoch grundlegend.

Der Zerfall der Monarchie beendete die günstigen Bedingungen für die ungarische Landwirtschaft, die auch früher schon im wesentlichen für den Export produzierte und nur über einen sehr engen Binnenmarkt verfügte, mit einem Schläge. Die Niederschlagung der Revolution von 1918/19, die Konsolidierung des konterrevolutionären Systems bedeutete, daß auch die Hoffnung auf eine radikale Agrarumgestaltung auf lange Zeit hinausgeschoben wurde. Der einzige Ausweg hätte darin bestanden, die Industrialisierung in rascherem Tempo durchzuführen und gleichzeitig in den industriell entwickelten Teilen der früheren Monarchie den Markt für landwirtschaftliche Produkte zu sichern. Die Verwirklichung der ersten Bedingung war aber im wesentlichen gerade durch die zurückgebliebene Struktur der Agrargesellschaft behindert, obwohl durch den Zerfall der Monarchie auch in Ungarn Autarkiebestrebungen aufkamen und Teile der Industriebourgeoisie in dieser Richtung ernste Hoffnungen hegten. Doch die Autarkiebestrebungen lösten in Österreich und Böhmen (nunmehr der Tschechoslowakei) ähnliche Bestrebungen mit umgekehrtem Vorzeichen aus: Dem auf einem industriellen Schutzzollsystem basierenden selbständigen ungarischen Zoll stellten Österreich und die Tschechoslowakei Zölle entgegen, die ihre eigene Landwirtschaft schützten. Nach 1918 zerfiel also die wirtschaftliche Gemeinschaft der früheren Monarchie, die Wirtschaften der sogenannten Nachfolgestaaten gingen ihre eigenen, voneinander unabhängigen Wege. Das war vor allem für das wirtschaftlich schwächere Ungarn ungünstig, das seine Industrie zwar der österreichischen und tschechischen Industrie gegenüber schützte, doch nicht imstande war, sie auch gegen die deutschen, französischen und englischen (bedeutend entwickelteren) Produkte zu schützen. Dagegen hatte es den gegen den Druck des Weltmarktes geschützten Markt für seine landwirtschaftlichen Produkte mit einem Schläge verloren. Freilich handelte es sich nicht darum, daß es landwirtschaftliche Produkte überhaupt nicht hätte verkaufen können, sondern nur darum, daß sein Export - der jetzt auch in Österreich und der Tschechoslowakei dem Druck des Weltmarktes ausgesetzt war - nunmehr auch quantitativ beschränkt wurde, das Ansteigen der Preise für landwirtschaftliche Produkte jedoch mit den Preisen der Industrieartikel nicht Schritt hielt. Alle diese Faktoren behinderten die Intensivierung der Produktion. In den Jahrzehnten zwischen den beiden Weltkriegen stagnierten in Ungarn die Hektarerträge oder gingen sogar zurück. Besonders die Hackfruchterträge sanken wesentlich (eine Ausnahme bildete der Mais), was damit erklärt werden kann, daß einerseits in den zwanziger Jahren auf dem Gebiet der Rinderzucht eine Flaute herrschte, andererseits während der ganzen Periode die Möglichkeiten des Zuckerexports stark vermindert waren. Auch beim Mais stiegen die Hektarerträge erst in den Jahren nach 1935 an, als die Vorzeichen der Kriegskonjunktur sich in Form von Schmalz- und Fleischaufkäufen durch Deutschland kräftig bemerkbar machten.

Die Stagnation oder der Rückgang der Hektarerträge in Ungarn bedeuten aber nicht, daß der zyklische Charakter der Wirtschaft nicht in anderer Form spürbar geworden wäre. Die ungarische Landwirtschaft hatte noch immer die Möglichkeit, die Produktionsergebnisse auf extensivem Wege, durch Erweiterung des Anbaubereiches zu steigern. Charakteristisch ist in dieser Beziehung, daß in der Epoche der wirtschaftlichen Konjunktur in den zwanziger Jahren, als es noch nicht schwierig war, das Getreide auf dem Markt unterzubringen, die Weizenanbaufläche auf Kosten der Weiden bedeutend erweitert wurde.

Noch nie war in Ungarn auf so ausgedehnten Flächen Weizen angebaut worden. Die Hektarerträge stagnierten dagegen, weil die Konjunktur nicht so stark war, daß man durch Maschinen, Kunstdünger usw. die Ernteerträge hätte noch weiter steigern müssen. So erreichte zum Beispiel der Verbrauch an Kunstdünger - von einem oder zwei Jahren abgesehen - im allgemeinen in dem ganzen Zeitraum nicht das Vorkriegsniveau, was im kleinen ein beredtes Beispiel dafür ist, wie sich die Bedingungen der ungarischen Landwirtschaft nach 1919 geändert haben. Das hatte um so mehr Bedeutung, als auch vor dem ersten Weltkrieg fast ausschließlich die größten warenproduzierenden Betriebe Kunstdünger verwendeten. Das Öffnen der Agrarschere war eben in diesen Betrieben am meisten fühlbar. Die Verwendung von Kunstdünger nahm ab, beim Pflügen ging man während der Krise vom Traktor wieder auf das Ochsenengespann zurück und statt der benzingetriebenen Maschinen wurde der Dampfpflug wieder eingesetzt, der mit Holz eigener Produktion beheizt wurde, oder aber auch hier Ochsenengespanne, für die das Futter auf den eigenen Feldern wuchs.

Sehr charakteristisch ist für diese Situation, daß sich der Abstand zwischen den Hektarerträgen in den verschiedenen Größengruppen landwirtschaftlicher Betriebe in diesen Jahrzehnten verringerte. In Ungarn hatten sich, wie auch in den rückständigen ost- und südeuropäischen Ländern, wo wenig Kapital zur Verfügung stand, wesentliche Unterschiede innerhalb der Produktion zwischen Groß- und Kleinbetrieben herausgebildet. Lediglich die Großgrundbesitzungen konnten annähernd mit der landwirtschaftlichen Praxis der entwickelten Industrieländer Schritt halten und deren Ergebnisse übernehmen. Infolgedessen bildeten sich in diesen Ländern die durchschnittlichen Hektarerträge durch die wechselseitige Wirkung zweier Faktoren; die relativ hohen Erträge der größten Gutsherrschaften und die sehr niedrigen in den Millionen bäuerlicher Zwerg- und Kleinbetriebe. Die Unterschiede zwischen den Hektarerträgen dieser beiden Betriebsgruppen verringerten sich in Ungarn in den zwanziger und dreißiger Jahren bei Getreide und einigen Hackfrüchten. Die Ursache dafür bestand vor allem darin, daß die Produktion der Großbetriebe sich nicht weiterentwickelt hatte, ja an der Wende der zwanziger und dreißiger Jahre in extensiver Richtung verlief, während die kleinbäuerlichen Betriebe infolge höherer Besteuerung, weiterer Verschlechterung der Preisverhältnisse und durch das Öffnen der Agrarschere gezwungen waren, die in der Familie zur Verfügung stehende Arbeitskraft immer intensiver auszunutzen. Besonders bei den Hackfrüchten, wo auf dem gegebenen technischen Niveau die Menge und die Qualität des Hackens eine bestimmende Rolle für die Hektarerträge spielten, nahmen die - übrigens hier ohnehin nur unbedeutenden - Unterschiede in den Hektarerträgen zwischen Groß- und Kleinbetrieben ab. Die Hackfruchtfelder wurden nämlich (mit Ausnahme der Zuckerrübe) auch in den Großbetrieben in manueller Arbeit von Halb- bzw. Drittelgesinde bestellt. Der Verlust der geschützten Märkte der Monarchie führte also nicht nur zur Stagnation der Hektarerträge des Landes insgesamt, sondern auch dazu, daß die Erträge der Großbetriebe - manchmal bedeutend - zurückgingen.

Man sollte meinen, daß die radikale Zerschlagung der mit vielen feudalen Überresten behafteten Agrarstruktur im Jahre 1945 den Weg zu einer Steigerung der Hektarerträge freigemacht hätte. Es vergingen jedoch noch fast zwei Jahrzehnte, bevor diese Wirkung tatsächlich eintrat. Die der Befreiung zunächst folgenden Jahre waren Jahre der Rekonstruktion. Ziel war auf jedem Gebiet die Erreichung des Vorkriegsniveaus der Produktion. Den anstelle des aufgeteilten Großgrundbesitzes entstandenen Kleinwirtschaften standen weder die entsprechenden Geräte, noch die notwendigen Produktionserfahrungen zur Verfügung, als daß sie die Produktion des Großgrundbesitzes reibungslos hätten ersetzen können. Das zeigte sich am deutlichsten gerade im Zuckerrübenanbau, wo die Großgrundbesitzer ihre Hektarerträge mit der modernsten Technik erreicht hatten. Bei den übrigen Pflanzen, besonders bei Mais und Getreide, war es schon leichter, den früheren Hektarertrag zu erreichen.

Von einem erheblichen Wachstum konnte jedoch keine Rede sein. Die von 1949 bis 1956 durchgeführte Wirtschaftspolitik war darauf gerichtet, die Kleinbauern zum Eintritt in die Genossenschaften, zur Schaffung sozialistischer Großbetriebe in der Landwirtschaft zu bewegen. Das zur Industrialisierung benötigte Kapital mußte unter anderem auch aus der Landwirtschaft rasch akkumuliert werden. Das Erfassungssystem beschränkte die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Betriebe zur erweiterten Reproduktion. Nachteilig wirkten sich auch die Veränderungen im Preissystem aus (gleichbleibende Agrarpreise bei steigenden Industriepreisen = Preisschere). Diese Faktoren bewegten die Bauern nicht zur Mehrproduktion auf den Flächeneinheiten, zur Steigerung der Hektarerträge, wie das früher die Bodensteuer tat, sondern die Produktivität wies rückläufige Tendenzen auf. Die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln warf Probleme auf. Deshalb mußten 1956 einige Korrekturen in der Agrarpolitik vorgenommen werden.

Mit der Abschaffung des Erfassungssystems verschwand das größte Hindernis, das einem Produktionszuwachs im Wege gestanden hatte. Die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft wurde jetzt erfolgreich durchgeführt. Als klar wurde, daß auch die Genossenschaften bei den gegebenen Aufkaufpreisen ihre Produkte nur mit Verlust erzeugen können, wurden die Aufkaufpreise wesentlich erhöht.

Die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft schuf günstige Entwicklungsbedingungen für diesen Volkswirtschaftszweig. Damit begann das Ansteigen der Hektarerträge. In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre hat das Einfließen von Maschinen, Kunstdünger und Pflanzenschutzmitteln in die Landwirtschaft auch in dieser Hinsicht sehenswerte Veränderungen mit sich gebracht; Es gelang, bei Getreide und einigen Hackfrüchten, vor allem Mais, die Erträge zu steigern. Die sozialistischen Großbetriebe haben in den genannten Zweigen der Pflanzenproduktion die Erträge der früheren kapitalistischen Großbetriebe erreicht bzw. überboten. In den letzten Jahren waren die Erträge im Lande insgesamt schon höher als in den Großbetrieben vor dem Kriege. Es muß jedoch hervorgehoben werden, daß dies nur ein erster Schritt ist, denn das rasche Ansteigen der Erträge in der sozialistischen ungarischen Landwirtschaft beschränkt sich zur Zeit noch nur auf Getreide und einige Hackfrüchte. In der Zuckerrübenproduktion und in der Viehzucht übersteigt zwar der Landesdurchschnitt den früheren etwas; die Produktionsergebnisse der Großbetriebe von vor dem Kriege wurden bisher jedoch noch nicht übertroffen. Das wird wahrscheinlich in den nächsten Jahren erreicht, wenn der Einfluß entsprechender agrarpolitischer Maßnahmen, die nicht mehr nur eben entstandene Löcher stopfen, sondern perspektivischen Charakter haben, zur Wirkung kommt.

Wie können die Ergebnisse der ungarischen Landwirtschaft international bewertet werden? Können aus diesem Vergleich Schlüsse auf den Charakter der Entwicklung der ungarischen Landwirtschaft gezogen werden?

Die Gestaltung der Hektarerträge in Ungarn ist von vielen Gesichtspunkten her sehr eigenartig und unterscheidet sich grundlegend von der der übrigen europäischen Länder. Kein einziges anderes europäisches Land verfügt über eine derartige Entwicklungskurve der Hektarerträge. In den industriell entwickelten Ländern Europas stiegen die Hektarerträge in den untersuchten Jahren rasch an. Stockungen in den neunziger Jahren des 19. und den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts erwiesen sich als zeitweilig. Das Charakteristische für die Erträge dieser Länder war ein rasches Ansteigen. Gleichzeitig damit erfolgte eine Umgestaltung der Produktionsstruktur. Seit den siebziger und achtziger Jahren nahm in den industriell entwickelten Ländern Europas die Getreideanbaufläche allgemein ab (auf den verbliebenen Gebieten stiegen die Erträge hingegen stark an), und der Bodenanteil für andere Kulturen erhöhte sich. Später, seit der Wende der zwanziger und dreißiger Jahre, konnte in dem einen oder anderen Land die Getreideanbaufläche wieder zunehmen, doch änderte das nichts daran, daß auch in diesem Zeitabschnitt die Hektarerträge im allgemeinen stiegen.

Auch in den ost- und südosteuropäischen Agrarländern stiegen die Hektarerträge im untersuchten Zeitraum mit nur geringen Unterbrechungen gleichmäßig an, wenn sie auch in Ausmaß und Tempo nicht die der westeuropäischen Länder erreicht haben. Es gab aber auch weder ein solches Ausmaß noch eine solche Dauer der Stagnation wie in Ungarn. Die Entwicklung in Ungarn weicht also eindeutig von der sämtlicher europäischer Länder ab.

Ein weiteres Charakteristikum zeigt sich bei der Betrachtung der absoluten Größe der Hektarerträge. Für den Durchschnitt der Jahre 1909 bis 1913 verfügen wir über Ertragsdaten für fast alle Länder. In den industriell entwickelten Ländern waren die Erträge bedeutend höher als in Ungarn.

Doch nicht in allen Ländern. Offenbar muß man die Zahlen anders gruppieren. Die industriell entwickelten Länder, in denen die Erträge sehr hoch lagen, gehörten nämlich zu jenen, die auf sehr bedeutende Importe solcher Produkte angewiesen sind. Die höchsten Ertragsdurchschnitte finden wir stets in den westeuropäischen industrialisierten Ländern, die bei den gleichen Produkten die größte Einfuhr abwickeln (Holland, Belgien, Großbritannien, Dänemark, die Schweiz, Deutschland, Schweden usw.). Ihnen stehen alle die Länder gegenüber, die bedeutende Mengen dieser Produkte ausführen. Dabei ist es fast gleichgültig, ob das Exportland ein Agrarland ist oder ob es auch über eine entwickelte Industrie verfügt. Die Hektarerträge der USA liegen zum Beispiel genau so niedrig wie in den meisten anderen exportierenden Ländern, obwohl die USA stark industrialisiert sind. Der überwiegende Teil ihrer landwirtschaftlichen Produkte gelangte aber auf den Weltmarkt. Die dort entstandenen Preise machten es nicht erforderlich, die Hektarerträge so zu steigern, wie zum Beispiel in dem industriell viel weniger entwickelten Norwegen oder anderswo. Bei einem Vergleich der Hektarerträge dieser Länder mit denen der übrigen gehört Ungarn natürlich in die Gruppe der Exportländer. Unzweifelhaft ist aber auch, daß unter allen Exportländern, die bedeutendere Mengen ausführen, Ungarn die höchsten Durchschnittserträge aufzuweisen hat. Das bezieht sich nicht nur auf Rußland, Rumänien, Polen, Indien oder die südamerikanischen Staaten, sondern auch auf die Vereinigten Staaten und Australien, deren Wirtschaft viel stärker industrialisiert war als die Ungarns. Die Hektarerträge an Weizen, Mais und Zuckerrüben überstiegen in Ungarn sogar die Frankreichs, obwohl dieses entwickelte Industrieland einen bedeutenden Agrarexport abwickelte.

Diese Erscheinung enthüllt die bedeutenden Unterschiede zwischen Ungarn und den übrigen Exportländern. Die Zollgemeinschaft der österreichisch-ungarischen Monarchie hatte nämlich den unbeschränkten Export ermöglicht, der durch keine Zollmauer eingeengt war, während die Zollgrenzen der Monarchie nach außen die Produkte der ungarischen Landwirtschaft vor der Konkurrenz auf dem Weltmarkt schützten. Die seit den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts stets höheren Zollsätze an den Grenzen der Monarchie waren die Grundlage dafür, daß sich Ungarn hinsichtlich des Entwicklungsniveaus der landwirtschaftlichen Produktion vom Gros der Exportländer entfernte und sich dem tiefsten Niveau der europäischen entwickelten Industrieländer (Österreich, Frankreich) näherte. Darauf verweisen außer der Entwicklung der Hektarerträge auch einige andere das Niveau der landwirtschaftlichen Produktion beeinflussende Faktoren. Nochmals muß betont werden, daß sich das Niveau der ungarischen Landwirtschaft nicht auf dem Binnenmarkt Ungarns herausbildete, sondern auf dem Markt des industrialisierten Teils der österreichisch-ungarischen Monarchie, und daß es eigentlich jenes Niveau überstieg, das Ungarn ohne die Zollgemeinschaft hätte erreichen können. Nach dem ersten Weltkrieg verlor die Landwirtschaft des selbständigen Ungarns diesen Positionsvorsprung. Damit kann die Stagnation der Durchschnittserträge, ja deren rückläufige Bewegung in diesen Jahrzehnten erklärt werden. Die Industrialisierung geriet ebenfalls ins Stocken. Fünfzig Prozent der Bevölkerung fanden noch immer in der Landwirtschaft ihren Unterhalt, das Lebensniveau der städtischen Bevölkerung und so auch ihr Konsum stagnierten ebenfalls, der Binnenmarkt stellte also noch immer keine bedeutende Anziehungskraft für die Landwirtschaft dar. Infolge des die Industrie unterstüt-

zenden Zollschatzes stiegen die Preise für Industrieartikel rapide an, die Preise für landwirtschaftliche Produkte konnten damit nicht Schritt halten, die Preisschere öffnete sich weit. Dadurch stagnierten die Hektarerträge.

In diesen Jahrzehnten verlangsamte sich die Entwicklung der Hektarerträge auch international. Dies erklärt sich teilweise durch die Überproduktion infolge der Einbeziehung neuer Flächen in die landwirtschaftliche Produktion in Übersee während des Weltkrieges. Die Weltwirtschaftskrise brachte dann in dieser Hinsicht eine Änderung. In den industriell entwickelten Ländern Westeuropas stiegen die Hektarerträge stark an und erreichten nach dem zweiten Weltkrieg solche Ergebnisse, daß zum Beispiel Österreich oder die BRD in den meisten landwirtschaftlichen Produkten nicht nur autark sind, sondern gewisse Produkte auch ausführen. Verschiedene Formen und Systeme zur Unterstützung der Landwirtschaft haben die entsprechende Einträglichkeit für ein neuerliches rasches Ansteigen der Hektarerträge gesichert.

Zwischen den beiden Weltkriegen stiegen die Hektarerträge auch in Osteuropa an. Für diese Länder hatte der erste Weltkrieg keine wesentlichen Veränderungen gebracht, denn ihre Landwirtschaft hatte auch früher schon die Wirkungen der Schutzzölle der entwickelten Industrieländer gespürt. Ihr Produktionsniveau war ebenfalls niedriger als das Ungarns. So haben diese Länder - wenn auch in mäßigerem Tempo als früher - ihre Hektarerträge weiter erhöht.

Das Stagnieren der Hektarerträge in Ungarn in den Jahrzehnten zwischen den beiden Weltkriegen findet nur in den überseeischen Exportländern eine Parallele. Die riesige Überproduktion in diesen Ländern (USA, Kanada, Argentinien, Australien) verursachte ebenfalls ein Stagnieren, ja sogar einen prozentual viel bedeutenderen Rückgang der Hektarerträge als in Ungarn. Während aber vor dem ersten Weltkrieg die Hektarerträge der traditionellen Produkte in Ungarn die der französischen erreicht, ja sogar überschritten hatten, erreichten umgekehrt in den Jahrzehnten zwischen den beiden Weltkriegen die französischen Hektarerträge nicht nur jene Ungarns, sondern überschritten sie, und zwar in stets zunehmendem Tempo. Auch dieser Umstand zeigt, wie sehr sich die landwirtschaftliche Produktion Ungarns auf die Märkte der Monarchie gestützt hatte, die nun aus Binnen- zu Auslandsmärkten geworden waren. Der Binnenmarkt Frankreichs, der sich auch in dieser Epoche erweitert hatte, sicherte die weitere Entwicklung der Landwirtschaft in den zwanziger und dreißiger Jahren, während in Ungarn die Produktionsergebnisse bereits vor 1914 die Möglichkeiten des Binnenmarktes überstiegen hatten. In den zwanziger und dreißiger Jahren hat er sich nicht entsprechend erweitert, übte also keine Anziehungskraft auf die Hektarerträge aus wie in den entwickelten Industrieländern.

All das hatte zur Folge, daß in dieser Zeit der Unterschied zwischen den Hektarerträgen Ungarns und Westeuropas wuchs. Die ungarische Landwirtschaft blieb auch in dieser Hinsicht immer mehr zurück. Hingegen verminderte sich der Unterschied zwischen den Hektarerträgen Ungarns und den benachbarten ost- und südosteuropäischen Ländern. Nachdem Ungarn die seit dem 19. Jahrhundert bis zum ersten Weltkrieg vorhandenen Vorteile verloren hatte und die Stagnation einsetzte, näherten sich die Hektarerträge (und das Produktionsniveau) langsam dem Niveau der benachbarten Agrarländer. Die Jahrzehnte zwischen den beiden Weltkriegen waren ein wichtiger Abschnitt in dieser Entwicklung.

Nach dem zweiten Weltkrieg wuchs der Abstand zwischen den Hektarerträgen der industriell entwickelten Länder und denen Ungarns rasch an. Er hat sich in den vergangenen Jahren fast verdoppelt. Gleichzeitig hatten die Hektarerträge der überseeischen Länder mit großem Agrarexport diejenigen Ungarns (und natürlich auch die der übrigen ost- und südosteuropäischen Länder) nicht nur erreicht und sogar bedeutend überschritten, sondern näherten sich dem westeuropäischen Niveau.

Tabelle 1

Die Entwicklung der Hektarerträge bei Weizen in den einzelnen Ländern
(quart pro ha)

Land	Durchschnitt der Jahre			
	1909-1913	1920-1924	1925-1929	1930-1934
Belgien	25,3	25,3	26,5	25,8
Bulgarien	6,2	8,5	10,2	11,5
Dänemark	29,9	28,7	28,5	28,9
Deutschland	22,7 ⁺⁺	17,4	19,8	21,5
Finnland	11,2	12,7	15,7	17,5
Frankreich	13,1	13,8	14,8	15,5
Griechenland	-	6,0	6,6	7,7
Großbritannien	21,2	21,8	22,6	22,6
Holland	23,5	27,5	30,2	29,7
Irland	25,3	21,7	24,6	26,8
Italien	10,5	10,4	12,8	14,0
Luxemburg	15,2	10,6	12,4	16,5
Norwegen	16,6	16,2	17,1	16,7
Österreich	13,7	11,3	15,1	15,9
Polen	12,4	10,6	12,3	11,7
Portugal	6,6 ^{ooo}	6,6	6,4	9,2
Rumänien	12,9	8,5	9,2	9,0
Rußland/Sowjetunion	6,9	6,1	7,5	7,2
Schweiz	21,3	20,2	22,0	21,0
Schweden	21,3	19,1	21,9	22,4
Serbien	{ 10,5 ^{xx}	-	-	-
Jugoslawien	-	9,1	11,8	10,5
Spanien	9,2	8,9	9,2	9,5
Tschechoslowakei	-	14,7	17,1	17,0
Ungarn	14,3	10,9	13,4	12,8
Argentinien	6,6	8,4	10,1	9,3
Chile	13,3	12,0	12,0	10,4
Kanada	13,3	10,6	12,6	9,1
Uruguay	-	7,4	7,6	6,2
Vereinigte Staaten von Amerika	9,9	9,5	9,6	9,1
Australien	8,1	9,2	7,2	8,2

+ Vierjahresdurchschnitt aufgrund des Kriegsausbruchs.

++ Durchschnitt der Jahre 1909 bis 1911.

+++ Vierjahresdurchschnitt.

o Dreijahresdurchschnitt.

oo Durchschnitt der Jahre 1911-1913.

ooo Vierjahresdurchschnitt.

x Zweijahresdurchschnitt.

xx Daten des Jahres 1911.

1935-1938 ⁺	1945-1949	1950-1954	1955-1959	1960-1964	1965-1968
26,8	24,7	32,4	35,7	38,3	37,7
13,6	8,8	14,3	15,3	16,9	26,3
30,3	31,7	36,8	39,6	40,2	48,0
23,2	19,1 ⁺⁺⁺	28,6	30,6	30,9	36,9
8,7	20,9 ^o	27,1	30,5	34,2	36,7
15,5	11,5	11,6	14,9	17,0	18,1
9,0	14,8	19,8	22,8	27,6	33,6
22,5	8,4	11,1	14,3	14,3	16,5
29,6	24,3	28,2	32,7	39,2	39,1
22,8	28,8	36,5	38,4	44,1	44,3
14,8	20,1	25,0	28,9	32,6	37,7
17,8	12,2	16,4	18,6	18,2	22,2
20,5	15,0	20,3	23,5	24,2	25,1
16,5	19,9	19,9	21,7	25,4	29,0
11,9	12,8	19,5	22,1	26,8	30,0
8,3	10,8	12,8	15,7	19,0	22,3
10,2	5,8	8,8	8,2	7,4	9,7
9,3	7,5 ^{ooo}	10,9	10,9	13,0	18,5
22,9	-	-	11,2 ^x	10,1	12,1
23,4	23,6	28,0	29,7	32,9	35,9
-	20,2	21,8	22,7	30,6	36,4
11,9	-	-	-	-	-
-	10,7	11,0	14,0	17,4	23,3
17,5	6,8	9,1	10,2	9,9	12,3
14,3	15,2	19,1	20,7	24,4	27,1
9,7	10,3	14,6	14,9	17,6	23,6
10,9	11,2	11,8	13,1	14,4	11,8
6,9	14,1	12,5	13,6	14,6	16,0
7,7	9,9	13,8	13,7	13,4	15,6
-	-	-	-	-	8,6
8,2	11,5	11,6	14,9	16,9	18,6
	9,5	11,4	11,4	12,8	11,8

Tabelle 2

Die Entwicklung der Hektarerträge bei Mais in den einzelnen Ländern
(quart pro ha)

Land	Durchschnitt der Jahre			
	1909-1913	1920-1924	1925-1929	1930-1934
Bulgarien	12,9 ⁺⁺	8,8	9,8	12,2
Frankreich	12,1	10,5	12,5	15,0
Griechenland	12,2 ⁺⁺⁺	9,5	8,0	8,3
Italien	15,8 ⁺⁺⁺	15,1	16,0	18,8
Jugoslawien	- 13,0 ^{ooo}	13,5	14,4	16,1
Serbien		-	-	-
Österreich	15,0	14,6	19,2	21,3
Polen	10,8	10,6	10,0	9,0
Portugal	10,5 ^x	9,7	10,9	9,7
Rumänien	13,1	10,7	10,6	10,9
Rußland/Sowjetunion	10,1	10,2	10,7	10,2
Spanien	14,7	13,9	13,9	16,2
Tschechoslowakei	-	16,2	17,6	17,3
Ungarn	17,5	13,4	16,0	16,5
Argentinien	13,8	16,8	19,7	19,3
Brasilien	-	-	-	14,1
Kanada	35,2	28,4	23,3	24,5
Vereinigte Staaten von Amerika	16,3	17,8	17,3	13,7
Australien	16,9	16,5	16,5	16,1

+ Vierjahresdurchschnitt aufgrund des Kriegsausbruchs.

++ Daten des Jahres 1914.

+++ Durchschnitt der Jahre 1911 bis 1915.

o Dreijahresdurchschnitt.

oo Vierjahresdurchschnitt.

ooo Durchschnitt der Jahre 1909 bis 1911.

x Durchschnitt der Jahre 1915, 1916 und 1918.

1935-1938 ⁺	1945-1949	1950-1954	1955-1959	1960-1964	1965-1968
11,8	8,0	12,0	17,0	25,4	31,8
15,8	9,1	18,6	26,1	29,0	44,6
9,8	8,8	9,7	12,0	13,9	20,8
20,1	15,5	20,9	28,8	33,2	36,0
17,1	16,6 ^o	12,1 ^{oo}	18,6	22,9	27,9
-	-	-	-	-	-
25,7	16,9	23,2	29,7	38,4	48,9
12,8	-	-	23,6	25,6	23,9 ^o
7,3	6,7	8,9	8,8	11,5	11,8
10,1	6,4 ^{oo}	10,6	14,4	17,2	21,2
11,5	-	-	16,7 ^{oo}	19,0	26,0
-	14,2	17,7	20,9	23,3	25,2
20,7	16,4	21,8	25,5	26,9	31,2
20,2	14,9	19,0	22,8	25,4	29,8
17,1	16,1 ^{oo}	15,4	17,7	17,5	20,6
14,4	12,9 ^o	12,5	12,7	12,8	13,5
24,9	28,1	33,2	37,4	44,2	52,0
15,1	20,6	24,1	29,7	39,0	47,1
14,3	17,2	17,6	19,8	21,1	21,6

hundert die Fruchtbarkeit der theoretischen Fruchtbarkeit der Völkergeschichte. Das Streben nach wahrem Internationalismus, der Vervollständigung und Durchdringung seiner - vielfachen Verfahren und Untersuchungsansätze - besonders auf dem Gebiet der Ästhetik und Soziologie -, der zahlreichen kleinen Entdeckungen, der Selbstverwirklichung des Geistes durch - Erkennen oder auch der Aufregungen selbst der Gewichte, der höchsten Qualitätsschritte auf der neuen philosophischen Lehren.

Zweifellos waren diese Faktoren für die Entwicklung der Chemie von großer Bedeutung, aber welche die war, um den grundlegenden Wandel zu erklären, den die Chemie in diesem kollektiven Jahrzehnt hat? Innerhalb der Chemie von der allgemeinen Anerkennung des rationalistischen Systems um etwa 1780 bis zur allgemeinen Anerkennung des evolutionistischen Systems um etwa 1790 - Also innerhalb von rund fünfzig Jahren - die sieben Jahre Spanne ihrer "operationalistischen Wende" darzustellen. Wie ist es, wie Friedrich als Symbol für die Völkergeschichte aufgeführt von der Alchemie umstritten, aber den ersten wissenschaftlichen Schritt von der mittelalterlichen - am Ende der klassischen Chemie darstellt.

Wollte man diesen Prozess in seinen ganzen Umfang und seiner ganzen Tiefe erklären, das sind nur auch die Schriften jener Chemiker anzusehen, die nicht mit demselben qualitativen Fortschritt wie Harkn, Priestley, Scheele oder Cavendish hervorgetreten sind. Gewiss, vom geisteswissenschaftlichen Standpunkt aus erregten die wäulger Aufmerksamkeit. Entscheidend ist die Geschichte der Chemie in ihrem notwendigen Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Entwicklung gesehen wird, anzusehen die Welt jener Zeit vergangenem Personalitäten wie J. Richter, J. Himmelfahrt, G. A. Hoffmann, G. A. Sackow, C. F. Wenzel oder J. C. Wiegand in einem neuen Licht, das auch zu einem tieferen Verständnis der "operationalistischen Wende" der Chemie notwendig ist. Aus diesen Werken, aus diesen zwei Deutungs-

ZUR ANNÄHERUNG VON WISSENSCHAFT UND PRODUKTION IM
18. JAHRHUNDERT - DARGESTELLT AM BEISPIEL DER CHEMIE

von Wilhelm Strube

Über die Bedeutung der Naturwissenschaften für die Entwicklung der Produktion und des gesellschaftlichen Lebens bestehen seit Ende des 19. Jahrhunderts keine Zweifel mehr. Bevor diese Erkenntnis gewonnen und in die Praxis umgesetzt werden konnte, bedurfte es eines langen Entwicklungsprozesses, der mit der Renaissance begann und auf dem Gebiet der Chemie in Deutschland im 18. Jahrhundert seine intensivste Periode durchmachte. Diese fällt zusammen mit einer kumulativen Entwicklungsetappe der Chemie selbst, die aus der Kulminationsphase um 1700 hervorging, in der die Phlogistontheorie entwickelt wurde.

In der Zeit von etwa 1745 bis 1785 wurde versucht, die Erkenntnis zu generalisieren, daß Wissenschaft und Produktion sich wechselseitig fördern müssen. Ogleich diese Bestrebungen einen wichtigen Bestandteil der ökonomischen und politischen Emanzipationsbestrebungen der bürgerlichen Klasse bildete, wurde sie von der allgemeinen Geschichtsschreibung ebensowenig beachtet wie von der Chemiehistoriographie.

In der Chemiehistoriographie erscheint die stürmische Entwicklung der Chemie im 18. Jahrhundert als Ergebnis der heuristischen Fruchtbarkeit der Phlogistontheorie, des Strebens nach wahrer Naturerkenntnis, der Vervollkommnung und Entwicklung neuer chemischer Verfahren und Untersuchungsergebnisse - besonders auf dem Gebiet der Analyse und Gaschemie -, der zahlreichen kleinen Entdeckungen, der Berücksichtigung der Gewichtsverhältnisse oder auch der Anregungen seitens der Gewerbe, der gelehrten Gesellschaften und der neuen philosophischen Lehren.

Zweifellos waren diese Faktoren für die Entwicklung der Chemie von großer Bedeutung, aber reichen sie aus, um den grundlegenden Wandel zu erklären, den die Chemie in diesem Zeitabschnitt durchgemacht hat? Immerhin hat die Chemie von der allgemeinen Anerkennung des phlogistischen Systems um etwa 1740 bis zur allgemeinen Anerkennung des Lavoisierschen Systems um etwa 1790 - also innerhalb von rund fünfzig Jahren - die entscheidende Phase ihrer "kopernikanischen Wendung" durchlaufen. Sie hat sich, wie Friedrich Engels formulierte, mit Hilfe der Phlogistontheorie endgültig von der Alchimie emanzipiert, also den ersten entscheidenden Schritt von der mittelalterlich-antiken zur klassischen Chemie zurückgelegt.

Will man diesen Prozeß in seinem ganzen Umfang und seiner ganzen Tiefe erklären, dann muß man auch die Schriften jener Chemiker ansehen, die nicht mit derartig wichtigen Entdeckungen wie Black, Priestley, Scheele oder Cavendish hervorgetreten sind. Gewiß, vom problemgeschichtlichen Standpunkt aus erregen sie weniger Aufmerksamkeit. Sobald jedoch die Geschichte der Chemie in ihrem notwendigen Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Entwicklung gesehen wird, erscheinen die Werke jener fast vergessenen Persönlichkeiten wie J. Juncker, J. Zimmermann, G. A. Hoffmann, G. A. Suckow, C. E. Weigel oder J. C. Wiegand in einem neuen Licht, das auch zu einem tieferen Verständnis der "kopernikanischen Wendung" der Chemie erforderlich ist. Aus diesen Werken, aus denen zwei Genera-

tionen gelernt haben, geht unter anderem hervor, welchen Problemen die fortschrittlichen Chemiker gegenüberstanden, um ihre neuen Auffassungen durchzusetzen. Dabei hatten sie sich mit philosophischen, sozialen und ökonomischen Fragen auseinanderzusetzen. Sie mußten die Goldmacherei ebenso bekämpfen wie die substanzlose Spekulation; vor allem aber mußten sie jene Faktoren überwinden, die der angestrebten Verbindung von Wissenschaft und Produktion direkt im Wege standen.¹

In diesem Artikel werden jene Bestrebungen dargestellt, die vorzugsweise darauf abzielten, Wissenschaft und Produktion in engere Beziehungen zu bringen. Grundlage dafür war einerseits die Entwicklung der Gewerbe, andererseits die Begründung der Phlogistonchemie.²

Für die Entwicklung der Chemie war es von grundsätzlicher Bedeutung, daß sich im 18. Jahrhundert besonders jene Gewerbebezüge stark entwickelten, die chemische Prozesse anwenden, zum Beispiel das Berg- und Hüttenwesen, oder die chemische Substanzen für ihren Produktionsprozeß benötigen, zum Beispiel das Textilgewerbe oder die Glas- und Porzellanproduktion.³ In fast allen deutschen Ländern wurden zu Beginn des 18. Jahrhunderts – zum Teil auch bereits einige Jahrzehnte zuvor – neue Bergwerke angelegt, alte wieder in Betrieb genommen und dazu die entsprechenden Hüttenwerke und metallverarbeitenden Betriebe errichtet. Besonders gut entwickelten sich die Werke in Österreich, Bayern, Schlesien, Sachsen, im Harz, in der Mark Brandenburg, in Hessen, im Solinger Land und andere.⁴

Wie eng die Erzeugung speziell chemischer Substanzen mit dem Berg- und Hüttenwesen verbunden war, zeigen zum Beispiel die Gruben und Werke zu Saalfeld. Die jährliche Ausbeute betrug im 18. Jahrhundert durchschnittlich 100 bis 150 Tonnen Kobalt, 5 bis 10 Tonnen Kupfer, 10 Tonnen Alaun und 5 bis 7,5 Tonnen Vitriol.⁵

Auch die Werke zu Goslar, die in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts durchschnittlich jährlich 9 000 Tonnen Erz gewannen, erzeugten daraus neben Kupfer, Blei und Silber auch Schwefel sowie Eisen- und Kupfervitriol; an Vitriol insgesamt im Durchschnitt jährlich 135 Tonnen. Diese Menge wurde auch in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts durchschnittlich gewonnen.⁶

Die oft sprunghafte Ausdehnung der berg- und hüttenmännischen Produktion zeigt, daß die Nachfrage nach Metallen und chemischen Substanzen groß war. So wurden zum Beispiel in Andreasberg im Harz im Jahre 1726 allein 30 Zechen neu eröffnet; im 18. Jahrhundert wur-

1 Vgl. Harig, Gerhard, Über die Entstehung der klassischen Naturwissenschaften in Europa, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Nr. 3/1958, S. 419 – 450.

2 Als Phlogistonchemie wird die Gesamtheit der Chemie von ihrer Begründung durch Georg Ernst Stahl bis zu ihrer Ablösung durch das neue System von A. L. Lavoisier aufgefaßt. Das theoretische Kernstück der Phlogistonchemie ist die Phlogistontheorie, die den Verbrennungsprozeß zu erklären versuchte und auf die Umkehrbarkeit chemischer Reaktionen aufmerksam machte. Einen weiteren wichtigen Bestandteil der Phlogistonchemie bildete die Auffassung von den Zielen und Aufgaben der Chemie.

3 Vgl. Gmelin, Johann Friedrich, Geschichte der Chemie, Bd. 2 u. 3, Göttingen 1798 u. 1799.

4 Vgl. Kuczynski, Jürgen, Geschichte der Lage der Arbeiter in Frankreich von 1700 bis in die Gegenwart, Berlin 1949, S. 57; Mottek, Hans, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Bd. 1, Berlin 1957, S. 280.

5 Vgl. Gmelin, Johann Friedrich, a. a. O., Bd. 3, S. 94.

6 Ebenda, S. 95 f., 1096.

den dort insgesamt 260 neue Werke errichtet, von denen gegen Ende des Jahrhunderts allerdings ein beträchtlicher Teil keine Ausbeute mehr gab.⁷

Die Entwicklung der berg- und hüttenmännischen Produktion war für die Entwicklung der Chemie aus zwei Gründen von besonderer Bedeutung:

1. Die Gewinnung der Metalle aus ihren Erzen ist zu einem wesentlichen Teil eine chemische Operation. Die Erze enthalten die verschiedensten Metallverbindungen, so daß die Ausbeute bei der Erzeugung des reinen Metalls bzw. der reinen Metalle nach dem mechanischen Aufschluß der Erze im entscheidenden Maße von dem chemischen Können und Wissen der Schmelzer abhing.

Der Bau größerer Hochöfen, die Verbreitung der Gießtechnik, der wachsende Umfang der Produktion stellten höhere Anforderungen an den Hüttenfachmann, die mit den bisherigen empirischen Methoden und Verfahren immer schwieriger zu bewältigen waren. Mehr und mehr fand daher die Forderung fortschrittlicher Gelehrter Beachtung, daß Leiter von Berg- und Hüttenwerken mit den Grundkenntnissen und Untersuchungsverfahren der Chemie vertraut sein müßten. Andererseits wurden die Chemiker durch die in der Praxis auftretenden Probleme angeregt, ihre Untersuchungsmethoden zu verfeinern und zu vervollkommen. Davon zeugt zum Beispiel die Einführung und Verbreitung des Lötrohrs im 18. Jahrhundert, das bereits G. E. Stahl für mineralogische Untersuchungen benutzte und zur Benutzung empfahl. Davon zeugt weiterhin, daß man - besonders in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts - bei der Beschickung der Öfen nicht allein die Qualität der Erze, sondern das Mengenverhältnis von Erzen, Kohlen und Zusätzen beachtete und erkannte, daß dieses mitbestimmend ist für die Qualität des Metalls.

Die Berücksichtigung der quantitativen Verhältnisse forderte zum Beispiel J. G. Justi in seinem Buch "Über die Manufakturen" und später J. Fr. Gmelin in seinem Buch "Anfangsgründe der ökonomischen und technischen Chemie", vor allem im Anhang über "Probier- und Schmelzkunde".⁸

So entstand aus der hüttenmännischen Praxis des 18. Jahrhunderts, mit der viele bedeutende Chemiker Deutschlands unmittelbare Beziehungen unterhielten - einige, wie zum Beispiel Henckel und Wenzel, waren beruflich als Bergrat tätig -, das Bedürfnis, die Waage zur Bestimmung der mengenmäßigen Anteile zu verwenden. Gmelin gibt zum Beispiel in seiner "Probier- und Schmelzkunde" eine ausführliche Beschreibung über die Einrichtung und Beschaffenheit einer bestmöglichen Waage. Die Chemiker Wenzel und Richter, die beide unmittelbar mit dem Berg- und Hüttenwesen verbunden waren, gingen noch einen Schritt weiter, indem sie in Erkenntnis der Bedeutung der quantitativen Bestimmung schlußfolgerten, daß sich die chemischen Verbindungen nach ganz bestimmten Mengenverhältnissen vollzögen. Sie forderten die Anwendung der Mathematik auf die Chemie und legten den Grundstein zur Stöchiometrie.

2. Mit dem Berg- und Hüttenwesen war häufig die Herstellung speziell chemischer Substanzen wie Salze, Vitriol, Alaun und Farbstoffe verbunden, wie die Produktion verschiedener Werke im Erzgebirge, in Thüringen, im Harz und anderer zeigt. So war zum Beispiel die Produktion von Smalte, einer Kobaltverbindung, aus dem Bergbau hervorgegangen. Smalte wurde als Malerfarbe verwendet sowie zum Blauen und Bleichen von Papier und weißen Tu-

7 Ebenda, S. 101; vgl. Justi, Johann Heinrich Gottlob v., ... gesammelte Schriften, worinnen das Wesen der Metalle und die wichtigsten chymischen Arbeiten vor dem Nahrungsstand und das Bergwesen ausführlich abgehandelt werden (im folgenden: ... gesammelte Schriften), Bd. 3, Berlin/Leipzig 1771, S. 6 f.

8 Vgl. derselbe, Vollständige Abhandlung von denen Manufakturen und Fabriken (im folgenden: Manufakturen), Berlin 1761; vgl. Gmelin, Johann Friedrich, Anfangsgründe der ökonomischen und technischen Chemie, Halle 1786.

chen. Auch die Gewinnung von Vitriol oder Alaun war eng mit dem Bergbau verbunden. Mit dem Ansteigen des Bedarfs an diesen chemischen Substanzen entstanden auch die ersten, speziell chemischen Betriebe um die Mitte des 18. Jahrhunderts.

Die Textilindustrie, die sich im 18. Jahrhundert entwickelte, zog die Bleicherei, die Färberei und als besonderen Zweig den Zeugdruck nach.⁹ Letzterer machte in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts sehr gute Fortschritte, da er mit der Verarbeitung der Baumwolle verbunden war, die zu dieser Zeit im verstärkten Maße eingeführt wurde und infolge ihres niedrigen Preises einen großen Absatz hatte. Der Zeugdruck, mit dem besonders das Bleichen und Färben der Stoffe verbunden war, entwickelte sich in Deutschland früher als in Frankreich und England. Preußen hatte das Verbot für Druckzeuge im Jahre 1735 aufgehoben, 24 Jahre früher als Frankreich und 39 Jahre früher als England.¹⁰

Die Glas- und Porzellanproduktion, die ebenfalls zu einem beträchtlichen Teil auf chemischen Verfahren beruht, nahm im 18. Jahrhundert einen großen Aufschwung. Die Glasherstellung war bereits im 17. Jahrhundert ausführlich von dem Chemiker Kunckel untersucht worden. Er beschrieb die Verfahren zur Herstellung der verschiedenen Gläser und machte zahlreiche Verbesserungen bekannt. Sein Buch über die Glasmacherkunst "Ars vitraria experimentalis" wurde bis ins 19. Jahrhundert hinein in der chemischen und chemisch-technischen Literatur als eine der besten und gründlichsten Anleitungen angesehen.

Die Porzellanerzeugung in Europa war überhaupt die Frucht chemischen Arbeitens, eine Erfindung des Physikers E. W. v. Tschirnhaus und des Praktikers Böttger. Glas- und Porzellanfabrikation konnten nur im größten Maßstab und auf der Basis einer innerbetrieblichen Arbeitsteilung betrieben werden. Der Übergang zu kapitalistischen Formen der Produktion war hierdurch besonders naheliegend, so daß sich in diesem Bereich wie im Berg- und Hüttenwesen und in der Färberei die organische Manufaktur durchsetzte.

Porzellanmanufakturen schossen im 18. Jahrhundert wie Pilze aus der Erde. Das Geheimnis der Porzellanherstellung wurde bald nach der im Jahre 1710 erfolgten Gründung der Meißner Porzellanmanufaktur verraten und nach und nach allgemein bekannt. 1713 begann man in Plauen an der Havel rotes Steinzeug nach dem Meißner Vorbild herzustellen, 1717 wurde eine Porzellanmanufaktur von einem aus Meißen geflohenen Arbeiter in Wien gegründet, um die Mitte des 18. Jahrhunderts in Neudeck (Nymphenburg), in Ludwigsburg und anderen Orten. 1761 gründete der Bankier Gotzkowsky die Berliner Porzellanmanufaktur, deren Größe danach beurteilt werden kann, daß Friedrich II. sie zwei Jahre später für 225 000 Taler aufkaufte. 1779 beschäftigte sie 600 Arbeiter.¹¹

Die einzelnen Fabriken erzeugten zum Teil qualitativ sehr unterschiedliches Porzellan, so daß immer wieder Chemiker die richtige Zusammensetzung des Porzellans herauszufinden suchten. Der Chemiker Pott in Berlin erregte zum Beispiel dadurch Aufsehen, daß er insgesamt 30 000 Versuche über die Einwirkung des Feuers auf verschiedene Steine und Erden anstellte. Diese Versuche sollten vor allem die genaue Zusammensetzung des Meißner Porzellans enthüllen, wozu ihm Friedrich II. den speziellen Auftrag erteilt hatte. Wenn ihm das auch nicht völlig gelang, so hat er dennoch gute Ergebnisse für die Porzellanbereitung allgemein erzielt.¹²

9 Vgl. Kulischer, Joseph, Allgemeine Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters und der Neuzeit, Berlin 1954, Bd. 1, S. 419 ff.; Bd. 2, S. 155 - 161.

10 Derselbe, a. a. O.; ebenda, Bd. 2, S. 155, 161; Mottek, Hans, a. a. O., S. 273 ff., 309 f.; vgl. Geering, Traugott, Die Entstehung des Zeugdrucks im Abendland, in: Vierteljahrsschrift für Sozialwissenschaft und Wirtschaftsgeschichte, 1. Jg. 1903, S. 419 ff.; vgl. Troeltsch, Walter, Die Calwer Zeughandlungskompanie und ihre Arbeiter, Jena 1897, S. 229 ff.

11 Vgl. Fester, Gustav, Entwicklung der chemischen Technik bis zu den Anfängender Großindustrie, Berlin 1923, S. 180 f.

12 Vgl. Kopp, Hermann, Geschichte der Chemie, Bd. 1, Braunschweig 1843/1845, S. 207.

Außer dem Berg- und Hüttenwesen und der Textil- und Porzellanmanufaktur spielten auch die Gerberei und das Gärgewerbe eine wichtige Rolle für die Entwicklung der Chemie im 18. Jahrhundert. Mit dem Wachsen der stehenden Heere stieg der Bedarf an Lederwaren, an Schuhen und Zaumzeug und mit der wachsenden Bevölkerung der Städte der Bedarf an Bier und Branntwein.

Während die Gerberei erst gegen Ende des 18. Jahrhunderts im verstärkten Maße von Chemikern untersucht wurde, beschäftigte sich bereits 100 Jahre zuvor Stahl mit dem Gärgewerbe. Immer wieder waren im 18. Jahrhundert die Klagen der Produzenten und Verbraucher laut geworden, daß die Qualität des Bieres und Weines so unterschiedlich ausfalle. Die chemischen Untersuchungen sollten hier Abhilfe schaffen, und die Chemiker konnten, trotz mangelnder Einsicht in das Wesen des Gärungsprozesses durch Beobachtungen und Versuche zahlreiche, auch vom wissenschaftlichen Standpunkt brauchbare Verbesserungen geben.

Alles dies zeigt, daß aus der wachsenden chemisch-gewerblichen Produktion erhebliche Anforderungen an die Chemie gestellt wurden und daß die Chemiker versuchten, ihnen gerecht zu werden. Wie sie sich generell mit den dabei auftretenden allgemeinen Problemen auseinandersetzten, wird weiter unten ausgeführt werden.

Neben diesen Betrieben, die zu einem beträchtlichen Teil auf chemischen Verfahren aufbauen, entwickelten sich im 18. Jahrhundert auch bereits einige speziell chemische Werke.

Die schnelle Entwicklung der Textilindustrie verlangte die gewerbliche Herstellung der Schwefelsäure. Der Bergrat und Chemiker Barth aus Freyberg hatte dazu den Auftakt gegeben, als er 1744 die Sulfurierbarkeit des Indigos mittels Schwefelsäure entdeckte. Vor dieser Zeit hatte die Schwefelsäure keine allgemeine Bedeutung besessen; das Handels-Lexikon von Hübner aus dem Jahre 1712 erwähnt sie noch nicht. Spezielle Vitriolsiedereien sind vor der Mitte des 18. Jahrhunderts nur vereinzelt und in kleinem Umfang betrieben worden, so zum Beispiel die Siedereien der Gewerbetreibenden Fischer und Rosche in Nordhausen/Harz.

Erst der steigende Bedarf an Vitriolöl regte zur chemisch-technischen Durchbildung des Verfahrens an. Ausführlich und gründlich beschrieb es 1755 der Mediziner und Chemiker Johann Christian Bernhardt in seinem Buch "Chymische Versuche und Erfahrungen...". Entsprechend diesen Ausführungen hat der Pächter des Vitriolwerkes von Beyerfeld, Köhler, das Verfahren technisch durchgebildet.¹³

Die verwitterten Rückstände des Vitriolschiefers oder die Abbrände pyrithaltiger Stein- und Braunkohlen wurden ausgelaugt, die Lauge eingedampft und zu Vitriolstein kalziniert. In tönernen Retorten wurde diese Masse stark erhitzt, aus der dann das Oleum herauskockerte. Aus dem Rückstand wurde noch eine rote Farbe, Polierrot, gewonnen.

Um 1750 entstanden allein in Sachsen zehn Brennereien, um 1790 waren es dreißig geworden. Die Betriebe waren nicht groß und kamen im Durchschnitt mit zwei bis fünf Arbeitern aus.¹⁴ Außer in Sachsen wurden in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts im Harz, in Schlesien, in Böhmen, Bayern und anderswo Vitriolsiedereien errichtet.

Die synthetische Herstellung von Schwefelsäure durch "Verpuffen" von Schwefel in Gegenwart von Salpeter, die 1736 in England durch Ward gewerbsmäßig eingeführt wurde, ist in

13 Vgl. Fester, Gustav, a. a. O., S. 139 f.

14 Der chemische Betrieb, auch im kleinen Maßstab, ist an sich von hoher organischer Zusammensetzung. (Vgl. Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 654 ff.) Die Apparate, Bottiche, Röhren, Destillationskolonnen, Auffanggefäße bedürfen nur der Aufsicht. Die Arbeitskräfte werden im wesentlichen gebraucht für die Unterhaltung des Feuers, den Antransport des Rohmaterials, die mechanische Aufschließung und den Abtransport sowie die Lagerung des Fertigprodukts.

Deutschland infolge seiner reichen Vitriolvorkommen erst im 19. Jahrhundert übernommen worden. Lediglich in Berlin gab es zwei Betriebe, die nach diesem Verfahren arbeiteten. Der eine wurde 1748 von dem Gewerbetreibenden Thiele, der andere 1768 von dem Chemiker Kurella eingerichtet. Letzterer beschäftigte vier Arbeiter.¹⁵

Ein anderes chemisches Erzeugnis, das für die Färberei, Hutmacherei, Gerberei und Metallverarbeitung (zum Scheiden und Kupferstechen) gebraucht wurde, war die Salpetersäure. Der steigende Bedarf an Salpetersäure führte ebenfalls zu Gründungen von speziell chemischen Betrieben. So wurde im Jahre 1788 die chemische Fabrik von Fickentscher in Marktredwitz (Bayern) aufgebaut, die neben Salpetersäure verschiedene andere chemische Präparate herstellte.

Ein ähnliches Unternehmen bestand in Königsbronn in Württemberg.¹⁶ Die Salpetersäure wurde, nach den Angaben Jean François Demachys, aus Salpeter, gemischt mit Eisenvitriol, Ton oder Alaun durch Destillation in meist tönernen Retorten gewonnen.¹⁷ In Berlin bestanden im Jahre 1777 drei Betriebe, die speziell Salpetersäure herstellten.¹⁸

Der steigende Bedarf an Salmiak, der zum Löten, in der Färberei zum Avivieren (Befestigen der Farbstoffe) und als Beize für Schnupftabak verwendet wurde, führte 1759 zur Gründung der chemischen Fabrik der Gebrüder Gravenhorst in Braunschweig, die 1764 auch einen Farbstoff entwickelten, das "Braunschweiger Grün", das aus Kupfervitriol mit Kalk unter Zusatz von Kochsalz ausgefällt wurde. In den folgenden Jahren entstanden weitere Werke in Amberg, Tübingen, Nußdorf bei Wien und andere.¹⁹

Zur Herstellung von Salmiak wurden Wollabfälle, Knochen und andere tierische Substanzen destilliert, das Destillat mit Ätzkalk verdampft, der Rückstand aussublimiert; oder man verwandelte das Knochendestillat mit Alaun- oder Vitriollösung in Ammoniumsulfat, versetzte dies in Lösung mit Kochsalz. Daraus gewann man durch Eindampfen und fraktionierte Kristallisation erst Natriumsulfat, dann Salmiak.²⁰

Auch der wachsende Bedarf an Alaun für die Färberei, Weißgerberei, Metallurgie sowie zum Leimen von Papier führte zu Betriebsgründungen. Das im Jahre 1717 bei Freienwalde in der Mark errichtete Unternehmen erzeugte Ende des 18. Jahrhunderts jährlich 250 bis 300 Tonnen Alaun und außerdem Eisenvitriol. Weitere Alaunwerke entstanden bei Oberkaufungen und Groß-Almeroda in Hessen, bei Gleißen in der Mark, bei Saalfeld, bei Muskau, bei Schwemsal (Düben), am Eckartsberge, in Belgern (Sachsen), bei Zweibrücken und anderswo.²¹

Alaun wurde durch Rösten von Alaunschiefer oder Alaunerde, durch Auslaugen, Eindampfen und Klären, durch Ausfällen mit Urin, Waschen, Umkristallisieren und Trocknen gewonnen und als Alaunmehl in Fässern versandt.²²

Als 1710 das Herstellungsverfahren des von Dippel und Diesbach entwickelten Farbstoffs, des sogenannten Berliner Blau, bekanntgemacht und 1744 durch Macquer seine Fixierbarkeit

15 Vgl. Fester, Gustav, a. a. O., S. 139 f.

16 Ebenda, S. 144 f.

17 Vgl. Demachy, Jean François, Laborant im Großen, a. d. Franz. übers. v. D. S. Hahemann u. mit Anm. v. Wiegleb und Struve, Leipzig 1801 (Paris 1777).

18 Vgl. Nicolay, Friedrich, Beschreibung der königlichen Residenzstädte Berlin und Potsdam, Berlin 1779.

19 Vgl. Fester, Gustav, a. a. O., S. 159.

20 Vgl. Demachy, Jean François, a. a. O.

21 Vgl. Fester, Gustav, a. a. O., S. 161.

22 Ebenda, S. 161 f.

auf Gewebe entdeckt wurde, entstanden so viele "Blaufarbbewerke", daß zeitweilig über ein zu großes Angebot und dementsprechend einen zu niedrigen Preis geklagt wurde.²³

Diese Beispiele über die Entwicklung der ersten chemischen Unternehmen in Deutschland ließen sich noch vermehren. Es wurden hiervon nur einige der wichtigsten herausgegriffen, um zu zeigen, daß neben der steigenden Produktion im Berg- und Hüttenwesen, im Textilgewerbe, in der Glas- und Porzellanherstellung usw. sich auch die chemische Produktion entwickelte, und zwar einerseits im Nebengewerbe und andererseits bereits als selbständiger chemischer Betrieb. Mit dem Wachsen der chemisch-gewerblichen Produktion und auch dem Wachsen der Größenordnung der Betriebe durch die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsformen, besonders der organischen Manufaktur, die in wichtige Zweige der gewerblichen Produktion eindrang (Bergbau, Hüttenwesen, metallverarbeitende Gewerbe; Textilveredlung, Färberei, Bleicherei, Vitriol- und Salpetersiederei, Glas- und Porzellanherstellung; Braugewerbe), wurde es immer dringender, die chemischen Prozesse zu beherrschen. Je größer der Einsatz an Rohstoffen wurde, die auf einmal in den Produktionsprozeß hineingesteckt wurden (zum Beispiel beim Schmelzen, Färben, Brauen), desto größer war auch das Risiko und desto dringender das Bedürfnis nach wissenschaftlicher Durchdringung der Produktion.

Man stieß immer häufiger an die Grenze der rein empirisch gefundenen und gehandhabten Verfahren. Die reine Empirie begann die weitere und schnelle Entwicklung der Produktion zu hemmen. Daraus erwachsen neue Aufgaben für die Chemie.

Bereits die chemische Literatur des 17. Jahrhunderts spiegelt die neuen Anforderungen der chemisch-gewerblichen Produktion wider. In den praktisch ausgerichteten Werken der Chemiker Johann R. Glauber (1604 bis 1668), Johann Kunckel (1630 bis 1702) und Johann J. Becher (1635 bis 1682) sind zahlreiche Anweisungen enthalten, wie die Gewerbetreibenden ihre Produktionsverfahren durch Anwendung chemischer Kenntnisse verbessern oder durch Aufnahme neuer Verfahren erweitern können. Mit diesen Werken zeigten sie, daß die chemische Arbeit sich weder nur auf die Transmutation noch auf die Herstellung von Arzneien beschränken dürfe. Gleichzeitig lieferten sie eine Fülle von praktischen Untersuchungsergebnissen, die die wissenschaftliche Bearbeitung geradezu herausforderten.

Glauber gelangte noch nicht zu neuen theoretischen Verallgemeinerungen. Er war vor allem Praktiker, und seine Vorstellungen gingen nicht wesentlich über die alchemistisch-iatrochemischen Lehren hinaus.

Kunckel schloß sich der Kritik an, die R. Boyle an den spagirischen und iatrochemischen Lehren geübt hatte, aber auch seine Überlegungen führten zu keiner neuen Theorie.

Becher hatte aus der Vorstellungswelt der paracelsischen Elementenlehre heraus den Versuch zur theoretischen Durchdringung eines der grundlegendsten chemischen Prozesse, des Verbrennungsprozesses, unternommen und seine Theorie von den drei Erden, speziell von der terra pinguis, aufgestellt.

Diese Chemiker, die die Bedeutung der chemisch-gewerblichen Praxis hervorhoben, unterstützten die Produktion nicht nur durch ihre fachlichen Hinweise. Indem sie zugleich die Anwendung vorhandener Kenntnisse und die Entwicklung neuer Verfahren für die Produktion forderten, lenkten sie die Aufmerksamkeit breiterer Kreise auf diese für die Entwicklung der Gewerbe wichtige Tätigkeit. Zugleich wiesen sie nach - besonders Becher und Glauber -, daß der Reichtum eines Landes zu einem wesentlichen Teil von dem Entwicklungs-

23 Vgl. Neumann Bernhard, Die Metalle, Bd. 4, Halle 1904, S. 122; Fabri, Johann Ernst Ehregott, Magazin für die Geographie, Staatenkunde und Geschichte, Bd. 15, Nürnberg 1797, S. 210; Bd. 23, S. 208; Fester, Gustav, a. a. O., S. 165 ff.

stand der gewerblichen Produktion abhängt, und sie forderten die Regierungen zur Unterstützung der Manufakturen auf.

Eine grundsätzliche Wendung zugunsten der sich entwickelnden neuen Chemie begann aber erst mit der Phlogistonchemie Stahls um die Wende vom 17. zum 18. Jahrhundert.

Stahl (1659 bis 1734) studierte in Jena Medizin und beschäftigte sich gleichzeitig sehr gründlich sowohl mit den chemischen Theorien als auch der chemischen Experimentierpraxis. 1694 wurde er Medizinprofessor in Halle, 1715 Leibarzt Friedrich Wilhelm I. in Berlin und Präsident des Collegium Medicum, der höchsten Gesundheitsbehörde Preußens. Die Städte Halle und Berlin, in denen Stahl die längste Zeit seines Lebens wirkte, waren um die Wende vom 17. zum 18. Jahrhundert Mittelpunkte des wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Aufschwungs in Deutschland geworden.

In Halle war das Bürgertum durch seinen ausgedehnten Handel, durch seine Beteiligung im Kupfer- und Steinkohlenbergbau und die Errichtung von Manufakturen erstarkt. Anfang des 18. Jahrhunderts bildete diese Stadt das Zentrum der deutschen Frühaufklärung. An ihrer - unter Beratung Samuel Pufendorfs 1690 gegründeten - Universität wirkten unter anderen Ch. Thomasius und A. H. Francke, Wegbereiter der deutschen Aufklärung und des Pietismus, mit denen Stahl zusammenarbeitete. Stahls Auffassung, daß die Chemie der Naturerkenntnis und Entwicklung der Produktion zum Nutzen der Allgemeinheit dienen sollte, zeigt seine nahe Verbindung zur Aufklärung und zum Pietismus der Frühzeit.

In seiner Hallenser Zeit haben sich Stahls Anschauungen geformt und gefestigt. Als reifer Mann ging er nach Berlin, der Hauptstadt Preußens. Hier entwickelten sich zu dieser Zeit ebenfalls die Gewerbe, besonders die Seiden-, Woll- und Baumwollmanufakturen. Auch in dieser Stadt entfalteten sich unter Pufendorfs, Leibniz' und Schlüters Einfluß Wissenschaft und Kunst (Gründung der Akademie der Wissenschaften 1700). Während die Geisteswissenschaften unter Friedrich Wilhelm I. (1713 bis 1740) wieder vernachlässigt wurden, erfuhren Medizin und Naturwissenschaften weiterhin Unterstützung, so daß Stahl für die Verbreitung seiner chemischen Lehren eine einflußreiche Wirkungsstätte fand.

Aus den chemischen Werken Stahls geht hervor, daß er mit den wissenschaftlichen Bestrebungen des damals fortschrittlichen Pietismus und den Ideen der Aufklärung nicht nur gut vertraut war, sondern sich auch für ihre Durchsetzung und Anwendung auf dem Gebiet der Chemie einsetzte.²⁴ Stahl war einer der ersten Hochschulwissenschaftler, der die Erfahrungen der Praktiker der Wissenschaft zu erschließen und die Wissenschaft der Praxis zugänglich zu machen strebte. Er kannte nicht nur die neuen theoretischen Vorstellungen aus den Werken Boyles, Lémerys und Bechers, sondern auch die reichen praktischen Erfahrungen aus den Werken Agricolas, Libavius', Glaubers, Kunckels oder Bechers, und er selbst hatte die Werkstätten der Hüttenleute, Färber usw. besucht, um durch eigene Beobachtungen seine praktischen Kenntnisse zu bereichern.

Die Frucht seiner eigenen experimentellen Erfahrung, seiner umfassenden theoretischen Untersuchungen und vor allem seiner Verbindung zur Produktionspraxis - besonders zum Hüttenwesen - waren seine Vorlesungen über die Ökonomie der Chemie, Metallurgie und Probierkunst, seine Phlogistontheorie und im Zusammenhang damit seine Lehre von der Umkehrbarkeit chemischer Reaktionen und der Reaktionszeit.

²⁴ Vgl. Stahl, Georg Ernst, Zufällige Gedanken und nützliche Bedenken über den Streit von dem sog. Sulphure, Halle 1718; derselbe, Bedenken von der Goldmacherei, Leipzig 1755; derselbe, Ausführliche Betrachtungen und zulänglicher Beweis von den Salzen, Halle 1723 u. 1765; derselbe, Anweisung zur Metallurgie, Leipzig 1720; derselbe, Von dem Ursprung der metallischen Gänge, Leipzig 1744; derselbe, Vorwort und Anmerkung zu *Ars tinctoria fundamentalis*, Jena 1703; vgl. Strube, Irene, Der Beitrag G. E. Stahls zur Entwicklung der Chemie, math.-nat. Diss. Leipzig 1961.

Aber nicht nur diese Arbeiten waren für die weitere Entwicklung der Chemie von großer Bedeutung, sondern die mit ihnen vertretene neue Auffassung von der Chemie. Stahl machte klar, daß die Beobachtung und Untersuchung der Natur und der Produktionsverfahren, das Aufspüren der Ursachen der Naturvorgänge und die kritische Prüfung theoretischer Verallgemeinerungen die Mittel zur Erkenntnis des wahren Verlaufs chemischer Vorgänge sind. Die chemische Forschung war für Stahl kein Mittel zur Goldmacherei, sondern das Instrument zur Erkenntnis der Naturvorgänge und zur Verbesserung der chemisch-gewerblichen Produktion. Stahl forderte, die Chemie in Verbindung mit den Bedürfnissen der Wirtschaft durch systematische Forschungen "dem allgemeinen Nutzen zu Vorteil" oder zum "gemeinnützigen Gebrauch" anzuwenden, die verschiedenen Vorgänge der Produktionsverfahren im Berg- und Hüttenwesen, in der Färberei, Salpetergewinnung, im Braugewerbe und in anderen Bereichen wissenschaftlich zu untersuchen, um sowohl die Chemie mit neuen Kenntnissen zu bereichern als auch die Produktionspraxis zu verbessern.²⁵ Damit übernahm die sich neu konstituierende Chemie eine Aufgabe, die bis dahin vorwiegend von den Praktikern und Alchimisten mit rein empirischen Mitteln zu lösen versucht worden war.

Des weiteren orientierte Stahl die Chemiker darauf, in der chemischen Forschung von der Erfahrung und nicht von Spekulationen auszugehen, mittels geeigneter chemischer Werkzeuge und Methoden die objektiv existierenden Stoffe und Stoffverbindungen zu untersuchen, aber zugleich auch nicht bei der bloßen Erfahrung stehenzubleiben, sondern die Beobachtungen und Untersuchungsergebnisse zu verallgemeinern, die Ursachen und tieferen Zusammenhänge aufzuspüren und die Theorie an der Erfahrung praktisch zu überprüfen.²⁶ In seinen Betrachtungen "Bedenken von der Goldmacherei" hat er diese Auffassung in dem Satz zusammengefaßt, daß er "unter dem Namen der Chymie die vernünftige, wohlbedächtige, wohlverstandene und zu gründlicher Erkenntnis führende Untersuchung und Bearbeitung" der stofflichen Umsetzungen verstehe.²⁷ Diese neue Auffassung von der Chemie setzte sich jedoch nicht im Selbstlauf und auch nicht allein durch die Tätigkeit Georg Ernst Stahls durch. Er mußte sie bis an sein Lebensende gegen zahlreiche Angriffe verteidigen und sich mit den alten Auffassungen wiederholt auseinandersetzen. Aber er verursachte eine breite Bewegung, die von seinen Schülern getragen wurde, die unter seiner persönlichen Leitung in Halle und Berlin heranwuchsen und zum Teil noch zu seinen Lebzeiten die neue Lehre in Deutschland, Frankreich und England zu verbreiten und zu systematisieren halfen.

In Berlin wirkten vor allem Caspar Neumann (1683 bis 1737) durch seine Vorlesungstätigkeit, Johann Heinrich Pott (1692 bis 1777) und Andreas Sigismund Marggraf (1709 bis 1782) durch ihre systematischen chemischen Untersuchungen. Ihr Zeitgenosse Johann Theodor Eller (1689 bis 1760) hat durch seine Reisen nach Leyden, Paris und London die Phlogistontheorie dort zu verbreiten geholfen.

In Halle wirkte vor allem Juncker (1679 bis 1759), der 1732 als erster sein systematisches Lehrbuch der Phlogistonchemie in lateinischer Sprache herausgab. Es erschien unter dem Titel "Conspectus Chemiae theoretico practicae". In den Jahren von 1749 bis 1753 gab Juncker das Buch in deutscher Sprache unter dem Titel "Vollständige Abhandlung der Chemie nach ihrem Lehr-Begriff und der Ausübung ..." heraus.²⁸ Stahls Schüler bildeten wiederum eine Reihe von Medizinern und Chemikern aus, die Stahls Phlogistontheorie und die neue Auffassung von der Chemie weiter verbreiteten. So gab zum Beispiel der Schüler Neumanns, Zimmermann, nach dessen Vorlesungen ein systematisches Lehrbuch heraus. Es

25 Vgl. Strube, Irene, a. a. O.

26 Vgl. Stahl, Georg Ernst, Zufällige Gedanken und nützliche Bedenken über den Streit vor dem sog. Sulphure, a. a. O., S. 118 - 134.

27 Derselbe, Bedenken von der Goldmacherei, a. a. O., S. 2 f.

28 Vgl. Juncker, Johann, Conspectus Chemiae theoretico practicae..., Bd. 1, Halle 1730; Bd. 2, Halle 1738; deutsch von Lange: Vollständige Abhandlung der Chemie ..., 3 Bde., Halle 1749 - 1753, französisch v. Demachy, Paris 1757.

erschien 1740 in Berlin unter dem Titel "Praellectiones Chymiae" in lateinischer und später in deutscher Sprache unter dem Titel "Allgemeine Grundsätze der theoretischen und praktischen Chemie ...".²⁹ Ein anderer Schüler Neumanns, Heinrich Kessel, gab - ebenfalls nach dessen Vorlesungen - ein Buch unter dem Titel "Chemia theoretico-practica" heraus.³⁰

Mit der Herausgabe dieser chemischen Lehrbücher und Monographien in der Zeit von 1730 bis 1760 wurden im wesentlichen drei bedeutende Aufgaben gelöst:

1. die Phlogistonchemie wurde lehrbuchmäßig systematisiert und auf wichtige chemisch-gewerbliche Bereiche angewandt; 2. wurden die neuen chemischen Kenntnisse breiteren Kreisen zugänglich gemacht durch Veröffentlichung der Werke in deutscher Sprache; 3. mit der Phlogistonchemie wurde die neue Auffassung von der Chemie im Kampf gegen überholte Ansichten verbreitet, die Unzulänglichkeit der reinen Spekulation und des Empirismus sowie die Notwendigkeit, Praxis und Theorie miteinander zu verbinden, nachgewiesen.

Auf dieser Grundlage gelang es dann, die wissenschaftliche und gesellschaftliche Stellung der Chemie zu festigen und die Lehre von der Chemie, ihre Aufgaben und Ziele klar herauszuarbeiten.

Stahls Forderung, sich mit der gewerblichen Praxis vertraut zu machen, war für viele Vertreter der offiziellen Wissenschaft etwas Neues und Besonderes; ein großer Teil stand ihr ablehnend oder abwartend gegenüber. Noch herrschten die feudalen Verhältnisse und Anschauungen, noch wurde die praktische Arbeit mißachtet und die geistige Tätigkeit als die einzige, den gehobenen Ständen ziemende Beschäftigung betrachtet.

Die Schüler Stahls brachen mit dieser Tradition und verlangten eine Umwertung der Werte. Um der Chemie und Produktion voranzuhelfen, sahen sie sich gezwungen, gegen die herrschende feudale Ideologie und die Standesprivilegien aufzutreten, wobei sie zugleich die Anschauungen der aufstrebenden bürgerlichen Klasse verbreiteten.

Die Phlogistiker charakterisierten die gewerbliche Praxis und die Erfahrungen der Gewerbetreibenden als eine Fundgrube wissenschaftlicher Erkenntnisse. Sie wandten sich gegen die Mißachtung der gewerblichen Tätigkeit durch die oberen Stände, hoben demgegenüber den Wert der praktischen Arbeit hervor, wiesen auf den Nutzen der Gewerbe für das Wohl des Landes und für das Einkommen des Staates hin und appellierten an Fürsten und Staatsmänner, Gewerbe und Handel zu achten und zu fördern sowie die Behinderungen zu beseitigen. Ihre Forderungen liefen allerdings nicht darauf hinaus, das Feudalsystem zu stürzen, sondern nur darauf, die hemmenden Einrichtungen zu beseitigen und die bürgerlichen Interessen zu fördern. Sie erkannten zwar, daß die Mißstände im Feudalsystem lagen, glaubten jedoch - wie viele Utopisten der bürgerlichen Aufklärung -, daß die Mißstände durch die Vernunft und Einsicht der Herrschenden im Rahmen der bestehenden Machtverhältnisse abgeschafft werden könnten. Gegen Ende des untersuchten Zeitabschnittes wurde der Kampf gegen die feudalen Hemmnisse zwar entschiedener, jedoch nicht wie in Frankreich in Verbindung mit den politischen Kämpfen geführt.

Das Bemühen der fortschrittlichen Kräfte, die Wissenschaftler von der Notwendigkeit zu überzeugen, die gewerbliche Praxis zu studieren, führte in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts dazu, daß einige Wissenschaftler das Studium der Gewerbe generell zum Gegen-

²⁹ Vgl. Zimmermann, Johann Christian, Praellectiones Chymiae ..., Berlin 1740; deutsch: Allgemeine Grundsätze der theoretischen und practischen Chemie ..., 2 Bde., Dresden 1755 u. 1756.

³⁰ Vgl. Kessel, Johann Heinrich, Chemia theoretico-practica, 4 Bde., Züllichau 1749 - 1755.

stand ihrer Arbeit erhoben, wie zum Beispiel Johann Beckmann (1739 bis 1811), der "Vater der Technologie". Er schrieb: "Der Gelehrte wird in den Werkstätten, als in einer neuen Welt, Gegenstände finden, die ihm, er sei auch noch so sehr durch Vorurteile für spekulative Wissenschaften, abgehärtet, Verwunderung erregen werden; Gegenstände, die ebenso viel Witz, Kenntnis, Nachdenken, Scharfsinn, zu ihrer Beurteilung und Erklärung verlangen, als immer ein gelehrtes Problem verlangen kann. (Auch hier ist Gott, sagte Heraklid, als Pedanten sich wunderten, ihn in einer Eisenschmiede anzutreffen.) Dann werden Gelehrte Gewerbe erheben helfen, ohne die der Staat nicht sein kann, die aber, weil man sie in Deutschland, aus Unwissenheit und Vorurteil, immerhin für einfältige, unanständige Beschäftigungen gehalten hat, bis zur Klasse des gemeinsten, unwissendsten, unbemitteltesten Pöbels herunter gesunken sind, wo sie, wie Samen auf dem Felsen, zwar aufkeimen, aber aus Mangel der Nahrung und Pflege, niemals völlig reifen."³¹

Während sich die Wissenschaftler an den Universitäten (wie zum Beispiel Juncker) mehr darauf konzentrierten, die Gelehrten auf den Wert der praktischen Erfahrung der Gewerbetreibenden hinzuweisen, wandten sich Wissenschaftler wie Justi, Taube oder Bischoff, die unmittelbarer mit der Produktionspraxis verbunden waren, in stärkerem Maße gegen die in der herrschenden Klasse verbreitete Mißachtung der gewerblichen Tätigkeit. Aus ihren Ausführungen geht hervor, daß sie den Zusammenhang, der zwischen der Entwicklung der Gewerbe, der gesellschaftlichen Verhältnisse und der Wissenschaft besteht, erkannten und eine Veränderung der Lage im Interesse des Bürgertums erstrebten.

Diese fortschrittlichen Gelehrten sahen die Ursachen für das ungenügende Wachstum der Gewerbe in den feudalen Einrichtungen, Anschauungen und Lebensweisen der oberen Stände. Justi zum Beispiel machte die Dünkelhaftigkeit der oberen Stände und ihr Vorurteil gegenüber der Arbeit der Gewerbetreibenden und Kaufleute verantwortlich für die schleppende Entwicklung von Gewerbe und Handel in Deutschland.³² F. W. Taube hielt in seinem Buch "Historische und politische Abschilderung der engländischen Manufakturen, Handlung, Schifffahrt und Colonien ..." die fortgeschritteneren englischen Verhältnisse den Deutschen als Muster vor Augen und kritisierte die Lebensweise des Adels. Er schrieb, daß er sich die Stunden, die ihm seine "Amtsgeschäfte übriglassen, nicht nach der Wienerischen Mode mit Schauspielen, Lustreisen, Spazierfahrten, Bällen, Gesellschaften, Konzerten, Musiken, Kartenspielen und dergleichen mehr verderbe; sondern zu nützlichen und ernsthaften Dingen anzuwenden pflege."³³

Als Ursache für die weltfremde Ausbildung von Studenten an den noch vom scholastischen Geist überwucherten Universitäten bezeichnete Taube die Verachtung der Gewerbe. Den Universitäten warf er vor, daß sie die Menschen nicht für das praktische Leben ausbildeten, sondern für die geistigen Bedürfnisse des Adels, für die Verbreitung erbaulicher Ideen und inhaltsloser Theorien. Er schrieb: "Die übertriebene und ganz unmäßige Anzahl der Knaben und Jünglinge, welche in Deutschland, Spanien und Welschland dem Studieren gewidmet werden, entzieht dem Feldbau und den Manufakturen gar zu viele Hände, und überschwemmt den Staat, wo nicht mit stolzen und halbbelehrten Bettlern, doch mit unnützen, mäßigen und trägen Bürgern und Mitgliedern. Diese eingerissene Studierseuche entsteht aus der Verachtung, worinnen der Kaufmann, Fabrikant und Handwerksmann lebet. In England ist es aber ganz anders beschaffen."³⁴ Und er forderte, auch in Deutschland Handwerk und Manufaktur zu Anerkennung und Ehre zu bringen.³⁵

31 Beckmann, Johann, Anleitung zur Technologie ..., Göttingen 1777, Vorrede, S. 5 f.

32 Justi, Johann Heinrich Gottlob v., Manufakturen, a. a. O., S. 146.

33 Taube, Friedrich Wilhelm, Historische und politische Abschilderung der engländischen Manufakturen, Handlung, Schifffahrt und Colonien, Wien 1774, S. 6

34 Ebenda, S. 7.

35 Ebenda, S. 192.

Johann Bischoff machte in seinem Buch "Versuch einer Geschichte der Färbekunst"³⁶ den "kriegerischen Geist", von dem das deutsche Volk jahrhundertlang beherrscht worden wäre, verantwortlich für das Zurückbleiben der Künste, Manufakturen, und Handwerke in Deutschland gegenüber denen in Frankreich und England. Dieser kriegerische Geist habe es mit sich gebracht, daß in breiten Kreisen eine Abneigung gegenüber dem Handwerk bestünde. Das Handwerk wäre sich selbst überlassen gewesen, auch die Gelehrten hätten sich nicht um die Gewerbe gekümmert, woraus die Stagnation ihrer Wissenschaft zu einem wesentlichen Teil zu erklären wäre. Denn "die Unwissenheit der mittleren Zeiten und der Stolz der damaligen Gelehrten, entzogen dem Handwerksmann die besten und wirksamsten Hilfsmittel zur Verbesserung seines Gewerbes."³⁷

Ähnliche Ansichten vertrat auch Beckmann. Er verurteilte die Lustreisen des Adels und forderte, daß die Angehörigen der oberen Stände andere Länder weniger zu ihrem Vergnügen als zum Studium der Gewerbe besuchen sollten. Die Lustreisen trügen nur Geld hinaus und brächten nichts mit als erbauliche Erzählungen von neuen Moden und irgendwelchen Sehenswürdigkeiten. "Würden diejenigen, welche auf Reisen gehen wollen, sich vorher die verschiedenen Gewerbe bekannt machen, und sich dadurch Lust und Fähigkeit erwerben, den Zustand derselben bei den Ausländern zu untersuchen, und ihre Vorteile und neuen Erfindungen zu bemerken, so würden sie mit noch reichlicher Beute, als jetzt gewöhnlich ist, wenigstens nicht mit Verlust, welches des allergewöhnlichste ist, zurück kommen ... Dann würden zwar deutsche Taler hinausgetragen, aber auch ausländische Kenntnisse hereingebracht, und es würde noch die Frage sein, wer die Bilanz bezahlte, der Deutsche, oder der Ausländer."³⁸

Neben ihren Bemühungen, die Bedeutung der chemisch-gewerblichen Produktion für die Wissenschaft und die Schädlichkeit ihrer Mißachtung aufzuzeigen, suchten die fortschrittlichen Chemiker gleichzeitig, auch Regenten und Staatsmänner auf die Bedeutung der Gewerbe hinzuweisen.

So erklärte zum Beispiel Justi, daß kein Staat ohne die Gewerbe und Manufakturen bestehen könne. Die Manufakturen bildeten die "Grundlage des Staates".³⁹ Von ihrer Entwicklung hing der Reichtum des Landes und der Wohlstand seiner Bewohner ab. Regenten und Staatsmänner sollten dafür sorgen, daß sich die Wissenschaftler mehr und besser mit den Gewerben vertraut machten, aber sie sollten auch die Faktoren beseitigen helfen, die die Gewerbe und den Handel behinderten; die einengenden Vorschriften der Zünfte, Innungen und die Polizeiverordnungen.

Justi, der sich mit ökonomischen Fragen grundsätzlich auseinandersetzte, erhob Forderungen, die eindeutig das Interesse des Bürgertums zum Ausdruck brachten. Er wandte sich zum Beispiel gegen die Bereicherung der Kirche, da sie das Geld zum Schatz versteinere, so daß es der Zirkulation verlorengelie. Er forderte die Handelsfreiheit sowie die Abschaffung der Leibeigenschaft, da letztere nachteilige Folgen für die Wirtschaft habe.⁴⁰ Viele Leibeigene würden in andere Länder entfliehen, so daß der eigenen Wirtschaft die Arbeitskräfte verlorengelie.⁴¹

³⁶ Vgl. Bischoff, Johann Nicolaus, Versuch einer Geschichte der Färbekunst ..., Stendal 1780.

³⁷ Ebenda, S. 2.

³⁸ Beckmann, Johann, a. a. O., S. 3 f.

³⁹ Vgl. Justi, Johann Heinrich Gottlob v., Manufakturen, a. a. O., S. 47; Mottek, Hans, a. a. O., S. 269.

⁴⁰ Justi, Johann Heinrich Gottlob v., Manufakturen, a. a. O., S. 47.

⁴¹ Ebenda, S. 134.

Mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktion und der Verschärfung der Konkurrenz mehrten sich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts aber auch die Stimmen aus den Kreisen der Gewerbetreibenden, die von den Wissenschaftlern forderten, sich mit den Problemen der Produktionspraxis zu befassen.

So kritisierte zum Beispiel Bischoff, daß die deutschen Wissenschaftler die Bedeutung der Färbekunst unterschätzten. "Diese ergiebige Quelle des Handels, und der Einkünfte" müßte stärker beachtet und ausgenutzt werden. "Dauerhafte und schöne Farben", schrieb er, seien "das sicherste und beinahe einzige Mittel, die Manufakturen in Aufnahme zu bringen und ihren Absatz zu befördern".⁴² Deshalb mußten sich die Naturwissenschaftler mit den Problemen der Färberei befassen.

Die Einbeziehung der Produktionserfahrungen in die Wissenschaft sowie die Forderung nach Anerkennung der gewerblichen Tätigkeit war die eine Seite des Kampfes der Phlogistiker für die Annäherung von Wissenschaft und Produktion. Im gleichen Maße sahen sie sich veranlaßt, gegen den Empirismus in den chemischen Gewerben vorzugehen, der sich darin äußerte, daß die Praktiker lediglich nach Rezepten arbeiteten, ohne die Ursachen der Vorgänge zu kennen, daß sie sich aufs Ausprobieren verließen und nicht nach wissenschaftlichen Überlegungen experimentierten oder neue Verfahren entwickelten.

Vielen Praktikern mußten die fortschrittlichen Gelehrten erst einmal vor Augen führen, daß und in welchem Umfang die Phlogistonchemie für die Arbeit in den Laboratorien und Werkstätten von Bedeutung ist.⁴³ Auch die Gebildeteren unter den Produzenten waren gewöhnlich nicht in der Lage, den Wert wissenschaftlicher Methoden und Theorien für ihre Praxis zu erkennen oder gar zu beurteilen.

Die Phlogistiker erklärten daher den Fabrikanten, welche Gewerbe ganz oder zum Teil auf chemischen Verfahren beruhten, welchen Nutzen die Chemie den Gewerben bereits gebracht habe, welch qualitativer Unterschied zwischen der rein empirischen und wissenschaftlichen Chemie bestünde und daß nur mit Hilfe der letzteren die Produktion wesentlich verbessert werden könnte. Um den Gewerbetreibenden die chemische Literatur zugänglich zu machen, veröffentlichten sie diese in deutscher Sprache. Sie wollten erreichen, daß die Produzenten sich die Grundkenntnisse der Chemie aneigneten - auch staatliche Maßnahmen wurden gefordert - und das rezeptmäßige Produzieren überwandten.

Juncker schrieb zum Beispiel, daß der "Nutzen der Chemie" für die "Künste und Handwerke, im gemeinen Leben, und der Wirtschaft sehr groß und weitläufig" wäre. "Denn wir haben daher die Schmelzung der Metalle und Mineralien, ihre fernere Reinigung und Vermischung, das Ausziehen und zu gut machen der Salze und ihre Vermengung mit andern Dingen, wodurch sie zur Düngung des Landes geschickt werden; wir haben daher die nützlichen Säfte, die aus der Gärung entstehen, als Wein, Bier, Meth, brennenden Spiritus und den Essig; ja es sind unzählige Dinge, welche durch die Chemie den Malern, Goldschmieden, Färbern, Glasmachern, zu ihrem nützlichen Gebrauch nach eines jedem Zweck in die Hände geliefert werden, und wodurch das gemeine Wesen und die Wirtschaft so viele Nutzen erhält. Die allermeisten Handwerke und Künste haben entweder der Chemie vieles zu verdanken, oder sie beruhen gar in ihrer ganzen Verfassung auf der Ausübung derselben, finden also ihren natürlichen Grund darinnen und müssen von den Naturkündigern danach erklärt werden."⁴⁴

⁴² Bischoff, Johann Nicolaus, a. a. O., S. 4 f.

⁴³ Diese Aufgabe war noch ziemlich kompliziert, da die Phlogistontheorie nur in wenigen Fällen (zum Beispiel im Hüttenwesen) direkt anwendbar war. Wichtig war aber das Bestreben, wissenschaftliche Grundsätze und Methoden in die Produktionspraxis einzuführen.

⁴⁴ Juncker, Johann, a. a. O., Bd. 1, S. 12 f.

Ähnlich schrieb Suckow: "Viele Gewerbe sind an sich ganz von der Art, daß sie auf chymischen Arbeiten beruhen; und außer diesen enthalten eine Menge anderer Künste, durch gehörige Anwendung chymischer Erfahrungen und Grundsätze, eine Aufheiterung, ohne welche ein großer Teil von Arbeiten ganz Empirie bleiben würde. Ohne ausgebreitete Kenntnis in der Scheidekunst läßt sich überhaupt keine hinlängliche Einsicht in das wesentliche der Arbeiten der mehresten Gewerbe erwarten; und ihre Beurteilung und Verbesserung hängt ebenfalls, sowie die Erfindung neuer Arten von Gewerben, von der glücklichen Anwendung dieser Wissenschaft ab."⁴⁵

Den Phlogistikern kam es darauf an, den Praktikern den qualitativen Unterschied zwischen der rein empirischen Produktion und der nach wissenschaftlichen Grundsätzen und Methoden betriebenen aufzuzeigen.⁴⁶

Zugleich verlangten sie von den Gewerbetreibenden, sich die wissenschaftlichen Grundsätze der Chemie anzueignen, damit sie die rezeptmäßige Routinearbeit überwinden und ihre Produktion nach wissenschaftlichen Erkenntnissen verbessern und erweitern könnten. So stellte zum Beispiel Suckow die Frage: "Wie sind aber nun Künstler und Fabrikanten auf ihr Geschäft aufmerksam zu machen, und wie verschaffen sie sich die Gründe worauf sie beruhen?" Und gab die Antwort: "Es kann dieses nicht anders geschehen, als man muß sie auf die Quelle führen, woraus die Gründe ihrer Geschäfte geschöpft sind, ihnen überhaupt auf eine faßliche Art einen allgemeinen Begriff von der Chemie oder Scheidekunst beizubringen suchen, damit sie den Nutzen dieser Wissenschaft einsehen und nicht alles was Chemie heißt, für Goldmacherei halten."⁴⁷

Suckow unterstützte diese Bestrebungen allgemein und führte im "Technologischen Taschenbuch" den Fabrikanten die Notwendigkeit vor Augen, sich ein bestimmtes Maß an chemischem Grundwissen anzueignen.⁴⁸

Im "Technologischen Taschenbuch" führte Suckow verschiedene Beobachtungen an, die zeigen sollten, wie unzulänglich die reine Empirie ist und wie sie den Fabrikanten von Zufällen abhängig macht. Der Empiriker unternähme einerseits zwar oft "Behandlungen", "die wirklich nützlich sind, ohne aber den Grund des Nutzens davon angeben zu können", andererseits unternähme er aus der gleichen Unwissenheit Versuche, die von vornherein zum Scheitern verurteilt wären und die er nicht unternommen hätte, wenn er mit der Chemie vertraut gewesen wäre.⁴⁹ Er schrieb: "So fand ich noch kürzlich in einer ansehnlichen Färberey, daß man die geschwefelten weißen Tücher nochmals durch Kreidewasser zog und hernach erst ferner bearbeitete; ich fragte nach dem Nutzen dieser Beschäftigung; aber man wußte keinen anderen anzugeben, als daß die Tücher durch diese Behandlung eine weißere Farbe erhielten. Es könnte seyn, daß die Kreide etwa noch einige am Tuche befindliche Fettigkeiten einzusaugen geschickt wäre, und von der Seite betrachtet demselben einige Weiße gebe; allein der Hauptnutzen von dieser Beschäftigung ist wohl der, daß die Kreide die etwa noch daran hängenden Teilchen von Schwefelsäure einschluckt und unwirksam macht. - Ferner fand ich bey einem Künstler, der sich mit Mischung verschiedener Farben beschäftigte, einige ganz zweckwidrige Versuche. Er wußte aus Erfahrung, daß dem Berliner Blau durch Aufgießen der Vitriolsäure eine viel dunklere Farbe mitgetheilt wird; er mischte also Berliner Blau, um verschiedene Nuancen hervorzubringen, mit einigen Erden, besonders Kalkerden, und da ihm diese Nuancen nicht recht gelingen wollten, goß er Vitriolsäu-

45 Suckow, Georg Adolf, Anfangsgründe der ökonomischen und technischen Chemie, Leipzig 1784, S. 4 f.

46 Vgl. Zimmermann, Johann Christian, a. a. O., S. 6.

47 Suckow, Georg Adolf, Technologisches Taschenbuch für Künstler, Fabrikanten und Metallurgen ..., Göttingen 1786, S. 8; vgl. Bischoff, Johann Nicolaus, a. a. O., S. 30.

48 Suckow, Georg Adolf, Technologisches Taschenbuch für Künstler, Fabrikanten und Metallurgen ..., a. a. O., S. 118 f. 49 Ebenda, S. 4.

re zu, um auch hierdurch die Farbe zu erhöhen; schwerlich würde er diese Versuche unter-
nommen haben, wenn ihm bekannt gewesen wäre, daß sich die Vitriolsäure mit der Erde ver-
bände, einen Gips mache, und also dadurch auf das Berliner Blau unwirksam würde. Man
würde dergleichen Beispiele von unnützen Behandlungen noch unzählige finden, wenn man Ge-
legenheit nähme, die Beschäftigungen dieser Leute aufmerksamer zu beobachten."50

Die Wissenschaftler wandten sich in dieser Zeit auch an die zukünftigen Volkswirtschaftler
und Staatsbeamten, denen sie neben ihrer juristischen und ökonomischen Ausbildung chemi-
sche Grundkenntnisse vermittelten. So hielt zum Beispiel Suckow als Professor der Kame-
ralistik Vorlesungen über Chemie mit der Begründung, daß jene ohne chemische Kenntnise
ihre zukünftigen Aufgaben nicht erfüllen könnten. Er wollte die Ökonomen und Verwal-
tungsbeamten befähigen, die Gewerbetreibenden zur Anwendung chemischer Kenntnisse in
der Produktion zu veranlassen. Er schrieb: "Meine Absicht wird übrigens völlig erreicht
sein, wenn diese Anfangsgründe die Anwendung der Chemie auf gemeinnützige Gegenstände
befördern, und denen nicht unbrauchbar sind, welche als Kameralisten diese Wissenschaft
in ihrem Bezuge auf Vorwürfe der Ökonomie, der Gewerbe und Künste zu benutzen geden-
ken."51

In den Werken der Chemiker, die sich speziell mit der Anwendung der Chemie auf die Ge-
werbe befaßten, wie zum Beispiel Justi oder Bischoff, finden sich auch Forderungen an den
Staat, die Fabrikanten zu verpflichten, sich mit den Grundsätzen der Chemie vertraut zu
machen sowie wissenschaftlich begründete Produktionsverfahren allgemein für verbindlich
zu erklären.

Justi wandte sich an die Regenten und Minister und erklärte ihnen, welche Vorteile der
Staat erzielen könne, wenn er dafür Sorge, daß die Gewerbetreibenden nach wissenschaft-
lichen Grundsätzen produzierten. Er wies darauf hin, daß Frankreich die besten Farben
der Welt zu produzieren gelernt habe, weil die Französische Akademie der Wissenschaf-
ten - seinerzeit im Auftrage Colberts - ständig Versuche anstellen ließ über die Farben,
ihre Gewinnung, Herstellung und die Art und Weise ihrer Befestigung auf den Stoffen, und
weil die wissenschaftlichen Kenntnisse in die Färbordnung der Manufakturen als verbind-
liche Vorschriften aufgenommen worden waren.

"Da es bei den Manufakturen gar viel auf die Schönheit und Dauerhaftigkeit der Farben..."
ankomme, so forderte Justi, Chemiker mit der Untersuchung der Farben und Färbeverfah-
ren zu beauftragen.⁵² Auch in Deutschland sollten staatliche Ordnungen (wissenschaftlich
begründete Produktionsvorschriften) geschaffen und ihre Einhaltung seitens der Gewerbe-
treibenden überwacht werden.⁵³

Diese Forderung bedeutete, den durch die Wissenschaft ermittelten Verfahren vor den tra-
ditionellen, den auf Ausprobieren beruhenden, den Vorzug zu geben. Hierin sah Justi das
entscheidende Mittel, um die deutschen Färbereien voranzubringen, denn "die deutschen
Färbereien sind so gut beschaffen, als sie in England und Holland, ja selbst in Frankreich
sind; und wir würden es hierinnen noch viel weiter bringen, wenn die Akademien der Wis-
senschaften in Deutschland sich mit diesem wichtigen Gegenstand der Manufakturen beschäf-
tigen sollten."54

50 Ebenda, S. 3 ff., 7; vgl. Bischoff, Johann Nicolaus, a. a. O., S. 24.

51 Suckow, Georg Adolf, Anfangsgründe der ökonomischen und technischen Chemie, a. a. O., S. XII; derselbe, Technologisches Taschenbuch für Künstler, Fabrikanten und Me-
tallurgen ..., a. a. O., S. V f.

52 Justi, Johann Heinrich Gottlob v., Manufakturen, a. a. O., S. 123.

53 Ebenda, S. 36.

54 Ebenda; vgl. Mottek, Hans, a. a. O., S. 270; vgl. Bischoff, Johann Nicolaus, a. a. O.,
S. 24; Bergius, Johann Heinrich Otto, Neues Polizei- und Cameral-Magazin, Bd. 1,
Leipzig 1775, § 1.

Die Vermittlung der Phlogistonchemie an die Gewerbetreibenden war anfangs dadurch erschwert, daß sich die Wissenschaftler der lateinischen Sprache bedienten, die der Gewerbetreibende gewöhnlich nicht beherrschte. Diesen Mangel zu beseitigen und das Bedürfnis nach allgemeinverständlicher Vermittlung der Phlogistonchemie zu befriedigen, bemühten sich Stahl und seine Schüler. Stahl gab bereits vier seiner Bücher direkt in deutscher Sprache heraus.

Die Chemiker der ersten Generation nach Stahl schrieben ihre Werke in der Zeit von 1730 bis 1740 zwar noch vorwiegend in lateinischer Sprache, aber um die Mitte des 18. Jahrhunderts besorgten sie die Übersetzung ihrer Lehrbücher ins Deutsche. Seit dieser Zeit war die Herausgabe der chemischen Werke in deutscher Sprache die Regel, wie überhaupt die deutsche Sprache von da an allgemein neben die lateinische als gleichberechtigte Sprache der Wissenschaft trat und diese bald ganz zurückdrängte. Diese Entwicklung spiegelt zugleich den gesellschaftlichen Fortschritt wider: die Bildung der Bourgeoisie als Klasse, das Erwachen des Nationalgefühls, die Ausbildung der deutschen Literatursprache. Ähnliche Erscheinungen finden sich in England, den Niederlanden, Frankreich, Rußland usw.

Das erste Lehrbuch der Phlogistonchemie in deutscher Sprache war Junckers "Vollständige Abhandlung der Chemie nach ihrem Lehr-Begriff und der Ausübung ..." ⁵⁵ Es erschien in Halle von 1749 bis 1753 in drei Bänden. Die Übersetzung und Bearbeitung besorgte Junckers "Freund und Collega" Johann Joachim Lange, Professor der Philosophie und Mathematik an der Universität Halle. ⁵⁶

Kurz danach erschienen Zimmermanns "Allgemeine Grundsätze der theoretischen und praktischen Chemie ..." ⁵⁷

Junckers Werk ist für diese Zeit besonders aufschlußreich, da in ihm die Herausgabe des Lehrbuchs in deutscher Sprache ausführlich begründet ist. Er schrieb, daß die Übersetzung erfolgt sei, um den Wunsch eines breiten Kreises von Menschen, Handwerkern, Verlegern, Leitern von Manufakturen und Fabriken und Kaufleuten nach Vermittlung chemischen Wissens in der ihnen zugänglichen Sprache zu erfüllen.

Er war stolz darauf, schreiben zu können, daß er als erster den Wünschen derer nachkam, "... die sich bisher noch vergebens nach einem teutschen chemischen Werke umgesehen, worin Lehren, Erfahrungen und Ausübungen deutlich, gründlich und ausführlich mit einander abgehandelt" worden sind. ⁵⁸

Sein Bestreben, diesem Bedürfnis Rechnung zu tragen, kommt weiterhin darin zum Ausdruck, daß er sein Buch nicht speziell für Fachleute geschrieben hat; "denn den Anfängern zu Gefallen und Dienst ist dies Werk eigentlich ausgearbeitet und geschrieben, und nicht für die, so mehrere Einsicht und Erfahrung haben ..." ⁵⁹

Das bedeutete aber nicht, daß Juncker die deutsche Ausgabe wissenschaftlich weniger ernst nahm als seine lateinische. Im Gegenteil. Für ihn ist die deutsche Ausgabe keine minderwertige Angelegenheit, weil sie etwa hauptsächlich für "Nichtstudierte" verfaßt wurde. Er nimmt die weniger Gebildeten genauso ernst wie die Professoren und wünscht ihre gründliche Unterrichtung. So erwähnte er besonders, daß bei der deutschen Ausgabe noch mehr als bei der zweiten lateinischen Fehler und Mängel beseitigt und neue Entdeckungen berücksichtigt worden seien. ⁶⁰

55 Vgl. Juncker, Johann, a. a. O.

56 Lange selbst gab 1745 einen Grundriß der Chemie heraus, der 1770 ebenfalls ins Deutsche übersetzt wurde. (Vgl. Lange, Johann Joachim, Sciagraphia systematis physico-chymic, Halle 1745; deutsch: Grundlegung zu einer chemischen Erkenntnis der Körper, hg. v. J. J. Madihn, Halle 1770.)

57 Vgl. Zimmermann, Johann Christian, a. a. O.

58 Juncker, Johann, a. a. O., Bd. 1, S. XI. 59 Ebenda, S. VI. 60 Ebenda, S. V.

Bildete das gesellschaftliche Bedürfnis nach chemischem Wissen die Grundlage für die Vermittlung der Phlogistonchemie in deutscher Sprache, so suchten die fortschrittlichen Chemiker zugleich auch das Interesse für ihre Wissenschaft in breiteren Kreisen zu wecken. Juncker sprach die Hoffnung aus, daß die deutsche Ausgabe seines Werkes dazu beitragen möge, neue Interessenten für die Chemie zu werben. Er wünschte, "daß viele dadurch einen Geschmack an den so angenehmen als nützlichen chemisch-physikalischen Wahrheiten gewinnen mögten; damit sowohl die Anfänger so viele Werke der Natur und Kunst besser einsehen lernen, als auch fleißige und geschickte Männer immer mehr und mehr mögten aufgemuntert werden, die Physik, darin es an so vielen Orten noch sehr dunkel aussieht, so viel es durch Hilfe der Chemie geschehen kann, in ein helleres Licht und auf festen Fuß zu setzen."⁶¹

Die Herausgabe des Junckerschen Lehrbuchs in deutscher Sprache sollte gleichzeitig dazu dienen, den Lesern die ins Deutsche übersetzten Monographien der Autoren zu erschließen, die spezielle Gebiete behandelten.

Weiterhin führte Juncker in seinem Lehrbuch eine exakte Bibliographie ein, führte die Werke früherer Autoren an und wies auf ihre besondere Bedeutung hin; Werke von Stahl, Becher, Kunckel, Glauber, Henckel und anderen, Das war zu dieser Zeit in der chemischen Literatur keineswegs selbstverständlich. Stahl und einige wenige andere waren zwar entsprechend verfahren, im allgemeinen jedoch führte man weder die Autoren noch Quellen an, die man für seine Arbeit benutzt hatte.

Die Übersetzung des Zimmermannschen Buches in die deutsche Sprache erfolgte unter dem gleichen Aspekt wie die Junckersche. Auch er erklärte, daß er sich in seinem Buch in besonderem Maße an die Gewerbetreibenden wende.

Das Bedürfnis sowohl der Wissenschaftler als auch der Fabrikanten nach schneller und möglichst vollständiger Information über die sich fast täglich mehrenden Untersuchungen und Entdeckungen in der Chemie sowie über die neuesten theoretischen Abhandlungen führte um 1750 auch zur Herausgabe von gewöhnlich ein- bis viermal im Jahr erscheinenden Sammelbänden.

Im Jahre 1778 gab zum Beispiel der Bergrat Lorenz v. Crell sein "Chemisches Journal" heraus mit dem aufschlußreichen Untertitel "Für die Freunde der Naturlehre, Arzneigehelrtheit, Haushaltungskunst und Manufakturen".

Dieses Journal erschien in sechs Teilen bis 1781. Danach erschien von Crell eine Fortsetzung des Journals unter dem Titel "Neueste Entdeckungen in der Chemie", insgesamt zwölf Teile in der Zeit von 1781 bis 1784. Danach erschienen alle Jahre zwei Bände seiner bekannten "Chemischen Annalen", 1784 bis 1800, wieder mit dem Untertitel "Für die Freunde der Naturlehre, Arzneigehelrtheit, Haushaltungskunst und Manufakturen".

Ein anderes Journal, aber nicht von der Bedeutung des Crellschen, war das "Taschenbuch für Scheidekünstler und Apotheker" von Götting, das 1780 zum ersten Male erschien und bis 1799 fortgeführt wurde.

Diese und andere Sammlungen sind von dem Bestreben gekennzeichnet, neue Entdeckungen, Erfindungen und Verfahren einem breiten Publikum auf möglichst schnellem Wege - in deutscher Sprache - zugänglich zu machen.

61 Ebenda, S. VI ff.; vgl. Eckart, Johann Gottlieb, Vollständige Experimental-Ökonomie ..., Jena 1754, Vorrede; vgl. Cramer, Johann Andreas, Anfangsgründe der Metallurgie ..., Blankenburg/Quedlinburg 1774, S. II.

Aus den chemischen Büchern der zweiten Generation nach Stahl geht hervor, daß die Vermittlung der chemischen Kenntnisse in deutscher Sprache sowohl für die Studenten als auch für Gewerbetreibende zur Selbstverständlichkeit geworden war. Schwierigkeiten bereitete den Gelehrten und Praktikern zu dieser Zeit aber immer noch die Terminologie.

Jahrhundertlang hatten Wissenschaftler und Praktiker eine eigene Sprache gesprochen, eigene Begriffe und Definitionen entwickelt, von denen keiner genau wußte, was der andere meinte.

In seinem Buch "Schauplatz der Zeugmanufakturen" aus dem Jahre 1773 schrieb Jacobsson, es sei nötig, "... daß sowohl Gelehrte als Ungelehrte sich nicht allein einen vollkommenen Begriff von den verschiedenen Arbeiten und Handgriffen der Künste und Handwerke machen können, sondern auch die Sprache der Professionisten verstehen lernen; denn es ist bekannt, daß wenn man ein Zuhörer eines Gesprächs einiger Professionisten ist, welches sie von ihren Beschäftigungen führen, man dasselbe gar nicht verstehen, oder aus dem Zusammenhang desselben sich keinen rechten Begriff machen kann."⁶²

Auch Bischoff schrieb, daß es für die Färber sehr schwierig sei, chemische Grundsätze in der Produktion anzuwenden, da sie die chemische Terminologie nicht verstünden.⁶³ Das gleiche stellte Suckow fest: "... denkt der Arbeiter ja billig, und ist nicht abgeneigt die Lehren des Gelehrten gern anzunehmen; so wird es ihm außerordentlich schwer, den Gelehrten zu verstehen und ebenso schwer wird es dem Gelehrten sich verständlich zu machen."⁶⁴

Um diese Schwierigkeiten zu beseitigen, hatte schon Juncker versucht, möglichst alle lateinischen Fachausdrücke ins Deutsche zu übersetzen. Er bezeichnete die "Deutlichkeit des teutschen Ausdrucks" als den "Hauptzweck" seiner Arbeit, ohne eine "gezwungene Verdeutschung der chemischen Kunstwörter" angestrebt zu haben. Chemische Fachausdrücke, die allgemein benutzt, aber für den breiten Leserkreis nicht vorausgesetzt werden konnten, wurden besonders erklärt, damit der Leser "andere deutsche chemische Schriften, besonders die Stahlischen, Neumannischen, Henckelschen, Pottischen, Zimmermannischen ... desto eher möge verstehen können."⁶⁵

So übersetzte Juncker zum Beispiel Rezipient mit Vorlage, Pelikan mit Zirkulationsglas, Aludel mit Sublimiertopf. Auch in der Theorie verwendete er deutsche Ausdrücke; zum Beispiel für Mixta = gemischte Körperchen, für Composita = zusammengesetzte Körperchen und für Superdecomposita = doppelt zusammengesetzte Körperchen.

Wenn im fortlaufenden Text seines Buches auch meist wieder die lateinischen Termini verwendet wurden, so war jedoch wesentlich, daß die Begriffe durch die deutschen Worte gerade den Menschen, die die lateinische Sprache nicht beherrschten, verständlich wurden, daß sie sich etwas darunter vorstellen konnten und mit ihnen vertraut wurden.

Junckers Buch bedeutete auch in dieser Hinsicht einen entscheidenden Fortschritt, denn in den deutschen Werken Stahls und anderer Zeitgenossen wurden meist nur die lateinischen Fachausdrücke gebraucht.

Zimmermann machte es sich bedeutend einfacher, indem er auf Lexika verwies. Der Berg- rat und Arzt Henckel und später der Apotheker Wiegleb haben durch ihre Kurse, die sie für

62 Jacobsson, Johann Carl Gottfried, Schauplatz der Preußischen Zeugmanufakturen ..., Bd. 1, S. VII f.

63 Vgl. Bischoff, Johann Nicolaus, a. a. O., S. 24.

64 Suckow, Georg Adolf, Technologisches Taschenbuch für Künstler, Fabrikanten und Metallurgen ..., a. a. O., S. 6 f.

65 Juncker, Johann, a. a. O., S. 11.

Interessenten aus allen Kreisen abhielten, dazu beigetragen, daß man sich über die speziellen Fachausdrücke verständigen lernte.

Andere Wissenschaftler wie Justi, Jacobsson, Suckow und Beckmann besuchten die Werkstätten und machten in ihren Büchern die Fachsprache der verschiedenen Berufe bekannt.

Jacobsson stellte dazu fest: "Es gilt viel schwerer, dergleichen Dinge den Arbeitern abzufragen, als aus Büchern zusammenzuschreiben."⁶⁶ Damit wertete er auch zugleich die neue Art, Wissenschaft zu betreiben.

Jacobsson wies auch auf den allgemeinen Charakter dieser Entwicklung hin und schrieb, daß die "Franzosen" als erste ausführlich die Kunstwörter beschrieben hätten. Es sei jedoch nicht mehr nötig, jenen etwas zu entlehnen, denn "so haben sich auch schon seit einigen Jahren die deutschen Schriftsteller bemüht, nach dem deutschen Fuß, die Künste und Handwerke zu beschreiben, und deren Kunstwörter zu erklären."⁶⁷

Der Kampf um die Einführung wissenschaftlicher Grundsätze in die Gewerbe wurde besonders dadurch erschwert, daß die Mehrzahl der Produzenten noch unter dem Einfluß der zünftlerischen Tradition standen. Das betraf nicht nur die einer Zunft angeschlossenen Handwerker, sondern auch die Kapitalisten. "Nicht bloß der Handwerker, auch der Verleger und der Eigentümer einer zentralisierten Manufaktur waren, obwohl die beiden letzten neue Betriebsformen verkörperten, vom alten Zunftgeiste und zünftigem Konservatismus durchdrungen. Ihre wirtschaftliche Gesinnung und Fähigkeit war nicht anders als die ihrer Vorfahren. Altüberlieferte Kenntnisse, althergebrachte Erfahrungen wurden von ihnen verwertet. Für Neuerungen im Sinne einer Erweiterung der Unternehmung, einer Vervollkommnung des Warenabsatzes, einer Verbesserung der Produktionstechnik waren sie wenig zugänglich", schrieb zum Beispiel Kulischer über jenen Zeitabschnitt.⁶⁸

Das lag weniger an dem guten Willen der Gewerbetreibenden und der Fähigkeit der Chemiker, sich verständlich zu machen, als an den Verhältnissen in Deutschland. Die bürgerlichen Produktionsformen waren zwar erstarkt, und das Bedürfnis nach wissenschaftlichen Kenntnissen für die Produktion war stärker geworden, aber noch herrschten die feudalen Verhältnisse, waren die feudalen Gepflogenheiten und Anschauungen weit verbreitet. Die Zünfte, deren Produktion auf festgelegten, für alle Mitglieder streng verbindlichen Vorschriften gegründet war, bekämpften jede Neuerung. Ihre Mitglieder hielten entsprechend ihren Satzungen an den starren Vorschriften fest und "verrieten" ihre Produktionsverfahren nicht, um keine Konkurrenz heraufzubeschwören. Sie wehrten sich gegen jede Neuerung, denn sie befürchteten, daß durch eine Steigerung der Produktion infolge technischer und verfahrensmäßiger Verbesserungen und durch Erweiterung der Meisterstellen die Absatzschwierigkeiten in ihrem Bereich überhandnehmen würden.

Mit ihren Privilegien behinderten sie die Entwicklung der Manufakturen. Außerdem hielten sie einen beträchtlichen Teil der produktiven Kräfte von der neuen Entwicklung fern. Die politische Zersplitterung Deutschlands mit ihren zahlreichen Handelsbeschränkungen kam ihnen zugute. Der Duodezabsolutismus erschwerte die Herausbildung eines nationalen Marktes. Der Merkantilismus, der die bürgerliche Entwicklung in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts gefördert hatte, begann die bürgerliche Entwicklung zu hemmen.

Aber auch die Widersprüche der sich entwickelnden kapitalistischen Produktionsverhältnisse erschwerten die allgemeine Einführung wissenschaftlicher Verfahren in die Produktion. Die Kapitalisten fürchteten ebenfalls die Konkurrenz. Sie waren an neuen Verfahren interessiert, um Produktion und Profite zu steigern. Und da sie außerhalb der einengenden Sat-

66 Jacobsson, Johann Carl Gottfried, a. a. O., Bd. 4, S. IX f.

67 Ebenda.

68 Kulischer, Joseph, a. a. O., Bd. 2, S. 112.

zungen der Zünfte (sowohl betreffs der Produktionsvorschriften als der Absatzbestimmungen) standen, konnten sie Produktion und Handel ausdehnen. Sie waren auch bereit, Verfahren anderer zu übernehmen und im Konkurrenzkampf auszunutzen, nicht aber, eigene Verfahren, die sie für ein Geheimnis hielten, anderen preiszugeben.

Die Widersprüchlichkeit der kapitalistischen Produktionsverhältnisse bewirkte somit, daß der Bourgeois aus Konkurrenzgründen wissenschaftliche Untersuchungen in seinem Betrieb zugleich ablehnen und fordern mußte.

Den fortschrittlichen Kräften kam es zugute, daß die Entwicklung von Produktion und Wissenschaft es immer schwieriger machte, an den alten empirischen Verfahren festzuhalten. Zwar war infolge der inneren Widersprüchlichkeit der kapitalistischen Produktionsverhältnisse keine grundsätzliche Lösung dieses Problems möglich, aber ebenso unmöglich war es, wissenschaftliche Veröffentlichungen zu verhindern und die Produktion auf rein empirischer Grundlage fortzusetzen, wenn die Konkurrenz sich die wissenschaftlichen Erkenntnisse zu eigen gemacht hatte.⁶⁹

Im Kampf gegen den Empirismus und die Geheimhaltung in den Gewerben verurteilten die Phlogistiker die Handwerkelei und den Widerstand Gewerbetreibender gegen die Einführung neuer Verfahren sowie die Geheimhaltung ihrer empirischen Kenntnisse. Sie bezeichneten die chemische Arbeit, die sich nicht um die Erkenntnis der Naturvorgänge bemühte, als "gemeine Chemie", die "empirisch und handwerksmäßig" wäre. "Diese Leute sind gemeinlich zufrieden, wenn sie ihre Arbeiten nur nach der Vorschrift ins Werk stellen können, und wissen von den Gründen und nächsten Ursachen wenig oder gar nichts, bekümmern sich auch selten darum."⁷⁰

Es waren die "Meister" (um mit einem modernen Begriff zu sprechen), die genügend Macht über die von ihnen abhängigen Hüttenleute hatten, um die Einführung neuer Verfahren, selbst wenn sie von höheren Instanzen empfohlen wurden, zu vereiteln. "... eine hämische Miene, ein Wink seines Vorgesetzten gegen die an ihn attachierten Hüttenleute, tun die Wirkung einer boshaften Gegeninstruktion", schrieb Cramer.⁷¹

Der Verfasser führte Fälle an, wo Leiter der Werke viele Jahre zugebracht hätten, um die nützlichsten und gründlichsten Verbesserungen einzuführen, obwohl sie innerhalb weniger Tage hätten angewendet werden können. Jedesmal hätte sich dann erwiesen, daß das "heimlich widersinnige Betragen einiger Unterbedienter, mit den ihnen anhängenden Hüttenleuten", die Ursache für diese Verzögerung gewesen sei.⁷²

Der Widerstand gegenüber fortschrittlichen Maßnahmen wäre so häufig, daß man "auch nicht auf wenige Tage gewisse und weitläufige, an einigen Orten eingeführte steife Einrichtungen" beseitigen könnte.⁷³

Eng verbunden mit der Handwerkelei war die Geheimhaltung der Produktionsverfahren. Diese erschwerten sowohl das Kennenlernen der Praxis durch die Wissenschaftler als auch die Einführung neuer Verfahren.

Im Kampf gegen die Geheimniskrämerei machten die Chemiker den Gewerbetreibenden klar, daß ihre so ängstlich gehüteten Geheimnisse in Wirklichkeit keine waren, denn ihre Kenntnisse wären dem Chemiker in der Regel selbstverständlich. Im Gegenteil, der Produzent

69 Mottek, Hans, a. a. O., Bd. 1, S. 268 ff.

70 Juncker, Johann, a. a. O., S. 2 f.; Zimmermann, Johann Christian, a. a. O., S. 7, 2; Bischoff, Johann Nicolaus, a. a. O., S. 24 f.; Suckow, Georg Adolf, Technologisches Taschenbuch für Künstler, Fabrikanten und Metallurgen, a. a. O., S. 2 f., 6.

71 Cramer, Johann Andreas, a. a. O., Bd. 3, S. 160.

72 Ebenda.

73 Ebenda.

könnte aus dem reichen chemischen Wissen des Gelehrten großen Nutzen für die Produktion ziehen und manchen Ratschlag erhalten.

Justi erklärte die Geheimniskrämerei der Fabrikanten für völlig unbegründet, denn "alle Umstände, die sie zu verbergen suchen, sind von der Natur, daß ein jeder geschickte Chymicus dieselben ohne Mühe erfinden und einrichten kann."⁷⁴ Ferber schrieb ebenfalls: "Es ist nichts Ungewöhnliches, daß der gleichen Leute oft ein Geheimnis vorgeben, wo gar keines ist. Unsere Salpetersieder, Seifensieder, ja fast jeder Handwerker gibt vor, und glaubt wohl gar, daß er Geheimnisse in seiner Kunst besitze..."⁷⁵

Die Gelehrten suchten zu beweisen, daß ein Chemiker nicht nur die Herstellungsverfahren in den chemischen Gewerben, zum Beispiel der Porzellanfabrikation, kennen und außerdem noch durch seine wissenschaftlichen Kenntnisse verbessern, sondern daß er auch vollkommenere technische Mittel, Öfen und Instrumente als die, welche die Fabrikanten so geheimnisvoll dem Auge zu verbergen suchten, entwickeln könne. "... es sollten sie sich doch allemal vorstellen", schrieb Justi, "daß derjenige, welcher die Grundmischung des Porzellans ausfindig zu machen geschickt ist, auch den Porzellanbrennofen zu erfinden imstande sein wird. Ein gründlicher Chymicus, welcher die Regierung des Feuers versteht, und einseht, worauf es ankommt, die höchstmöglichen Grade desselben hervorzubringen, muß nicht allein einen Porzellanofen angeben können, ... sondern Öfen, die noch eine viel größere Wirkung des Feuers zeigen ..." ⁷⁶

Die Gelehrten sparten nicht mit Versprechungen, um den Widerstand der Fabrikanten zu brechen. So schrieb zum Beispiel Justi im Zusammenhang damit, daß bei der Raffinierung des Zuckers viel Sirup entstände, aus dem kein Zucker mehr herauszukristallisieren sei: "Es ist kein Zweifel, daß nicht ein guter Chymicus ihnen (den Fabrikanten) eine solche Erfindung an die Hand geben könnte (einen großen Teil des Sirups zu Zucker zu machen); wenn er Gelegenheit hätte, in den Zuckerraffinerien Versuche darüber zu machen."⁷⁷

Der Kampf gegen die Geheimniskrämerei mußte ständig geführt werden, da auch der fortschrittlichste Gewerbetreibende ein gutes Verfahren für sich allein ausnutzen wollte. Dennoch lernten die Chemiker - zum Teil durch Unterstützung fortschrittlicher Fabrikanten - im Laufe der Jahre viele praktische Verfahren kennen, darunter auch solche, die wertvoll waren und die allgemein bekanntgemacht zu werden verdienten. In ihren Büchern und auch in einzelnen Schriften beschrieben sie diese Verfahren - oft mit Verbesserungen versehen - und forderten die Gewerbetreibenden auf, sie anzuwenden.

Diese Veröffentlichungen erregten oft heftige Angriffe seitens vieler Gewerbetreibender. Man bezichtigte die Gelehrten des Wortbruchs und Verrats, erklärte sie verantwortlich für geschäftliche Schwierigkeiten usw. und glaubte, ihnen das Recht absprechen zu müssen, Verfahren, die ihnen bekannt geworden waren, einem breiteren Kreis bekanntmachen zu dürfen oder überhaupt über praktische Verfahren zu schreiben.

Diese Angriffe wurden von den Wissenschaftlern entschieden zurückgewiesen. Sie forderten im Gegenteil die Fabrikanten auf, ihre Produktionsverfahren allgemein bekanntzumachen. Es sei eines rechtschaffenen Mannes Pflicht, seine besonderen Erfahrungen und Kenntnisse der Öffentlichkeit mitzuteilen. Auch hier vertraten die Wissenschaftler das objektive Interesse der Bourgeoisie mit der utopischen Auffassung, daß diese Frage von der Einsicht und dem guten Willen des Betroffenen abhänge.

74 Justi, Johann Heinrich Gottlob v., ... gesammelte Schriften ..., a. a. O., S. 417.

75 Ferber, Johann Jacob, Nachrichten und Beschreibungen einiger chemischer Fabriken, Halberstadt 1793, S. 24.

76 Justi, Johann Heinrich Gottlob v., ... gesammelte Schriften ..., a. a. O., S. 417.

77 Ebenda, S. 551.

In seinem Buch "Handwerke und Künste in Tabellen" bezeichnete es Sprengel als Pflicht, "die Kenntnisse der Künste und Wissenschaften auszubreiten".⁷⁸

Im "Technologischen Taschenbuch" forderte Suckow ebenfalls die Fabrikanten auf, ihre Kenntnisse und Erfahrungen der Redaktion des Taschenbuchs zur allgemeinen Bekanntmachung zur Verfügung zu stellen. Er schrieb: "... so würden sie sich um ihre ganze Kunst verdient, und ihren Namen bei jedem Rechtschaffenen ehrwürdig machen." Er war allerdings vorsichtig und schrieb weiter: "... vermeinte Geheimnisse ... fordern wir vorerst nicht, in der Folge hoffen wir aber zeigen zu können, was für eine Beschaffenheit es mit dem größten Teile technischer Geheimnisse hat, wenn sich Künstler selbst mit den vorzüglichsten Gründen der Chemie und Naturgeschichte bekannt machen."⁷⁹

Ferber setzte sich mit dem Problem der Geheimhaltung grundsätzlich auseinander und schrieb, daß es allezeit sein ernster Vorsatz wäre, "die Wahrheit auszuforschen". Auf die Frage, ob es erlaubt wäre, Fabrikgeheimnisse zu entdecken, stellte er die Gegenfrage, "ob es erlaubt wäre, Sachen geheimzuhalten, die offenbar zum Nutzen mehrerer Menschen dienen könnten und zur Erweiterung der Wissenschaften, Beförderung des Handels, der Gewerbe und der Bequemlichkeit des Lebens gereichten? Ob es nicht vielmehr Pflicht sei, solche Erfindungen gemeinnützig zu machen und den einseitigen Gewinn dem allgemeinen aufzuopfern? Das weiß ich wenigstens, daß es eine Pflicht des Gelehrten ist, gemeinnützige Kenntnisse zu verbreiten ..."⁸⁰ Um seine Meinung zu stützen, wies er auf die Französische Akademie der Wissenschaften hin, die bereits längst entschieden habe, daß es erlaubt wäre, Geheimnisse der Fabrikation zu entdecken und allgemein bekanntzumachen.⁸¹

Auch wenn es den Wissenschaftlern gelungen war, Verfahren aufzudecken, die eine Person als Familiengeheimnis hütete, machten sie diese bekannt. Suckow schrieb zum Beispiel: "Das Geheimnis eines Deutschen in Toscana, das Leder schön grün zu färben, besteht darin, daß das Leder solange in ein gelbes Dekokt von Sauerdorn (*Berberis vulgaris*) getunkt wird, bis es ganz gelb ist; darauf wird es getrocknet und nachher so oft in eine mit Vitriolsäure gemachte Indigoauflösung getaucht, bis die Farbe angenehm grün wird."⁸²

Andererseits wurden die Wissenschaftler auch von fortschrittlichen Praktikern unterstützt. So schrieb zum Beispiel Sprengel: "Mit einer seltenen Bereitwilligkeit erlaubte Herr Schickler (Oberpächter eines Kupferhammers, Eisenhammers, Papiermühle und Messingwerkes des Amtes Biesenthal, gelegen an dem kleinen Fluß Fühne) dem Verfasser, diese Werke in Augenschein zu nehmen und seine schätzbare Gefälligkeit hatte auf allen Hammerwerken Veranstellungen getroffen, wodurch diese Absicht konnte erleichtert werden."⁸³

Auch Jacobsson berichtete, daß er bei seinen Versuchen, die praktischen Verfahren der Zeugmanufakturen kennenzulernen, um sie theoretisch zu durchdringen und allgemein bekanntzumachen, gut unterstützt worden sei.⁸⁴

Im Zusammenhang mit der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung, dem Erstarken der bürgerlichen Produktion und den Bemühungen der fortschrittlichen Kräfte, schritt die Entwicklung in dem untersuchten Zeitraum so weit fort, daß sich das Ansehen der Gewerbe und die gesellschaftliche Stellung des Bürgertums verbesserten.

78 Sprengel, Peter Nathanel, Handwerke und Künste in Tabellen, Bd. 1, Berlin 1767, S. 4 f.

79 Suckow, Georg Adolf, Technologisches Taschenbuch für Künstler, Fabrikanten und Metallurgen ..., a. a. O., S. V.

80 Ferber, Johann Jacob, a. a. O., S. 24.

81 Suckow, Georg Adolf, Technologisches Taschenbuch für Künstler, Fabrikanten und Metallurgen ..., a. a. O., S. V.

82 Ebenda, S. 292 f.; vgl. Mottek, Hans, a. a. O., S. 270.

83 Sprengel, Peter Nathanel, a. a. O., S. 3 f.

84 Jacobsson, Johann Carl Gottfried, a. a. O., Bd. 3, S. X.

Die Gewerbe waren zu einem größeren Umfang als zu Stahls Zeiten zum Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen geworden. Die Wissenschaftler lernten den Erfahrungsschatz der Produzenten auszuschöpfen; sie erhielten neue Anregungen und Aufgaben. Die Gewerbetreibenden profitierten von den wissenschaftlichen Kenntnissen, Methoden und Entdeckungen; sie machten sich mit den chemischen Kenntnissen vertraut oder wurden mit ihnen vertraut gemacht. Im Jahre 1780 konnte Bischoff feststellen, daß die Gewerbe sich allmählich größerer Beachtung erfreuen. Seine Feststellung ist deshalb besonders aufschlußreich, weil sie von einem Menschen des "dritten Standes" getroffen wurde.

Bischoff hatte von Jugend auf Gelegenheit gehabt, die Färberei kennenzulernen, wie er in seinem Buch vermerkte.⁸⁵ Als Sohn eines Praktikers konnte er besonders gut ermessen, um wieviel sich das Ansehen der gewerblichen Produktion dadurch gehoben hatte, daß auch die Gelehrten und Staatsmänner es nicht mehr unter ihrer Würde erachteten, sie zum Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen und ökonomischer Erwägungen zu machen. Er schrieb: "Ohne den Schmutz oder üblen Geruch der Werkstätten mehr zu scheuen, oder die Einfalt des Handwerkers zu verachten, besuchen sie ihn bei seinen Beschäftigungen, und unterreden sich mit ihm über die Art und Weise und die Mittel ihrer Verbesserung."⁸⁶

Die gesellschaftliche Stellung der Gewerbe hat sich soweit gehoben, daß "Regenten und Gelehrte" jetzt gemeinschaftlich an ihrer Verbesserung arbeiten, "jene, durch weise Verordnungen, bereitwillige Aufnahme und Belohnung, diese, sowohl in ganz patriotischen Gesellschaften, als einzelne, durch Preisfragen, Versuche und neue Entdeckungen".⁸⁷

Bischoff feierte diese Veränderungen als den Beginn einer neuen Zeit. Zünfte, Manufakturen und Handwerke hätten lange in Deutschland "geschlummert", aber seit einer kurzen Periode hätten sie sich so gebessert, "daß unsere Landsleute darinnen den Ausländern, wohl nicht zuvor, doch gewiß gleichkommen."⁸⁸

Diese neue Zeit bezeichnete er als eine "glückliche Epoche", seit der es beinahe "keine Kunst, kein Handwerk" mehr gäbe, das "nicht durch Abschaffung schädlicher Torheiten und Mißbräuche, Erfindungen leichter Handgriffe und bequemer Werkzeuge, Einführung sicherer Methoden und Verminderung des Aufwandes, die ansehnlichsten Vorteile erhalten" habe.⁸⁹

Auch der Wissenschaftler Hermbstädt stellte im Jahre 1788 fest, daß "die Künstler, die ihre Beschäftigungen bisher mechanisch und handwerksmäßig betrieben", einsähen, "wie sehr diese sich auf chemische Grundsätze stützen und wie sehr die Ausübung derselben nach chemischen Grundsätzen, den guten Erfolg zu befördern, imstande ist".⁹⁰

Herbststädt konnte in seinem 1802 in Berlin erschienenen Buch "Grundriß der Färbekunst" mitteilen, daß die preußische Regierung nunmehr ein Institut für Fabrikanten eingerichtet habe für Färber, Zeugdrucker und Bleicher, "in welchem solche die chemischen Grundsätze ihrer Arbeiten erlernen können . . . , um das Rationelle ihres bisherigen bloß mechanisch betriebenen Kunstgewerbes erkennen zu lernen, und dadurch Fortschritte für die Vervollkommnung desselben zu machen, die dem bloß empirischen Arbeiter, nie möglich gewesen sein würden."⁹¹

85 Bischoff, Johann Nicolaus, a. a. O., S. 10.

86 Ebenda, S. 3.

87 Ebenda.

88 Ebenda, S. 1.

89 Ebenda, S. 3.

90 Vgl. Herbststädt, Sigismund Friedrich, Bibliothek der neuesten physisch-chemischen, metallurgischen, technologischen und pharmazeutischen Literatur, Berlin 1788, Einleitung.

91 Derselbe, Grundriß der Färbekunst, Berlin 1802, S. X.

Das Institut war nicht groß, aber am ersten Kursus nahmen immerhin dreißig Färber, Zeugdrucker und Fabrikanten teil. Wie sehr sich die Einstellung des Wissenschaftlers gegenüber den Praktikern gewandelt hatte, wird in den Worten Hermbstädt's deutlich: "Ich habe das Glück gehabt", diese "zu unterrichten".⁹²

Die Notwendigkeit des Unterrichts begründete Hermbstädt damit, daß die Färberei, Druckerei und Bleicherei der Chemie "untergeordnete sind", da ihre Arbeiten auf der Mischung und Zerlegung beruhen. Der Naturforscher wüßte, daß sich aus den "Elementargesetzen" der Chemie "alle Erfolge der Färbekunst entwickeln lassen", aber der praktische Künstler, der reine Empiriker wäre nicht zu einer rationellen Beurteilung seiner Routinearbeit fähig, "er sucht dem mißglückten Erfolge vergeblich vorzubeugen, er tappt im Finstern."⁹³

Oft noch würde der Färber viel Geld für einzelne Färbevorschriften bezahlen in dem Glauben, damit ein Geheimnis erkaufte zu haben, ein Geheimnis, "daß der Chemiker beim ersten Anblick ohne ordentliche Mühe zu enthüllen vermag". Wäre deshalb der Praktiker zugleich ein Chemiker, so würde er "den Glauben an alle Geheimnisse bald verlieren, er würde sein Geheimnis durch richtige Entwicklung und Zusammenstellung physischer und chemischer Elementargesetze aus seinem Verstand selbst erschaffen, er würde Erfindungen zu machen vermögend sein ..." zum Ruhme für seine Fabrik und zum Vorteil seines Gewinnes.⁹⁴

Auch staatlich-ökonomische Überlegungen trug Hermbstädt vor, um der Regierung klarzumachen, daß sich die Mittel für den Unterricht bezahlt machen würden. Er stellte fest, daß jährlich mehrere Millionen Taler ins Ausland gingen, um Indigo, Chochenille, Saflor, Waid, Galläpfel, verschiedene Farbhölzer, Weinstein, Salpeter, Zitronensaft, Grünspan, Marsailler Seife usw. einzuführen, die dem Staat aber zu einem großen Teil erhalten werden könnten, wenn sich die praktische Färbekunst mehr mit den Wissenschaften verbände. Dann würde man auf dem "vaterländischen Boden" genügend "schickliche Surrogate" ermitteln.⁹⁵ Deshalb müsse ein jeder Staat die Mittel aufbringen, um die Fabrikanten in der Chemie zu unterrichten.

Zurückblickend stellte Hermbstädt fest, daß die Chemie der Färbekunst, Druckerei und Bleicherei bereits viele Mittel geboten habe, "von welcher sie die wichtigsten Folgen für sich, und für die Bevölkerung und so vieler andern mit ihr in enger Beziehung stehenden Manufakturen gezogen hat".⁹⁶ Dieses wäre seit der Zeit zu verzeichnen, da sich die Wissenschaftler mit dem Gewerbe und die Gewerbetreibenden mit den Wissenschaften vertraut gemacht hätten. "Jenes war vorzüglich von der Zeit an der Fall, als die Gelehrten, die Physiker und Chemiker, die Färbekunst zu einem Gegenstand ihrer Untersuchungen machten, und als viele Besitzer ansehnlicher Färbereien anfangen, sich die wissenschaftlichen Grundsätze der Physik und Chemie zu eigen zu machen, und solche auf die praktische Ausübung ihres Erwerbszweiges anzuwenden."⁹⁷ "Die Färbekunst hat sich dadurch immer mehr einer wissenschaftlichen Form genähert ... und wird sich bald auf einen Grad der Zuverlässigkeit und Vollkommenheit emporschwingen, der wenig oder nichts mehr zu wünschen übrig läßt."⁹⁸

Diese Ausführungen, die einer um 25 Jahre fortgeschritteneren Zeit angehören, bestätigen, daß die Phlogistiker einen richtigen Weg mit Erfolg eingeschlagen hatten, als sie sich bemühten, die Wissenschaftler zum Studium der Gewerbe und die Gewerbetreibenden zum Studium der Chemie zu bewegen.

92 Ebenda, Vorrede.

93 Ebenda, S. XIII.

94 Ebenda, S. XIV.

95 Ebenda, S. 61.

96 Ebenda, S. 60.

97 Ebenda, S. 120.

98 Ebenda, S. 121.

Zusammenfassung

Betrachtet man den Kampf um die Annäherung von Wissenschaft und Produktion im Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Situation des 18. Jahrhunderts in Deutschland, dann wird ersichtlich, daß durch ihn grundlegende Voraussetzungen für die Entwicklung der Chemie, der gewerblichen Produktion und des bürgerlichen Bewußtseins geschaffen wurden.

Das Bemühen der "Phlogistiker", die Bedeutung der gewerblichen Praxis für die Wissenschaft nachzuweisen, führte dazu, daß sich ungeachtet der noch weit verbreiteten feudalaristokratischen Geringschätzung und Mißachtung der Gewerbe mehr Wissenschaftler als bisher mit dem Erfahrungsschatz der Praktiker vertraut machten und für die Anerkennung der gewerblichen Tätigkeit eintraten.

Die Praktiker erhielten durch den Nachweis der Bedeutung wissenschaftlicher Kenntnisse für die Gewerbe und deren Vermittlung in deutscher Sprache sowie den Nachweis der Unzulänglichkeit des Empirismus und der Schädlichkeit der Geheimhaltung neue Möglichkeiten und Mittel zur Verbesserung der Produktionsverfahren. Wenn am Ende dieses Zeitabschnitts die Leiter von Manufakturen noch nicht allzu häufig mit den wissenschaftlichen Grundsätzen der Chemie vertraut waren, so war doch die Notwendigkeit dessen und ein Weg zur Realisierung dieses Ziels aufgezeigt worden.

Durch die Annäherung von Wissenschaft und Produktion wurde die Wissenschaft mit den praktischen Erfahrungen der Gewerbe und die Gewerbe mit den Erkenntnissen und Methoden der Wissenschaft bereichert. Außerdem wurden durch den Kampf gegen die Spekulation und den Empirismus die allgemeinen Grundsätze der chemischen Wissenschaft entwickelt, wurde die Chemie begrifflich erfaßt, wurde ihr Gegenstand und ihre allgemeine Methodik zur Erkenntnis chemischer Vorgänge herausgearbeitet, wurden ihre Ziele und Aufgaben geklärt.

Dieser Prozeß der Selbstverständigung führte zu einer systematischen, in sich geschlossenen Lehre von der Chemie, die für die Erziehung und Bildung der Chemiker und Praktiker sowie für die gesellschaftliche Anerkennung der Chemie als selbständige Wissenschaft von großer Bedeutung war.

Wenn der Kampf für die neue Auffassung von den Aufgaben der Chemie infolge der Zerrissenheit Deutschlands und des Fortbestehens der feudalen Herrschaftsverhältnisse nicht voll zur Auswirkung kam - woraus sich auch das Zurückbleiben der Chemie in Deutschland gegenüber England und Frankreich und das Wiederaufflammen reaktionärer Anschauungen in der Chemie durch die Naturphilosophie und Romantik gegen Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts erklärt -, die neue Auffassung von der Chemie war erarbeitet worden und behauptete sich trotz der Hemmnisse und Rückschläge.

Während die Phlogistontheorie bereits im ersten Drittel des 18. Jahrhunderts allgemein zur Anerkennung gelangte, erstreckte sich der Kampf um die neue Auffassung von den Aufgaben der Chemie über einen größeren Zeitraum. Dieser Kampf wurde um die grundsätzlichen Fragen der chemisch-wissenschaftlichen Arbeit und die Ziele und Aufgaben der Chemie geführt. Er griff zugleich in das gesellschaftliche Leben ein und förderte die bürgerliche Entwicklung besonders auf wirtschaftlichem, aber auch auf politischem und weltanschaulichem Gebiet.

Der Kampf der Phlogistiker gegen die Spekulation und den Empirismus für eine auf Erfahrung und Vernunft gegründete Forschung sowie ihr Bestreben, den Erfahrungsschatz der Gewerbe der Wissenschaft und die Wissenschaft den Gewerben nutzbar zu machen, bildeten einen bisher wenig beachteten Bestandteil der Entwicklung des Bürgertums in Deutschland.

DER EINFLUSS DER GEMEINDESTRUKTUR AUF DIE MIGRATIONSPROZESSE DER BEVÖLKERUNG IN DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN

von S. Tjul'panov/S. Sak

Westliche Wissenschaftler und Politiker wiederholen seit mehr als fünfzehn Jahren die Formel des amerikanischen Ökonomen Ragnar Nurkse vom "circulus vitiosus" des Elends in den schwach entwickelten Ländern.¹ Das ist die Verbreitung eines "Kults der ökonomischen Rückständigkeit". Er redet den Völkern der ehemaligen Kolonien ein, sie hätten "schlecht begonnen", als sie die politische Unabhängigkeit errangen. Sie hätten keine Chance, aus dem "fehlerhaften Kreislauf" von ökonomischer Abhängigkeit und Elend auszubrechen.²

In letzter Zeit wurde es Mode, die Ursache für Not und Qualen der Völker des auf Stammesgemeinden beruhenden Dorfes nicht in der langen Herrschaft des Kolonialismus, sondern in der des Traditionalismus zu suchen. Gunnar Murdal sieht den Widerspruch zwischen Traditionalismus und Modernismus als Grundwiderspruch der asiatischen Gesellschaft an.³

Der traditionelle Sektor der wirtschaftlichen Tätigkeit und des Lebens nimmt in den schwach entwickelten Ländern wie vor Hunderten von Jahren breiten Raum im Leben der Völker dieser Länder ein. In diesem Sektor sind nach Angaben der UNO bis zu 80 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung beschäftigt, wird bis zu 40 Prozent des Nationaleinkommens geschaffen und 60 Prozent des Außenhandels gesichert.

In der langandauernden und dominierenden Bedeutung des traditionellen Sektors besteht auch eine der inneren Ursachen (und gleichzeitig eine der Folgen) der Rückständigkeit der Länder der "dritten Welt".

Ungefähr ein Drittel der Bevölkerung befindet sich in den genannten Ländern auf der Stufe der Gemeinenaturalwirtschaft bzw. der Verbrauchswirtschaft, bei der die traditionelle Gemeinde (in größerem oder geringerem Maße) die wesentliche Zelle der traditionellen Gesellschaft und der Bauer als Gemeinemitglied die charakteristische Figur des Dorfes bleibt.

Die Gemeinde-Naturalwirtschaft basiert hauptsächlich auf dem Gemeindebesitz an Grund und Boden, auf der Arbeitsteilung innerhalb der Gemeinde und der Kasten sowie auf persönlichen (verwandtschaftlichen) Beziehungen.

Uns interessiert hier der Zusammenhang zwischen der Gemeinde-Naturalwirtschaft (sowie den inneren Prozessen dieser Wirtschaft) und den Migrationsprozessen, die in den Entwicklungsländern in großem Maßstab vor sich gehen. Die Frage der Bevölkerungsmigration in den zurückgebliebenen Ländern ist ebenso wie das Problem der Geographie und Typologie der Gemeinden, des Grades ihrer Beteiligung an den Migrationsprozessen wenig untersucht,

1 Vgl. Nurkse, Ragnar, Problems of Capital Formation in Underdeveloped Countries, Oxford 1955.

2 Datt, Pal'm [Dutt, Palme], Indija segodnja, Moskau 1948, S. 4, 5, 24 - 30.

3 Murdal, Gunnar, Asian drama. An Inquiry into the Poverty of Nations, Bd. 3, New York 1968.

vor allem weil statistische Quellen fehlen. Mit absoluter Bestimmtheit können wir sagen, daß ebenso wie in der heutigen Welt alle in der Geschichte bekannten Wirtschaftsformationen existieren, auch alle bekannten Typen der Gemeinde vorhanden sind; die Stammesgemeinde (die blutsverwandte), die patriarchalische Form (Großfamilie, Hausgemeinde) und die Boden- (die Ackerbau-)Gemeinde. Nach Marx sind diese Typen Phasen einer aufeinanderfolgenden Evolution. Dabei ist die patriarchalische Gemeinde eine Übergangsform von der Stammes- zur Bodengemeinde und die Bodengemeinde eine Übergangsform von der klassenlosen zur Klassengesellschaft.⁴ Eine Reliktform ist unserer Meinung nach nur die frühe Stammesgemeinde. Die späte Stammesgemeinde, auch die patriarchalische und die Bodengemeinde gibt es in vielen Ländern Afrikas, Asiens und Südamerikas. Dabei existiert keiner dieser Gemeindetypen in reiner Form, sondern sie sind alle in komplizierten und verflochtenen Formen mit einer Vielzahl von Übergangselementen vorhanden. Sie sind genetisch miteinander verbunden. Jeder folgende Typ integriert in sich Elemente des vorangegangenen und des nachfolgenden Typs. In Afrika ist zum Beispiel offensichtlich nicht nur die historische "Spezialisierung" der Formationen, sondern auch die "Spezialisierung" der Gemeindetypen niemals zum Abschluß gelangt (es gibt eine universelle Undifferenziertheit), und in diesem oder jenem Maße ist diese Erscheinung auch vielen Ländern Asiens eigen. Dennoch können wir sagen, daß der vorherrschende Gemeindetyp in Afrika offensichtlich der patriarchalische (die Großfamilie, die Hausgemeinde) ist, in Asien und Lateinamerika die nachbarliche (Boden-)Gemeinde. Die letztere unterliegt in größerem Maße der Differenzierung und Zersetzung als die patriarchalische und nimmt wesentlich stärker an den Migrationsprozessen teil.⁵

Wie dem auch sei, die Gemeinde als sozialökonomische Organisation bleibt in der Regel in vielen Gebieten eine autarke Einheit mit mehr oder weniger geschlossenem Wirtschafts- und Lebenszyklus. Die Bedürfnisse der Gemeindebewohner sind einfach und primitiv, die Produktion trägt begrenzten Charakter. Die Arbeitsteilung innerhalb der Gemeinde, zwischen den geschlechtlichen und altersmäßigen Gruppen, den Klassen und den Kasten, gewährleistet die Möglichkeit, Tätigkeiten und Dienste zwischen den Gemeindemitgliedern auszutauschen, was der Gemeinde einen sich selbst genügenden Charakter verleiht und ihr die Möglichkeit der eigenen Reproduktion ohne regelmäßige Kontakte mit der Umwelt sichert. In der Naturalwirtschaft der "Agrargemeinde" tritt und trat (mehr oder weniger) eine "ökonomische Sicherheit" auf.⁶ Der Mechanismus der Gemeinde sichert (zeitweilig) den inneren begrenzten Bedarf der Gemeindemitglieder, und bewahrt sie oftmals vor dem Elend. Die äußerst begrenzten Bedürfnisse stimulieren selbstverständlich nicht die Entwicklung der Produktion. Darüber schreiben und sprechen alle, die der Gemeinde die Schuld an der Stagnation des Dorfes geben. Dabei bemerken sie oft nicht, daß zum Beispiel in Togo und in anderen afrikanischen Ländern eine Verdoppelung der Kaffeeernte fast automatisch ein Sinken des Preises auf die Hälfte nach sich zieht, daß für Erdnüsse, die exportiert werden, der Bauer 3,7 Prozent des Verkaufspreises erhält, daß folglich die Anstrengungen des Bauern zur Steigerung der Arbeitsproduktivität sinnlos werden.⁷

Weiter. In Togo wird die Jugend bereits verstärkt für die Benutzung fortgeschrittener Agrartechnik ausgebildet. Da aber noch wenig landwirtschaftliche Technik vorhanden ist, Dünger fehlt und es unmöglich ist, die eigene Wirtschaft zu organisieren, kann sie die erworbenen

4 Vgl. Marx, Karl, [Entwürfe einer Antwort auf den Brief von V. I. Sassulitsch], in: Marx/Engels, Werke, Bd. 19, Berlin 1962, S. 403 u. a.

5 Vgl. Sak, S. D., "Tradicionnaja" obščina v sisteme mnogoukladnoj ékonomiki stran Tropičeskoj Afriki, in: Sb. Problemy razvitija i upravljenja ékonomikoj razvivajuščichsja stran, Moskau 1970, S. 94 - 97.

6 Vgl. Schapera, I., Migrant Labour and Tribal Life, Oxford 1947.

7 Vgl. Andreev, I. L., Specifika nekapitalističeskogo razvitija narodov, nezaveršivšich processa skladyvanija klassov, in: Voprosy istorii, Nr. 9/1970, S. 64.

Kenntnisse nirgendwo anwenden. Die Jugend flieht in die Stadt, um im staatlichen Dienst Arbeit zu suchen.⁸ Folglich verhindern die sozialen Verhältnisse - und nicht die Gemeinde an sich - auf weiten Gebieten das Wachsen der Arbeitsproduktivität, der Bedürfnisse und der Art ihrer Befriedigung.

Auf die Migrationsprozesse - das heben viele Forscher hervor - übt das Bevölkerungswachstum, die demographische Inflation, in den schwachentwickelten Ländern großen Einfluß aus. Die Tatsache ist offensichtlich. Dabei muß erwähnt werden, daß die Gemeinde jahrhundertlang das Bevölkerungswachstum nicht hemmte; der Mechanismus der Verteilung und Neuverteilung von Boden und Wasser sichert zeitweilig jedem Gemeindemitglied Beschäftigung. Die Gemeindeältesten, die Häupter der Familien waren mit dem Erscheinen neuer Arbeiter zufrieden, weil das Auftauchen neuer Gemeindemitglieder außer dem materiellen Vorteil Prestigebedeutung hatte. Solange die "kritische Dichte" nicht überschritten wurde⁹, war die Gemeinde fähig, der demographischen Explosion zu widerstehen und ihre Mitglieder vor dem Elend zu retten, ohne ihre Struktur wesentlich zu verändern.¹⁰

Das Brachlandsystem der afrikanischen Landwirtschaft macht es notwendig, daß sich die Gemeinde in die Breite entwickelt, indem sie die überzählige Bevölkerung auf neue Territorien dezentralisiert und dadurch den Druck des demographischen Faktors auf die Gemeindevirtschaft abschwächt. Die Einbeziehung neuer Bodenparzellen in die Bearbeitung findet sowohl beim Wachsen des Personenbestandes der Gemeinde wie auch bei der Entwicklung der Warenproduktion statt.

Die Migrationsprozesse erlangten besonders große Ausmaße in der Nachkriegszeit, im Zusammenhang mit dem Aufschwung der nationalen Befreiungsbewegung und dem Zerfall der alten Gesellschaftsstrukturen.¹¹ Die Migrationsprozesse sind durch viele Ursachen hervorgerufen worden; durch die Enteignung des Gemeindelandes und die Verbreitung des Privateigentums (Afghanistan, Kenia, Südrhodesien); durch die Willkür und den Despotismus der Kolonial- und Gemeindeverwaltung; durch Zwangsarbeit und Steuerdruck; durch die Notwendigkeit, für bestimmte Dinge Geld besitzen zu müssen, wie zum Beispiel für die Bezahlung der Steuern, den Loskauf der Bräute, den Erwerb bestimmter Waren (Nähmaschine, Fahrrad usw.); durch die Träume von einem anziehenderen und ansehnlicheren Leben in der Stadt usw.¹² Wesentliche Bedeutung für die Bevölkerungsmigration hat die unterschiedliche Bezahlung der Arbeit in den verschiedenen Ländern. In der Südafrikanischen Republik beträgt der durchschnittliche Arbeitslohn eines Bergarbeiters zum Beispiel jährlich 77 £, in Zambia aber 288 £.¹³

In einigen indischen Rayons gehören die Unfruchtbarkeit des Bodens und die häufigen Hungersnöte zu den wesentlichen Gründen für die Migration. In einer viele Kosten umfassenden Gemeinde im Staate Maharashtra nehmen 12 von 18 Kasten aktiv an der Saison-Migration teil, und in einigen Kasten sind bis zu 90 Prozent aller Familien der Kaste beteiligt.¹⁴

8 Vgl. ebenda, S. 63.

9 Die "kritische Dichte" der Gemeindebevölkerung ist eine solche Dichte, die die realen Möglichkeiten überschreitet, jedes Mitglied der Gemeinde mit (unter den gegebenen traditionellen Methoden der Wirtschaftsführung) normalen Bodenanteilen zu versorgen. Die "kritische Dichte" ist unterschiedlich unter den Bedingungen der Savanne (Guinea und Sudan) und in der Zone des feuchten tropischen Waldes.

10 Vgl. Nyerere, D. K., Principles and Development, Dar-es-Salam 1966, S. 8.

11 Vgl. Galič, Z., Migracija i formiranje radničkog klase v Zapadnoj Africi, in: Radnički klas i sovremennyj mir, Nr. 5 - 6/1971, S. 174.

12 Vgl. Barbe, R., Les classes sociales en Afrique noire, Paris 1964, S. 61 - 64.

13 Vgl. Seideman, A., An Economics Textbook for Africa, London 1969, S. 104.

14 Vgl. Valunjkar, T. N., Social Organization, Migration and Change in a Village Community, Poona 1966, S. 47 - 49, 54 f.

Das Wachsen der Migrationsströme zeugt auch von der allgemeinen Unsicherheit, von der Ungeregeltheit der Arbeit und des Lebens der Menschen infolge der Zerstörung der alten und des für das Volk qualvollen Prozesses der Schaffung neuer gesellschaftlicher Strukturen.

Aus den verschiedenen Migrationsformen (religiös-rituellen, arbeitsmäßigen, politischen usw.) greifen wir die Arbeitermigration heraus. Sie ist der markanteste typische Zug der Bevölkerungsgeographie in den Entwicklungsländern und trägt überwiegend den Charakter von Wanderarbeit, also einer zweiseitigen Bewegung von Menschen in Richtung "Dorf - Stadt - Neubau" und umgekehrt.¹⁵

In den Ländern Tropisch-Afrikas besteht der überwiegende Teil der Arbeiterklasse aus Wanderarbeitern, die von einem Land zum andern umherziehen. Die Wanderarbeit ist hier eine sehr wichtige (wenn auch nicht die wesentlichste) Art der Formierung der Arbeitskräfte. Der Prozeß der Herausbildung eines Berufsproletariats geht langsam und ungleichmäßig im Maße der industriellen Entwicklung dieser Länder vor sich. Man muß feststellen, daß in den Ländern Tropisch-Afrikas die Anzahl der Wanderarbeiter die der ständigen Arbeiter um das Sechs- bis Siebenfache übertrifft. Diese Kategorie "umherziehender Arbeiter" ist gewissermaßen eine Zwischenschicht der sich herausbildenden Arbeiterklasse und der großen Masse der dörflichen Bauernschaft.

Oft ergibt sich daraus, daß die bäuerlichen Gemeindemitglieder wegen Landmangel, Steuerdruck, Konflikten mit der Gemeindeobrigkeit Wanderarbeiter werden, aus der Gemeinde weggehen, sich aber wegen des Fehlens von Arbeitsplätzen nicht in die junge Arbeiterklasse einreihen können.

Grundlage der Arbeitermigration ist die agrarische Überbevölkerung, die sich in den verschiedenen Ländern und Regionen ganz verschieden äußert. In Indien und Mexiko tritt sie zum Beispiel in Form von Unterbeschäftigung der Arbeitskraft auf; in Burma in Form unökonomischer Wirtschaften; in Afghanistan und Südrhodesien in Form der Enteignung der Bauern usw.¹⁶ In vielen Ländern Afrikas äußert sie sich in Form eines ungleichmäßigen Prozesses der Differenzierung und der Auflösung der Gemeinde- und Stammesverhältnisse (Tunesien, Kenia, Ghana, Elfenbeinküste, Nigeria, Rhodesien und andere), der durch eine Trennung von "überzähliger" Bevölkerung, durch die Entstehung landloser oder landarmer Bauern begleitet wird. Diese überschüssige Bauernmasse bildet ein Arbeitskräftereservoir für Plantagen, Industriebetriebe, Neubauten und städtische Zentren.

Ununterbrochen umherwandernde "Bauern-Arbeiter", die die alte Welt verlieren, ohne eine neue zu erreichen, wurden zur typischen Erscheinung vieler rückständiger Länder der modernen Welt.¹⁷ Und diese nomadisierende Bevölkerung ist überhaupt nicht abschätzbar, um so mehr, als sie in der Regel in verschleierte Form auftritt.¹⁸ Die ruinierten bäuerlichen

15 Vgl. Guzevatyj, Ja. N., Problemy narodonaselenija stran Azii, Afriki i Latinskoj Ameriki, Moskau 1970, S. 91 - 104. - Die Abwanderung geht als innere (innerhalb der Staatsgrenzen) und als äußere (zwischenstaatliche) vor sich. In einigen afrikanischen Ländern gibt es zwischen innerer und äußerer Abwanderung keine klaren Grenzen. Der innere Abzug unterteilt sich seinerseits in landwirtschaftlichen und nichtlandwirtschaftlichen. Die Abwanderung wird auch nach der Zeitdauer unterschieden; es gibt kurzfristige und langfristige (saisongebundene und nichtsaisongebundene). Nach der örtlichen Lage unterscheidet sich der Abzug nach nahem und entferntem (beim Fehlen von Wegen und Transportmitteln, unter den extremen klimatischen Bedingungen hat der Faktor "Ortslage" keine geringe Bedeutung).

16 Vgl. Afanasev, L., Agrarnoe perenaselenie, Moskau 1963, S. 49 - 152.

17 Vgl. Uoddis[Woddis], D., Afrika. Pričiny vzryva, Moskau 1962, S. 65.

18 Vgl. Guzevatyj, Ja. N., a. a. O., S. 169 f.

Gemeindemitglieder füllen als "Lumpenbauern"¹⁹ ständig die Reihen der Wanderarbeiter auf und verwandeln sich häufig in "Lumpenproletarier", nicht aber in Berufsproletarier.

In Afrika bildete sich eine eigene Art von Zentren des "Abstoßens" (der Ebbe) und des "Anziehens" (der Flut) von Arbeitskräften heraus. Zentren des "Abstoßens" von Arbeitskräften sind in der Hauptsache arme und rückständige Gebiete, in denen Natural- und Konsumwirtschaft vorherrschen (Rwanda, Burundi, Malawi, Obervolta, Dahome, Togo, Tschad und andere). Das größte "Anziehungs"-Zentrum für Arbeitskräfte ist die Südafrikanische Republik, wo jährlich ungefähr 280 000 Afrikaner aus verschiedenen Ländern (Moçambique, Lesotho, Malawi, Botswana, Swasiland und anderen) eintreffen, um auf den Diamantenfeldern und in den Bergwerken zu arbeiten.²⁰ Andere wichtige "Flut"-Zentren von Arbeitskräften sind Zambia und Südrhodesien (Bergwerke, Farmen usw.). In Senegal umfaßt die Saison-Arbeitslosigkeit (nach Angaben der Internationalen Labour Organisation [ILO]) 30 Prozent der vorhandenen Arbeitskraft (600 Millionen Arbeiterstunden pro Jahr), und in Kenia wird die Nichtvollbeschäftigung auf 500 000 bis 700 000 Menschenjahre geschätzt.²¹ Folglich gibt es weniger Arbeitsplätze, als Arbeitskräfte angeboten werden. Die Wanderarbeit geht aus einer bedeutenden Arbeitslosigkeit hervor. (Viele Länder, die Zentren der Anziehung billiger Arbeitskräfte sind, leiden unter wachsender Arbeitslosigkeit. So gab es 1968 in Südrhodesien mehr als 6 000 Arbeitslose, in Kenia 9 800, in Zambia 11 600, in Ghana 18 000 und in der Republik Südafrika zirka 70 000.)²²

Insgesamt gesehen, ist die Arbeitermigration in Form von Wanderarbeit eine zeitweilige Erscheinung. Die bäuerlichen Gemeindemitglieder und Bodeneigentümer entschließen sich nicht oft, unwiderruflich mit ihrer Wirtschaft, mit ihrer Gemeinde zu brechen. Die Bauern verlassen das Dorf meist für kurze Zeit, weniger oft für längere Zeit und vergleichsweise selten für immer.²³ Und wahrhaftig. Dort, wo das Gemeindeeigentum herrscht, kann das Gemeindemitglied in der Regel seinen Bodenanteil nicht verkaufen. Dort, wo schon Privateigentum vorhanden ist, aber noch kein Landhunger, gibt es in der Regel keinen Käufer für das Land bzw. ist der Bodenpreis niedrig. Folglich wird es für den Bauern eine ökonomisch unvorteilhafte Operation, seinen Bodenanteil zu verkaufen. Aber der Bauer bemüht sich, seine Parzelle zu erhalten, um so mehr, als niemals sicher sein kann, ob er - wenn er sich vom Dorf gelöst hat - bei der riesigen Arbeitslosigkeit in den Städten sein Schicksal in der Fremde einrichten wird.²⁴ Viele bäuerliche Gemeindemitglieder, die nach Rhodesien und Zambia zur Arbeit gegangen sind, bewahren zum Beispiel ihre bearbeitete Parzelle in ihren Gemeinden und sind weniger als vier bis fünf Monate im Jahr beschäftigt.²⁵ Nichtsdestoweniger zeigt sich in einer Reihe afrikanischer Länder eine Tendenz zum Wachsen der außergemeindlichen Bevölkerung, das heißt der Bauernschaft, die das Dorf verlassen hat. So lebten zum Beispiel 1930 im Kongo 6 Prozent der Urbevölkerung außerhalb des Gemeindegrenzen, 1958 waren es jedoch 22,7 Prozent der Gesamtbevölkerung.²⁶ Das Anwachsen der außerhalb der Gemeinde lebenden Bevölkerung wird nicht nur durch die Migration hervorgerufen. Es hängt, wie uns scheint, mit dem allgemeinen Prozeß der Zerstörung der Gemeindestruktur zusammen.

19 Vgl. Tezisy dokladov i soobščeniĭ XII ceccii Mežrespublikanskogo Simpoziuma po agrarnoj istorii Vostočnoj Evropy, Moskau 1970, S. 29.

20 Vgl. Lipez, Ju. G., Strany Jugo-Vostočnoj Afriki, Moskau 1968, S. 358 - 365.

21 Vsemirnaja Programma zanĭatosti, Doklad General'nogo direktora dlja meždunarodnoj konferencii truda, Genf 1969, S. 46.

22 Vgl. Yearbook of Labour Statistics, hg. v. ILO, Genf 1958.

23 Vgl. Valunĭkar, T. N., a. a. O., S. 47 - 54 u. a.

24 Vgl. Agrarnyj vopros v stranach Azii i Severnoj Afriki, Moskau 1968, Kapitel 5.

25 Vgl. Ivanov, Ju. M., Razvitie kapitalizma v afrikanskoj derevne Rodezii i Zambii, Moskau 1968, S. 32.

26 Uoddis, D., a. a. O., S. 210.

Die Arbeitskraft der Wanderarbeiter ist durch angelnde Berufsausbildung, niedrige Produktivität, schwache Disziplin und Instabilität gekennzeichnet. Die Wanderarbeiter sind eine Übergangsform vom Bauern zum Arbeiter. Der Saison-Landarbeiter ist nach den Worten von V. Jordanskij noch kein Ausdruck der "Proletarisierung" als nichtumkehrbarer Prozeß, er ist "Boden" des Dorfes wie "Boden" der Stadt, er ist "Boden" der Gesellschaft. Viele Wanderarbeiter sind gezwungen, schwere, niedrigbezahlte Arbeiten aufzunehmen, in Hütten und Katen der Vororte von Städten und Zentren zu hausen, wo das Elend, die Prostitution und das Verbrechen blühen. Aber da sie häufig nicht die Möglichkeit haben, in den Anwerbungsorten für immer sesshaft zu werden, kehren die Wanderarbeiter in ihre Dörfergemeinden zurück. Hier liegt die Ursache, warum sich die Bauern in den meisten Fällen bemühen, die Verbindung zur Gemeinde zu bewahren, die Ursache für ihre Ergebenheit gegenüber den Gemeindefraditionen. Es ist auch nicht verwunderlich, daß in den Abwanderungsorten, besonders in den Vororten von Städten, manchmal Auswanderergemeinden entstehen, die in den Grundzügen die natürlich entstandene Gemeindeorganisation ihrer Heimat reproduzieren, von wo sie ausgewandert sind (etwas ähnliches ging in den Auswanderergemeinden Sibiriens vor sich), mit dem System der gegenseitigen Hilfe, dem religiösen Ritus usw. Hier ist natürlich nicht von einer "Detribalisierung" die Rede. Es findet umgekehrt eine "Supertribalisierung" statt.²⁷ Die Gemeinden bemühen sich ihrerseits (an Orten der "Ebbe" von Arbeitskraft) ebenfalls, die Verbindung mit den bäuerlichen Wanderarbeitern nicht zu verlieren, und erweisen deren Familien oder den zurückgebliebenen Familienmitgliedern bestimmte Hilfe. Der Wanderarbeiter erhält oft einen sehr niedrigen Lohn. Einen bedeutenden Teil davon gibt er für Verpflegung, Wohnung, Reise, bestimmte Kleidungsstücke und Geschenke aus. Dennoch geschieht es mitunter, daß der Wanderarbeiter die Familie mit Geld unterstützen kann. Wir weisen auf eine solche Tatsache hin: Die Gemeindeglieder des Tukuljorenstammes (mittleres Senegalital) üben alle Arten von Tätigkeiten aus. Sie beschäftigen sich mit dem Ackerbau, der Viehzucht, der Fischerei und mit dem Handwerk. Aus diesen Tätigkeitsarten haben die Gemeindeglieder dank dem Austausch in der Regel bestimmte (mitunter gar nicht geringe) Geldeinnahmen. Viele Wanderarbeiter aus dem Tukuljorenstamm schicken den Familien 20 bis 22,3 Prozent des Gesamtgeldeinkommens einer Familie.²⁸ Hauptsächlich die Männer im aktiven Alter gehen weg, um Geld zu verdienen. Die im Dorf verbliebenen Frauen und Greise waren in Tropisch-Afrika nicht in der Lage, neue Parzellen zu roden. Sie gerieten in die Hörigkeit der vermögenden Gemeindegspitze, die sich häufig das Land der Familie von Wanderarbeitern aneignet. Unter diesen Bedingungen findet nicht selten ein Massenabzug von Frauen aktiven Alters statt. Sie ziehen in Neubaugebiete, in die Stadt, wo ihre Männer und Söhne sind.²⁹ Die statistischen Angaben für die Jahre 1961 bis 1965 zeigen, daß in den meisten Ländern Afrikas unter den Wanderarbeitern die Männer überwiegen. Jedoch wächst die Zahl der Frauen, die in den Wanderungsstrom eingeschlossen werden. In einer Reihe von Fällen ist fast ein Gleichgewicht der Geschlechter (Männer und Frauen) zu beobachten. So waren 1962 unter den Einwanderern in Kenia 3 400 Männer und 3 000 Frauen.³⁰

In einer Reihe von Gemeinden fordert die Gemeindegspitze sogar einen Anteil am Lohn des Wanderarbeiters in Form von Geschenken und Präsenten. Nicht nur unter dem Druck der Kolonialadministration, sondern auch auf eigene Initiative überredeten und zwangen die Gemeindegältesten Gemeindeglieder, wegzugehen, um Geld zu verdienen, damit sie die Steuern in vollem Umfang und fristgemäß bezahlen konnten.³¹

27 Rouch, J., *Migration en Ghana*, Paris 1956, S. 139.

28 Vgl. *Boutilleur, Z. Z.* [u. a.], *La Moyenne Vallée du Senegal*, Paris 1962, S. 59 u. a.

29 Vgl. *Ivanov, Ju. M.*, a. a. O., S. 43 - 45.

30 Vgl. *Yearbook of Labour Statistics*, hg. v. ILO, Genf 1966.

31 Vgl. *Schapera, I.*, a. a. O., S. 151 f.

Das Abwanderungssystem, das für die rückständigen Länder charakteristisch ist, ist eine überaus widersprüchliche sozialökonomische und politisch-psychologische Erscheinung.

Einerseits brechen die Bauern (sei es auch nur zeitweilig) mit der Naturalwirtschaft - sie verkaufen ihre Arbeitskraft und kaufen Bedarfsgegenstände. Das hat eine gewisse Entwicklung des inneren Marktes und der warenproduzierenden Landwirtschaft zur Folge. Die Bauern reißen sich zeitweise (in einer Reihe von Fällen aber auch für längere Zeit oder für immer) von der Dorfgemeinde los. Das schwächt die Verbindung des Individuums mit dem Kollektiv, führt zu bestimmten Veränderungen des Personenbestandes der Gemeinde, befreit den Bauern in gewissem Maße von der Stammesabgeschlossenheit, den ethnischen Vorurteilen, führt ihn zu einem neuen sozialen und natürlichen Milieu, zu einer neuen Ideologie usw. Andererseits verliert das Dorf einen bedeutenden Teil der männlichen Arbeitskraft, ohne die zum Beispiel die Durchführung des Rodungs-Brachland-Ackerbaus unmöglich ist. Das wiederum hemmt die Entwicklung der Produktivkräfte in den Abzugsorten. So verhindert die Migration der Jugend des Bezirks Buguna die Entwicklung der Reisproduktion am Oberlauf des Niger.³² Durch die Abwanderung vergrößern sich die Maßstäbe der Arbeitslosigkeit in den "Flut"-Orten, verstärkt sich die Fluktuation der Arbeitskraft (was die Herausbildung eines Berufsproletariats hemmt). Der Abzug wirkt, wie wir bereits feststellten, negativ auf das Qualifikationsniveau der bäuerlichen Arbeiter, auf ihr Klassenbewußtsein, begünstigt die Entstehung neuer Widersprüche zwischen der örtlichen und der hinzugekommenen Bevölkerung usw.³³

Bei der nichtsaisongebundenen Migration fällt es dem Individuum besonders schwer, sich an das neue, ihm feindliche Milieu anzupassen, außerhalb des Kreises seiner Landsleute, ohne die gegenseitige Hilfe usw.³⁴ Das ist die Ursache, weshalb unter diesen Bedingungen der Tribalismus als entschiedene Reaktion der einfachen Bauernmassen auf den Bruch der traditionellen persönlichen Verbindung des Individuums mit der Gemeinde, den Zerfall der Gemeindestruktur, auftritt, obwohl der Tribalismus als Attribut der "traditionellen" Gesellschaft ein gewisses Hindernis auf dem Weg zur Umgestaltung dieser Gesellschaft ist. Vom Gesichtspunkt der Form der Ausbeutung her muß man unserer Meinung nach betonen, daß das Wanderarbeitssystem sowohl Züge der kapitalistischen wie auch der feudalen Ausbeutung enthält, halbbourgeois und halbfeudal ist.

In den entwickelten kapitalistischen Ländern zieht die Arbeitskraft hinter dem Kapital her, setzt sich in den Städten infolge der Urbanisierung und Industrialisierung nicht nur der Stadt, sondern auch des Dorfes selbst ab. In den schwachentwickelten Ländern leben nicht mehr als 12 Prozent der Bevölkerung in den Städten. Sogar die größten Städte wachsen in diesen Ländern künstlich, das heißt nicht durch den Urbanisierungs- und Industrialisierungsprozeß, durch das Wachsen des inneren Marktes, sondern durch das Bevölkerungswachstum³⁵, die agrarische Überbevölkerung und die Stagnationssituation der Landwirtschaft.³⁶ Das Migrationstempo übertrifft in den Ländern der "dritten Welt" das Wachstumstempo der Arbeitsplätze. Urbanisierung und Industrialisierung sind hier häufig eine Funktion der Migration und nicht umgekehrt. Deshalb ist die Bevölkerung hier vor allem in der Dienstleistungs-

32 Radčenko, G. F., *Republika Mali*, Moskau 1969, S. 92.

33 Vgl. *Iordanskij, V. B.*, *Typiki i perspektivy Tropičeskoj Afriki*, Moskau 1970, S. 119 - 128.

34 Vgl. *Christov, Angel*, *Socialna struktura i socialno razvitie na zapadno-afrikanekite strani 1900 - 1970*, Sofia 1972, S. 71 f.

35 Man muß bemerken, daß von 1950 bis 1960 der Anteil der städtischen Bevölkerung in der Welt im Durchschnitt um 1,8 Prozent gewachsen ist. In Afrika wuchs der Anteil der städtischen Bevölkerung um 3,1 Prozent. Dabei ging die Entwicklung der Industrie in bedeutend langsamerem Tempo vor sich.

36 Vgl. *Kleer, E.*, *Analiz obščestvenno-ekonomičeskich struktur stran "tret'ego mira"*, Moskau 1968, S. 47.

sphäre (und nicht in der Produktionssphäre) beschäftigt. Hier ist die Arbeitslosigkeit groß. Hier wächst nicht so sehr das Proletariat als das "Lumpenproletariat".³⁷

Zwischen dem Prozeß der Zerstörung der Gemeinde auf natürlichem oder auf künstlichem Wege³⁸ und den Migrationsprozessen existiert eine direkte und wechselseitige Beziehung. Die Zerstörung der Gemeinde- und Stammesbeziehungen wird von der Loslösung der "überschüssigen" Bevölkerung begleitet, die zum Reservoir von Arbeitskräften wird. Die Migrationsprozesse schwächen ihrerseits den inneren Traditionszusammenhang usw.

Wenn man jedoch die Arbeitermigration als zweiseitigen Prozeß, als überwiegende und permanente Form der Migration in den Ländern der "dritten Welt" anerkennt, so darf man, wie uns scheint, doch den Grad des zerstörenden Einflusses der "Pendel"bewegung der Arbeitskräfte auf die Gemeindestruktur nicht überbewerten. L. F. Blochin schätzt zum Beispiel ein, daß die Gemeinde jahrhundertlang eine große Rolle für die Entstehung eines Gleichgewichts im System "Mensch - Umwelt" gespielt hat. Die Gemeinde zügelt die Degradation des natürlichen Milieus. (Wir fügen hinzu, daß sie auf einer bestimmten Etappe auch die Entwicklung anderer Elemente der Produktivkräfte zügelt.) Zerstörend wirkt hauptsächlich die endgültige Emigration auf die Gemeinde, wenn das Gemeindeglied das Dorf für immer verläßt. Was die Saisonmigration betrifft, so ist sie Blochins Meinung nach eine eigene Art "Reaktion der Selbstregulierung".³⁹

Überaus verbreitet ist die Meinung, daß das Dorf in den Entwicklungsländern angeblich ein unversiegbarer Quell von Arbeitsressourcen sei. Dabei wird außer acht gelassen, daß gerade die technische Rückständigkeit der Landwirtschaft, die Primitivität der sozialen Struktur im Dorf, die Schwäche des Industrialisierungsprozesses in der Stadt (um so mehr im Dorf) davon zeugen, daß die Bauern nicht nur das entscheidende, sondern fast das einzige Element der Produktivkräfte im Dorf sind und daß dieses Element in großer Quantität notwendig ist. Deshalb bleibt ein bedeutender Teil der "überschüssigen" Arbeitskraft im Dorf (um so mehr, wenn er nirgendwohin ausweichen kann). Erst auf einer bestimmten Stufe beginnt das verstärkte Wachstum der Dorfbevölkerung die kritische Dichte zu überschreiten und die Ökonomik der Gemeinde zu erdrücken, was sich in der Zerstückelung der Anteile ausdrückt, in der Verdrängung von Grund und Boden sowie in der Zuspitzung der Widersprüche innerhalb der Gemeinde.⁴⁰ W. Hunton hat unserer Meinung nach recht, wenn er unterstreicht, daß man nicht alle Widersprüche und Konflikte in Afrika (wir möchten hinzufügen, nicht nur in Afrika) auf solche zwischen den Gemeinden und zwischen den Stämmen zurückführen kann. Die Sache ist weit komplizierter. Hier in Afrika, so sagt Hunton, gibt es ein verwickeltes Knäuel von Widersprüchen "zwischen weißen Städten und schwarzen Arbeitern"; zwischen der reichen Elite und der elenden Masse; zwischen Gewerkschaften und Un-

37 Vgl. Zuckermann, B./Bürger, K., Beiträge zur Ökonomischen Geographie Afrikas, o. O. 1964, S. 30 - 36.

38 Der natürliche Weg der Zerstörung der bäuerlichen Gemeinde ist der elementare und spontane Prozeß ihrer Auflösung infolge der Entwicklung des Dualismus in der Gemeinde; ihn muß man als sozialökonomisches Hauptgesetz ihrer Selbstentwicklung und Selbstzerstörung ansehen. Der künstliche Weg der Zerstörung der Gemeinde ist der gewaltsame Prozeß ihrer "Privatisierung (die Einführung des Privateigentums, die Industrialisierung usw.) und "Vergenossenschaftlichung" oder die Zerstörung der Gemeinde durch die Methode der "Konsolidierung". (Wir verweisen zum Beispiel auf die Taktik der Engländer in Kenia.)

39 Diesen Gedanken drückt L. F. Blochin aus in seinem Referat "Geographische Aspekte des Begriffes Entwicklungsländer" auf der Session der östlichen Kommission der Geographischen Gesellschaft in Leningrad 1971.

40 Vgl. Iordanskij, V. B., a. a. O., S. 119 - 149.

ternehmern; zwischen der traditionellen und der neuen Gesellschaft; zwischen dem Imperialismus Amerikas und dem Antimperialismus Afrikas.⁴¹

Die Migrationsprozesse in den Entwicklungsländern sind sowohl eine Folge der Zuspitzung von Widersprüchen und Konflikten als auch eine Form ihrer zeitweiligen Lösung (Abschwächung der Widersprüche in den Orten der "Ebbe" von Menschen, Verstärkung der Widersprüche in den Orten ihrer "Flut").

Die Migrationsprozesse haben die Tendenz zuzunehmen. In einer Reihe von Fällen nimmt die Migration solche Maßstäbe an, daß sie zur Entvölkerung der Dörfer führt. 1963 befanden sich in verschiedenen afrikanischen Ländern mehr als 5 Millionen Menschen in Bewegung.⁴² "In den Ländern West-Tropisch-Afrikas, das früher französische Kolonie war, nahmen in den fünfziger und sechziger Jahren jährlich mindestens 1 - 1,5 Millionen Bauern an der Saisonmigration teil."⁴³ In den letzten anderthalb Jahrzehnten wanderten in den lateinamerikanischen Ländern 14 Millionen Landbewohner in die Stadt. Die modernen Malthusianer (Watham, Cuzzi, Stassar und andere) behaupten, daß man das Migrationselend nur durch die Stabilisierung des demographischen Faktors beenden könne. Das hauptsächlich und anwendbarste Modell zur Lösung des demographischen Problems und des Problems des ökonomischen Wachstums ist ihrer Meinung nach das "Modell Malthus'", das sie für die beste Interpretation der heutigen Situation in den schwachentwickelten Ländern und für das realistischste Zukunftsprogramm halten. Die Theorie Malthus', die nach den Worten von Palme Dutt aus Europa und Nordamerika vertrieben war, fand in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas ihre letzte Zuflucht.⁴⁴ Die Regierungen vieler befreiter Länder hoffen, bestimmenden Einfluß auf den Charakter der Migrationsprozesse auszuüben. Nichtsdestoweniger fährt die Arbeitermigration fort zu wachsen, und das Problem der Wanderarbeit bleibt brennend und aktuell.

Das Gemeindesystem war, wie weiter oben erwähnt, in der Regel nirgends ein Hindernis für das Bevölkerungswachstum, solange es Landreserven gab. Dennoch, je höher die Bevölkerungsdichte in der Gemeinde, um so kleiner war bei den vorhandenen Grenzen der Bodenanteil der Gemeindemitglieder. Auf Java wuchs die Bevölkerung zum Beispiel in einem Jahrhundert (von 1860 bis 1961) auf mehr als das Fünffache (von 12 669 000 auf 62 700 000 Menschen). Dieser Umstand hatte eine Verringerung des Durchschnittsanteils einer Bauernfamilie zur Folge. 1882 betrug er 0,92 Hektar, 1954 nur noch 0,3 bis 0,6 Hektar bewässerten oder 0,5 Hektar unbewässerten Boden. (Allerdings hing die Verringerung der freien Bodenfläche auch mit der Enteignung bedeutender Teile des besten Bodens durch das ausländische Monopolkapital zusammen.)⁴⁵ In den letzten sieben Jahren raschen Wachstums der afrikanischen Bevölkerung reduzierte sich die auf einen Afrikaner entfallende Bodenfläche von 80 auf 4,6 Hektar, das heißt um das 17,4fache.⁴⁶

Wenn das System des Gemeindeeigentums zeitweilig das Wachsen der Dorfbevölkerung begünstigt, so bildet das System des Privateigentums im Gegenteil in der Regel überall ein Hindernis für das Bevölkerungswachstum. Das hängt in großem Maße mit der Wirkung des Erbfolgeprinzips und der Zerstückelung der Anteile (infolge des privaten Bodeneigentums) zusammen. Nicht zufällig gibt es das größte Bevölkerungswachstum in den Entwicklungs-

41 Vgl. Hunton, W. Alphacus, *Decision in Afrika* (Sources of Current Conflict ...), New York 1957, S. 11 - 58.

42 Vgl. Manshard, W., *Die Geographischen Grundlagen der Wirtschaft Ghanas unter besonderer Berücksichtigung der agrarischen Entwicklung*, Wiesbaden 1963.

43 Galič, Z., a. a. O., S. 172.

44 Vgl. Datt, Pal'm [Dutt, Palme], a. a. O., S. 51.

45 Vgl. Lalajane, Ē. A., *Razloženie sel'skoj obščiny javancev (konec XIX - pervaja polovina XX v.)* in: *Sb Strany i narody Vostoca*, Nr. IV, Moskau 1965, S. 88 f., 91.

46 Vgl. Čerkasov, Ju. N., *Ėkonomičeskie problemi Južnoj Rodezii*, Moskau 1966.

Ländern offenbar in erster Linie dort, wo die Gemeinde- und Naturalwirtschaft vorherrscht. Eine analoge Erscheinung gab es in Rußland (zur Zeit Stolypins). In den Gebieten, in denen die Einzelwirtschaft vorherrschte, war das Bevölkerungswachstum geringer als in Gebieten mit vorwiegendem Gemeindebodeneigentum. (Uns scheint, daß die "demographische Inflation" in den heutigen Ländern der "dritten Welt" eine der indirekten Kennziffern für die relativ große Verbreitung des Gemeindegemeinschaftensystems in diesen Ländern ist. Diese Frage bedarf jedoch noch weiterer Untersuchungen.)

Selbstverständlich bedeutet die Eroberung der politischen Unabhängigkeit nicht automatisch die Lösung des Problems der rückständigen Technik, der Bodenerosion, der Beschäftigung, der niedrigen Arbeitsproduktivität, der Übermacht der europäischen Ausbeuter usw. Die Marxisten meinen, daß diese Probleme, wie auch die Fragen der ökonomischen Unabhängigkeit im allgemeinen, auf dem Wege der nichtkapitalistischen Entwicklung gelöst werden können. Nur auf diesem Wege können die Völker der Entwicklungsländer die entwickelten Länder einholen. Die Ideologen des Neokolonialismus bemühen sich zu beweisen, daß die schwachentwickelten Länder "schlecht anfangen" und keine Chancen auf Erfolg haben, wenn sie sich nicht in den Weltkapitalismus integrieren. Hier entspringt die von den bourgeois Ideologen gepredigte Lehre über die fatale Unvermeidlichkeit des kapitalistischen Entwicklungsweges für die schwachentwickelten Länder.

Jedoch die progressiven Kräfte in den Entwicklungsländern betrachten den Sozialismus als die Form der sozialökonomischen und politisch-ideologischen Organisation, die für die Völker der Länder der "dritten Welt" am geeignetsten ist.

Jetzt ist für viele verständlich, daß die Überwindung des "fehlerhaften Kreislaufs" des Elends, der Arbeitslosigkeit und der ökonomischen Rückständigkeit nicht ohne die industrielle Entwicklung möglich ist. Jedoch nicht jede beliebige Industrie soll entwickelt werden, sondern solche Zweige, die die gesamte ökonomische Struktur der rückständigen Länder verändern können. Eine industrielle Entwicklung, die den Aufgaben der komplexen Umgestaltung der rückständigen ökonomischen Struktur entspricht, setzt eine tiefgreifende revolutionäre Umgestaltung voraus. Die Ideologen des Neokolonialismus predigen beharrlich die Notwendigkeit, eine kapitalstarke Produktion intensiv zu entwickeln; aber das, sagen sie, ist unmöglich ohne die "Hilfe" des ausländischen Kapitals, ohne kapitalistische Entwicklungsrichtung.

Die Erfahrungen beweisen, daß die Entwicklungsländer (wenn sie ihre politische Unabhängigkeit bewahren und die ökonomische Unabhängigkeit erringen wollen) vor allem innere Akkumulationsquellen ermitteln und sich um Hilfe an die Länder des sozialistischen Systems wenden müssen (wobei sie unter streng bestimmten Bedingungen auch das Auslandskapital ausnutzen).

Groß ist die Rolle des Staates in der Planung und Ausnutzung der natürlichen und menschlichen Ressourcen für die industrielle Entwicklung der zurückgebliebenen Länder. Soweit die Hauptproduktionsphäre in diesen Ländern die Landwirtschaft ist, bleibt sie die wichtigste Akkumulationsquelle für die Realisierung der Pläne zur industriellen Entwicklung.

Es ist nicht verwunderlich, daß der Staat in den Ländern der "dritten Welt" seine Aufmerksamkeit hauptsächlich auf die Entwicklung der Landwirtschaft richtet. Einige indische Gelehrte meinen zum Beispiel, daß für die Erweiterung der landwirtschaftlichen Produktion die Durchführung eines komplexen Entwicklungsprogramms für die Landwirtschaft, die kleine Hausindustrie, die Gemeinde- und Genossenschaftsprojekte, die Ausnutzung der alten Technik usw., zweckmäßig ist. Sie sehen die Notwendigkeit, eine arbeitsintensive Produktion (Melloration, Irrigation, Aufbau von für gesellschaftliche Zwecke bestimmten Objekten usw.) zu entwickeln. Es wurde die Meinung geäußert, daß bei der Anlegung industrieller Objekte nicht nur der Faktor Markt usw., sondern auch die Konzentration der vorhandenen Arbeitskräfteresourcen berücksichtigt werden müsse (das heißt, ihre Zweckmäßigkeit

müsse eingeschätzt werden, damit gegebenenfalls das Kapital der Arbeit folgt und nicht umgekehrt wie in den entwickelten kapitalistischen Ländern). Wir meinen, daß es in den großen Gemeindedörfern (wie in Peru und Argentinien) offenbar zweckmäßig ist, Unternehmen zur Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte zu errichten, damit die Gemeinden nicht nur Besitzer des Bodens und des Wassers, sondern auch der industriellen Unternehmen (der Produktionsmittel) werden, das heißt, daß diese Gemeinden zu landwirtschaftlich-industriellen Zellen werden. Das würde ihnen, wenn auch nur zeitweilig, die Lösung einer Reihe von Problemen, darunter das der Beschäftigung der Landbevölkerung, erleichtern. Bei all ihrem Konservatismus widersetzt sich die Gemeinde nicht oder nicht immer technologischen Neuerungen. Es ist bekannt, daß die seinerzeit progressivsten technologischen Systeme des Ackerbaus (wie zum Beispiel der Fruchtfolgezwang) zuerst gerade im Gemeindefsystem eingeführt wurden.

Das Hindernis für den technischen Fortschritt ist in den heutigen rückständigen Ländern nicht die Gemeinde an und für sich, sondern die Meinung, die Arbeit sei Sklaverei (als Erbe des Kolonialismus), sowie das Fehlen wirklicher Stimuli zur produktiven Arbeit, die Angst des Bauern vor dem morgigen Tag, seine Unsicherheit, sein Mehrprodukt könnte ihm in jedem beliebigen Moment vom Staat, vom Feudalherrn oder von der Gemeindeelite weggenommen werden.

Deshalb bergen die Versuche, die Lasten zur Finanzierung des Industrialisierungsprogramms vollständig auf die Landwirtschaft zu legen, eine große Gefahr. Bereits Marx machte beharrlich auf eine solche Gefahr aufmerksam. Er schrieb insbesondere, wenn dem Bauern das Produkt einer landwirtschaftlichen Arbeit über ein bestimmtes Maß hinaus weggenommen würde, ihn keine Kraft der Welt mehr an seinem Land festhalten könne.⁴⁷ Das ist eine der ernstesten Formen, die Bauernschaft zu enteignen, sie als produktive Klasse zu liquidieren. Eine solche "Ausbeutungsmethode" droht, die bäuerlichen Massen sogar progressiven Regimes zu entfremden. Die Wegnahme des Mehrprodukts "über ein bestimmtes Maß hinaus", ja auch noch für eine "Prestige-Industrialisierung" diene möglicherweise als ein Moment der politischen Instabilität, besonders in den Ländern Schwarzafrikas. Die Gemeinde- und Naturalwirtschaft kann sich spontan an der Seite des Kapitalismus entwickeln, sie kann jedoch nicht zwangsweise durch revolutionär-demokratische Regimes vernichtet werden, sondern nur auf der Basis einer tiefen sozialen Umgestaltung der Gesellschaft umgestaltet werden.

Jetzt und in Zukunft wird der Staat in den Entwicklungsländern bei der Umgestaltung der Gemeindestruktur eine große Bedeutung haben. Groß ist auch seine Rolle der Regulierung der Migrations- und demographischen Prozesse. Schon jetzt verwirklicht er in einer Reihe von Ländern diese Tätigkeit durch zwei Hauptmethoden:

1. die ökonomische Methode; Aufbau von Irrigationssystemen, Eroberung von Neuland, Durchführung des "Programms der Gemeindeentwicklung", Industrialisierung usw.;
2. die außerökonomische Methode; Methoden administrativer Art, die ihren Ausdruck finden im Kampf gegen die "Landstreicherei" und den "Müßiggang", in der Organisierung von Arbeitspflicht (für Jugendliche zum Beispiel), in Verboten, das Dorf ohne besondere Genehmigung zu verlassen usw.

Der Effektivitätsgrad dieser Maßnahmen hängt in hohem Maße von der klassenmäßig-politischen Richtung und der sozialpolitischen Orientierung des Staates in den heutigen Entwicklungsländern ab.

47 Marx, Karl, a. a. O., S. 392.

Abschließend muß bemerkt werden, daß ungeachtet der düsteren Prognosen bürgerlicher Ideologen und Experten in vielen befreiten Ländern der "dritten Welt" (wenn auch langsam und ungleichmäßig) der Prozeß einer industriellen Entwicklung vor sich geht, sich eine ständige Arbeiterklasse herausbildet, die im Kampf ernsthafte Positionen erobert.⁴⁸

(Übersetzt von Renate Günther)

48 Vgl. Brežnev, L. I., KPSS v borbe za edinstvo vseh revoljucionnyh i miroljubivyh sil, Moskau 1972, S. 79.

DIE STAATLICHE LEITUNG UND KONTROLLE VON MANUFAKTUREN UND HANDWERKLICHER PRODUKTION IM CHINA DER FRÜHEN SONG-ZEIT

von Günter Lewin

1. Zur Aufgabenstellung und zum Forschungsstand
2. Produktionsmittel und -technik
 - 2.1. Einführung
 - 2.2. Textilien
 - 2.3. Keramik
 - 2.4. Bergbau
3. Unmittelbare Produzenten
 - 3.1. Handwerker
 - 3.2. Manufakturarbeiter
4. Struktur der staatlichen Verwaltung in der gewerblichen Wirtschaft
 - 4.1. Organe der Wirtschaftsadministration
 - 4.2. Erscheinungsformen der staatlichen Monopole
 - 4.3. Der Binnenmarkt
5. Einige Schlußfolgerungen und Ausblicke auf die weitere Entwicklung
 - 5.1. Keime des Kapitalismus - ja oder nein?
 - 5.2. Zum Charakter der Gesellschaftsformation des Untersuchungszeitraums

1. Zur Aufgabenstellung und zum Forschungsstand

Die Erforschung der Struktur vorkapitalistischer Gesellschaften gehört zu den weltweiten Aufgaben der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft, denen nicht zuletzt im Hinblick auf die Länder Asiens und Afrikas höchste Aktualität zukommt. Offensichtlich handelt es sich hierbei um einen Prozeß, der keineswegs als schon abgeschlossen zu betrachten ist. Ganz besonders auch für China gilt die von den sowjetischen Wissenschaftlern Gleberman, Kelle und Pilipenko vorgenommene allgemeine Wertung dieser Thematik, zumal sich dort in der Gegenwart noch so manche Spuren der historischen Entwicklung des letzten Jahrtausends bemerkbar machen: "Die Anhäufung eines umfangreichen ethnographischen und historischen Materials, darunter der Ergebnisse der erstmalig vorgenommenen gründlichen Analyse der früheren und heutigen sozialen Strukturen der Länder Asiens und Afrikas, hat es ermöglicht, die Kompliziertheit der Entwicklung der Gesellschaften im vor-

kapitalistischen Stadium, die Mannigfaltigkeit der Wechselwirkung zwischen den verschiedenen Produktionsweisen besser als früher zu erfassen. In diesem Zusammenhang gewinnt die Aufdeckung und Erforschung der konkret-historischen Gesellschaftsformen im Rahmen einer Formation immer mehr an Bedeutung.¹¹

In diesem Sinne stellt sich die vorliegende Untersuchung die Aufgabe, einen kleinen Beitrag zum besseren Verständnis des Charakters der vorkapitalistischen Gesellschaft Chinas zu leisten. Weitere Beiträge werden folgen müssen, bevor es möglich sein wird, eine zu tiefgreifenden Schlußfolgerungen berechtigende Zusammenfassung vorzunehmen. Noch befindet sich die Erforschung der hier behandelten Periode durch marxistische Historiker in den Anfängen.

So beschränkte sich die überwiegende Mehrheit aller Untersuchungen zur vorkapitalistischen Gesellschaft in China auf Probleme der Landwirtschaft.² Dies ist verständlich; denn wie in anderen vorkapitalistischen Gesellschaftsstrukturen war auch in China die Landwirtschaft ökonomische Basis und Hauptproduktionszweig der Volkswirtschaft, und die Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft bestimmten weitgehend den Charakter der Produktionsweise. Demgegenüber deutete sich eine über diese hinausweisende Entwicklung der Produktivkräfte in der höchsten vorkapitalistischen Entwicklungsstufe in China nur in der "industriellen" Produktion³ an.

China hatte in der fast tausendjährigen Geschichtsperiode, die in der Song-Zeit (960 bis 1279) zu einem gewissen Höhepunkt geführt hatte, einen Entwicklungsstand der materiellen und geistigen Kultur erreicht, der in keinem anderen Lande der Erde zu dieser Zeit nachzuweisen war. Es sei hier nur an einige der bekanntesten Entdeckungen und Erfindungen wie den Kompaß, das Schießpulver und den Druck mit beweglichen Lettern erinnert, die von China aus den Weg in die westlich gelegenen Länder nahmen. Das chinesische Porzellan genöß bereits damals Weltruf. Gleiches galt für Seidenbrokate und andere Seidenerzeugnisse. Wissenschaft und Kunst hatten, wenn auch auf etwas anderen Grundlagen aufbauend als im Westen, große Erfolge aufzuweisen. Bereits gegen Ende der Tang-Zeit (618 bis 907) kamen vorübergehend erste Formen des Papiergeldes in Umlauf - ein Anzeichen für das relativ hohe Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung. Daß auch die Landwirtschaftstechnik (vor allem die Bewässerungstechnik) diesem Niveau entsprach, sei hier nur kurz vermerkt.

Diese hohe chinesische Kultur ging nicht unter, wie es etwa in Babylon, Ägypten usw. der Fall war - sie blieb bestehen, ohne jedoch in den folgenden Jahrhunderten das zur Song-Zeit erreichte Niveau noch merklich zu überschreiten. Die relative Stagnation der chinesischen Gesellschaft, die auch Marx erwähnte⁴, ist eine Spezifik, deren Wurzeln noch einer gründlicheren Erforschung bedürfen. Sie manifestierte sich in einem "circulus vitiosus", der Ausdruck des spezifischen Wirkens des allgemeingültigen Gesetzes von der Übereinstimmung des Charakters der Produktivkräfte mit den Produktionsverhältnissen war. Die chine-

1 Gleserman, G./Kelle, W./Pilipenko, N., Der historische Materialismus - Theorie und Methode wissenschaftlicher Erkenntnis und revolutionären Handelns, in: Einheit, Nr. 9/1971, S. 1025.

2 Vgl. auch Lewin, Günter, Zum Charakter der vorkapitalistischen Gesellschaftsformation in China, in: Ethnographisch-Archäologische Zeitschrift, Nr. 3/1971, S. 383 ff.

3 "Industrie" wird hier in dem Sinne gebraucht, wie ihn Marx auf die nicht-agrikolen Produktionszweige in vorkapitalistischen Gesellschaften anwandte. Vgl. dazu z. B. Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 3, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 25, Berlin 1971, S. 804, und zahlreiche andere Stellen, wo Marx besonders in Verbindung mit Asien von "Hausindustrie" in der Landwirtschaft spricht.

4 Vgl. u. a. derselbe, Das Kapital, Bd. 1, in: ebenda, Bd. 23, Berlin 1971, S. 379.

sische Gesellschaft "lief Hunderte und aber Hunderte Jahre wie in einem Kreise ab, ohne aus dessen Grenzen auszubrechen."⁵

Die hier folgenden Ausführungen können nicht mehr darstellen als den Versuch, einige für die Lösung des Problems wesentlich erscheinende Fakten zusammenzustellen und ihre eventuelle Stellung innerhalb des historischen Verlaufes der chinesischen Gesellschaft zu werten. Diese Fakten müssen in ihrem historischen Zusammenhang mit der gesamten Spezifik der chinesischen Gesellschaft jener Zeit als Ausdruck des konkreten Wirkens der objektiven, allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung gesehen werden. Daher lassen sich auch keinesfalls irgendwelche völlig neue Schlussfolgerungen daraus ableiten; ihre Aufgabe kann vielmehr nur darin bestehen, auf der Grundlage des historischen Materialismus unsere theoretischen Erkenntnisse auf einem Spezialgebiet zu erweitern.⁶

Zum besseren Verständnis dieses Spezialgebiets soll im folgenden eine kurze Übersicht über die ökonomische Basis der frühen Nördlichen Song-Zeit (960 bis 1127) - vor allem bis zum ersten Jahrzehnt des 11. Jahrhunderts - in China einschließlich einer kurzen Beschreibung der wichtigsten Produktionsverhältnisse geboten werden, wobei aus den eingangs erwähnten Gründen die Landwirtschaft ausgeklammert bleiben soll.

2. Produktionsmittel und -technik

2.1. Einführung

Die ihrem Umfang nach bedeutendsten industriellen Produktionszweige dieser Zeit, die Erzeugung von Textilien (Seide) und Keramik (einschließlich Porzellan), gehörten weitgehend (Textilien) oder in geringerem Umfang (Keramik) zum bäuerlichen Nebengewerbe. Die Textilprodukte des bäuerlichen Nebengewerbes dienten nur in beschränktem Ausmaß dem Eigenverbrauch der Produzenten, zum größten Teil wurden sie vom Staat als Abgabe gefordert, und nur ein äußerst geringer Prozentsatz gelangte vom Erzeuger direkt auf den Markt bzw. wurde von Kaufleuten aufgekauft und weitervertrieben. Die Erzeugnisse höherer Qualität wurden in den staatlichen (kaiserlichen) Manufakturen hergestellt und dienten dem Bedarf des Hofes und der höchsten Würdenträger, wurden als Staatsgeschenke bzw. unter dieser Bezeichnung als Exportwaren verwendet oder zu einem geringen Teil an Kaufleute weiterverkauft. Da die zentrale Staatsgewalt über die größeren finanziellen, technischen und organisatorischen Möglichkeiten sowie Machtmittel verfügte, war das technische Niveau in den kaiserlichen Manufakturen höher als im bäuerlichen Nebengewerbe, obwohl es auch dort nach damaligen internationalen Maßstäben, wie noch gezeigt werden wird, einen beachtlichen Stand erreicht hatte. Der frühzeitigen Erfindung der Papierherstellung, der traditionellen Achtung vor dem geschriebenen Wort und dem hohen Stand der zentralen Verwaltungsorganisation in der damaligen Zeit ist es zu verdanken, daß wir über reichhaltiges dokumentarisches Material - allerdings von unterschiedlicher Zuverlässigkeit - verfügen. Es sollte jedoch nicht übersehen werden, daß die statistischen Aufzeichnungen den Regierungen dieser Zeit als Orientierungshilfe bei ökonomischen und politischen Entscheidungen dienten und somit ein bestimmtes Maß an Zuverlässigkeit erreichen mußten. Diese umfangreichen Materialien sind zur Zeit noch keineswegs in nennenswertem Umfang ausgewertet worden.

5 Sucharčuk, G. D., *Kitaj segodnja*, Moskau 1969, Einleitung, S. 3; vgl. auch Lewin, Günter, Von der "asiatischen Produktionsweise" zur "hydraulic society". Der Werdegang eines Renegaten, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 1967, T. 4, S. 239 f., 242 f. - Übersetzungen fremdsprachiger Textstellen, soweit nicht anders vermerkt oder erkennbar, hier und im folgenden von Günter Lewin.

6 Vgl. Lewin, Günter, Bemerkungen zu Garaudys "chinesischem Modell des Sozialismus", in: *Forum*, Nr. 14/1970, S. 14 f.

2.2. Textilien

Wichtigstes Erzeugnis war hier die Seide, wenn auch für den Eigenbedarf der Bauern vorwiegend Leinen Verwendung fand. Im Gegensatz zur Seide spielten jedoch andere Textilzeugnisse nur in geringem Umfang als Abgaben bzw. Handelsgut eine Rolle. Baumwolle wurde zu Beginn der Song-Zeit nur wenig angebaut; sie war jedoch bereits früher durch Importe bekannt geworden. Ihre Weiterverarbeitung begann in China erst etwas später, blieb jedoch noch jahrhundertlang weit hinter der der Seide zurück, deren Gebrauch zur Song-Zeit bereits seit fast zwei Jahrtausenden üblich war. Sie spielte nicht nur für die Kleidung des kaiserlichen Hofes und hochgestellter bzw. wohlhabender Persönlichkeiten eine bedeutende Rolle, sie war auch lange Zeit Zahlungsmittel und vor der Erfindung und Verbreitung des Papiers Schreibmaterial für Bücher usw. Im frühen 11. Jahrhundert zahlten die Song-Kaiser den nördlichen Nachbarn, um diese von militärischen Überfällen abzuhalten, einen jährlichen Tribut von mehreren Hunderttausend Ballen Seide sowie größere Mengen von Silber.

Grundlage der Seidenproduktion war die Anpflanzung von Maulbeerbäumen, deren Blätter der Aufzucht der Seidenraupen dienten. Bereits aus der Zeit vor der Song-Dynastie sind kaiserliche Dekrete bekannt, die die Bauern zwangen, entsprechend dem Umfang ihres Bodenbesitzes eine bestimmte Anzahl von Maulbeerbäumen anzupflanzen. Eine derartige Anordnung der Song-Dynastie geht bereits auf das Jahr 961 zurück. Gleichzeitig wurde das Fällen von Maulbeerbäumen zur Gewinnung von Brennholz verboten und unter Strafe gestellt; für schwere Fälle war sogar die Todesstrafe vorgesehen. Grundsätzlich blieb die Erzeugung der Rohseide während der hier behandelten Periode in der Hand der selbstwirtschaftenden Bauern, die einen mehr oder weniger großen Teil ihrer Abgaben in roher oder gewebter Seide zu erstatten hatten. Von Maulbeerbaumpflanzungen oder Seidenraupenzucht in der Hand des Staates ist in den Dokumenten dieser Zeit (und auch später) nichts zu finden, wohl aber von wiederholten Dekreten, die die Bauern zum Anbau von Maulbeerbäumen auf eigenem Boden oder zum Beispiel zur Befestigung der Deiche des Gelben Flusses (Huanghe) mit solchen Bäumen zwangen.

Die Produktionstechnik der Bauernhaushalte, die selbst Seidenstoffe webten, hatte bereits ein beachtliches Niveau erreicht. Anders wäre es nicht denkbar, daß die Qualitätsanforderungen der Regierung an die als Abgabe abzuliefernden Stoffe unter anderem vorschrieben: Ein Ballen mußte eine Länge von 42 Chi⁷ und eine Breite von 2 1/2 Chi bei einem Gewicht von 12 Liang⁸ aufweisen. Zu schmale, zu kurze, schlecht gewebte oder unsaubere Stücke wurden zurückgewiesen.⁹ Bereits seit dem 1. Jahrhundert v. u. Z. waren Brokatwebstühle mit mehr als 100 Kettenfäden bekannt¹⁰, und im Xi Jing Za Ji, dem Werk eines unbekannteren Autors der Tang-Zeit (618 bis 907) wird von einer Weberin berichtet, die einen Brokatwebstuhl mit 120 Schäften benutzte¹¹. Die Arbeit an derartigen Stühlen erforderte Fähigkeiten, die nur von spezialisierten Weberinnen erreicht werden konnten.

7 1 Chi entsprach zur Song-Zeit ca. 0,31 m; vgl. dazu Yang Kuan, Zhongguo lidai chidukao (Untersuchung der während der chinesischen Geschichtsepochen gültigen Maßeinheiten), Shanghai 1955, S. 80.

8 16 Liang (Unzen) entsprachen einem chin. Pfund (Jin). Vgl. auch Anm. 16.

9 Song Shi (Offizielle Geschichte der Song-Dynastie; im folgenden: SS), Peking 1958, Nachdruck der Bo-Na-Ben-Ausgabe, Kap. 175, S. 1 B.

10 Mao Zuo-ben, Women zuxiandi zhuangzao faming (Produktionserfindungen unserer Vorfahren), Peking 1959, S. 47 f.

11 Li Jian-nong, Song Yuan Ming jingji shigao (Wirtschaftshistorischer Abriß der Song-, Yuan- und Ming-Zeit), Peking 1957, S. 45.

2.3. Keramik

Der endgültige Schritt von der Erzeugung von Tonggefäßen und Halbporzellan zum eigentlichen Porzellan wurde in der Tang-Zeit vollzogen, und während der Song-Zeit finden wir bereits eine umfangreiche Produktion von hochwertigem Porzellan bis zu einem gewissen Grad im bäuerlichen Nebengewerbe, vor allem aber in kaiserlichen und privaten Manufakturen. Durch die Erhöhung der Brenntemperaturen wurde eine bedeutende Qualitätsverbesserung erreicht, die in den südlichen Landesteilen ihren Ausgang nahm, sehr bald jedoch auch in den Produktionsgebieten von Henan und Hebei, unfern der Hauptstadt Kaifeng, Eingang hielt. Von den fünf bedeutendsten Manufakturen genoß zu Anfang der Nördlichen Song-Zeit die kaiserliche Manufaktur von Kaifeng den besten Ruf. Die privaten Produzenten waren zur Ablieferung des überwiegenden Teils ihrer Erzeugnisse an die Regierung verpflichtet. Die noch heute Weltruf genießende Porzellanerzeugung von Jingde Zhen in Jiangxi begann in den ersten fünfzig Jahren der Song-Zeit durch die hohe Qualität ihrer Porzellengefäße die Aufmerksamkeit des Hofes auf sich zu lenken. Der Ort, ursprünglich Xiping Zhen oder Changnan Zhen genannt, erhielt seinen Namen nach der Regierungsperiode "Jingde" (1004 bis 1007)¹², und die an den Hof abzuliefernden Gefäße trugen den Stempel dieser Periode als Gütezeichen. Die Produktionsstätten von Jingde Zhen lagen in einem Umkreis von mehreren Dutzend chinesischen Meilen um den Ort verstreut, zumeist im Südosten, wo am Berge Gaoling die beste Tonerde gefunden wurde. Von dem Namen dieses Berges wurde die Bezeichnung "Kaolin"-Erde hergeleitet. Diese weiträumige Verteilung der Brennereien in Jingde Zhen hing eng damit zusammen, daß das Handwerk noch ein Anhängsel der Landwirtschaft war. In der Tang- und Song-Zeit gehörte die Porzellanherstellung weitgehend zum Nebengewerbe der Landwirtschaft und konnte deshalb auch nur örtliche Roh- und Grundstoffquellen nutzen. Der Ort selbst war zu dieser Zeit nur Sitz der staatlichen Erfassungsstelle, während einige Jahrhunderte später die Manufakturen von Jingde Zhen bereits im Ort konzentriert waren und eine führende Rolle in der chinesischen Porzellanproduktion einnahmen.¹³ Diese Entwicklung wurde mit dem Sturz der Nördlichen Song und der Gründung des Südlichen Song-Reiches eingeleitet, als die nördlich des Changjiang (Yangtse) gelegenen Manufakturen an das Reich Jin verloren gingen und die Facharbeiter nach dem Süden flüchteten.

2.4. Bergbau

Dieser Produktionszweig spielte zur Song-Zeit bereits eine bedeutende Rolle. Wie Marco Polo reichlich zwei Jahrhunderte später feststellte, kannten die Chinesen "brennende Steine", und Ausgrabungen haben nachgewiesen, daß in der frühen Song-Zeit Steinkohle aus Schächten gefördert und im Hüttenwesen verwendet wurde.¹⁴ Steinkohle war schon vor die-

12 Regierungsperiode (Nian Hao): Bei der Thronbesteigung wählte jeder Kaiser eine Bezeichnung für seine Regierungsperiode als Devise aus, die zugleich als glückbringendes Vorzeichen für die Regierungsführung gedacht war. Nach Naturkatastrophen, Aufständen oder anderen Krisenerscheinungen wurde die Devise auch während der Regierungszeit eines Kaisers ein- oder mehrmals gewechselt, um damit den "Himmel" für die kommenden Jahre wieder günstiger zu stimmen.

13 Vgl. Jingde Zhen Taoci Shigao (Historischer Abriss der Porzellanherstellung in Jingde Zhen), hg. v. Institut für Porzellanforschung beim Amt für Leichtindustrie der Provinz Jiangxi, Peking 1959, S. 26, 27, 33, 90, 93.

14 Xin Zhongguodi kaogu shouhuo (Erfolge des neuen China in der Archäologie), hg. v. d. Chinesischen Akademie der Wissenschaften, Klasse für Archäologie, Peking 1961, S. 108; Needham, Joseph, The development of iron and steel technology in China, Cambridge 1964, S. 14 Anm. §.

ser Zeit bekannt, da sie in einigen Teilen von Nordchina an der Oberfläche gefunden wurde und noch wird. Große Bedeutung hatte auch die Salzgewinnung, die weit verbreitet war. Es gab vier Arten der Salzgewinnung, von denen die aus Meerwasser (durch Verdunstung) die bedeutendste war. Dahinter rangierten in der Reihenfolge ihrer Bedeutung die Ausbeutung der Salzseen in Shanxi (Schansi), die Gewinnung von Steinsalz in Sichuan (Szetschuan) und die Verarbeitung salzhaltiger Erden.¹⁵ Die Gewinnung von Salz und Alaun unterlag einem Regierungsmonopol. Das bereits fast ein Jahrtausend zuvor errichtete Salz- und Eisenmonopol - das erste in der chinesischen Geschichte - galt in der frühen Song-Zeit nicht mehr für Eisen, obwohl das Monopolamt noch Yan Tie Si (Kommission für Salz und Eisen) hieß. Die monopolfreien Mineralien unterlagen einer streng geregelten Ablieferungspflicht. Die Statistiken für das Ende der Regierungsperiode Tian Xi (1017 bis 1021) weisen in runden Zahlen eine Jahresablieferung von 14 000 Liang Gold, 883 000 Liang Silber, 2 675 000 Jin¹⁶ Kupfer, 6 293 000 Jin Eisen, 447 000 Jin Blei, 291 000 Jin Zinn, 2 000 Jin Quecksilber und 5 000 Jin Zinnober aus.¹⁷

Welch hohen Stand die Bronzetechnik bereits zur Shang-Zeit (zirka 16. bis 11. Jahrhundert v. u. Z.) erreicht hatte, kann wohl als bekannt vorausgesetzt werden. Sie spielte zur Nördlichen Song-Zeit nur noch eine relativ untergeordnete Rolle. Eisen und Stahl wurden bereits in der Zhan-Guo-Zeit (Zeit der streitenden Reiche; 475 bis 221 v. u. Z.) in großen Mengen erzeugt und verarbeitet, und die Errichtung des staatlichen Monopols für Salz und Eisen erfolgte im Jahre 119 v. u. Z.¹⁸

Für den Wirtschaftshistoriker ist besonders das Salzmonopol in allen seinen Formen von großem Interesse, und es wird im entsprechenden Abschnitt ausführlicher behandelt werden.

3. Unmittelbare Produzenten

3.1. Handwerker

Ein bedeutender Teil der gesamten industriellen Produktion entstammte der "Einheit kleiner Agrikultur und häuslicher Industrie"¹⁹, also dem bäuerlichen Nebengewerbe. Die Seidenerzeugung war wohl in erster Linie Sache der Frauen, während die Männer vorwiegend die Felder bestellten und entsprechend ihren Fähigkeiten in den Wintermonaten anderen gewerblichen Tätigkeiten nachgingen. So lag die Porzellanherstellung sowie die Produktion anderer keramischer Erzeugnisse vor allem in den Händen der männlichen Bevölkerung, und gleiches gilt auch für die extraktive Industrie. Neben der Masse dieser Produzenten, die im wesentlichen nur durchschnittliche Qualitäten hervorbrachten²⁰, gab es schon seit ältesten Zeiten hochspezialisierte Handwerker, die jedoch bis in die Tang-Zeit in ihrer Mehrheit ökonomisch - in älteren Zeiten wohl auch außerökonomisch - an den Kaiserhof oder den Haushalt vornehmer Familien und höchster Beamten gebunden waren. In größerem

15 Dai Yi-xuan, *Songdai chaoyan zhidu yanjiu* (Untersuchungen über das Salzregal der Song-Zeit), Shanghai 1953, S. 1 ff.

16 1 Jin entsprach ungefähr 1/2 kg.

17 Ma Duan-lin (zirka 1250 - 1325), *Wen Xian Tong Kao* (Systematische Sammlung alter Schriften und Dokumente), Shanghai o. J. Zheng Jiu (Steuereintreibung, Steuerpacht), Kap. 5.

18 Dem interessierten Leser sei zu dieser Problematik das bereits erwähnte Werk von Needham, Joseph, a. a. O., empfohlen, das sich allerdings nicht mit dem Bergbau befaßt.

19 Marx, Karl, *Das Kapital*, Bd. 3, a. a. O.

20 Der Ruf, den sich Jingde Zhen zur Song-Zeit erwarb, war wohl auf eine stärkere Spezialisierung der dortigen Bevölkerung auf die Porzellanherstellung zum Nachteil der Landwirtschaft zurückzuführen. Diese Entwicklung wurde u. a. durch die günstige Rohstofflage gefördert.

Umfang wird von selbständigen Handwerkern und den Anfängen der Zünfte und Gilden zuerst aus der Tang-Zeit berichtet, während sich wohl erst in der frühen Song-Zeit größere Teile des Handwerks weitgehend auch organisatorisch von der Landwirtschaft getrennt hatten und zu "industriellen" Warenproduzenten (wenn auch in begrenztem Umfang) geworden waren. Einen Zunftzwang kannte man im frühen Song-China ebensowenig wie ein unabhängiges politisches Auftreten der Zünfte. Zu einem Machtfaktor, wie in Europa, wurden sie nie. Oft dagegen dienten sie der Zentralregierung und ihren Beamten als Werkzeuge bei der Kontrolle der Produktion und der Eintreibung der Abgaben. In der Literatur dieser Zeit findet man nur wenig Hinweise auf die Struktur und Organisationsformen der "Hang Hui", wie Zünfte der Handwerker und Gilden der Kaufleute gleichermaßen genannt wurden. Der Terminus "Hang" bezeichnet eine Straßenzeile oder ein Stadtviertel, wo sich die Werkstätten oder Läden der Handwerker und Kaufleute gleicher Wirtschaftszweige etabliert hatten. Im "Dongjing Menghualu"²¹, das eine Beschreibung der Hauptstadt Kaifeng in den letzten Jahren der Nördlichen Song-Dynastie (Anfang des 12. Jahrhunderts) enthält, wird offensichtlich nicht zwischen den "Hang" der Handwerker und denen der Kaufleute unterschieden. Allerdings hatte sich auch schon die örtliche Konzentration von "Hang Hui" gleicher Branche zu lockern begonnen. So gibt es "Hang" der Pferdehändler, der Schmuck- und Perlenkaufleute wie auch solche der Fleischer, Fischer, Kupferschmiede usw. Unter den Handwerkern gab es Meister, die mehrere Lohnarbeiter beschäftigten, und solche, die ohne fremde Arbeitskräfte produzierten oder Reparaturen ausführten. Ambulante Handwerker wie Kesselflicker usw. zogen mit ihren Arbeitsgeräten durch die Stadt. Es wird aber auch von zahlreichen Handwerkern ohne eigene Werkzeuge berichtet, die sich tageweise verdingten. Meng Yuan-lao schildert, wie an gewissen Punkten der Stadt Tagelöhner auf Auftraggeber warteten, die Maurer- oder Tischlerarbeiten zu vergeben hatten. Man nannte diese Arbeiter "Za Huo Gong Jiang" (Handwerker für verschiedene Erzeugnisse). Daoisten und Mönche, die sich an den gleichen Stellen zur Vornahme ritueller Handlungen anboten, hießen "Lo Zhai"²².

Handwerker mit eigenen Produktionsinstrumenten verarbeiteten sowohl eigenes als auch fremdes Material. Im letztgenannten Fall zeigen sich gewisse Parallelen zum Verlag des europäischen Mittelalters. Innerhalb der fortgeschrittenen Arbeitsteilung webten selbständige Handwerker häufig auch die Seide von Bauern, damit diese ihrer Verpflichtung gegenüber dem Staat, einen Teil der Abgaben in Seidenstoff zu entrichten, nachkommen konnten. Es scheint sich dabei im wesentlichen um direkte, wohl auch rein naturalwirtschaftliche Beziehungen gehandelt zu haben.

In einem Gedicht von Wen Tong (1018 bis 1079) wird das Los einer selbständig arbeitenden Weberin geschildert, die der Dichter klagen läßt: "Drei Tage webte ich ohne Unterbrechung und konnte nur einen Ballen fertigstellen. ... Gestern früh ging ich zum kaiserlichen Lager, aber was konnte ich gegen den Zorn des Beamten ausrichten! Mit großen Zeichenstempelte er (das Tuch), daß es dick mit Öl und Tusche verschmiert war. Ich kehrte nach Hause zu den Eltern zurück und warf (den Ballen) unter der Tür weg. Wir sahen uns an und keiner sprach ein Wort; unsere Tränen rannen wie Bäche. Wir müssen die Kleider verpfänden, um Geld zu bekommen, damit neue Seide gekauft werden kann. Ich wage nicht, den Webstuhl auch nur einmal zu verlassen; die ganze Nacht hindurch arbeite ich bei Licht weiter. Die Abgaben müssen bezahlt werden, wie soll man sich noch kleiden. . . ?"²³ Es ist aus diesem kurzen Gedicht nicht erkennbar, ob die Weberin ursprünglich die Seide von der Regierung erhalten hatte und sie nun ersetzen mußte, oder ob sie auf eigene Rechnung arbeitete und ihre Erzeugnisse an die Regierung verkaufte. Dieses Gedicht deutet auf eine Trennung zwischen Handwerk und Landwirtschaft hin. Gleiches gilt auch für ein Gedicht von Ouyang Xiu (1007 bis 1072), in dem es heißt: "In der Stadt . . . , wo nachts in tausend Kammern die Web-

21 Meng Yuan-lao, Dongjing Menghualu (Erinnerungen an die Östliche Hauptstadt), Shanghai 1957, Kap. 3 f.

22 Ebenda.

23 Li Jian-nong, a. a. O., S. 46.

stühle schluchzen"²⁴. Die Zahlenangabe "tausend" ist, wie oft in der Lyrik und speziell in der chinesischen Literatur, so auch hier, nicht wörtlich zu nehmen, jedoch zeigt diese Stelle, daß sich die Weberei in den Städten bereits in recht erheblichem Umfang verselbständigt hatte.

3.2. Manufakturarbeiter

Der überwiegende Teil der industriellen Produzenten war jedoch in den zahlreichen staatlichen Betrieben beschäftigt, in denen Textilien (Seide), Porzellan, Ziegel und andere Baumaterialien, viele Gegenstände des Zeremonial- und Ritualbedarfs des Kaiserhofs, Waffen aller Art und vieles andere mehr hergestellt wurden. Der Außenhandel wies eine Vielzahl an Exporterzeugnissen auf, und zu ihnen gehören außer der Mehrheit der hier bereits genannten auch Messer, Feuerwaffen, Schießpulver, Papier, Tusche, Pinsel usw.²⁵

Die in den betreffenden Manufakturen beschäftigten Arbeiter lassen sich in zwei Hauptgruppen unterteilen; die "Mu Jiang" (angeworbene Arbeiter) und die "Dang Hang", Handwerker, die ihrer Dienstleistungspflicht gegenüber dem Staat in ihrem Beruf nachkommen und vorübergehend in den Manufakturen arbeiten mußten. (Handwerker durften zur Dienstleistung nur in ihrem Beruf herangezogen werden.) In der Entlohnung, die etwa genauso hoch war wie in den Handwerksbetrieben, unterschieden sie sich kaum voneinander. Die "Mu Jiang" bildeten den festen Stamm der Facharbeiter, der je nach dem Anteil höherqualifizierter Arbeit in den einzelnen Betrieben von unterschiedlicher Größe war. Solche Betriebe, wie die kaiserliche Seidenmanufaktur Ling Jin Yuan in Kaifeng, die hochwertige Erzeugnisse herstellten und die über Jahre hinaus einen gleichbleibenden oder gleichmäßig steigenden Produktionsausstoß hatten, beschäftigten fast ausschließlich "Mu Jiang". Hingegen war der Anteil der "Dang Hang" in solchen Betrieben größer, die zum Beispiel Baumaterialien herstellten, Straßen und Befestigungen bauten und keine derartig gleichmäßige Auftragslage kannten.

Welche Bedeutung der Beschäftigung hochqualifizierter Arbeiter in der Brokatweberei zukam, geht aus folgendem Beispiel hervor: Das Reich Shu (Sichuan) war während der Wu-Dai-Zeit (907 bis 959) zum Zentrum einer hochentwickelten Produktion geworden. Es war in solchen Zweigen führend wie der Seidenweberei, der Papierherstellung, dem Buchdruck, dem Salzbergbau. Nach der Eroberung von Shu im Jahre 965 wurden 100 Facharbeiter²⁶ aus der Manufaktur von Chengdu, der Hauptstadt des ehemaligen Reiches Shu, in die bereits erwähnte kaiserliche Manufaktur Ling Jin Yuan von Kaifeng überführt. Damit wurde der führenden Stellung der Seidenproduktion in Sichuan ein schwerer Schlag versetzt, zumal auf längere Zeit dort nur noch Stoffe geringer Qualität gewebt werden durften. Das mußte zur Abwanderung der noch verbliebenen hochqualifizierten Fachkräfte und zum Mangel an entsprechend ausgebildetem Nachwuchs führen.

Ein Beispiel für die Arbeitsteiligkeit in einigen Manufakturen bietet die kaiserliche Ziegelmanufaktur in Kaifeng. Sie beschäftigte im Jahre 1010 insgesamt 1 200 Arbeiter, unter denen zehn Spezialberufe vertreten waren. Sie stellten im Jahr über 11 1/2 Millionen bunte, glasierte Ziegel her.²⁷ Ähnliches kann auch für die Porzellanmanufakturen angenommen werden, obwohl dafür allerdings erst aus späterer Zeit detaillierte Angaben vorliegen.

24 Ebenda, S. 47.

25 Shu Shi-cheng, Lun Beisongshi zibenzhuoyi guanxi changsheng, in: Zhongguo Zibenzhuoyi Mengya Wenti Taolunji (Zur Entstehung von kapitalistischen Beziehungen in der Nördlichen Song-Zeit, in: Sammlung von Diskussionsbeiträgen zum Problem der Keime des Kapitalismus in China), Peking 1957, S. 815 f. - Der Autor nennt über 100 Export- und fast ebenso viele Importartikel.

26 Ma Duan-lin, a. a. O., Shi Di (Handel), Kap. 1. - Nach anderen Quellen handelte es sich um mehrere Hundert Facharbeiter.

27 Song Hui Yao Ji Gao (Entwurf einer Dokumentensammlung der Song-Dynastie, im folgenden; SHY), 8bändige Ausgabe, Peking 1957, Shi Huo (Abschn. Wirtschaftsfragen), Kap.

4. Struktur der staatlichen Verwaltung in der gewerblichen Wirtschaft

4.1. Organe der Wirtschaftsadministration

Der staatliche Verwaltungsapparat hatte sich seit der Reichseinigung im 3. Jahrhundert v. u. Z. immer straffer organisiert, und in der frühen Song-Zeit verfügte die Regierung über ein gut ausgebildetes System von Ministerien und Institutionen der Wirtschaftsadministration für die nicht-agrikolen Produktionszweige. Die betreffenden Organe waren außerdem für die Verwaltung von Abgaben, die Dienstleistungen der Bevölkerung für den Staat sowie Aufgaben im Bereich der Infrastruktur (zum Beispiel Transport der Naturalabgaben aus den Provinzen nach der Hauptstadt) zuständig.

Die Beamtenschaft gliederte sich in 9 Rangstufen mit 30 Klassen. Die drei obersten Rangstufen bestanden aus je zwei Klassen, die sechs folgenden aus jeweils zwei Klassen, die ihrerseits wieder in obere und untere unterteilt waren, so daß sich für jede dieser Rangstufen vier Klassen ergaben.²⁸ Die Beamten wurden zum größten Teil durch ein Prüfungssystem ausgewählt, das formaljuristisch fast allen Untertanen des Kaisers offenstand. Natürlich waren in Wirklichkeit die Ausgangsbedingungen für die einzelnen Bewerber sehr unterschiedlich, und auch Standesprivilegien spielten dabei keine geringe Rolle. Das ging sogar so weit, daß Beamte der oberen Rangstufen das Recht hatten, jüngere Familienmitglieder und andere, ihnen verdienstvoll erscheinende junge Leute durch Protektion (Yin Bu) unter Umgehung der Prüfungen direkt in eine der untersten Rangstufen eintreten zu lassen.²⁹ Zuzeiten gab es auch Käuflichkeit der Ämter und Verleihung von Beamtenstellungen durch den Kaiser als besondere Auszeichnung, jedoch war der Anteil der Beamten, die auf diese Art in den Staatsdienst gelangten, nicht sehr bedeutend. Stärker fiel ins Gewicht, daß auch das fast jedem Untertanen zustehende Recht auf Teilnahme an den Beamtenprüfungen in der Praxis dennoch eine klassenmäßige Auswahl nicht verhinderte, denn die Vorbereitung auf die Prüfungen war kostspielig, so daß Söhne aus wohlhabenden Familien bessere Aussichten hatten, zugelassen zu werden. Unbegüterten Bewerbern blieb dagegen nur der Ausweg, sich die benötigten Mittel gegen entsprechend hohe Zinsen zu leihen, was natürlich Risiken barg und sie der Gefahr des wirtschaftlichen Ruins aussetzte. Unter diesen Umständen mußten sie, wenn der für sie günstige Fall eintrat und sie ein Amt erlangten, möglichst bald daraus entsprechenden Nutzen ziehen, um die geliehenen Beträge samt Zinsen zurückzuerstatten, was die Korruption begünstigte. Die Verpflichtung der Präfekten, je nach Größe ihres Amtsbezirks jährlich 1 bis 3 Kandidaten zu den Prüfungen zu delegieren, gab allerdings in gewissem Umfang begabten Kandidaten aus ärmeren Familien eine Chance. Da die Entlohnung der unteren Beamtengrade zu Beginn der Song-Zeit nach einigen Quellen niedrig war, nach anderen die niederen Beamten gar keine Entlohnung erhielten³⁰, kann man davon ausgehen, daß ein gewisses Ausmaß an Korruption systemimmanent und Teil der Ausbeutungsmethoden, der Aneignung des Mehrprodukts durch den Staat, war. Nach offiziellen Quellen, von denen allerdings mehrere aus der Spätzeit der Südlichen Song-Dynastie stammen (zirka 13. Jahrhundert), erhielten die niederen Beamten ein Stück Land zur Verfügung gestellt, das sie von Dienstleistungspflichtigen bearbeiten lassen konnten. Die Erträge - nicht der Boden selbst - gehörten ihnen als Gehalt.³¹ In den zwanziger Jahren des 11. Jahrhunderts

55, S. 20 B. - Auf der Grundlage dieser Materialien wurde die offizielle Geschichte der Song-Dynastie zusammengestellt.

28 Maspero, Henri/Balazs, Etienne, Histoire et institutions de la Chine ancienne des origines au XII^e siècle après J. C., Paris 1967, S. 174.

29 Die Zahl der Rangstufen, die dieses Privileg genossen, änderte sich von Zeit zu Zeit.

30 Shen Gua, Meng Xi Bi Tan, in: Shuo Fu Congshu (Gemischte Skizzen, in: Sammlung alter Schriften Shuo Fu), Kap. 12, S. 3 A.

31 Ma Duan-lin, a. a. O., Zhi Guan (Beamte), Kap. 19.

soll dieses System durch Getreidezuteilungen in Höhe des durchschnittlichen Ertrages abgelöst worden sein.³²

Oberstes wirtschaftsadministratives Organ nach dem Kabinett war die Finanzkommission (San Si; wörtlich: drei Kommissare), mit Unterabteilungen für das Salz- und das zu dieser Zeit nur noch dem Namen nach fortbestehende Eisenmonopol, für Staatseinnahmen (Du Zhi Si) und Bevölkerungsstatistik (Hu Bu). Auch das Finanzministerium, das nach einer Reorganisation dem San Si unterstand, wurde Hu Bu - wörtlich: Familienministerium - genannt. Die Finanzkommission und ihre drei Hauptabteilungen leiteten die einzelnen Ministerien und Büros, von denen hier nur insoweit die Rede sein soll, als sie wirtschaftsadministrative Funktionen ausübten. Je nach Bedarf wandelten sich die Unterstellungsverhältnisse der Produktionsverwaltungen. So unterstand zum Beispiel das Waffenamt (Jun Qi Jian) zu Beginn der Song-Zeit einem Beamten der Finanzkommission, bis es im Jahr 1073 dem Kriegsministerium (Bing Bu) unterstellt wurde. Da im Rahmen dieser Ausführungen die verschiedenen Reorganisationsen weniger interessieren, werden die einzelnen Ämter und ihre Unterstellung im wesentlichen ungefähr nach dem Stand der ersten fünfzig Jahre der Nördlichen Song-Dynastie dargestellt.

Das Gong Bu (Ministerium für öffentliche Arbeiten) war das wichtigste der wirtschaftsadministrativen Organe unter der Finanzkommission, das nicht nur für die meisten staatlichen Manufakturen und Produktionsbetriebe im Straßen-, Brücken- und Bewässerungsbau und ähnliches verantwortlich war, sondern auch die Produktion privater Manufakturen und Handwerksbetriebe kontrollierte. Letzterer Aufgabe wurde es über die Monopol- und Erfassungsämter gerecht, die auch für den staatlichen Handel und die Überwachung des privaten Handels zuständig waren. Dem Gong Bu oblag die Instandhaltung bzw. der Bau in den Städten, die Errichtung von Palästen, die Herstellung und der Betrieb von Booten, Schiffen, Wagen und Maschinen sowie der Druck und die Überwachung staatlicher Anweisungen (Geldnoten); ferner unterstanden ihm Berge, Niederungen, Gärten, Parks, Flüsse und Kanäle. Über alle dabei verbrauchten Mittel und Materialien wurde jährlich abgerechnet. Das Gong Bu verrechnete die Arbeiten und Materialien im He-Shi-System (einer Art Marktordnung), das allerdings erst in der zweiten Hälfte des 11. Jahrhunderts eingeführt wurde und auf das hier nicht eingegangen werden soll. Ferner überprüfte das Gong Bu die Rechnungslegung über die in den kaiserlichen Manufakturen und Werkstätten verbrauchten Materialien bzw. deren Lagerhaltung. Alle Projekte für öffentliche Arbeiten waren genehmigungspflichtig; die Einhaltung der Voranschläge wurde streng kontrolliert und fehlerhafte Ausführung bestraft. Entsprechend ihren Dienstleistungsverpflichtungen wurden Soldaten und Handwerker für die vom Gong Bu durchgeführten Arbeiten eingesetzt. Die Mittel für die Arbeiten des Gong Bu, zu denen auch die regelmäßige Instandhaltung aller Straßen, Furten und Brücken gehörte, wurden vom Jin Bu (Schatzamt) angefordert.³³ Der Präsident des Gong Bu trug persönlich die administrative Verantwortung für die Bewässerungs-, Tiefbau- und anderen Arbeiten auf dem Gebiet der Infrastruktur. Ihm stand dafür ein entsprechender Beamtenapparat zur Verfügung, der für die Leitung der einzelnen Betriebe und die regelmäßige Rechnungslegung verantwortlich war. Er hatte auch für die Erfüllung der den einzelnen Abteilungen auferlegten jährlichen Produktionsaufgaben zu sorgen. Der Leitung des Shao Fu Jian (Verwaltung der kaiserlichen Werkstätten und Manufakturen) unterstand die Herstellung von Wagen und Karossen, Amtsinsignien und Siegeln. Das Shao Fu Jian kontrollierte das Wen Si Yuan (Institut für künstlerischen Schmuck) und das Hou Yuan Zao Zuo Suo (wörtlich: Werkstatt des hinteren Gartens) sowie das Jun Qi Suo (Waffenwerkstatt), das Rüstungen und Kriegsgewehr herstellte. Das Wen Si Yuan produzierte Kunstgegenstände aus Gold für Staats- und Trauerkleidung sowie Verzierungen für Wagen und Sänften des Kaiserhofs. Das Hou Yuan Zao Zuo Suo stellte die Ausstattungen für Hochzeitszeremonien der kaiserlichen Familie her. Zu den Betrieben, die dem Shao Fu Jian unterstellt waren, gehörten ferner die kaiserliche Seidenmanufaktur Ling Jin Yuan in Kaifeng, das Zhan Yuan für die Verarbeitung von Seide und Leinen,

32 Ebenda.

33 SS, Kap. 163, S. 33 B.

darunter auch zur Herstellung von kaiserlichen (Staats-)Geschenken aus Seide, das Cai Zao Yuan, das Kleidung und Schmuck produzierte, sowie später noch eine Reihe von anderen Produktionsbetrieben.³⁴ Nicht zuletzt unterstanden die Münzämter der verschiedenen Bezirke dem Shao Fu Jian.³⁵

Das Jiang Zuo Jian (Direktion für öffentliche Arbeiten) war dem Gong Bu direkt unterstellt. Es war für Erd- und Bauarbeiten zuständig und unterhielt in der Hauptstadt drei Betriebe. Dort wurden auch alle für Opferrituale benötigten Gegenstände hergestellt und instand gehalten, so zum Beispiel Tafeln, Amulette, Räucherstäbchen, Weihrauch, Waschgefäße sowie Papiergeld, das rituell verbrannt wurde. Ferner oblag ihm auch die Auswahl und Überprüfung der Opfertiere. Außerdem war dieses Amt für die Projektierung, Durchführung und Abrechnung wasserwirtschaftlicher Anlagen, die Errichtung von Kanälen und Gräben zuständig.³⁶ Es verwaltete auch noch solche Betriebe wie das Dong Xi Ba Zuo Si (Bau- und Instandhaltungsbüro innerhalb und außerhalb der Hauptstadt). Dieses wurde mehrfach reorganisiert. Anfänglich hatte es acht, später 21 Abteilungen, darunter solche für Lehmarbeiten, Gewinnung von Holzöl (Tungöl), Steinarbeiten, Herstellung von Dach- und Mauerziegeln, Bambusarbeiten, Porzellanmanufakturen und vieles andere mehr.³⁷ Ebenfalls zum Jiang Zuo Jian gehörten das Zhu Mu Wu (Amt für Bambus und Holz), das Mai Juan Chang (Amt für Weizenstroh), das Yao Wu (Amt für Ziegelbrennöfen), das Dan Fen Suo (Amt für Dekorationsmalerei), ein Zuo Fang Wu Liao Ku (Lager für Produktionsmaterial), ein Tui Cai Chang (Büro für überschüssiges Material), das Lian Bo Chang (Werkstatt für die Herstellung von Gittern aus Holz und Bambus) und andere Institutionen.³⁸

In den ersten Jahrzehnten der Song-Zeit unterstand das Jun Qi Jian (Waffenamt) direkt einer Abteilung der Finanzkommission (San Si), wurde jedoch in der zweiten Hälfte des 11. Jahrhunderts dem Bing Bu (Kriegsministerium) zugeteilt, dem auch die Dong Xi Zuo Fang (Waffenarsenale), ein Materiallager, das Pi Jiao Chang (Erfassungsstelle für Leder und Hörner - wichtiges Heeresmaterial dieser Zeit) usw. angegliedert waren.³⁹ Bis zur Mitte des 11. Jahrhunderts besaß die Finanzkommission auch eine Abteilung für Flüsse und Gräben, die dann eine größere Selbständigkeit erhielt.⁴⁰

Ebenfalls direkt der Finanzkommission unterstellt war das Si Nong Si (Landwirtschaftsdirektion). Es leitete außer der hier nicht interessierenden landwirtschaftlichen Produktion solche gewerblichen Verwaltungen und Betriebe wie zum Beispiel das Shui Mo Wu (Wassermühlenamt), dessen Mühlen für den Bedarf des Hofes und darüber hinaus im Rahmen ihrer Kapazität auch für andere Verbraucher arbeiteten. Im Jahre 970 waren dort 205 Arbeitskräfte ständig beschäftigt, während noch das Da Tong Men Wu ähnliche Arbeiten ausführte. Das ihm ebenfalls unterstellte Du Qu Yuan (Hefeamt der Hauptstadt) lieferte die Grundstoffe für das staatliche Alkoholmonopol.⁴¹ Ferner gehörten zum Bereich des Si Nong Si das Nei Chai Tan Ku (Holz- und Kohlenlager des kaiserlichen Palastes) und das Tan Chang (die Kohlenverwaltung).⁴²

Das Hu Bu, das Finanzministerium, besaß eine große Bedeutung als wirtschaftsadministratives Organ. Es wurde später (nach 1080) direkt dem Shang Shu Sheng (dem Amt des Kanzlers) unterstellt. Ihm war das Jin Bu (Schatzamt) angegliedert, dessen Abteilung Tai Fu Si (Hof des kaiserlichen Schatzamts) als übergeordnete Instanz das Dian Zhai Wu (Bau- und

34 Ebenda, Kap. 165, S. 20 A ff.

35 Ebenda, S. 21 A f.

36 Ebenda, Kap. 163, S. 21 B.

37 SHY, Zhi Guan (Beamte), Kap. 30, S. 7 A.

38 SS, Kap. 165, S. 22 B.

39 Ebenda, S. 24 A.

40 Ebenda.

41 Ebenda, S. 7 B.

42 Ebenda, S. 8 A.

Mietamt für staatliche Lagerhäuser und Wohnungen) fungierte.⁴³ Im wesentlichen war das Hu Bu für die statistischen Erhebungen und die Einziehung der Naturalabgaben aus den Provinzen sowie deren Weiterleitung an die San Si verantwortlich, ebenso für Maße und Gewichte, Handelssteuern und die Rechnungslegung der staatlichen Monopolbehörden für Tee, Salz, Alkohol, Alaun und Außenhandel.⁴⁴ In jeder Präfektur gab es einen Beamten (Fa Yun Shi), der Finanzkommissar und gleichzeitig Verantwortlicher für den Transport der Abgaben nach der Hauptstadt war. Gleichzeitig verwaltete er örtlich das Salz- und Teemonopol.⁴⁵

Das Tai Pu Si (Kaiserliche Equipagenstation) unterstand dem Bing Bu (Kriegsministerium). Ihm war das Che Ying Wu (Wagenamt) zugeordnet, das die für staatliche Zwecke benötigten Zugtiere (Esel und Büffel) züchtete. Es beschäftigte in der Nördlichen Song-Zeit (allerdings fehlt die genaue Datierung) 4 412 Mann.⁴⁶ Eine ähnliche Funktion wie das Che Ying Wu erfüllte das Zhi Yuan Wu (Aufzuchtbetrieb für Zugtiere), das ebenfalls Esel und Büffel züchtete und zu einem nicht genau festzustellenden Zeitpunkt 1 624 Soldaten und Offiziere beschäftigte.⁴⁷

Pferde wurden bis zu den Reformen des Wang An-shi im letzten Viertel des 11. Jahrhunderts kaum gezüchtet, sondern von den nördlichen Nomadenstämmen im Austausch eingeführt. Sie fanden vorwiegend im Heer Verwendung.

4.2. Erscheinungsformen der staatlichen Monopole

Obwohl die obigen Angaben keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben können, läßt sich doch bereits daraus ersehen, wie stark die industrielle Produktion der frühen Nördlichen Song-Zeit vom Staat organisiert bzw. gesteuert wurde. Neben den staatlichen Manufakturen existierten noch das bereits erwähnte Handwerk sowie einige private Manufakturen. Diese waren jedoch weitgehend gezwungen, ihre Erzeugnisse über die verschiedenen Erfassungs- und Aufkaufämter dem Staat entweder als Abgabe oder gegen vom Staat festgesetzte Preise zu überlassen.⁴⁸ Dafür wurden zum Beispiel in den Hauptproduktionsgebieten Aufkaufämter für Seidenstoffe errichtet, die die Erzeugnisse privater Manufakturen und Handwerker sowie die von Bauern über den Eigenbedarf und die staatlichen Abgaben hinaus produzierten Stoffe und andere Erzeugnisse aufkauften. Da der Staat ein Handelsmonopol für Seide besaß, konnten Kaufleute Seide nur von den staatlichen Stellen zum Weiterverkauf an Privatverbraucher erhalten. Auf diese Weise erübrigte sich ein Produktionsmonopol für den Staat, das angesichts der zersplitterten Produktion des Ausgangserzeugnisses, der Rohseide, kaum gelohnt hätte. Auf ähnliche Weise wurden auch das Porzellan, soweit es nicht ohnehin in der Hand des Staates war, sowie andere Erzeugnisse von der Regierung monopolisiert. Zentrale Ämter für Aufkauf und Erfassung waren unter anderem das Za Mai Wu und Bo Mai Wu sowie in den Hafenstädten, zuerst in Guangzhou (Kanton), das Shi Bo Si. Es fanden entsprechend den Wandlungen in der Produktion und regionalen Verlagerungen häufige Reorganisationen der Monopolämter statt, ohne daß sich jedoch dabei Grundlegendes änderte.

Eine weitere Methode der staatlichen Einwirkung auf die handwerkliche Produktion stellte das He-Mai-System dar, das erstmalig für das Jahr 983 erwähnt wird. Während in den ersten Jahren der Nördlichen Song-Dynastie die vom Staat benötigten Erzeugnisse in allen Teilen des Reiches von Fall zu Fall aufgekauft wurden, begann die kaiserliche Administration im Jahr 970 damit, entsprechend dem staatlichen Bedarf ihre Bestellungen auf zwei Jahre

43 SHY, Shi Huo (Wirtschaftsfragen), Kap. 55, S. 2 A.

44 SS, Kap. 163, S. 20 A f.

45 Ebenda, Kap. 167, S. 11 B.

46 SHY, Shi Huo (Wirtschaftsfragen), Kap. 55, S. 19 B.

47 Ebenda, S. 20 A.

48 Ma Duan-lin, a. a. O., Shi Di, Kap. 1.

im voraus aufzugeben und auf deren Grundlage die Produzenten vertraglich zu binden. Unter dem He-Mai-System, das sich nach anfänglichen Schwierigkeiten endgültig zu Beginn des 11. Jahrhunderts stabilisiert zu haben scheint, schoß der Staat den Handwerkern und Bauern Geld vor, für das sie zu einem bestimmten Zeitpunkt Erzeugnisse abzuliefern hatten. Der Staat trat also als Verleger auf, da die vorgeschossenen Gelder zum größten Teil der direkten Materialbeschaffung dienten. Von einer Verzinsung der vorgeschossenen Gelder wird nichts erwähnt, jedoch nahm der Staat aufgrund seiner ökonomischen Machtstellung entscheidenden Einfluß auf die Preise, und die örtlichen Beamten nutzten dieses Faktum zusätzlich zur persönlichen Bereicherung. Andererseits hatte dieses System für die Produzenten den Vorteil, daß sie nicht gezwungen waren, zur Beschaffung der Rohstoffe oder zur Überbrückung der Zeit bis zur Ablieferung der Erzeugnisse Darlehen von Wuchern zu nehmen. Diese Praxis sowie die direkten Pachtbeziehungen zwischen dem Staat und der Mehrheit der selbstwirtschaftenden Bauern schränkten die Entfaltungsmöglichkeit des Wucherkapitals ein. Es existierte selbstverständlich - vor allem spielten die Klöster dabei eine wichtige Rolle -, jedoch gibt es keine Anzeichen einer stärkeren Kapitalakkumulation durch Wucher oder privaten Handel.

Neben den hier bereits genannten Bereichen der staatlichen Kontrolle über die industrielle Produktion gab es noch weitere, von denen die vielfältigen Erscheinungsformen des Salzmonopols wohl von größtem Interesse sind. Die wichtigsten Produktionsstätten, die an den Salzseen und der Meeresküste lagen, befanden sich in der Hand des staatlichen Salzmonopols. Von privaten Unternehmern wurden in Sichuan Salzbergwerke sowie in anderen Teilen des Reiches die quantitativ kaum ins Gewicht fallenden Produktionsstätten zur Verarbeitung salzhaltiger Erden betrieben. Der Staat verstand es, für die einzelnen Eigentumsformen und Regionen die jeweils vorteilhaftesten Verwertungsmöglichkeiten im Interesse der kaiserlichen Zentralgewalt zu schaffen. In Shanxi (Nordchina) und an der Küste wurde mehr Salz erzeugt, als dort verbraucht werden konnte, während weite Gebiete des Reiches mit Salz zu versorgen waren. Andererseits bedurften die an der Nord- und Nordwestgrenze sowie an der Küste stationierten Garnisonen der Versorgung mit Fourage, die örtlich nicht in ausreichender Menge erzeugt werden konnte. Kaufleute, die die benötigten Güter in die Grenzgebiete brachten, erhielten dort im Austausch Salz oder Anweisungen an das in der Hauptstadt gelegene Monopolamt (Za Mai Wu), die sie für andere im Staatsbesitz befindliche Erzeugnisse eintauschen konnten. Ähnlich wurde in den Küstengebieten verfahren. Während das in den Produktionsgebieten für den Bedarf der Bevölkerung oder Garnisonen benötigte Salz vom Staat direkt verwaltet wurde, vergab die Regierung für die anderen Landesteile zu diesem Zweck Konzessionen an Kaufleute. Diese Kaufleute hatten den Transport der benötigten Salz mengen zu organisieren (und dabei auch das Transportrisiko zu tragen). Außerdem waren sie für die Versorgung der Garnisonen mit deren Bedarf an Fourage im entsprechenden Gegenwert zuständig.

Das staatliche Monopol wurde also in den Produktionsgebieten direkt, darüber hinaus indirekt über die Kaufleute ausgeübt. Die beim Vertrieb innerhalb der Produktionsgebiete anfallenden Gewinne verblieben der örtlichen Verwaltung, während die über die Kaufleute erzielten Einnahmen an die Zentralregierung gingen. Die Erweiterung des Handels führte dazu, daß die Kaufleute neben dem Salz in zunehmendem Maße Warenbezugsanweisungen (Yin Chao) des zentralen Monopolamts in Zahlung nahmen. Als Nebenerscheinung dieser Entwicklungstendenz stieg der Handelsgewinn der Zentralregierung auch relativ gegenüber dem der örtlichen Verwaltungen, was zugleich eine Stärkung der ökonomischen und politischen Vorrangstellung der Zentralmacht bedeutete.

Die unmittelbaren Produzenten in den staatlichen Salzbetrieben erhielten ebenso wie die privaten Unternehmer vom Staat feste Produktionsauflagen. Am lockersten war die Bindung der Besitzer der Produktionsstätten, die Salz aus Erden gewannen. Ihr Produktionsanteil war so gering, daß sich eine festere Eingliederung in das Salzmonopol kaum lohnte. Sie konnten

deshalb ihr Salz auch privat (gegen Zahlung entsprechender Steuern an den Staat) verkaufen.

Es ergaben sich somit vier verschiedene Kombinationen der Eigentumsformen bei der Produktion und dem Vertrieb von Salz: 1. Produktion staatlich oder privat; Aneignung, Versand und Verkauf durch staatliche Organe. 2. Produktion staatlich oder privat; Aneignung durch staatliche Organe, Versand und Verkauf durch Kaufleute. 3. Produktion privat; Aneignung und Versand durch staatliche Organe, Verkauf durch Kaufleute. 4. Produktion privat; Aneignung, Versand und Verkauf privat. Die erste der genannten Formen ist typisch für das unmittelbare Staatsmonopol. Die zweite und dritte Form sind solche des mittelbaren Monopols unter Einschaltung der Kaufleute, während die wirtschaftlich relativ unbedeutende vierte Form die private Produktion mit privatem Vertrieb umfaßte.⁴⁹

Die anderen Monopole (Tee, Seide, Alaun, Außenhandel) zeigten noch gewisse Varianten bei der Ausübung der staatlichen Kontrolle, jedoch gestattete keine den Kaufleuten einen größeren Eigentums- oder Machtzuwachs.

4.3. Der Binnenmarkt

Auf den Außenhandel, der staatliches Monopol war und sich zum Teil auch der Kaufleute bediente, soll hier nicht näher eingegangen werden, zumal er im großen Rahmen gesehen nur eine sehr untergeordnete Rolle spielte. Dagegen wird von zahlreichen Wissenschaftlern⁵⁰ eine rasche Entwicklung des Binnenhandels in der frühen Song-Zeit als typisch für diese Periode angesehen. Diesen Auffassungen ist kaum zuzustimmen, denn die wichtigste Voraussetzung für einen entfalteten Binnenmarkt, die Warenproduktion, steckte noch in den Anfängen. Der größte Teil des in der Landwirtschaft erzeugten Mehrprodukts wurde als Abgabe an die Staatsmacht abgeliefert, ein geringerer Teil gelangte in den Besitz der zahlenmäßig nur wenig ins Gewicht fallenden privaten Verpächter, die ihre Überschüsse kaum produktiv anlegen konnten.⁵¹ Diese Erzeugnisse erlangten also nicht Warencharakter. Ähnliches gilt für die gewerbliche Produktion. Ein bedeutender Teil der handwerklich und in privaten Manufakturen erzeugten Gegenstände wurde von den staatlichen Stellen entweder als Abgabe oder durch Aufkauf erworben - für den eigentlichen Warenaustausch verblieb nur ein geringer Teil. Der Umfang der von konzessionierten Kaufleuten im Rahmen des Staatsmonopols vertriebenen Waren dürfte ebenfalls nur gering gewesen sein, da der überwiegende Teil der Bevölkerung, die Bauern, kaum Geld in die Hand bekam und sich weitgehend selbst versorgte. Daß es sich bei diesen Erwägungen nicht etwa um Spekulationen, sondern um nachweisbare Tatsachen handelt, mögen einige statistische Angaben zeigen. Die wichtigste Steuereinnahme des Staates entsprang der in Naturalien zahlbaren Bodensteuer, die von allen Zhu Hu (selbstwirtschaftenden Bauern) erhoben wurde. Neben dieser Steuer gab es jedoch noch zahlreiche andere Abgaben, darunter die Handelssteuer. Diese unterteilte sich in die Guo Shui (für reisende Kaufleute) in Höhe von 2 Prozent des Warenwertes und die Zhu Shui (für ansässige Kaufleute, die auf dem Markt verkauften) in Höhe von 3 Prozent.⁵² Von der Steuer befreit waren unter anderem von Bauern erzeugte Stoffe, die nicht auf dem öffentlichen Markt verkauft wurden, sowie landwirtschaftliche Geräte, Reis, Weizen, Feuerholz und einige andere Gegenstände des täglichen Bedarfs.⁵³

49 Vgl. Dai Yi-xuan, a. a. O., S. 55.

50 Z. B. Balazs, Etienne, Une carte des centres commerciaux de la Chine à la fin du XI^e siècle, in: Annales, Paris 1957, S. 589; Shu Shi-cheng, a. a. O.; Yoshinobu Shiba, Sōdai Shōgyōshi Kenkyū (Handelstätigkeit während der Song-Dynastie), Tokio 1968.

51 Vgl. Lewin, Günter, Die ersten fünfzig Jahre der Song-Dynastie in China. Beitrag zu einer Analyse der sozialökonomischen Formation während der ersten fünfzig Jahre der chinesischen Song-Dynastie (960 - zirka 1010), Berlin 1973, Abschn. III, 4.

52 SS, Kap. 186, S. 1 A - 2 ff.

53 SHY, Shi Huo, Kap. 17, S. 12 A ff.

Die Tendenzen in der Entfaltung der Handelstätigkeit und der Geldwirtschaft spiegeln sich in gewissem Maße in der jährlichen Ausgabe neuer Münzen wider. Waren es um das Jahr 975 jährlich 70 000 Schnüre⁵⁴, so steigerte sich die Münzausgabe in der Folgezeit ganz erheblich; in der Periode Tian Sheng (1023 bis 1031) auf jährlich über eine Million; in der Periode Qing Li (1041 bis 1048) auf über drei Millionen und im sechsten Jahr der Periode Xi Ning (1073) auf über sechs Millionen Schnüre. Hinzu kam noch die Ausgabe von Eisenmünzen in gewissen Grenzgebieten (zum Beispiel Sichuan), die nominell 10 Prozent des Wertes von Kupfermünzen besaßen, jedoch häufig unter pari (zum Beispiel 1 zu 14) gehandelt wurden. Im Jahre 1080 wurden zirka 900 000 Schnüre (900 Millionen Stück) Eisenmünzen ausgegeben⁵⁵, die nominell 90 000 Schnüren Kupfermünzen entsprachen, also insgesamt kaum ins Gewicht fielen. Die Kupfermünzen der Song-Zeit waren auch im Ausland sehr begehrt, so daß sich ein starker Abfluß an Kupfer ergab, der durch die Ausgabe der Eisenmünzen in den Grenzgebieten behindert werden sollte. Trotz aller Strafandrohungen konnte weder dem Abfluß von Kupfer ins Ausland noch dem Einschmelzen von Kupfermünzen zur Herstellung von Gebrauchsgegenständen effektiv Einhalt geboten werden, so daß man annehmen muß, daß, unter Beachtung des natürlichen Verschleißes, sich nur ein Bruchteil der tatsächlich herausgegebenen Münzen im Umlauf befand.

Die Ausgabe von Regierungsanweisungen (Yin Chao) an Kaufleute konnte auf den Umfang des Geldumlaufs keinen Einfluß ausgeübt haben, da es sich nur um direkte Beziehungen zwischen Regierung und jenen Kaufleuten handelte, die als Entgelt für die Lieferung von Fourrage eben jene Anweisungen erhielten. Geld, und zwar die im Umlauf befindlichen Münzen, erzielten die Kaufleute nur durch den Weiterverkauf der Waren an private Abnehmer. Die Edelmetalle Gold und Silber wurden nicht gemünzt und spielten als Zahlungsmittel nur eine untergeordnete Rolle.

Über die Höhe der Einnahmen aus den Handelssteuern ist für die ersten hundert Jahre der Song-Zeit nur wenig festzustellen. Für das Jahr 1077 - zu einer Zeit, als die Reformen des Wang An-shi den Handel und die Kaufleute relativ begünstigten - werden Einnahmen von sieben Millionen Schnüren angegeben, was einer Steigerung innerhalb von 25 Jahren um zirka 37,5 Prozent entsprochen haben soll.⁵⁶ Um einen Begriff von den Größenverhältnissen zu erhalten, seien hier die Staatseinnahmen der Song-Regierung vergleichsweise angeführt. Für das Jahr 997 werden diese mit 22 245 800 Schnüren beziffert.⁵⁷ Für das Jahr 1065 nennt die gleiche Quelle Einnahmen in Höhe von 116 138 404 und Ausgaben in Höhe von 131 864 452 Schnüren. Damit ergibt sich ein Anteil der Handelssteuern an den gesamten Staatseinnahmen des Jahres 1077, der 6 Prozent kaum überschritten haben kann. Zieht man in Betracht, daß, wie Balazs nachweist, durch Mehrfachbesteuerung derselben Waren die Steuern zirka 5 bis 10 Prozent des Warenumsatzes ausmachten, ergibt sich ein Handelsvolumen von höchstens 100 Millionen Schnüren bei einer Bevölkerung, die zu diesem Zeitpunkt zwischen 80 und 100 Millionen Menschen betragen haben muß.

Wie bereits dargelegt, untergrub die Eingliederung der Kaufleute in die staatlichen Monopole weitgehend ihre Selbständigkeit. Ein weiteres Beispiel möge erläutern, wie schnell und wirksam die staatliche Regierungsgewalt jeden Ansatz unterband, der zu einer größeren wirtschaftlichen Unabhängigkeit oder gar Machtstellung der Kaufleute hätte führen können. So hatten zum Beispiel in Sichuan, wo sich die Eisenmünzen im Zahlungsverkehr der Kaufleute als zu unhandlich erwiesen, einige wohlhabende Kaufleute bankähnliche Institute gegründet, die für deponiertes Geld Bankanweisungen (Jiaozi) ausgaben. Die Laufzeit dieser

54 1 Schnur Münzen enthielt nominell 1 000 Münzen, jedoch hatte bereits zur Song-Zeit die Geldentwertung die Anzahl auf 770 Münzen je Schnur reduziert. Vgl. Yang Lien-sheng, Money and Credit in China, Cambridge (Mass.) 1951, S. 36 f.

55 Ebenda, S. 28.

56 Vgl. Balazs, Etienne, Une carte..., a. a. O., S. 589.

57 SS, Kap. 179, S. 3 A.

Anweisungen betrug drei Jahre, und es wurde eine Gebühr von 3 Prozent des Wertes erhoben. Sechzehn begüterte Kaufleute erhielten vom Staat die Genehmigung zur Ausgabe von Jiaozi, die sich offensichtlich bald größerer Beliebtheit erfreuten. Um angeblichem Mißbrauch zu begegnen, verstaatlichte die Regierung im Jahre 1023 die Ausgabe der Jiaozi und gründete in Yizhou das staatliche "Jiaozi Wu" (Amt für die Ausgabe von Anweisungen).⁵⁸ Das Amt gab im Jahre 1024 Jiaozi im Gegenwert von 1 256 340 Schnüren aus⁵⁹, die eine Laufzeit von zwei Jahren hatten. Damit war auch auf diesem Gebiet eine Institution in staatliches Monopol übergegangen, die auf private Initiative ins Leben gerufen worden war und sich bewährt hatte. Diese Tendenz, die bereits in der Frühen Han-Zeit (2. Jahrhundert v. u. Z.) bei der Errichtung des Salz- und Eisenmonopols festzustellen war, erscheint typisch für die Wirtschaftspolitik der chinesischen Administration in der vorkapitalistischen Periode, die mit den Reformen des Shang Yang (Mitte des 4. Jahrhunderts v. u. Z.) eingeleitet worden war. Jede Herausbildung von potentiell rivalisierenden wirtschaftlichen und politischen Machtzentren wurde rechtzeitig unterbunden und, soweit in entsprechenden Ansätzen Vorteil verheißende Initiativen enthalten zu sein schienen, übernahm sie die Zentralgewalt in eigene Regie.

Da China im Gegensatz zum mittelalterlichen, feudalen Europa keine Zersplitterung in kleine Feudalherrschaften kannte, war es gar nicht denkbar, daß sich etwa einzelne Städte zu einer Machtstellung erheben konnten, wie sie mittelalterliche europäische Städte oder gar Städtebünde, namentlich die Hanse, erreichten. Jeder Versuch zur Erringung von Privilegien durch Kaufleute oder Handwerker traf sofort auf die ganze Macht der staatlichen Zentralgewalt, die damit auch jeden Ansatz zur Herausbildung einer Bourgeoisie durch Akkumulation von Kapital, durch die Schaffung größerer privater Produktionsstätten usw. unterband. Zudem entfielen für China zwei Faktoren, nämlich Ausbeutung von Kolonien und Enteignung von Klosterbesitz, die in Europa keine unwesentliche Rolle bei der Herausbildung des Handelskapitals (und später der kapitalistischen Gesellschaft) gespielt hatten.⁶⁰

5. Einige Schlußfolgerungen und Ausblicke auf die weitere Entwicklung

5.1. Keime des Kapitalismus - ja oder nein?

In einer vorwiegend durch die Landwirtschaft bestimmten vorkapitalistischen Gesellschaft wurde der Charakter der Gesellschaftsformation selbstverständlich durch die auf dem Lande herrschenden Ausbeutungsverhältnisse mit ihrem Grundwiderspruch bestimmt. Demgegenüber bildeten sich die Ansätze zu neuen Produktivkräften, die in die Richtung einer weiter fortgeschrittenen Formation weisen konnten, in Handel und Handwerk bzw. Manufaktur heraus. Dabei bleibt jedoch als Entscheidungsfrage offen, ob man diese Ansätze als Keimformen des Kapitalismus klassifizieren kann. Eine Grundlage zur Beantwortung dieser Frage bildet zweifellos die folgende Feststellung von Marx: "Die kapitalistische Produktion beginnt, wie wir sahen, in der Tat erst, wo dasselbe individuelle Kapital eine größere Anzahl Arbeiter gleichzeitig beschäftigt, der Arbeitsprozeß also seinen Umfang erweitert und Produkt auf größerer quantitativer Stufenleiter liefert."⁶¹ In diesem Zusammenhang verweist Marx darauf, daß auch "bei gleichbleibender Arbeitsweise ... die gleichzeitige Anwendung einer größeren Arbeiteranzahl eine Revolution in den gegenständlichen Bedingungen des Arbeitsprozesses" bewirkt.⁶² Aus diesen und weiteren im gleichen Kapitel

58 Xu Zi Zhi Tong Jian (Annalen der Song-Dynastie), 12bändige Ausgabe, Peking 1957, S. 819.

59 Yang Lien-sheng, a. a. O., S. 53.

60 Vgl. u. a. Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 3, a. a. O., S. 345.

61 Ebenda, Bd. 1, a. a. O., S. 341 (Hervorhebung - G. L.).

62 Ebenda, S. 343.

des "Kapital" enthaltenen Hinweisen auf die Kooperation in ihren verschiedenen, bis zur Manufaktur reichenden Formen haben zahlreiche, besonders chinesische Wissenschaftler⁶³ die Schlußfolgerung gezogen, daß das nachweisbar vorhandene hohe Niveau der Kooperation in der industriellen Produktion als Beweis für die Existenz von "Keimen des Kapitalismus" im mittelalterlichen China angesehen werden könne. Unter Verweis auf die privaten Manufakturen und größeren Handwerksbetriebe datieren sie das erste Entstehen solcher Keime in einzelnen Fällen bereits in die Nördliche Song-Zeit⁶⁴, ja sogar noch früher, in die Tang-Zeit⁶⁵. Ausgangspunkte solcher Betrachtungen sind die Ausmaße der Kooperation sowie die Existenz "freier" Lohnarbeiter, wobei übersehen wird, daß das nur einige der Voraussetzungen für die Entstehung und Entfaltung kapitalistischer Produktionsverhältnisse sind. Nun ist, wie Marx gezeigt hat, weder die "freie" Lohnarbeit noch die einfache Kooperation an die kapitalistische Produktionsweise gebunden. Zur einfachen Kooperation führt er aus: "Kolosossal zeigt sich die Wirkung der einfachen Kooperation in den Riesenwerken der alten Asiaten, Ägypter, Etrusker usw." Aus Richard Jones, Text-book of lectures on the political economy of nations, Hertford 1852, Seite 77 f., zitiert er dazu: "Es geschah in vergangenen Zeiten, daß diese asiatischen Staaten nach Bestreitung ihrer Zivil- und Militärausgaben sich im Besitz eines Überschusses von Lebensmitteln befanden, die sie für Werke der Pracht und des Nutzens verausgaben konnten. Ihr Kommando über die Hände und Arme fast der ganzen nicht ackerbauenden Bevölkerung und die ausschließliche Verfügung des Monarchen und der Priesterschaft über jenen Überschuß boten ihnen die Mittel zur Errichtung jener mächtigen Monumente, womit sie das Land erfüllten. ... die Macht der Direktion über diese Massen gab jenen Riesenwerken den Ursprung. Es war die Konzentration der Revenuen, wovon die Arbeiter lebten, in einer Hand oder wenigen Händen, welche solche Unternehmungen möglich machte."⁶⁶ Die hier geschilderten Formen der Kooperation lassen sich auch für China, jedoch vor allem für die Zeit vor den Reformen des Shang Yang im 4. bis 3. Jahrhundert v. u. Z. nachweisen. Die Bemerkung von Marx, "die sporadische Anwendung der Kooperation auf großem Maßstab in der antiken Welt, dem Mittelalter und den modernen Kolonien beruht auf unmittelbaren Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnissen, zumeist auf der Sklaverei"⁶⁷, trifft für China vor allem, mit gewissen Modifikationen, auf die Zeit vor dem 4. bis 3. Jahrhundert v. u. Z. zu. Im Anschluß an die Reichseingung im 3. Jahrhundert v. u. Z. bahnten sich mit der Käuflichkeit des Bodens gewisse Veränderungen an, jedoch wurde die spezifische Form des "Knechtschaftsverhältnisses" in einigen Erscheinungen in die neue Etappe der gesellschaftlichen Entwicklung übernommen. Der Kaiser mit den vornehmen Familien (zumeist Angehörige des Kaiserhauses und höchste Würdenträger) übte im Prinzip eine despotische Herrschaft über alle Untertanen aus, die sich auch auf deren Besitz erstreckte - damit waren der Kaiser und das durch ihn repräsentierte Gemeinwesen faktisch oberster Eigentümer nicht nur aller Produktionsmittel, sondern auch des persönlichen Besitztums der Untertanen. In welchem Umfang sie diese Rechte ausüben konnten, wurde vor allem durch die jeweilige Machtkonstellation entschieden. Soweit wie möglich tendierten jedoch alle staatlichen Entscheidungen auf die Erhaltung des Gesellschaftssystems, ohne Rücksicht darauf, von welcher Seite es tatsächlich oder vermeintlich bedroht wurde.

Die in der industriellen Produktion erreichte Stufe der auf Arbeitsteilung beruhenden Kooperation sowie das technische Niveau der Produktivkräfte unterschieden sich im China der

63 Zhongguo Zibenzhuyi Mengya Wenti Taolunji (Sammlung von Diskussionsbeiträgen zum Problem der Keime des Kapitalismus in China), Bd. 1 u. 2, Peking 1957.

64 Z. B. Shu Shi-cheng, a. a. O., S. 804 - 834.

65 Kong Jing-wei, Zhongguo fengjianshehui shougongyeyzhongdi zibenzhuyi mengya (Keime des Kapitalismus im Handwerk der chinesischen Feudalgesellschaft), in: Zhongguo Zibenzhuyi Mengya Wenti Taolunji, Bd. 1, a. a. O., S. 467 ff.

66 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, a. a. O., S. 353.

67 Ebenda, S. 354.

Nördlichen Song-Zeit grundlegend von dem Entwicklungsstand, den Marx an der oben zitierten Stelle für die "alten Asiaten, Ägypter, Etrusker usw." registriert. Das Ausmaß der Kooperation überstieg also in der Song-Zeit bei weitem das hier von Marx geschilderte, entsprach jedoch nicht dem, aus dem sich kapitalistische Manufakturen entwickelten. Es handelt sich eindeutig um vorkapitalistische, allerdings wohl nicht um feudale Manufakturen.

Wie gezeigt werden konnte, übte der Kaiser (bzw. die durch ihn repräsentierte Administration) die Kontrolle über die Produktion auf mannigfaltige Weise aus, wobei die Form der Knechtschaftsverhältnisse nicht nur unterschiedlich, sondern zum Teil auch sehr indirekt war. Aus der Tatsache, daß die Untertanen (im Prinzip fast ohne Ausnahme) zu Dienstleistungen für den Staat verpflichtet waren, läßt sich allein keine spezifische Form des Knechtschaftsverhältnisses ableiten. Die Handwerker, die in den staatlichen Manufakturen arbeiteten, waren weder Sklaven noch Leibeigene. Die Aneignung des Mehrprodukts der Handwerker und privaten Manufakturen durch die Staatsmacht geschah vorwiegend durch ökonomischen Zwang - darüber hinaus erfolgte im allgemeinen ein Zwang zur Leistung von Diensten, wie er auch unter dem Kapitalismus (Militär- und Arbeitsdienst), wenn auch in unterschiedlichem Umfang, zu finden ist. Es ist in diesem Zusammenhang von Interesse, daß unter Wang An-shi (dem Reformpolitiker der zweiten Hälfte des 11. Jahrhunderts) zeitweise eine Ablösung der Dienstleistungspflicht durch Geld vorgesehen war. Die Einkünfte aus dieser Ablösungsabgabe waren für die Bezahlung von Lohnarbeitern vorgemerkt, die solche Arbeiten verrichteten, wie sie sonst im Dienstleistungssystem ausgeführt wurden. Unter anderem auch wegen der noch unterentwickelten Geldwirtschaft mußte dieser Versuch bald eingestellt werden.

Die Beherrschung der gewerblichen und industriellen Wirtschaft durch die Staatsmacht war fast lückenlos, wobei sie sich einer Vielfalt von Methoden bediente, die vom offenen Monopol bis zur Abgabepflicht und dem staatlichen Vorkaufsrecht für alle übrigen Erzeugnisse reichte. Unter diesem System war bis zu einem von der staatlichen Administration jederzeit einschränk- und aufhebbareren Ausmaß einzelnen Untertanen eine teilweise Abschöpfung des Mehrprodukts gestattet, das die von ihnen beschäftigten Lohnarbeiter bzw. auf dem Lande auch die Pächter schufen. Das Recht auf Abschöpfung eines Teils des Mehrprodukts gab den Ausbeutern jedoch keinerlei Verfügungsgewalt über die Person der Lohnarbeiter oder Pächter - Dienstleistungen und Abgaben (soweit es sich nicht um Einnahmen handelte, die aus privat weiterverpachtetem Boden erzielt wurden) konnten nur von der staatlichen Administration entsprechend den gesetzlichen Grundlagen gefordert werden. Obwohl dabei Übergriffe vereinzelter Grundbesitzer vorkamen und solche von Beamten fast zur Regel gehörten, konnte sich dieses Prinzip im wesentlichen behaupten. Aufgrund ihrer ökonomischen Stärke war die Zentralregierung in der Lage, potentiell rivalisierende Machtzentren auf wirtschaftlichem, jedoch auch auf politischem Gebiet bereits im Keime zu ersticken. Der chinesische Zentralstaat der Nördlichen Song-Zeit kannte keine Zersplitterung in Feudalstaaten oder örtliche Machthaber, die mit der Zentralgewalt konkurrieren konnten. Die Staatsgewalt wirkte überall über die vom Kaiser eingesetzten Beamten, die jederzeit von ihm absetzbar waren und regelmäßig, im Durchschnitt alle 3 bis 4 Jahre, auf neue Posten (zum Teil gleichen Ranges, zum Teil höheren oder niederen, je nachdem, wie ihr Wirken von ihren Vorgesetzten eingeschätzt wurde oder welches Maß von Protektion sie genossen) berufen wurden.

Der Entwicklung eines Bürgertums waren in diesem System fast unüberwindliche Schranken gesetzt. Von Kaufleuten, Manufakturbesitzern, Handwerkern oder Grundbesitzern erzielte Gewinne ließen sich nicht produktiv anlegen - sie wurden entweder in Boden investiert oder als Wucherkapital genutzt, soweit ihm ein angesichts der staatlichen Maßnahmen profitables Betätigungsfeld verblieb. Dementsprechend unterschied sich auch die Rolle der Stadt grundlegend von der im mittelalterlichen Europa. Balazs führte dazu sehr richtig aus: "In China wurde die Stadt von Beamten beherrscht, die die kaiserliche Regierung vertraten, be-

sonders soweit es sich um Fragen der Justiz und der Finanzen handelte, und da sie (im Unterschied zu unseren Städten) nicht die Idee der Emanzipation und Freiheit verkörperte, wirkte sie auch nicht als Magnet auf die ländliche Bevölkerung. Im Gegenteil, alle die gegen die drückende Macht der offiziellen Hierarchie rebellierten, suchten in den Dörfern Zuflucht, um so dem Zugriff der Bürokratie zu entfliehen.⁶⁸ Stadtluft machte in China also nicht frei, sondern die Stadt war Sitz der Regierungsgewalt, Amtssitz der kaiserlichen Beamten, hinter denen die volle Macht des zentralisierten Staates stand. Unter diesen Umständen war es völlig undenkbar, daß eine Stadt oder auch ein Städtebund, ähnlich der Hanse, eine Machtstellung erreichte, die es ermöglichte, der Zentralgewalt auch nur die geringsten Privilegien zu entreißen. Nicht nur in der Nördlichen Song-Zeit, sondern fast zwei Jahrtausende lang gingen alle wesentlichen Rebellionen gegen die Zentralgewalt vom Land und nicht von der Stadt aus. Da in der Landwirtschaft keine Produktivkräfte entstanden (oder auch entstehen konnten), die über die herrschenden Produktionsverhältnisse hinauswiesen, konnten selbst erfolgreiche Aufstände nicht die Schranken der bestehenden Formation durchbrechen. Sie konnten sich nur das Ziel setzen, innerhalb des bestehenden Systems allzu krasse Mißstände zu beseitigen - das System selbst konnten sie nicht überwinden.

Kaufleute mit größerer Initiative, die in China keine Entfaltungsmöglichkeiten besaßen, begannen bereits in der Song-Zeit auszuwandern, und es kam schon in der Song-Zeit zu chinesischen Niederlassungen auf den Philippinen, die sogar in gewissem Umfang Handel mit China trieben. Die Feindseligkeit, die der chinesische Staat allen derartigen Bestrebungen zur Entfaltung des privaten Handels entgegenbrachte, nahm besonders krasse Formen während der Ming-Zeit (1368 bis 1644) an. Dafür ein Beispiel: Als die Spanier im Jahre 1571 die Philippinen eroberten und sich die dort ansässigen Chinesen gegen die Grausamkeit der Eindringlinge vergeblich zur Wehr setzten, distanzierte sich die kaiserliche Regierung von den chinesischen Kaufleuten und ging dabei sogar so weit, diese als "Seeräuber" zu bezeichnen. Sie zog es vor, unter Preisgabe dieser Kaufleute mit den europäischen Eindringlingen zusammenzuarbeiten (und sich bei ihnen zu entschuldigen). In dieser Entscheidung kam letztlich jene Grundhaltung zum Ausdruck, die sich gegen die Entfaltung einer eigenständigen Kaufmannschaft richtete. Ähnlich erging es den Chinesen auf Java, die von den um 1600 eindringenden Niederländern unterjocht wurden.

Auch unter der Qing-Dynastie (1644 bis 1911) änderte sich, zumindest bis zum ersten Opiumkrieg (1840 bis 1842), an dieser Einstellung nichts, und auch danach kam es unter dem Einfluß der Europäer und Nordamerikaner nur zu einer sehr langsamen und wenig konsequenten Modifizierung dieser Politik. Es war der Regierung trotz schärfster Strafandrohung nicht gelungen, die Auswanderung weiterer unzufriedener Kaufleute nach den Gebieten der Südsee sowie deren illegale Handelsbeziehungen zur alten Heimat zu unterbinden. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts kam es zu größeren Auseinandersetzungen zwischen den Niederländern und den in Indonesien (auf Borneo) von Auslandschinesen gegründeten Niederlassungen, die sich zur Republik Lan Fang zusammengeschlossen hatten. Erst im Jahre 1886, über 110 Jahre nach ihrer Gründung, konnte diese Republik von den Niederländern erobert werden, nachdem die Qing-Regierung immer wieder deutlich gezeigt hatte, daß sie sich von diesen Auslandschinesen distanzierte und nicht gewillt war, zu ihren Gunsten zu intervenieren.⁶⁹

Es läßt sich aus diesen Ereignissen ableiten, daß noch im 19. Jahrhundert die offizielle Haltung der chinesischen Regierung zu allen Bestrebungen chinesischer Kaufleute, sich wirt-

68 Balazs, Etienne, Chinese civilisation and bureaucracy, New Haven/London 1964, S. 70.

69 Lü Zhen-yu, Jianming Zhongguo tongshi (Allgemeine Geschichte Chinas), Peking 1957, S. 680. Vgl. auch Luo Xiang-lin, Luo Fang-bo suo jian Boluozhou Lan Fang Dazongzhi kao (Untersuchungen zur von Luo Fang-bo auf Borneo gegründeten Republik Lan Fang), in: Guangzhou Xuebao, Kanton, Bd. 1, Nr. 1/1926.

schafflich unabhängig von der Zentralgewalt zu entfalten, unverändert feindselig geblieben war.

5.2. Zum Charakter der Gesellschaftsformation des Untersuchungszeitraums

Zum Charakter der damaligen Gesellschaftsformation ist festzustellen, daß es sich keinesfalls um eine der antiken Sklavenhaltergesellschaft ähnelnde gehandelt haben kann. Der Stand der Produktivkräfte entsprach ungefähr dem, der in Europa in der Endphase des Feudalismus vorherrschte; allerdings fehlte in China die Entwicklung der Maschinen, die in Europa zur Industriellen Revolution bedeutend beitrug und als Vorbote der ökonomischen Basis des Kapitalismus fungierte. Daher ist die Behauptung, daß in China bereits in jener Zeit "Keime des Kapitalismus" existierten, nicht stichhaltig. Marx hat ausdrücklich davor gewarnt, aus gewissen Analogien auf Teilgebieten zu weit gehende Schlußfolgerungen zu ziehen. So schreibt er unter Bezug auf die Plebejer über die Entwicklung im antiken Rom: "Die gleiche Entwicklung, die sie von ihren Produktions- und Subsistenzmitteln trennte, schloß nicht nur die Bildung des Großgrundbesitzes, sondern auch die großer Geldkapitalien ein. So gab es eines schönen Tages auf der einen Seite freie Menschen, die von allem, außer ihrer Arbeitskraft, entblößt waren, und auf der andern, zur Ausbeutung dieser Arbeit, die Besitzer all der erworbenen Reichtümer. Was geschah? Die römischen Proletarier wurden nicht Lohnarbeiter, sondern ein faulenzender Mob, noch verächtlicher als die sog. 'poor whites' der Südstaaten der Vereinigten Staaten, und an ihrer Seite entwickelte sich keine kapitalistische, sondern eine auf Sklavenarbeit beruhende Produktionsweise. Ereignisse von einer schlagenden Analogie, die sich aber in einem unterschiedlichen historischen Milieu abspielten, führten also zu ganz verschiedenen Ergebnissen."⁷⁰

Einem Versuch, die chinesische Entwicklung während der Nördlichen Song-Zeit als eine Art Analogiefall zur feudalen in Westeuropa zu interpretieren, stünden wohl ähnliche Gründe entgegen, wie dem von Marx widerlegten Versuch, die Entwicklung im antiken Rom nur deshalb, weil es dort "freie" Lohnarbeiter, Großgrundbesitzer und Geldkapital gab, mit der kapitalistischen Produktionsweise in Verbindung zu bringen. Das Fehlen einer feudalen Zersplitterung in China war mehr als eine unbedeutende politische "Variante". Die ungebrochene Kraft der Zentralmacht behinderte vielmehr das Erstarken der Städte und damit die Herausbildung von Keimzellen einer aufkommenden Bourgeoisie. Die Konzentration ökonomischer Macht in den Händen der kaiserlichen Administration hemmte effektiv die Entwicklung der Produktivkräfte über den zur Song-Zeit erreichten Stand hinaus. Zu den Wesenszügen des Feudalismus schrieb Marx unter anderem: "Auf Grund dessen, daß in Indien das Lehnssystem, die Käuflichkeit der Ämter (letztere ist jedoch durchaus kein rein feudales Charakteristikum, Beweis Rom) und die Kommendation nachweisbar sind, sieht Kovalevski dort einen Feudalismus im westeuropäischen Sinn. Kovalevski vergißt unter anderem die Leibeigenschaft. Diese existierte in Indien nicht, und sie stellt ein wichtiges Moment dar ... Übrigens erkennt Kovalevski selbst einen wesentlichen Unterschied; Das Fehlen der Patrimonialjustiz im Bereich des Zivilrechts im Reiche des Großmoguls."⁷¹

70 Marx, Karl, [Brief an die Redaktion der "Otschestwennyje Sapiski"], in: Marx/Engels, Werke, Bd. 19, Berlin 1961, S. 111 f.

71 Marx, Karl, Konspekt zu M. M. Kovalevskij, "Obščinnoe zemlevladienie, pričiny, chod i posledstviya ego razloženiya", abgedruckt in: Materialy Instituta Marksizma - Leninizma pri CK KPSS. Iz neopublikovannyh rukopisej Karla Marksa, in: Sovetskoe Vostokovedenie, Nr. 5/1958, S. 12.

Man sollte in Betracht ziehen, daß Marx an keiner Stelle China als "feudal" bezeichnet, sondern ausdrücklich betont: "Das Kapitel über die ursprüngliche Akkumulation will nur den Weg schildern, auf dem im westlichen Europa die kapitalistische Wirtschaftsordnung aus dem Schoß der feudalen Wirtschaftsordnung hervorgegangen ist."⁷² In diesem Zusammenhang wendet sich Marx sehr scharf gegen eine ahistorische "Kritik" an seinem "Kapital!" durch den Volkstümler Michajlovskij, wobei er dessen subjektiver Geschichtsauslegung entgegenhält: "Aber das ist meinem Kritiker zu wenig. Er muß durchaus meine historische Skizze von der Entstehung des Kapitalismus in Westeuropa in eine geschichtsphilosophische Theorie des allgemeinen Entwicklungsganges verwandeln, der allen Völkern schicksalsmäßig vorgeschrieben ist, was immer die geschichtlichen Umstände sein mögen, in denen sie sich befinden, um schließlich zu jener ökonomischen Formation zu gelangen, die mit dem größten Aufschwung der Produktivkräfte der gesellschaftlichen Arbeit die allseitigste Entwicklung des Menschen sichert . . ."⁷³ Diese Ausführungen, denen Marx die bereits zitierten Bemerkungen über die Plebejer im antiken Rom folgen läßt, lassen wohl recht eindeutig darauf schließen, daß Marx zwar einen typischen Entwicklungsweg, kaum aber eine unilineare Entwicklung aller Völker der Erde in Betracht gezogen haben dürfte. Unter diesen Umständen erscheint es kaum vertretbar, das mittelalterliche China der Feudalgesellschaft zuzuordnen, wie sie von Marx und Engels für Westeuropa charakterisiert wurde.⁷⁴

Von prinzipieller Bedeutung ist besonders auch Engels' Bemerkung: "Überall in Europa, bis hinein in die entfernten Nebenländer, die den Feudalzustand nicht durchgemacht, bekam auf einmal die königliche Macht die Überhand."⁷⁵ Man geht kaum fehl, wenn man zu diesen "Nebenländern" unter anderem Skandinavien zählt. Diese sogenannten "Nebenländer" hatten weder eine feudale noch eine der anderen von Marx genannten "progressiven Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation" durchlaufen, von denen die bürgerliche die letzte antagonistische Form des gesellschaftlichen Produktionsprozesses darstellte.⁷⁶ Es liegt also nahe, bei der Betrachtung der chinesischen Gesellschaft die bereits erwähnten Hinweise der Klassiker sowohl zu China selbst als auch zu den "Nebenländern Europas" als eine weitere Bestätigung dafür zu betrachten, daß sie weit davon entfernt waren, die "Skizze von der Entstehung des Kapitalismus in Westeuropa in eine geschichtsphilosophische Theorie des allgemeinen Entwicklungsgangs" zu verwandeln.⁷⁷

72 Marx, Karl, [Brief an die Redaktion der "Otetschestwennyje Sapiski"], a. a. O., S. 109.

73 Ebenda, S. 111.

74 Hierbei erscheinen die Bemerkungen von Engels in seinem Artikel "Über den Verfall des Feudalismus und das Aufkommen der Bourgeoisie" (Engels, Friedrich, Über den Verfall des Feudalismus und das Aufkommen der Bourgeoisie, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 21, Berlin 1962, S. 392 - 401) von großem Interesse, schildern sie doch Verhältnisse und Entwicklungen, für die sich im mittelalterlichen China keine Entsprechung findet.

75 Ebenda, S. 400.

76 Marx, Karl, Zur Kritik der politischen Ökonomie. Vorwort, a. a. O., Bd. 13, S. 9.

77 Derselbe, [Brief an die Redaktion der "Otetschestwennyje Sapiski"], a. a. O., S. 111.

Diskussionen

ZU STELLUNG UND SITUATION DER LANDWIRTSCHAFT UND ZUM "AUSLÄNDISCHEN SEKTOR" IN DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN⁺

von Manfred Nussbaum

Obwohl die Deutsche Demokratische Republik in der Reihe der sozialistischen Länder ihren gewichtigen Anteil an der ökonomischen Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern hat und zahlreichen neuen Staaten wertvolle Hilfe bei der Überwindung des kolonialen Erbes und der ökonomischen Abhängigkeit vom Imperialismus leistet, ist die wissenschaftliche Forschungsarbeit über ökonomische Probleme der Entwicklungsländer bei uns ein "unterentwickeltes Gebiet". Dies ist um so mehr zu bedauern, als eine intensive wissenschaftliche Erforschung der Probleme der praktischen Hilfeleistung für diese Länder zugute kommen, Fehlleistungen vermeiden helfen und die Wirksamkeit der eingesetzten Mittel vervielfachen kann. Angesichts dieses Mangels an guten und nützlichen Arbeiten ist das Buch von Parviz Khalatbari "Ökonomische Unterentwicklung" eine erfreuliche Erscheinung, erfreulich nicht nur wegen der so aktuellen Thematik, sondern auch, weil hier mit dem analytischen Verstande des Ökonomen, stellenweise sogar mit theoretischer Brillanz zu wichtigen Problemen auch Wichtiges gesagt wird. Doch nicht nur das. Dieses Buch ist auch im Hinblick auf die Art der Darbietung des Stoffes ein Genuß - jedenfalls für alle diejenigen, für die das Brecht-Wort vom Denken als größtem menschlichem Vergnügen Gültigkeit hat. Der Autor vermeidet nicht nur langweilige Wiederholungen bereits bekannter Dinge - ein Mangel, von dem nicht alle wichtigen Bücher immer frei sind, von den unwichtigengar nicht zu reden. Er bringt auch das, was er zu sagen hat, in methodisch interessanter und moderner Weise, wobei er sich graphischer Darstellungen und Modelle bedient. Diese Verwendung von Modellen, die eine Sonderform der Abstraktion darstellen, geschieht bei Khalatbari nie um ihrer selbst willen, als leere Spielerei, sondern ist immer den Grundgedanken untergeordnet und in die marxistische Analyse eingebettet. In der gleichen Richtung wirken auch die vom Autor eingeführten politökonomischen Termini, die der Darstellung erhebliche Plastizität verleihen. "Es wäre unbillig, diesen Versuch mit leicht zu verschenkendem Lob abzutun", sagt Peter Hess in seinen Bemerkungen, "er verdient eine ernsthafte kritische Würdigung". Diesen Worten kann man zustimmen und soll man folgen.

In diesem Beitrag sollen vor allem drei Probleme diskutiert werden, und zwar erstens: Tut Khalatbari recht daran, die Lage in der Landwirtschaft der Entwicklungsländer und die Notwendigkeit einer konsequenten Agrarreform in den Mittelpunkt seiner Untersuchung zu stellen? Um diese Frage zu beantworten, muß man von der Rolle ausgehen, die der Agrarsektor nach wie vor in der Wirtschaft dieser Länder spielt. Khalatbari nimmt in seinem Buch zwar die Situation zur Grundlage, wie sie an der Schwelle des Zusammenbruchs des imperialistischen Kolonialsystems bestand, aber faktisch hat sich an der Agrarproblematik seitdem nur wenig geändert. Während in den industriell entwickelten Ländern Europas

⁺ Diskussionsbeitrag zu Khalatbari, Parviz, *Ökonomische Unterentwicklung*, Berlin 1971, und der Rezension zu diesem Buch: Hess, Peter, *Die historisch-theoretische Methode in ihrer Anwendung auf die Entwicklungsländer*. Zu einem schöpferischen Versuch, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 1974, T. 2.

und Amerikas der sowieso schon im Vergleich mit der Industrie kleinere Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft in den letzten eineinhalb Jahrzehnten noch einmal stark zurückging, ist in den Entwicklungsländern immer noch die übergroße Mehrheit der Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt. Nach wie vor hemmen feudale oder halbfeudale Verhältnisse die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion und des Lebensniveaus der Agrarproduzenten, aber auch ein gesundes Wachstum der Gesamtwirtschaft. Obwohl in den meisten Ländern nach der Gewinnung der politischen Unabhängigkeit Gesetze für eine Agrarreform erlassen wurden, waren diese Reformen oft beschränkt und wurden wenig konsequent durchgeführt. In Indien beseitigte die Agrarreform vor allem die berüchtigten Zwischenpächter oder Zamindars, ließ aber die direkten Großgrundbesitzer weitgehend bestehen. Die Wirksamkeit der Maßnahmen wurde in vielen Ländern unter anderem dadurch herabgesetzt, daß die betroffenen Grundherren lange Zeit im voraus informiert wurden und entsprechende Gegenzüge vorbereiten konnten, um Lücken in der Gesetzgebung auszunutzen bzw. die Reformen unwirksam zu machen.¹ "Hauptsächliche Gründe für das Mißlingen der Verwirklichung sind die bruchstückhafte Natur der Reformen, die lange Zeit, welche zwischen der Bekanntgabe der Absicht und der Inkraftsetzung der Gesetze verstrich, die Rechtskämpfe, die oft erfolgreich von den alten Interessenträgern durchgeföhrt wurden und vor allem, daß die Angelegenheit bloß der Verwaltungsmaschinerie der Regierung überlassen wurde, was sich als ebenso ungenügend wie unzureichend für die Aufgabe einer radikalen sozialökonomischen Reform erwies", erklärte ein indischer Ökonom.² Daher ist die Forderung nach einer wirklich durchgreifenden Agrarreform in den meisten Entwicklungsländern mit feudalen oder halbfeudalen Verhältnissen in der Landwirtschaft immer noch höchst aktuell. Die bisherigen, halbherzigen Reformen haben oft nur dazu geführt, daß sich die ehemaligen feudalen Grundherren in kapitalistische Farmer zu verwandeln beginnen. Sie beschäftigen einen Teil der bisherigen Agrarproduzenten als Landarbeiter auf ihren Feldern und verdrängen die übrigen, die dann teilweise in die Slums der großen, ohnehin überfüllten Städte abwandern. Die indische Zeitschrift *Mainstream* berichtet darüber: "In den Entwicklungsländern gibt es einen schnell wachsenden Teil der Bevölkerung, speziell in den Slum-Gebieten, der aus der Landwirtschaft ausgestoßen wurde und sich in den Städten auf der Suche nach nichtlandwirtschaftlicher Beschäftigung niedergelassen hat. Diese Form überschüssiger Arbeiter ist eine besondere Erscheinung, die in den Annalen des klassischen Kapitalismus in Westeuropa unbekannt ist. Die Soziologen sagen, daß eine Variante dieser Erscheinung im antiken Römischen Reich existiert habe. Fast alle großen Städte in den Entwicklungsländern sind von solchen Elendsgürteln umgeben."³

Man muß sich darüber klar sein, daß eine ernsthafte Agrarreform nicht vonstatten gehen kann, ohne daß gleichzeitig ein starker Druck auf jene reaktionären Elemente im Staatsapparat ausgeübt wird, die bisher wirksame Maßnahmen vereiteln halfen, so daß die agrarischen Produzenten oft resignierten. Über die Vertreibung kleiner Pächter durch die Grundbesitzer berichtet der indische Autor Nair: "Nicht ein einziger Mann im Dorf hatte Vorteile durch die Landreform oder wird solche Vorteile haben. Die Pächter waren so überzeugt, daß selbst wenn sie vor Gericht gehen, der Fall zugunsten des Grundeigentümers entschei-

1 Der Verfasser dieses Beitrages konnte sich davon überzeugen, daß z. B. im Punjab, wie in vielen anderen Gebieten Indiens von den Grundbesitzern der sogenannte "Obstgarten-Trick" zur Umgehung der Agrarreform benutzt wird. Da die Bestimmungen der Reform in vielen Entwicklungsländern Obstgärten oder bewässertes Land von der Reform ausnehmen, pflanzen die Grundherren in größeren Abständen Obstbäume auf die Felder. Auf dem so als "Obstgarten" deklarierten Land wachsen zwischen den Bäumen Getreide und andere Feldfrüchte.

2 Jangir, G. C., *Our Economic Problems*, Delhi 1967, S. 137.

3 *Mainstream*, November 1972.

den würde, daß sie es für klüger hielten, sich mit dem Grundeigentümer zu verständigen. So erhielten sie, was sie von ihm bekommen konnten, und gaben ihre Pachtungen auf.⁴

Off hemmen die reaktionären Elemente die Verwirklichung von Reformen dadurch, daß sie die Eigentumsverhältnisse in den Grundbüchern verschleiern, die, wie die zitierte Zeitschrift mitteilte, "in vielen Staaten ... vielleicht vorsätzlich in einem Zustand äußerster Konfusion" sind.⁵ Selbst die Bebauung fruchtbaren jungfräulichen Bodens wird zugunsten der Grundeigentümerklasse verhindert, da diese an der Knappheit des Bodens interessiert ist. In Malaya existierten zum Beispiel nach Aussage des fortschrittlichen Agrarexperten Jacoby "fast unbegrenzte Reserven von jungfräulichem Boden, der auf Bebauung wartet."⁶

So ist insgesamt Khalatbari unbedingt zuzustimmen, wenn er der Agrarfrage eine derartige Bedeutung beimißt, denn ohne eine echte Agrarreform wird die Landwirtschaft ihrer Rolle bei einer harmonischen wirtschaftlichen Entwicklung nicht gerecht werden können. Insofern sind auch die Ansichten mancher Autoren hinfällig, die einseitig entweder die Bedeutung des landwirtschaftlichen oder des industriellen Sektors herausstellen.⁷

"Die Erfahrungen bezeugen", sagt der sowjetische Ökonom Rymalow, "daß ohne radikale Lösung der Agrarfrage kein einigermaßen befriedigendes Wachstum des Binnenmarktes, keine Erweiterung der inneren Akkumulationsquellen, kein beschleunigtes und stabiles industrielles Wachstum und folglich auch keine nennenswerte Erhöhung des Tempos bei der Schaffung einer unabhängigen nationalen Wirtschaft und bei der Hebung des Lebensstandards der Volksmassen zu erwarten ist. Die Agrarfrage muß heute als sozialökonomisches Schlüsselproblem der wirtschaftlichen Entwicklung dieser Länder angesehen werden."⁸

Die interessanten Darlegungen Khalatbaris über die positiven Konsequenzen einer Agrarreform, die einerseits zu einer Steigerung der Produktion, andererseits auch zu einem höheren Konsum der Agrarproduzenten führt, insgesamt aber auf längere Sicht zu einer Erhöhung des für die Akkumulation verfügbaren Mehrprodukts, lassen sich meiner Ansicht nach noch ergänzen bzw. differenzieren. Es ist denkbar, daß die von Khalatbari erwähnte Differenz zwischen dem "Minimum des Reproduktionsaufwandes" der Agrarproduzenten und dem "notwendigen Produkt", die vor der Agrarreform als ein Bestandteil des "agrarischen Überschusses" von den Ausbeutern angeeignet wird und nach der Reform, wie Khalatbari zeigt, von den Agrarproduzenten verzehrt wird, selbst eine Formwandlung durchmacht. Ein Teil dieser Differenz wird unter den neuen Bedingungen in Form von Lebensmitteln im weitesten Sinne von den Produzenten konsumiert werden. Ein anderer Teil aber wird die Form von Kosten für das Gesundheitswesen und Kosten für die Ausbildung annehmen müssen. Dies ist nicht nur notwendig für die einfache Reproduktion - natürlich erst recht für die erweiterte Reproduktion -, sondern wird auch gleichzeitig einen gewissen zusätzlichen Beitrag zur Lösung des Problems der Überbevölkerung bilden, da in diesen Bereichen der sogenannten Infrastruktur eine Anzahl Menschen Beschäftigung finden wird. Man könnte einwenden, daß die genannten Ausgaben nicht einen Teil des "notwendigen Produktes" bilden, sondern aus dem "Mehrprodukt" bestritten werden müssen. Dies kann meiner Meinung nach aber nur für den Teil der genannten Kosten zutreffen, der zur erweiterten Reproduktion der Arbeitskraft benötigt wird, nicht jedoch für den Teil, der zu ihrer einfachen Wiederherstellung erforderlich ist. So sind die Kosten für die Gesunderhaltung der Agrarproduzenten als Teil des notwendigen Produktes aufzufassen, da sie der Erhaltung bzw. Wiederherstellung

4 Kusum Nair, Blossoms in the Dust, London 1961, S. 64.

5 Mainstream, a. a. O.

6 Jacoby, Erich H., Agrarian Unrest in Southeast Asia, London 1949, S. 114.

7 Livingstone, I., Agriculture versus Industry in Economic Development, in: Economic Policy for Development, hg. v. I. Livingstone, Harmondsworth 1971, S. 235 f.

8 Rymalow, W. W., Tendenzen und Probleme des Wirtschaftswachstums in den Entwicklungsländern, in: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Nr. 2/1968, S. 133.

der Arbeitskraft dienen, auch dann, wenn sie nicht individuell, sondern "gesellschaftlich" konsumiert werden, als Polikliniken, Krankenhäuser, für medizinische Aufklärungskampagnen usw. Zwar war, worauf Khalatbari hinwies, die Kolonialherrschaft in den schwachentwickelten Ländern mit einigen Maßnahmen auf dem Gebiet des Gesundheitswesens verbunden, jedoch waren diese Errungenschaften minimal. Nach der Gewinnung der Unabhängigkeit haben viele Länder erhebliche Anstrengungen auf diesem Gebiet gemacht und viele epidemische Krankheiten faktisch beseitigt oder stark eingeschränkt. Aber die Kluft zwischen der medizinischen Versorgung der Stadt und derjenigen auf dem flachen Lande ist noch immer enorm. In Thailand zum Beispiel betrug die Versorgung der Bevölkerung mit Krankenhausbetten pro 100 000 Köpfe in Bangkok 190 Betten, während sie sich in schlecht versorgten Gebieten auf 0,1 Bett beläuft.⁹ Noch immer bedürfen viele massenhaft verbreitete Krankheiten, welche die Arbeitsfähigkeit der Landbevölkerung stark beeinträchtigen – ganz abgesehen von der Herabsetzung des allgemeinen Lebensgefühls –, in allen Entwicklungsländern einer energischen Bekämpfung, die aber außer unter dem Mangel an medizinischem Personal vor allem an den fehlenden Aufwendungen dafür leidet. Verglichen mit den entwickelten Industrieländern sind die materiellen Bereitstellungen dafür in den Entwicklungsländern niedrig. Ein Vergleich ergibt, daß Mitte der fünfziger Jahre in Schweden pro Kopf der Bevölkerung die öffentlichen Gesundheitsausgaben das 95fache derjenigen in Thailand betragen, das 63fache derjenigen in Südvietnam und ebenfalls das 63fache derjenigen auf den Philippinen.¹⁰

Eine Agrarreform würde auch für die Verbesserung der medizinischen Betreuung der Landbevölkerung Mittel freisetzen.

Daß die Freisetzung von Mitteln und ihr gezielter Einsatz auf dem Gebiete des Bildungswesens ebenfalls erhebliche positive Wirkungen auf die agrarische Produktivität haben wird, braucht wohl nicht besonders bewiesen zu werden. Tatsächlich muß eine realistische Strategie der Überwindung ökonomischer Rückständigkeit großes Gewicht darauf legen, daß der persönliche Konsum der Produzenten zwar über das bisherige niedrige Niveau steigt, welches nicht einmal die volle menschliche Arbeitsleistung ermöglicht, aber sie darf diesen Konsum nicht dem Selbstlauf überlassen. Einen wesentlichen Teil wird sie für Bildungs- bzw. Ausbildungszwecke zu disponieren haben. Dies ist nicht nur eine wichtige, sondern von Fachleuten als vordringlich erachtete Aufgabe.¹¹ Gerade auf dem Lande ist zum Beispiel die Rate des Analphabetismus noch sehr hoch.

Jeder Schritt zur Verbesserung der diesbezüglichen Situation auf dem Dorfe wird natürlich desto wirksamer sein, je mehr es gelingt, mit der Überwindung des Feudalismus auch die Zersplitterung der Produktionsmittel zu überwinden und sie unter Vermeidung des kapitalistischen Weges in den Händen des Volkes zu konzentrieren. Deswegen führt auch unter diesen Gesichtspunkten der von Khalatbari vorgeschlagene kombinierte Weg in der Landwirtschaft unter den konkreten Bedingungen zur schnellstmöglichen Steigerung der Produktivität.

9 A Public Development Programme for Thailand, hg. v. International Bank for Reconstruction and Development, Baltimore 1959, S. 155.

10 Vgl. Myrdal, Gunnar, Asian Drama. An Inquiry into the Poverty of Nations, London 1968, Bd. 3, S. 1578.

11 "Bildungsentwicklung muß in der zeitlichen Rangfolge vor der Entwicklung in allen anderen Sektoren stehen. Dies ist eine einfache Notwendigkeit, die aus der Zeitspanne der Ausbildung erwächst, das heißt aus der Zeit, die für die Ausbildung gelernter Kräfte auf den verschiedenen Ebenen der Bildung und Ausbildung benötigt wird. Tatsächlich spricht sehr viel dafür, der Zuwendung von Mitteln für die Bildung bei der Disponierung der Aufwendungen höchste Priorität zu geben." (Shamsul Huq, Muhammad, Education and Development Strategy in South and Southeast Asia, Kingsport 1965, S. 111.)

Die zweite hier zu diskutierende Problematik betrifft die "ausländischen Sektoren" in der Ökonomik der Entwicklungsländer. Khalatbari faßt mit dieser Bezeichnung diejenigen Teile der Wirtschaft dieser Länder, die vom fremden Monopolkapital direkt beherrscht werden und meist als Rohstofflieferanten für die Metropolen fungieren. Er sagt: "Der große Umfang, das hohe Wachstumstempo und die Hypertrophie dieser Sektoren sind nur durch ihre Orientierung auf den Rohstoffbedarf der hochentwickelten Länder und ihre Zugehörigkeit zum Reproduktionsprozeß der Metropolen zu erklären."¹² Hier wird meines Erachtens auf einen sehr wichtigen Aspekt der Problematik dieser Teile der Wirtschaft der Entwicklungsländer aufmerksam gemacht. Wenn Hess die Berechtigung der Verwendung des Begriffs "ausländische Sektoren" bezweifelt und unter anderem darauf hinweist, daß diese Sektoren ja einheimische Arbeitskräfte beschäftigen, die einheimische Konsumtionsmittel verbrauchen, daß sich auf der Basis dieses Sektors einheimische Zulieferindustrien entwickeln usw., so ist dieser Einspruch wohl dadurch herausgefordert, daß Khalatbari den an sich richtig erkannten Aspekt etwas zu sehr verabsolutiert hat. Nun wird ja niemand bezweifeln wollen, daß die betreffenden Sektoren - es handelt sich zudem vorwiegend um extraktive Industrien, welche die Naturreichtümer der Entwicklungsländer ausbeuten - im geographischen Sinne "inländisch" sind. Kapitalmäßig und strukturell gehören sie aber doch tatsächlich weit mehr zur Wirtschaft der Stammsitze der beteiligten Unternehmen und sind weitgehend Bestandteil ihres Reproduktionsprozesses - wenn auch nicht ganz so absolut, wie das aus dem etwas vereinfachenden Schema von Khalatbari hervorzugehen scheint. Was die Frage der von Hess erwähnten "inländischen" Arbeitskräfte in diesen Sektoren angeht, so ist auch dies nicht ohne Vorbehalt zu sehen. Vielfach nämlich werden die höher entlohten Funktionen, die Stellen der Leiter, Techniker und ähnliche Posten von Ausländern besetzt und die einheimischen Arbeitskräfte bewußt nur auf den schlecht bezahlten, oft von ungelerten Arbeitskräften auszufüllenden Plätzen eingesetzt. Meist sind ihre Löhne weit niedriger als die entsprechender Arbeitskräfte in den imperialistischen Staaten, und der Ausbeutungsgrad ist sehr hoch. Auch die Sekundärwirkungen der "ausländischen Sektoren" auf die Entwicklung einer einheimischen Industrie sind teilweise von zweifelhaftem Wert und bestehen nicht selten darin, daß die Deformation weitertransportiert wird. Teils kommt es zu industriellen Ballungen in den "Industrie-Oasen", wodurch die Ungleichmäßigkeit der Gesamtentwicklung der Wirtschaft verstärkt wird, teils werden zum Beispiel die Verkehrseinrichtungen einseitig nach den Bedürfnissen der ausländischen Sektoren bzw. der sogenannten Metropolen ausgerichtet. So findet man häufig, daß zum Beispiel die Eisenbahnen nur von der Küste bzw. dem Hafen zu den Plätzen der extraktiven Industrien führen, alle anderen Verkehrsbedürfnisse des Landes aber vernachlässigt sind. Gerade daher ist ja die Schaffung einer funktionstüchtigen Infrastruktur, eines Verkehrsnetzes, das den Bedürfnissen der Entwicklung eines inneren Marktes gerecht wird, usw. eine so wichtige Aufgabe in vielen Entwicklungsländern. Auf jeden Fall scheint mir, daß etwa die Kupferproduktionsstätten der Union Minière in Katanga, die vom US-Kapital betriebenen Erdölbohrtürme in Venezuela, die von britischen Monopolen kontrollierte Zinnförderung in Malaysia tatsächlich weitaus mehr dem Reproduktionsprozeß der imperialistischen Länder zuzuordnen sind als dem einheimischen. Sicher ist dies bei näherer Betrachtung nicht ohne Komplikationen, denn das Kupfer aus Katanga geht zum geringsten Teil nach Belgien, und das malayische Zinn, obwohl vorwiegend von britischem Kapital angeeignet, wird vor allem nach den USA exportiert. Das bedeutet: Nicht immer geht das in dem von ausländischem Kapital beherrschten Sektor geförderte Produkt auch stofflich in den Reproduktionsprozeß derjenigen Metropole ein, die den Sektor kapitalmäßig kontrolliert. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß dieser Sektor nicht zum Reproduktionsprozeß des betreffenden Entwicklungslandes gehört. Mindestens ist also mit der Bezeichnung "ausländischer Sektor" eine wesentliche Seite erfaßt. Der amerikanische Ökonom Singer wies darauf hin, wenn er meinte: "Könnte es nicht sein, daß in vielen Fällen die Produktionseinrichtungen für den Export aus unterentwickelten Ländern, welche so weitgehend ein Ergebnis ausländischer Investitionen sind,

12 Khalatbari, Parviz, a. a. O., S. 61 f.

niemals ein Teil der inneren ökonomischen Struktur jener unterentwickelten Länder selbst wurden, ausgenommen in rein geographischem und physischem Sinne? Ökonomisch gesprochen, waren sie tatsächlich ein Außenposten der Wirtschaften der entwickelten investierenden Länder. Die hauptsächlichlichen sekundären Multiplikatoreffekte, welche die Lehrbücher uns von Investitionen zu erwarten lehren, fanden nicht statt, wo die Investition physisch oder geographisch vorgenommen wurde, sondern (bis zu dem Grade, daß die Ergebnisse dieser Investitionen direkt nach Hause zurückkamen) wo die Investitionen herkamen. Ich würde vorschlagen, daß, wenn der genaue ökonomische Prüfstein der Investition der Multiplikatoreffekt in Form von kumulativen Zusätzen zu Einkommen, Beschäftigung, Kapital, technischem Wissen und dem Wachstum der Außenwirtschaft ist, dann ein guter Teil der Investitionen in unterentwickelten Ländern, welche wir als 'ausländisch' zu betrachten gewohnt sind, tatsächlich als einheimische Investition der Industrieländer betrachtet werden sollte."¹³

Natürlich bedeutet eine derartige Charakterisierung nicht, daß dieser Wirtschaftssektor unter allen Umständen als Teil einer fremden Wirtschaft aufzufassen ist. Khalatbari beschreibt ja eine in gewisser Hinsicht schon historische Situation; die Lage in den ehemaligen Kolonien in der Ausgangssituation der Gewinnung der politischen Selbständigkeit. In vielen Ländern ist dieser Sektor inzwischen ganz oder teilweise verstaatlicht worden, oder das ausländische Monopolkapital ist doch gezwungen gewesen, der einheimischen Bourgeoisie Zugeständnisse in Form von Beteiligungen zu machen. Staatliche Beteiligungen der Entwicklungsländer oder private Beteiligungen des einheimischen sich entwickelnden Kapitals, sofern sie über minimale oder formale Beteiligungen hinausgehen, oder doch gewisse Beschränkungen hinsichtlich des Profittransfers in die imperialistischen Staaten sind Faktoren, die auch den "ausländischen" Charakter dieses Sektors modifizieren können. Das heißt, in dem Grade, in dem es einheimischen Kräften gelingt, diesen Sektor für die Akkumulation des betreffenden Landes selbst nutzbar zu machen, muß die Kennzeichnung dieses Sektors als "ausländisch" an Berechtigung verlieren - auch dann, wenn seine Erzeugnisse nach wie vor exportiert werden. Im Gegenteil, unter diesen Bedingungen kann der hypertrophe Sektor sogar zu einer wichtigen, vielleicht zeitweilig der wichtigsten Quelle der Beschaffung von Akkumulationsmitteln werden.¹⁴

Und es ist nicht ausgeschlossen, daß die "Hypertrophie" dieses Sektors nach der Verstaatlichung zunächst noch verstärkt wird, um eine günstige Weltmarktsituation so weit wie möglich auszunutzen. Die Ölexporte einiger arabischer Staaten oder das sambische Kupfer sind gute Beispiele dafür. Daß die Monopole die Umwandlung des "ausländischen Sektors" in eine Akkumulationsquelle für die innere Entwicklung nicht einfach hinnehmen, ist bekannt und wird in jüngster Zeit erst wieder durch den blutigen Militärputsch in Chile grell beleuchtet. Daß eine wirksame Bereinigung des Problems der "ausländischen Sektoren" nur möglich ist, wenn das jeweilige Land eine konsequent antimperialistische Politik verfolgt und einen nicht-kapitalistischen Weg der wirtschaftlichen Entwicklung geht, liegt in der Natur der Sache. Aber solange eben bestimmte Sektoren der Wirtschaft in ausländischen Händen liegen, der daraus stammende Profit ins Ausland fließt und die dort gewonnenen Produkte zur Versorgung der Monopole der Metropolen mit Rohstoffen dienen, ist es tatsächlich eine treffende Kennzeichnung der Situation, wenn diese Sektoren als "ausländisch" bezeichnet werden - natürlich mit den erforderlichen "mental reservations".

Die hier aufgrund einiger Überlegungen anlässlich der Arbeit von Khalatbari zustandegekommene Diskussion zeigt jedenfalls eindringlich, wie wichtig und zugleich anregend dieses Buch ist. Man kann nur wünschen, daß die Leistung des Verfassers durch möglichst große Verbreitung des Werkes optimal genutzt wird.

¹³ Singer, Hans Wolfgang, International Development, Growth and Change, New York 1964, S. 162.

¹⁴ Besonders, wenn man berücksichtigt, daß die Landwirtschaft auch nach Beseitigung der halbfeudalen Verhältnisse eine gewisse Zeit benötigt, um in ihre Rolle als Akkumulationsquelle hineinzuwachsen.

BLÜHENDER HANDEL UND BLÜHENDES HANDWERK IN DER VORMONGOLISCHEN RUß

Kritische Einwände zu Bemerkungen von Siegfried Epperlein,
Zur Geschichte der mittelalterlichen Stadt in West- und Osteuropa

von Bruno Widera

Kollege Epperlein hat vom Standpunkt der vergleichenden Geschichtsforschung¹ zu meinen Darlegungen über das Städtewesen in der alten Ruß² im Zeitraum bis zum Mongoleneinfall Stellung genommen. Dabei gelangt er in einigen entscheidenden Fragen zu Urteilen, die nicht unwidersprochen hingenommen werden können. So schreibt er: "Auffällig ist jedoch, daß im Gegensatz zu Westeuropa offenbar die meisten russischen Städte bis ins 13. Jahrhundert - und in noch stärkerem Maße in der Zeit des Tatarenjoches - viel stärker in das Herrschaftssystem der Feudalgesellschaft integriert waren. Diese Städte waren oft zugleich militärische Befestigung, Herrnsitz und kirchlicher Mittelpunkt, während Handel und Gewerbe zunächst noch eine untergeordnete Rolle spielten."³ Dazu ist folgendes zu sagen: Man kann aufgrund der Tatsache, daß das altrussische Städtewesen seitens der vorrevolutionären russischen und der sowjetischen Geschichtsforschung immer noch ungenügend erforscht ist, zu der Auffassung gelangen, daß das Städtewesen in der Ruß - gemessen an Westeuropa - und zum Teil auch Byzanz - rückständig war. Aber es läßt sich daraus nicht die Folgerung ableiten, daß in den altrussischen Städten, wie groß oder klein sie auch immer gewesen sein mögen, Handel und Gewerbe "eine untergeordnete Rolle spielten". Gerade auf diesem Gebiet hat die sowjetische - historische und archäologische - Forschung geradezu erdrückende Nachweise für Existenz und Aktivität von Handel und Handwerk erbracht. Schon Rybakov hat in seinem bereits 1948 erschienenen, aber noch heute volle Gültigkeit besitzenden Werk über das altrussische Handwerk⁴ mit ungemein viel Material die händlerische und handwerkliche sowie sonstige gewerbliche Tätigkeit in den altrussischen Städten überaus eindrucksvoll veranschaulicht. Es ist immer wieder zu bedauern, daß das Vorhaben - besonders Akademiemitglied Heinz Otto hat sich hier sehr bemüht -, dieses Buch ins Deutsche zu übersetzen, nicht zur Ausführung kam. Es kann hier aus Zeit- und Raumgründen nicht die umfangreiche sowjetische archäologische Literatur angeführt werden, die seitdem erschienen ist und die gerade die Entfaltung beider Wirtschaftszweige, des Handels und des Handwerks, in den altrussischen Städten eindrucksvoll dokumentiert. Ljapuškina⁵ konnte sogar nachweisen, daß Handwerk und Handel auch schon in jenen stadtähnlichen Siedlungen, die vor Entstehung des Kiever Reiches bestanden, durchaus keine "untergeordnete Rolle spielten".

1 Epperlein, Siegfried, Zur Geschichte der mittelalterlichen Stadt in West- und Osteuropa, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1973, T. 2, S. 223 - 230. - Seitenangaben im Text beziehen sich auf diesen Beitrag.

2 Widera, Bruno, Das Städtewesen in der vormongolischen Ruß, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1973, T. 1, S. 113 - 131.

3 Epperlein, Siegfried, a. a. O., S. 227.

4 Rybakov, B. A., Remeslo drevnej Rusi, Moskau 1948.

5 Ljapuškina, I. I., Vostočnye slavjane nakanune drevnerusskogo gosudarstva, Moskau 1968.

Die Werkzeuge und Arbeitsgeräte waren in der vormongolischen Ruß so hoch entwickelt, daß von daher das Handwerk schon eine weitgehend technische Entwicklung angenommen hat. Besonders zu beachten ist die Entwicklung der eisernen Werkzeuge und Arbeitsgeräte.⁶ Die archäologischen Forschungen vermögen den Nachweis zu liefern, daß in den altrussischen kleinen Städten etwa dreißig, in den größeren sechzig und mehr Handwerke ausgebildet waren. Das ist der gleiche Stand, wie ihn die mittel-, westeuropäischen und byzantinischen Städte erreicht hatten. Die sowjetische Mediävistik - Geschichtswissenschaft und Archäologie - konnte nachweisen, daß die vormongolische Ruß keineswegs in der Entwicklung der Handwerke gegenüber Mittel- und Westeuropa sowie Byzanz im Rückstand war.

Ein besonders wichtiger Handwerkszweig der vormongolischen Ruß war die Herstellung von Spinnwirteln aus rosarotem Schiefer, der in der Umgebung von Ovruč etwas nordwestlich von Kiew vorkam. Mit Hilfe dieses Wirtels konnte ein fester Kettfaden gesponnen werden, so daß sich dieser Wirtel nicht nur in der Ruß, sondern auch in ganz Europa vom Ural bis in den Raum zwischen Oder und Elbe, von Südschweden bis an den Unterlauf der Donau (Bulgarien und Rumänien) von Jahrhundert zu Jahrhundert einer zunehmenden Nachfrage erfreute. Bei archäologischen Grabungen wurden bisher viele Tausende gefunden.

Die Geschichte dieses Produktionszweiges ist bisher noch nicht geschrieben, obwohl die Publikationen, die die Funde registrieren und bekannt geben, so zahlreich sind, daß sie sich nur mit großer Mühe bibliographisch erfassen lassen. Hier in Ovruč mußte ein organisatorisches und administratives Zentrum der Herstellung bestanden haben. Die Untersuchung von Herstellung und Vertrieb des rosaroten Schieferwirtels von Ovruč wäre ein dankbares Forschungsvorhaben, das nicht nur einen originellen Produktionszweig Osteuropas erhellen, sondern auch die sehr wenig bekannte Frühgeschichte der Stadt Ovruč im Derevljanenland aufzeigen könnte. Schließlich läßt sich an dem rosaroten schiefernen Spinnwirtel von Ovruč der kausale Zusammenhang zwischen Handwerk und Handel der Ruß veranschaulichen.

Für die Aktivität des Handels, besonders des Fernhandels, in der Ruß sind folgende Faktoren in Betracht zu ziehen; 1. die unmittelbare Nachbarschaft der Ruß zu den asiatischen Seiden- und Gewürzländern⁷, die die Ruß geradezu zum Transithandel prädestinierten; 2. die Massenfunde west- und mitteleuropäischer, besonders deutscher Münzen in der Ruß.⁸ Die deutschen Otto-Adelheid-Pfennige sind - vorwiegend aus dem Silber vom Rammelsberg in Goslar - für den Außenhandel mit den slawischen Ländern, in Sonderheit mit der Ruß, geprägt worden.⁹ 3. Die Prägung von Denaren mit kyrillischer Legende durch den Polenherzog und späteren Polenkönig Bolesław Chrobry.¹⁰ Gerade vermittels dieser Münzen sollte der Handel zwischen Polen und der Ruß aktiviert werden. Das altrussische Äquivalent für diese Silbermünzen waren kostbare Hermelin- und Zobelfelle. Dank dieser Pelzeinfuhr entfaltete sich - von Jahrzehnt zu Jahrzehnt spürbarer - das Kürschnerhandwerk in Deutsch-

6 Kolčín, B. A., Černaja metallurgija i metalloobrabotka drevnej Rusi, Moskau 1953.

7 Fechner, M. V., Nekotorye svedenija archeologii po istorii russko-vostocnych svjazej do serediny XIII v., in: Meždunarodnye svjazi Rusi do XVII veka, Moskau 1961, S. 46 - 54; Limonov, Ju. A., Iz istorii vostočnoj trgovli Vladimiro-Suzdal'skogo knjažestva, in: ebenda, S. 55 - 64.

8 Potin, V. M., Drevnjaja Ruß i evropejskie gosudarstva v X - XIII vv., Leningrad 1968.

9 Widera, Bruno, Die Geschichte der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ruß und Deutschland vom 10. Jahrhundert bis zum Mongoleneinfall, phil. Habil.-Schr. Berlin 1965, T. 2.

10 Kiersnowski, Ryszard, Pieniądz kruszczowy w Polsce średniowiecznej (Metallgeld im mittelalterlichen Polen), Warschau 1960; derselbe, O tak zwanych ruskich monetach Bolesława Chrobrego (Über die sogenannten Ruß-Münzen von Bolesław Chrobry), in: Studia Historica, Warschau 1958, S. 98, 103.

land.¹¹ In die deutsche Sprache wanderte bereits im frühen und hohen Mittelalter das russische Wort Zobel ein.¹²

Diese Aktivität des Handels und des Handwerks in der Ruß mußte zu gesellschaftlicher Bedeutung der Handwerker und Kaufleute geführt haben. Über die Organisationsformen beider Professionen liegen keine detaillierten sowjetischen Untersuchungen vor, die einen publizistischen Niederschlag gefunden haben. Trotzdem kann von einer Unterentwicklung des Organisationswesens der Handwerker und Kaufleute in der Ruß keine Rede sein. Genausowenig läßt sich die "enge Verflechtung der Interessen der Kaufleute und Handwerker" in der von Epperlein praktizierten Weise (S. 229) in Frage stellen. Es sei in diesem Zusammenhang besonders auf die Arbeiten von Tichomirov¹³ und Janin¹⁴ verwiesen.

Epperlein überschätzt aber auch die Feudalgebundenheit der altrussischen Städte, wenn er schreibt: "Auffällig ist jedoch, daß im Gegensatz zu Westeuropa offenbar die meisten russischen Städte bis ins 13. Jahrhundert ... viel stärker in das Herrschaftssystem der Feudalgesellschaft integriert waren (S. 227)." Über das Verhältnis der altrussischen Städte zur Feudalgesellschaft dürfte erst dann ein verbindliches Urteil möglich sein, wenn die Verfassung der altrussischen Stadt gründlich erforscht worden ist. Die bisher vorgelegten Forschungsergebnisse zu Novgorod (Arcichovskij¹⁵ und Janin¹⁶) lassen jedoch schon jetzt aufhorchen. Auf die aufschlußreichen Darlegungen von Pašuto¹⁷ und Ščapov¹⁸ über die Verträge (rjady), die Städte und einzelne Berufsgruppen mit den Fürsten schlossen, kann nicht nachdrücklich genug verwiesen werden. In diesen Verträgen wird sichtbar, wie sich die Bindungen der Städte an die Feudalordnung lockern und lösen. Die Fürsten müssen der einheimischen und eingewanderten städtischen Bevölkerung weitgehende Zugeständnisse machen. Es mögen hier nur folgende zwei Beispiele angeführt werden: 1. Fürst Jaroslav muß als Statthalter des Kiever Fürsten in Novgorod der Bevölkerung der Stadt die Rechtsordnung der Russkaja Pravda zugestehen. 2. In seiner Stellung als Großfürst der Ruß muß Jaroslav der Weise den Bauarbeitern der Kiever Kathedrale Geldlohn zahlen, um sie zur Wiederaufnahme der von ihnen eingestellten Bauarbeiten an der Kathedrale zu bewegen.

Schließlich muß bei der Beurteilung des Entwicklungsstandes des Handwerks in Betracht gezogen werden, daß die handwerkliche Erzeugung immer mehr von der bloßen Auftragsarbeit zur Produktion für den Markt übergeht. Im Zuge dieser Entwicklung verändert sich nicht nur das soziale Gefüge der Stadt, sondern auch ihr juristischer Status. Zu dieser Frage haben wir von der sowjetischen StädtEForschung noch vieles zu erwarten. Man muß eben die Vielfaltigkeit des sozialökonomischen Gefüges (social'no-ëkonomičeskij uklad) der Stadt ins Auge fassen, um sich ein Bild über die Veränderungen und Wandlungen zu machen, die sich in der Feudalordnung vollziehen und somit die gesellschaftliche und rechtliche Stellung der Stadt prägen.

11 Widera, Bruno, Die Geschichte der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen... , a. a. O.

12 Opel'baum, E. V., Vostočno-slavjanskije leksičeskie èlementy v nemeckom jazyke, Kiev 1971.

13 Tichomirov, M. N., Krest'janskije i gorodskie vosstanija na Rusi XI - XIII v., Moskau 1955.

14 Janin, V. L., Novgorodskie posadniki, Moskau 1962.

15 Arcichovskij, A. V., Archeologičeskoe izučenie Novgoroda, in: Trudy Novgorodskoj archeologičeskoj èkspedicii, Bd. 1, Moskau 1956, S. 7 - 44.

16 Janin, V. A., a. a. O.; derselbe, Aktovyje pečati Drevnej Rusi X - XV vv., 2 Bde., Moskau 1970.

17 Pašuto, V. T., Rjad, in: Drevnerusskoe gosudarstvo i ego meždunarodnoe značenie, Moskau 1965, S. 34 - 51.

18 Ščapov, Ja. N., Po istorii gorodskogo upravlenija v Drevnej Rusi, in: Goroda feodal'noj Rossii, Moskau 1966, S. 99 - 104.

Nicht zuletzt sollte die Flucht der abhängigen Land- und Dorfbewölkerung - Bauern und Handwerker - vom Dorf und deren Niederlassung in der Stadt genügend in Betracht gezogen werden. Die Kolonisation eröffnet hierzu ebenfalls einige beachtliche Aufschlüsse. Eine Atmosphäre der "freien Stadtluft" läßt sich auch für die alte Ruß ansetzen. Der Grundsatz "Stadtluft macht frei" galt ebenfalls für die Ruß.

Für die Lösung der Städte aus der feudalen Abhängigkeit sind ferner die Aufstände und Aufruhre in den Städten charakteristisch. Auch diese müssen eingehend studiert werden, wenn man sich ein sicheres Urteil über den sozialen, politischen und rechtlichen Status der altrussischen Stadt bilden will.

Diese Entgegnung verfolgt nicht die Absicht, den Wert der vergleichenden Geschichtsforschung und Geschichtsschreibung im Hinblick auf das Städtewesen in der Klever Ruß herabzumindern oder gar in Frage zu stellen. Es sind aber hierzu eingehendere Studien erforderlich, um eine gesichertere Grundlage dafür zu erzielen. In jedem Falle ist der Vergleichsforschung Zurückhaltung in der Aussage und im Urteil anzuraten, da sie zum gegenwärtigen Zeitpunkt kaum über eine gleichgewichtige Kenntnis beider Seiten verfügt. Was die Ruß betrifft, so ist die Forschung hierüber im Flusse. Das gilt besonders für das altrussische Städtewesen.

ZUR ERFORSCHUNG DER STADT IN DER KIEVER RUß

von Siegfried Epperlein

Im Anschluß an die interessanten Ausführungen von Kollegen Widera erlaube ich mir, auf folgende Gesichtspunkte hinzuweisen: Da Umfang und Qualität der wissenschaftlichen Beschäftigung mit der mittelalterlichen osteuropäischen Geschichte in der DDR ganz allgemein unzureichend sind, regte ich seinerzeit bei der Redaktion des Jahrbuches für Wirtschaftsgeschichte an, einen Beitrag zu einem wichtigen Thema aus diesem Bereich zu bringen. Der Artikel zur Stadtgeschichte von Kollegen Widera, der in der DDR - nahezu allein auf weiter Flur - bereits mehrere Publikationen zur mittelalterlichen russischen Geschichte vorgelegt hat, und meine Bemerkungen über die Stellung der mittelalterlichen Stadt in der Feudalgesellschaft West- und Osteuropas sollten ein erster Anfang in dieser Richtung sein. Mein wesentliches Anliegen bestand dabei darin, den von mir nach wie vor vertretenen Standpunkt zu verdeutlichen, daß beim gegenwärtigen Forschungsstand und angesichts der sich im internationalen Maßstab abzeichnenden Forschungsrichtung weiterführende Erkenntnisse über die Entwicklung und das Wesen städtischen Lebens in West- und Osteuropa im Mittelalter vor allem durch gründliche und umfassende Untersuchungen auf vergleichender Grundlage erzielt werden können.

Dabei scheint es mir notwendig zu sein, die Entwicklung der Stadt als eines bedeutenden Faktors der mittelalterlichen Geschichte von vornherein im Zusammenhang mit anderen wichtigen Systemelementen der Feudalordnung zu untersuchen, also gleichzeitig Forschungen über die Grundherrschaft, das Lehnswesen, die Kirche und anderes in Angriff zu nehmen, um ein Gesamtbild der feudalen Gesellschaftsformation in der Ruß zu gewinnen. Selbstverständlich kann dies nur unter eingehender Berücksichtigung und Verwertung der inhaltsreichen und erkenntnisfördernden Arbeit geschehen, die die vorrevolutionäre russische Forschung und insbesondere die sowjetische Mediävistik zu dem gesamten Problemkomplex seit geraumer Zeit vorgelegt haben. Dabei wird es künftig noch stärker darauf ankommen, die historische Bedeutung der altrussischen Stadt nicht isoliert zu werten, zum Beispiel ausschließlich auf der Grundlage bestimmter produktionstechnischer Stufen. Es handelt sich vielmehr doch vor allem darum, die altrussische Stadt in ihrer gesamtgesellschaftlichen Bezogenheit, in ihrem Systemcharakter zu erfassen, das heißt, Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse in ihrer Wechselwirkung zu beleuchten. Erst bei einer solchen Untersuchungsführung wird meines Erachtens über Einzelfragen, wie etwa die Bedeutung des Handels und des Handwerks, ein ausgewogenes Urteil möglich sein und die Stellung der Stadt in der Kiever Ruß deutlicher hervortreten. Es kann daher in erster Linie nicht darum gehen, von "Blüte" oder "Rückständigkeit" auf diesem oder jenem Sektor der gesellschaftlichen Entwicklung in der Ruß zu sprechen. Entscheidend muß meines Erachtens sein, aus der Analyse des konkreten Geschichtsablaufes zu einer umfassenden Erforschung der objektiven Sachverhalte vorzustoßen, die allein Grundlage für weitergehende Schlußfolgerungen sein können.

Literaturkritik

MANAGER DES STAATSMONOPOLISTISCHEN KAPITALISMUS

Bürgerliche Literatur über faschistische Minister und Militärs in der Kriegswirtschaft
1939 bis 1945

Alan S. Milward, Die deutsche Kriegswirtschaft 1939 - 1945 = Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Nr. 12

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1966, 183 Seiten

Georg Thomas, Geschichte der deutschen Wehr- und Rüstungswirtschaft (1918 - 1943/45),
hg. von Wolfgang Birkenfeld = Schriften des Bundesarchivs, Nr. 14

Harald Boldt Verlag, Boppard 1966, 552 Seiten, Preis: 38,- DM

Gregor Janssen, Das Ministerium Speer. Deutschlands Rüstung im Krieg

Verlag Ullstein, Westberlin/Frankfurt (Main)/Wien 1968, 446 Seiten,
Preis: 28,50 DM

Berenice A. Carroll, Design for Total War. Arms and Economics in the Third Reich =
Studies in European History, Bd. 17

Mouton, Den Haag/Paris 1968, 311 Seiten

Albert Speer, Erinnerungen

Propyläen Verlag, Westberlin 1969 (9. Aufl. 1971), 610 Seiten, Preis: 36,- DM

David Irving, Die Tragödie der Deutschen Luftwaffe. Aus den Akten und Erinnerungen von
Feldmarschall Milch

Verlag Ullstein, Frankfurt (Main)/Westberlin/Wien 1970 (2. Aufl. 1970), 487 Sei-
ten, Preis: 28,- DM

von Dietrich Eichholtz

Die zu besprechenden Bücher stellen Beiträge zur Wirtschaftsgeschichte des faschistischen
Deutschlands, insbesondere zur Geschichte der Kriegswirtschaft von 1939 bis 1945 dar und
stehen repräsentativ für eine ganze Reihe weiterer Publikationen.¹ Die auflagestarken Me-

1 So Birkenfeld, Wolfgang, Der synthetische Treibstoff 1933 - 1945. Ein Beitrag zur na-
tionalsozialistischen Wirtschafts- und Rüstungspolitik, Göttingen 1964 (s. hierüber Eich-
holtz, Dietrich, Alte und "neue" Konzeptionen, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte
1971, T. 3, S. 234 ff.); Homze, Edward L., Foreign Labor in Nazi Germany, Prince-
ton 1967; Pfahmann, Hans, Fremdarbeiter und Kriegsgefangene in der deutschen Kriegs-

moiren Albert Speers und der reißerisch aufgemachte Titel Irvings sind freilich sowohl nach ihrer Quellengrundlage als auch nach Anlage, Form und Aufmachung mit den aus Dissertationen hervorgegangenen Arbeiten Carrolls und Janssens oder mit der Quellenedition Birkenfelds nicht vergleichbar. Im Verlauf von nur sechs Jahren² erschienen, verbindet sie aber nicht nur in der Thematik, sondern auch in ihrer Zielsetzung vieles, und selbst die Verschiedenheit der Genres und der Auflagen gibt Aufschluß über eine in der Vielfalt einheitliche Linie des Vorgehens der bürgerlichen Geschichtsschreibung und -publizistik. Sehr bemerkenswert ist die Tatsache, daß allein drei der besprochenen Bücher, darunter die für das breiteste Publikum bestimmten und entsprechend aufgemachten Memoirenwerke, aus ein und demselben Verlags-Großkonzern (Ullstein) stammen.³ Zusammen mit "seriöseren" Publikationen umfangreicher Quellen faschistischer Provenienz wie denjenigen von Birkenfeld und Boelcke⁴ beherrschen sie in ihrer Thematik seit Jahren weitgehend den Büchermarkt in der BRD und anderen kapitalistischen Ländern.

Alle diese Arbeiten behandeln die Tätigkeit führender Repräsentanten des faschistischen Staates in der Rüstungs- und Kriegswirtschaft, namentlich von Georg Thomas (Birkenfeld, Carroll), Fritz Todt (Milward, Carroll), Albert Speer (Milward, Janssen, Speer) und Erhard Milch (Irving). Hieran ließe sich trefflich die Anatomie der Kriegswirtschaft des deutschen Imperialismus und der Gesamtcharakter des faschistischen Regimes und staatsmonopolistischen Herrschaftsapparats in Deutschland demonstrieren. Alle hier besprochenen Autoren setzen aber ihren Lesern und sich selbst von vornherein eine wirksame Erkenntnis-schranke durch die subjektivistisch-personalistische Behandlung ihres Stoffes. Geflissentlich schreiben sie den Todt, Speer, Thomas und Milch den anfänglichen deutschen Rüstungsvorsprung und die zeitweiligen kriegswirtschaftlichen und technischen Erfolge während des Krieges als positive Leistungen zu und verherrlichen - mit Ausnahme von Carroll, die einen distanzierteren Standpunkt einnimmt - das Talent oder gar das "Genie", die Managerqualitäten und die "Tapferkeit" dieser faschistischen Minister und Militärs, die offiziell an der Spitze der kriegswirtschaftlichen Maschinerie Hitlerdeutschlands standen und von denen nur die Verstorbenen um einen Kriegsverbrecherprozeß herumkamen. Die objektiven Grenzen des Wirtschafts- und Kriegspotentials hingegen, die Mißerfolge und das Scheitern der behandelten Personen und die schließliche Niederlage des deutschen Imperialismus werden ausschließlich mit subjektiver Beschränktheit, Mißwirtschaft und falschen politischen Entschlüssen erklärt, besonders seitens Hitlers, Görings, Bormanns, Sauckels, Udets, der Nazigauleiter und anderer - fast ausschließlich verstorbener oder hingerichteter - Repräsentanten des Regimes.

Wie Milward sich beispielsweise über die großen "Fähigkeiten" von Todt und Speer, Irving sich über die "Führereigenschaften" und den "Patriotismus" von Milch auslassen⁵, so bescheinigt Birkenfeld General Thomas, dem Chef der Rüstungsorganisation des Oberkommandos der faschistischen Wehrmacht, "hohe fachliche Qualifikation", "nüchternes Urteil" und "glänzendes organisatorisches Geschick"⁶ - letzteres ausgerechnet in direktem Zusammenhang mit der Vorbereitung des Überfalls auf die Sowjetunion. Gerade über diesen

wirtschaft 1939 - 1945, Darmstadt 1968; Deutschlands Rüstung im Zweiten Weltkrieg. Hitlers Konferenzen mit Albert Speer 1942 - 1945, hg. u. eingel. v. Willi A. Boelcke, Frankfurt (Main) 1969 (s. hierzu die Rezension in Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 8/1970, S. 1082 f.).

2 Milwards Buch erschien in Englisch 1965 (Titel: The German Economy at War. - London/New York).

3 Der Propyläen Verlag gehört zum Ullsteinkonzern und steht unter der gleichen Leitung wie der Verlag Ullstein.

4 Deutschlands Rüstung im Zweiten Weltkrieg, a. a. O.

5 Milward, S. 55, 70; Irving, S. 148, 171.

6 Einleitung zu Thomas, S. 21 f., S. 17.

Punkt, Thomas' Aufgabe betreffend, "die Gesamtorganisation für die Ausbeutung der zu besetzenden russischen Gebiete federführend vorzubereiten"⁷, hüllt Birkenfeld sich sonst in bereitetes Schweigen; "Auf Entstehung und Geschichte dieses 'Wirtschaftsstabes Ost' kann hier nicht eingegangen werden."⁸ War es doch Thomas, der den Wirtschaftsstab Ost (Tarnname: Oldenburg) zur höchsten Zufriedenheit Görings und Keitels im Geiste jener berichtigten Richtlinien vom 2. Mai 1941 aufbaute, deren Quintessenz lautete: "Hierbei werden zweifellos - zig Millionen Menschen verhungern, wenn von uns das für uns Notwendige aus dem Lande (der Sowjetunion - D. E.) herausgeholt wird."⁹ Thomas war es, der den Wirtschaftsstab Ost am 4. Juni 1941 zu seiner ersten - viertägigen - Arbeitssitzung zusammenrief, in deren Verlauf auch ein "Planspiel" stattfand. Zu Beginn seiner Eröffnungsansprache formulierte er die zwei imperialistischen Hauptziele des "Unternehmens Barbarossa" mit mörderischer Präzision: "a) die Vernichtung des bolschewistischen Systems, b) eine baldige Ausnutzung des wirtschaftlichen Potentials Rußlands, insonderheit auf dem Ernährungs- und Treibstoffgebiet."¹⁰

Carroll, die als frühere Mitarbeiterin von Gerhard L. Weinberg bedeutende Teile der Guides der deutschen Beuteakten in den National Archives verfaßt hat und das Quellenmaterial womöglich noch besser kennt als Birkenfeld, beschränkt sich auf eine knappe Beschreibung des "Wirtschaftsstabes Ost" als umfangreichsten Teils jenes "impressive and smooth-functioning apparatus", über den Thomas als Chef des Wehrwirtschaft- und Rüstungsamtes des OKW in allen besetzten Ländern Europas verfügte.¹¹ Sie verliert ebenfalls kein Wort über Charakter und Methoden dieses "Apparats" und über Thomas' Verantwortung für die von ihm begangenen Verbrechen.

Überflüssig zu sagen, daß auch in Thomas' als Rechtfertigungsschrift konzipiertem, viele hundert Seiten starken Tätigkeitsbericht selbst¹² derart entlarvende Fakten und Dokumente fehlen. Der Quellenwert des Thomas-Berichts, den Birkenfeld mit einem 15seitigen Dokumentenanhang abdruckt, ist nicht nur durch Auslassung und Beschönigung einzelner wesentlicher Fakten beeinträchtigt, sondern durch die gesamte Konzeption, nach der er abgefaßt wurde. Im März 1943, unmittelbar nach Abschluß der Schlacht an der Wolga begonnen und im Herbst 1944 abgeschlossen, wurde der Bericht - in Wirklichkeit mehr eine kriegsge-schichtliche Abhandlung - unter dem Vorzeichen der herannahenden Niederlage des deut-

7 Ebenda, S. 17.

8 Ebenda, Anm. 67.

9 Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof (42 Bde., Nürnberg 1947 ff., im folgenden: IMG), Bd. 31, S. 84, Dok. PS - 2718, Aktennotiz (Wirtschaftsstab "Oldenburg") "über Ergebnis der heutigen Besprechung mit den Staatssekretären über Barbarossa" v. 2. 5. 1941; s. a. Czollek, Roswitha/Eichholtz, Dietrich, Zur wirtschaftspolitischen Konzeption des deutschen Imperialismus beim Überfall auf die Sowjetunion, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1968, T. 1, S. 143 ff.

10 Deutsches Zentralarchiv, Historische Abt. I, Potsdam (im folgenden: DZA Potsdam), OKW/Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt, Film Nr. 1741, Bl. 725773, Manuskript der Rede von Thomas v. 4. 6. 1941.

11 Carroll, S. 229 f. - Diese Passage des Buches von Carroll ist ausnahmsweise durch keinerlei Quelle belegt. Das ist um so bedauerlicher, als darin für die Betrauung von Thomas durch Göring mit der Aufstellung von "Plänen für die Wirtschaftsverwaltung von im Osten - d. h. in Rußland - zu erobernden Gebieten" (ebenda, S. 229: "plans for economic administration of territories scheduled for conquest in the east - that is, Russia") ein bisher unbekannter, sehr früher Termin genannt wird (August 1940). Thomas selbst (Thomas, S. 261) gibt als Datum für derartige "Weisungen" den November 1940 an. Vgl. dazu Czollek, Roswitha/Eichholtz, Dietrich, a. a. O., S. 145 ff.

12 Der vom Verfasser gewählte Titel der Arbeit "Grundlagen für eine Geschichte der Wehr- und Rüstungswirtschaft" war immerhin weniger anspruchsvoll als der von Birkenfeld für die Edition willkürlich veränderte.

schen Imperialismus geschrieben. Er ist zunächst als Selbstrechtfertigung des imperialistischen Militärs und Generalstäblers Thomas und der von ihm geleiteten zentralen Rüstungsdienststelle der Wehrmacht angelegt, nachdem diese Dienststelle sich in den Augen zumindest der stärkeren Fraktion der herrschenden Klasse als untauglich erwiesen hatte und im Laufe der Entwicklung des staatsmonopolistischen Regulierungsmechanismus der Kriegswirtschaft so gut wie vollständig aufgelöst worden war. Einige aufschlußreiche, aber sehr vorsichtige Bemerkungen über Konflikte der Vergangenheit, die hiermit zusammenhingen, wiegen bei weitem nicht die krasse Einseitigkeit der selbstgefälligen Berichterstattung eines Militaristen auf, in der auch gekränkte Eitelkeit ihren Platz fand. Vor allem konnte sich der Verfasser natürlich nicht dem Eindruck der drohenden Katastrophe des deutschen Imperialismus entziehen, deren rasches Herannahen er täglich auf der Generalstabskarte verfolgen konnte. Seine Ausarbeitung diente daher auch dazu, die Wehrmacht als Hauptinstrument der deutschen Imperialisten bei dem Verbrechen der Vorbereitung des Aggressionskrieges, bei der Aggression selbst und bei Raub und Plünderung in Europa reinzuwaschen. Das konnte damals noch nicht auf dem Wege der Verurteilung allzu kompromittierender Verbrechen geschehen, indem man die Schuld anderen Beteiligten, etwa Hitler oder der SS, in die Schuhe schob. Die Unterdrückung aller belastenden Tatsachen mußte dem Verfasser einstweilen den gleichen Dienst erweisen. Dieser Methode hat er sich wahrlich mit großer Sorgfalt und Konsequenz bedient.

Albert Speer, seit 1942 Rüstungsminister Hitlers und der deutschen Monopole, konterfeit sich auf über 500 Seiten seiner Memoiren als ehrlich bemühte, menschenfreundliche, wenn auch von Hitler mißgeleitete Künstlernatur ab, ehe er zugibt, daß er den Krieg, "von dem wir im engeren Kreise niemals im Zweifel sein durften, daß er der Weltherrschaft galt", durch seine "Fähigkeiten" und seine "Energie" - die folgende Datierung ist aufschlußreich - "um viele Monate verlängert" habe.¹³ Nicht um Jahre also, sondern nur um Monate; Das bedeutet, etwa seit der Landung der angloamerikanischen Truppen in der Normandie...

Speer rechnet sich demnach die Jahre von 1942 bis 1944, in denen sein Ministerium hauptverantwortlich für die Kriegswirtschaft des faschistischen Deutschlands war, nicht als Kriegesverlängernd oder gar als verbrecherisch an, geschweige denn die ersten Jahre des Krieges, in denen er als Generalbauunternehmer für die wichtigsten Rüstungsbauten der Luftwaffe bzw. der Flugzeugkonzerne und für die Raketenversuchsanstalt des Heeres in Peenemünde tätig war.

Grundsätzliche Fragen der Kriegswirtschaft und des staatsmonopolistischen Kapitalismus bleiben in den untersuchten Publikationen weitgehend unberücksichtigt. Das ergibt sich aus der Konzeption der Autoren, die mit Hilfe einer mehr oder weniger spektakulären Aufmachung die staatsmonopolistischen Praktiken der Kriegsvorbereitung und Kriegführung des deutschen Imperialismus in Gestalt ihrer exponierten einstigen Verfechter, wo nicht verschweigen, da apogetisch erklären und aufdringlich als positive Leistungen würdigen. Keine einzige der vorliegenden Arbeiten widmet dem Charakter des Krieges und des Regimes, das ihn führte, oder gar den Kriegszielen und Kriegsverbrechen der herrschenden Klasse die geringste Aufmerksamkeit. Der Leser sucht vergeblich nach Begriffen wie Imperialismus und Monopolkapital oder wenigstens nach einer Auseinandersetzung mit dem Inhalt dieser Begriffe. Erklärlicherweise fördert unter diesen Umständen auch die minutiöse Behandlung einzelner Entwicklungsphasen von Teilen des staatsmonopolistischen Apparats in der Kriegswirtschaft, wie sie vor allem bei Carroll und bei Janssen zu finden ist, nicht die historische Wahrheit zutage, sondern nur ein verzerrtes, entstelltes Bild von ihr.

Die Enthaltensamkeit von jeder theoretischen Fragestellung und Verarbeitung theoretischer Probleme des Themas ist allen Autoren gemeinsam. Nur Carroll versucht sich in einem Exkurs an einer andeutungsweise Kritik und weiteren Zerfaserung der von Franz L. Neu-

13 Speer, S. 524 f.

mann und neuerdings von Arthur Schweitzer auf den deutschen Faschismus und seine Rüstungswirtschaft angewandten Theorie der "Machtblöcke" und "(Herrschafts)-Gruppen" innerhalb der "herrschenden Klasse", einem direkten Abkömmling des Strukturalismus und Neopositivismus.¹⁴ Ihre interessanten Bemerkungen zu den bürgerlichen Theorien über den "totalen Krieg" am Anfang ihres Buches zeigen freilich keinerlei Einsicht in die Klassen-natur dieser Erscheinung und bleiben Vorspann einer weitgehend an der Behördenstruktur orientierten, auch hierbei noch einseitigen Analyse.

Von den übrigen Autoren tritt nur Milward mit dem Anspruch auf, theoretische Probleme zu erörtern. Dies geschieht, wie zu zeigen sein wird, trotz ambitiöser Überschriften ("Das Konzept des Blitzkrieges"; "Die Wirkung politischen Drucks auf die deutsche Kriegswirtschaft") auf oberflächliche und durchaus apologetische Weise. Die ganze Weisheit Irvings - oder vielmehr Milchs, zu dessen bloßem Memoirenschreiber sich Irving erniedrigt hat - erschöpft sich in der Kritik an Hitler, daß der Weltkrieg um drei bis vier Jahre zu früh begonnen worden sei, die Wehrmacht und besonders die Luftwaffe daher nicht genügend vorbereitet gewesen seien.¹⁵ Im Grunde ist das nichts anderes als eine um über 30 Jahre verspätete Wiederauflage der Warnungen Thomas' vor einem längeren, kräftezehrenden Krieg, für den die "Tiefe der Rüstung" des deutschen Imperialismus nicht ausreiche. Die Besorgnisse des ehemaligen Chefs der Rüstungsorganisation des OKW, die seinerzeit von einer Minderheitsfraktion der herrschenden Klasse, darunter einer Reihe von importempfindlichen Monopolen, geteilt wurden und über deren Gehalt an "Realismus" sich bis heute die reaktionären bürgerlichen Historiker und Militärs streiten, werden allerdings von Birkenfeld unverfroren in eine allgemeine Kriegsgegnerschaft und schließlich in puren antifaschistischen Widerstand umgefälscht.¹⁶

Von Speers Memoiren Aufschlüsse über die wahren Hintergründe und Hintermänner von Faschismus und Krieg zu erwarten, wäre von vornherein illusionär. Speer erklärte schon vor dem Kriegsverbrechertribunal in Nürnberg anlässlich der Erörterung von Verbrechen des Krupp-Konzerns, daß er sich "verpflichtet fühle, ein Unrecht, das man dem Betriebsführer machen könnte, von diesem fernzuhalten".¹⁷ Janssen schließlich, ein Doktorand Walther Hubatschs, bekennt sich schon in der Vorbemerkung seines Buches zu dem Ziel, die Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft nur "von Albert Speer aus" zu schreiben, "ohne Probleme wirtschaftswissenschaftlicher Art zu erörtern".¹⁸

Wenden wir uns dennoch einigen wissenschaftlichen Fragestellungen zu, die offensichtlich in keiner ernsthaften Publikation über die deutsche Kriegswirtschaft ganz ausgeklammert werden können, und prüfen wir, welchen Niederschlag sie in den behandelten Büchern gefunden haben. Es handelt sich vor allem um die Möglichkeiten und Ressourcen des deutschen Imperialismus auf kriegswirtschaftlichem Gebiet - um das Problem des kriegswirtschaftlichen Potentials und seiner Nutzung bzw. Mobilisierung - und um das Funktionieren des zentralen staatsmonopolistischen Machtapparats, insbesondere des Reichsministeriums für Bewaffnung und Munition, in der deutschen Kriegswirtschaft. Freilich ist zu konstatieren, daß gerade die letztgenannte Frage von den marxistischen Historikern noch nicht völlig erforscht ist; es wird daher bei der Untersuchung außer auf bereits veröffentlichte neuere Forschungsergebnisse¹⁹ auch auf noch unveröffentlichtes Material zurückgegriffen werden müssen.

14 Carroll, S. 179 ff.; kritisch zu dieser Theorie, besonders zu Schweitzer, vgl. Eichholtz, Dietrich, Alte und "neue" Konzeptionen, a. a. O., S. 231 ff.

15 Irving, S. 124, S. 389 u. passim.

16 Einleitungen zu Thomas, S. 1 ff.

17 IMG, Bd. 16, S. 598, Verhör Speers am 21. 6. 1946.

18 Janssen, S. 9.

19 Vor allem Anatomie des Krieges. Neue Dokumente über die Rolle des deutschen Monopolkapitals bei der Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges, hg. u. eingel. v. Dietrich Eichholtz u. Wolfgang Schumann, Berlin 1969; Bleyer, Wolfgang/Drechs-

Der Krieg, den der deutsche Imperialismus um die Weltherrschaft führte, mußte in Anbetracht seiner irrealen, abenteuerlichen Zielsetzung und des barbarisch-reaktionären Charakters des Regimes, das ihn führte - zwei Faktoren, die nach der Logik der Geschichte auf engste miteinander verknüpft waren -, mit der Niederlage enden. In der Geschichte der deutschen Rüstungs- und Kriegswirtschaft traten diese Grundzüge der gesamten Kriegführung jederzeit deutlich hervor. Besonders augenfällig wurde hier die Diskrepanz zwischen den Zielen und realen Möglichkeiten der deutschen Imperialisten. Ihr wirtschaftliches Potential stand in keinem Verhältnis zu den militärischen und politischen Aufgaben und Kriegszielen, die sie sich stellten, und zwar gleichgültig, ob der Weg der Blitzkriegstrategie auch auf ökonomischem Gebiet oder der eines jahrelangen Wettrüstens gewählt wurde. Selbst als die deutschen Okkupanten ein gut Teil Europas ausplünderten und ausbeuteten, mußten all ihre optimistischen Berechnungen des nun beherrschten Gesamtpotentials Fehlrechnungen bleiben und sich, je länger, desto mehr, als Verlustrechnungen erweisen. Es gab weder eine Chance, die Sowjetunion zu unterjochen, noch die unterworfenen Völker Europas dauernd in Botmäßigkeit zu halten, sich ihre Reichtümer anzueignen und sie bis aufs Blut auszubeuten. Im eigenen Land war dieses Regime überdies infolge der Herrschaft des Kapitals und der Gesetze des Profits, ungeachtet des faschistischen Terrors und des staatsmonopolistischen Drucks, nicht in der Lage, das vorhandene wirtschaftliche Potential voll für seinen Krieg auszunutzen, zumal es ihn für die schlechteste imperialistische Sache führte, die den Lebensinteressen des deutschen Volkes diametral entgegengesetzt war.

Geht man von diesen Grundtatsachen aus, deren Verständnis sich den deutschen Imperialisten selbstverständlich verschloß, wenn auch einige Vertreter der herrschenden Klasse sie wohl zeitweise und ganz bruchstückhaft vielleicht eher erahnten als erkannten, so muß man konsequenterweise zu einer Verurteilung der imperialistischen Expansion, Kriegführung und Weltherrschaftsplanung des deutschen Imperialismus gelangen. Die bürgerlichen Autoren sind hierzu außerstande. Sie gehen von der Voraussetzung aus, daß der Krieg, einmal begonnen, kriegswirtschaftlich wohl zu gewinnen oder wenigstens mit Gewinn zu Ende zu bringen gewesen sei - wenn er gründlich genug "in der Tiefe" vorbereitet worden wäre; wenn in den ersten Kriegsjahren, besonders 1941, das Rüstungstempo schnell genug erhöht und nicht - wie sie behaupten - abgebremst worden wäre; wenn von Anfang an eine straffe, zentrale staatsmonopolistische Regulierung die gesamte Kriegswirtschaft erfaßt hätte. Diese drei wichtigsten, in verschiedener Zusammenstellung und Gewichtung immer wieder auftauchenden Argumente lassen sich schließlich auf einen Nenner bringen: Die Blitzkriegstrategie war verfehlt; von vornherein hätte der Krieg "total" geführt werden müssen. Soweit dies gegen Kriegsende geschehen, sei es "zu spät" getan worden.

Thomas sah, als er seinen Bericht abfaßte, daß er mit seiner Skepsis gegenüber der Blitzkriegstrategie recht behalten hatte, schloß aber fälschlich daraus, daß seine "Tiefenrüstungs"-

ler, Karl u. a., Deutschland von 1939 bis 1945, Berlin 1969; Eichholtz, Dietrich, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft. 1939 - 1945, Bd. 1: 1939 - 1941, Berlin 1969 (2. Aufl. 1971); Bleyer, Wolfgang, Staat und Monopole im totalen Krieg. Der staatsmonopolistische Machtapparat und die "totale Mobilisierung" im ersten Halbjahr 1943, Berlin 1970; Wagner, Raimund, Die kriegsökonomische Vorbereitung des Überfalls auf die Sowjetunion und die Rolle der militärischen Wirtschaftsorganisation des Oberkommandos der faschistischen Wehrmacht, in: Auf antisowjetischem Kriegskurs. Studien zur militärischen Vorbereitung des deutschen Imperialismus auf die Aggression gegen die UdSSR (1933 - 1941), hg. v. einem Kollegium unter Leitg. v. Hans Höhn, Berlin 1970; Piskol, Joachim, Konzeptionelle Pläne und Maßnahmen der deutschen Monopolbourgeoisie für den Übergang vom imperialistischen Krieg zum imperialistischen Frieden und zur Rettung ihrer Machtgrundlagen aus der faschistischen Niederlage (1943 - 1945) (im folgenden: Konzeptionelle Pläne), phil. Diss. Berlin 1972.

Konzeption²⁰ realistischer gewesen wäre. Immerhin gestand er zu, daß "die Tiefenrüstung (Bereitstellung von Nachschub, industrielle Vorbereitungen, Bevorratung mit Rohstoffen) bei der geschwächten Devisenlage des Reiches sehr vernachlässigt werden mußte."²¹ Sein Plan einer gründlicheren Kriegsvorbereitung sah seinerzeit eine "Ausnutzung der Hilfsquellen der nordischen Staaten" und des Balkans vor²², was zweifellos ebenfalls von Wunschdenken zeugte. Wenn Thomas schon vor dem Krieg und noch während der Abfassung seines Berichts ständig die Forderung wiederholte, man müsse sich mit ausgedehnten Vorräten an Rohstoffen und Lebensmitteln und mit gewaltigen, bereits auf die Erfordernisse des Krieges ausgerichteten industriellen Kapazitäten versehen, müsse also vollständig auf einen langen Krieg vorbereitet sein, ehe man militärisch losschlagen könne, so war das nicht minder illusorisch angesichts der Gegebenheiten der kapitalistischen Friedenswirtschaft, beispielsweise der internationalen Konkurrenz auf den Märkten. Es war illusorisch, besonders weil diese Konzeption von der Voraussetzung ausging, die zukünftigen Gegner und imperialistischen Konkurrenten würden bei einer solchen Aufrüstung tatenlos und machtlos zusehen. Schließlich - und nicht zuletzt - erforderte die "Tiefenrüstung" eine einschneidende Verengung des Binnenmarktes an Konsumgütern, dazu ein scharfes Anziehen der Steuer-schraube und weitere schwere Belastungen für die Werktätigen schon mitten im Frieden, beschwor also innenpolitische Gefahren für das Regime herauf. Thomas war sich dieser Schwierigkeiten seiner Konzeption - Ausdruck des allgemeinen Dilemmas des deutschen Imperialismus - mehr oder weniger bewußt; aber er ließ nicht ab, sie zu vertreten, wenn auch vielfach mit einer widersprüchlichen, verworrenen Argumentation.

Milward dämmert etwas von diesem Dilemma. Er unternimmt es, die Chancen der wirtschaftlichen Blitzkriegstrategie, wie er es nennt, und die der "Tiefenrüstung" gegeneinander abzuwägen. Mangels ausreichender wissenschaftlicher Prämissen kommt er zu keinem vernünftigen Ergebnis. Er bescheinigt der Blitzkriegskonzeption in der Kriegswirtschaft, daß sie in der ersten Kriegsperiode "durchführbar" und "höchst flexibel" war, daß sie "funktioniert" habe und "erstaunliche militärische Erfolge" ermöglichte²³, schwenkt dann aber doch in die Reihe ihrer Kritiker ein. Er stellt Unzulänglichkeiten an ihr fest, konstatiert große "Schwächen" und "Fehler"²⁴, besonders den "Mangel an Lenkung in der Kriegswirtschaft"²⁵. Nach Milward war es Fritz Todt, der "Deutschlands Übergang zur Kriegswirtschaft" endlich zuwege brachte.²⁶ Er stellt Todt anerkennend als die "gewichtige Figur" dar, die "ein gewisses Maß an übergreifender Kontrolle über die Kriegswirtschaft" auszuüben entschlossen gewesen sei.²⁷ Todts Unfalltod fiel für ihn nicht zufällig mit dem Ende des Blitzkrieges zusammen. Immerhin gesteht er zu, daß auch "Rußlands Fähigkeit, den 'Fünfmonatskrieg' zu überstehen", zu diesem Ende beitrug.²⁸ Doch der Schlüssel zur Erklärung der Umstellung "auf volle Kriegsproduktion" liegt für Milward "in Hitlers Denken", in das er zu seinem Bedauern keinen "vollen Einblick" hat.²⁹

Alle Erörterungen Milwards und Birkenfelds über das Blitzkriegskonzept in der Kriegswirtschaft laufen auf die These hinaus, jenes Konzept sei ein "Abbild der strategischen Überlegungen Hitlers" gewesen, die Blitzkriegswirtschaft habe, im Gegensatz zur "wirklichen Kriegswirtschaft", den "Grundprinzipien der nationalsozialistischen Wirtschaft" entsprochen³⁰; ihre "Ursachen und inneren Bedingungen" - so Birkenfeld - "liegen im Letzten bei

20 Siehe zu dieser Konzeption Eichholtz, Dietrich, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft, a. a. O., S. 18.

21 Thomas, S. 145.

22 IMG, Bd. 36, S. 125, Dok. EC-028, Vortrag von Thomas vor Herren des Auswärtigen Amts, 24. 5. 1939.

23 Milward, S. 52, 21, 30.

24 Ebenda, S. 51, 48 u. passim.

25 Ebenda, S. 29.

26 Ebenda, S. 55.

27 Ebenda.

28 Ebenda, S. 52.

29 Ebenda, S. 60.

30 Ebenda, S. 29, 45.

Adolf Hitler selbst³¹. Diese oberflächliche, begrifflose Charakteristik führt zu der bereits skizzierten Kritik vom Standpunkt der "totalen" imperialistischen Kriegführung.

Die Rüstungs-"Umstellungen" oder "Umrüstungen" der Jahre 1940 und 1941 waren in jeder Hinsicht ein typisches Produkt der Blitzkriegideologie und -strategie. Sie entsprachen nach Inhalt und Aufeinanderfolge den wechselnden militärstrategischen Zielsetzungen der deutschen Imperialisten, die Zug um Zug "durch Vernichtungsschläge gleich zu Beginn der Feindseligkeiten"³² einen Gegner nach dem anderen auf ihrem Weg zur Weltherrschaft ausschalten wollten. Die Blitzkriegstrategie war auf Atempausen zwischen Phasen höchster militärischer Anstrengung und wirtschaftlicher Belastung berechnet. Während einer Belastungsphase war ein Umbau in der Rüstungsindustrie auf Grund veränderter Rüstungsprogramme, der stets eine gewisse Zeitspanne erforderte, ohne starke Spannungen im Gefüge der kapitalistischen Volkswirtschaft und ohne Produktionseinbußen auch in der Rüstungsindustrie nicht durchführbar.

Ferner war die Absicht der herrschenden Kreise Hitlerdeutschlands unverkennbar, mittels der Blitzkriegstrategie ihre Ziele mit jenem wirtschaftlichen Kräfteaufwand zu erreichen, der dem jeweils verfügbaren Wirtschaftspotential und dem ihnen vertretbar erscheinenden Grad seiner Mobilisierung entsprach. Die negativen Auswirkungen der Rüstung wie des Krieges überhaupt auf das eigene Volk sollten in kontrollierbaren, wenn auch durchaus hinauschiebbaren Grenzen gehalten werden, damit sozialen Erschütterungen und Konflikten vorgebeugt würde. Ein bestimmter Stand des mit dem Krieg verbundenen Elends sollte - auf Kosten der unterjochten und ausgeplünderten Völker anderer Länder - im Durchschnitt nicht unterschritten werden. So verlangsamte sich beispielsweise der Rückgang der Konsumgüterproduktion Mitte 1940 für kurze Zeit, und im folgenden Jahr begannen die Lieferungen geraubter Lebensmittel aus der UdSSR nach Deutschland, die nach den Plänen der Faschisten riesige Ausmaße annehmen sollten. Jedesmal tat die faschistische Propaganda ihr Möglichstes, um Illusionen über die Wiederkehr friedensmäßiger Zustände zu nähren und demagogische Versprechungen für diese Zeit zu machen; in gewisser Weise entsprach sie damit auch Wunschvorstellungen der herrschenden Klasse, die brennend an der ungestörten "friedlichen" Ausbeutung der in Europa eroberten Profitquellen interessiert war.

II.

Das hier skizzierte kriegswirtschaftliche Konzept erlitt sein Fiasko nach dem Überfall auf die Sowjetunion, als die Blitzkriegstrategen am Widerstand des Sowjetvolkes scheiterten. Im Spätherbst und Winter 1941/42 lag die wichtigste Zäsur der Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft während des zweiten Weltkrieges. Der Übergang zur umfassenderen Mobilisierung der kriegswirtschaftlichen Ressourcen und die damit verknüpfte Zentralisierung der staatsmonopolistischen Regulierungsgewalt waren weder die Folgen einsamer Beschlüsse Hitlers noch das hauptsächlichste Werk Todts oder Speers. Es waren die Spitzen des deutschen Finanzkapitals, insbesondere die Leitung der Reichsgruppe Industrie, die angesichts der Uneinnehmbarkeit Moskaus und der beginnenden sowjetischen Gegenoffensive diese Entwicklung einleiteten. Als Exekutive bedienten sie sich dabei des Reichsministeriums für Bewaffnung und Munition und unterstützten den Minister - erst Todt, dann Speer - in entscheidender Weise. Sie inaugurierten den neuen Kurs des Ministeriums, indem sie im Dezember binnen kürzester Frist eine Rationalisierungskonzeption für die gesamte Rüstungsindu-

31 Einleitung zu Thomas, S. 32.

32 "Arbeitsbericht des Generalbevollmächtigten des Ministerpräsidenten Generalfeldmarschall Göring für Sonderfragen der chemischen Erzeugung Dr. C. Krauch vor dem Generalrat" v. 20./21. 4. 1939, abgedruckt in Eichholtz, Dietrich, Zum Anteil des IG-Farben-Konzerns an der Vorbereitung des zweiten Weltkrieges, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1969, T. 2, S. 99 f.

strie ausarbeiteten, die Anfang Februar 1942 auf einer mehrtägigen Beratung der Hauptausschüsse des Ministeriums geprüft und bestätigt wurde. Sie setzten diese Konzeption in den folgenden Wochen und Monaten in der rüstungswirtschaftlichen Basis durch, und sie stellten auch für den ministeriellen Exekutivapparat, besonders für die Ausschüsse und Ringe, den personellen Führungsbestand.

Zweifellos war es nicht so, daß das neue umfassende, zentralisierte staatsmonopolistische Regulierungssystem und die weitgehende Unterordnung der Produktion unter die Anforderungen des Krieges uneingeschränkt und in jedem Fall den Interessen der Monopolherrscher entsprachen. Sie bevorzugten verständlicherweise die schnellen Erfolge und geringeren Risiken des Blitzkrieges. In Anbetracht der kritischen Lage hielten sie jedoch einschneidende Maßnahmen im gesamtimperialistischen Interesse für dringend geboten und reagierten ohne Verzug. Die erforderliche zentrale Regulierungsgewalt konzentrierten sie dabei weitestgehend in ihren eigenen Händen.

Diesen Tatbestand verdunkeln und verschweigen alle bürgerlichen Autoren. Soweit die Ereignisse von Dezember 1941 bis Februar 1942 beschrieben werden, erscheint als die "wichtigste Figur bei diesem Umschwung" Fritz Todt³³, in zweiter Linie Thomas³⁴. Die unerhörte Aktivität der Rüstungsmonopole, besonders beim Zustandekommen des Ministerialerlasses vom 22. Dezember³⁵, bei der nachfolgenden Ausdehnung des Systems der sogenannten Selbstverwaltung der Industrie, das heißt der unmittelbaren Regulierungsvollmachten der Monopolherrscher, und bei der Entwicklung der Rationalisierungskonzeption, bleibt vollständig im Dunkeln.

Bezeichnend ist es insbesondere, daß die wichtige Beratung am 13. Februar 1942 bagatellisiert oder ihrem Charakter nach verfälscht wird, auf der die endgültige Entscheidung über die von allen Seiten geforderte kriegswirtschaftliche Kommandozentrale und damit über die gesamte Neuorganisation der Rüstung fiel. An diesem Tag traten die Spitzenvertreter der militärischen und zivilen Rüstungsdienststellen unter Milchs Leitung zusammen, um im Auftrag Görings "die Frage der Gesamtplanung (der Rüstung - D. E.) nochmals eingehend zu besprechen".³⁶ Es war nicht die erste Sitzung über dieses jetzt dringend akute Thema; aber zum ersten Mal war Albert Speer, der vier Tage zuvor ernannte neue Reichsminister für Bewaffung und Munition, dazu geladen, und zum ersten Mal nahmen auch Wilhelm Zangen, Leiter der Reichsgruppe Industrie, Albert Vögler und Philipp Keßler, Vorsitzender des Rüstungsbeirats des Munitionsministers, teil. Zangen und Keßler hatten als Hauptausschußleiter selbst leitende Funktionen im Apparat des Munitionsministeriums inne; Vögler, Aufsichtsratsvorsitzender der Vereinigten Stahlwerke, war Mitglied des "Industrierats des Reichsmarschalls für die Fertigung von Luftwaffengerät", doch er erschien auf dieser äußerst wichtigen Sitzung vor allem als die "Graue Eminenz" des Munitionsministeriums, die er seit dessen Gründung war. Das Erscheinen der drei denkbar einflußreichsten Monopolherren konnte nur den eindeutigen Sinn haben, die Stellung des Munitionsministeriums im Hinblick auf die zu erwartenden Beschlüsse zu stärken.

Vögler, der Senior des deutschen Monopolkapitals, ergriff nach Eröffnung der Beratung bezeichnenderweise als erster das Wort. Seine "außerordentlich vernünftigen Darlegungen" gipfelten darin, "daß es an der Zeit sei, klare Verhältnisse zu schaffen. Einer müsse ... alles entscheiden".³⁷ Er konnte sich die taktische Feinheit leisten, die Frage offenzulassen, wen er für den geeigneten Mann hielt.

33 Milward, S. 61.

34 Carroll, S. 230 f.

35 DZA Potsdam, OKW/Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt, Film Nr. 2312, Bl. 726322 ff., Erlaß des Reichsministers für Bewaffung und Munition über die "Selbstverantwortung der Rüstungswirtschaft" v. 22. 12. 1941.

36 Ebenda, Bl. 726919, "Protokoll über die wesentlichen Punkte der Inspekteurbesprechung am 13. 2. 1942".

37 Speer, S. 216.

Tatsächlich wurde die Angelegenheit schon auf dieser Sitzung zugunsten Speers entschieden; "Generalfeldmarschall Milch hat heute mit dem Munitionsminister, der Luftwaffe und dem OKW zusammen - von der Industrie waren die Generaldirektoren Zangen und Vögler anwesend - den Beschluß gefaßt, diese Planung (der gesamten Rüstung - D. E.) unter Speer zusammenzufassen. Heute nachmittag wird diese Frage beim Führer zum Vortrag kommen."³⁸ Allem Anschein nach hatten Reichswirtschaftsminister Funk, die Vertreter der Wehrmacht und insbesondere Göring im Hinblick auf die Interessen seines Luftwaffenrüstungsprogramms ihren Kandidaten in Milch gesehen.³⁹ Doch Speer konnte sich leicht mit einem Hinweis auf den - vorher mit Hitler abgesprochenen - "Auftrag des Führers" durchsetzen, der an ihn ergangen sei.

In seinen Memoiren hingegen bauscht Speer, von dem Irving die ganze Passage übernimmt, die anschließende Nachmittagssitzung des gleichen Personenkreises bei Hitler zum dramatischen Höhepunkt auf und stellt es so dar, als habe Hitler erst auf dieser Sitzung durch sein Machtwort zu Speers Gunsten entschieden.⁴⁰ Die entscheidende Rolle der anwesenden Monopolherren wird dadurch, daß Irving und Speer erfindungsreich von einer "großen Besprechung vieler führender Industrieller" sprechen⁴¹, bagatellisiert und zu derjenigen in-teressierter Statisten abgewertet. Ebensowenig werden Carroll und Janssen der Bedeutung der Beratung vom 13. Februar gerecht. Janssen erwähnt lediglich die Anwesenheit Vöglers und Zangens (diejenige Keßlers wird in allen untersuchten Publikationen übergangen⁴²), läßt das Faktum aber ohne jede Wertung in der oberflächlichen Wiedergabe des Itinerars Speers untergehen.⁴³

Auf der nächsten Sitzung der Chefs der obersten Rüstungsdienststellen des faschistischen Deutschlands vom 18. Februar ließ der Munitionsminister seinen Führungsanspruch über die "gesamte Selbstverwaltungsorganisation der Wirtschaft" schriftlich fixieren und kündigte zugleich die erhebliche Erweiterung dieser Organisation an. Die Rüstungsdienststellen der Wehrmacht verpflichteten sich, ihr - das heißt vor allem den Ausschüssen und Ringen des Reichsministeriums für Bewaffnung und Munition - die Verteilung der Rüstungsaufträge und die tatsächliche Leitung der Rüstungsproduktion zu überlassen.⁴⁴ Auch auf dieser Sitzung hatte Speer Zangen an seiner Seite.

Auf diese Weise führten Zangen und Vögler den neuen Minister in sein Amt ein und wachten über seine ersten Schritte, wie sie es schon bei seinem Vorgänger getan hatten.⁴⁵ "Nur diese von der bürgerlichen Geschichtsschreibung stets geleugnete oder verschwiegene Tatsache erklärt es, daß der Munitionsminister, wie schon von seinem Vorgänger begonnen, den staatsmonopolistischen Machtmechanismus des Ministeriums und seiner Basis, der 'Selbstverwaltung' der Rüstungsmonopole, so rasch und erfolgreich ausbauen und zur weitaus stärksten, dominierenden Kommandozentrale der Kriegswirtschaft machen konnte."⁴⁶

38 DZA Potsdam, OKW/Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt, Film Nr. 2312, Bl. 726919.

39 Zu vermuten nach Janssen, S. 39; Speer, S. 215 ff.; Irving, S. 213. - Milward (S. 71) bestreitet dagegen derartige Absichten Görings.

40 Speer, S. 215 ff.; Irving, S. 213 f.

41 Irving, S. 213; s. a. Speer, S. 215.

42 Sie ist belegt durch einen Auszug aus der Kartei des Technischen Amtes des Reichsministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion (Bundesarchiv Koblenz, R 3/1989, "Stichworte für die Rüstungskartei", im Gefangenenlager Dustbin zusammengestellt v. Karl Otto Saur, Bl. 13, Notiz v. 13. 2. 1942). Irving zitiert die Notiz lediglich in einer Anmerkung (S. 436 Anm. 39).

43 Janssen, S. 39.

44 Anatomie des Krieges, a. a. O., S. 381 ff.

45 Eichholtz, Dieterich, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft, S. 121 ff.

46 Derselbe, Die Vorgeschichte des "Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz", in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 9/1973, S. 365.

Als Reichsminister für Bewaffnung und Munition und Leiter der "Zentralen Planung" war Speer zusammen mit Milch, Himmler und Sauckel, dessen Einsetzung als "Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz" (GBA) er buchstäblich seit dem Tage seines Machtantritts betrieben hatte, für die Zwangsverschleppung und unmenschliche Ausbeutung von Millionen und aber Millionen ausländischer Bürger verantwortlich. Er forcierte die Sklavenarbeit von Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen in der Rüstungsindustrie. Was diese Verbrechen betrifft, um derentwillen Speer in Nürnberg verurteilt wurde, so verhält er sich in seinem Buch auffällig schweigsam. Er versucht geschickt, sie auf Sauckel abzuwälzen, läßt dabei aber nicht die Gelegenheit vorübergehen, ihn noch nachträglich dafür zu kritisieren, daß er die versprochene Anzahl von Zwangsarbeitern nicht herbeischaffte.⁴⁷

Janssen kann nicht leugnen, "daß Speer als Hauptkontingentsträger ... Sauckel zu Arbeits-einsatzmaßnahmen zwang, die die besetzten Länder in eine Gegnerschaft zu Deutschland trieben", und daß er Hitler selbst veranlaßte, Sauckel einen Freibrief für Zwangsmaßnahmen jeder Art gegen die Bürger der besetzten Gebiete auszustellen.⁴⁸ Er baut aber - wie alle anderen Autoren - zu Speers Entlastung kunstgerecht die alte Legende aus, daß Sauckel der Widerpart Speers gewesen und daß seine Unterordnung unter das Rüstungsministerium bzw. unter die Zentrale Planung nie gelungen sei. Sauckels "Unfähigkeit" und "Grausamkeit"⁴⁹, seine "Unabhängigkeit" und "Selbständigkeit"⁵⁰ gegenüber diesen Institutionen sollen eine für den deutschen Imperialismus effektive Zwangsarbeitspolitik und eine reibungslose, wirkungsvolle Zusammenarbeit unmöglich gemacht haben. Verschwiegen wird, daß Sauckel als Exponent und Werkzeug eines schändlichen Systems handelte, das dem Zweck diene, die Lebensquellen Europas dem deutschen Imperialismus zu unterwerfen und der deutschen Kriegswirtschaft dienstbar zu machen. An der Spitze dieses Systems stand die staatsmonopolistische Gruppierung um das Reichsministerium für Bewaffnung und Munition (seit September 1943 "Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion") und die Reichsgruppe Industrie. Es funktionierte nicht zuletzt auch mit Hilfe des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz. Die Versuche, Gegensätze innerhalb dieses Systems, zwischen Speer und Sauckel oder ähnlich zwischen Speer und Himmler zu konstruieren bzw. tatsächliche Konflikte überzubewerten, die erst viel später, unter dem Druck der Krise des deutschen Imperialismus nach Stalingrad, eine gewisse Bedeutung erlangten, verschleiern seinen wahren Charakter.

Bereits die Einsetzung des GBA war in erster Linie das Werk Speers und der ihn stützenden Rüstungsmonopole.⁵¹ Noch bevor die Erlasse Hitlers und Görings über die Berufung Sauckels veröffentlicht wurden, gab Speer in der ersten Nummer seines Ministerialblattes eine Erklärung zur Ernennung Sauckels ab, die den Charakter einer zusätzlichen Durchführungsanordnung für den GBA hatte; "Auf Wunsch des Reichsministers für Bewaffnung und Munition wurde der Reichsstatthalter und Gauleiter Fritz Sauckel innerhalb des Vierjahresplans zum 'Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz' ernannt. Es stehen ihm für diese Tätigkeit umfassende Vollmachten und Weisungsbefugnisse zur Verfügung. Er hat im besonderen den Auftrag erhalten, der Rüstungswirtschaft diejenigen Arbeitskräfte zuzuführen, die a) notwendig sind als Ersatz für die im Laufe der nächsten Monate durch Einziehung verlorengelassenen Kräfte und b) darüber hinaus bei den Schwerpunktprogrammen die zweite Schicht voll zu besetzen."⁵²

47 Speer, S. 234, 276 f. 48 Janssen, S. 80, 82 ff. 49 Carroll, S. 241; s. a. Anm. 14.

50 Janssen, S. 62 f.; Carroll, S. 132, 244; Milward, S. 75 f., 87 f.; ferner Irving, S. 224 u. passim.

51 Siehe Eichholtz, Dietrich, Die Vorgeschichte des "Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz", a. a. O., S. 363 ff.; hiernach auch das Folgende.

52 DZA Potsdam, Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion, Film Nr. 4567, "Nachrichten des Reichsministers für Bewaffnung und Munition", Nr. 1, v. 31. 3. 1942.

Die weitgehende Unterordnung des GBA unter das Munitionsmministerium und die Rüstungsmonopole und seine Abhängigkeit von ihren Arbeitskräfteanforderungen ergaben sich von vornherein aus der Natur der Sache und blieben stets die Grundlage für ihre gegenseitigen Beziehungen. Sie wurden aber auch ausdrücklich formuliert und von Hitler sanktioniert. Sauckel erinnerte sich Jahre später daran noch sehr genau: "... Speer sagte mir einmal in Gegenwart des Führers, daß ich dazu da sei, für Speer zu arbeiten, und daß ich hauptsächlich sein Mann sei."⁵³

Erst Ende 1943 kamen Auseinandersetzungen um verschiedene Varianten faschistischer Zwangsarbeitspolitik auf und nahmen etwa ein halbes Jahr lang heftigeren Charakter an. In der schweren Krise nach Stalingrad und Kursk sahen sich die deutschen Rüstungsmonopole und Speer als ihr wichtigster Repräsentant im staatsmonopolistischen Mechanismus der Kriegswirtschaft zu dem Versuch gezwungen, die industriellen Kapazitäten der besetzten Länder, besonders in der Konsumgüterindustrie, durch umfassende Produktionsverlagerungen auszunutzen und auf diese Weise Arbeitskräfte, vor allem Facharbeiter, aus der deutschen Konsumgüterindustrie für die Rüstung herauszuziehen. Zugleich forderten dieselben Rüstungsmonopole Nachschub an ausländischen Zwangsarbeitern, an deren steten Zufluß sie sich schon gewöhnt hatten, und erhöhten diese Forderungen ständig. Der Strom solcher Arbeitskräfte aber war am Versteigen, im Osten infolge des siegreichen Vordringens der Roten Armee, im Westen infolge des durch diesen Vormarsch ermutigten und vervielfachten Widerstands der unterjochten Völker gegen die Zwangsrekrutierung. Es war diese sich rasch vertiefende Kluft zwischen der steigenden Nachfrage der Rüstungskonzerne, der Wehrmacht und der anderen "Bedarfsträger" nach Zwangsarbeitern und den schrumpfenden Möglichkeiten der Zwangsrekrutierung, die den Nährboden für zunehmende interne Kämpfe um die Zwangsarbeiter und heftige Streitigkeiten um die Methoden ihrer "Beschaffung" und Behandlung abgab.

Zum Hauptgegenstand anhaltender Konflikte zwischen den Dienststellen des GBA und denen des Rüstungsministeriums wurden vom Herbst 1943 bis zum Sommer des folgenden Jahres die sogenannten Sperrbetriebe oder Schutzbetriebe (S-Betriebe) in Frankreich und einigen anderen Ländern. Die Schaffung solcher Betriebe, deren Arbeitskräfte vor der Deportation nach Deutschland geschützt werden sollten, war eine Maßnahme, die die deutschen Imperialisten selbst mit dem Widerstand gegen die Deportationen begründeten, der im Sommer 1943, wie man es in der Zentralen Planung formulierte, "im Gleichklang mit der militärischen Entwicklung in Rußland und den daraus entstehenden Gefühlen für die Entwicklung des Krieges bei den Westvölkern"⁵⁴ rasch anwuchs. Nicht nur Speer, sondern auch der GBA und vor allem die Konzernherren und Chefs der Rüstungsindustrie bemühten sich zu dieser Zeit angestrengt um das Problem der "Verlagerung" industrieller Produktion im großen Maßstab nach Frankreich und berieten gemeinsam darüber. In einer Besprechung am 30. Juli, an der Speer, Sauckel und dreizehn Leiter von Hauptausschüssen des Reichsministeriums für Bewaffnung und Munition - sämtlich führende Konzernvertreter - teilnahmen, ergab der Verlauf der Beratungen über diese und andere zentrale Fragen der faschistischen Arbeitskräftepolitik "eine weitgehende Übereinstimmung zwischen den Auffassungen des GBA und den Organisationen des Munitionsministers".⁵⁵ Noch am 16. September 1943 stimmte Sauckel ausdrücklich dem Prinzip der S-Betriebe zu.⁵⁶

53 IMG, Bd. 3, S. 543, Dok. PS-3721, Verhör Sauckels v. 22. 9. 1945.

54 DZA Potsdam, Fall XI, Nr. 413, Bl. 187, Dok. R-124, Stenogr. Protokoll der 54. Sitzung der Zentralen Planung am 1. 3. 1944.

55 Bleyer, Wolfgang/Drobisch, Klaus, Dokumente zur Ausbeutung ausländischer Zwangsarbeiter durch das deutsche Monopolkapital im zweiten Weltkrieg, in: Bulletin des Arbeitskreises "Zweiter Weltkrieg", H. 3/1970, S. 70, Aktennotiz v. Heinrich Küppenbender (Carl Zeiss Jena) v. 30. 7. 1943.

56 Janssen, S. 126.

Als aber die Politik des GBA in allen besetzten Ländern offenkundig scheiterte, lief er Sturm gegen die Einrichtung der Sperrbetriebe, die er für sein Fiasko verantwortlich machte. Hitler entschied sich jedoch im gegebenen Falle stets für Speers Linie.⁵⁷ Im Sommer 1944 beendete die Entwicklung der militärischen und politischen Ereignisse den Streit. Er schloß mit der völligen Unterwerfung des GBA unter die Regulierungsgewalt des Rüstungsministers ab.

Die Zwangsverschleppung ausländischer Arbeitskräfte nach Deutschland und ihre - zumindest indirekte - Zwangsverpflichtung, im eigenen Lande für den deutschen Imperialismus zu arbeiten, waren nur zwei Varianten faschistischer Zwangsarbeitspolitik, die sich nach dem Wunsch ihrer Urheber möglichst ergänzen sollten. Tatsächlich setzte die Praxis der Schutzbetriebe im Grunde die Zwangsdeportationen und die ständige Drohung gegen die Bevölkerung der besetzten Länder, die damit verbunden war, voraus und beruhte auf ihnen. Nur unter dieser Drohung gingen die Arbeiter, wie Speer es auf der 57. Sitzung der Zentralen Planung am 18. Mai 1944 formulierte, "automatisch in die Sperrbetriebe hinein".⁵⁸ Wie aber diese Varianten einander ergänzten und aufeinander beruhten, so kollidierten sie zugleich mit Notwendigkeit. Beide hatten schließlich angesichts der tiefen Krise der faschistischen Herrschaft über das besetzte Europa keinerlei Aussicht auf nachhaltigen Erfolg.

In den Auseinandersetzungen über diese Varianten zwischen dem Rüstungsministerium und der Zentralen Planung einerseits und dem GBA andererseits, ging es nicht etwa um die Alternative einer im Gegensatz zur Politik des GBA friedlichen und menschlichen, den Interessen des französischen Volkes dienlichen Politik, sondern lediglich um die Richtung, die man nunmehr in der Zwangsarbeitspolitik und damit überhaupt in der Kollaborationspolitik taktisch einschlagen wollte. Die Versuche, Speer bei dieser Gelegenheit als klug-gemäßigten - daher erfolgreicheren - Vertreter des Regimes auszugeben, der allgemein "für den Abbau der Deportationen"⁵⁹ und gar für ein "gleichberechtigtes" Frankreich "in einem gemeinsam produzierenden Europa"⁶⁰ eingetreten sei, scheitern an den Tatsachen.

Aus durchsichtigen Gründen stellt auch Irving die Behauptung auf, "daß Sauckels Tätigkeit im Ausland mehr Schaden als Nutzen anrichtete".⁶¹ Er gibt Milch, den Chef der Luftwaffenrüstung, neben Speer leitendes Mitglied der Zentralen Planung, als Gegner der Deportationen aus, erklärt diese Gegnerschaft allerdings weniger mit humanitären als mit Zweckmäßigkeitsgründen; die französische Industrie habe in starkem Maße für die deutsche Luftwaffe produziert und sei dabei durch Sauckels Aktionen gehemmt worden, während man in Deutschland habe "die Ausländer ernähren, bekleiden und unterbringen und sich mit ihren Meutereien auseinandersetzen" müssen.⁶²

Nun kann freilich Irving nicht umhin zur Kenntnis zu nehmen, daß Milch im Jahre 1947 gerade wegen seiner maßgeblichen Mittäterschaft bei dem Zwangsarbeitsverbrechen des deutschen Imperialismus von einem amerikanischen Militärgericht zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt wurde.⁶³ Er schützt indessen ebenfalls die "direkte und alleinige Verantwortung von Gauleiter Sauckel"⁶⁴ vor und tut das Äußerste, um Milch zu entlasten; Er belastet die Flugzeugproduzenten und Konzernchefs Messerschmitt und Heinkel, die Milch nach Kriegsende Gleiches getan und sich vermutlich auch nach seiner Haftentlassung ihm, dem kompromittierten Nazimarschall gegenüber nicht "kollegial" genug benommen haben. Diese Angaben sind von beträchtlichem Interesse. "Durch persönliche Beziehungen zu Himmler und Flugzeugeschenke an Maurer (SS-Obersturmbannführer, Amtschef im SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt - D. E.) beschaffte sich Professor Heinkel 40 000 Ge-

57 Ebenda, S. 127 ff.

58 Zit. bei Janssen, S. 132.

59 Janssen, S. 127.

60 Speer, S. 323.

61 Irving, S. 237; s. a. S. 247.

62 Ebenda, S. 237.

63 Milch wurde bereits 1954 wieder freigelassen.

64 Irving, S. 387.

fangene" aus den Konzentrationslagern.⁶⁵ Messerschmitt verhandelte Anfang 1943 "während der Abwesenheit Milchs" mit Maurer und mit Schieber, dem für die Verbindung zur SS maßgeblichen Amtschef im Reichsministerium für Bewaffnung und Munition, und verlangte 3 000 Häftlinge aus dem Konzentrationslager Dachau.⁶⁶ Später ließ er sich die Häftlinge regelmäßig direkt vom KZ-Kommandanten zuweisen.⁶⁷

IV.

Die größere Hälfte des Buches von Janssen handelt von der letzten Periode des Krieges. Auch Speer widmet der Zeit von Anfang 1944 bis zum Kriegsende ein Drittel seiner Memoiren und beschreibt besonders detailliert seinen Kampf um die "Erhaltung der Substanz", das heißt um die Erhaltung der Machtgrundlagen des deutschen Imperialismus für die Zeit nach dem Krieg. Janssen beschäftigt sich ausführlicher mit Höhepunkt und Niedergang der Kriegsrüstung in dieser Zeit, mit dem Wettlauf zwischen Rüstung und Niederlage, der - so fügen wir hinzu - den Krieg verlängerte, noch Hunderttausende Gesundheit und Leben kostete und die deutsche Wirtschaft in die vollständige Katastrophe stürzte. Speer wiederum verschweigt seine und seines Ministeriums maßgebliche Rolle bei dem Amoklauf der deutschen Imperialisten. Er prunkt nicht wie damals mit den Zahlen seiner "Erfolge". Die Bildung des Rüstungsstabes am 1. August 1944 findet ebensowenig Erwähnung wie die im November 1944 bei Hitler durchgesetzte Bestellung Vöglers zum "Generalbevollmächtigten des Reichsministers für Rüstung und Kriegsproduktion für das Rhein- und Ruhrgebiet", zugleich zum Chef des Ruhrstabes (am 6. Dezember).⁶⁸ Dafür wärmt er Legenden und höchst zweifelhafte Histörchen auf wie die Mordabsichten Himmlers Anfang 1944 ihm gegenüber⁶⁹ und seinen eigenen Attentatsplan gegen Hitler nach Ermunterung durch seinen "väterlichen Berater" Friedrich Lüschen (Siemens-Konzern) von Anfang Februar 1945⁷⁰ und redet sich stets weitschweifig auf sein ambivalentes, geradezu pathologisches Verhältnis zu Hitler heraus.

Piskol⁷¹ hat nachgewiesen, daß die bis Kriegsende fortgesetzten Rüstungsanstrengungen der deutschen Monopole im sogenannten totalen Krieg nicht so sehr im Widerspruch standen zu ihren Vorbereitungen auf die Nachkriegszeit und zu den Versuchen, sich mit den Westmächten gegen die UdSSR zu arrangieren, als vielmehr damit korrespondierten und ihnen - auf dem Weg über militärische Teilerfolge - eine stärkere Verhandlungsbasis sichern sollten. Die Steigerung oder zumindest Aufrechterhaltung der Kriegsproduktion und die Erhaltung eines intakten Machtapparats über das bereits absehbare Kriegsende hinaus standen in den strategischen Vorstellungen der Monopolgewaltigen in engem Zusammenhang miteinander: Je günstiger und stabiler die militärischen Positionen, die gehalten werden konnten, desto erfolgreicher würden die Verhandlungen mit den Westmächten über Waffenstillstand und Frieden sein, und desto sicherer könnte der schwierige Übergang vom imperialistischen Krieg zur imperialistischen "Friedensordnung" gemeistert werden. In jedem Fall hielten sie es für

65 Ebenda, S. 248.

66 Ebenda, S. 269. - Der Stoßseufzer in der Anmerkung (ebenda, S. 446 f. Anm. 5) kann seinen Urheber nicht verleugnen: "Die Verhandlungspartner waren Prof. Messerschmitt und Direktor Hentzen, Staatsrat Dr. Schieber vom RmfBuM und SS-Obersturmbannführer Maurer vom SS-Amt Arbeitseinsatz. Als einziger von ihnen (?! - D. E.) wurde Milch wegen des Einsatzes von KZ- und Fremdarbeitern in der Luftfahrtindustrie inhaftiert."

67 Ebenda, S. 303.

68 Siehe Piskol, Joachim, Konzeptionelle Pläne, a. a. O., S. 340 f.

69 Speer, S. 342 f.

70 Ebenda, S. 436 ff; s. a. S. 487.

71 Piskol, Joachim, Konzeptionelle Pläne, a. a. O., passim.

notwendiger denn je, den zentralen Machtmechanismus des Rüstungsministeriums⁷² zu stärken.

Sowohl in Speers Memoiren als auch in Janssens Buch sind, was die Vorbereitungen des deutschen Monopolkapitals auf Kriegsende und Nachkriegszeit betrifft, manche eindringlichen Belege für die Tatsache zu finden, daß das Rüstungsministerium als Exekutive der großen Monopole handelte und der Minister als engagierter Verfechter ihrer deutlich akzentuierten Interessen auftrat. Freilich wird dem Leser in beiden Publikationen auch bei diesem Thema der größere Teil der Wahrheit vorenthalten. So bleibt die geheime Straßburger Konferenz vom 10. August 1944 unerwähnt, die zweifellos unter maßgeblicher Mitwirkung des Rüstungsministeriums zustande kam und auf der der Versuch unternommen wurde, jene Vorbereitungen zu koordinieren.⁷³ Das gleiche trifft auf den gesamten Komplex der langfristigen "Nachkriegsplanungen" des deutschen Finanzkapitals zu, beispielsweise auch auf die Tätigkeit des "Arbeitskreises für Außenwirtschaft".⁷⁴ Aber dem, der zu lesen versteht, geben beide Bücher bei aller Verschleierung einige bemerkenswerte Aufschlüsse über das tatsächliche Kräfteverhältnis und Kräftespiel im staatsmonopolistischen Machtmechanismus des faschistischen Deutschlands.

Je näher das Kriegsende rückte, desto dringender empfand das deutsche Monopolkapital das Bedürfnis, zuverlässig darüber zu wachen, daß das untergehende faschistische Regime nicht in selbstzerstörerischer Raserei den eigenen Produktionsapparat und damit die materielle Existenzgrundlage der imperialistischen Herrschaft vernichtete. Schon seit dem Frühjahr und Sommer 1944 hatte der Rüstungsminister das Terrain dafür vorbereitet, daß er gegenüber Wehrmacht und faschistischer Partei den entscheidenden Einfluß auf Erhaltung oder Zerstörung von Produktionsanlagen auch in vom Gegner unmittelbar bedrohten Gebieten außerhalb wie vor allem innerhalb der deutschen Grenzen behielt. Einen äußerst wichtigen Anhaltspunkt für diese Datierung liefern die Memoiren Speers, in denen von einem Besuch Walter Rohlands am 20. April 1944 am Krankenbett des Ministers berichtet wird, der sich im Frühjahr 1944 für kurze Zeit mit Rücktrittsabsichten trug. Die Angabe des für Speer unverwechselbaren Datums - Hitlers Geburtstag -, das wörtliche Zitat der Äußerungen Rohlands, seines "engsten Mitarbeiters", und der Kontext zeugen von der einschneidenden Bedeutung des Ereignisses für Speers eigenes politisches Verhalten. Rohland war im Jahre 1944 Vorstandsvorsitzender des Konzerns der Vereinigten Stahlwerke und erster Vertrauter Vöglers; seit 1940 hatte er im Munitions- bzw. Rüstungsministerium und auch außerhalb des Ministeriums zahlreiche zentrale, höchst einflußreiche staatsmonopolistische Funktionen inne. Er kam in einer Angelegenheit, die den deutschen Monopolen unaufschiebbar wichtig erschien. "Denn die Industrie hatte unterdessen von meinen Rücktrittsabsichten gehört, und Rohland war gekommen, mich davon abzuhalten; 'Sie dürfen die Industrie, die Ihnen bis-heute gefolgt ist, nicht denen ausliefern, die nach Ihnen kommen. Wie sie aussehen, kann man sich vorstellen! Für unser weiteres Vorgehen ist vor allem entscheidend: wie kann für die Zeit nach einem verlorenen Krieg die notwendige industrielle Substanz erhalten werden. Dazu müssen Sie auf Ihrem Posten bleiben!' Nach meiner Erinnerung war es das erste Mal, daß das Gespenst der 'Verbrannten Erde' vor mir auftauchte, als Rohland anschließend von der Gefahr sprach, daß von einer verzweifelten Führungsspitze mutwillige Zerstörungen befohlen werden könnten."⁷⁵

72 Durch Hitlererlaß vom 2. 9. 1943 erhielt das Reichsministerium für Bewaffung und Munition die neue Bezeichnung "Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion".

73 Siehe Piskol, Joachim, Konzeptionelle Pläne, a. a. O., S. 283 ff.

74 Siehe Piskol, Joachim, Zur Entwicklung der außenpolitischen Nachkriegskonzeption der deutschen Monopolbourgeoisie 1943 bis 1945, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1969, T. 2, S. 338; derselbe, Konzeptionelle Pläne, a. a. O., S. 389 ff.

75 Speer, S. 350.

Diese vorausschauende Einweisung Speers in seine neue vordringliche Aufgabe, deren der Minister von nun an stets eingedenk war⁷⁶, geschah unmittelbar unter dem Eindruck der fast vollständigen Befreiung der Ukraine durch die Sowjetarmee - viele Wochen bevor in Westeuropa die zweite Front eröffnet wurde und Monate bevor faschistische Führer tatsächlich zur Vernichtung der eigenen Produktionsgrundlagen aufforderten. Derartige Zerstörungsabsichten, mit denen sich diejenigen faschistischen Führer und Militärs, die sie bekundeten, in Gegensatz zu den Interessen des Finanzkapitals setzten, wurden erstmalig im Herbst 1944 verkündet.⁷⁷ Der Rüstungsminister setzte von dieser Zeit an seinen Machtapparat systematisch dafür ein, diese Absichten zu durchkreuzen und leistete den deutschen Monopolen damit wahrhaft unbezahlbare Dienste. Seit Beginn des Jahres 1945 vernachlässigte er alle anderen Amtsgeschäfte und widmete sich nahezu ausschließlich derjenigen Tätigkeit, die die Monopole jetzt als seine wichtigste Funktion ansahen. Er nutzte alle seine Vollmachten und seine ganze Autorität, um den westdeutschen Konzernen ihren Produktionsapparat zu erhalten und ihnen gegenüber jenen Kräften in Wehrmacht und Parteiapparat den Rücken zu stärken, die auch im Westen dem Gegner nur wüstes Land überlassen wollten.

Am 19. März 1945 unterzeichnete Hitler den sogenannten Nerobefehl, der unter Umgehung der Organe des Rüstungsministeriums den Wehrmacht- und Parteidienststellen auftrag: "Alle militärischen, Verkehrs-, Nachrichten-, Industrie- und Versorgungsanlagen sowie Sachwerte innerhalb des Reichsgebietes, die sich der Feind für die Fortsetzung seines Kampfes irgendwie sofort oder in absehbarer Zeit nutzbar machen kann, sind zu zerstören."⁷⁸ Dieser Befehl überdauerte aber nur zehn Tage, bis Hitler durch die massive Intervention der führenden Kräfte des deutschen Monopolkapitals und weiterer, breiterer Kreise der herrschenden Klasse - als ihr Sprecher fungierte der Rüstungsminister - de facto zur vollständigen Zurücknahme des Erlasses gezwungen wurde. Das Reisetagebuch Speers aus diesen Tagen und Wochen weist den faschistischen Minister als ebenso treuen wie unentbehrlichen Gehilfen und Gewährsmann des Monopolkapitals aus⁷⁹:

- | | |
|--------------------|---|
| Mitte März: | Beratung mit den "Mitarbeitern aus der Industrie" in Bernau |
| 15. - 18. 3. 1945 | Besprechungen in Westdeutschland mit den Gauleitern der faschistischen Partei |
| 18. 3. 1945 | Übergabe einer Denkschrift an Hitler betr. "Erhaltung der Substanz" |
| <u>19. 3. 1945</u> | "Nerobefehl" Hitlers |
| 19. - 20. 3. 1945 | Besprechungen mit GFM Kesselring, GFM Model, mit Hermann Röchling und im Ruhrstab |
| 21. 3. 1945 | Besprechungen in Berlin mit Hans Malzacher und anderen Industriellen |
| 22. 3. 1945 | Besprechungen mit Vertretern führender Monopole (Paul Pleiger, Otto Steinbrinck, Martin Sogemeier) und mit Generalen (Guderian, v. Trotha, Thomale u. a.) |

⁷⁶ Ebenda, S. 368.

⁷⁷ Ebenda, S. 411 ff.; Janssen, S. 304 ff.

⁷⁸ IMG, Bd. 41, S. 430, Dok. Speer-25, Hitlererlaß v. 19. 3. 1945.

⁷⁹ Zusammengestellt nach IMG, Bd. 41, S. 420 ff., 433 ff., 485 ff., 520 ff., Dok. Speer-23, Speer-28, Speer-29, Speer-42, Speer-43 und Speer-47; Janssen, S. 309 ff.; Speer, S. 442 ff. - In allen aufgeführten Besprechungen ging es um die Sicherung der materiellen Substanz der Monopolherrschaft.

- 25. - 27. 3. 1945 Besprechungen in Westdeutschland mit Rohland, Röchling, Kelchner, mit Vögler, Model und Kesselring, mit den Gauleitern, mit Himmler, hohen SS-Führern usw.
- 28. - 29. 3. 1945 Auseinandersetzung zwischen Speer und Hitler über den "Nerobefehl" vom 19. 3. 1945
- 29. 3. 1945 Hitler gibt bei
- 30. 3. 1945 Wiederherstellung der durch den "Nerobefehl" beschnittenen Vollmachten Speers und faktische Aufhebung des Befehls durch neuen "Führererlaß" und Durchführungsbestimmungen Speers dazu (ergänzt am 4. 4. 1945)
- 30. 3. 1945 Abreise nach Westdeutschland, Besprechung mit Rohland
- 1. Aprilwoche Durchsetzung des Erlasses vom 30. 3. 1945 durch persönlichen Einsatz Speers (Rundreise), durch ergänzende Erlasse usw.
- 5. (6.) 4. 1945 Funkspruch an Rohland mit der Bevollmächtigung für R., Abmachung mit dem Oberbefehlshaber West (Model) zur Verhinderung der Sprengung der "zur Aufrechterhaltung der Industrie notwendigen" Brücken zu treffen

Die Tatsachen strafen jene Geschichtslegende Lügen, nach der Speer gegen die gesamte faschistische Hierarchie Hitler Trotz geboten und heroischen Widerstand geleistet hat. Speer selbst leistet dieser Legende Vorschub, nicht zuletzt durch die kolportagehafte Schilderung seiner Auseinandersetzungen mit Hitler. Die tatsächliche Tragweite des "Nerobefehls" wird in der bürgerlichen Literatur durchweg überbewertet; der mehr oder weniger offene Widerstand breiter Kreise der herrschenden Klasse einschließlich vieler Gauleiter und anderer faschistischer Satrapen sowie die "chaotischen Befehlsverhältnisse"⁸⁰, die inzwischen herrschten, hätten seine Wirkung in jedem Fall weitgehend paralysiert. Verschwiegen wird dagegen, daß im Osten Deutschlands gegenüber der Sowjetarmee und gegenüber dem eigenen Volk in der Tat bis zuletzt die Praxis der verbrannten Erde geübt wurde, so daß die Antifaschisten hier nach Kriegsende ein außerordentlich schweres Erbe antraten.

⁸⁰ Speer, S. 464.

WIRTSCHAFT UND KRIEGFÜHRUNG IM IMPERIALISTISCHEN DEUTSCHLAND
1914 BIS 1918

Zur Darstellung der Rolle der Wirtschaft bei der Vorbereitung und Führung des ersten Weltkrieges in einigen neueren historischen Publikationen in der BRD und der DDR

Burchardt, Lothar, Friedenswirtschaft und Kriegsvorsorge. Deutschlands wirtschaftliche Rüstungsbestrebungen vor 1914. Militärgeschichtliche Studien. Herausgegeben vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt. Bd. 6

Harald Boldt Verlag, Boppard am Rhein 1968, 277 Seiten

Kielmansegg, Peter Graf, Deutschland und der Erste Weltkrieg

Akademische Verlagsgesellschaft Athenanion, Frankfurt am Main 1968, 747 Seiten mit 11 Kartenskizzen im Anhang

Deutschland im ersten Weltkrieg, herausgegeben von der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Institut für Geschichte, Arbeitsgruppe Erster Weltkrieg, Leitung: Fritz Klein

Band 1: Vorbereitung, Entfesselung und Verlauf des Krieges bis Ende 1914, von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Fritz Klein

Akademie-Verlag, Berlin 1968, 514 Seiten mit 7 Karten und 40 Bildtafeln,
Preis: 25,- M

Band 2: Januar 1915 bis Oktober 1917, von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Willibald Gutsche

Akademie-Verlag, Berlin 1968, 799 Seiten mit 16 Karten und 40 Bildtafeln,
Preis: 35,- M

Band 3: November 1917 bis November 1918, von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Joachim Petzold

Akademie-Verlag, Berlin 1969, 603 Seiten mit 16 Karten und 40 Bildtafeln,
Preis: 25,- M

von Dieter Baudis

Mit Beginn der sechziger Jahre hat sich die bürgerliche Geschichtswissenschaft in der BRD wieder verstärkt der Erforschung der Vorgeschichte und Geschichte des ersten Weltkrieges zugewandt. Bemerkenswert ist dabei, daß - im Gegensatz zu den Veröffentlichungen der Zwischenkriegsperiode, in denen die Untersuchung der militärischen Seite des Krieges im Vordergrund stand - das Interesse sich vor allem auf die politischen, sozialen und ökonomischen Probleme konzentriert. Uns geht es vor allem darum, die Darlegung des Verhältnisses von Wirtschaft und Politik, von ökonomischer Basis und politischem Überbau, in zwei bemerkenswerten Arbeiten zu untersuchen; der Monographie von Lothar Burchardt zum

Problem der wirtschaftlichen Kriegsvorbereitung und in einer Gesamtdarstellung zur Geschichte des ersten Weltkrieges von Peter Graf Kielmansegg. Etwa zur gleichen Zeit wie die Arbeit des letzteren erschien in der DDR ein umfangreiches, inhaltlich umfassendes Werk zur Gesamtgeschichte Deutschlands im ersten Weltkrieg. Ein Vergleich zwischen beiden Darstellungen bietet sich natürlich an und ist geeignet, den grundlegenden Unterschied zwischen der marxistisch-leninistischen und der bürgerlichen Geschichtswissenschaft deutlich zu machen.

Burchardts Monographie, die aus einer 1966 in Heidelberg als Dissertation angenommenen Arbeit entstand, weist den Verfasser als einen ausgezeichneten Sachkenner der behandelten Materie aus. Das zeigt sich in der Diktion der Arbeit, der Darlegung der Details wie der Zusammenhänge, nicht zuletzt auch im wissenschaftlichen Anmerkungsapparat, der den Versuch, mit Hilfe gründlicher Faktenkenntnis den Stoff in seiner ganzen Tiefe auszuloten, dem Leser auch rein optisch deutlich macht. Die Untersuchung stützt sich in erster Linie auf Archivmaterial und hier besonders auf die Bestände des Deutschen Zentralarchivs in Potsdam.

Nach einer Einleitung, die sich mit dem "Bild des zukünftigen Krieges" - womit der erste Weltkrieg gemeint ist - beschäftigt, wird das Thema in sechs Kapiteln abgehandelt. Kapitel I - IV sind systematisch aufgebaut und befassen sich mit der Beantwortung der Frage, wie man sich den kommenden Krieg vorstellte und wie man über die Versorgungslage dachte. Burchardt untersucht vor allem das Problem einer möglichen Blockade, die Auffassungen zur Rohstoff- und Lebensmittelversorgung und zur Arbeitskräftefrage sowie die Autarkiebestrebungen. Kapitel V behandelt chronologisch die effektiven Bestrebungen, sich auch wirtschaftlich auf den Krieg vorzubereiten, und Kapitel VI schätzt den realen Stand der Vorbereitung bei Kriegsbeginn kritisch ein.

Burchardt beschränkt die Thematik von vornherein, indem er die finanziellen und eisenbahntechnischen Vorbereitungsarbeiten aus der Betrachtung ausklammert. Er begründet das damit, daß in beiden Fällen der Akzent auf der Mobilmachungsphase lag und "weder hier noch dort ... kriegswirtschaftliche Vorarbeiten im eigentlichen Sinn, also Planungen über die Mobilmachungszeit hinaus" (S. VIII)¹ erfolgt seien. Diese Begründung befriedigt indessen nicht, zumal man auf allen anderen Gebieten, die im Kriege selbst eine so große Rolle spielen sollten, ebenfalls über Vorarbeiten und theoretische Erwägungen nicht hinausgekommen war, wie der Verfasser selbst nachweist. Gerade auf dem Gebiet der Finanzfragen waren die Vorbereitungen am weitesten fortgeschritten, wenngleich sich herausstellte, daß die getroffenen Maßnahmen infolge der Fehleinschätzung des Charakters des Weltkrieges sich als völlig unzureichend erweisen sollten. Unerfindlich bleibt jedoch, warum die Entwicklung der Rüstungswirtschaft und die Beziehungen zwischen dem Staatsapparat und der Industrie so gut wie ganz aus der Betrachtung ausgeklammert wurden. Eine Begründung für diese Abstinenz wird nicht gegeben. Eine Arbeit, die vorgibt, sich mit der "Kriegsvorsorge" (Titel) und den "wirtschaftlichen Rüstungsbestrebungen" (Untertitel) zu beschäftigen, kann wohl kaum an diesen wichtigen Fragen so vorbeigehen, wie das in diesem Fall zu beobachten ist, nicht einmal dann, wenn die Produktion von Kriegsmaterial, die eigentliche "Rüstung", als eine vorwiegend militärische und militärtechnische aufgefaßt werden würde.

Die Konzeption der Arbeit - und damit auch ihre ideologische Grundposition - wird bereits im Vorwort deutlich. Burchardt schreibt: Deutschland "glaubte sich ... fast ständig am Rande eines Krieges... So ungenügend man sich innenpolitisch der industriellen Ausdehnung anpaßte, nach außen trieb Deutschland nicht nur politische, sondern auch wirtschaftliche 'Weltpolitik'. Daraus ergaben sich in großer Zahl Verflechtungen und Gefahren...", die "eine Kriegspsychose" erzeugten. Die "Einkreisungsfurcht" sei "keineswegs unberechtigt"

1 Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im laufenden Text beziehen sich auf das jeweils besprochene Buch.

gewesen. Darauf könne jedoch nur gelegentlich eingegangen werden, und der eigentliche Gegenstand der vorliegenden Untersuchung sei "enger begrenzt: Kriegsfurcht legte den Wunsch nach angemessener Vorbereitung auf das für unvermeidlich Gehaltene nahe" (S. VII). Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang folgender Satz: "Gerade die neuerdings wieder auflebende Diskussion über die Hintergründe des Kriegsausbruchs von 1914 läßt es daher sinnvoll erscheinen, hier noch einmal anzusetzen." (S. VIII)

Diese subjektivistisch-idealistische Betrachtungsweise abstrahiert völlig von der realen gesellschaftlichen Entwicklung jener Zeit. Sie betrachtet den Weltkrieg nicht als notwendige unvermeidliche Folge der Interessengegensätze und Expansionsbestrebungen der imperialistischen Großmächte, die ihrerseits auf dem Übergang vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus und dem Wirken des Gesetzes der ungleichmäßigen ökonomischen Entwicklung basierten, sondern als ein fast schicksalhaft heranrollendes Verhängnis, auf das sich das Deutsche Reich vorbereiten mußte. Burchardt ist weit davon entfernt, etwa zuzugestehen, daß die Aggressivität des deutschen Imperialismus den entscheidenden Beitrag zur Vorbereitung und Entfesselung des ersten Weltkrieges darstellte. Er steht in der Diskussion über die Kriegsschuldfrage trotz aller verbalen Zurückhaltung eindeutig auf der Seite derer, die die besondere Verantwortlichkeit der herrschenden Klasse in Deutschland für den Ausbruch des Krieges ablehnen. Es wird zwar nicht die Auffassung vertreten, daß der deutsche Imperialismus "der Möglichkeit eines Weltkrieges völlig naiv gegenüberstanden" habe und vor 1914 keine kriegswirtschaftlichen Anstrengungen unternommen hätte, wie es in den zusammenfassenden Betrachtungen heißt (S. 250). In der Sicht des Verfassers stellen sich die Dinge vielmehr so dar: "Man rechnete nicht nur mit einem Krieg, sondern blickte ständig auf diese scheinbar unausweichliche Zukunftsvision und unternahm keinen wirklich entschlossenen Versuch, ihr zu entinnen. Die Reichsleitung war daher bestrebt, dem scheinbar Unvermeidlichen innerhalb gewisser Grenzen die Spitze zu nehmen, indem sie Deutschland auf einen Wirtschaftskrieg vorbereitete..." (S. 250) Auch die mehrfache Verwendung des Wörtchens scheinbar kann nicht über den Kern der Aussage hinwegtäuschen, die darin besteht, den deutschen Imperialismus von seiner historischen Schuld und Verantwortlichkeit freizusprechen, zu entlasten. Wenn der Vorwurf erhoben wird, die Reichsleitung habe keinen "wirklich entschlossenen Versuch" unternommen, sich aus der "Zwangslage" (S. VII) zu lösen, so beweist das nur, daß Burchardt die Zielstrebigkeit, mit der die herrschende Klasse in Deutschland auf den Krieg hinarbeitete, nicht sieht oder nicht sehen will. Den zweiten Vorwurf, die wirtschaftliche Kriegsvorbereitung nicht wirksam genug vorangetrieben zu haben, entkräftet er selbst im Verlauf der Darstellung. Seiner Auffassung nach kam alles so, wie es schließlich kommen mußte. Auf diese Weise werden jedoch weder die treibenden gesellschaftlichen Kräfte noch die ihrem Handeln zugrunde liegenden Gesetzmäßigkeiten sichtbar.

Wesentliche Gründe, die dazu führten, daß die wirtschaftlichen Kriegsvorbereitungen nicht den späteren tatsächlichen Anforderungen entsprachen, werden im ersten Kapitel, das sich vor allem mit der Diskussion über die voraussichtliche Kriegsdauer beschäftigt, erläutert. Die Theorie vom "kurzen Krieg", die sich geradezu zu einem Dogma entwickelte und deren eifrigster Verfechter Schlieffen war, ging nicht davon aus, was möglich sein würde, sondern davon, was der Generalstab für notwendig hielt, um den Sieg in der militärischen Auseinandersetzung zu erringen. Die neuen Beziehungen zwischen Politik und Ökonomie, Wirtschaft und Kriegführung wurden entweder nicht erkannt bzw. entgegen dem tatsächlichen historischen Verlauf so interpretiert, daß ein längerer Krieg gerade aus (welt-)wirtschaftlichen Gründen nicht möglich sei. Andererseits - auch das darf nicht übersehen werden - beruhte diese Variante der Blitzkriegstheorie nicht allein auf militärisch-strategischen Erwägungen und dem Zweifel am wirtschaftlichen Stehvermögen, sondern auch auf dem "allzu großen Vertrauen auf die eigene militärische Leistungsfähigkeit" (S. 50), anders ausgedrückt, auf der Unterschätzung der Gegner, auf der eigenen bornierten und traditionellen Überheblichkeit.

Burchardt behauptet, es habe vor 1914 nicht an Stimmen gefehlt, die einen längeren Krieg voraussagten. Er zitiert den älteren Moltke, der in einer Rede vor dem Reichstag am 14. 5. 1890 ausgeführt hatte: "... 'wenn dieser Krieg zum Ausbruch kommt, so ist seine Dauer und ist sein Ende nicht abzusehen. Es sind die größten Mächte Europas, welche gerüstet wie nie zuvor, gegeneinander in den Kampf treten; keine derselben kann in einem oder zwei Feldzügen so vollständig niedergeworfen werden, daß sie sich für überwunden erklärte... Meine Herren, es kann ein siebenjähriger, es kann ein dreißigjähriger Krieg werden...'" (zitiert auf S. 21). Auf diese Argumente hätten sich diejenigen gestützt, die der These vom "kurzen Krieg" skeptisch gegenüberstanden. Abgesehen davon, daß Moltke hier in ein anderes Extrem verfiel - von der Möglichkeit eines dreißigjährigen Krieges konnte keine Rede sein, weder 1890 noch 25 Jahre danach -, so wären die Vertreter des preußisch-deutschen Imperialismus besser beraten gewesen, wenn sie sich an Friedrich Engels gehalten hätten, dessen bekannte Äußerungen aus dem gleichen Jahr zum Charakter und Ergebnis des Weltkrieges, gemessen am Grad der Übereinstimmung zwischen Vorhersage und Realität, die Überlegenheit einer marxistischen Geschichtsbetrachtung überzeugend zum Ausdruck brachten. Bis in das Jahr 1915 hinein brachte es die herrschende Klasse nicht fertig, sich von dem ihr so lieb und teuer gewordenen Schema der kurzen Kriegsdauer zu trennen. Burchardt schreibt selbst, daß man "in der Reichsleitung auch nach der Marneschlacht gerne das Frühjahr 1915 als voraussichtliches Kriegsende" ansah (S. 18).

Einige wenige, darunter "eine geringe Anzahl von Männern der Wirtschaft" (S. 26), die sich etwas mehr Wirklichkeitssinn bewahrt hatten, waren nicht bereit, sich dem Dogma vom kurzen Krieg und damit der Überflüssigkeit einer wirtschaftlichen Vorbereitung zu unterwerfen. Zu ihnen zählten insbesondere Leute, die sich auf dem Gebiet der Nationalökonomie theoretisch betätigten, wie zum Beispiel Dix, Rießer, Possehl, Blaustein und Walther Rathenau. Letzterer war es auch, der unmittelbar nach Kriegsbeginn, angeregt durch seinen Mitarbeiter Wichard von Moellendorff², die Rohstoffversorgung organisierte und damit einen "unschätzbaren" Beitrag dazu leistete, daß der Krieg nicht schon nach einem Jahr zugunsten des deutschen Imperialismus beendet wurde. Auf dem Gebiet der Lebensmittelfuhr war es Albert Ballin, dessen Initiative am 4. August 1914 zur Gründung der GmbH Reichseinkauf, der späteren Zentral-Einkaufs-Gesellschaft führte. Diese Aktivitäten wurden jedoch erst nach Kriegsausbruch wirksam, für die Jahre der Kriegsvorbereitungen kann von einem stärkeren Arrangement zwischen Wirtschaft und Staat nicht die Rede sein, ausgenommen das Gebiet der Produktion von Kriegsmaterial, auf dem sich die unmittelbaren Profitinteressen der großen kapitalistischen Unternehmungen mit den Bestrebungen des Staates deckten. Burchardt behauptet, daß "weiteste Kreise ... die traditionelle Trennung von Staat und Wirtschaft" verfochten hätten (S. 7). Sie wären daher außerstande gewesen, "die Notwendigkeit einer gemeinsam betriebenen und grundsätzlich von der Friedenswirtschaft unterschiedenen Kriegswirtschaft zu erkennen." (S. 7) Er verweist auf das "Gewicht des in langer Tradition verwurzelten Denkmodells der Trennung von Staat und Wirtschaft" (S. 173). Der Staat habe "trotz durchaus vorhandener Querverbindungen zu einzelnen wirtschaftlichen Führern und Interessengruppen ein Stadium ausgeprägter Wirtschaftsfremdheit nie überwunden..." (S. 233) Es "fehlte jede engere Zusammenarbeit mit der Wirtschaft oder mit den Privatpersonen, die warnend hervorgetreten waren..." (S. 247) Zweifellos treffen diese Bemerkungen etwas Richtiges, obwohl sie geeignet sind, die Kernfrage zu verschleiern. Das mangelhafte Zusammenspiel zwischen Monopolen und Staat in der Frage der wirtschaftlichen Kriegsvorbereitung ist natürlich nicht in erster Linie auf Traditionen und Denkmodelle zurückzuführen, sondern auf die fehlende Fähigkeit, die objektive Realität des Krieges richtig einzuschätzen. Gerade dadurch wurde ein stärkeres Zusammenspiel der Kräfte auf diesem

² Vgl. hierzu Burchardt, Lothar, Walther Rathenau und die Anfänge der deutschen Rohstoffbewirtschaftung im ersten Weltkrieg, in: Tradition. Zeitschrift für Firmengeschichte und Unternehmerbiographie, Nr. 4/1970, S. 169 ff.; derselbe, Eine neue Quelle zu den Anfängen der Kriegswirtschaft in Deutschland 1914, in: ebenda, Nr. 2/1971, S. 72 ff.

speziellen Gebiet verhindert. Die relativ große Selbständigkeit des junkerlich-preußischen Staatsapparates war ein zusätzliches, keineswegs zu unterschätzendes hemmendes Moment. Daß der deutsche Imperialismus dieser Zeit eben ein junkerlich-bürgerlicher Imperialismus war (und nicht umgekehrt), zeigte sich auch darin, daß der Staat außerstande war, in der Frage der wirtschaftlichen Kriegsvorbereitung die Führung zu übernehmen. Von seiten der Wirtschaft aber waren Vorstöße in dieser Richtung um so weniger zu erwarten, da keine unmittelbaren Profitinteressen auf dem Spiel standen (vgl. S. 93). Zwar hatte schon 1906 eine vom Reichsamt des Innern geleitete kriegswirtschaftliche Beratung stattgefunden, jedoch ohne Beteiligung von Vertretern aus Kreisen der Wirtschaft. Erst im Dezember 1912 bildete sich eine Ständige Kommission für wirtschaftliche Mobilmachung im Verantwortungsbereich des Reichsamtes des Innern. Jetzt setzte ein gewisser Wandel ein, und "gelegentlich" wurden "Sachverständige aus der Wirtschaft" befragt (S. 234). Der "Wirtschaftliche Ausschuß", der seit 1897 existierte und vor allem auf eine Initiative des Zentralverbandes der Industriellen zurückzuführen war, vereinigte in sich zwar vornehmlich Vertreter der Wirtschaft, hatte aber lediglich beratende Funktionen. Dieser Ausschuß trat zu Fragen der wirtschaftlichen Kriegsvorbereitung zum erstenmal im Mai 1914 zusammen, um sich auf den Herbst zu vertagen. Burchardt meint, daß "diese Besprechungen den ersten staatlichen Versuch darstellten, die Wirtschaft planmäßig in die Vorbereitungsarbeit einzuschalten... Von hier aus setzte sich langsam das Erkenntnis durch, daß die wirtschaftlichen Aufgaben eines modernen Krieges im Überschneidungsbereich von Staat und Wirtschaft liegen und deshalb der Zusammenarbeit beider bedürfen würden." (S. 237)

Wenn die wirtschaftlichen Kriegsvorbereitungen des deutschen Imperialismus (in den von Burchardt behandelten Sphären) "minimal" (S. 8) waren, wenn im Sommer 1914 in der Wirtschaft ein "durchaus unrealistisches Kriegsbild" vorherrschte und man sich dort "teilweise offenbar tatsächlich für wohl vorbereitet" (S. 250) hielt, wenn von einer planmäßigen Hinlenkung zu einer organisierten Kriegswirtschaft "nicht die Rede" (S. 239) sein konnte, wenn daher bei Kriegsbeginn "so gut wie nichts vorbereitet" (S. 162) war, so hatte das primär nichts mit "Denkmodellen" zu tun, erst recht nicht mit einer angeblichen "Angst vor der voraussichtlichen Reaktion des In- und Auslandes" (S. 94) oder der "Scheu vor der Übernahme dieser bislang unerhörten Aufgabe" (S. 94). Das alles sind Fragen von untergeordneter Bedeutung, die bei Burchardt die ideologische Funktion erfüllen, die Aggressivität des deutschen Imperialismus zu leugnen, das zielbewußte Hinsteuern auf den Krieg, den durchaus geplanten "Griff nach der Weltmacht" zu verneinen. Es war die Unfähigkeit der herrschenden Klasse, die Auswirkungen des erreichten Entwicklungsstandes der Produktivkräfte auf die Intensität und die mögliche Dauer des modernen Krieges richtig einzuschätzen, die eine wirtschaftliche Vorbereitung weitgehend verhinderten. Nicht nur Deutschland, sondern auch die anderen imperialistischen Mächte, die auf die Entfesselung des Krieges hinarbeiteten, traten bekanntlich unter dem Gesichtspunkt einer planmäßigen Vorbereitung der kriegswirtschaftlichen Organisation sehr wenig gerüstet in den Krieg ein. Und das, obwohl zum Beispiel in England und Frankreich die Struktur der Gesellschaft und die Herrschaftsverhältnisse so beschaffen waren, daß von einer "Trennung von Staat und Wirtschaft" nicht die Rede sein kann. Burchardt übertreibt diese Trennung bei der Suche nach den Ursachen der ungenügenden wirtschaftlichen Kriegsvorbereitung, er übersieht, daß gerade die Tendenzen ihrer Überwindung, der Vereinigung von Staat und Wirtschaft, in der Zeit vor dem ersten Weltkrieg als Folge objektiver Entwicklungen in der ökonomischen Basis, unter dem Einfluß der Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen Junkern und Großbourgeoisie und der Annäherung zwischen ihnen, der wachsenden Macht des Monopolkapitals sowie unter dem Eindruck der zunehmenden Kraft und Organisiertheit der Arbeiterklasse beträchtlich an Boden gewinnen.

Befaßte sich Burchardt mit einem Spezialproblem, so stellte sich Peter Graf Kielmansegg die Aufgabe, eine Gesamtdarstellung der Geschichte Deutschlands im ersten Weltkrieg zu schreiben, eine umfassende Gesamtschau zu geben, freilich beschränkt auf die wichtigsten

Aspekte der Entwicklung. Unabhängig von jeder kritischen Betrachtung und Bewertung - die natürlich auch die weltanschaulich-politische Position mit einschließt - kann zunächst gesagt werden, daß die Art und Weise, in der der Verfasser versucht hat, die Aufgabe zu lösen, eine beachtliche Leistung darstellt, zumal wenn man berücksichtigt, daß Kielmansegg zum Zeitpunkt des Erscheinens des Werkes ganze 31 Jahre alt war. Es kam ihm darauf an, "die Summe der neu erarbeiteten Kenntnisse und der neu gewonnenen Einsichten zu ziehen und - diese Summe gesicherten Fortschritts mit den Resultaten der Weltkriegsforschung der zurückliegenden Jahrzehnte verbindend - ein Gesamtbild des Krieges zu entwerfen." (S. VII) Darüber hinaus verfolgt der Verfasser das Ziel, durch seine engagierte Art der Darstellung das "Problembewußtsein" des Lesers zu schärfen und ihm "das selbständige Nachdenken der wissenschaftlichen Diskussion ebenso wie der geschichtlichen Problematik zu ermöglichen." (S. VII) Er läßt die Zeitereignisse nicht nur Revue passieren, sondern setzt sich für das "Durchdenken der Alternativen" (S. VII) ein und will "den Horizont der objektiven Möglichkeiten und Notwendigkeiten der Zeit" bestimmen (S. VIII). Kielmansegg tritt bewußt und offen für eine "urteilsbildende" Geschichtswissenschaft ein, denn; "Zu sehr bestimmen die Fehlentscheidungen, Fehlentwicklungen, Verhältnisse jener Jahre noch immer unser Schicksal, als daß der Historiker sich solchem Urteil entziehen dürfte." (S. VIII) Und damit sind wir bereits bei der von ihm verfochtenen Geschichtsauffassung, die die in ihren Grundzügen objektiv bedingte historische Entwicklung nicht als allmähliche Durchsetzung von Gesetzmäßigkeiten betrachtet, sondern als eine Kette von häufig fehlerhaften, verhängnisvollen und vermeidbaren historischen Ereignissen. So begründet er die Wichtigkeit und Notwendigkeit einer Untersuchung der Geschichte des ersten Weltkrieges damit, es habe sich gezeigt, "daß der erste Weltkrieg als der eigentliche Beginn des für Deutschland und für Europa bisher so verhängnisvoll verlaufenen 20. Jahrhunderts im Geschichtsbild der Deutschen ein neuralgischer Punkt" sei (S. V). Der erste Weltkrieg als eigentlicher Beginn des 20. Jahrhunderts... Für Deutschland und Europa verhängnisvoll verlaufen... Freilich, der Krieg ist untrennbar verknüpft mit dem Beginn der allgemeinen Krise des Kapitalismus und mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, mit dem Beginn der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. Als sich im zweiten Weltkrieg die gesellschaftliche Ordnung des Sozialismus dem menschenfeindlichen System des Imperialismus in seiner barbarischsten, faschistischen Form überlegen zeigte, veränderte sich das Kräfteverhältnis erneut zuungunsten des internationalen Großkapitals. Speziell in Deutschland wurde der Einflußbereich der Monopolbourgeoisie weiter zurückgedrängt. Der erste sozialistische Staat auf deutschem Boden beschränkt seine Wirkungsmöglichkeiten. Das sind Fakten, die man - je nach der Klassenposition - begrüßen oder bedauern kann. Kielmansegg bedauert sie und verdeutlicht damit seinen Standpunkt als "engagierter", das heißt bewußt politischer Historiker. Von diesem Standpunkt her erklärt sich auch, warum es in seinem Buch keine grundsätzliche Kritik an den damals in Deutschland herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen und an der Politik der herrschenden Klasse gibt. Sein Engagement beschränkt sich weitgehend auf die Lobpreisung der Waffentaten der deutschen Truppen und auf einige kritische Anmerkungen zu "Fehlern" der politischen und militärischen Führung bzw. auf das Aufzeigen von möglichen Alternativen.

Die Frage nach den Ursachen des Krieges wird - in der Einleitung - lediglich kurz gestreift. Zwar erwarten wir keinen Versuch der von Lenin geforderten Aufdeckung des "Geheimnisses", in dem Kriege inszeniert werden, doch möchte man annehmen, daß Kielmansegg seiner eigenen Auffassung, daß es bei der Frage nach den Ursachen darauf ankäme, "seine Aufmerksamkeit vor allem den allgemeinen Wesensmerkmalen des Zeitalters" zuzuwenden (S. 1), folgen würde. Das ist jedoch nicht der Fall. Diese allgemeinen Merkmale bleiben vielmehr im Dunkel. Die wenigen Bemerkungen dazu befriedigen in keiner Weise. Unter ihnen findet sich zwar als "treibende Kraft" die "Expansionskraft der kapitalistischen Industriewirtschaft" (S. 1), die jedoch sofort subjektivistisch interpretiert wird in der Weise, daß die zwischenstaatlichen Beziehungen im Bewußtsein immer stärker den Charakter

eines bloßen Konkurrenzkampfes angenommen hätten und das "Konkurrenzdenken" die Einsicht in die gemeinsamen Interessen der europäischen Staaten verdunkelt habe (S. 1). Daß man damals, auch unter dem Einfluß des "Nationalismus", statt zu einer Art EWG zum ersten Weltkrieg kam, war nach Kielmansegg keineswegs eine objektive Folge ökonomischer und sozialer Prozesse und Widersprüche, sondern des unzureichenden Niveaus des menschlichen Denkens. Der Krieg erschien noch als ein "legitimes Mittel der Politik" (S. 2), und was ein moderner Krieg bedeutete, war den Menschen noch nicht bewußt. Sie waren anscheinend noch nicht so weit, um zu erkennen, daß die Beseitigung von Interessengegensätzen viel besser durch Vereinigung als durch bewaffnete Konflikte zu erreichen sei. Und darin steckt die Apologetik; Die Überbetonung der Rolle des Bewußtseins, das sich faktisch verselbständigt, und die weitgehende Außerachtlassung der materiellen Faktoren führen nicht nur zu einer falschen Darstellung der Ursachen des Krieges, sondern gleichzeitig zu ebenso beabsichtigten wie absolut unrealistischen Gedankenassoziationen hinsichtlich der Entstehung und Rolle solcher multinationaler imperialistischer Organisationen wie der NATO, der EWG usw.

Kielmansegg behandelt die Geschichte des Krieges in fünf großen Abschnitten, die wiederum in insgesamt 35 Kapitel untergliedert sind. Der erste relativ kurze Abschnitt beschäftigt sich mit dem Ausbruch des Krieges, der zweite mit der ersten Phase des Krieges, die bis Ende 1915 angesetzt wird. Im dritten Abschnitt werden Kriegspolitik und Kriegswirtschaft behandelt, im vierten die Jahre 1916/17 als die "Phase der Entscheidungen" und im fünften Abschnitt das letzte Kriegsjahr. Hier fällt auf, daß der Autor darauf verzichtet - analog zur Behandlung der Ursachen -, die Ergebnisse des Krieges zusammenfassend darzustellen. Das Buch schließt exakt mit der Beendigung der Feindseligkeiten am 11. November 1918, 12 Uhr mittags, sechs Stunden nach Abschluß des Waffenstillstandes.

Rein quantitativ im Vordergrund steht die Darstellung der außenpolitischen Fragen, der Kriegsziele, der diplomatischen Aktivitäten, und hier insbesondere des "Problems des Friedens". Der Leser könnte fast den Eindruck gewinnen, als ob sämtliche kriegführenden Mächte, allen voran der deutsche Imperialismus, keineswegs darauf ausgingen, den Gegner zu vernichten, sondern unablässig bemüht waren, den Irrtum des Krieges zu korrigieren und den Frieden wiederherzustellen. Ebenfalls einen breiten Raum - etwa ein Drittel des Gesamtumfangs - nimmt die Behandlung der militärischen Operationen ein, während die Fragen der Innenpolitik sowie der Kriegswirtschaft nur sehr knapp dargestellt werden. Uns interessiert hier vor allem die Darstellung der Entwicklung der Wirtschaft und der Wirtschaftspolitik. Eine kritische Wertung der anderen Abschnitte muß den entsprechenden Fachhistorikern überlassen bleiben.

Nachdem die Frage der wirtschaftlichen Kriegsvorbereitung knapp skizziert wurde, wendet sich der Autor den vier Problemkreisen zu, die allgemein als die wichtigsten betrachtet werden, der Finanzierung der Kriegskosten, der Rohstoffversorgung, dem Ernährungsproblem und der Arbeitskräftefrage.

Im ersten Abschnitt bringt Kielmansegg eine knappe Darstellung der verschiedenen Methoden zur Finanzierung des Krieges. Bekanntlich wurde der Krieg in erster Linie zunächst durch Anleihen, insbesondere ab 1916 in zunehmendem Maße durch die Erhöhung der umlaufenden Geldmenge, d. h. durch die Entwicklung der Inflation, finanziert. Der Verfasser kritisiert die Steuerpolitik der Regierung. Er akzeptiert zwar im allgemeinen die "politischen Hindernisse" (S. 164), die der Erschließung neuer Steuerquellen im Wege gestanden hätten, nimmt aber die Politik hinsichtlich der Besteuerung der Kriegsgewinne davon aus. Die "späte und ungenügende" Heranziehung der Kriegsgewinne wird als das "politisch schwerwiegendste Versäumnis" (S. 165) bezeichnet, das in erheblichem Maße zur Wirkung der Kriegsgewinne als sozialer Sprengstoff beigetragen habe. Bei dieser Betrachtung bleiben mindestens zwei wesentliche Tatsachen unberücksichtigt; Erstens bestand für die herrschenden Kreise keine Veranlassung, eine andere Methode der Kriegsfinanzierung als die der Anleihenpolitik zu

wählen, da von der Annahme einer kurzen Dauer des Krieges ausgegangen wurde und die Kriegskosten dem besiegten Gegner als Kontribution aufgebürdet werden sollten - auf letzteres wird hingewiesen -, zweitens betrachtet Kielmansegg die Frage der Besteuerung der Kriegsgewinne einseitig als ein ausgesprochen politisches Problem. Er geht davon aus, daß die Abschöpfung der Kriegsgewinne im staatlichen Interesse gelegen hätte, und übersieht, daß das Abstraktum Staat in seiner konkreten bürgerlich-kapitalistischen Form zwar ein Gesamtinteresse zu vertreten hatte, sich aber gleichzeitig aus einer Vielzahl von einander widersprechenden Einzelinteressen zusammensetzt. Ganz außerhalb der Betrachtung bleibt außerdem der Umstand, daß der junkerlich-bürgerliche Staatsapparat als Machtinstrument der herrschenden Klasse kein materielles Interesse daran haben konnte, gerade diejenigen Kräfte zu besteuern, die zu seinen tragenden Säulen gehörten. Die Behandlung der Frage der Kriegsgewinne war also bestimmt durch die Klassendeterminiertheit der Position des Staates. Das kapitalistische Profitinteresse als treibendes und letztlich auch hinsichtlich der Haltung des Staates ausschlaggebendes Motiv war die eigentliche Ursache dafür, daß es während des gesamten Krieges nicht zu einer Regelung kam, die dem wohlverstandenen Gesamtinteresse der herrschenden Klasse entsprochen hätte. Es kann wohl von Kielmansegg allerdings kaum erwartet werden, diese Zusammenhänge zu sehen, ohne gleichzeitig von ihm zu erwarten, seine Klassenposition aufzugeben.

So wird schon in diesem ersten Abschnitt deutlich, daß die subjektivistische Betrachtungsweise des Autors die Aufdeckung des dialektischen Zusammenhangs zwischen Ökonomie und Politik, Staat und Wirtschaft verhindert. So erkennt er zwar durchaus als ein Kennzeichen der Kriegswirtschaft, daß "das Reich im Wirtschaftsprozeß ... eine immer beherrschendere Stellung erwarb." (S. 167) Aber er führt die Preisentwicklung bei den "Rüstungsgütern" wesentlich auf die "Unvernunft der staatlichen Beschaffungspolitik" (S. 167) zurück, bemängelt den fehlenden "Sinn für Sparsamkeit" (S. 168), kritisiert, daß besonders ab 1916 "unter dem Druck des Hindenburgprogramms ... einem unverantwortlichen Gewinnstreben der Industrie Vorschub geleistet" wurde und "die Regierung der Industrie häufig eine monopolistische Preispolitik" erleichtert habe (S. 168).

Kielmansegg betrachtet den Staat als eine über den Klassen stehende Macht, die durch eine fehlerhafte Politik wesentlich zum bekannten Ausgang beigetragen habe. Er schreibt: "Man hat nicht den Eindruck, daß die Verantwortlichen die Prozesse, die hier skizziert worden sind, durchschauten, ja auch nur die Konsequenzen ihrer eigenen Politik richtig beurteilten." (S. 168) Das ist sicherlich nicht ganz falsch, doch muß vermerkt werden, daß auch der Kritiker selbst fünfzig Jahre danach ebensowenig imstande scheint, die Dinge zu durchschauen.

Der Abschnitt schließt mit der Feststellung, die Frage der Kriegskosten habe dem Gedanken eines Verhandlungsfriedens "sehr nachhaltig" entgegengewirkt, da jede Seite der anderen die Kosten aufzubürden gedachte, um der finanziellen Katastrophe nach dem Kriege zu entgehen. Das sei ein Beispiel dafür, "wie der Krieg durch sein eigenes Gewicht fortgetrieben wurde." (S. 169) Ohne dieses Moment ganz in Abrede stellen zu wollen - es fügt sich ein in die expansionistische, aggressive Zielstellung der imperialistischen Mächte -, muß doch gesagt werden, daß diese Fragestellung ein untergeordnetes Motiv in den Vordergrund rückt. Jede Seite hatte die vollständige Niederwerfung der anderen und die Verwirklichung ihrer eigenen Kriegszielvorstellungen im Auge, deren Grundrichtung bereits vor Ausbruch des Krieges feststand. Der Krieg selbst war lediglich die Fortsetzung der Vorkriegspolitik mit anderen Mitteln.

Es verwundert schließlich nicht, daß auch Kielmansegg das von einigen bürgerlichen Historikern erfundene Märchen kolportiert, daß die Arbeiter im Verlaufe des Krieges "ihr Real-einkommen halten oder leicht verbessern konnten" (S. 168). Hier hat der Autor offensichtlich die falschen Sekundärquellen benutzt, denn sowohl marxistische als auch bürgerliche Historiker von Rang, die diese Frage anhand des statistischen Materials ernsthaft unter-

sucht und nicht bloße Behauptungen aufgestellt haben, sind sich in der negativen Beurteilung der Entwicklung der Lage der Arbeiter während des Krieges im Prinzip durchaus einig.

Nur wenig mehr als drei Seiten werden dem Problem der Rohstoffwirtschaft gewidmet, obwohl der Autor selbst feststellt, daß "die Kriegswirtschaft auf keinem Gebiet größere Erfolge zu verzeichnen gehabt" habe (S. 163). Die Rolle von Walther Rathenau wird hervorgehoben, auf dessen Einfluß die Organisation einer zentralen Rohstoffbewirtschaftung zu rückzuführen ist. Der Autor ist voll des Lobes über diejenigen, die durch ihr Eingreifen die Krise des deutschen Imperialismus auf Kosten des deutschen Volkes um einige Jahre hinauszögerten. Er bezeichnet sie als "weitschauende Männer" und übersieht dabei ganz ihre tatsächliche Kurzsichtigkeit (S. 170). Auch die Wissenschaft leistete nach Kielmansegg "bedeutsame Beiträge" (S. 171), um die Rohstoffversorgung zu stabilisieren. Die synthetische Herstellung von Salpetersäure auf der Grundlage des von den "Chemikern" Haber und Bosch entwickelten Verfahrens eröffnete erst "die Möglichkeit... länger als einige Wochen Krieg zu führen." (S. 171) Ihre Bedeutung für die Kriegswirtschaft führte zu einem enormen Kapazitäts- und Machtzuwachs der Chemiemonopole und legte den Grundstein für ihre spätere führende Rolle. Von solchen Verschiebungen der Kräfte und Veränderungen der Machtstruktur liest man freilich wenig. So verbleibt außer einer interessanten und knappen Zusammenfassung von Oberflächenerscheinungen nichts, was auf eine tiefere Auslotung des Problems hindeuten würde.

Gleiches wäre zu sagen zu der - im Vergleich zur Rohstoffwirtschaft - unverhältnismäßig breit angelegten Behandlung der Ernährungswirtschaft. Kielmansegg kritisiert die "Kurzsichtigkeit und Energielosigkeit" (S. 173) der Regierung in der Ernährungsfrage und lastet sie in erster Linie dem Staatssekretär des Innern v. Delbrück an. Er übersieht dabei nicht nur auch auf diesem Gebiet die Auswirkungen der These vom "kurzen Krieg" ebenso wie die bornierte Überheblichkeit, die in der von durchaus ernstzunehmenden Wissenschaftlern gestützten Auffassung von der Überlegenheit der deutschen Landwirtschaft zum Ausdruck kam, sondern vor allem auch die Tatsache, daß bedeutende Positionen in diesem Staat nach wie vor von den Junkern, von Vertretern des Adels besetzt waren, deren ökonomische Basis auf dem Lande lag und die natürlich keinerlei Interesse daran hatten, sich einer staatlich gelenkten Zwangswirtschaft zu unterwerfen. Dies um so weniger, je mehr die Profite in der Kriegsindustrie wuchsen. Solche Fragen werden von Kielmansegg nur angedeutet und damit im Grunde verschleiert, so zum Beispiel, wenn er sich darauf beschränkt, pauschal von der "politischen Brisanz aller Ernährungsprobleme" zu sprechen (S. 179) oder davon, daß der preußische Landwirtschaftsminister "tat, was er konnte", um "im Interesse der Landwirtschaft" den Zentralisierungsbestrebungen entgegenzuwirken (S. 180). Die Dinge entwickelten sich so, daß der preußische Kriegsminister schon im Februar 1916 die Lage so pessimistisch beurteilte, daß er glaubte, "Deutschland werde bald aufgeben müssen." (S. 178) Äußerungen dieser Art von Eingeweihten standen im bemerkenswerten Gegensatz zur offiziellen Propaganda, die zur gleichen Zeit, als der Hunger sich anschickte, die Türschwelle zu übertreten, immer noch behauptete, im Lande der hochentwickeltesten und leistungsfähigsten Landwirtschaft sei Hunger nicht zu befürchten. Auch Kielmansegg verweist auf die ersten Proteste gegen den Hunger - die sich gleichzeitig mit Demonstrationen gegen den Krieg überhaupt verbanden und im direkten Gegensatz zu den Behauptungen der Meinungsmacher standen. Er kritisiert die Kriegsernährungswirtschaft von den verschiedensten Seiten, wendet sich gegen die "Kriegsgewinnler" und ihre "gewaltige[n] Profite" (S. 178), die es ihnen erlaubten, im Gegensatz zum Elend und zu der Armut der Massen ein Leben in Luxus zu führen, "ohne jedes Gefühl für das Gebot der Solidarität" (S. 178), aber er mißt jeweils nur mit den Maßstäben der sogenannten gut bürgerlichen Moral und verurteilt subjektives Handeln, Zughaftigkeiten und Fehler, ohne zu den materiellen Ursachen der Dinge vorzustoßen, bedauert, daß diese Politik "der revolutionären Linken den gefährlichsten Agitationsstoff" (S. 175) geliefert habe, und zeigt gleichzeitig "menschliches Ver-

ständnis" für die Haltung der "Landwirtschaft" gegenüber den Zwangsmaßnahmen, wie zum Beispiel der Preisregulierung, da doch "jeder Rüstungsfabrikant nehmen durfte, was er wollte, ja, selbst die Arbeiter jede Lohnforderung durchsetzten." (S. 182) Insgesamt kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß hier bei der Beurteilung vorhandene persönliche Bindungen und Traditionen eine Rolle gespielt haben könnten. Immerhin kommt Kielmansegg zu dem Schluß, daß es letztlich nicht an den Fehlern lag, denn "an dem Grundtatbestand, daß Deutschland durch die Aufgabe, unter den Bedingungen des Krieges sich selbst zu versorgen, überfordert war, konnte keine Politik etwas ändern." (S. 182) Diese Erkenntnis ist allerdings noch keine besondere Leistung, sondern längst allgemein anerkannte Grundtatsache. Daß er auch hier bei einer Halbwahrheit stehen bleibt, erweist sich bereits im anschließenden Satz in der Behauptung, die 700 000 an Unterernährung Gestorbenen wären nicht "Opfer einer falschen Politik, sondern Opfer der Blockade" (S. 102) geworden. Demgegenüber glauben wir, daß es sich doch um Opfer einer wenn nicht falschen - vom bürgerlichen Klassenstandpunkt aus gesehen -, so doch bestimmten Politik gehandelt hat, nämlich der Kriegspolitik des deutschen Imperialismus, während Kielmanseggs Version lediglich einen Versuch darstellt, die Verantwortung zu verlagern und anderen imperialistischen Mächten den Schwarzen Peter zuzuschieben.

Der ausführlichste Abschnitt, nämlich mehr als die Hälfte des Kapitels über die deutsche Kriegswirtschaft, beschäftigt sich mit dem Zusammenhang zwischen "Rüstungswirtschaft und Arbeiterfrage". Der Autor geht von der These aus, daß "die Knappheit der Menschenreserven ... als Motor für bedeutsame sozialpolitische Entwicklungen gewirkt" habe, die "während des Krieges gesellschaftliche Strukturwandlungen einleiteten und in dem scheinbar revolutionären Übergang zur Weimarer Republik nur ihre folgerichtige Fortsetzung fanden." (S. 183) Er fährt dann fort: "Bestimmt wurden diese Entwicklungen vor allem durch die Organisationen der Arbeiter und der Unternehmer, wie denn überhaupt der Krieg mit seiner Forderung nach höchster wirtschaftlicher Effizienz und - daraus folgend - nach zwangswirtschaftlichen Regelungen den Selbstverwaltungsorganisationen und Interessenverbänden der Wirtschaft eine besondere Rolle zuwies, sie in gewissem Umfang in den Staatsapparat integrierte." (S. 183) An diesen Sätzen ist vieles bemerkenswert. Da wäre zunächst die Ableitung der Sozialpolitik von der Knappheit an Menschen. Ohne den Zusammenhang leugnen zu wollen: daß gewisse Kreise der herrschenden Klasse im Verlauf des Krieges bereit waren, in bestimmten Fragen sozialpolitische Konzessionen zu machen, hat aber vor allem etwas mit der schwindenden Bereitschaft der Massen zu tun, den imperialistischen Krieg weiter zu unterstützen. Ohne sie, ohne insbesondere die Arbeiterklasse oder gegen ihren Widerstand, war jedoch der Krieg nicht zu führen, das haben nicht zuletzt die Ereignisse des November 1918, deren revolutionärer Charakter hier sogar angezweifelt wird, hinlänglich bewiesen. Das Anwachsen der sozialen Widersprüche, die Absicht, aus den ausgepumpten und darbenenden Massen ein Mehr an Leistung herauszuholen, der wachsende Widerstand gegen den Krieg und die allmähliche Veränderung des Kräfteverhältnisses der Klassen zwingen zu bestimmten Zugeständnissen, die indessen mehr als minimal und in Wirklichkeit keineswegs "bedeutsam" im Interesse der arbeitenden Menschen, sondern vielmehr für die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems waren. Sehr interessant ist zweitens die Bemerkung, in der von der Forderung nach "höchster wirtschaftlicher Effizienz" die Notwendigkeit "zwangswirtschaftlicher Regelungen" abgeleitet wird und dabei auf die "Integration" von "Selbstverwaltungsorganisationen und Interessenverbänden der Wirtschaft" in den Staatsapparat hingewiesen wird. Das ist im Grunde nichts anderes als die Anerkennung der marxistischen These von der Vereinigung von Monopolen und Staat, vom staatsmonopolistischen Kapitalismus, die Lenin gerade anhand dieser Erscheinungen noch während des ersten Weltkrieges begründen konnte. Kielmansegg stellt fest, "daß die extreme Leistungskonzentration und die ungeheure Leistungssteigerung, die der Krieg verlangte, nur möglich war, wenn der Staat den gesamten Prozeß des gesellschaftlichen Lebens, vor allem den Produktions-, Verteilungs- und Verbrauchsprozeß sich unterwarf und lenkte." (S. 184) Er

verschweigt, in wessen Interesse das erfolgte, wenn auch an anderen Stellen deutlich genug gesagt wird, wer davon profitierte. Doch handelte es sich seiner Auffassung nach dabei immer um Betriebsfehler, vermeidbare natürlich, die der Regierung angelastet werden. So verwundert es nicht, daß es letztlich doch am vollen Verständnis dafür mangelt, welcher Art eigentlich die Beziehungen zwischen Monopolen und Staat waren, und der Verfasser, ausgehend von der Tatsache, daß es während des gesamten Krieges nie zu "diktatorischer Wirtschaftslenkung, die den Forderungen und Interessen des Staates kompromißlos den Vorrang verschaffte" (S. 184), kam, zu dem Schluß kommt, "daß das Wilhelminische Reich trotz seiner halbautoritären Struktur im Grund ein schwacher Staat war, ein Staat, dessen Regierung es an Integrationskraft fehlte." (S. 184) Natürlich war es nicht in erster Linie das Problem der subjektiven Erkenntnisfähigkeit, das die volle Zentralisierung der Macht verhinderte, sondern eine Frage der objektiven Interessengegensätze zwischen den verschiedenen Wirtschaftsgruppen - den "Partikularinteressen", wie Kielmansegg sie nennt -, die ihre eigenen Querverbindungen zum Staat, zur Heeresleitung usw. hatten und von denen keine für sich stark genug war, die Führung zu übernehmen und die Kräfte noch mehr zusammenzufassen. Erst der faschistische deutsche Imperialismus überwand den "schwachen Staat", was ihn jedoch ebensowenig wie den kaiserlichen vor der totalen Niederlage retten konnte.

Dieser Abschnitt zeichnet sich dadurch aus, daß bei der Behandlung des sog. Hindenburg-Programms, das ja in Wirklichkeit ein Programm der westdeutschen Schwerindustrie zur besseren Ausnutzung der Kriegskonjunktur und zur Erzielung höherer Profite war, die Beziehungen zwischen der militärischen Führung und den Monopolen der Gruppe Kohle/Eisen/Stahl stärker ins Bild gerückt werden. Stößt man in der Literatur hin und wieder auf Auffassungen, die mit dem Hindenburg-Programm eine höhere Stufe planmäßig betriebener Kriegswirtschaft verbinden, so räumt Kielmansegg damit gründlich auf. Dieses Programm war im Gegenteil gerade dadurch gekennzeichnet, daß es Forderungen aufstellte, ohne sich auf eine Analyse der tatsächlich vorhandenen Kräfte und Mittel zu stützen. Es war ein "Programm der Verzweiflung", wie es ein Zeitgenosse aus dem bürgerlichen Lager später einmal nannte, eine eklatante Widerspiegelung des Widerspruchs zwischen den Kräften und Zielen des deutschen Imperialismus. Seine Undurchführbarkeit erwies sich bereits im Winter 1916/17. Die krisenhafte Entwicklung der Lage des deutschen Imperialismus in diesem Winter wurde zwar nicht durch das Hindenburg-Programm verursacht, aber doch wesentlich verschärft.

Elemente einer stärkeren Planmäßigkeit kamen erst mit der Zusammenfassung der wichtigsten kriegswirtschaftlichen Behörden im Kriegsamt ins Spiel. Auch diese Behörde unter der Leitung von General Groener erfüllte jedoch die Erwartungen nicht. Als sich zeigte, daß Groener, der von Ludendorff mit sanfter Gewalt auf diesen Posten geschoben worden war, in durchaus richtiger Erkenntnis der Interessen und Möglichkeiten der herrschenden Klasse versuchte, mit den Gewerkschaftsführern zu kooperieren, und außer der Reglementierung der Löhne auch die Reduzierung der Kriegsgewinne auf ein "vernünftiges Maß" forderte, wurde er von der schwerindustriellen Gruppierung unter Ausnutzung ihrer Verbindung zur Obersten Heeresleitung im August 1917 gestürzt.

Breiter Raum wird in der Darstellung der Rolle der rechten Gewerkschaftsführer gewidmet. Deren Bedeutung war seit Ausbruch des Krieges unaufhaltsam gewachsen, umgekehrt proportional zur Verschlechterung der Gesamtlage des deutschen Imperialismus. Kielmansegg beurteilt ihre Haltung außerordentlich positiv und gibt sich auch damit als ausgesprochener Anhänger der Politik der wendig-parlamentarischen Fraktion des deutschen Monopolkapitals zu erkennen. Er lobt ihre Bereitschaft zur Unterstützung der Kriegspolitik als "Patriotismus", der sich als stärker erwiesen habe als "ihr Sozialismus" (S. 183). Volles Verständnis findet bei ihm die "Doppelrolle" der Gewerkschaftsführer, die "nicht einfach zu spielen" war (S. 137), ihr Paktieren mit Staat, Kapital und Militär auf der einen und ihr heuchlerisches Auftreten als Interessenvertretung der Arbeiterklasse auf der anderen Seite. Den Vor-

wurf der Unaufrichtigkeit und Prinzipienlosigkeit dieser Haltung weist Kielmansegg zurück und betrachtet "die Doppelgleisigkeit des gewerkschaftlichen Vorgehens ... als Ausdruck einer in sich folgerichtigen Politik unter höchst komplizierten Bedingungen" (S. 138). Für kritikwürdig erachtet er dagegen die Haltung der "Mehrzahl der Unternehmer", darunter besonders der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie, und der führenden Militärs, die bis zuletzt bei ihrer "grundsätzlich gewerkschaftsfeindlichen Haltung" verblieben, damit faktisch dem System einen beträchtlichen Schaden zufügten, während die Gewerkschaftsführer auch in der Zeit der revolutionären Krise ihre Aufgabe "nicht in einem ... revolutionären Angriff, in der Zerstörung des kapitalistischen Systems und der bürgerlichen Gesellschaft", sondern in der Verwirklichung ihrer "konkreten, begrenzten Ziele in Zusammenarbeit mit den Unternehmern" sahen (S. 204). Allerdings: In der Stunde der Not bewiesen selbst die verstocktesten unter den schwerindustriellen Reaktionären eine bemerkenswerte Fähigkeit, die Situation richtig zu beurteilen und mit taktischem Geschick in ihrem Klasseninteresse kurzfristig und richtig zu handeln.

Die Darstellung der Kriegswirtschaft durch Kielmansegg könnte, kurz zusammengefaßt, folgendermaßen umrissen werden: Die kritische Haltung des Autors zu verschiedenen Details ergibt sich nicht aus einer grundsätzlichen Ablehnung des imperialistischen Krieges, sondern aus einer Haltung des "Es hätte alles besser gemacht werden können." Damit bleibt er dem bürgerlich-kapitalistischen System völlig verhaftet. Seine Einschätzung der Klassenkräfte und ihrer taktischen Haltung weisen ihn als einen Historiker aus, der nicht zu den Anhängern einer extrem reaktionären oder auch konservativen Politik zu zählen ist, sondern zu jenen Gruppen, die in der Anwendung der Mittel zur Aufrechterhaltung des imperialistischen Systems variabel sind und eine wendige Politik bevorzugen.

Von ganz anderer Art ist das dreibändige Werk "Deutschland im ersten Weltkrieg", das von einem Autorenkollektiv unter der bewährten Leitung von Fritz Klein herausgegeben wurde, in den Jahren 1968 und 1969 erschien und nunmehr bereits in der dritten Auflage vorliegt - Beweis für die positive Resonanz, die diese erste tatsächlich umfassende Darstellung der deutschen Geschichte der Jahre von 1914 bis 1918 gefunden hat. Primär beruht der Erfolg des Werkes auf der Art des Herangehens, auf dem Standpunkt, von dem aus die Geschichte betrachtet wird. Die materialistische Geschichtsauffassung, die die Basis für die Arbeit des Autorenkollektivs bildete, erleichterte natürlich auch die Lösung der schwierigen Aufgabe, der sich ein einzelner Autor nicht gegenübergestellt sieht, nämlich die inhaltlich und stilistisch unterschiedlichen angelegten ursprünglichen Manuskriptvorlagen so zu formen, daß ein möglichst geschlossenes Ganzes entsteht. Das ist im allgemeinen ausgezeichnet gelungen. Ein besonderes Positivum ist darin zu sehen, daß sich die Verfasser nicht auf die Zusammenfassung, Auswertung und kritische Analyse der vorliegenden Literatur beschränkten, sondern mit eigenen, über das bisher Bekannte hinausgehenden Forschungsergebnissen zur Erweiterung unserer Kenntnisse beitragen. Der Kriegswirtschaft, der Wirtschaftspolitik, der verstärkten und beschleunigten Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus und der wirtschaftlichen und sozialen Lage wird breiter Raum gewidmet, nicht allein in den entsprechenden speziellen Kapiteln und Abschnitten; Die enge, durch den Krieg stärker denn je hervorgetretene Verbindung von Staat und Wirtschaft, das Wechselverhältnis zwischen Politik und Ökonomie ist der rote Faden, der alle drei Bände durchzieht. Auf eine durchgängige Betrachtung der Kriegswirtschaft wurde verzichtet, vielmehr durch ihre Zuordnung zu den einzelnen Etappen des Krieges dem tatsächlichen engen Zusammenhang mit den militärischen Ereignissen, der Außen- und Innenpolitik und der Entwicklung des Klassenkampfes Rechnung getragen. Die Abschnitte, die sich direkt mit der Kriegswirtschaft beschäftigen, sind in erster Linie von Willibald Gutsche, Alfred Schröter und Hellmuth Weber geschrieben worden.

Band 1 beschäftigt sich mit der Vorbereitung, der Entfesselung und dem Verlauf des Krieges bis Ende 1914. Bereits in der Einleitung wird eine klare, zusammenfassende Darlegung

der wichtigsten Ursachen des Krieges gegeben, der als "notwendiges Ergebnis jahrzehntelang sich zusammenballender ökonomischer, politischer und sozialer Gegensätze" betrachtet wird (S. XIX). Die Ursachen werden objektiviert, auf grundlegende gesellschaftliche Gesetzmäßigkeiten zurückgeführt, auf das kapitalistische Profitstreben, den ökonomischen Konkurrenzkampf, die Entwicklung des monopolistischen Kapitalismus und die damit verbundene Verstärkung der ungleichmäßigen ökonomischen und politischen Entwicklung. Wird den ökonomischen Motiven das Primat eingeräumt, so wird jedoch gleichzeitig betont, daß sie durchaus "nicht die einzigen" waren und zum Beispiel auch subjektive Faktoren eine nicht zu unterschätzende Rolle spielten.

Die Verfasser gehen davon aus, daß der Krieg keineswegs einen Bruch in der Kontinuität der imperialistischen Entwicklung, sondern die konsequente Fortsetzung der Vorkriegspolitik mit anderen Mitteln darstellte. Im Gegensatz zu Burchardt und Kielmansegg wird die besondere Aggressivität des deutschen Imperialismus, einer "Gruppe von Kapitalisten, die an den Tisch des kapitalistischen Schmauses herantraten, als die Plätze schon besetzt waren"³, hervorgehoben und seine besondere Verantwortung für die Entfesselung des Krieges betont; "Politisch, militärisch, ideologisch und ökonomisch bereiteten die deutschen Imperialisten den Krieg vor - grundsätzlich nicht anders als die Führer der anderen imperialistischen Länder, unterschieden jedoch von ihnen durch die spezifische Stellung Deutschlands in der Entwicklung des imperialistischen Gesamtsystems." (S. 60) Ausführlich wird auf die Hauptexpansionsrichtungen des junkerlich-bourgeois Imperialismus eingegangen (S. 83 ff.) und die zunehmende Interesserverflechtung zwischen Monopolkapital, Staatsmacht und militärischer Führung verdeutlicht. Der enge, wenn auch von den herrschenden Kreisen - bis auf wenige Ausnahmen - nicht erkannte Zusammenhang zwischen dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte und dem Charakter des kommenden Krieges, wird herausgearbeitet (S. 105 ff.). Der falschen Einschätzung entsprach die wirtschaftliche Vorbereitung des Krieges, die sich im wesentlichen auf die Forcierung der Rüstungsproduktion und den Ausbau des strategischen Eisenbahnnetzes beschränkte. Die den realen Anforderungen nicht entsprechende ökonomische Kriegsvorbereitung wird von bürgerlichen Apologeten nicht selten als Beweis für die "Friedensliebe" der Verantwortlichen betrachtet, während sie sich in Wirklichkeit erklärt "aus der ungenügenden Erkenntnis der Bedeutung dieses Problems, aus der Überschätzung der deutschen Kriegsmaschinerie und aus Widersprüchen innerhalb der herrschenden Klasse" (S. 127).

Relativ breit wird die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus in der ersten Phase des Krieges dargelegt (S. 352), das Zusammenspiel zwischen Staat und Wirtschaft analysiert und die Zusammensetzung der beiden Hauptströmungen der herrschenden Klasse untersucht, die, ausgehend von ihren unmittelbaren ökonomischen Interessen, in der Kriegszielpolitik wie auch auf anderen Gebieten Meinungsverschiedenheiten hatten. Dabei werden - im Unterschied zu Kuczynski - die Verbindungen der bedeutendsten Gruppen der chemischen Industrie zur Schwerindustrie hervorgehoben und als weitaus stärker eingeschätzt als zur Elektroindustrie. Tatsächlich kann wohl kaum für die Zeit des ersten Weltkrieges von einer Monopolgruppe Elektro/Chemie die Rede sein. Die bisher bekannten Quellen belegen vielmehr eindeutig die von den Autoren vertretene Auffassung. Überhaupt stellt die stärker ins Detail gehende Untersuchung der Struktur der Monopolgruppen für diesen Zeitabschnitt einen beträchtlichen Fortschritt und eine Bereicherung unserer Kenntnis dieser Problematik dar. Dabei wird jeder Schematismus sorgfältig vermieden. So ist zum Beispiel die Verbindung und weitgehende Übereinstimmung der Ansichten zwischen Bethmann Hollweg und Walther Rathenau eine bekannte Tatsache, aus der jedoch nicht die sicherlich falsche Schlussfolgerung gezogen wird, daß der Kanzler ein Vertrauensmann derjenigen Monopolgruppe war, als deren Exponent Rathenau gilt. Vielmehr wird betont, daß Bethmann Hollweg in erster Linie der Repräsentant der gesamten herrschenden Klasse war, auch wenn er in den

3 Lenin, W. I., Werke, Bd. 24, Berlin 1959, S. 401.

Fragen der Innenpolitik und der Kriegsziele zur Taktik der "liberalisierenden" Strömung neigte (S. 368).

Es war diese Gruppierung, die, besonders in der Person von Walther Rathenau, sowohl am Beginn als auch am Ende des Krieges, als sich der deutsche Imperialismus jeweils in einer besonders schwierigen Lage befand, einen entscheidenden Einfluß auf die Innen- und Wirtschaftspolitik ausübte. Die Anfänge der Kriegswirtschaft und die Verflechtung zwischen Monopolen und Staat auf dem besonders wichtigen Gebiet der Rohstoffbewirtschaftung sind in erster Linie mit seinem Namen verbunden. Rathenau verstand es, seine Interessen als einzelner Monopolist, dessen Produktionsbasis durch die Rohstofflage ernstlich gefährdet war, mit den Interessen der gesamten herrschenden Klasse zu koordinieren und damit gleichzeitig der Verwirklichung seiner theoretischen Ansichten, die auf eine bewußte Forcierung der staatsmonopolistischen Entwicklung abzielten, ein Stück näher zu kommen. Falsch wäre es jedoch auch hier, die von ihm gegründete und bis zum Frühjahr 1915 geleitete Kriegs-Rohstoff-Abteilung des preußischen Kriegsministeriums (KRA) als eine Filiale der Elektro-Gruppe oder der Gruppe AEG/Metallgesellschaft zu betrachten. Die erste Auswahl seiner engsten Mitarbeiter (Klingenberg, v. Moellendorff, v. d. Porten, R. Merton, H. Schmitz) könnte diese Annahme stützen, doch wurden sehr bald auch Vertreter der Schwerindustrie (Burgers, F. Klöckner) und ihrer Bank, der Disconto-Gesellschaft (Fischer), hinzugezogen, während dem industriellen Beirat der KRA zum Beispiel Kirdorf, Stinnes, Thyssen und Reusch angehörten, um nur die bekanntesten zu nennen (S. 399). Die Schlüsselstellung der KRA erlaubte es nicht, diese staatliche wirtschaftsregulierende Behörde dem übermächtigen Einfluß einer einzigen monopolistischen Gruppierung zu überlassen. Dies wäre auch gegen den Widerstand der ökonomisch bedeutend stärkeren Montanindustrie wie auch der chemischen Industrie überhaupt nicht möglich gewesen. Allerdings deuten sich bereits in dieser Zeit die beträchtlichen Verschiebungen im Kräfteverhältnis der einzelnen Gruppen zueinander an, die sich im Verlaufe des Weltkrieges ergaben. Beinahe vom ersten Tage des Krieges an wurde die Herstellung der notwendigen Menge an Munition zu einem Problem und sowohl die chemische Industrie (Sprengstoffe, später auch Gaskampfstoffe) als auch die elektrotechnische Industrie (Zünder etc.) waren die Schlüsselindustrien, um dieses Problem zu lösen. Davon profitierte besonders die chemische Industrie, die ihre ökonomische Position während des Krieges im Verhältnis zu den anderen Monopolgruppen bedeutend verbessern konnte.

Kritisch ist anzumerken, daß verschiedentlich davon die Rede ist, Deutschland sei "auf dem Wege zur Weltmacht" gewesen (S. 368), der Krieg habe dem deutschen Imperialismus dazu verhelfen sollen, eine Weltmacht zu werden. Es kann jedoch kaum daran gezweifelt werden, daß Deutschland am Vorabend des ersten Weltkrieges bereits eine Weltmacht war. Größe und Bedeutung des Kolonialreiches allein können selbstverständlich nicht als inhaltlich ausreichend für diesen Begriff betrachtet werden. Solche Faktoren wie Produktion, Außenhandel, Kapitalexport usw. sind natürlich ebenso zu berücksichtigen wie die Stärke des Heeres und der Flotte.

Band 2 behandelt die Periode des Krieges, in der sich auch die staatsmonopolistische Organisation der Kriegswirtschaft voll herausbildete, die Jahre von 1915 bis 1917. "Die kriegswirtschaftliche Regulierung ... beschleunigte das Hinüberwachsen vom monopolistischen zum staatsmonopolistischen Kapitalismus." (S. 113) Dieser Prozeß vollzog sich in Deutschland gerade deshalb so rasch und umfassend, weil einerseits der Widerspruch zwischen den Zielen und den zu ihrer Erreichung vorhandenen Kräften dazu zwang und weil zum anderen das hohe Niveau der Konzentration der Produktion und der monopolistischen Organisation der Wirtschaft den Übergang zu staatsmonopolistischen Formen erleichterte. Regulierung der Kriegswirtschaft und Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus waren unter den gegebenen Verhältnissen untrennbar miteinander verbunden; die Regulierung war überhaupt nur denkbar durch die Vereinigung der Macht der Monopole mit der des Staates.

Sehr anschaulich legen die Autoren dar, wie die staatsmonopolistische Organisation der Kriegswirtschaft ausgebaut wurde (S. 112 ff.). Diese Entwicklung vollzog sich keineswegs konfliktlos, vielmehr kämpften die einzelnen monopolistischen Gruppierungen erbittert um die Vormachtstellung, um den größtmöglichen Einfluß in den einzelnen Institutionen. Es handelte sich um einen echten Konkurrenzkampf auf einer neuen Ebene. Dabei ging es um handfeste Dinge: um Rüstungsaufträge, Material, Arbeitskräfte, das heißt um die Voraussetzungen einer Teilnahme am einträglichen Kriegsgeschäft sowie um die Erringung von Machtpositionen für die Kriegs- und Nachkriegszeit. Die Vereinigung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates ging im wesentlichen auf drei Wegen vor sich; auf dem Wege der Verflechtung staatlichen und privatkapitalistischen Eigentums, auf dem Wege der Vereinigung der Institutionen und durch die sogenannte Personalunion (S. 124 ff.). In üblicher Weise werden der Prozeß der staatsmonopolistischen Entwicklung und seine einzelnen Formen auch hier als "Verschmelzung" bezeichnet. Gegen diesen Begriff sind bereits vor Jahren Einwände erhoben worden⁴ mit der Begründung, daß er dem dialektischen Verhältnis von Einssein und Verschiedensein nicht gerecht werde. Engelbergs kritische Anmerkung erscheint durchaus gerechtfertigt. Der Terminus Verschmelzung verdunkelt eher den komplizierten Prozeß der Vereinigung von Monopolen und Staat, als daß er ihn deutlich machen würde. Er weckt falsche Vorstellungen von dessen wirklichem Charakter und trägt nicht zu seiner Erklärung bei. Er läßt insbesondere keinen Raum für die Erklärung der relativen Selbständigkeit des bürgerlichen Staates, die zwar von den Autoren akzeptiert, aber damit begründet wird, daß sie durch den "Wettlauf um den dominierenden Einfluß auf den Staatsapparat" begünstigt worden sei und gleichzeitig die Möglichkeit bot, "die staatsmonopolistische Entwicklung weitgehend vor der Öffentlichkeit zu verbergen" (S. 126). Dazu ist erstens zu sagen, daß die Vorstellung von einem etwa möglichen homogenen Block der Monopole, der mit der Staatsmacht nicht allein kooperiert, sondern sie vollständig seinen Interessen unterordnet, unreal ist. Der Staat als Mittel zur Aufrechterhaltung der bürgerlichen Klassenherrschaft könnte kein Instrument zur "Dämpfung der Klassenkonflikte" (Engels) sein, würde er sich nicht in erster Linie vom Gesamtinteresse der herrschenden Klasse leiten lassen. Er dient im Imperialismus vor allem der Monopolbourgeoisie als der ihn tragenden und beherrschenden, ökonomisch stärksten Schicht, aber er kann seine Aufgaben nicht erfüllen, ohne den Interessen anderer Klassen und Schichten in diesem oder jenem Maße Rechnung zu tragen. Die relative Selbständigkeit des Staates ist insbesondere für die moderne bürgerliche Gesellschaft von heute eine lebenswichtige Funktion. Zweitens: Die staatsmonopolistische Entwicklung während des ersten Weltkrieges war so offensichtlich, daß es nicht möglich war, sie "vor der Öffentlichkeit zu verbergen". Sie wurde lediglich umgedeutet, im Rahmen einer großen Manipulationsaktion als im "nationalen Interesse" liegend hingestellt, um sie den Massen plausibel zu machen, ja, als "sozialistische" Maßnahme propagiert. Rechtssozialdemokratische Führer sprachen vom "Kriegssozialismus", bürgerliche Ideologen vom "Staatssozialismus". Die objektive Interessenlage sowohl des Staates als auch der Monopole, die sich als eine gesetzmäßige Folgeerscheinung der raschen Entwicklung der Produktivkräfte, letztlich als ein Ausdruck der Verschärfung des Grundwiderspruches der kapitalistischen Produktionsweise herausgebildet hatte, erforderte die Vereinigung beider Kräfte im Interesse der herrschenden Klasse. Diese Notwendigkeit verstärkte sich während des Krieges besonders rasch, aber sie führte nicht zu Erscheinungsformen, die generell mit dem Begriff der Verschmelzung dieser beiden relativ selbständigen Hauptkräfte der herrschenden Klasse einigermaßen treffend umrissen werden könnten. Es wäre meines Erachtens zu empfehlen, statt des Begriffs der "Verschmelzung" solche Termini wie "Vereinigung" oder "Verflechtung" zu verwenden.

4 Engelberg, Ernst, Über Gegenstand und Ziel der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 9/1968, S. 1135.

Erstmals findet sich in einer solchen Darstellung auch ein zusammenfassendes Kapitel über die "Verflechtung von Staat und Monopolkapital bei der Ausplünderung der okkupierten Gebiete". Daß allerdings gerade auf diesem Gebiet die Forschung noch ein weites Feld vor sich hat, kann schon allein daraus ersehen werden, daß hier so gut wie ausschließlich das Geschehen in Frankreich und Belgien behandelt wird.

Im weiteren Verlauf des Krieges gelang es nicht, eine effektiv und rationell arbeitende, durchorganisierte und zentralisierte Form der Kriegswirtschaft zu schaffen. Auch das Hindenburg-Programm, die Bildung des Kriegsammtes und die gesetzliche Einführung des Arbeitszwanges im Laufe des zweiten Halbjahres 1916 vermochten den Widerspruch zwischen den Kräften und den Zielen nicht zu beseitigen. Die Decke, auf der der deutsche Imperialismus stand, war zu dünn und die, nach der er sich streckte, zu hoch. Die staatsmonopolistische Entwicklung hatte die Zentralisierung der Wirtschaft zunächst gefördert, später jedoch zu einer starken Aufblähung und Zersplitterung des staatlichen und staatsmonopolistischen Apparats geführt und die weitere Zentralisierung gehemmt. Diese Entwicklung führen die Verfasser auf die Vielzahl der untereinander konkurrierenden Monopolgruppen zurück, deren Sonderinteressen sich hindernd auswirkten. Dem Leser wird im allgemeinen - besonders in den Bänden 1 und 2 - ein Bild vermittelt von den verschiedenen Auffassungen und widerstreitenden Interessen der einzelnen Gruppierungen und ihren ökonomischen und politischen Grundlagen und Hintergründen. Bedauerlicherweise ist aber ein wichtiger Fakt gänzlich außer acht gelassen worden, der an sich besonders geeignet ist, die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Gruppen zu illustrieren, nämlich die aufschlußreichen Vorgänge um die Absetzung Groeners als Chef des Kriegsammtes im August 1917.

Im Band 3, der das letzte Kriegsjahr behandelt, wird konstatiert, daß die organisatorisch-institutionelle Entwicklung der Kriegswirtschaft im Grunde im Jahre 1918 keine weiteren Fortschritte machte. Es wird eine instruktive Bilanz der Entwicklung der Industrie und der Landwirtschaft, der Arbeitskräfteproblematik, des Außenhandels, der Finanzen und der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Volksmassen gezogen und geschlußfolgert, daß der deutsche Imperialismus sich "nicht nur militärisch, sondern auch kriegswirtschaftlich völlig übernommen hatte" (S. 310). Hervorgehoben wird, daß sich die "Aspekte der wirtschaftlichen Entwicklung in der Nachkriegszeit ... für die weitere Entfaltung des staatsmonopolistischen Systems im letzten Kriegsjahr als wesentlich wichtiger als die Aspekte der Kriegswirtschaft selbst" (S. 335) erwiesen hätten. Bereits seit 1916 beschäftigte sich die herrschende Klasse mit der Frage des Übergangs vom imperialistischen Krieg zum imperialistischen Frieden auf dem Gebiet der Wirtschaft, zunächst ganz unter dem Gesichtspunkt einer erfolgreichen Beendigung des Krieges, während später, spätestens nach den Signalen, die die russischen Revolutionen setzten, die soziale Frage immer stärker in den Vordergrund trat, die Frage der Verhinderung von Spannungen und revolutionären Erschütterungen bei der Überleitung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft. Im Oktober 1918 wurde weiterblickenden Vertretern der herrschenden Klasse klar, daß von einer möglichst reibungslosen Lösung dessen, was mit dem Begriff der "wirtschaftlichen Demobilmachung" umschrieben wurde, weitgehend die Erhaltung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft abhing. Wenn die Darstellung der Vorbereitung des Übergangs sich im "wirtschaftlichen" Kapitel des 3. Bandes auf einige vorwiegend ökonomische Probleme beschränkte, so mag dies vertretbar sein, daß sich aber über die Entwicklung am Vorabend der Revolution lediglich ein knapper Hinweis auf das "für die Liquidation des Krieges so wichtige Demobilmachungsamt" (S. 457) findet, ist zweifellos entschieden zu wenig. Hier bleiben die Autoren beträchtlich sowohl hinter dem dazu vorliegenden Material als auch entsprechenden wissenschaftlichen Auswertungen zurück. Offenbar handelt es sich um eine Unterschätzung der Bedeutung dieser Frage, wie überhaupt dieser Band in bezug auf die Darstellung des dialektischen Wechselverhältnisses zwischen Politik und Ökonomie, besonders in der Schlußphase des Krieges, hinter den beiden ersten Bänden zurückbleibt.

Die kritischen Hinweise und Einwände schmälern in keiner Weise das Verdienst der Autoren, die erstmals eine umfassende und wissenschaftlich fundierte Gesamtschau der deutschen Geschichte für den Zeitraum des ersten imperialistischen Weltkrieges gegeben haben. Eine vergleichende Wertung der hier behandelten Ergebnisse wissenschaftlicher Arbeit erlaubt den Schluß, daß mit dem vorliegenden Standardwerk zur Geschichte des Krieges die Überlegenheit einer marxistisch-leninistischen Geschichtsbetrachtung eindeutig nachgewiesen werden konnte.

Verlag G. H. Bock, München 1973, 507 Seiten, Preis: 25,80 DM

Deutsche Sozialgeschichte, Dokumente und Notizen, hg. v. Werner Dittz, Bd. 1, Teil 1 - 1970

Verlag G. H. Bock, München 1973, 304 Seiten, Preis: 25,80 DM

Dr. Jürgen Kuczynski

Das Buch ist dem Buch von Pöhl als seine Einleitung in der vor die Frage zu stellen, wie die Sozialgeschichte definieren sollte.

"Social history" wird heute im allgemeinen als umfassender Gesellschaftslehre verstanden, und wenn man sich um eine Definition bemüht, wird oft betont, daß auch die "Kulturgeschichte" dazu gehöre. "Historia socialis" wird teils so definiert wie "social history", es ist aber die Geschichte von Klassen- und Schichtenverhältnissen. Sozialgeschichte wird ferner synonym mit dem Schlagwort "Sozialer Frage", bei der es um die Verhältnisse der Arbeiterkassen, vor allem vom ökonomischen Standpunkt aus, geht, im marxistischen Sprachgebrauch in der Analyse selbst.

Was hat sich nun dem angelsächsischen Sprachgebrauch angeschlossen, so ähnlich ist V.H.C. "Deutsche Sozialgeschichte" erscheint zunächst als aussprachevoller Titel für einen Band, und es bedarf sicher einer Definition von "Sozialgeschichte", nicht um einer Rechtfertigung willen, sondern wegen der Breite, mit der der Begriff hier angewandt wird. Der Begriff "social" ist also zunächst auf den einzelnen Menschen bezogen, er schließt aber einen weitreichenden Gehalt, weil er menschliche Gemeinschaften etwa in Gruppen oder Gruppen, aber auch auf den Arbeitsplatz oder in Vereinen gibt, weil diese Gemeinschaften stark wohl gegliedert sind, und weil sie institutionen unterschiedlicher Art erzeugen, die sich auf die Bewegungen herauswirken.

Sozialgeschichte ist also etwas sehr Komplexes. Sie umfaßt den gesamten menschlichen Lebensbereich wie etwa soziale Probleme und die Auseinandersetzungen um sie, soziale Bewegungen, gesellschaftliche Gliederung, gegenseitige Kommunikation, soziale Verflechtung, berufliche und wirtschaftliche Gliederungen und die in ihnen enthaltenen Hierarchien, beruflichen Organisationen, aber auch etwa das Wohnungs- und das Gesundheitswesen, den Bildungswesen, Fortbildungswesen, die Erziehung- und Produktionsverhältnisse, und schließlich Sozialtheorien, kurz das menschliche Leben und Zusammenleben in seiner Gesamtheit.

Wie verhalten sich nach Pöhl Sozialgeschichte und Soziologie? Auch das ist nicht eine Frage, die sich nicht viele Teilbereiche, die aber letztlich zusammengehören. Das Beispiel der Soziologie ist in ihrer geschichtlichen Dimension, in ihrem Wesen, aber zugleich mit dem Ziel, sie an die Gegenwart heranzuführen und Geschichte so zu einem aktuellen Lebens-

Alle nicht näher bezeichneten Bemerkungen im folgenden Text beziehen sich auf das hier jeweils besprochene Buch.

WAS IST "SOZIALGESCHICHTE"?

Rudolf Rübberdt, Geschichte der Industrialisierung, Wirtschaft und Gesellschaft auf dem Weg in unsere Zeit

Verlag C. H. Beck, München 1972, 407 Seiten, Preis: 25,80 DM

Deutsche Sozialgeschichte. Dokumente und Skizzen, hg. v. Werner Pöls, Bd. 1: 1815 - 1870
Verlag C. H. Beck, München 1973, 398 Seiten, Preis: 25,80 DM

von Jürgen Kuczynski

Das Beste an dem Buch von Pöls ist seine Einleitung, in der er die Frage behandelt, wie man Sozialgeschichte definieren sollte.

"Social history" wird heute im allgemeinen als umfassende Gesellschaftsgeschichte verstanden, und wenn man sich um eine Definition bemüht, wird oft betont, daß auch die "Kulturgeschichte" dazu gehöre. "Histoire sociale" wird teils so definiert wie "Social history", teils enger als Geschichte von Klassen- und Schichtenverhältnissen. Sozialgeschichte wird zumeist abgeleitet von dem Schlagwort "Soziale Frage", bei der es um die Verhältnisse der Werktätigen, vor allem vom ökonomischen Standpunkt aus, geht. Im marxistischen Sprachgebrauch ist der Ausdruck selten.

Pöls hat sich nun dem angelsächsischen Sprachgebrauch angeschlossen. Er erklärt (S. VII f.)¹:

"'Deutsche Sozialgeschichte' erscheint zunächst als anspruchsvoller Titel für dieses Buch, und es bedarf sicher einer Definition von 'Sozialgeschichte', nicht um einer Rechtfertigung willen, sondern wegen der Breite, mit der der Begriff hier angewendet wird. ... Der Begriff 'sozial' ist also zunächst auf den einzelnen Menschen bezogen, er erhält aber einen übergreifenden Gehalt, weil es menschliche Gemeinschaften etwa in Gruppen oder Gemeinden, aber auch auf den Arbeitsplätzen oder in Vereinen gibt, weil diese Gemeinschaften strukturell gegliedert sind, und weil sie Institutionen unterschiedlicher Art erzeugen, die Abläufe und Bewegungen hervorrufen.

Sozialgeschichte ist also etwas sehr Komplexes. Sie umfaßt den gesamten menschlichen Lebensbereich wie etwa soziale Probleme und die Auseinandersetzungen um sie, soziale Bewegungen, gesellschaftliche Gliederung, gegenseitige Kommunikation, soziale Vereinigung, berufliche und wirtschaftliche Gliederungen und die in ihnen enthaltenen Hierarchien, berufliche Organisationen, aber auch etwa das Wohnungs- und das Gesundheitswesen, den Bildungs- und Fortbildungsbereich, die Eigentums- und Produktionsverhältnisse, und natürlich die Sozialtheorien, kurz das menschliche Leben und Zusammenleben in seiner Gesamtheit."

Wie verhalten sich nach Pöls Sozialgeschichte und Soziologie? Auch dazu äußert sich Pöls: "Es sind also viele Teilbereiche, die aber innerlich zusammengehören. Der Historiker untersucht sie in ihrer geschichtlichen Dimension, in ihrem Werdegang, aber zugleich mit dem Ziel, sie an die Gegenwart heranzuführen und Geschichte so zu einem permanenten Lernpro-

1 Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im laufenden Text beziehen sich auf das jeweils besprochene Buch.

zeß zu machen. Der Soziologe untersucht die gleichen Bereiche in ihrer funktionalen Dimension. ... Die Theorie als Anspruch in ihrer Totalität ist ein Anliegen unter anderem der Soziologie, die praktische Wirkung und Auswirkung untersucht der Historiker, aber beide bleiben aufeinander angewiesen, und zwar durchaus im Sinne Max Webers in seinem bedeutenden Werk 'Wirtschaft und Gesellschaft' ... Zugespitzt könnte man es so sagen: Der Soziologe findet (oder erfindet) die klärenden, dem gemeinsamen Verstehen dienenden Begriffe, der Historiker wendet sie an und differenziert sie."

Bei Pöls hat die Soziologie eine ähnliche Aufgabe für die (Sozial)geschichte wie die Philosophie bei Schiller. Beide kennen keine historische, sondern nur soziologische bzw. philosophische Theorie, die die geschichtliche Darstellung durchdringt.

In einigen Diskussionen ist bei uns die Frage aufgetaucht, ob nicht auch wir den Begriff "Sozialgeschichte", gar noch in einem Zusammenhang mit der Wirtschaftsgeschichte, nach "alter deutscher Sitte" als "Wirtschafts- und Sozialgeschichte", verwenden sollten. Mir scheint das unsinnig, da eine Wirtschaftsgeschichte selbstverständlich auch die Klassen- und Schichtenverhältnisse zu berücksichtigen hat - sonst wäre sie keine Wirtschaftsgeschichte, "Sozialgeschichte" aber im angelsächsischen Sinne, wie auch Pöls den Begriff verwendet, ist die Geschichte, wie sie Marx und Engels immer behandelt haben. Die sogenannte "politische Geschichte" als die Geschichte ist eine schlechte Erfindung der Bourgeoisie.

Doch auch wenn ich gegen die Einführung des Begriffs "Sozialgeschichte" bin, kann man gar nichts dagegen haben, daß bürgerliche Historiker ihn in der von Pöls gegebenen Definition verwenden, da er sie wenigstens an eine umfassende Geschichtsschreibung heranführt.

Aber natürlich muß man auch ein umfassendes Wissen haben, wenn man eine "Sozialgeschichte" im Sinne von Pöls schreiben oder Dokumente für sie zusammenstellen will. Und über ein solches Wissen verfügt Pöls leider nicht.

Schon die Gliederung des Buches ist unglücklich; erstes Kapitel "Von Menschen und Dingen", zweites Kapitel "Arbeitswelt und soziale Probleme", drittes Kapitel "Verkehr und Transport". Handelt das zweite Kapitel nicht auch von "Menschen und Dingen", und warum ein spezielles Kapitel über Verkehr und Transport?

Im übrigen stellt das erste Kapitel ein Sammelsurium von zumeist wohlbekannten Erinnerungen und Beschreibungen dar, das eigentlich nur negativ dadurch irgendwie zusammenhängt, daß es die Thematik des zweiten Kapitels anschließt; das ist ein bißchen wenig Zusammenhang. Einmal wird auch Bebel zitiert, eine harmlos nette Beschreibung des Berlin von 1867, die jeder andere auch hätte geben können - von 26 Zeilen beschäftigen sich übrigens die Hälfte mit Bedürfnisanstalten und eng verwandten Fragen.

Völlig mißlungen ist der zweite Teil, der sich ja mit der "Arbeitswelt" beschäftigt - aber auf 132 Seiten nicht eine einzige Schilderung des Menschen bei der Arbeit bringt. Das Beste sind noch die Auszüge aus dem Buch der Bettina von Arnim "Dies Buch gehört dem König"; ein Auszug von einer Seite aus "Die heilige Familie", die übrigens Marx allein zugeschrieben und nach W. Köllmann, Die industrielle Revolution, zu lesen empfohlen wird, ist aus dem Zusammenhang gerissen und so noch schwerer verständlich als im Zusammenhang.

Schilderungen etwa der Elberfelder - Wuppertaler Verhältnisse durch Engels kennt der Verfasser offenbar nicht, ebensowenig die zeitgenössischen Beschreibungen von Ernst Willkomm, J. N. v. Schwerz, Fr. G. Wieck, M. Mohl, G. Hanssen, Wilhelm Wolff, Fr. B. Weber, R. Prutz, J. Krebs, O. Ruppins, G. Weerth, E. Boll, L. Jacobi, H. Bettziech, L. H. Fr. Buhl, J. G. Hoffmann, O. Lünig, J. K. Porsch, A. Schneer, Fr. J. Buss und so vielen anderen Schriftstellern, Journalisten, Wissenschaftlern, auch nicht Zeitungsberichte, etwa die berühmte Schilderung des Lebens der Witwen verunglückter Bergarbeiter in der "Schlesischen Zeitung" vom 29. März 1857, Aufsätze in Zeitschriften wie dem "Arbeiter -

freund", der "Concordia" oder in Handelskammerberichten - sie alle werden von Pöls nicht berücksichtigt.

"Es handelt sich also bei diesem Lesebuch um eine ausgewählte Sammlung zeitgenössischer Stimmen zu ihrer jeweiligen Gegenwart, die Hermann Heimpel einmal als 'zwischen gestern und morgen das Heute', als den 'Durchgang vom Vergangenen zum Künftigen' bezeichnet hat. An diesem 'Durchgang' stehen gleichsam spalierbildend die Zeitgenossen, jeder in seiner individuellen Rolle, mithandelnd oder miterlebend, im Zentrum der Ereignisse stehend oder sie betrachtend, dem äußeren Bild folgend oder dem tieferen Gehalt nachsinnend, un-mittelbar registrierend oder im Vorhergehenden und Vergehenden Zukünftiges, Werdendes reflektierend" (S. X), schreibt Pöls. Ganz abgesehen davon, daß es für Zeitgenossen schwer sein muß, wenn sie gleichzeitig "spalierbildend stehen" und "im Zentrum der Ereignisse stehen" sollen, ist die Mehrheit der wirklich Einblick gebenden Zeitgenossen von Pöls übersehen worden.

Wie schade! denn das Programm von Pöls ist wirklich gut, wenn er in der Einleitung seine Auffassung von der Sozialgeschichte und was sie leisten soll, bemerkt (S. XV): "Bekommt Sozialgeschichte - hier des 19. Jahrhunderts - auf diese Weise nicht eine andere, sagen wir besser: eine weitere Dimension, sogar einen neuen Aspekt? Armut, soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit, gesellschaftliche Hierarchie und abkapselndes Ständedenken, Bevorzugung privilegierter Klassen, ungerechte und ungesunde Arbeitswelt - und was sich sonst noch alles anführen ließe - sind latent vorhandene Spannungsfelder im sozialen Gefüge der deutschen Staatenwelt im 19. Jahrhundert. Aber sozialgeschichtliche Aspekte erschöpfen sich ja nicht nur in einem ausgedehnten Negativkatalog, sondern sie liegen auch in den positiven Ansätzen zu dessen Überwindung, im Fortschritt von Wissenschaft und Technik und der damit folgerichtig verbundenen Ausweitung und Verbesserung der allgemeinen Lebensverhältnisse. Diese Parallelität bestimmt ein sich gegenseitig bedingendes Spannungsfeld, das in seiner ganzen Vielfalt und Vielschichtigkeit die volle Beachtung verdient, ja erfordert. Von dieser komplexen Sichtweise her werden Positionen bestimmter Denker, Bewegungen und Abläufe verschiedener sozialer, weltanschaulicher und politischer Kräfte ebenso wie etwa Verhaltensweisen der Repräsentanten der politischen Macht, von Gruppen und wie immer gearteter Gruppierungen und Parteien einzuordnen sein in das Koordinatensystem verschiedenster in sich zusammenhängender Bezüge."

Die Idee, eine Geschichte der Industrialisierung zu schreiben, ist überaus nützlich und sollte von marxistischen Historikern aufgenommen werden.

Rübberdt verwirklicht sie bis weit in das 19. Jahrhundert nicht schlecht. Er bringt zwar keine neuen Erkenntnisse und entdeckt keine neuen Zusammenhänge, aber er gibt eine nützliche Darstellung, natürlich mit zahlreichen bourgeoisen Klischees - etwa wenn er als Resultat der "Revolution" von 1688/89 in England feststellt (S. 11): "Damit war die Grundlage gelegt für ein einzigartiges politisches System, in dem Freiheit, Toleranz und Rechtssicherheit gewährleistet waren." - oder mit grotesken Verharmlosungen der Folgen der kapitalistischen Arbeitstechnik, die für das 20. Jahrhundert einen Höhepunkt erreichen, wenn er über Fließbänder und Montagestraßen gleichzeitig so in ihren Auswirkungen auf den Arbeitsprozeß schreibt (S. 198): "Aber selbst an den Fließbändern und Montagestraßen, die lange Zeit hindurch als die modernsten Betriebseinrichtungen galten, mußte der Arbeiter in einem voraus festgelegten Zeitrhythmus und mit ständig sich wiederholenden Bewegungen und Handgriffen noch einige körperliche Arbeit leisten, wenn auch die Schwerarbeit mehr und mehr auf die Maschine übertragen wurde." Daß der Arbeiter am Fließband "noch einige körperliche Arbeit leisten muß", erinnert an die Untertreibung des Theologiestudenten, der, als er hörte, daß Salomon 2 000 Frauen gehabt hätte, erklärte: "Das grenzt an Bigamie!"

Beachtenswert sind einige Bemerkungen zur Wissenschaftlich-technischen Revolution wie etwa die folgenden (S. 201):

"Automation wird aus wirtschaftlichen Gründen niemals so weit getrieben werden können, wie es technisch möglich wäre. Sie spart zwar Lohnkosten, verursacht jedoch erhebliche Investitionskosten. Meist ist ein kostspieliger Neuentwurf des ganzen Herstellungsprozesses beim Einbau der elektronischen Instrumente notwendig. Der Kapitalaufwand hierfür lohnt nur dann, wenn er mit einem erheblichen Produktionsanstieg verbunden ist. Die hohen Kosten für die Automatisierung bestimmter Produktionsvorgänge erfordern daher sehr genaue Überlegungen über die notwendigen Mittel und die Art der Kapitalbeschaffung. Eine möglichst ununterbrochene Auslastung der automatischen Anlagen ist geboten, wenn diese nutzbringend arbeiten sollen. . .

Noch immer arbeitet die Mehrzahl aller in der Industrie Beschäftigten in mittleren und Kleinbetrieben, von denen viele und teilweise ganze Branchen für eine Automatisierung ungeeignet sind, insbesondere solche Betriebe, die keine Großserien einheitlicher Produkte erzeugen, wie z. B. die Möbelfabriken. . . In den Ford-Werken in Detroit, die auf dem Gebiet der Automation seit Jahrzehnten vorangegangen sind, werden von 146 000 Arbeitskräften nur 10 000 in Abteilungen mit automatisierter Produktion beschäftigt. Freigesetzte Arbeitskräfte wurden in Expansionsperioden bisher zum größten Teil in anderen Abteilungen der gleichen Unternehmungen untergebracht, die dank gestiegener Produktivität ihren Umsatz erhöhen konnten. Von drastischen Reduzierungen der Belegschaft automatisierter Betriebe kann nicht die Rede sein. Nur ein kleiner Teil der in der Industrie beschäftigten Arbeitnehmer gehört zu den Betroffenen, die an anderer Stelle beschäftigt werden müssen."

Völlig versagt Rübberdt, wenn es um die Beurteilung der Verhältnisse in den sozialistischen Ländern, insbesondere der Sowjetunion, geht.

Nicht daß er stets blind, feindlich, reaktionär ist. Das 15. Kapitel "Die Industrialisierung der Sowjetunion" beginnt zum Beispiel ganz objektiv, ohne jedes Vorurteil (S. 227): "Innerhalb weniger Jahrzehnte hat die Sowjetunion alle anderen Industrieländer Europas mit ihren Produktionsleistungen auf dem Gebiet der Roheisen- und Stahlerzeugung und in einigen Zweigen der verarbeitenden Industrien weit überflügelt. Spektakuläre Erfolge wie der erfolgreiche Start des ersten bemannten Raumschiffs 'Sputnik' im Jahre 1961 erregten weltweites Aufsehen und machten offenkundig, daß es neben der auf der Grundlage der kapitalistischen Wirtschaftsordnung erfolgten Industrialisierung der westlichen Länder noch eine andere Variante gibt, die großer Aufbauleistungen fähig ist."

Aber schon eine Seite weiter (S. 228) schreibt er: "Die Sowjetunion hat sich wie vordem das zaristische Rußland westlicher Erfahrungen unbedenklich bedient und insbesondere nach dem Sieg über Nazideutschland im Jahre 1945 durch die jahrelange Zwangsverpflichtung deutscher Experten wie durch Demontagen im besetzten Deutschland hervorragendes technisches Knowhow zu sichern gewußt, das ihrem Industrieaufbau zugute kam. Bei Betrachtung des sowjetischen Wirtschaftswachstums muß weiter festgestellt werden, daß Rußland als größtes Staatswesen der Welt, das ein Sechstel der Festlandfläche der Erde einnimmt, mit den oben genannten Gegebenheiten auch unter einem anderen Regime Fortschritte gemacht hätte, denn auch in den letzten fünf und zwanzig Jahren vor Ausbruch des ersten Weltkrieges hatte Rußland bemerkenswerte Zuwachsraten in seiner industriellen Produktion aufzuweisen. Der entscheidende Beitrag des neuen Regimes war und ist die Konzentration auf beschleunigte Industrialisierung bestimmter Industriezweige."

Die Tatsachen und die Feststellungen sind unbestreitbar. Und doch ist alles falsch dargestellt.

Daß die Sowjetunion sich ebenso wie das zaristische Rußland westlicher Erfahrungen in Wissenschaft und Technologie "unbedenklich bedient" hat, ist zweifellos richtig. Aber einmal: Warum nicht? Was gibt es dabei zu bedenken? Es ist doch seit eh und je üblich, daß man sich das Weltwissen aneignet, und Lenin hat oft genug gemahnt, vom Feind zu lernen, warum sollte die Sowjetunion irgendwelche Bedenken haben, Bekanntes und ihr Nützliches zu

übernehmen! Kann Rübberdt irgendeinen Fall in der Weltgeschichte (abgesehen von Dummheiten) nennen, wo das nicht geschehen ist? Sodann aber: Warum erwähnt Rübberdt nicht die ganz großen und für den Industriesaufbau entscheidenden eigenen Leistungen der Sowjetunion auf dem Gebiet der Wissenschaft und Technologie? Offenbar hat er das Wichtigste "vergessen".

Richtig ist auch, daß nach dem zweiten Weltkrieg deutsche Wissenschaftler und Technologen in die Sowjetunion gebracht wurden und dort Nützliches leisteten - nachdem während des zweiten Weltkrieges sowjetische Wissenschaftler und Technologen von den Faschisten ermordet und dort die Institute und Anlagen zerstört worden waren. Was Rübberdt wieder "vergibt", ist, daß deutsche Wissenschaftler und Technologen auch von den USA-Militärs nach den Vereinigten Staaten gebracht wurden - nach den USA, in denen von den Faschisten kein Wissenschaftler, kein Technologe ermordet, kein Betrieb zerstört wurde -, um dort zahlreiche Lücken der auf bestimmten Gebieten zurückgebliebenen amerikanischen Wissenschaft und Technologie mit ihren Kenntnissen zu füllen.

Nach den ersten objektiven Sätzen der Einleitung dieses Kapitels, die die Urteilsfähigkeit des Lesers offenbar einschläfern sollen, zeigt Rübberdt schon sehr schnell eine ganz andere Haltung. Und auf dieser Linie geht es weiter. Doch auch mit gelegentlichen Schwankungen, weil ihn die Leistungen der Sowjetunion überwältigen, wie etwa in den folgenden Ausführungen (S. 253 f.) - bis er sich wieder "zusammenreißt" und im letzten Satz des folgenden Zitates von neuem seinen Rücken vor der herrschenden Linie krümmt:

"Die Erschließung und Industrialisierung der weiten Räume Nordasiens durch die Russen ist ein säkularer Vorgang von gleicher weltgeschichtlicher Bedeutung wie die Durchdringung und Industrialisierung des nordamerikanischen Halbkontinents durch die aus vielen Ländern Europas kommenden Einwanderer und ihre Nachfahren. Sowohl in Nordamerika und den westlichen Ländern Europas als auch in der Sowjetunion vollzog sich der geschichtliche Umwandlungsprozeß des Übergangs von der agrarisch-vorindustriellen Welt in die moderne Industriegesellschaft durch Beschränkung des Massenverbrauchs und Konsumverzicht. Er war unerlässlich, um Investitionen zu ermöglichen, die dann die Gesamtproduktion steigerten und das Leben auf eine neue wirtschaftliche Grundlage stellten.

Es läßt sich nicht bestreiten, daß der Aufstieg der UdSSR zur Weltmacht den meisten in ihrem Machtbereich lebenden Menschen Vorteile gebracht hat. Der Bildungsstand der vor 1917 zu einem großen Teil noch analphabetischen Bevölkerung wurde allgemein erhöht. Vor allem die früher noch unter archaischen Verhältnissen lebenden Bewohner entlegener Landesteile im europäischen Rußland wie vor allem in Sibirien sind vorangekommen. Ihnen gegenüber wird der durch Übernahme der westlichen Technologie ermöglichte technische Fortschritt als Eigenleistung sowjetischer Erfinder ausgegeben."

Sehr lehrreich für unsere Haltung als Marxisten im Kampf mit feindlichen Ideologien erscheinen mir auch die folgenden Ausführungen von Rübberdt. Sie beginnen so (S. 297): "In der praktischen Tagespolitik war die Sozialdemokratie immer mehr auf dem Wege zur streng disziplinierten staatspolitischen Reformpartei, weil dies vernünftig und zweckmäßig erschien, um zu greifbaren Erfolgen zu gelangen. Der revolutionäre Schwung verebbte, der Opportunismus einer immer breiter werdenden Partei- und Gewerkschaftsbürokratie trat die Herrschaft an."

Man hat den Eindruck einer offenen Kritik am Sozialdemokratismus. Aber genau das Gegenteil ist der Fall! Es handelt sich um eine Lobpreisung, denn Rübberdt fährt fort: "Ganz allmählich ist die Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder ihrer selbst bewußt geworden, hat sich, allen Widerständen trotzend, Großorganisationen aufgebaut, die zu Millionenbewegungen mit erheblichen Vermögenswerten auf Grund ständig steigender Beitragsaufkommen anwuchsen, und ist so in jahrzehntelangen wechselvollen Kämpfen, häufig von Rückschlägen getroffen, aber doch schließlich erfolgreich in den Staat hineingewachsen,

den zu durchdringen und unaufhaltsam umzuformen dem zahlenmäßigen Anteil der Arbeiterklasse an der Gesamtbevölkerung nach der Erringung der politischen Gleichberechtigung immer mehr gelang. Dazu bedurfte es langer Erfahrungen und der Erziehungsarbeit vieler Jahrzehnte, bis der Schritt von verbitterter Opposition zur Übernahme von Regierungssämtern getan werden konnte. Dies geschah in Deutschland erstmalig Ende 1918 unter Friedrich Ebert, in Großbritannien - wie schon erwähnt - 1924 unter Ramsay MacDonald."

Das, was wir als Anklage meinen, als Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse bezeichnen, wenn wir von Reformismus und Opportunismus sprechen, erscheint solchen Leuten wie Rübberdt nicht nur in der Praxis richtig, was nur natürlich von ihrem Klassenkampfstandpunkt ist, sondern auch in der Terminologie (bürokratischer Opportunismus!) als Lob.

Auch so etwas gehört zum Niedergang einer Gesellschaftswissenschaft. Wenn ich nicht befürchten müßte, daß dieser Satz isoliert zitiert werden würde, würde ich die Besprechung dieses Buches schließen: "Ich habe Rübberdt mit Nutzen gelesen". So aber ende ich besser: ein sehr geeignetes Buch, um wissenschaftlichen Propagandisten den ideologischen Kampf gegen das Monopolkapital und seine Wissenschaftler an ihm üben zu lehren.

FAKTOREN UND INDIKATOREN DER WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

Betrachtungen zu

Wirtschaftliche und soziale Probleme der gewerblichen Entwicklung im 15. - 16. und 19. Jahrhundert, hg. v. Friedrich Lütge = Forschungen zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd. 10

Gustav Fischer Verlag, Stuttgart 1968, 155 Seiten mit 11 Abbildungen, 9 Tabellen und 6 Karten, Preis: 35 DM

Hans-Jürgen Schmitz, Faktoren der Preisbildung für Getreide und Wein in der Zeit von 800 bis 1350 = Quellen und Forschungen zur Agrargeschichte, Bd. 20

Gustav Fischer Verlag, Stuttgart 1968, 134 Seiten mit 8 Abbildungen, Preis: 38 DM

von Hartmut Harnisch/Hans-Heinrich Müller

Wie viele wissenschaftliche Disziplinen hat auch die wirtschaftshistorische Forschung es mit Faktoren und Indikatoren zu tun. Indikatoren sind "Anzeiger" und Faktoren bestimmende Kräfte oder mitwirkende Umstände sowohl gesellschaftlicher als auch ökonomischer Prozesse oder Erscheinungen. Indikatoren können zugleich Faktoren sein wie auch Faktoren zugleich Indikatoren sein können. So wurde, um im Bereich der Agrargeschichte zu bleiben, das Steigen oder Sinken der Getreidepreise als ein Indikator für eine Verbesserung oder Verminderung des bäuerlichen Einkommens betrachtet. Ist der Preis in seiner Entwicklung sozusagen ein Meßwert für das Steigen oder Sinken der Einkommen, so ist er für das Einkommen selbst ein bedeutungsvoller Faktor, denn ein hoher oder niedriger Preis bestimmt in entscheidender Weise die Einkommenshöhe, wengleich natürlich auch andere wichtige Faktoren zu berücksichtigen sind.

Bereiten Indikatoren dem Wirtschaftshistoriker in der Regel kein allzu großes Kopfzerbrechen, weil er nur die entsprechenden "Meßwerte" abzulesen hat, um so schwieriger ist die Analyse und Wertung der Faktoren. Ihre richtige Erfassung und der Grad sowie das Gewicht des Zusammenhanges der Faktoren beeinflussen die Aussagen der zu untersuchenden Erscheinungen und Prozesse. So unterscheiden sich in der Faktorenanalyse bürgerliche und marxistische Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaftler. Erstere verstehen die gesellschaftliche Entwicklung als Resultat der Wechselwirkung verschiedener Faktoren, wie der geographischen, ökonomischen, politischen, sozialen, technischen, wissenschaftlichen, ideologischen, die an einem bestimmten Punkt zusammenfließen. In diesem "Pluralismus der Faktoren" oder der "multilinearen Interpretation", wie es bei dem bekannten Soziologen Leopold von Wiese (1876 bis 1969), einem Schüler Kurt Breysigs und Begründer der Kölner Vierteljahreshefte für Sozialwissenschaften, der sich zweifellos Verdienste um die fachliche Konstituierung der Soziologie erwarb, heißt, werden je nach dem Standort, auf dem der Historiker steht, die einzelnen Faktoren mehr oder weniger hervorgehoben. So beobachten wir vor allem in der Sozialgeschichte oder in industriegeschichtlichen Untersuchungen die Dominanz technischer und wissenschaftlicher Faktoren, während andere gesellschaftliche und soziale Faktoren in den Hintergrund gedrängt werden, bisweilen vollständig verschwinden. Nicht selten

liegt der bürgerlichen Faktorenanalyse eine individualistische Geschichtsauffassung zugrunde, und im Bereich der Soziologie war sie oft mit ihrer Enthistorisierung verbunden.

Und wie verhält sich die marxistische Wirtschaftsgeschichte? Lehnt sie die Faktorenanalyse ab? Ganz im Gegenteil! Sie geht ebenfalls davon aus, daß die Geschichte oder die verschiedenen Entwicklungsprozesse die Resultante einer Vielzahl von Faktoren sind. Aber hier laufen die einzelnen Faktoren als Triebkräfte nicht nebeneinander her, sondern der Historiker weist die einzelnen Faktoren in ihrer Gesamtwirkung quantitativ und qualitativ nach; er untersucht die Wirkung aller einzelnen Faktoren, die eine Gesamtwirkung in Form einer wirtschaftshistorischen Erscheinung oder eines sozialökonomischen Prozesses verursacht oder beeinflusst, wobei er sie auf die letztlich bestimmenden ökonomischen Triebkräfte der jeweiligen Gesellschaftsformation zurückführt.

Wir verkennen nicht die Schwierigkeiten, die mit einer marxistischen Faktorenanalyse verbunden sind. Kenntnis aller Faktoren und der Quellen des zu untersuchenden Gegenstandes sind genauso Voraussetzung wie die Ausrüstung des Forschers mit der Lehre des dialektisch-historischen Materialismus. Insbesondere bei der Wertung der Faktoren, zweifellos dem schwierigsten Teil jeder Faktorenanalyse, kommt es darauf an, das richtige und notwendige Verhältnis zwischen qualitativen und quantitativen Faktoren zu finden, die Relationen zwischen konstanten und variablen Faktoren zu beachten, die wesentlichen von den unwesentlichen, die aktiven von den passiven, die gleichzeitig wirkenden von den zeitlich ungleichmäßig wirkenden, die ständig wirkenden von den zeitweilig wirkenden Faktoren zu unterscheiden, alle Faktoren mit dem ihnen zustehenden Gewicht in richtige Zusammenhänge einzuordnen, um die der historischen Realität entsprechende Resultante zu gewinnen. Je umfassender die Faktoren, desto tiefgründiger die Analyse, desto größer die Aussage, desto sicherer das Ergebnis. Der Historiker hat im Sinne der Mathematik, der ja die Faktorenanalyse ursprünglich entstammt, historische Genauigkeit anzustreben, ohne sie jedoch immer vollständig zu erreichen, weil Quellenlage und Erkenntnisstand bestimmte Grenzen setzen. Der marxistische Wirtschaftshistoriker würde sich also niemals, um auf das Beispiel der bäuerlichen Einkommen im Feudalismus zurückzukommen, nur mit der Getreidepreisentwicklung, der Bevölkerungsbewegung, den Löhnen, der Aussaat, dem Ertrag, dem Viehbesatz, der Landausstattung, so wichtig sie auch für die Faktorenanalyse sind, befassen, sondern vor allem und in erster Linie auch die feudalen Produktionsverhältnisse, die Feudalrente, die persönliche Abhängigkeit des Bauern, das Feudaleigentum, den Klassen Gegensatz zwischen Bauern und Feudalherren und den Klassenkampf mit Nachdruck in seine Betrachtungen einbeziehen. Er betreibt nicht ausschließlich Strukturanalyse, die in der bürgerlichen Forschung häufig in klassenindifferenter Weise erfolgt, sondern Systemanalyse.¹

Nicht jede Untersuchung bedarf einer umfassenden Faktorenanalyse. Um sie überhaupt zu ermöglichen, sind Detailforschungen erforderlich, Untersuchungen von einzelnen Faktoren und Indikatoren; selbst das Auffinden neuer Faktoren gehört zur Aufgabe des Wirtschaftshistorikers. Einer solchen Aufgabe unterzog sich beispielsweise Knut Borchardt, indem er einige wenige Faktoren untersuchte, um sie als Indikatoren für die "Regionale Wachstumsdifferenzierung in Deutschland im 19. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung des West-Ost-Gefälles" zu verwenden. Es ist eine nützliche und aufschlußreiche kleine Studie; einer von den acht Vorträgen, die auf der zweiten Arbeitstagung der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte in der BRD gehalten wurden und die Friedrich Lütge zu einem Sammelband unter dem angezeigten Titel vereinigt hat. Borchardt ging es um die genauere

1 Vgl. dazu Berthold, Rudolf, Agrarkrisen, Agrarkonjunktur und Bevölkerungsentwicklung. Bemerkungen zu Wilhelm Abel, Agrarkrisen und Agrarkonjunktur. Eine Geschichte der Land- und Ernährungswirtschaft Mitteleuropas seit dem hohen Mittelalter, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1971, T. 4, S. 231 ff.

Erfassung des Einkommens und des "realen Sozialprodukts". Während ihre statistische Ermittlung jedoch erst in neuerer Zeit erfolgt, erschweren mangelhafte Materialüberlieferungen, die zudem noch von begrenzter Aussagekraft sind, begründete Feststellungen für das 19. Jahrhundert. Deshalb versuchte Borchardt, über Umwege zu einigermaßen brauchbaren Aussagen zu gelangen. Er erfaßte daher zwei "recht eigenartige Indikatoren", und zwar die Dichte der Ärzte und der Schüler höherer Schulen in Preußen, die zweifellos mit der Höhe des Volkseinkommens pro Kopf korrelieren. Das Ergebnis wird in einigen interessanten Tabellen und Diagrammen festgehalten. Sie vermitteln ein anschauliches Bild von der Rangfolge der einzelnen preußischen Provinzen hinsichtlich der Arzt- und Schülerdichte für die Jahre 1825, 1849, 1861, 1867, 1882 und 1902, wie auch der Vergleich zwischen Arzt- und Schülerdichte in den verschiedenen Provinzen recht aufschlußreich ist. Die vorgestellten Indikatoren weisen in der Regel ein Wohlstandsgefälle von West nach Ost in den preußischen Provinzen nach, wobei aber die Rangfolgen innerhalb des genannten Zeitraums erheblichen Verschiebungen unterlagen. Borchardt beschränkte sich in seiner Betrachtung nur auf das Gefälle von West nach Ost; eine Untersuchung des Gefälles von Nord nach Süd oder umgekehrt blieb ausgespart, obgleich es für die Gesamteinschätzung ebenso wichtig ist.

Nicht weniger interessant ist der Beitrag von Wolfram Fischer über "Die Rolle des Kleingewerbes im wirtschaftlichen Wachstumsprozeß in Deutschland 1850 - 1914". Die jüngere historische Schule der Nationalökonomie hatte bekanntlich den Niedergang des Kleingewerbes und Handwerks, vor allem im Gefolge der Industriellen Revolution, in Dutzenden von Untersuchungen "nachgewiesen". Nun kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Industrielle Revolution eine zerstörerische Wirkung auf das Handwerk und Kleingewerbe ausgeübt hat. Doch gleichzeitig entstand neues Kleingewerbe oder wandelte sich das alte Handwerk, um neue Funktionen im Prozeß der Industrialisierung zu übernehmen.² Und es ist das Anliegen Fischers, den Anteil des Kleingewerbes am Aufschwung der deutschen Wirtschaft in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nachzuweisen. Als Grundlage diente ihm das statistische Standardwerk von Walther G. Hoffmann.³ Seine Auswertung für wirtschaftshistorische Fragestellungen ist jedoch mit nicht geringen Schwierigkeiten verknüpft. Welcher Art sie zum Beispiel für die statistische Erfassung des Kleingewerbes, das nicht gesondert ausgewiesen wurde, sind, hat Fischer in seinem Beitrag dargestellt. Dennoch gelingt es ihm, unter Heranziehung verschiedener Faktoren und anderweitiger Literatur und Quellen anhand ausgewählter Bereiche aus dem Kleingewerbe und gemessen an der Betriebsgröße, Beschäftigtenzahl, Motorenkraft, den Produktionswerten, der Arbeitsproduktivität und Kapitalakkumulation einen erstaunlichen Entwicklungstrend des Kleingewerbes nach 1850 sichtbar zu machen.

Noch ein dritter Beitrag sei aus dem Sammelband herausgegriffen; Wolfgang Zorn stellt einige Wirtschaftskarten vor, die die Standorte der eisenschaffenden Industrie und der Webstühle sowie den Gütertransport auf dem Rhein um 1820 auf dem Gebiet der heutigen BRD ausweisen. Zugleich vergleicht er die von ihm bearbeiteten Karten mit jenen aus dem Jahre 1925, so daß der Leser einen guten optischen Eindruck von den Veränderungen der Standorte der Wirtschaft und der ökonomischen Entwicklung innerhalb eines reichlichen Jahrhunderts erhält.

Für eine Geschichte der Produktivkräfte im 19. Jahrhundert haben die Beiträge von Borchardt, Fischer und Zorn größere Bedeutung. In ihnen werden sowohl die räumliche Verteilung als auch die Entwicklungstendenzen verschiedener Produktivkräfte dargestellt; gleichzeitig werfen sie wichtige Fragen auf oder regen zu überlegenswerten Fragen an, wie etwa

2 Vgl. Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 467 f.

3 Hoffmann, Walther G., Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, u. Mitarbeit v. F. Grumbach u. H. Hesse, (West-)Berlin/Heidelberg/New York 1965.

die nach der Verflechtung von Bildung, Gesundheitswesen, Einkommen und Produktion, deren Beantwortung durch Produktivkräfteforscher zu neuen und wichtigen Erkenntnissen verhelfen kann. Daher sollten die genannten Studien, so fragmentarisch sie auch sind, von marxistischen Wirtschaftsgeschichte beachtet werden, weil sie nützliche und wichtige Ergebnisse vermitteln und interessante methodische Ansätze zu notwendigen Strukturanalysen der Produktivkräfte bieten.

Der Vollständigkeit halber wollen wir auch die übrigen fünf Beiträge des Sammelbandes erwähnen. "Nürnbergers industrielle Leistung im Spätmittelalter" ist das Thema, mit dem sich Hektor Amman befaßte. In diesem letzten Beitrag vor seinem Tode gibt Amman einen doch recht unverbindlichen Überblick insbesondere über die metallverarbeitenden Zünfte, die Handelswaren von europäischem Format herstellten. Da Amman jedoch nicht in die Tiefe dringt, kaum aussagekräftige Angaben über Produktion, Ein- und Ausfuhr beibringt, wird der Leser zu keinen wesentlichen neuen Einsichten geführt. Dagegen darf der Beitrag "Wirtschaftliche und soziale Probleme der gewerblichen Entwicklung im 15./16. Jahrhundert nach hansisch-niederdeutschen Quellen" von Ernst Pitz größere Aufmerksamkeit beanspruchen. Das darin mitgeteilte Tatsachenmaterial bestätigt die von marxistischen Wirtschaftshistorikern vertretene Auffassung, daß die Krisen im Spätmittelalter weniger in den Veränderungen der Bevölkerung als vielmehr in den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen zu suchen sind. Große Fragezeichen haben wir allerdings bei der Feststellung, daß die Städte im 15./16. Jahrhundert eine "ausgeglichene und friedliche Sozialordnung" besaßen, zu setzen, wie auch mancher Terminus, etwa "Flächenstaat", unglücklich wirkt. Beachtung verdient auch der Beitrag von Ingomar Bog über "Wachstumsprobleme der oberdeutschen Wirtschaft 1540 - 1618". Wie Amman, so nimmt auch Bog Nürnberg als Modellfall seiner Untersuchung. Doch was man bei Amman vermißt, hat Bog herausgearbeitet; eine detaillierte, theoretisch verarbeitete, anschauungsreiche und aufschlußreiche Analyse der Nürnberger Wirtschaft und ihrer Entwicklungstendenzen, verglichen mit einigen Nachbarräumen, insbesondere der Schweiz. Die Instrumentarien jedoch, deren sich Bog bedient, entstammen weitgehend der modernen kapitalistischen Gesellschaftsordnung und sind daher für den Untersuchungszeitraum schwerlich anwendbar, weil feudale Wirtschaftsstrukturen und Herrschaftsverhältnisse kaum Voraussetzungen dafür boten. J. A. van Houtte stellt in seinem Beitrag "Stadt und Land in der Geschichte des flandrischen Gewerbes im Spätmittelalter und in der Neuzeit" die Beziehungen zwischen den beiden Zeiträumen her. Er setzt sich überzeugend mit den Auffassungen der nationalökonomischen Schule von der Trennung der Stadt- und Agrarwirtschaft auseinander und deckt die dialektischen Zusammenhänge zwischen Landwirtschaft, Landhandwerk und städtischer Wirtschaft auf. Schließlich vergleicht Erich Maschke "Deutsche Kartelle im späten Mittelalter und im 19. Jahrhundert vor 1870". Bemerkenswert ist der Nachweis beachtlicher Kartellgründungen vor der eigentlichen Kartellierungsperiode. So konnte er für die Zeit von 1820 bis in die sechziger Jahre 42 Kartelle ausfindig machen, die in ihrer Wirkung genauso funktionierten wie die Kartelle im Monopolkapitalismus; marktbeherrschende Stellung der Produktion, Ausschaltung der Konkurrenz, Produktionsbeschränkungen, Verhinderung oder Behinderung des technischen Fortschritts und Sicherung "höchstmöglicher Gewinne mit dem Monopolpreis".

Die acht Beiträge, die wir kurz besprochen haben, behandeln verschiedene Aspekte der gewerblichen Entwicklung im 15./16. und 19. Jahrhundert; jeder einzelne zumeist nur ganz wenige Probleme oder ausgewählte Faktoren und Indikatoren. Sie sind nützlich, indem sie bisher nur wenig bekannte Tatsachen vermitteln oder uns mit interessanten Forschungsmethoden vertraut machen; gleichwohl gilt es festzuhalten, daß grundlegende ökonomische Kategorien, Fragen der Produktionsverhältnisse, Klassenstruktur und Klassenbeziehungen weitgehend außer acht gelassen bzw. nur ungenügend berücksichtigt wurden.

Um Faktoren und Indikatoren geht es auch in der Untersuchung von Hans-Jürgen Schmitz, eine monographische Untersuchung, die sich über einen größeren Zeitraum erstreckt und

zwei bedeutungsvolle landwirtschaftliche Produkte des frühen Feudalismus zum Gegenstand hat. Beschäftigen wir uns näher mit der Arbeit von Schmitz.

"Die preishistorische Forschung hat Unterlagen beschafft, die es ermöglichen, die langfristigen Bewegungen der Getreidepreise in England, Frankreich, Oberitalien, Deutschland und Österreich vom 13. und 14. Jahrhundert bis zur Gegenwart zu verfolgen und untereinander zu vergleichen."⁴

So leitet Wilhelm Abel, der wohl bekannteste bürgerliche Agrarhistoriker der Gegenwart, eines seiner Hauptwerke ein.⁵

Die insgesamt gleichförmig verlaufenden langfristigen Schwankungen der Getreidepreise sind für Abel im Zusammenhang mit anderen Faktoren, vornehmlich Bevölkerungsentwicklung und Schwankungen des Preisniveaus gewerblicher Erzeugnisse, der wichtigste Indikator zur Aufdeckung landwirtschaftlicher Konjunktur- oder Depressionsperioden. Zeitlicher Ausgangspunkt seiner Untersuchungen ist die zu einer gewissen Konsolidierung gekommene Herausbildung des Städtewesens, die mit der Entstehung des Städtebürgertums untrennbar verbunden und mit der Entwicklung stabiler Handelsbeziehungen einhergegangen war - jener wichtigen Grundlage entstehenden Schriftgutes, das die Berechnung langfristiger Preisreihen gestattet. Lange Reihen reichen am weitesten in England zurück, etwa bis in die zweite Hälfte des 12. Jahrhunderts, während sie sich für Mitteleuropa erst für die Zeit seit dem 14. Jahrhundert aufstellen lassen. Die weitgehende Übereinstimmung der Preisschwankungen bei Getreide und gewerblichen Erzeugnissen gelten als Beweis, daß diesen auch gleichartige Ursachenverknüpfungen zugrunde liegen. Daraus wird geschlossen, daß es einen überregionalen Getreidehandel gab, denn die Übereinstimmung der Preisschwankungen in so großen Räumen kann nur durch hochentwickelte Marktbeziehungen, deren Auswirkungen bis in die entlegensten Lokalmärkte zu spüren waren, erklärt werden. Tatsächlich ist auch ein regelmäßiger Getreidehandel seit dem 13./14. Jahrhundert gut überliefert, der, gemessen am Entwicklungsstand jener Zeit, bereits beachtliche Getreidemengen in Bewegung gebracht hat.⁶

Der von Schmitz gewählte Untersuchungszeitraum liegt jedoch vor dem erwähnten Entwicklungsabschnitt. Den Untersuchungszeitraum muß man wohl in zwei größere Abschnitte teilen.⁷ Bis etwa 1100 bestand der Feudalismus in seiner fast reinen Form, kaum tangiert durch Elemente und Einflüsse des Städtewesens und Bürgertums als der zukünftigen Träger der ihn letztlich überwindenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung, weil sie noch gering entwickelt waren. Seit dem 11. Jahrhundert erstarkten jedoch allmählich die Städte, und das städtische Bürgertum als Klasse begann sich herauszubilden. Damit entstanden die Träger und die geographischen Mittelpunkte der Lokalmärkte und des Fernhandels. Eng verbunden war damit aber auch die zunehmende, von den Städten getragene und sich auf das feudale Hinterland auswirkende Geldwirtschaft, die sich unter anderem in der beginnenden Umwandlung der bäuerlichen Arbeitsrenten in Produkten- und Geldrenten äußerte, ein Prozeß, der für das zur Debatte stehende Thema von großer Bedeutung ist. Allerdings ist

4 Abel, Wilhelm, Agrarkrisen und Agrarkonjunktur, 2. Aufl. Hamburg/(West-)Berlin 1966, S. 13.

5 Ebenda.

6 Vgl. die Angaben bei Engel, Evamaria, Bürgerlicher Lehnbesitz, Produktenrente und altmärkisch-hamburgische Handelsbeziehungen im 14. Jahrhundert, in: Hansische Geschichtsblätter, 82. Jg. 1964, S. 31.

7 Zur sozialökonomischen Entwicklung im allgemeinen vgl. Stern, Leo/Gericke, Horst, Deutschland von der Mitte des 11. bis zur Mitte des 13. Jahrhunderts. Lehrbuch der deutschen Geschichte (Beiträge), Bd. 2,2, Berlin 1964, S. 3 ff.

die quellenmäßige Überlieferung in Mitteleuropa noch bis in das 14. Jahrhundert hinein zu dürftig, um lange Preisreihen aufstellen zu können, obwohl es schon früher regelmäßigen Getreidehandel gab. Schmitz deutet zwar in gewisser Weise die von uns kurz skizzierte Wende in der Entwicklung an (S. 51)⁸, ohne jedoch ihre grundlegende Bedeutung für sein Thema zu verfolgen oder zu erkennen.

Bei der gegebenen Quellenlage war der Verfasser natürlich gezwungen, auf andere Unterlagen zurückzugreifen als auf Rechnungen, Handelsbücher und Geschäftskorrespondenzen. Er fand sie in der Reihe *Scriptores der Monumenta Germaniae Historica* (MGH), die die gedruckt vorliegenden Chroniken und Annalen der mittelalterlichen Geschichtsschreibung – soweit sie sich auf Mitteleuropa bezieht – vereinigt. Im Mittelpunkt steht dabei die Chronik des Reiner von Lüttich.⁹ Sie bildet eine einzigartige Ausnahme innerhalb der mittelalterlichen Geschichtsschreibung, denn sie überliefert ökonomische Tatbestände und Preisangaben in einer Dichte, wie sie in kaum einer anderen Chronik zu finden sind. So verzeichnete Reiner von Lüttich Preisangaben für die Hauptgetreidearten, die für die Jahre 1194 bis 1225 eine fast geschlossene Reihe darstellen. Ferner hat Schmitz 148 weitere Annalen und Chroniken auf Preisangaben und Aufzeichnungen über den Ernteausfall sowie die Versorgung mit Getreide und Wein ausgewertet.

Wissenschaftsgeschichtlich verdient dabei seine Bemerkung Beachtung, daß die Register der MGH kaum die für seine Arbeit interessierenden wirtschaftshistorischen Begriffe nachweisen (S. 5). Die Herausgeber hatten bei ihrer Veröffentlichung der Chroniken fast ausschließlich die Reichs- und Regentengeschichte vor Augen; Wirtschaftsgeschichte lag ihnen fern.

Außer den Preisangaben des Reiner von Lüttich konnte Schmitz für Getreide 61 und für Wein 27 Preisangaben aus seinem Material ermitteln, die aber weder räumlich noch zeitlich zu Reihen zusammengefaßt werden können, da sie isoliert auftreten. Preisreihen als Indikatoren für langfristige ökonomische Entwicklungen fallen also hier aus. Wie Schmitz feststellt, fanden die Preise der Hauptnahrungsmittel für den mittelalterlichen Chronisten nur dann Interesse, wenn sie aus irgendwelchen Gründen in auffallender Weise von der Norm abwichen, das heißt, wenn sie ein Niveau erreichten, das auf eine katastrophenartige Hungersnot für breite Volksschichten schließen läßt.

Der erklärte Gegenstand seiner Forschung sind für Schmitz diejenigen Faktoren, die in irgendeiner Weise auf die Preisbildung von Wein und Getreide Einfluß nehmen (S. VII). Er geht dabei von der Tatsache aus, daß bis zum Eindringen der Hackfrüchte, insbesondere der Kartoffel, in die europäische Landwirtschaft des 18. Jahrhunderts die Ernährung auf dem fast in Monokultur betriebenen Getreidebau beruhte und es keine Möglichkeit gab, eine Getreidemisernte durch andere pflanzliche Nahrungsmittel zu kompensieren. Vom Ausfall der Getreideernte hing daher auch das Wohl und Wehe der breiten Volksschichten ab. Wein dagegen war zwar das verbreitetste Getränk, besaß aber für die Ernährung nicht die gleiche Bedeutung wie Getreide. Daher stehen die Getreidepreise und die sie beeinflussenden Faktoren bei Schmitz im Vordergrund, und mit ihnen wollen wir uns auch etwas mehr beschäftigen.

Räumlich bezieht sich die Untersuchung auf das heutige Belgien, die Gebiete am Mittel- und Niederrhein sowie Nord- und Süddeutschland, wie auch Thüringen in Einzelfällen berücksichtigt wurde. Zeitlich beginnt Schmitz um 800, in einer Zeit, in der Preisangaben häufiger werden, und endet um die Mitte des 14. Jahrhunderts, genauer, mit den Pestzügen von 1348 bis 1350, die nach bürgerlicher Auffassung, wie sie Abel und Lütge vertre-

8 Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im Text beziehen sich auf das besprochene Buch von Schmitz.

9 *Reineri Annales*, S. Jacobi Leodensis, in: *Monumenta Germaniae Historica. Scriptores.*

ten, nicht nur große Bevölkerungsverluste, sondern auch einen wirtschaftlichen Umbruch verursachten.¹⁰

Bei den Bestimmungsfaktoren für die Getreide- und Weinpreise sind kurzfristig wirkende Einflüsse, wie vor allem Witterungsverlauf und Kriege, von langfristigen Entwicklungstendenzen zu unterscheiden. "Zu den preisbildenden Faktoren, die sich in den Quellen, als den Annalen und Chroniken, finden, treten noch andere", wie es bei Schmitz heißt, "die langfristig ebenfalls Einwirkung auf die Preisgestaltung haben. Es handelt sich um ökonomische Erscheinungen, wie etwa Agrarverfassung und gesellschaftliche Verhältnisse, Agrartechnik, Handel und Verkehr, Geld, Kredit u. ä. m., deren Evolution im Berichtsraum unübersehbar und deren preisbildende Wirksamkeit unzweifelhaft ist." (S. VII) Die mittelalterlichen Chronisten haben die Preise der Hauptnahrungsmittel, wie wir bereits andeuteten, vor allem in Zeiten katastrophaler Hungersnöte aufgezeichnet, wobei jedoch manche der Hungersnöte nicht das ganze Untersuchungsgebiet heimsuchten, sondern nur Teilgebiete erfassten.¹¹ Die quellenmäßig einigermaßen gut erfassbaren Hungersnöte sind für Schmitz die wichtigsten kurzfristig wirkenden Bestimmungsfaktoren der Getreide- und Weinpreise. Darüber hinaus dienen sie ihm aber auch als wesentlicher Indikator für die Beurteilung des Entwicklungsstandes der agraren Produktivkräfte, da sie der Ausgangspunkt seiner Betrachtungen über die Ertragsrate des Ackerbaus (S. 20, 46 ff.) und die Möglichkeiten eines Getreidehandels als Mittel zur Ausschaltung oder Milderung der Hungersnöte sind.

Wenden wir uns zunächst Fragen des Getreidehandels zu, um später auf einige Probleme der agraren Produktivkräfte zurückzukommen. Die Nachrichten über einen Getreidehandel im Berichtszeitraum sind nach Schmitz "auffällig gering" (S. 37), der wenig später feststellt: "Es kann also kaum jemals bewiesen werden, daß durch Importe oder Exporte das örtliche Getreidepreisniveau gesenkt oder gehoben worden ist" (S. 38). In einer Anmerkung weist er jedoch auf Reiner von Lüttich als Ausnahme hin. Über den Getreidehandel führt er zusammenfassend aus: "Von der Möglichkeit, Vorräte in größerem Maße anlegen zu können, hing aber in ausschlaggebendem Maße ein funktionsfähiger Getreidehandel ab. Daß es diesen Handel in ausreichendem Umfang in der Berichtszeit zunächst nicht gab, beweisen die zwar relativ im Zeitablauf abnehmenden, aber dennoch sehr zahlreichen regionalen Hungersnöte, deren Erwähnung ohne weiteres im allgemeinen mit einem hohen Getreidepreisniveau gleichgesetzt werden konnte." (S. 125) Unter Berufung auf den niederländischen Agrarhistoriker Slicher van Bath¹² hält Schmitz die niedrige Ertragsrate des Getreidebaus für "die primäre Basis aller Schwierigkeiten, denen sich die mittelalterliche Getreideerzeugung gegenüber sah" (S. 126). Darin erblickt er die "faktische Unmöglichkeit einer langfristigen Kornmagazinierung" und erklärt damit das Fehlen eines ausreichenden Handels (S. 126). Er kommt aber dann zu der Auffassung: "Aus dieser Sicht heraus muß es geradezu erstaunen,

¹⁰ Abel, Wilhelm, Die Wüstungen des ausgehenden Mittelalters, 2. Aufl. Stuttgart 1955; Lütge, Friedrich, Das 14./15. Jahrhundert in der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Stuttgart 1963, S. 281 ff. - Zur Verknüpfung der spätmittelalterlichen Depressionsercheinungen in der Landwirtschaft mit den großen Seuchen als auslösendem Faktor vgl. die umfassende und anregende Kritik von Kuczynski, Jürgen, Einige Überlegungen über die Rolle der Natur in der Gesellschaft anlässlich der Lektüre von Abels Buch über Wüstungen, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1963, T. 3, S. 284 ff.

¹¹ Curschmann, Fritz, Hungersnöte im Mittelalter. Ein Beitrag zur deutschen Wirtschaftsgeschichte des 8. bis 13. Jahrhunderts, Leipzig 1900, S. 82 ff. = Leipziger Studien aus dem Gebiet der Geschichte, Bd. 6; vgl. auch Kalischer, Erwin, Beiträge zur Handelsgeschichte der Klöster zur Zeit der Großgrundherrschaften, Berlin 1911, S. 71 ff. - Kalischer hält den Getreidehandel, auf den wir anschließend zu sprechen kommen, in den älteren Zeiten für unbedeutend.

¹² Slicher van Bath, B[ernard] H[endrik], The Agrarian History of Western Europe A. D. 500 - 1850, London 1963.

daß doch in wachsendem Maße ein überregionaler Getreidehandel in Gang kam." (S. 126) Hier wollen wir anmerken, daß Schmitz für seinen Untersuchungszeitraum mit einer Ertragsrate von 1 zu 3 bis 1 zu 4 der Aussaat rechnet und sie für weitgehend konstant hält (S. 20, 24).

Schmitz weist also auf die wachsende Bedeutung des Getreidehandels in seinem Untersuchungszeitraum hin, ohne jedoch der unseres Erachtens fundamentalen Bedeutung der Städtebildung und der damit zusammenhängenden Ausbreitung der Geldwirtschaft im 12. und 13. Jahrhundert genügend Beachtung zu schenken, die zweifellos Möglichkeiten eines umfangreichen Handels mit Massengütern eröffnete. Über den Getreidehandel jener Zeit glaubt er nur soviel sagen zu können, daß bei diesem "vermutlich" zwischen zwei Perioden zu unterscheiden sei, und zwar zwischen der Periode vor und jener nach 1200 (S. 53). Eine so weitgehende Zurückhaltung, wie sie Schmitz übt, ist wohl nicht am Platze, auch wenn es an unmittelbaren Quellenzeugnissen mangelt. Bereits im 9. und 10. Jahrhundert ist schon Getreidehandel, wenn auch zunächst noch vereinzelt, bekannt, vor allem im verkehrsgünstigen Rheinland (S. 38). Die Handelsprodukte in der Periode vor der Herausbildung des Städtewesens waren Salz, Metalle, Gewerbeprodukte, vornehmlich für den gehobenen Bedarf, und Sklaven.¹³ Hohe Handelsprofite dürften das Risiko gelohnt haben. Noch im 16. und 17. Jahrhundert waren beispielsweise bei Tuchen die Handelsprofite wesentlich höher als bei Getreide.¹⁴ Getreidehandel wurde erst lohnend, wenn regelmäßig größere Mengen umgesetzt werden konnten oder aber ein äußerst starker Preisanstieg eingetreten war. Schon Lamprecht meinte vor fast neunzig Jahren das Einsetzen eines ernährungswirtschaftlich wirksam werdenden regelmäßigen Getreidehandels auf ein Vierteljahrhundert genau angeben zu können, als er schrieb: "Diese lokale Verbreitung vieler Hungersnöte ist nur unter völligem Darniederliegen des Getreidehandels erklärlich", um unter Berufung auf die Chronik des Reiner von Lüttich fortzufahren: "Die Zeit, wo ein lebhafter Getreidehandel die Gefahr lokaler Teuerungen zu mindern begann, läßt sich ziemlich sicher angeben; es ist etwa die Wende des 1. und 2. Viertels des 13. Jahrhunderts."¹⁵

Es steht außer Zweifel, daß der Träger dieses aufblühenden Getreidehandels das städtische Bürgertum war. Bei einer Anzahl größerer Städte muß schon aus Gründen der Eigenversorgung im 13. Jahrhundert ein beachtlicher Getreidehandel einschließlich der notwendigen Speicherkapazität entstanden sein. Lamprecht verweist darauf, daß beispielsweise Köln um die Mitte des 13. Jahrhunderts auf regelmäßige Getreidezufuhren eingestellt war.¹⁶ Am Ende des hier in Rede stehenden Zeitraumes ist aufgrund des hamburgischen Pfundzollbuches von 1369 errechnet worden, daß Hamburg in dem genannten Jahr 2 076 Wispel Getreide, darunter 1 400 Wispel Brotgetreide (1 203,5 Wispel Roggen und 196,5 Wispel Weizen), ausgeführt hat.¹⁷ Diese Menge würde ausreichen, um einen jährlichen Brotgetreidebedarf von 5 500 bis 9 000 Menschen zu decken, wenn wir 150 bis 250 Kilogramm pro Person annehmen.¹⁸ Das entspräche einer Einwohnerschaft einer bereits schon sehr ansehnlich zu nehnenden Stadt.

13 Mottek, Hans, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Bd. 1: Von den Anfängen bis zur französischen Revolution, Berlin 1964, S. 110 f.

14 Der Stralsunder Kaufmann Hinrich Möller, der zwischen ca. 1620 und 1650 tätig war, verdiente in den 20er Jahren des 17. Jh. am Wollhandel etwa 5, bei den (allerdings seltenen) Geschäften mit Weizen und Roggen etwa 10, an Braumalz etwa 40 und an Tuchen etwa 50 bis 100 Prozent (brutto) (vgl. Stadtarchiv Stralsund, Rep. 2, H 3, 39).

15 Lamprecht, Karl, Deutsches Wirtschaftsleben im Mittelalter, Bd. 1, Leipzig 1886, S. 593.

16 Ebenda, S. 594.

17 Engel, Evamaria, a. a. O., S. 31. - 1 400 Wispel entsprechen etwa 1 370 t. Die Umrechnung erfolgte in der Weise, daß wir den Wispel als Hohlmaß mit 13,91 hl und den Reduktionsfaktor von 1 kg bei Weizen mit 0,7733 und bei Roggen mit 0,7278 annehmen.

18 Vgl. Abel, Wilhelm, Die Wüstungen des ausgehenden Mittelalters, a. a. O., S. 117.

Um noch einmal zu wiederholen: Es entstanden also bereits stabile Getreidehandelsbeziehungen, die vom städtischen Bürgertum getragen wurden. Damit ist jedoch noch nichts darüber gesagt, wie es den städtischen Händlern gelang, den Getreidehandel zu entwickeln und die landwirtschaftliche Überschußproduktion durch ihre Hände gehen zu lassen.

Fragen wir nach den sozialökonomischen Auswirkungen der Stadtentwicklung auf die Entstehung des Getreidehandels. Man kann mit Sicherheit annehmen, daß die schnelle Entwicklung des Städtewesens seit dem 11. Jahrhundert die Geldwirtschaft intensiviert. Sie förderte und verstärkte die gesellschaftliche Arbeitsteilung. Handwerkszweige sonderten sich vom Ackerbau ab und verselbständigten sich, der Handel wurde mehr und mehr von Berufskaufleuten betrieben. Viele Städte entwickelten sich zu Gewerbestandorten und boten zunehmend Gewerbeprodukte höherer Qualität an, für deren Erwerb die Feudalherren Äquivalente, sei es in Form von Geld oder von Agrarprodukten, bereitstellen mußten. Der gestiegene Geldbedarf der Feudalherren, die dieses Äquivalent brauchten, um in größerem Umfang Gewerbeprodukte kaufen zu können, und der zunehmende Klassenkampf zwischen Feudalherren und Bauern seit dem 11. Jahrhundert (auf den nicht zuletzt die Abwanderung von Bauern in die Städte und Neusiedlungs- bzw. Ostexpansionsgebiete zurück ging) führten zu der bekannten Auflösung der Villikationsverfassung.¹⁹ Die feudale Arbeitsrente zur Bestellung des Sallandes wurde weitgehend in Produkten- oder teilweise sogar schon in Geldrente umgewandelt. In vielen Fällen wurde das Salland unter die Bauern aufgeteilt. Sofern die Bauern auf Geldrente gesetzt wurden, was besonders in Gebieten intensiver Marktbeziehungen vorkam, waren sie gezwungen, ihr Mehrprodukt an städtische Händler zu verkaufen, um die Feudalrente aufbringen zu können. Blieb es bei einer bäuerlichen Produktenrente, so waren die feudalen Grundherren selbst die Partner der städtischen Getreidehändler. Die Umwandlung der Arbeits- in eine Produkten- oder Geldrente bot den Bauern die Möglichkeit, ihren Anteil am Mehrprodukt zu vergrößern, der um so größer sein konnte, je sicherer die Feudalrenten rechtlich fixiert waren. Je größer aber der Anteil am Mehrprodukt war, etwa als Folge verbesserter Produktionsmethoden, desto größer konnte auch die Marktquote sein, die es den Bauern ermöglichte, ebenfalls städtische Gewerbeprodukte zu kaufen. Andererseits dürfte aber nur in den Händen des städtischen Bürgertums überhaupt die notwendige Geldmenge vorhanden gewesen sein, um damit einen nennenswerten Getreidehandel in Gang zu bringen.

Die Annahme eines Zusammenhanges zwischen der Entwicklung des Städtewesens seit dem 11./12. Jahrhundert, der Auflösung der Villikationsverfassung und der Entstehung regelmäßiger Getreidehandelsbeziehungen, die mildernd auf lokale Hungersnöte und somit ausgleichend auf das Preisniveau wirkten, ist nicht von der Hand zu weisen.²⁰ Derartige Überlegungen stellt Schmitz entgegen seiner Ankündigung, Agrarverfassung und gesellschaftliche Verhältnisse, Handel und Verkehr, Geld und Kredit ausführlicher behandeln zu wollen, nicht an. Die eingehende Analyse der Feudalrenten in ihren historischen Erscheinungsformen und die dahinter stehenden Ursachenverknüpfungen haben allerdings bisher auch nur marxistische Historiker erfolgreich untersucht.

Wir wollen noch bemerken, daß Schmitz unseres Erachtens die Möglichkeiten des Transportes von Massengütern, also auch von Getreide, auf dem Landweg unterschätzt, wenn er feststellt, daß nur der Wasserweg einen regelmäßigen Getreidehandel erlaubte, während ein Transport zu Lande nur bei vielfach höheren Preisen in Frage gekommen wäre (S. 40). Den Transport auf dem Landweg hält Schmitz selbst bis in die Neuzeit hinein für schwierig (S. 52).

¹⁹ Vgl. Stern, Leo/Gericke, Horst, a. a. O., S. 43 ff.

²⁰ Vgl. dazu Roscher, Wilhelm, Nationalökonomik des Ackerbaus, 11. Aufl. Stuttgart 1886, S. 554 = System der Volkswirtschaft, Bd. 2. - Roscher zitiert einen englischen Autor des 18. Jh. (Fleetwood, preciosum), dem zufolge sich in England im 13. Jh. der höchste zum niedrigsten Kornpreis wie 64 : 1, im 14. Jh. aber nur noch wie 26,5 : 1 verhielt.

Gewiß war der Transport zu Lande nicht frei von Schwierigkeiten, aber mit seinen "Schwierigkeiten" geht Schmitz entschieden zu weit. Beispielsweise ist in den Rechnungen des Klosters Diesdorf in der nordwestlichen Altmark vom Ende des 14. Jahrhunderts mehrfach der Kauf von Gerste, vermutlich Braugerste, aus der Magdeburger Börde bezeugt. So wurden 1392 immerhin 16 Wispel Gerste aus Oschersleben (Bode) über eine Entfernung von 120 Kilometer beschafft.²¹ Teilweise wurden diese Transporte mit den Wagen des Klosters bewältigt. Noch billiger waren solche Transporte mit bäuerlichen Fronfuhrern, wie sie seit dem 16. Jahrhundert im Bereich der Gutsherrschaft gang und gäbe waren. In welchem Umfang auch unter feudalen Produktionsverhältnissen ein Massentransport von Getreide über Land möglich war, mag daraus erhellen, daß in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts die Stadt Gardelegen (Altmark) Jahr für Jahr aus der Magdeburger Börde und dem Gebiet am Nordrand des Harzes 2 000 bis 3 000 Wispel Braugerste über Entfernungen von 60 bis 100 Kilometer bezog.²² Im Zuge der Intensivierung des Fernhandels im Zusammenhang mit dem Aufkommen des Städtewesens dürften zweifellos auch die Verkehrswege, vor allem die Fluß- und Bachübergänge, verbessert worden sein.

Während Schmitz den Getreidehandel zu den kurzfristig wirkenden Bestimmungsfaktoren des Getreidepreinsniveaus zählt, müssen die Entwicklungen im Bereich der agraren Produktivkräfte zu den langfristig wirkenden Faktoren gerechnet werden. Von größter Wichtigkeit ist dabei die Ertragsrate des Getreidebaus, hängen doch davon die mögliche Überschußproduktion und die entsprechende Marktquote der unmittelbaren Produzenten bzw. der Verkauf von Überschüssen der rentenbeziehenden Feudalherren ab. Überschußproduktion und Marktquote sind aber die wichtigsten Bestimmungsfaktoren des Getreidehandels und des Getreidepreises. Schmitz hat sich unter Anlehnung an Slicher van Bath ausführlicher mit der Ertragsrate befaßt. Slicher van Bath setzt die regelmäßige Überschußproduktion von Nahrungsmitteln geradezu als Grundlage jeder Urbanisierung, die über den Rahmen kleiner Ackerbürgerstädte hinausgeht, voraus.²³ Darin ist ihm zweifellos zuzustimmen, denn der Anteil der nicht mehr von unmittelbarer landwirtschaftlicher Arbeit lebenden Bevölkerung stieg mit der Bildung von Städten, die den Charakter von Handels- und Gewerbestädten annahmen, beträchtlich, während vordem nur ein relativ kleiner Teil von Feudalherren einschließlich geistlicher Feudalität mit ihrem Anhang miternährt zu werden brauchte. Es geht also um das schwierige und keineswegs geklärte Problem des Wachstums der agraren Produktivkräfte in den Jahrhunderten des Früh- und Hochfeudalismus. Abel kommt bei der Behandlung der frühmittelalterlichen deutschen Landwirtschaft (bis Ende des 7. Jahrhunderts) auf der Grundlage des Nahrungshaushalts zweier Bauernhöfe zu der Auffassung, daß "der Überschuß hingereicht haben (mag), gelegentlich einige Erzeugnisse fremder Wirtschaft einzuhandeln und einem Dritten einige Gaben darzubringen. Doch war die mögliche Überschußerzeugung solcher frühmittelalterlichen Bauernwirtschaften sicher nicht imstande, eine größere oder dichtere, von anderer Leute Arbeit lebende (soziale) Oberschicht zu tragen".²⁴ Inwieweit diese sehr weitreichende Aussage voll berechtigt ist, läßt sich hier im einzelnen nicht erörtern. Sie kann jedoch auf alle Fälle als Bestätigung der Ergebnisse der marxistischen Historiographie betrachtet werden, nach denen die Bauernschaft des Frankenreichs in der Karolingerzeit einer starken Feudalisierung unterworfen wurde²⁵, da vorher eine breitere Schicht

21 Staatsarchiv Magdeburg, Rep. Da Diesdorf, XXV a, Nr. 2, fol. 66.

22 Die zahlreichen Gutsrechnungen dieser Zeit weisen das aus. Bei einem Reduktionsfaktor von 0,5913 für Gerste wären das etwa 1 650 bis 2 450 t.

23 Slicher van Bath, B[ernard]H[endrik], a. a. O., S. 21.

24 Abel, Wilhelm, Geschichte der deutschen Landwirtschaft vom frühen Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert, 2. Aufl. Stuttgart 1967, S. 25.

25 Vgl. Stern, Leo/Gericke, Horst, a. a. O., S. 72 ff.; vgl. Njeussychin, A. J., Die Entstehung der abhängigen Bauernschaft als Klasse der frühfeudalen Gesellschaft in Westeuropa vom 6. - 8. Jahrhundert, Berlin 1961.

von Feudalherren ökonomisch nicht tragbar war. Gewiß wuchs während des Feudalisierungsprozesses der Bauernschaft die von "anderer Leute Arbeit lebende soziale Oberschicht" bedeutend, und auch in der Zeit der Urbanisierung (11. bis 13./14. Jahrhundert) nahm deren Anteil noch einmal beträchtlich zu, bis er etwa 10 bis 15 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachte.²⁶ Ohne ein entscheidendes Wachstum der agraren Produktivkräfte wäre diese Bevölkerungsschicht wohl kaum zu ernähren gewesen. Die Frage lautet nur, ob die erzielte Überschußproduktion vorrangig von einer vergrößerten Anbaufläche oder von einer höheren Ertragsrate stammte. Zweifellos wurde die Anbaufläche seit der Karolingerzeit bis zum Ausbruch der spätmittelalterlichen Agrardepression gewaltig ausgeweitet. Doch ist zu fragen, ob ein Produktivitätsniveau der Landwirtschaft, wie es Abel für das Frühmittelalter schildert, ausreichte, Überschüsse trotz vergrößerter Anbaufläche in dem Umfang zu erzeugen, wie sie die zunehmende Urbanisierung erforderte. Wenn die Überschüsse so minimal waren, wie Abel annimmt, war es von geringer Bedeutung, ob im Untersuchungsgebiet 100 000 oder 500 000 Bauernwirtschaften bestanden, weil allein die räumliche Zersplitterung es ziemlich unmöglich machte, solch kleine Überschüsse für einen Markt und den Getreidehandel zu mobilisieren. Daher dürfte für die Marktproduktion eine Erhöhung der Ertragsrate im Getreidebau viel wichtiger gewesen sein.

Ein Wachstum der agraren Produktivkräfte konnte wohl auf zweierlei Wegen erfolgen:

1. Übergang zu neuen Bodennutzungssystemen,
2. Verbesserung der Bodenbearbeitung.

Bei der Betrachtung der Bodennutzungssysteme haben wir vor allem den Übergang von den verschiedenen Formen der Feldgraswirtschaft oder dem Dauerfeldbau auf kleinen Flächen zur Dreifelderwirtschaft, dem höchstentwickelten Bodennutzungssystem der feudalen Produktionsweise im nördlichen Europa, zu berücksichtigen. Die historische Geographie hat bis heute diesen Übergang in seinen Ursachen und in seinem zeitlichen Ablauf noch nicht in befriedigender Weise zu lösen vermocht. Es gilt als erwiesen, daß die Dreifelderwirtschaft im heutigen Baden-Württemberg bereits in der Merowingerzeit aufkam.²⁷ Als im Zuge der feudalen Ostexpansion die askanischen Markgrafen 1230 über Havel und Nuthe, die fast achtzig Jahre lang ihren Machtbereich nach Osten hin begrenzt hatten, hinaus vorstießen und den Teltow, den Barnim und die südliche Uckermark okkupierten, wurden diese Gebiete bis etwa 1270 sehr schnell besiedelt.²⁸ Als Siedlungstyp fand vorzugsweise das Straßen- und Angerdorf mit der in drei Felder geteilten Hufengewannflur Anwendung.²⁹ Schwarz hat zweifellos recht, wenn sie feststellt: "Die Dreizelgen-Brachwirtschaft galt im Hochmittelalter sicher als das fortschrittlichste Betriebssystem."³⁰ Damit besitzen wir jedoch noch keine Kenntnis, wann in den deutschen Altsiedellandschaften ein verstärkter Übergang von den primitiveren Nutzungsformen zur Dreifelderwirtschaft vonstatten ging. In diesem Zusammenhang wollen wir darauf verweisen, daß die Dreifelderwirtschaft zwar eine weite Verbreitung fand, aber keineswegs das einzige Bodennutzungssystem der feudalen Landwirtschaft war. Krenzlin spricht einmal geradezu von einer "Legende der Dreifelderwirtschaft"³¹, die sich jahrzehntelang in der Geschichtsschreibung behauptet hat, und weist auf die zahlreichen Ab-

26 Vgl. Kötzschke, Rudolf, Grundzüge der deutschen Wirtschaftsgeschichte bis zum 17. Jahrhundert, 2. Aufl. Leipzig 1923, S. 116.

27 Vgl. Schwarz, Gabriele, Allgemeine Siedlungsgeographie, 3. Aufl. (West-)Berlin 1966, S. 239 = Lehrbuch der allgemeinen Geographie, Bd. 6.

28 Vgl. Krenzlin, Anneliese, Dorf, Feld und Wirtschaft im Gebiet der großen Täler und Platten östlich der Elbe, Remagen 1952, S. 19 = Forschungen zur deutschen Landeskunde, Bd. 70.

29 Ebenda, S. 78.

30 Schwarz, Gabriele, a. a. O., S. 249.

31 Krenzlin, Anneliese, a. a. O., S. 50.

weichungen und Nebenformen hin, die zum Beispiel in der Mark Brandenburg des 17. und 18. Jahrhunderts bestanden und meistens eine Anpassung an die natürlichen Gegebenheiten darstellten. Bei vergleichenden siedlungsgeographischen Untersuchungen kam Krenzlin zu der Auffassung, daß in Süddeutschland die Gewinnflursiedlungen mit Dreifelderwirtschaft in den Becken-, Tal- und Gäulandschaften vorherrschten, während auf den Höhen und Hängen der Mittelgebirge ältere Flurformtypen gehäuft auftraten. Zu dieser Beobachtung war übrigens auch schon Hanssengelangt.³² Die siedlungsgeographische Forschung betrachtet heute den Prozeß der Entwicklung von weilerartigen Kleinsiedlungen zu Dörfern, die Zunahme des Getreidebaus, die Herausbildung der Gewinnfluren und den Übergang zur Dreifelderwirtschaft in den deutschen Altsiedellandschaften vielfach in engem Zusammenhang³³, ohne jedoch Einigung darüber zu erzielen, ob dieser Vorgang sich im Hochmittelalter, in der Wüstungsperiode des 14. und 15. Jahrhunderts oder sogar erst in der frühen Neuzeit vollzog.³⁴

Die Dreifelderwirtschaft einer Gewinnflur stellt im Rahmen der feudalen Produktionsweise eine höchst subtile Anpassung des Bodennutzungssystems an die natürlichen Gegebenheiten dar (das zeigen vor allem auch die Beobachtungen von Hanssen und Krenzlin über die regionale Verteilung von Dreifeldergewinnfluren und Blockfluren in Süddeutschland) und setzt ein hohes Maß von genossenschaftlicher Organisation der Bauerngemeinden voraus. Die Durchsetzung dieses Bodennutzungssystems dürfte jedoch nicht während weniger Jahrzehnte erfolgt sein. Wir haben aber gleichzeitig zu fragen, ob die Periode einer verstärkten Ausbreitung der Dreifelderwirtschaft, deren erste Anfänge im 8. Jahrhundert in den dichter besiedelten und geographisch gut geeigneten Gegenden nachzuweisen sind, nicht schon seit dem 10./11. Jahrhundert anzusetzen und ein Teil jenes tiefgreifenden gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses ist, der mit der Auflösung der Villikationsverfassung und dem Aufstieg des Städtewesens bereits im Mittelpunkt unserer Betrachtung stand. Dazu noch einige Überlegungen. Gegenüber den älteren Formen der Bodennutzungssysteme verfügt die Dreifelderwirtschaft über erheblich mehr Land als Saatfläche; im Idealfall sind es zwei Drittel der Nutzfläche, in der Praxis ist es allerdings beträchtlich weniger (Innen- und Außenfeldmark). Während bei der wilden Feldgraswirtschaft das Verhältnis von Anbaufläche zur Brache bei 1 zu 10 bis 1 zu 20 gelegen haben soll, betrug es bei der Dreifelderwirtschaft im optimalen Falle 1 zu 1,3.³⁵ Neben der bedeutenden Zunahme der tatsächlich bestellten Saatfläche trat als wesentlicher Intensivierungseffekt der zur Dreifelderwirtschaft untrennbar gehörende Anbau von Winterfrüchten, die nicht nur sichere, sondern auch um ein Drittel bis zur Hälfte höhere Erträge lieferten.³⁶ Der Anbau von Winterfrüchten ermöglichte oder erzwang ein mehrmaliges Pflügen der Brache; in der Regel wurde dreimal gepflügt, wobei die zweite und dritte sogenannte Pflugfurche hauptsächlich der Unkrautbekämpfung diente. Auch die Verbesserungen in der Anspannung des Zugviehs und der teilweise Übergang von der Rinder- zur Pferdeanspannung haben zweifellos zur Intensivierung der Pflugarbeit beigetragen.³⁷

32 Hanssen, Georg, Agrarhistorische Fragmente zur Erkenntnis der deutschen Feldmarkverfassung von der Urzeit bis zur Aufhebung der Feldgemeinschaft, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 1865, S. 63; ebenda, 1875, S. 500; vgl. auch Krenzlin, Anneliese, Blockflur, Langstreifenflur und Gewinnflur als Funktion agrarischer Nutzungssysteme, in: Berichte zur deutschen Landeskunde, Bd. 20, 1958.

33 Das gilt vor allem seit der Arbeit von Müller-Wille, Wilhelm, Langstreifenflur und Drubbel, in: Deutsches Archiv für Landes- und Volksforschung, Bd. 8, 1944, S. 1 - 44.

34 Stern, Leo/Gericke, Horst, a. a. O., S. 36, meinen, daß dieser Wandel um das Jahr 1000 einsetzte.

35 Vgl. Otremba, Erich, Allgemeine Agrar- und Industriegeographie, Stuttgart 1953, S. 137 = Erde und Weltwirtschaft, hg. v. Rudolf Lütgens, Bd. 3.

36 Vgl. Roscher, Wilhelm, a. a. O., S. 86.

37 Vgl. Stern, Leo/Gericke, Horst, a. a. O., S. 36; vgl. auch Jonas, Wolfgang/Linsbauer, Valentine/Marx, Helga, Die Produktivkräfte in der Geschichte, Bd. 1, Berlin 1969, S. 150.

Berücksichtigt man die gemachten Erfahrungen bei der Verbesserung der Bodenbearbeitung im 18. und 19. Jahrhundert, so spricht einiges dafür, daß die Fortschritte der agraren Produktivkräfte in der von Schmitz behandelten Zeit zu einer nicht unbedeutenden Erhöhung der Ernteerträge geführt haben.

Wir können also folgende Hypothese der Ursachenverflechtung aufstellen, ohne sie bis jetzt beweisen zu können: Der Übergang zur Dreifelderwirtschaft förderte den für die schnelle Entwicklung des Städtewesens unabdingbaren Fortschritt der agraren Produktivkräfte, ohne den eine Vergrößerung der landwirtschaftlichen Überschußproduktion kaum denkbar ist. Ferner dürfte die Verbesserung der Lage der Bauern, wie sie sich in der Auflösung der Villikationsverfassung und in der Umwandlung der Arbeits- in die Produkten- oder Geldrente dokumentiert, zu einer Ausweitung der bäuerlichen Produktion angeregt haben, verblieb doch nun ein größerer Teil des Mehrprodukts in bäuerlichen Händen.

Übrigens muß die Annahme eines seit dem 11./12. Jahrhundert verstärkenden Übergangs zur Dreifelderwirtschaft nicht im Widerspruch zur Auffassung jener Forscher stehen, die der Meinung sind, daß die Dreifelderwirtschaft sich erst im Zusammenhang mit der spätmittelalterlichen Wüstungsperiode durchgesetzt habe. Es ist durchaus denkbar, daß der einmal in Gang gekommene Prozeß immer weiter um sich griff und daher folglich auch der als Marktquote in Frage kommende Teil der Überschußproduktion stetig vergrößert wurde. Es wäre auch möglich, daß die im 13. Jahrhundert zunehmende Marktverflechtung der Bauernwirtschaften einen gewissen Zwang auf die in älteren Bodennutzungssystemen verharrenden Bauerngemeinden ausübte, entweder, wo es irgend nur möglich war, zur Dreifelderwirtschaft oder, wo es die Bodenverhältnisse verhinderten, zu einer Spezialisierung der landwirtschaftlichen Produktion, etwa auf Viehzucht, überzugehen, weil sich der Getreidebau mit den älteren Bewirtschaftungssystemen nicht mehr rentierte. Kuczynski hat in seiner Rezension der zweiten Auflage des Werkes von Abel "Die Wüstungen des ausgehenden Mittelalters" festgestellt, daß für die marxistische Geschichtsforschung außerökonomische Erscheinungen, wie Seuchen, in höher entwickelten Gesellschaftsordnungen keinen entscheidenden Faktor der gesellschaftlichen Entwicklung darstellen können.³⁸ Die Ursachen der langfristigen Depressionserscheinungen in der Landwirtschaft und des Wüstfallens zahlreicher Siedlungen erkannte er in erster Linie in der zunehmenden Produktivität und Intensität der landwirtschaftlichen Produktion. Die Zunahme der landwirtschaftlichen Produktion eilte sowohl der zahlungsfähigen Nachfrage nach nichtlandwirtschaftlichen Erzeugnissen als auch deren Produktion und Produktivität voraus. Das Problem der Entwicklung der agraren Produktivkräfte vom 11./12. bis zum 14./15. Jahrhundert konzentriert sich demnach auf Ausmaß und Tempo des Übergangs der Feldgraswirtschaft in ihren verschiedenen Formen zur Dreifelderwirtschaft, das heißt auf die Frage, ob die so verursachte Produktivitätssteigerung der Landwirtschaft gleichzeitig die Entwicklung des Städtewesens stark förderte, die in der Folge zu einer agrarischen Überproduktion und schließlich zu einer langandauernden Depression in der Landwirtschaft führte. Die Einführung der Dreifelderwirtschaft, die Verbesserung der Zugviehanspannung und die Intensivierung der Bodenbearbeitung sind daher die entscheidenden Komponenten des Wachstums der agraren Produktivkräfte im Mittelalter. Die gelegentlich erwähnte Düngung mit Mergel trat demgegenüber in ihrer Bedeutung zurück und blieb auch auf bestimmte Regionen beschränkt. Die Vermutung, das seit dem 11./12. Jahrhundert beginnende Wachstum der agraren Produktivkräfte habe bis in die Periode der Agrardepression und der Wüstungen gedauert und eventuell sogar erst in dem Jahrhundert vor dem Ausbruch dieser strukturellen Krise des Feudalismus seinen Höhepunkt erlangt, vor allem hinsichtlich der regionalen Ausdehnung, könnte vielleicht in dieser für die Siedlungs- und Wirtschaftsgeschichte gleichermaßen wichtigen Frage weiterführen.

Kommen wir wieder auf die Ausführungen von Schmitz über die Ertragsrate zurück. Wie bereits erwähnt, glaubt er für den Zeitraum von 800 bis 1350 eine Ertragsrate von 1 zu 3 bis

³⁸ Kuczynski, Jürgen, a. a. O., S. 295.

1 zu 4 annehmen zu können. Wir halten das für die Zeit bis zum verstärkten Übergang zur Dreifelderwirtschaft und der Vergewannung der Gemarkungen zu hoch. Abel übermittelt für die ältere Zeit keine Angaben über die Getreideernte im Mehrfachen der Aussaat, sondern er nennt für die Zeit des frühen Mittelalters (bis Mitte des 8. Jahrhunderts) und der mittelalterlichen Ausbäuerperiode (bis etwa 1300) durchschnittliche Ernteerträge von 7 bis 7,5 Doppelzentner je Hektar.³⁹ In der Aufstellung der Belastung einer mecklenburgischen Bauernwirtschaft im 14. und 15. Jahrhundert bilanziert er mit einer Ertragsrate von 1 zu 3. Der Hektarertrag läge nach diesem Beispiel sogar nur bei zirka 5 Doppelzentner.⁴⁰ Abel ist mit seinen Angaben über die Hektarerträge und Ertragsrate in der früh- und hochmittelalterlichen Landwirtschaft angesichts des noch nicht befriedigenden Forschungsstandes sehr zurückhaltend. Die marxistischen Historiker messen jedoch den Fortschritten der agraren Produktivkräfte seit dem 11. Jahrhundert eine ertragssteigernde Wirkung zu. Stern und Gericke sprechen vom Drei- bis Vierfachen der Aussaat, wobei sie sich allerdings auf Abel berufen, der Beispiele aus dem 14. Jahrhundert vorlegte.⁴¹ Auch Mottek bezieht sich auf Angaben von Abel und nimmt an, daß die Weiterentwicklung der agraren Produktivkräfte zu einer Ertragsrate von 1 zu 4 bis 1 zu 5 geführt habe.⁴²

Wenn wir voraussetzen, daß der Übergang zur Dreifelderwirtschaft auf den Gewinnfluren und die verbesserte Bodenbearbeitung die Ertragsrate des Getreidebaus bis auf Werte von 1 zu 3 bis 1 zu 5 gesteigert haben, dann ist die Annahme logisch, daß sie vorher niedriger gelegen haben muß. Mit Ausnahme einiger eng begrenzter Gebiete blieb die Ertragsrate bis zum Übergang zur Fruchtwechselwirtschaft auf diesem Stand, und eine Ertragsrate von mehr als 1 zu 4 muß nach den Aussagen zahlreicher Kornrechnungen und Taxationen gutherrlicher Eigenwirtschaften des 16. bis 18. Jahrhunderts schon als gutes Ergebnis angesehen werden.

Schmitz hat sich in Anlehnung an Slicher van Bath mit den Auswirkungen einer steigenden bzw. fallenden Ertragsrate auf die mögliche Überschußproduktion von Getreide auseinandergesetzt. Aber er stellt im Grunde lediglich fest, daß bei steigender Ertragsrate der Anteil des Saatkorns sinkt, der des zum Konsum bestimmten Kornes hingegen steigt (S. 46 f.). Welche Auswirkungen aber die Entwicklung der Produktivkräfte auf eine Überschußproduktion, auf Marktquote, Getreidehandel und Preisgestaltung haben, darüber weiß Schmitz allerdings kaum etwas Grundsätzliches auszusagen. Da er aber von der Prämisse ausgeht, daß im Untersuchungszeitraum von 800 bis 1350 mit einer gleichbleibenden Ertragsrate zu rechnen sei (S. 24), so bleibt nur der Schluß, daß der in der zweiten Hälfte des Berichtszeitraumes regelmäßiger und umfangreicher einsetzende Getreidehandel im großen und ganzen nur auf einer Ausweitung der Anbaufläche basiert und nicht auch auf eine Intensivierung der Produktionsmethoden zurückzuführen ist. Wir wissen jedoch mit Sicherheit aus späterer Zeit, daß auch bei Ertragsraten von 1 zu 3 bis 1 zu 4 sehr beachtliche Getreidemengen in den Handel kamen, also auch bei diesem Ertragsniveau eine nennenswerte Überschußproduktion möglich war. Es fällt uns daher etwas schwer, zu verstehen, warum nicht auch schon im 9. und 10. Jahrhundert ein regelmäßiger Getreidehandel mildernd auf die Hungersnöte und regulierend auf die Preise wirken konnte. Unter diesen Voraussetzungen wäre für die geringe Bedeutung des Getreidehandels überhaupt nur der niedrige Entwicklungsstand von Städtewesen und Bürgertum verantwortlich zu machen.

Wenn wir jedoch mit einem Wachstum der agraren Produktivkräfte und einer Erhöhung der Ertragsrate seit dem 11./12. Jahrhundert rechnen, dann mögen folgende Werte zur Über-

39 Abel, Wilhelm, Geschichte der deutschen Landwirtschaft..., a. a. O., S. 13, 24, 54.

40 Ebenda, S. 100.

41 Stern, Leo/Gericke, Horst, a. a. O., S. 6; vgl. Abel, Wilhelm, Die Wüstungen des ausgehenden Mittelalters, a. a. O., S. 114.

42 Mottek, Hans, a. a. O., S. 128.

legung anregen. Setzen wir eine Erhöhung der Ertragsrate von 1 zu 2,5 bis 1 zu 3 auf 1 zu 3 bis 1 zu 3,5 voraus, dann hätten wir eine Ertragssteigerung auf 117 bis 140 Prozent. Im ersteren Falle würde die Mehrproduktion eingedenk der starken Ertragsschwankungen ausreichen, um nicht nur eine bessere Selbstversorgung der Produzenten zu gewährleisten, sondern auch eine - wenn auch nicht allzu große - feudale Herrschaft zu tragen und vielleicht kleine Überschüsse auf den Markt zu bringen. Im zweiten Falle kann mit Sicherheit eine regelmäßige Überschußproduktion angenommen werden.

Das Wachstum der agraren Produktivkräfte zwischen den ersten sicheren Erwähnungen der Dreifelderwirtschaft im 8. Jahrhundert und den ersten nachprüfbar Nachrichten über die Ertragsrate anhand von Kornrechnungen aus dem 15. und 16. Jahrhundert ist zweifellos für die Entwicklung der feudalen Gesellschaft von größter Bedeutung, wenngleich es außerordentlich schwer zu lösende Forschungsprobleme aufwirft. Auch für das Thema von Schmitz ist diese Problematik im Zusammenhang mit Überschußproduktion, Marktquote und Getreidehandel ein ganz wesentlicher und langfristig wirkender Preisfaktor. Schmitz hat zweifellos eine Reihe von wichtigen und interessanten Fragen dazu aufgeworfen, ohne jedoch wesentlich neue Ergebnisse vorgelegt zu haben.

Im vierten Teil seines Buches, der die Überschrift "Der säkulare Trend" trägt und sachlich eigentlich nicht mehr zu seinem unmittelbaren Untersuchungsthema gehört, versucht Schmitz zu einer Übereinstimmung seiner Untersuchung mit Abels Theorie von der spätmittelalterlichen Agrarkrise zu gelangen. Angelpunkt aller Überlegung ist, ganz wie bei Abel, die Bevölkerungsentwicklung und die entsprechende Nachfrage nach Nahrungsmitteln. Schmitz will jedoch den Einbruch in die bis dahin kontinuierliche Zunahme der Bevölkerung schon von zirka 1300 an datieren. Und da für den Anfang des 14. Jahrhunderts keine Seuchen überliefert sind, werden große Hungersnöte infolge ungewöhnlich langfristiger Schlechtwetterlagen als Kriterien benutzt. Auf diese großen Hungersnöte verwies auch schon Abel⁴³, ohne ihnen jedoch die Bedeutung - auslösende Faktoren eines Konjunkturumschwungs - zuzubilligen, die ihnen Schmitz beimißt (S. 110).

Eine Analyse der Bestimmungsfaktoren der Preise der Hauptnahrungsmittel im Frühfeudalismus muß zwangsläufig die ökonomischen Verhältnisse in ihren Gesamtzusammenhängen aufdecken. Soweit es sich um kurzfristig wirkende Faktoren, wie Kriege, Hungersnöte als Folge schlechter Ernten und ähnliche Ursachen, handelt, hat Schmitz wertvolles Material vorgelegt und sein Thema wohl auch erschöpfend behandelt. Sobald er jedoch dieses Gebiet verläßt und langfristig wirkende sozialökonomische Zusammenhänge erörtert, bleibt seine Untersuchung, auch wenn wir die schwierige Quellenlage und die vielen ungelösten und kontroversen Auffassungen berücksichtigen, unbefriedigend. Vielfach führt er die gegensätzlichen Meinungen lediglich vor oder deutet sie nur an, ohne einen eigenen Standpunkt herauszuarbeiten. Eine umfassende Faktorenanalyse ist also ausgeblieben.

43 Abel, Wilhelm, Agrarkrisen und Agrarkonjunktur, a. a. O., S. 44.

Betriebsgeschichte

GUTE BETRIEBSGESCHICHTLICHE BÜCHER - BEISPIELE FÜR NOCH BESSERE!

von Hans Radandt

- 1 Von Lee bis Esda (VEB Feinstrumpfwerke Esda), Berlin 1969, 138 Seiten
- 2 Janis Schmelzer, Eberhard Stein, Geschichte des VEB Filmfabrik Wolfen, Berlin 1969, 272 Seiten
- 3 Bergarbeiterland im Aufbruch. Geschichte des VEB Braunkohlenkombinat Lauchhammer, Bd. 1, Berlin 1969, 271 Seiten
- 4 Bergarbeiterland in Volkes Hand. Geschichte des VEB Braunkohlenkombinat Lauchhammer, Bd. 2, Berlin 1970, 188 Seiten
- 5 Buch unserer Tage, Beiträge zur Betriebsgeschichte des VEB Braunkohlenwerk "Erich Weinert" Deuben 1956 - 1968, Berlin 1970
- 6 Geschichte des VEB Kaliwerk "Karl Marx" Sollstedt, Berlin 1970, 188 Seiten
- 7 Wir Volltuchwerker. Geschichte des VEB Volltuchwerke Crimmitschau. Von Walter Fellmann unter Mitarbeit eines Kollektivs des Betriebes, Berlin 1971, 151 Seiten
- 8 Polyester contra Pulver. Zur Geschichte des VEB Chemiefaserwerk "Friedrich Engels", Premnitz, Berlin 1971, 343 Seiten
- 9 Hartmut Brücher, Herren über Wärme, Kraft und Licht. Berichte und Episoden vom Werden und Wachsen des VEB Energieversorgung Suhl, Berlin 1971, 168 Seiten

Fünfundzwanzig Jahre Deutsche Demokratische Republik; rund tausend betriebsgeschichtliche Veröffentlichungen in unserem Land seit 1945; zwei Jubiläumsdaten, die herausfordern, Bilanz zu ziehen. Über die Entwicklung der Betriebsgeschichtsschreibung in der DDR ist bereits mehrfach geschrieben worden.¹

1 Vgl. Radandt, Hans, Vorwort zur deutschen Ausgabe, in: A. M. Gorki und die Geschichte der Fabriken und Werke, Sammelband zur Unterstützung der Arbeit an der Betriebsgeschichte, Berlin 1964, S. 6 - 14; derselbe, Maxim Gorki und die Betriebsgeschichtsschreibung in der Deutschen Demokratischen Republik, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1967, T. 3, S. 11 - 26; derselbe, Forschungen zur Betriebsgeschichte, in: Historische Forschungen in der DDR 1960 - 1970, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Sonderh. 1970, S. 248 - 256; Schröder, Rudolf, K některým výsledkům zkoumání dějin závodů v NDR v letech 1961 - 1964 (Zu einigen Ergebnissen der Betriebsgeschichtsschreibung in der DDR 1961 - 1964), in: Dějiny závodů v ČSSR (Betriebsgeschichte in der ČSSR), Prag 1965, S. 131 - 141; Radandt, Hans, Az NDK üzemtörténetirása 1967 és 1971 között (Betriebsgeschichtsschreibung in der DDR 1967 - 1971), in: Nemzetközi Üzemtörténeti konferencia, Budapest Moson-Magyaróvár 1972 (Internationale Betriebsgeschichtskonferenz, als Manuskript gedruckt, 23 S.); Aus der Betriebsgeschichtsarbeit in der DDR 1968, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1969, T. 4, S. 197 - 203; Aus der Betriebsgeschichtsarbeit in der DDR 1969, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1970, T. 4, S. 209 - 211.

Wir können feststellen, daß in der DDR in den letzten Jahrzehnten ein breites Interesse an der Betriebsgeschichtsschreibung entwickelt wurde. Dieser Prozeß hatte seine historischen Wurzeln in der Produktionspropaganda der KPD, in der Geschichte der Fabriken und Werke, die Maxim Gorki 1931 in der Sowjetunion initiierte, und in der Auswertung von Erfahrungen der kapitalistischen Firmengeschichtsschreibung.

In den letzten Jahrzehnten vollzog sich der Übergang von der früheren Einzelforschung zur Arbeit der Betriebsgeschichtskollektive. Gleichzeitig wurde eine immer stärkere Zusammenarbeit zwischen den Betriebsgeschichtskollektiven und den Mitarbeitern wissenschaftlicher Einrichtungen erreicht. Unterstützt wurde diese Entwicklung durch zentrale und regionale Konferenzen, die teils von wissenschaftlichen Einrichtungen, teils von der SED und dem FDGB getragen wurden, sowie durch Erfahrungsaustausch mit den sozialistischen Bruderländern auf internationalen Konferenzen. Methodische Anleitungen vor allem durch Veröffentlichungen des Jahrbuchs für Wirtschaftsgeschichte vermittelten den Betriebshistorikern notwendiges Rüstzeug für ihre Arbeiten, insbesondere durch ihre ständige Orientierung an den Beschlüssen der Parteitage der SED.

Das alles führte zu einer wesentlichen Verbesserung von Inhalt und Form der Betriebsgeschichten. Aus der anfänglich noch stärker betonten technischen Entwicklung der Betriebe wuchs die Betriebsgeschichte zur allseitigen Geschichte der Arbeitskollektive unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei. Das Schwergewicht betriebsgeschichtlicher Forschung wurde immer mehr auf die Zeit nach 1945 verlegt. Breiter als in früheren Jahren wurde auf die Planerfüllung und -übererfüllung durch Entwicklung der Aktivisten-, Wettbewerbs- und Neuererbewegung eingegangen. Die Hilfe der Sowjetunion für den sozialistischen Aufbau des Betriebes und die internationalistische Zusammenarbeit mit den sozialistischen Bruderländern traten stärker in den Vordergrund. Die erreichten Erfolge in der Bündnispolitik, der Durchsetzung der Gleichberechtigung der Frau, der Förderung der Jugend und bei der Entfaltung eines sozialistischen Kulturlebens im Betrieb nahmen einen größeren Platz ein. Es wurde begonnen sichtbar zu machen, wie die Anstrengungen der Betriebsparteiorganisation der SED und unter ihrer Führung die Grundorganisation des FDGB und der FDJ das sozialistische Bewußtsein der Werktätigen und die sozialistische Demokratie im Betrieb entwickelten und halfen, sozialistische Persönlichkeiten wachsen zu lassen. Gleichzeitig verbesserte sich die Form der Darstellung, ihre wissenschaftliche Akribie und die Ausstattung der Betriebsgeschichten.

Im folgenden soll anhand einiger Kriterien in den genannten neun Veröffentlichungen festgestellt werden, welchen Stand wir erreicht haben, was verbessert werden könnte und was es darüber hinaus anzustreben gilt. Es geht also nicht darum, ob diese oder jene Schrift hätte besser sein können. Das kann nachträglich für viele Arbeiten auf jedem Gebiet nachgewiesen werden. Deshalb sei von vornherein gesagt: Alle behandelten Veröffentlichungen sind in ihrer Art gut oder sehr gut. Dabei sind einige teilweise wesentlich besser als andere. Es kommt aber hier nicht darauf an, Zensuren zu verteilen. Jede der Schriften bietet Beispiele, die über das hinausgehen, was frühere in einzelnen Teilen an Gestaltung und Inhalt bieten. Das kann und muß gesagt werden, ohne die großen Pionierleistungen früherer betriebsgeschichtlicher Veröffentlichungen herabzusetzen, zumal auch nicht gesagt werden kann, daß diese in allen Kriterien etwa schon übertroffen worden wären. Jede der neun Schriften bietet in Ansätzen oder schon in ausgereiften Leistungen Neues, aus dem künftige Arbeiten lernen können. Aber es gilt, auch an schwächeren Stellen anzuknüpfen - nicht um Mängel anzukreiden, sondern um künftige Arbeiten auf gründliche Untersuchungen und bessere Darstellungen zu orientieren. Denken wir dabei daran, daß für künftige Arbeiten höhere Maßstäbe angelegt werden müssen. Der VIII. Parteitag der SED betonte die wachsende Bedeutung der theoretischen Arbeit der Partei, forderte die stärkere Anwendung der bewährten Prinzipien und der Methodologie des Marxismus-Leninismus. Der Beschluß des Politbüros des ZK der SED vom 7. November 1972 über die Aufgaben der Agitation und Propaganda be-

tonte unter anderem auch die Wichtigkeit der Betriebsgeschichte, wenn er darauf hinwies, daß das Arbeitskollektiv, der sozialistische Massenwettbewerb das Hauptfeld der ideologischen Propaganda ist.

Bei den neun Büchern handelt es sich weder um einen repräsentativen Querschnitt der neueren betriebsgeschichtlichen Literatur, noch um eine willkürliche Auswahl, sondern um die in den Jahren 1969 bis 1971 im Tribüne-Verlag im Auftrage von gesellschaftlichen Herausgebern erschienenen Schriften. Als Herausgeber zeichneten die Betriebsparteiorganisation (2, 5, 7, 9)⁺, die Kommission Betriebsgeschichte im Auftrage der Betriebsparteiorganisation (3, 4, 8), die Betriebsparteiorganisation und die Werkleitung (6) sowie die BGL (1).

Ebenso stark unterschiedlich wie der Umfang der einzelnen Schriften ist ihr Eingehen auf die sozialistische und die kapitalistische Periode des Bestehens der Betriebe. Eine widmet der kapitalistischen Periode nur einen kurzen Abriss (9), andere ein Viertel, ein Drittel oder etwa die Hälfte der Darstellung. Nur der Betrieb, der von diesen allen am längsten in der Zeit des Kapitalismus bestand und in ihr über große Traditionen der Arbeiterbewegung verfügte, widmete ihr den ganzen ersten Band, mehr als die Hälfte der Gesamtdarstellung (3). Das ist eine durch die Geschichte gerechtfertigte Ausnahme von der Regel, das Schwergewicht betriebsgeschichtlicher Veröffentlichungen in die Zeit des Sozialismus zu legen.

In allen Büchern wird die Geschichte des Betriebes in den Rahmen der Geschichte Deutschlands bzw. der DDR gestellt, den roten Faden bildet die Entwicklung der Partei der Arbeiterklasse. Entsprechend den marxistisch-leninistischen Erkenntnissen wird der Entwicklung der Produktivkräfte großes Augenmerk geschenkt (besonders in 3, 4, 5, 6, 8). Überzeugend werden die großen Entwicklungsmöglichkeiten, welche der Sozialismus auch der Produktivkraft Mensch bietet, dargestellt. Daß in der Zeit des Kapitalismus auf Grund der Ausbeutung und des Profitstrebens diese Möglichkeiten fehlen, wird jedoch kaum angedeutet.

Dagegen wird - verglichen mit der Masse früherer betriebsgeschichtlicher Veröffentlichungen - für die Zeit des Kapitalismus viel stärker auf die Lage der Arbeiter des Betriebes eingegangen (2, 3, 6, 8). Die Formen der Ausbeutung, allgemeine Arbeitsverhältnisse, Entwicklung der Löhne, Arbeitszeit und Unfälle, politische Unterdrückung und die sich in der Auflehnung dagegen entwickelnde, sich mit der marxistischen Lehre verbindende Arbeiterbewegung im Betrieb werden dargelegt. Durch diese Ursache und Wirkung verbindende Darstellung wird ein gutes Verständnis für Entstehen und Entwicklung der Arbeiterbewegung beim Leser erzielt. Bedeutende Streiks, Arbeit der Betriebszellen der KPD, Widerstandsbewegung im Faschismus, alle großen Traditionen der Arbeiterbewegung des Betriebes aus der Zeit des Kapitalismus werden in den meisten Schriften sorgfältig dargestellt. Die führende Rolle der KPD in der Arbeiterbewegung des Betriebes seit den zwanziger Jahren wird ebenso herausgestellt, wie die langsam wachsende und nach 1945 zur Gewißheit werdende Erkenntnis von der Notwendigkeit des Zusammenschlusses der beiden Arbeiterparteien.

Die beeindruckende Darstellung der Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Crimmitschau und ihres bedeutenden Streiks von 1904 (7) wie auch die in anderen Schriften erwähnten wichtigen Streiks veranlassen zu der Frage, warum die Betriebsgeschichten bisher noch keine zusammenfassenden Tabellen der Streiks in den kapitalistischen Vorgängerbetrieben veröffentlicht haben. Eine solche Tabelle, die Datum und Dauer des Streiks, Teilnehmerzahl, Forderungen und Erfolg sowie die Quellen hierfür angibt, dient der zusätzlichen Information über die Entwicklung der Arbeiterbewegung im Betrieb, ohne daß über jeden dieser Streiks in der übrigen Darstellung berichtet werden muß.

+ Die in Klammern angegebenen Ziffern im laufenden Text beziehen sich - gegebenenfalls mit Seitenzahlen versehen - auf den unter dieser Nummer im Titel genannten Band.

Etliche der Schriften bemühen sich, Daten für die Entwicklung von Löhnen, Arbeitszeit und Unfällen zu geben. Leider geschieht das zu sporadisch, was durchaus durch den Quellenmangel begründet sein mag. Anzustreben wäre künftig, diese Daten möglichst kontinuierlich zu geben und Vergleiche mit der Entwicklung im Industriezweig bzw. in Deutschland anzustellen.² Fortlaufende Lohndaten, die auch mit denen eines größeren Komplexes des gleichen Industriezweiges verglichen werden, sowie Daten für Unfälle finden sich in 3 (S. 41, 44, 68, 162), jedoch nur für einige Jahrzehnte.

Einige gute Ansätze, Reallöhne der Arbeiter des Betriebes zu berechnen (3, S. 41 und 161) bzw. die Löhne den Preisen wichtiger Lebensmittel gegenüberzustellen (2, S. 21; 8, S. 17), beschränken sich nur auf kurze Zeitspannen. Kontinuierlich berechnete Reallohnindizes sollten den von Jürgen Kuczynski berechneten Daten für Deutschland gegenübergestellt werden.³ Bei Preisangaben für Lebensmittel ist zu berücksichtigen, daß die Preise von Ort zu Ort zum Teil stark unterschiedlich waren, in den Großstädten höher als auf dem Lande, in Berlin in der Regel am höchsten, ähnlich, wie es sich mit den Löhnen verhielt. Um zu wissenschaftlich beweiskräftigen Vergleichen zu gelangen, ist es deshalb ratsam, sich auf die jeweiligen Orts- und Kreisstatistiken der Kleinhandelspreise zu stützen, die sich in den Beständen der Stadt- bzw. Kreisarchive befinden bzw. gedruckt vorliegen.

Die allgemeinen Arbeitsverhältnisse werden auf Grund verschiedener Quellen für bestimmte Zeitabschnitte schlaglichtartig charakterisiert. An ihrem langsamen, aber stetigen, manchmal auch sprunghaften Wandel sind bestimmte Erfolge der allgemeinen Arbeiterbewegung, vor allem auch der im Betrieb ablesbar. Da die allgemeinen Arbeitsverhältnisse sich in den Arbeitsordnungen widerspiegeln (ein Beispiel dafür gibt 8, S. 50), wäre deren kontinuierliche Untersuchung sehr wichtig.⁴

Wo die Inflation erwähnt wird, erscheint die Darstellung einzelner Faktoren der Verelendung der Arbeiterklasse durch die Geldentwertung sehr plastisch. So zum Beispiel in der Geschichte "Arme Millionäre" (1, S. 46 ff.), in Beispielen für zahlenmäßig hohe, wertmäßig aber lächerlich niedrige Renten, die vom Konzern "großzügig" gewährt wurden (8, S. 3 f.). Richtig wird in einigen Schriften der Charakter der Inflation gekennzeichnet, zum Beispiel so: "Das Hauptmittel, das die Macht der Monopole ökonomisch stärkte und die Werkstätten ausplünderte, war die Inflation. Der Prozeß der Konzentration und Zentralisation von Produktion und Kapital wurde durch die Inflation beschleunigt." (6, S. 47) Es werden auch Beispiele gegeben, auf welche Weise das Monopolkapital seine Profite in dieser Zeit mehrte, durch Warenverkauf ins Ausland gegen hochwertige Valuta (8, S. 36) oder durch billige Investitionen, da aufgenommene Kredite kurzfristig mit wertlosem Inflationsgeld zurückgezahlt werden konnten (6, S. 47). Hier sollten immer Beispiele aus dem eigenen Betrieb gegeben werden, die klar zeigen, wieviel das Kapital an solchen Geschäften verdiente. Der vielleicht als zu selbstverständlich betrachtete Hinweis darauf, daß besonders die Monopolkapitalisten ihr in Sachwerten und Wertpapieren festgelegtes Kapital ohne Einbuße über die Inflation hinaus behielten, fehlt fast immer. Auf die oft zu findende, zu allgemeine Bemerkung, "das Kapital machte hohe Profite", sollte zugunsten einer klaren, zahlenmäßig belegten Aussage verzichtet werden, wie zum Beispiel: "Während Arbeiter und Erwerbslose hungerten und darben, Mittelstand und Bauern ruiniert wurden, schüttete die

2 Zu Vergleichen können z. B. herangezogen werden: Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Teil I; Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis zur Gegenwart, Bde. 1 - 6; Zumpe, Lotte, Zur Geschichte der Unfallverhältnisse in der deutschen Industrie von 1885 bis 1932, wirtschaftswiss. Diss. Berlin 1961.

3 Siehe Kuczynski, Jürgen, a. a. O.

4 Vgl. Lärmer, Karl, Vom Arbeitszwang zur Zwangsarbeit. Die Arbeitsordnungen im Mansfelder Kupferschieferbergbau von 1673 bis 1945, Berlin 1961.

Bubiag am Ende des Geschäftsjahres (1923/24 - H. R.) 25 Goldmark je Stammaktie und 7 Prozent auf die Vorzugsaktien an Dividenden aus. Das waren 1 000 102,90 Goldmark" (3, S. 148).

Betriebsgeschichten aus ehemals einem Konzern zugehörigen Werken (2, 3, 6, 8) berücksichtigen in dieser oder jener Form den Monopolbildungsprozeß auf Grund der Konzentration und Produktion des Kapitals. Wenig oder nichts aber ist über andere Kriterien aus Lenins Imperialismus-Analyse zum Beispiel zu Fragen des Finanzkapitals oder des Kapital-exports - soweit die früheren Konzernwerke davon berührt waren - zu lesen. Auf diesem Gebiet liegt noch eine große Aufgabe für künftige Betriebsgeschichten bzw. für betriebsgeschichtliche Arbeiten über die kapitalistische Periode älterer Betriebe der DDR. Die zum Teil sehr großen Aktenbestände aus jener Zeit sind bisher nur zu einem kleinen Teil genutzt worden, um die gesetzmäßige Entwicklung des Imperialismus in Deutschland anhand der daraus ersichtlichen zahlreichen Details vertieft zu erforschen.

Die meisten Fortschritte in der Betriebsgeschichtsschreibung wurden in der Untersuchung und Darstellung der Zeit des Sozialismus erzielt. Die betriebsgeschichtliche Betrachtung ist vielseitiger geworden und besser in die allgemeine Geschichte eingebettet. Die Probleme wurden im allgemeinen gründlicher behandelt, wenn auch noch nicht alle ihrer Bedeutung entsprechend erfaßt werden, wie zum Beispiel Fragen der politisch-ideologischen Entwicklung der Werktätigen im Betrieb. In früheren Veröffentlichungen wurde etliche Male versucht, die Entwicklung der Betriebsparteiorganisation in einem Kapitel oder Abschnitt gedrängt darzustellen, ohne daß sie in den übrigen Teilen auch nur genannt wurde. Die vorliegenden Veröffentlichungen lassen die Arbeit der SED im Betrieb als untrennbaren Bestandteil unserer Gesellschaft in der Geschichte des Betriebes sichtbar werden. Die Werktätigen, besonders die besten Vertreter der Arbeiterklasse des Betriebes, werden mit ihren Leistungen häufiger vorgestellt als früher. Es kommt schon nicht mehr vor, daß nur Verpflichtungen genannt werden, ohne auf deren Erfüllung einzugehen. Breiter als in früheren Jahren wird auf die überbetriebliche Wirkung, das zündende Beispiel bedeutender Aktivistenergebnisse wie der von Adolf Hennecke, Franz Frank, Frida Hockauf, Luise Ermisch, der Jugendkomplexbrigade Nikolai Mamai und anderen eingegangen. Besser als früher wird an Beispielen gezeigt, wie durch die schöpferische Kraft der Werktätigen technische und ökonomische Schwierigkeiten überwunden wurden. Gerade auch hierbei wird aber noch ungenügend auf die Hilfe der Arbeiterpartei, auf die ideologischen Auseinandersetzungen in der Brigade, auf das Wachsen der Menschen an ihren Aufgaben durch ständige Festigung der politischen Überzeugung eingegangen. Noch ist die Forderung nicht erfüllt worden, die Betriebsgeschichte nicht als Summe von Ergebnissen eines glatten Weges der Erfolge, sondern als den schwierigen, aus dem Lernen von Fehlern erst durch das gemeinsame Wachsen und Wirken aller Kräfte im Betrieb gemeisterten Entwicklungsprozeß zu untersuchen und darzustellen. Jene Mängel sind noch nicht überwunden, auf die Jürgen Kuczynski vor zehn Jahren bereits hinwies:

"Manche Künstler behaupten, es sei leichter, über Negatives als über Positives zu schreiben. Dazu ist zweierlei zu sagen. Einmal gibt es bei uns wahrhaftig genug negative Erscheinungen, die in eine Betriebsgeschichte gehören. Aber wo finden wir eine Schilderung von Bürokratie oder Gleichgültigkeit oder dummer Überheblichkeit oder schlauer Kriecherei im Betrieb, die uns zum Kochen bringt oder besser noch zum Überkochen? Ich habe in unseren Betriebsgeschichten nur ganz wenige solcher Zeilen gefunden."⁵

Auch in den hier betrachteten Veröffentlichungen wird die Geschichte des Betriebes noch zu sehr als "Kette der Erfolge" dargestellt. Zwar werden zum Beispiel die Schwierigkei-

5 Kuczynski, Jürgen, Einleitende Worte zur Konferenz (Referate und Diskussionsbeiträge der II. Konferenz zur Geschichte der sozialistischen Produktionsbetriebe), in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1964, T. 1, S. 21 f.

ten in der Brigadebildung bis 1955 zugegeben, aber ihren Ursachen wird zu wenig nachgespürt, ihre Überwindung zu unkompliziert dargestellt (6, S. 112 f.). Mängel und Fehler der Leitungsarbeit sind soweit wegretuschiert, daß Sätze wie folgende in die Augen springen:

"Den hohen Zahlen der Brigaden- und Gemeinschaftsbewegung mangelte es nicht an Effekthascherei und Formalismus. Die Förderung von 'Paradebeispielen' zog andererseits die Vernachlässigung kontinuierlicher ideologisch-politischer Massenarbeit seitens der BGL nach sich. Die 'Siebenstufen-Rakete'-Kampagne haftete auch der Nachteil an, daß sie zu wenig auf die Qualitätserhöhung der Erzeugnisse, auf die Selbstkostensenkung und die Erfüllung des Finanzplanes, dagegen vorwiegend auf die Erfüllung der Produktionspläne orientierte" (2, S. 214).

Da die Menschen mit den besten Leistungen immer nur von der "Schokoladenseite" vorgestellt werden, ist es fast sensationell, über einen späteren ökonomischen Direktor zu erfahren, daß er 1950/51 ohne triftigen Grund beinahe einmal die Betriebspartei-schule verlassen hätte (4, S. 83).

Während die Traditionen aus der Geschichte der Arbeiterbewegung im Kapitalismus wie schon in früheren Jahren in den Betriebsgeschichten sorgfältig dargestellt werden, ist über die Pflege der in den letzten Jahren entwickelten sozialistischen Traditionen kaum etwas zu finden. So werden zum Beispiel sozialistische Hilfe, Internationalismus und Freundschaft zur Sowjetunion, Wahrnehmung der Bündnisverpflichtungen der Arbeiterklasse, Stärkung der Verteidigungsbereitschaft oft nur in Episoden sichtbar und ihr Entwicklungsprozeß, der auch Teil der Bewußtseinsbildung ist, bleibt zu gering analysiert und dargestellt.

Wie in einem Betrieb nicht nur alte, sondern auch neue Traditionen gepflegt werden, zeigt die wirkungsvolle Darstellung des Crimmitschauer Weberstreiks gegen den Kapitalismus und die Entwicklung der Malimotechnologie für den Sozialismus (7).

In vielfältigen Formen zeigen sich in den Betrieben Internationalismus und Freundschaft zur Sowjetunion, noch zu wenig geht davon in die Betriebsgeschichten ein. Ausführlich wird öfter die ideologische und ökonomische Hilfe der Sowjetunion in der SAG-Periode dargestellt (zum Beispiel 2, S. 108 ff. und 6, S. 90 ff.). Auf viele verschiedene Seiten des Internationalismus geht nur eine der Veröffentlichungen ein: Besuche von Persönlichkeiten aus den Bruderländern, gestiegenes Solidaritätsaufkommen, Entwicklung der Betriebsgruppe der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, Einführung von sowjetischen Neuerermethoden und Abschluß von Partnerschaftsverträgen zwischen Produktionskollektiven und Einheiten der Sowjetarmee (8).

Für die Zeit des Sozialismus nehmen Entwicklung der Planerfüllung, des Wettbewerbs und des Neuererwesens den ihnen gebührenden großen Raum in der Darstellung ein, stets in enger Verbindung mit Spitzenleistungen von Aktivisten und ausgezeichneten Brigaden. Für die Untersuchung dieser Zeit ist selbstverständlich geworden, was auch für die kapitalistische Periode etwas stärker genutzt werden sollte: das Ausgehen von den allgemeinen Aufgaben, welche die Partei der Arbeiterklasse auf Parteitag und ZK-Plenen stellte. Wo dadurch wichtige Veränderungen stattfanden, wird erwähnt, welche Aufgaben die Regierung den Betrieben stellte und welche Maßnahmen die staatliche Leitung zu ihrer Erfüllung traf. Folgerichtig wird dann manchmal eingehend entwickelt, welche organisatorischen Möglichkeiten die Betriebsparteileitung und unter ihrer Anleitung die BGL nutzten, um den Werkträgern des Betriebes das ideologische Rüstzeug zur Erfüllung der gestellten Aufgaben zu vermitteln, sie zu ermuntern und zu begeistern, diese Aufgaben im Wettbewerb und in der Neuererbewegung überzuerfüllen (zum Beispiel 6, S. 117 f.; 8, S. 141 f.). Aber inhaltlich werden die vielseitigen Bemühungen der betrieblichen Leitungen und der Betriebsparteiorganisation um die Bewußtseinsentwicklung der Werkträgern im Betrieb meist nur sehr allgemein für den gesamten Betrieb genannt.

Zu gering wird noch - bei aller Vielseitigkeit, welche die Betriebsgeschichten schon erreicht haben - der Gesamtprozeß sichtbar, der die Werktätigen unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei zu sozialistischen Persönlichkeiten wachsen läßt; ihr gemeinsames Arbeiten, Lernen und Leben, ihr gemeinsames ideologisches, ökonomisches und kulturelles Wachsen, ihre Leistungen in der Erfüllung ihrer Aufgaben und beim Überwinden von Schwierigkeiten als Mitgestalter der Geschichte.

Erich Honecker betonte auf dem VIII. Parteitag:

"Sozialistische Persönlichkeiten entwickeln sich in ihren Arbeitskollektiven, im Ringen um höchste Ergebnisse im sozialistischen Wettbewerb, beim Lernen, im Sport und bei der Aneignung der Schätze der Kultur, bei der Teilnahme an der Leitung und Planung unserer Gesellschaft auf allen Gebieten. Nachhaltigen Einfluß übt die ideologische Arbeit auf die Entwicklung der Menschen aus."⁶

Um der ideologischen Arbeit gut dienen zu können, müssen die Betriebsgeschichten selbst zeigen, wie durch die ideologische Arbeit sozialistische Persönlichkeiten gewachsen sind. Durch gute Beispiele und richtige Verallgemeinerungen wird eine Betriebsgeschichte mit-helfen, sozialistische Persönlichkeiten zu erziehen. Dabei wird uns stets bewußt sein, daß die Betriebsgeschichte immer nur ein Glied in der reichen Kette von Faktoren ist, die dem gleichen Ziel dienen. Die Umsetzung, Erläuterung, Erklärung, der Zuschnitt der allgemeinen Aufgabenstellungen auf die tagtägliche Arbeit an den einzelnen Arbeitsplätzen vollzieht sich fortwährend im Betrieb in Versammlungen der SED und der Massenorganisationen, in Produktionsberatungen, über Betriebszeitung, Betriebsfunk und nicht zuletzt in den persönlichen Gesprächen am Arbeitsplatz. Diesen komplizierten bewußtseinsbildenden Prozeß, in dem noch zahlreiche hier nicht erwähnte Faktoren eine Rolle spielen, für die Betriebsgeschichte zu erforschen und darzustellen, ist eine äußerst schwierige Aufgabe. Sie muß aber von den Betriebshistorikern gemeistert werden, weil dieser bewußtseinsbildende Prozeß sich zu einem großen Teil im Betrieb vollzieht und in den Produktionsergebnissen wider-spiegelt. Am deutlichsten hat diesen Gedanken Werner Lamberz in seiner Rede auf der Konferenz des Zentralkomitees der SED über Agitation und Propaganda im November 1972 zum Ausdruck gebracht:

"Die sozialistische Persönlichkeit entfaltet sich vor allem im gesellschaftlichen Wirken, in der Vielfalt der Beziehungen zum Kollektiv und zur Umwelt. Der Neuerer, der aktive Teilnehmer an der ständigen Produktionsberatung, der Vertrauensmann der Gewerkschaft, der Propagandist und der Agitator der Partei, alle, die im Wettbewerb bewußt um hohe Ziele kämpfen, die das Wohl und Wehe des kleinen wie des größeren Kollektivs zu ihrem eigenen gemacht haben, sie sind als Persönlichkeiten reicher als derjenige, der sich mit der Erledigung seiner unmittelbaren Arbeitsaufgaben begnügt und über seinen Arbeitsplatz nicht hinaus-blickt.

Natürlich beschränkt sich der Prozeß der Persönlichkeitsformung nicht auf den Wirkungsbereich des Arbeitskollektivs. Die Tätigkeit als Schöffe oder Abgeordneter der örtlichen Volksvertretung, die Mitwirkung im Elternaktiv oder im Volkskunstzirkel erschließen ebenso der Entwicklung wichtiger Seiten der sozialistischen Persönlichkeit weite Räume. Und doch messen wir der Persönlichkeitsformung im Arbeitskollektiv grundlegende Bedeutung bei. Hier verbringt der erwachsene Mensch den größten Teil seines bewußten Lebens. Hier wirkt er in erster Linie an der Gestaltung unserer Gesellschaft mit - im Arbeitsprozeß wie bei der Wahrnehmung seiner Rechte und Pflichten als Gewerkschafter oder Mitglied der Betriebsparteiorganisation. Hier ist der Kontakt zwischen Genossen und Parteilosen am intensivsten und dauerhaftesten. Hier stehen alle tagtäglich vor Entscheidungs- und Bewährungs-

⁶ Honecker, Erich, Bericht des Zentralkomitees an den VIII. Parteitag der SED, Berlin 1971, S. 70.

situationen. Deswegen sehen wir im Arbeitskollektiv nach wie vor die wichtigste Wirkungssphäre auch für Agitation und Propaganda unserer Partei."7

Damit unterstreicht Werner Lamberz einmal mehr die Bedeutung auch der Betriebsgeschichte als einer Form der Propaganda im Arbeitskollektiv. Zum anderen betont er auch die erhöhten Anforderungen, die an die Propagandaarbeit - und darunter an die Betriebsgeschichte - zu stellen sind, die grundlegende Bedeutung der Persönlichkeitsformung im Arbeitskollektiv zu berücksichtigen. Gerade in dieser Beziehung liegt vor der Betriebsgeschichtsforschung noch ein breites Arbeitsfeld, das in den bisherigen Veröffentlichungen noch ungenügend berücksichtigt wurde.

So lesen wir zum Beispiel zur Entwicklung der Gewerkschaftsarbeit 1945 bis 1948:

"Die Mitglieder der Betriebsgruppe der SED förderten und unterstützten diesen Prozeß und schafften sich dadurch eine breite Basis, um die ständig wachsenden Aufgaben mit allen Werktätigen gemeinsam zu lösen" (8, S. 114). Eine zweifellos richtige Feststellung, von der aus der Leser einige Beispiele zur ideologischen Diskussion erwartet. Statt dessen wird über ansteigende Produktionsmengen berichtet und festgestellt:

"Jeder Karton Kunstseide, jede Tonne Schwefelsäure, Aktivkohle oder Schwefelkohlenstoff legte Zeugnis davon ab, daß die Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen werktätigen Schichten Schritt um Schritt ein neues Staatsbewußtsein entwickelte.

Trotz vieler Gerüchte und Zweifel, die damals noch in manchen Köpfen herumschwirrten, wuchs das Vertrauen zur antifaschistisch-demokratischen Ordnung ständig. Das zeigte auch das Ergebnis der Herbstwahlen 1946. . .

Das Wahlergebnis erteilte den Miesmachern und Gerüchteverbreitern in Premnitz eine eindeutige Abfuhr." (8, S. 114)

Abgesehen davon, daß es schlechterdings unmöglich ist, ein Staatsbewußtsein für einen noch nicht vorhandenen Staat zu entwickeln, gab es tatsächlich eine Entwicklung des Bewußtseins. Sie hing auch mit dem Ansteigen der Produktion, mit dem Stolz auf und dem wachsenden Vertrauen in die eigene Leistung zusammen. Aber die Bewußtseinsentwicklung und das daraus erklärliche Wahlergebnis waren auch - wie ein Teil der Produktionssteigerungen ebenfalls - Ergebnisse der täglichen unermüdlichen Kleinarbeit vieler Genossen in Gesprächen am Arbeitsplatz, in den Pausen und in Versammlungen.

Das aber wird in allen Betriebsgeschichten immer nur allgemein betont, wie zum Beispiel zu den Jahren 1949 und 1950:

"An der Lösung dieser betrieblichen Aufgaben hat die Betriebsparteiorganisation der SED großen Anteil. Die Genossen bemühen sich immer wieder, allen Betriebsangehörigen den großen Zusammenhang zwischen der Entwicklung des jungen Arbeiter- und Bauern-Staates, dem Wirtschaftsplan und dem eigenen Betrieb sichtbar zu machen. . . In Zusammenarbeit mit der Parteileitung und der Betriebsleitung orientiert die neu gewählte Betriebsgewerkschaftsleitung die Belegschaft auf die Erfüllung und Übererfüllung des Zweijahrplanes." (9, S. 31)

In der gleichen Schrift werden nach einem Zitat aus den Beschlüssen des III. Parteitag der SED die Ausarbeitung eines Agitationsplanes, die Bildung von Agitationsgruppen, die Durchführung eines Tages der Betriebsgruppe und die Unterstützung von BGL und FDJ-Leitung in der massenpolitischen Arbeit erwähnt (9, S. 35). Das geschieht - ähnlich wie später auf S. 40 und S. 44 -, ohne praktische Beispiele aus den Diskussionen zu nennen.

7 Lamberz, Werner, Über die Aufgaben von Agitation und Propaganda bei der weiteren Verwirklichung der Beschlüsse des VIII. Parteitages, in: Agitation und Propaganda nach dem VIII. Parteitag der SED, Berlin 1972, S. 43.

In einer anderen Veröffentlichung lesen wir über die Jahre 1945 bis 1949:

"Die Betriebsparteiorganisation wurde immer mehr zum bestimmenden Element bei der Lenkung und Leitung des Betriebes. Neben der Verbesserung der Schulungsarbeit war besonders die große Hilfe der sowjetischen Genossen Ursache dieser Entwicklung. Die enge Zusammenarbeit des sowjetischen Generaldirektors mit der Partelleitung und die vielfältigen Anleitungen halfen der Betriebsparteiorganisation, ihren Aufgaben immer besser gerecht zu werden" (6, S. 98).

Über die gleiche Periode wird gesagt: "Aber noch hatten viele Menschen eine mangelhafte Einstellung zur Arbeit. Trotz der Anstrengungen der Aktivisten der ersten Stunde und vieler guter Arbeitsleistungen gehörten selbst Bummelschichten noch zur Tagesordnung. Das waren aber nur einige der Schwierigkeiten, mit denen die Werkleitung zu kämpfen hatte" (6, S. 104).

So richtig es ist, diese Schwierigkeiten zu erwähnen, so wenig befriedigt es, nichts von einzelnen Diskussionen zu erfahren, die die Genossen zur Änderung dieses Zustandes führten, denn es waren nicht nur Schwierigkeiten, mit denen die Werkleitung, sondern mit denen die gesamte Parteiorganisation zu kämpfen hatte. Ebenso fehlen solche Diskussionsbeispiele zur Popularisierung der Franikbewegung (6, S. 111), zur Brigadebildung (6, S. 112 f.), zur 1956 mit "konkret ausgearbeiteten Agitationsplänen" verstärkten Agitationstätigkeit (6, S. 135), zu den "Roten Treffs" (6, S. 136) sowie in den Abschnitten über die Wettbewerbsbewegung (6, S. 144 ff., S. 157 ff.).

In einer anderen Betriebsgeschichte wird - ausgehend vom Beschluß über den ersten Fünfjahrplan - gut entwickelt, welche Gesichtspunkte die staatlichen Planungsorgane veranlaßten, eine Erweiterung der Produktionskapazitäten vorzusehen (8, S. 136 f.), und welche Maßnahmen die Werkleitung daraufhin traf (8, S. 137 f.). Anschließend wird anhand von Beispielen darauf verwiesen, welche komplizierten Probleme die Betriebsparteiorganisation zu lösen hatte. Eine Reihe von organisatorischen Maßnahmen und von Aussprachethemen, die diese Probleme lösen helfen sollten, werden angeführt. Der sich vergrößernde Einfluß der Parteimitglieder bei der Entwicklung der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung durch qualifizierte Propaganda- und Agitationstätigkeit wird in allgemeinen Worten hervorgehoben. So wird zum Beispiel gesagt: "Die Parteiorganisation gab neben den zentralen auch spezielle Losungen heraus, die auf die Überwindung von Schwierigkeiten in bestimmten Bereichen orientierten. Neben vielen finden wir solche Losungen: 'Die Planerfüllung steht im Vordergrund. - Vermeidet Fehler und den Schund!' Ähnliche Losungen forderten zum sparsamsten Umgang mit Material oder zur Auslastung der Arbeitszeit auf und versuchten, die Werk tätigen zur Mitarbeit im Vorschlags- und Erfindungswesen zu gewinnen" (8, S. 143). In dem folgenden, auf der gleichen Seite gegebenen Beispiel sucht der Leser vergeblich herauszufinden, wie der ideologische Kampf unmittelbar am Arbeitsplatz geführt wurde:

"Das Kontaktsystem II sollte in Generalreparatur gehen. Dazu war aber notwendig, daß das System IV rechtzeitig produktionsfähig ausgebaut wurde. Nun stellte sich heraus, daß die Leistung des Systems II stark nachließ und das System IV auf Grund fehlender Siebbleche für den Hauptkontakt noch nicht angefahren werden konnte. Die Schwefelsäureproduktion drohte auszufallen. Die Leitung des Betriebes trat zu einer Sondersitzung zusammen, um einen Ausweg zu finden. Es wurde beschlossen, das System II sofort stillzulegen und die benötigten Teile aus dem System IV auszubauen, um damit das System II wieder funktionsfähig zu machen. Alle Aufgaben mußten kurzfristig gelöst werden, um den Produktionsausfall so gering wie möglich zu halten.

In einer außerordentlichen Produktionsberatung mit den Reparaturhandwerkern stand das Vorhaben nochmals zur Diskussion. Schließlich wurde eine Reparaturbrigade von 34 Kollegen gebildet. Alle Festlegungen der Beratung wurden kurzfristig vertraglich zwischen der Reparaturbrigade, der Betriebsleitung und der BGL vereinbart. Es wurde vorbereitet, daß

beim Anhalten des Systems II sofort mit der Reparatur begonnen werden konnte. Eines Morgens war es dann soweit. Sieben Uhr, alle Verantwortlichen hatten sich am System II eingefunden, um eventuell auftretende Probleme gleich an Ort und Stelle zu lösen. Endlich lief das Gebläse aus, es hatte keine wesentlichen Störungen gegeben. Noch herrschten hohe Temperaturen, und doch waren schon die Maurer, Schlosser und Schweißer dabei, die notwendigen Arbeiten auszuführen. Ohne Unterbrechung arbeiteten die Männer, klatschnaß vom Schweiß. Gegessen werden mußte abwechselnd, und die Schichtablösung erfolgte direkt am Arbeitsplatz. Viele Stunden verstrichen, bis die einzelnen Arbeiten planmäßig ausgeführt waren. Nach dem Auftragen der Isolierschicht konnten die Kontakte angeheizt werden. Erneute Nervenprobe. Waren alle Arbeiten auch mit der notwendigen Qualität ausgeführt? Ohne Zwischenfall erreichte das System die erforderliche Temperatur. Das Gas konnte eingeblasen werden. Als die Reaktion in den Kontakten eintrat, atmete alles auf. Es war geschafft. Unmöglich Scheinendes war möglich gemacht worden.

Damit hatte Premnitz ein großartiges Beispiel gegeben, wie im Wettbewerb durch hervorragende Arbeitsorganisation Pioniertaten vollbracht werden konnten, wie das Bewußtsein, daß von seinen Handgriffen der Erfolg aller abhängig ist, jeden einzelnen Leistungen vollbringen läßt, die bis dahin als nicht realisierbar galten." (8, S. 143 f.)

Diese Darstellung erweckt den Anschein, als ob ideologische Überzeugungsarbeit und Lösung technisch-ökonomischer Probleme sich in zwei verschiedenen Bereichen abspielen, nichts oder nur indirekt miteinander zu tun haben.

Mit Recht wird in einer anderen Darstellung betont: "Natürlich kam die neue Einstellung zur Arbeit nirgends im Selbstlauf. Die gängige Redewendung, 'erst mehr zu essen, dann besser arbeiten' mußte ersetzt werden durch das Motto 'Mehr produzieren - gerechter verteilen - besser leben'. In der täglichen Diskussion am Arbeitsplatz leisteten dabei die jungen Betriebsgruppen der SED und die Gewerkschaft eine gewaltige Überzeugungsarbeit" (7, S. 59 f.). Doch diese Diskussion am Arbeitsplatz kann der Leser auch hier nicht nacherleben. Erkannt wird das Problem auch in einer weiteren Betriebsgeschichte:

"Die Leitung der BPO legte Maßnahmen fest, die zur Richtschnur vieler folgender Auseinandersetzungen wurden. Der Werkdirektor wies anhand zahlreicher Beispiele nach, daß das Zurückgehen der Planerfüllung in Domsen fast ausschließlich auf subjektive und damit beeinflussbare Ursachen zurückzuführen sei. Genosse Herbert Nawroth, Abraham Pirkau, forderte die Genossen des Tagebaues Domsen in der Leitungssitzung der BPO am 22. August 1962 auf: 'Schafft zuerst und vor allem Klarheit in den Köpfen eurer Leitungen. Auch wir in Pirkau hatten ähnliche Schwierigkeiten wie ihr. Wir haben Klarheit geschaffen. Das wirkte sich sehr schnell bis in die letzte Brigade hin aus und spiegelt sich heute in unserer Planerfüllung wider.' ...

Durch die Hilfeleistung bewährter Kräfte, durch den unermüdlichen Einsatz der Mitglieder der Kommission für Parteikontrolle wurden in den folgenden Wochen auch im Tagebau Domsen entscheidende Arbeitsgrundlagen geschaffen und die Mängel in der Leitung des rhythmischen Arbeitsablaufs beseitigt." (5, S. 39 f.)

Gerne würden wir Genaueres erfahren über die Diskussionen, welche die Kommission für Parteikontrolle in Domsen geführt hat, welche die an anderer Stelle angeführten Irrigen Meinungen einiger Funktionäre über den Plan Neue Technik korrigiert haben (5, S. 28) oder die im "heftigen Meinungsstreit" für und wider die 5-Tage-Woche (5, S. 50) zum beabsichtigten Erfolg führten.

Auch eine weitere Betriebsgeschichte weist auf die große Bedeutung der Diskussionen am Arbeitsplatz hin:

"Im Ringen um einen hohen Planvorsprung im ersten Halbjahresplan und bis Jahresende wurden die engen Wechselbeziehungen zwischen einer guten politischen Arbeit der Abteilungs-

parteiorganisation und bedeutsamen Arbeits- und Produktionserfolgen des gesamten Kraftwerkskollektivs anschaulich demonstriert. Dem Arbeitsprogramm der im Februar 1957 neugewählten Abteilungsparteiorganisation (APO) des Kraftwerks lag die Orientierung des 30. Plenums des ZK vom 30. Januar bis 1. Februar 1957 zugrunde. Angesichts des weiteren Vormarsches der Reaktion in Westdeutschland und des verstärkten Drucks der Adenauer-Regierung stellte das ZK die Aufgabe, keine Verlangsamung des sozialistischen Aufbaus, keine opportunistischen Kapitulationen vor dem Imperialismus zuzulassen, sondern die Positionen der Arbeiterklasse und des Sozialismus in der DDR unablässig zu festigen. Beharrliche Überzeugungsarbeit und Auseinandersetzungen kennzeichneten die Entwicklung der Parteiorganisation von einer mittelmäßigen zu einer am Jahresende vorbildlichen APO. Im Mittelpunkt der Diskussionen, die immer stärker auch auf die Parteilosen ausstrahlten, stand die Klarheit über die sozialistische Perspektive der DDR. Im relativ knappen Zeitraum eines halben Jahres traten 12 zumeist junge Arbeiterinnen und Arbeiter des Kraftwerkes der SED bei" (2, S. 211 f.).

Es steht also außer Zweifel, daß in einer Reihe von Betriebsgeschichten bereits die Wichtigkeit der ideologischen Diskussion im Betrieb zur Erziehung sozialistischer Persönlichkeiten klar erkannt worden ist. Andererseits ist diese schwierige Aufgabe bisher noch nicht gemeistert worden. Schwierig ist diese Aufgabe deshalb, weil wir mit Recht fordern, daß die in der Betriebsgeschichte wiedergegebenen Diskussionen durch Quellen belegbar sein müssen. Über Planungen, Verpflichtungen, den Stand ihrer Erfüllung, auch über dabei aufgetretene und überwundene technische und ökonomische Schwierigkeiten gibt es eine Fülle von Quellen. Viel weniger Quellen gibt es für konkrete Einzelbeispiele ideologischer Diskussionen, jener wichtigen Bausteine der Erziehung sozialistischer Persönlichkeiten. Und doch lesen wir häufig Beispiele dafür in den Tages- und Betriebszeitungen, die noch zu wenig für die Betriebsgeschichtsschreibung genutzt werden. Wir finden sie auch in Protokollen der Leitungen der BPO, der BGL, in Berichten der BGL an übergeordnete Leitungen usw.

Bedeutende Quellen für ideologische Diskussionen im Betrieb sind die Brigadetagebücher - wenn sie im Sinne der Erziehung sozialistischer Persönlichkeiten geführt werden. In einigen der hier betrachteten Veröffentlichungen sind Brigadetagebücher eingehender genutzt worden als in früheren.

Da erfahren wir zum Beispiel in einem längeren Auszug aus einem Brigadetagebuch von der selbstlosen Einsatzbereitschaft einer Reparaturbrigade und einer von ihr unter schwierigen Bedingungen gewissenhaft durchgeführten Kesselreparatur (9, S. 79 f.). Eine eindrucksvolle Bestätigung für die Fähigkeiten, den Arbeitseifer, die Betriebsverbundenheit und gewiß auch für den Bewußtseinsstand dieser Brigade. In welchen harten Auseinandersetzungen die Mitglieder der Brigade ihr Bewußtsein entwickelten, darüber stand vielleicht auch etwas im Brigadetagebuch. In der Betriebsgeschichte steht darüber nichts.

Eine andere Veröffentlichung gibt auf acht Seiten Auszüge aus einem Brigadetagebuch der C-Schicht der Entphenolung ("Phenolis") wieder und zieht den Schluß:

"Das Beispiel der 'Phenolis' beweist, wie vielseitig, kompliziert und widersprüchlich das Anfangsstadium der sozialistischen Brigadeentwicklung war. Aber mehr noch wird an dem Verantwortungsbewußtsein gegenüber dem Betrieb, dem Staat und der Zukunft, an dem Ringen um die Menschen, an ihrem Verständnis und ihrer Liebe für die Probleme der Arbeit sichtbar, welche Reife die fortgeschrittenen Kollektive von Werktätigen zum damaligen Zeitpunkt schon besaßen" (4, S. 178).

Diese Schlussfolgerung ist gewiß richtig, besonders wenn wir berücksichtigen, daß die Verfasserin dieses Bandes nicht nur das Tagebuch der "Phenolis", sondern auch die Entwicklung dieser Brigade im Gesamtbetrieb aus eigenem Erleben kennt. Dem Leser der Tagebuch-Auszüge aber scheint sie in der Frage der ideologischen Entwicklung der Brigade

noch nicht ganz beweiskräftig, obwohl wir hier in einem Absatz über die Anstrengungen zur politisch-ideologischen Weiterbildung informiert werden:

"Die Verpflichtung - Tägliche Auswertung der 'Tribüne' - wurde eingehalten. Nach allerlei Zustellschwierigkeiten ... wurde schließlich doch erreicht, daß jede Schicht regelmäßig zwei 'Tribünen' bekommt. Wir haben die Zeitung auch immer während des Frühstücks durchgesehen und die wichtigsten Tagesfragen gemeinsam besprochen. ... Für den Besuch der gewerkschaftlichen Abendschulungen haben wir, glaube ich, Vorbildliches geleistet. ... Wir waren die ersten, die die Schulungen aus eigenem Interesse im Kleinen weiterführten, als sie im großen Rahmen zusammengebrochen waren. Nachgemacht haben uns das im Kombinat nur wenige. Und durchgehalten, wie wir von der Entphenolung, hat es überhaupt niemand" (4, S. 178).

Auf den übrigen Seiten stellt der Tagebuchschreiber fest, welche Verpflichtungen eingegangen, welche Erfolge erzielt wurden. Er gibt Lob und Tadel an der Arbeitsweise oder am Verhalten einzelner Kollegen wieder und beschreibt, wie bestimmte technologische Probleme gelöst worden sind. Einiges erfahren wir über die politische Haltung des Schreibers. Das ideologische Wachsen der Brigade aber erleben wir nicht mit und können nur aus gefaßten Beschlüssen bzw. ihrer Erfüllung ahnen, daß es fruchtbare Diskussionen gab.

Ein anderes Beispiel zeigt, daß gut und ehrlich geführte Brigadetagebücher mindestens den Ausgangspunkt und das Ergebnis von wichtigen ideologischen Diskussionen wiedergeben und das Wachsen der Brigaden erkennen lassen:

"26. August 1960 - 55 Mark Prämie hat es gegeben, davon gehen 35 Mark an uns. Auf unser Brigadesparbuch dürfen wir das Geld nun wahrscheinlich nicht mehr einzahlen, die AGL hat die Brigadekonten für aufgelöst erklärt. Dabei ging es bei uns, nach den anfänglichen Schwierigkeiten, eigentlich ganz gut. Und wir sind nach wie vor der Meinung, daß es besser ist, die Prämien dem Kollektiv auszuzahlen und sie gemeinsam zu verbrauchen. Wenn wir aber den Namen der Brigade angeben, schickt es Lehmann (AGL-Vorsitzender - H. R.) zurück; 'Nicht einverstanden'. So wird Frieda das Geld in Empfang nehmen, und bei der nächsten Buchbesprechung werden wir es schon kleinkriegen. . .

15. November 1960 - Es hat wieder einmal Prämie gegeben. Nach unserem alten Schema stehen Horst, Siglinde und Hermann Stiller auf der Liste, um die Prämie dann für das gemeinsame Sparbuch abzuliefern. Doch diesmal kommt es anders, durch Horst wird eine erregte Diskussion ausgelöst. Er behält seine Prämie für sich und behauptet, damit das Recht auf seiner Seite zu haben. Die Wogen schlagen hoch, die meisten sind sich einig, daß Horst einen Fehler macht. Die Reaktionen sind entsprechend, denn, wenn es erst um das Geld geht, wird solch eine Angelegenheit knifflig.

Heute ist, um die Wogen zu glätten, eine allgemeine Brigadeversammlung einberufen. So gar AGL-Vorsitzender Lehmann ist da. Zunächst wollen die erregten Diskussionsbeiträge nicht enden. Doch schließlich müssen wir uns belehren lassen, daß durch die Prämienaufteilung, wie wir sie bisher praktizierten, nicht nur die Initiative der Besten gehemmt wird, sondern auch völlig falsche Wege beschritten werden können" (2, S. 217).

Einerseits gilt es, solchen Beispielen nachzuspüren und sie in die Betriebsgeschichten zu übernehmen. Andererseits sollte auch die Arbeit an der Betriebsgeschichte Anlaß geben, von den Brigadetagebüchern zu fordern, den Inhalt von ideologischen Diskussionen festzuhalten. Zumal die Einschätzung einer Betriebsgeschichte zu den Brigadetagebüchern nach den gegebenen Beispielen verallgemeinerungswürdig erscheint: "Daß sie jedoch vorwiegend die Ergebnisse der Auseinandersetzungen festhalten, während dem Prozeß der Auseinandersetzung selbst noch wenig Raum gegeben wird, auch das ist symptomatisch für den derzeitigen Entwicklungsstand der Brigadetagebuchbewegung in unserem Werk" (5, S. 68).

Wenden wir uns nun Fragen der allgemeinen Gestaltung und Erarbeitung dieser Veröffentlichungen zu. Die Buchtitel wurden - mit Ausnahme von 2 und 6 - einfallsreich gewählt. Die Bücher sind geschmackvoll, abwechslungsreich und individuell gestaltet, haben moderne Umschläge und gediegene Einbände. Viele, auch farbige Bilder sind meist über das ganze Buch verteilt. Eine Ausnahme bildet 9, in dem auf siebzig Seiten Darstellung achtzig Seiten Bilder folgen, wodurch der direkte Zusammenhang von Wort und Bild nicht gegeben wird. In den meisten Fällen handelt es sich bei den Illustrationen der Bücher um Bilder aus der Entwicklung der Produktivkräfte, von Werksansichten, Maschinen und Anlagen, zur Geschichte der Arbeiterbewegung, von Werkträgern mit hervorragenden Leistungen in Produktion und Verwaltung, Kampfgruppen, Kulturarbeit und Sport, Gästen des Betriebes sowie Kultur- und Sozialeinrichtungen des Betriebes. Vielfach wurden auch Faksimiles von Dokumenten aus der Geschichte verwendet. Strukturbilder der Betriebsgewerkschaftsorganisationen (2, 5), eine geographische Karte zum Export der Produkte (6), Produktionsschemata (4) und vor allem Linolschnitte und Zeichnungen der Mitglieder des Mal- und Zeichenzirkels der Betriebe (4, 7) zeugen von einfallsreicher, die Allseitigkeit der Betriebsgeschichte unterstützender Gestaltung.

Einige Bücher bieten Besonderheiten der Illustration, die hervorgehoben zu werden verdienen. In einem wurde der Vor- und Nachsatz genutzt, um ein Strukturbild zur historischen Entwicklung des Betriebes und eine geographische Karte der Wohnstandorte der Belegschaftsmitglieder zu geben (4). Andere verfügen über Einlagen mit Proben ihrer Produkte (7, 8). Ein weiteres veröffentlichte den Netzwerkplan der organisatorischen Maßnahmen zur Geschichtsschreibung des Betriebes (5).

Insgesamt hat die Gestaltung der Bücher gegenüber früheren Veröffentlichungen auf diesem Gebiet an Niveau gewonnen. Bei künftigen Veröffentlichungen wäre es jedoch wünschenswert, dem Inhalt der Bildertexte größere Sorgfalt zu widmen. Während die Bücher in Wort und Bild den Menschen in den Mittelpunkt stellen, kommt das in den Bildertexten nicht immer zum Ausdruck. Bei Werbeschriften für manche Produkte ist es nicht nötig, den Namen des Fotomodells, das als Blickfang wirkt, oder den des Arbeiters, der das Bild belebt bzw. den Produktionsvorgang verdeutlicht, zu nennen. Aber in einer betriebsgeschichtlichen Veröffentlichung, auf deren Bildern die Gesichter einzelner Werkträger genau zu erkennen sind, sollte diese Praxis nicht Platz greifen. Unter einigen dieser Bilder lesen wir hier nur die Texte: "Mechaniker an der neuen Technik", "Repasieren", "Näherin", "Am Ausspargerät" (1), "Beim Formzeugschleifen", "Automatisches Stellwerk im Tagebau" (4), "In der Voltex-Veredelung Werk 3" (7), "In den neuen Produktionsanlagen zur Herstellung synthetischer Fasern", "Im Textiltechnikum werden auch Eignungsprüfungen der Chemiefasern für ihre Einsatzgebiete vorgenommen" (8). Wenn einzelne Werkträger bei der Arbeit in Großaufnahme gezeigt werden, dann sollte nicht nur die Anlage oder der Produktionsvorgang genannt, sondern die Arbeiterin oder der Arbeiter auch mit seinem Namen genannt werden, so wie das bei Angehörigen der betrieblichen Leitungen immer geschieht. Bei einem Bild "Werkdirektor Robert Müller bei einer Aktivistenzeichnung 1951" (4) fragt sich der Betrachter, ob der auf dem Bild zu erkennende Arbeiter, der vom Direktor ausgezeichnet wird, keinen Namen hat. So erfreulich es ist, wenn Zeichnungen aus dem Mal- und Zeichenzirkel des Betriebes veröffentlicht werden, so erstrebenswert sollte es auch sein, die Namen ihrer Schöpfer zu nennen, wie das in 4 auch geschieht, nicht aber in 7.

Bei der Mehrzahl der Bücher erscheint die Auflagenhöhe mit 2 400 (6) bis 5 500 (3, 4) zu gering; Sie reicht nicht aus, damit jedes Belegschaftsmitglied, auch jeder Lehrling und jeder Pfortner, die einige Jahre nach Erscheinen des Buches eingestellt werden, noch ein Exemplar erhalten kann. Denn eine gute betriebsgeschichtliche Veröffentlichung verliert ihre Aktualität und ihren Einfluß auf die sozialistische Bewusstseinsentwicklung über Jahre hinaus nicht. Daneben aber werden nicht nur Bibliotheken, ausländische Delegationen, befreundete Betriebe in den Bruderländern, mit dem Betrieb zusammenarbeitende staatliche

Stellen diese Bücher erhalten. Jene Betriebe, die jetzt und in den kommenden Jahren an ihren Betriebsgeschichten arbeiten, benutzen die besten der vorliegenden Veröffentlichungen gerne als Beispiel und Anschauungsmaterial.

In der Mehrzahl wurden die Bücher von Betriebsangehörigen (3, 4, 5, 6, 8), zwei von Historikern (2, 7) und eines von einem Schriftsteller (9) geschrieben. Sie alle stützen sich auf die Mitarbeit von Betriebsgeschichtskommissionen, auf die Zuarbeit von Betriebsangehörigen. Ein Buch wurde von 25 zum Teil nicht zum Betrieb gehörenden Mitarbeitern eines Zirkels schreibender Arbeiter geschaffen, über die im Anhang biographische Notizen mitgeteilt werden (1). In den meisten Fällen nahmen Wissenschaftler beratend oder begutachtend an der Arbeit teil (2, 3, 4, 6, 7, 8). In der Regel haben die Kommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei den Bezirksleitungen der SED beratend mitgewirkt. Für drei Veröffentlichungen schrieben die Ersten Sekretäre der Bezirksleitungen der SED Geleitworte (3, 4, 8).

Insgesamt kann festgestellt werden, daß diese neun Bücher eine höhere wissenschaftliche Akribie aufweisen als frühere Veröffentlichungen, was nicht ausschließt, daß hier und da noch Mängel anzutreffen sind. Alle Veröffentlichungen wurden mit Quellenangaben versehen, einige besonders ausführlich. Für alle wurden neben der Literatur auch Quellen aus den jeweiligen Betriebsarchiven, für die meisten auch die Bestände eines oder mehrerer anderer Archive genutzt.

Offenbar ist bei der Erarbeitung einiger Bücher nur ungenügend berücksichtigt worden, die druckreifen Manuskripte noch einmal mit den Quellen bzw. den Untersuchungsergebnissen zu vergleichen. Nur so ist es erklärlich, daß einige Quellen falsch angegeben wurden (3, S. 41 Anmerkung 39, S. 57 Anmerkungen 23 und 24), daß einige Zitate, Namen oder andere Angaben nicht richtig aus der Quelle entnommen wurden (3, S. 57 Anmerkung 25, S. 58 Anmerkungen 26, 27 und 34, S. 66 Anmerkung 69) und eine Aufstellung von Aufsichtsrats- und Vorstandsposten weder mit der angegebenen Quelle noch mit den Tatsachen übereinstimmt (3, S. 213). Eine Reihe ähnlicher Fehler, die auf nicht genügend gründliche Arbeit mit bestimmten Quellen hinweisen, gibt es in einer anderen Veröffentlichung (7, S. 29, S. 50 und 51).

Das sind zum Teil kleine Unebenheiten, die gewiß nicht den Wert der vorliegenden Arbeiten beeinträchtigen, auf die aber deshalb hingewiesen werden muß, um alle Betriebshistoriker künftig zu noch größerer Sorgfalt zu veranlassen.

Die Mehrzahl der neun Bücher gibt eine populärwissenschaftliche Darstellung der Gesamtbetriebsgeschichte. Ein Buch weicht von dieser Darstellungsart ab, in seinem Vorwort wird gesagt: "Wer dieses Buch in der Hand hält, sollte wissen, daß es der Zirkel schreibender Arbeiter unseres Betriebes im Auftrage der Betriebsgewerkschaftsleitung geschrieben hat. Er sollte wissen, daß sich der Zirkel die Aufgabe gestellt hat, in überwiegend literarisch-publizistischer Form von den Menschen unseres Industriezweiges, von ihrer Arbeit und ihrem Leben gestern und heute zu berichten" (1, S. 5). In dieser klaren Aufgabenstellung haben die Verfasser, die nicht die Absicht hatten, populärwissenschaftliche Geschichte zu bieten, einen glücklicheren Weg gewählt als die eines anderen Buches, in dessen Vorwort es heißt:

"Als Darstellungsmittel wählten die Verfasser nicht die der wissenschaftlichen Abhandlung, sondern die der Populärwissenschaft und die des Journalismus, den lebendigen Bericht und die Reportage" (9, S. 7 f.). Hier sprengen nachgedichtete und nachempfundene Gespräche und Gedanken zum Teil die populärwissenschaftliche Darstellung. Eine ausgewogenere Form, in der den verschiedenen Darstellungsarten getrennt voneinander in einem Band Raum gegeben wurde, wählten die Autoren einer Fortsetzung der 1956 erschienenen, damals beispielhaften Betriebsgeschichte. Diese neue Veröffentlichung (5) ist eine gelungene Gemeinschaftsarbeit der Kommission für Betriebsgeschichte und des Zirkels schreibender Arbeiter. Hier

wird der gemeinsame Auftrag der Historiker und Schriftsteller, das sozialistische Bewusstsein zu entwickeln zu helfen, in einer kollektiven Konzeption in die Praxis umgesetzt. Die unterschiedlichen Mittel, mit denen beide Gruppen die großen Entwicklungslinien der Geschichte sichtbar machen, können sich in der ihnen eigenen Darstellungsart voll entfalten. Die Historiker stützen sich auf belegbare Fakten und Zusammenhänge und stellen die Probleme der Entwicklung auf Grund des analysierten belegbaren Materials dar. Die historischen Schriftsteller verwenden diese Fakten und Zusammenhänge ebenfalls, gestalten aber in erster Linie das Leben der Menschen nach, wobei sie sich im einzelnen nicht an historische Tatsachen zu halten brauchen. Sie nutzen die schöpferische Freiheit, Gedanken, Gespräche und Handeln der Menschen mit Hilfe ihrer Phantasie ihrer Vorstellung gemäß zu formen.

Künftig wird es darauf ankommen, populärwissenschaftliche Betriebsgeschichtsschreibung und literarische Gestaltung betriebsgeschichtlicher Ereignisse (wie in 1 und 5) sorgfältig auseinanderzuhalten und doch in engem Kontakt miteinander zu pflegen.

Insgesamt ist die hier anhand einiger Beispiele gezogene Bilanz aus der Entwicklung der Betriebsgeschichtsschreibung in der DDR durchaus positiv und Ansporn für viele Betriebe, noch bessere Werke zu schaffen.

Das Reichsbahnamt als wichtiges Dienstleistungsorgan der Reichsbahn ist der wichtigste Verkehrsträger im einseitigen sozialistischen Verkehrswesen und hat damit große Bedeutung für die Volkswirtschaft unserer Republik.

Bei der Betrachtung ist daher zu untersuchen zwischen betriebsgeschichtlichen Aspekten, die sich mit der Geschichte einzelner Betriebe, Betriebe und Dienststellen, betriebs- und betriebliche, die das gesamte staatliche Unternehmen zu ihrem Gegenstand haben. Untersuchungen über das Grenzgebiet liefert daher sozialistische Befragungen mit der Geschichte der Transportindustriestruktur Eisenbahn zusammen, die besonders wertvolle Beiträge zur Disziplin Verkehrsgeschichte im Rahmen der Wirtschaftsgeschichte ist.

Bei der Erarbeitung der Geschichte des Eisenbahnwesens ist es wichtig, alle die den ökonomischen Zusammenhang zwischen ihrer ökonomischen und technischen Entwicklung sowie der sozialen Stellung der Eisenbahn unter kapitalistischen und sozialistischen Produktion verhältnisse herauszuarbeiten. Bei Freunden der Eisenbahn, die sich als Leiter mit der Betriebsgeschichte beschäftigen, ist auch manchmal - wenn auch schwach - die lange Zeit durch übertriebene Historiker verbreitete Tendenz anzuführen, in der Geschichte der Eisenbahn hauptsächlich die Geschichte ihrer Technik, das heißt die Geschichte des Baues einzelner Strecken, der Entwicklung der Fahrzeuge und der Betriebführung zu sehen.

Die 250 000 Eisenbahnarbeiter und Eisenbahner der DDR sind stolz auf die Arbeitsplätze vorhanden. Viele Eisenbahnarbeiter haben sich 1961 in entschlossenen Einsparungen des Klassenkampfes - allen imperialistischen und revisionistischen Versuchen, ihre soziale Situation zu verschlechtern, zum Trotz - ihre Bereitschaft an den Tag gelegt, gemeinsam mit der revolutionären Partei der Arbeiterklasse, zu der auch die besten Eisenbahnarbeiter gehören, proletarische internationalistische Solidarität zu üben und alle reaktionären Angriffe auf die in der Novemberrevolution erlangten Rechte abzuwehren.

Nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus durch die Sowjetunion haben auch die besten Eisenbahnarbeiter mit Unterstützung und Hilfe ihrer sowjetischen Klassenbrüder die Wiederaufbau und die Neugestaltung des Eisenbahnwesens auf dem Territorium der DDR in die Tat umgesetzt. Sowohl auf materiell-technischem Gebiet als auch besonders im ideologischen Bereich wurden

1. Überarbeitete Fassung eines Diskussionsbeitrags, gehalten auf der Konferenz "Betriebsgeschichte und sozialistische Bewusstseinsbildung" - veranstaltet von der Autoritätsgesellschaft der GDB am 20. und 21. März 1973 in Berlin.

FRAGEN DER BETRIEBSGESCHICHTSSCHREIBUNG BEI DER DEUTSCHEN REICHSBAHN¹

von Thomas Mette

Die Deutsche Reichsbahn dehnt sich als sozialistisches zentral geleitetes staatliches Verkehrsunternehmen mit ihrem Streckennetz über das gesamte Territorium der Deutschen Demokratischen Republik aus. Strukturell gliedert sie sich in die Bereiche Eisenbahntransport, Eisenbahnbau und Fahrzeugausbesserung; der Transportbereich unterteilt sich weiterhin in fünf Hauptdienstzweige, für die die Reichsbahndirektionen Zwischenleitungsorgane darstellen. Der Betriebs- und Verkehrsdienst als der unmittelbar den Transportprozeß, die Ortsveränderung von Personen und Gütern durchführende Hauptdienstzweig besitzt in Form des Reichsbahnamtes ein weiteres Zwischenleitungsorgan. Die Reichsbahn ist der wichtigste Verkehrsträger im einheitlichen sozialistischen Verkehrswesen und hat damit große Bedeutung für die Volkswirtschaft unserer Republik.

Bei der Reichsbahn ist daher zu unterscheiden zwischen betriebsgeschichtlichen Arbeiten, die sich mit der Geschichte einzelner Bereiche, Betriebe und Dienststellen befassen, und solchen, die das gesamte staatliche Unternehmen zu ihrem Gegenstand haben. Untersuchungen über den Gesamtbetrieb fallen unter sozialistischen Bedingungen mit der Geschichte des Transportindustriezweiges Eisenbahn zusammen, die ihrerseits unmittelbarer Bestandteil der Disziplin Verkehrsgeschichte im Rahmen der Wirtschaftsgeschichte ist.

Bei der Erarbeitung der Geschichte des Eisenbahnwesens ist es wichtig, allseitig den dialektischen Zusammenhang zwischen ihrer ökonomischen und technischen Entwicklung sowie der sozialen Stellung der Eisenbahner unter kapitalistischen und sozialistischen Produktionsverhältnissen herauszuarbeiten. Bei Freunden der Eisenbahn, die sich als Laien mit der Eisenbahngeschichte beschäftigen, ist noch manchmal - wenn auch unbewußt - die lange Zeit durch bürgerliche Historiker verbreitete Tendenz anzutreffen, in der Geschichte der Eisenbahn hauptsächlich die Geschichte ihrer Technik, das heißt die Geschichte des Baues einzelner Strecken, der Entwicklung der Fahrzeuge und der Betriebsführung zu sehen.

Die 250 000 Eisenbahnerinnen und Eisenbahner der DDR sind fest mit der Arbeiterklasse verbunden. Viele Eisenbahnarbeiter haben nach 1918 in entscheidenden Höhepunkten des Klassenkampfes - allen imperialistischen und revisionistischen Versuchen, ihre soziale Situation zu entstellen, zum Trotz - ihre Bereitschaft an den Tag gelegt, gemeinsam mit der revolutionären Partei der Arbeiterklasse, zu der auch die besten Eisenbahnarbeiter gehörten, proletarische internationalistische Solidarität zu üben und alle reaktionären Angriffe auf die in der Novemberrevolution erkämpften Rechte abzuwehren.

Nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus durch die Sowjetunion nahmen antifaschistische Eisenbahner mit Unterstützung und Hilfe ihrer sowjetischen Klassenbrüder den Wiederaufbau und die Neugestaltung des Eisenbahnwesens auf dem Territorium der DDR in die Hand. Sowohl auf materiell-technischem Gebiet als auch besonders im ideologischen Bereich wur-

1 Überarbeitete Fassung eines Diskussionsbeitrags, gehalten auf der Konferenz "Betriebsgeschichte und sozialistische Bewußtseinsbildung" - veranstaltet von der Historiker-Gesellschaft der DDR am 28. und 29. März 1973 in Berlin.

den große Leistungen vollbracht, um die als Erbe des Nazikrieges hinterlassenen schweren Zerstörungen zu beseitigen und das verschüttete Klassenbewußtsein wieder zu erwecken. Die Eisenbahner standen damals vor vielen, oft fast unüberwindbar erscheinenden Schwierigkeiten. Sie meisterten ihre Aufgaben wie die Werktätigen anderer Wirtschaftszweige, geführt von den Genossen der Partei der Arbeiterklasse. Schon im Herbst 1945 übergab die Sowjetische Militär-Administration durch den Befehl Nr. 8 den Eisenbahnbetrieb den Werktätigen und bewies damit das große Vertrauen, das sie in das Handeln der Eisenbahner setzte. Die Deutsche Reichsbahn diente nun erstmals in ihrer Geschichte nicht mehr Imperialismus und Krieg sondern dem antifaschistisch-demokratischen Aufbau. Sie war Volkseigentum geworden.

Eine der ersten umfassenderen Würdigungen und Dokumentationen der beim Aufbau unseres Eisenbahnwesens vollbrachten Taten finden wir in der Schrift "5 Jahre des Aufbaues - ein Überblick über die Aufbauarbeit bei der Rbd Dresden seit dem 8. Mai 1945" (Dresden 1950). Auf Initiative der im Jahre 1952 für die Leitung der Parteiarbeit im Eisenbahnwesen geschaffenen Politischen Verwaltung der Deutschen Reichsbahn wurde zum 10. Jahrestag der Übergabe der Reichsbahn in Volkes Hand im Auftrage des Ministeriums für Verkehrswesen der DDR die Dokumentation "10 Jahre Deutsche Reichsbahn in Arbeiter-und-Bauernhand" herausgegeben, in der die politische Bedeutung dieses Vorgangs analysiert und die im ersten Jahrzehnt erzielten ökonomischen, sozialen, technischen und kulturell-sportlichen Fortschritte herausgearbeitet wurden. Im Jahre 1958 erschien dann unter dem Titel "Unter Führung der Partei zu neuen Erfolgen beim Aufbau eines sozialistischen Eisenbahnwesens" als Heft 14 der Schriftenreihe der Politischen Verwaltung der Deutschen Reichsbahn eine Broschüre, in der die Entwicklung seit Beginn der fünfziger Jahre und insbesondere seit dem IV. Parteitag der SED 1954 im Eisenbahnwesen dargestellt wurde. Seitdem sind anlässlich des VI., VII. und VIII. Parteitages der Partei der Arbeiterklasse - jeweils als selbständige Veröffentlichung herausgegeben - dokumentarische Überblicke erschienen, die die in der Zwischenzeit von den Eisenbahnern erzielten Ergebnisse popularisieren.² In diesen Arbeiten ist wichtiges Material zusammengetragen worden, das als Grundlage einer Geschichte des sozialistischen Eisenbahnwesens dienen kann. In dem Zusammenhang muß auch die 1960 im Transpress-Verlag erschienene Arbeit von Günter Mittag "Zur sozialistischen Entwicklung des Eisenbahnwesens in der DDR" genannt werden.

Eine politisch-ideologische Aufgabe von besonderer Bedeutung war die Herausgabe eines Buches anlässlich des 125jährigen Jubiläums der Eisenbahnen in Deutschland, in dem die geschichtliche Entwicklung der Eisenbahn und der Lage der Eisenbahner erstmals umfassend vom Standpunkt der Arbeiterklasse, vom Standpunkt des dialektischen und historischen Materialismus dargestellt wurde.³ Die Autoren standen vor der wichtigen Aufgabe, die in der Schrift "100 Jahre deutsche Eisenbahnen" verarbeiteten faschistischen Geschichtsfälschungen endgültig zu zerschlagen und mit der Ideologie aufzuräumen, die Eisenbahn sei

² Michalak, Alfred/Truckenbrodt, Elsbeth/Mette, Thomas, Einige Ergebnisse der Arbeit aller Eisenbahner unter Führung der Partei zwischen dem V. und VI. Parteitag der SED. Materialien zur Unterstützung der Propagandaarbeit und Diskussion mit allen Eisenbahnern in Auswertung des VI. Parteitages der SED, hg. v. Politische Verwaltung der Deutschen Reichsbahn, Abteilung Agitation und Propaganda, Berlin 1963, 26 S.; Aus der Arbeit der Eisenbahner unter Führung der Partei zwischen dem VI. und VII. Parteitag der SED, hg. v. Politische Verwaltung der Deutschen Reichsbahn, Abteilung Agitation und Propaganda, Berlin 1967, 32 S.; (Lehnert, Manfred/Mette, Thomas u. a.), Die Entwicklung des Eisenbahnwesens zwischen dem VII. und VIII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschland. Dokumentation = Schriftenreihe der Politischen Verwaltung der Deutschen Reichsbahn, Sonderheft 1971, 70 S.

³ Vgl. dazu Worms, Manfred, [Rez. zu] "Uns gehören die Schienenwege", in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1962, T. 2, S. 243 - 248.

schon immer Staatsbetrieb gewesen und daher habe sich 1945 für die Eisenbahner kaum etwas geändert; sie stellten sich das Ziel, den Stolz der Eisenbahner in der DDR auf unsere Errungenschaften zu festigen und ihr sozialistisches Bewußtsein zu entwickeln. Diese Veröffentlichung wurde - nachdem ein Textentwurf zunächst in Teilabschnitten von einzelnen Autoren vorbereitet worden war - von einer eigens dafür gebildeten Redaktionskommission, der Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, Arbeiterveteranen, Fachhistoriker der Wirtschaftsgeschichte, Eisenbahntechniker und Journalisten angehörten, im Manuskript fertiggestellt. Mit der Arbeitsgruppe Erforschung der Eisenbahnerbewegung beim Zentralvorstand der damaligen IG Eisenbahn bestand eine sehr enge Zusammenarbeit. Solche wichtigen Institutionen wie das Institut für Marxismus-Leninismus und die Parteihochschule "Karl Marx" beim ZK der SED sowie die Gewerkschaftshochschule "Fritz Heckert" übernahmen die Begutachtung des Manuskripts. Die Festschrift konnte zum 7. Dezember 1960 in 20 000 Exemplaren ausgeliefert werden. Zum überwiegenden Teil wurde sie verdienstvollen Eisenbahnerinnen und Eisenbahnern als Anerkennung übergeben.

Zahlreiche Reichsbahnausbesserungswerke brachten aus Anlaß von Jubiläen betriebsgeschichtliche Abhandlungen und Festschriften heraus. Sie waren unterschiedlich in ihrem Umfang und auch in der Verteilung der der Darstellung zugrunde liegenden Schwerpunkte und Zeitabschnitte. Öfter war hier bereits das Wirken der Betriebsarchivare spürbar, die eine Chronik des Werkes bzw. thematische Sammlungen angelegt hatten.

Reichsbahndirektionen, Reichsbahnämter und große Dienststellen ergriffen die Initiative, um anläßlich bedeutender Jahrestage mehr oder weniger umfassende Dokumentationen über die erzielten politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Ereignisse vorzulegen.⁴ Politische Abteilungen der Reichsbahndirektionen und bei den Reichsbahnämtern sowie Betriebsparteiorganisationen spielten dabei eine bestimmende Rolle. Aktuelles Anliegen und propagandistische Aufgaben standen stets im Vordergrund. Eisenbahner mit hervorragenden Leistungen kamen in zahlreichen dieser Schriften selbst zu Wort, nahmen Stellung, wie es ungeachtet der auftretenden Schwierigkeiten gelang, wichtige Planziele zu erfüllen und entscheidende Maßnahmen durchzusetzen.

Anläßlich des 50. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution gab die Politische Verwaltung der Deutschen Reichsbahn eine Broschüre heraus, in der die Hilfe der Sowjetunion für das Eisenbahnwesen der DDR unter verschiedenen Aspekten gewürdigt wurde. Sie berichtete über den unmittelbaren Wiederaufbau nach 1945, die Vermittlung und Verbreitung sowjetischer Erfahrungen und Neuerermethoden, die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und die freundschaftlichen Beziehungen zu sowjetischen Menschen.⁵ Auch die Vorbereitung des 20. Jahrestages der DDR gab Anregungen zu einer Aktivierung der betriebsgeschichtlichen Arbeit.⁶ Obwohl der Wunsch besteht, mehr methodische Hinweise und

4 Seit 1945 erschienen über die Deutsche Reichsbahn - vornehmlich über einzelne Betriebe und große Dienststellen, sowie Amts- und Direktionsbezirke - 52 betriebsgeschichtliche Veröffentlichungen, dazu kommen 10 Dissertationen bzw. Habilitationen. Vgl. Radandt, Hans, Bibliographie selbständiger Schriften zur Betriebsgeschichte in der Deutschen Demokratischen Republik, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1960, T. 1, S. 360; 1961, T. 1, S. 365, 368, 369; 1963, T. 3, S. 304; Günther, Renate, Bibliographie selbständiger Schriften zur Betriebsgeschichte in der Deutschen Demokratischen Republik, in: ebenda 1968, T. 4, S. 409 f.; 1969, T. 4, S. 274; 1970, T. 4, S. 302 f.; 1971, T. 4, S. 291; 1972, T. 4, S. 283.

5 (Lehnert, Manfred/Mette, Thomas/Michalak, Alfred), Die Hilfe der Sowjetunion für das Eisenbahnwesen der Deutschen Demokratischen Republik - Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen! = Schriftenreihe der Politischen Verwaltung der Deutschen Reichsbahn, Sonderheft 1967, 64 S.

6 Mette, Thomas, Mitgestalter und Chronisten unseres sozialistischen Eisenbahnwesens, in: Parteiarbeit bei der Deutschen Reichsbahn, Nr. 2/1968, S. 9, 12 - 14.

Erläuterungen zu inhaltlichen Schwerpunkten zu erhalten, ist zu den Bezirkskommissionen für Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bisher kaum Verbindung aufgenommen worden.

Die einzelnen Bereiche und Direktionen wurden ferner darauf orientiert, Materialien für eine die Ereignisse bei der Reichsbahn insgesamt erfassende Zeittafel zusammenzutragen, da bisher noch keine laufende Chronik der wichtigsten Daten existiert. Aufbauend auf den bisher herausgebrachten Dokumentationen, gewerkschaftlichen Rechenschaftsberichten, der zentralen Eisenbahnpresse sowie auf diesen Materialzusammenstellungen wurde zum 20. Jahrestag der DDR eine Zeittafel erarbeitet und herausgebracht, die einen chronologischen Überblick über die politische, soziale und kulturell-sportliche Entwicklung der Eisenbahner, den ökonomischen und technischen Fortschritt sowie die internationalen Beziehungen des Eisenbahnwesens der DDR seit 1949 gab.⁷ Sie gibt auch für betriebsgeschichtliche Arbeiten im engeren Sinne vielfältige Denkanstöße. Das Arbeitsprogramm sieht vor, diese Zeittafel bis zum 25. Jahrestag unserer Republik für den Zeitraum bis Anfang 1974 zu ergänzen.

Die Vielgestaltigkeit betriebsgeschichtlicher Tätigkeit drückt sich zum Beispiel auch darin aus, daß zum 25. Jahrestag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands der Dokumentarfilm "Mein Weg - Dein Weg - Unser Weg" fertiggestellt wurde, der den Zuschauern die Kontinuität der Politik der Partei der Arbeiterklasse und die schöpferische Arbeit der Eisenbahnerinnen und Eisenbahner unter Führung der Parteiorganisation in diesem Vierteljahrhundert vor Augen führt.

In den vergangenen Jahren entstanden auch eine ganze Reihe von Diplom- und Abschlußarbeiten zu betriebsgeschichtlichen Themen aus der Zeit nach 1945, die sich meist mit begrenzten Entwicklungsprozessen auf Dienststellen- bzw. Ämterebene beschäftigten. Sie war jedoch nur zu einem geringen Teil veröffentlicht.⁸

Eine neue Form betriebsgeschichtlicher Arbeit zeigt sich in der Einbeziehung von Genossen, die bei der Deutschen Reichsbahn tätig sind und im Fernstudium an der Karl-Marx-Universität Leipzig das Examen als Diplomlehrer für Marxismus-Leninismus ablegen. Sie beteiligen sich an der Erarbeitung von Teilkomplexen für das zentrale Forschungsthema "Die Entwicklung der Arbeiterklasse in der DDR - Die Einflußnahme auf deren Bewußtheit und Organisiertheit durch die wissenschaftliche Führungstätigkeit der Partei der Arbeiterklasse", soweit sie sich auf die Eisenbahn beziehen.

Die während der Konferenz der Historiker-Gesellschaft der DDR/Fachkommission Betriebsgeschichte im März 1973 in Berlin⁹ vermittelten Anregungen über die Einrichtung von Traditionskabinetten sollten auch für die weitere Belegung der betriebsgeschichtlichen Arbeit bei der Deutschen Reichsbahn aufgegriffen werden. Die Vorbereitung des 25. Jahrestages der DDR könnte ein erster und wichtiger Anlaß sein, in einigen geeigneten Einrichtungen mit der Verwirklichung dieses Gedankens zu beginnen.

⁷ (Derselbe), Zeittafel zur Entwicklung des sozialistischen Eisenbahnwesens in der Deutschen Demokratischen Republik (1949 - 1969) = Schriftenreihe der Politischen Verwaltung der Deutschen Reichsbahn, Sonderheft 1969, 93 S.

⁸ Frehse, Otto/Lehmann, Karl-Heinz, Durch Einheit zum Sieg. Der Kampf der Eisenbahner im Reichsbahndirektionsbezirk Dresden um die Einheit der Arbeiterklasse 1945/46 = Schriftenreihe der Politischen Verwaltung der Deutschen Reichsbahn, Nr. 30/1966, 56 S.; Zach, Kurt, Der Eisenbahnersport in Deutschland - Sein Entstehen und einige Lehren für die Gegenwart = Schriftenreihe der politischen Verwaltung der deutschen Reichsbahn, Nr. 32/1967, 48 S.

⁹ Vgl. Radandt, Hans, Konferenz "Betriebsgeschichte und sozialistische Bewußtseinsbildung", in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1973, T. 4, S. 263 ff.

Im Eisenbahnwesen muß man sich in den kommenden Jahren im Hinblick auf die betriebsgeschichtliche Arbeit bemühen - obwohl dem Einsatz eines ständigen Kollektivs, das sich hauptberuflich mit dieser verantwortungsvollen Aufgabe beschäftigen könnte, große Schwierigkeiten entgegenstehen -, die betriebsgeschichtlichen Analysen auf allen Ebenen, entsprechend den hier dargelegten Normen über die Erforschung der Zusammenhänge zwischen den allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der historischen Entwicklung und ihrer konkreten spezifischen Widerspiegelung im Betrieb bzw. Wirtschaftszweig fortzusetzen. So werden die an der Betriebsgeschichte arbeitenden Werk tätigen und Wissenschaftler im Bereich der Deutschen Reichsbahn zur Verwirklichung des Beschlusses des Politbüros der SED über Agitation und Propaganda vom 7. November 1972 beitragen.

Quellen
und Materialien

Quellen und Materialien

BESTANDSINFORMATION FÜR DEN WIRTSCHAFTSHISTORIKER AUS DEM ZENTRALEN STAATSARCHIV DER DDR

NACHLASS ARTHUR DIX, ZENTRALES STAATSARCHIV DER DDR,
HISTORISCHE ABTEILUNG I

von Hermann Schreyer

1. Einleitung
2. Arthur Dix. Biographischer Überblick
3. Der Nachlaß Dix
- 3.1. Allgemeines und archivische Erschließung
- 3.2. Bestandsinformation im einzelnen

1. Einleitung

Vor einiger Zeit erschienen in diesem Jahrbuch ein Artikel und eine Dokumentation über die Rolle, die Arthur Dix als Propagandist der wirtschaftlichen Vorbereitung des ersten Weltkrieges gespielt hat.¹ Die Themen der wirtschaftlichen Kriegsvorbereitung im weitesten Sinne (Industrie, Landwirtschaft, Rohstoffe, Handel, Verkehr) und der Kriegswirtschaft hat Dix als politischer Publizist besonders intensiv behandelt, und hier liegt zweifellos ein Schwerpunkt seiner Wirksamkeit. Darüber hinaus entfaltete er eine Vielzahl anderer politischer, publizistischer und wissenschaftlicher Aktivitäten, auf die der genannte Artikel wegen seiner von vornherein gegebenen thematischen Abgrenzung nicht eingehen konnte.

Auch eine Archivbestandsinformation kann keine Gesamtdarstellung der politischen und sonstigen Tätigkeit eines Mannes wie Dix bieten, dessen journalistische und schriftstellerische Arbeiten einen sehr großen Themenkreis von aktuellen Tagesfragen bis hin zu gesellschafts- und weltpolitischen Problemen umfassen. Weder biographisch noch in bezug auf den Inhalt des Nachlasses kann Vollständigkeit angestrebt werden. Die Bestandsinformation soll jedoch auf alle thematischen Schwerpunkte verweisen, die sich einerseits aus dem überlieferten Nachlaß ergeben und die andererseits natürlich auch inhaltliche Schwerpunkte in biographischem Sinne sind.

2. Arthur Dix. Biographischer Überblick

Arthur Dix (1875 bis 1935) studierte in den Jahren 1895 bis 1899 Staatswissenschaften in Königsberg, Leipzig und Berlin und war bereits während des Studiums publizistisch tätig; hier ist neben soziologischen Themen ("Egoismus der sozialen Gruppe" und "Egoismus in der

1 Behm, Erika/Kuczynski, Jürgen, Arthur Dix: Propagandist der wirtschaftlichen Vorbereitung des ersten Weltkrieges, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1970, T. 2, S. 69 - 100.

Wirtschaft"; "Sozial-Moral", kriminalpolitische Aufsätze)² auch bereits die Thematik zu nennen, die in die von Dix später so intensiv vertretene welt- bzw. geopolitische Richtung weist ("Weltmachtpolitik")³. In der Zeit seit etwa 1900 wurde Dix zu einem der führenden nationalliberalen Publizisten, dessen hauptsächlich politische Wirksamkeit in den Jahren vor dem ersten Weltkrieg und in der Kriegszeit lag.

Dix gehörte der nationalliberalen Partei an und identifizierte sich vor allem voll mit ihren außenpolitischen Zielen. Die nationalliberale Partei entwickelte sich um die Jahrhundertwende "immer mehr zum politischen Instrument der monopolkapitalistischen Bourgeoisie". Sie "unterstützte die antinationale Aufrüstungs-, Kolonial- und Expansionspolitik des deutschen Imperialismus und bekannte sich nachdrücklich zu den alldeutschen Annexionsforderungen im ersten Weltkrieg. Sie half mit ihrer Propaganda, große Teile des deutschen Volkes mit der imperialistischen Ideologie zu vergiften".⁴ Und gerade auf diesem Gebiet hat Dix als "Chefpublizist der wirtschaftlichen Kriegsvorbereiter"⁵, der seine Artikel in allen großen nationalliberalen Zeitungen und Zeitschriften veröffentlichte, eine besondere Aktivität entfaltet.

Von 1900 bis 1905 war Dix politischer Redakteur bzw. (ab 1903) Chefredakteur der führenden nationalliberalen "National-Zeitung" und gab dann (1906 bis 1919) die "Nationale Zeitungskorrespondenz für Politik und Volkswirtschaft, 'Deutscher Bote'" und für kurze Zeit (1911 bis 1912) die Leitartikelkorrespondenz "Die Weltpolitik" heraus.⁶

Sehr stark setzte sich Dix für die Propagierung der Ziele und Aufgaben des der nationalliberalen Partei nahestehenden "Hansabundes für Gewerbe, Handel und Industrie" vor allem bei dessen Gründung 1909 ein.⁷ Der Hansabund war eine wirtschaftspolitische Interessensorganisation der deutschen Großbourgeoisie, die das Ziel verfolgte, den Einfluß bestimmter Kreise der Großbourgeoisie (Industrie, Handel, Banken) auf Gesetzgebung, staatliche Verwaltung und Diplomatie des Deutschen Reiches zu stärken⁸; der Hansabund unterstützte natürlich auch die Expansionsbestrebungen des deutschen Imperialismus⁹. Außer für den Hansabund wirkte Dix publizistisch und durch Vorträge für andere Vereine und Verbände mit der gleichen außenpolitischen Stoßrichtung (Deutscher Flottenverein, Deutscher Wehrverein, Deutsche Kolonialgesellschaft).

Dix' Rolle bei der propagandistischen Kriegsvorbereitung (vor allem in bezug auf die wirtschaftlichen Aspekte) ist in diesem Jahrbuch bereits behandelt worden und braucht daher hier nur skizziert zu werden. Eine erste Publikation in diesem Zusammenhang erschien 1910 mit dem Titel "Deutschlands wirtschaftliche Zukunft in Krieg und Frieden"¹⁰, zahlreiche kleinere und größere Arbeiten zu diesem Thema folgten. Zu nennen ist hier zum Beispiel der 1913 in den vom Großen Generalstab herausgegebenen "Vierteljahresheften für Truppenführung und Heereskunde" erschienene Artikel "Volkswirtschaftliche Kriegsvorsor-

2 Veröffentlicht Leipzig 1898 und 1899, vgl. Zentrales Staatsarchiv (im folgenden: ZStA) Potsdam, Nachlaß Dix, 227, 230.

3 Dix, Arthur, Weltmachtpolitik, in: Kynast, 1. Jg. 1899, H. 8 - 12 (ZStA Potsdam, Nachlaß Dix, 225).

4 Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, Handbuch, hg. u. d. Leit. v. Dieter Fricke, Bd. 2, Leipzig 1970, S. 344.

5 Behm, Erika/Kuczynski, Jürgen, a. a. O., S. 72.

6 ZStA Potsdam, Nachlaß Dix, 109, 173.

7 Ebenda, 258.

8 Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, a. a. O., S. 201.

9 Ebenda, S. 207.

10 Dix, Arthur, Deutschlands wirtschaftliche Zukunft in Krieg und Frieden, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 3. Folge, Bd. 40, 1910 (ZStA Potsdam, Nachlaß Dix, 229, 301).

ge".¹¹ Dix hat übrigens später mit besonderem Stolz darauf hingewiesen, daß er "der erste und einzige rein zivilistische Mitarbeiter" gewesen sei, den "der Große Generalstab für seine Quartalshefte für Truppenführung und Heereskunde auf kriegswirtschaftlichem Gebiete herangezogen hat".¹²

Von den größeren Arbeiten ist vor allem noch die 1912 in erster und 1914 in zweiter Auflage erschienene Schrift "Deutscher Imperialismus" hervorzuheben, die von einem zeitgenössischen Rezensenten als "Weckruf für das germanische Mitteleuropa" (!) und mit den Worten begrüßt wurde, dem deutschen Imperialismus seien "erstrebenswerte und erreichbare Ziele" gesetzt worden.¹³

Im Weltkrieg war Dix volkswirtschaftlicher Mitarbeiter des Kriegsausschusses der deutschen Industrie und wurde dann nach einem kurzen Frontaufenthalt im Sonderauftrag des Präsidenten der Kolonialgesellschaft, des Herzogs Johann Albrecht von Mecklenburg, nach Bulgarien entsandt. Er hatte dort von Ende 1915 bis zum Herbst 1918 als Leiter des Pressebüros beim deutschen Militärbevollmächtigten in Sofia "durch volkswirtschaftliche und politische Studien und Aufklärung in der beiderseitigen Presse . . . an der Förderung der deutsch-bulgarischen Beziehungen mitzuarbeiten . . ."¹⁴ Diese etwas vage Aufgabenstellung ließ Dix genügend Spielraum, im Sinne seiner imperialistischen "Mitteleuropa"-Pläne praktisch zu wirken.

Die oben angedeutete "spezifische Rolle"¹⁵, die Dix im politischen Leben des kaiserlichen Deutschlands bis zur Niederlage des deutschen Imperialismus wahrgenommen hatte, war nach 1918 ausgespielt. Dix blieb zwar beruflich publizistisch tätig und gab auch seine imperialistischen Grundpositionen nicht auf, aber die unmittelbare politische Wirkung seiner Arbeiten war naturgemäß nicht mehr in gleichem Maße wie vorher gegeben. Er legte jetzt den Schwerpunkt stärker auf eine wissenschaftliche Tätigkeit. Ursprünglich Nationalökonom, wandte er sich mehr und mehr der "Geopolitik" zu, worunter er unter anderem die "Darlegung der machtpolitischen Tendenzen" verstand, "die sich auf der Grundlage der erdräumlichen Bedingungen aufbauen".¹⁶ Auf diese Weise setzte er eine Thematik fort, die seine publizistische Tätigkeit im Grunde genommen von Anfang an bestimmt hatte.

An größeren Arbeiten sind zu nennen: 1920 "Wirtschaftskrieg und Kriegswirtschaft"; 1922 in erster und 1923 in zweiter Auflage ein weltpolitisches Handbuch "Politische Geographie" (davon erschien auch eine populärwissenschaftliche Kurzfassung unter dem Titel "Politische Erdkunde", 1922 in erster und 1925 in zweiter Auflage); 1925 "Geoökonomie, Einführung in erdhaftige Wirtschaftsbetrachtung"; 1927 eine Art Lehrbrief unter dem Titel "Geopolitik, Lehrkurse über die geographischen Grundlagen der Weltpolitik und Weltwirtschaft". Daneben veröffentlichte Dix weiterhin eine große Anzahl kleiner selbständiger Schriften oder Artikel in Zeitschriften und Zeitungen und war unter anderem Mitbegründer und Mitherausgeber der internationalen Pressedienste "Transatlantik"-Dienst (seit 1923) und "Spectator" (seit 1924) sowie der Monatsschrift "Weltpolitik und Weltwirtschaft" (ab 1925); in der ersten Nummer dieser Zeitschrift, die der praktischen Weltpolitik und Weltwirtschaft dienen sollte, wurde ein "geopolitisches" und "geoökonomisches" Programm entwickelt.¹⁷

11 Derselbe, Volkswirtschaftliche Kriegsvorsorge, in: Vierteljahreshefte für Truppenführung und Heereskunde 10. Jg. 1913, H. 3 (ZStA Potsdam, Nachlaß Dix, 320).

12 Schreiben von Dix an W. J. Bloem am 22. Jan. 1927 (ZStA Potsdam, Nachlaß Dix, 7).

13 Vgl. Rezension des Buches in Ostdeutsche Rundschau, Wien, 17. 9. 1912 (ZStA Potsdam, Nachlaß Dix, 75).

14 ZStA Potsdam, Nachlaß Dix, 13 (handschriftliche Notizen zur beruflichen Laufbahn).

15 Behm, Erika/Kuczynski, Jürgen, a. a. O., S. 73.

16 Dix, Arthur, Geopolitik. Lehrkurse über die geographischen Grundlagen der Weltpolitik und Weltwirtschaft, o. O. 1927. Anhang: Repetitorium zur Geopolitik, S. 1 (ZStA Potsdam, Nachlaß Dix, 251).

17 Weltpolitik und Weltwirtschaft, hg. v. A. Ball und A. Dix, 1. Jg. 1925, H. 1 (ZStA Potsdam, Nachlaß Dix, Zeitschriften, 66).

In der Weimarer Zeit gehörte Dix der Deutschen Volkspartei (seit ihrer Gründung 1918) an.¹⁸ Eine große Gruppe von Mitgliedern der Nationalliberalen Partei unter Führung des Vorsitzenden der nationalliberalen Reichstagsfraktion, Gustav Stresemann, hatte den Kern dieser neuen großbürgerlichen Partei gebildet, nachdem die Gründung einer einheitlichen liberalen Partei gescheitert war.¹⁹ Mit Stresemann verband Dix die Propagierung einer imperialistischen und annexionistischen Weltpolitik in den Jahren vor dem ersten Weltkrieg.²⁰ Dix wies noch in der Rückschau auf diese Zeit mit besonderer Genugtuung darauf hin, daß Stresemann von der Tribüne des Reichstages aus wiederholt seine Mahnungen zu "kriegswirtschaftlicher Vorsorge" als die eines Hauptstreters auf diesem Gebiet zitiert habe.²¹

Später ist Dix allerdings, obwohl er weiterhin lockere persönliche Beziehungen zu Stresemann unterhielt²², nicht mehr voll mit ihm konform gegangen. Im Jahre 1927 schrieb er dem Führer des chauvinistischen und revanchistischen "Stahlhelms" (Bund der Frontsoldaten), Seldte, er freue sich, in außenpolitischen Fragen sehr weitgehend mit ihm übereinzustimmen.²³ Auch parteipolitisch orientierte sich Dix gegen Ende der Weimarer Zeit noch weiter nach "rechts", indem er mit der 1930 von der Deutschnationalen Volkspartei abgesplitterten Konservativen Volkspartei Kontakt aufnahm.²⁴

3. Der Nachlaß Dix

3.1. Allgemeines und archivische Erschließung

Die in den Archiven befindlichen Nachlässe von Politikern, Wissenschaftlern oder sonstigen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sind in bezug auf ihren Inhalt und Umfang sehr unterschiedlich. Die Regel ist, daß nicht die gesamte schriftliche Hinterlassenschaft eines Nachlasses, sondern immer nur ein größerer oder kleinerer Teilnachlaß in das Archiv gelangt.²⁵ Da es im Ermessen der betreffenden Person bzw. ihrer Erben liegt, ob und welche Schriftstücke für die wissenschaftliche Forschung zur Verfügung gestellt werden, wird das Profil eines Nachlasses im Archiv sehr häufig von subjektiven Faktoren bestimmt und müssen sich die Archive oft für lange Zeit oder auf die Dauer mit sehr fragmentarischen Nachlässen begnügen.

Um einen Teilnachlaß handelt es sich auch im vorliegenden Falle, obwohl der Nachlaß Dix seinem Umfang nach (etwa 4,5 lfm = 23 Kästen) relativ groß ist. In der Zeit vor 1945 vom Reichsarchiv erworben, befindet er sich heute im Zentralen Staatsarchiv Potsdam. Er besteht ganz überwiegend aus den vielfältigen und umfangreichen Ergebnissen der publizistischen Arbeit von Dix, also selbständigen Publikationen, Zeitschriften- und Zeitungsartikeln, der für diese Arbeit benötigten Materialsammlung und zahlreichen Exemplaren der von Dix herausgegebenen Pressekorrespondenzen. Dagegen ist Schriftwechsel, der in vielen Nachlässen als schriftlicher Niederschlag der Ausübung verschiedener Funktionen und aus dem privaten Bereich des Nachlassers als höchst aussagekräftiger Dokumentationskern

18 ZStA Potsdam, Nachlaß Dix, 259.

19 Die bürgerlichen Partelen in Deutschland, a. a. O., S. 369.

20 Ruge, Wolfgang, Stresemann. Ein Lebensbild, Berlin 1965, S. 21 ff.

21 Schreiben von Dix an W. J. Bloem am 22. Jan. 1927 (ZStA Potsdam, Nachlaß Dix, 7).

22 Schreiben Stresemanns vom 6. Juli 1928 mit Dank für Glückwünsche zu seinem 50. Geburtstag (ZStA Potsdam, Nachlaß Dix, 8).

23 Schreiben von Dix an Seldte vom 6. Dez. 1927 (ZStA Potsdam, Nachlaß Dix, 7).

24 ZStA Potsdam, Nachlaß Dix, 8 (geringer Schriftwechsel und einige Unterlagen Juli/Aug. 1930).

25 Vgl. Mommsen, W., Die Nachlässe in den deutschen Archiven, Boppard am Rhein 1971, Einleitung.

vorliegt, nur in geringem Umfang vorhanden; der Anteil des Schriftwechsels entspricht jedenfalls nicht annähernd der - gemessen an der Publikationsmenge - überdurchschnittlichen Aktivität des Nachlassers. Über den Verbleib des im vorliegenden Teilnachlaß fehlenden Schriftwechsels ist nichts bekannt.

Trotz dieser inhaltlichen Einschränkungen ist der Nachlaß Dix eine wesentliche Quelle für den Historiker, besonders auch für den Wirtschaftshistoriker.

3.2. Bestandsinformation im einzelnen

Eine Groborientierung über den gesamten Inhalt des Nachlasses Dix gibt die folgende Rahmengliederung:

1. Allgemeines
 - 1.1. Schriftwechsel und Presseerzeugnisse (allgemeiner Schriftwechsel; Zeitschriften; Pressedienste; Zeitungen)
 - 1.2. Allgemeine Sachkomplexe (vor allem Weltpolitik, insbesondere des deutschen Imperialismus, Weltwirtschaft und ihre "geopolitische" Begründung)
2. Einzelne Länder bzw. politisch-geographische Bereiche
 - 2.1. Deutschland
 - 2.1.1. Innen- und Außenpolitik (nach Sachkomplexen) (Parteien und Vereine; Kolonial- und Flottenpolitik; Wirtschaft, Handel usw.)
 - 2.1.2. Innen- und außenpolitische Ereignisse (in chronologischer Folge) (1900 - 1914; erster Weltkrieg - wirtschaftliche Kriegsvorbereitung und Kriegswirtschaft, Kriegsziele usw.; 1919 - 1931)
 - 2.2. Balkan-Halbinsel, Kleinasien und die Meere und Wasserstraßen dieses Bereichs (Allgemeines; Bulgarien - vor allem deutsch-bulgarische Beziehungen und Tätigkeit von Dix als Leiter des Pressebüros der deutschen Militärkanzlei Sofia; sonstige Balkanländer)
 - 2.3. Sonstige europäische Länder
 - 2.4. Asien
 - 2.5. Afrika
 - 2.6. Amerika

Der allgemeine Schriftwechsel aus den Jahren 1897 bis 1931 (insgesamt 15 Bände²⁶) ist - wie auch der in verschiedenen Sachgruppen vorhandene spezielle Schriftwechsel - nur sehr sporadisch überliefert. Er beschränkt sich weitgehend auf Informationen über die publizistische und Vortragstätigkeit und einige persönliche Angelegenheiten von Dix und ist daher, von einigen Ausnahmen abgesehen²⁷, wenig aussagekräftig.

Beiden Zeitschriften (zirka 75 Bände in alphabetischer Ordnung, 1899 bis 1931) handelt es sich vor allem um "nationale" und für die außen- und wirtschaftspolitischen Interessengebiete des Nachlassers einschlägige Zeitschriften, die zum Teil lediglich in einigen Exemplaren vertreten sind. Daher sollen nur die wenigen Zeitschriften hervorgehoben wer-

26 Als "Bände" werden hier und im folgenden alle Akteneinheiten (Mappen, Schnellhefter usw.) unabhängig von ihrer äußeren Form bezeichnet.

27 Vgl. den veröffentlichten Schriftwechsel, in: Behm, Erika/Kuczynski, Jürgen, a. a. O., S. 90 - 96.

den, die über mehrere Jahre hinaus zwar auch nicht vollständig, aber doch in größerer Dichte überliefert sind. Das trifft vor allem für einige Organe der Nationalliberalen Partei zu: "Deutsche Stimmen" bzw. - wie sie von 1907 bis 1915 hießen - "Nationalliberale Blätter", herausgegeben vom Zentralbüro der nationalliberalen Partei (eine größere Anzahl von Exemplaren 1907 bis 1919); "Nationalliberale Korrespondenz", offizielles Organ der Nationalliberalen Partei, ab 1919 als Pressedienst der Deutschen Volkspartei erschienen (1899, 1907 und in dichter Folge 1914 bis 1920); "Nationalliberale Korrespondenz für die Rheinprovinz" (eine größere Anzahl von Exemplaren 1910 bis 1918).

Die im Nachlaß Dix überlieferten Pressedienste oder Zeitungskorrespondenzen (zirka 25 Bände, 1905 bis 1931) sind fast ausschließlich von Dix (oder mit seiner Beteiligung) herausgegebene Publikationen dieser Art. Hier sind vor allem zu nennen: "Deutscher Bote. Nationale Zeitungskorrespondenz für Politik und Volkswirtschaft" (vom 1. bis 15. Jahrgang, 1905 bis 1919, vollständig überliefert); "Spectator", ein wirtschaftspolitischer Artikeldienst, der als Ergänzung zu dem ebenfalls von Dix 1923 mitbegründeten "Transatlantic-Dienst" gedacht war und neben der Information für das Inland vor allem der deutschen Pressepropaganda im Auslande dienen sollte (vom 1. bis 8. Jahrgang, 1924 bis 1931, fast vollständig überliefert).

Auch bei den Zeitungen (zirka 125 Bände in alphabetischer Ordnung) handelt es sich überwiegend um solche, die ihrer politischen Linie nach Dix nahestanden und die zum Teil lediglich in einigen Exemplaren vorliegen. Eine größere Überlieferungsdichte läßt sich nur für einige Zeitungen feststellen: Das führende Blatt der nationalliberalen Partei, die "National-Zeitung" (20 Bände, 1899 bis 1907) ist überwiegend aus den Jahren überliefert, in denen Dix Redakteur bzw. Chefredakteur des Blattes war. Aus dieser Funktion und über sein Ausscheiden aus der Redaktion im Zusammenhang mit einer Auseinandersetzung zwischen Dix und Maximilian Herden liegen außer den Zeitungsexemplaren noch einige andere Unterlagen vor (Schriftwechsel in geringem Umfang und Zeitungsausschnitte, insgesamt 2 Bände).

Neben der "National-Zeitung" sind noch zu nennen: "Tägliche Rundschau" (8 Bände, 1897 bis 1906, 1911 bis 1917, 1921/22), "Der Tag" (3 Bände, 1902 bis 1929), "Neue Zürcher Zeitung" (20 Bände, vor allem 1906 bis 1912). Alle Zeitungen sind mehr oder weniger unvollständig in der Folge der Nummern und auch innerhalb der Exemplare.

Die unter der Bezeichnung "Allgemeine Sachkomplexe" zusammengefaßten Unterlagen sind vor allem größere und kleinere Publikationen von Dix (einschließlich der entsprechenden "Materialsammlungen") zu den Themen Imperialismus - Weltpolitik - Weltwirtschaft - Geopolitik (zirka 60 Bände und Titel²⁸, 1900 bis 1930). Dix' Rolle als Publizist und Propagandist des deutschen Imperialismus wurde bereits im Rahmen der kurzen Einschätzung seiner politischen Wirksamkeit hervorgehoben. Im Nachlaß ist eine ganze Reihe von Publikationen überliefert, die Dix vor allem in den Jahren vor dem ersten Weltkrieg und in den Kriegsjahren zum Thema "Imperialismus" bzw. "Weltpolitik" veröffentlicht hat. Neben andere Betrachtungsweisen imperialistischer Ideologen "trat eine mehr geographisch-geopolitische, an der Realität der modernen wirtschaftlichen Entwicklung orientierte Imperialismus-Konzeption. Diese einflußreiche Strömung wurde von einer Generation von Historikern, Nationalökonomern und Geographen getragen, die konsequent die neue 'Weltpolitik' seit Mitte der 1890er Jahre mit formulieren half und dabei Theoreme entwickelte, die an die Stelle des alten, auf Europa beschränkten Mächtesystems ein neues mundiales Weltstaatensystem mit neuen Größenordnungen rückten, in dem sich

28 Unter "Titel" sind hier die Titel derjenigen Artikel von Dix zu verstehen, die keine selbständige Akteneinheit bilden, sondern in den vorliegenden Zeitschriften-Bänden enthalten sind.

Deutschland einen Platz erkämpfen müsse".²⁹ Mit diesen auch gerade ausdrücklich auf Dix bezogenen Worten kennzeichnet Fischer die "geographisch-geopolitische" Imperialismus-Variante von Dix, die in dessen Veröffentlichungen mehr oder weniger deutlich zum Ausdruck kommt.

Dix beschränkte sich übrigens nicht auf die publizistische Propagierung seiner Thesen, sondern organisierte im Winter 1913/14 sogenannte "Weltpolitische Erörterungsabende" im Kreise des Bundes der Industriellen, "die der Verbreitung geopolitischer Grundanschauungen dienen sollten".³⁰ Auch plante er im Frühjahr 1914 die Gründung eines "Klubs zur Erörterung imperialistischer Fragen". Hierzu liegen einige wenige Unterlagen im Nachlaß vor.³¹

Hervorzuheben sind auch einige Artikel von Dix und andere gedruckte Unterlagen über den speziellen Kern der genannten weltpolitischen Konzeption, nämlich die Forderung eines "Staatenbund-Imperialismus" in Mitteleuropa ("fester militärpolitischer Zusammenhalt der Länder quer durch Mittel- und Südosteuropa"; "Berlin-Bagdad" oder "von der Nordsee bis zum Persischen Golf").³² In diesem Zusammenhang treten übrigens einige unvermeidbare Überschneidungen zur Aktengruppe "Bulgarien" auf; darüber hinaus hat der ganze hier behandelte Sachkomplex enge Berührungspunkte zur Gruppe "Erster Weltkrieg", auf die noch einzugehen ist.

Im Rahmen der Hauptgruppe "Weltpolitik", "Geopolitik" usw. ist auch die oben bereits kurz charakterisierte einschlägige publizistische und wissenschaftliche Tätigkeit von Dix nach 1918 mit einer Reihe von Arbeitsergebnissen dokumentiert.³³

Auf die allgemeinen Aktengruppen folgen solche, die sich auf einzelne Länder bzw. politisch-geographische Bereiche beziehen. In der umfangreichsten Gruppe ("Deutschland") wurde das Schriftgut zum Teil nach Sachkomplexen gegliedert und zum anderen Teil chronologisch geordnet (in der Abfolge zeitlich gebundener politischer Ereignisse).

Die Gruppe Deutschland. Innen- und Außenpolitik (nach Sachkomplexen) umfaßt zirka 190 Bände und Titel (zirka 1900 bis 1931). Im einzelnen sind hervorzuheben vor allem Artikel von Dix und andere gedruckte Unterlagen zu folgenden Sachkomplexen: Parteien und Vereine (hier vor allem die Nationalliberale Partei und der Hansabund); Kolonialpolitik, deutsche Interessen im Ausland bzw. "Deutschtum" im Ausland; Flottenpolitik; Wirtschaft (einschließlich Rohstoffversorgung) und Landwirtschaft; Handel (vor allem Außenhandel); Verkehr; Sozialpolitik; Bevölkerungspolitik und -bewegung; Massenmedien, Kunst und Wissenschaft.

Die Gruppe Deutschland. Innen- und Außenpolitik (chronologisch) (zirka 160 Bände und Titel, 1900 bis 1931) dokumentiert innen- und außenpolitische Ereignisse vor und nach dem ersten Weltkrieg (parteipolitische Auseinandersetzungen über einzelne Gesetzesvorlagen, Kampf um die Reparationszahlungen nach dem Krieg, Weltwirtschaftskrise usw.) und umfaßt vor allem das Schriftgut über den Weltkrieg 1914 bis 1918 und seine verschiedenen Aspekte. Etwa seit Beginn des 20. Jahrhunderts schufen die Ideologen des deutschen Imperialismus "ein umfassendes, vielgliedriges System der Massen-

29 Fischer, F., Krieg der Illusionen, Die deutsche Politik von 1911 - 1914, Düsseldorf 1969, S. 68.

30 Dix, Arthur, a. a. O., Einführung, S. 7.

31 ZStA Potsdam, Nachlaß Dix, 236, 237.

32 Fischer, F., a. a. O., S. 327, 341, 645.

33 Z. B. Dix, Arthur, Politische Geographie, München 1921; derselbe, Geoökonomie, München/Berlin 1925; derselbe, Unser neues Zeitalter, Leipzig 1928 (ZStA Potsdam, Nachlaß Dix, 245, 246, 248).

beeinflussung", um "so etwas wie eine moralisch-politische Einheit des Volkes im Sinne der imperialistischen Kriegspolitik herzustellen".³⁴ Sie bedienten sich dabei pseudowissenschaftlicher und reaktionärer Theorien, unter anderem auch der Geopolitik.³⁵ Wie eingangs bereits erwähnt, spielte Dix in diesem System der Massenbeeinflussung eine spezifische Rolle, die natürlich auch in seinem Nachlaß ihren schriftlichen Niederschlag gefunden hat. Neben seinen Artikeln zur wirtschaftlichen Kriegsvorbereitung und zum Wirtschaftskrieg sind vor allem einige, vorwiegend gedruckte Unterlagen über die Kriegsziele der deutschen Imperialisten vorhanden; hier ist ein diesbezüglicher Schriftwechsel mit dem Präsidenten der Deutschen Kolonialgesellschaft, Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg, hervorzuheben.³⁶

Dix' obenerwähnter "Mitteleuropa"-Konzeption entsprechend liegt bei den restlichen Aktengruppen (europäisches und außereuropäisches Ausland) das Schwergewicht der Überlieferung bei der Gruppe **Balkan** (zirka 170 Bände und Titel, vor allem 1914 bis 1918). Es handelt sich um die meist gedruckten Ergebnisse der publizistischen Tätigkeit des Nachlassers zu Themen vor allem der Wirtschafts-, Handels- und Verkehrspolitik der Balkan-Länder allgemein sowie der Meere und Wasserstraßen dieses Bereichs. Im einzelnen ist hier vor allem die Untergruppe **Bulgarien** zu nennen, in der überwiegend gedruckte Materialien über Bulgarien (Wirtschafts- und Handelspolitik, "Land und Leute", deutsch-bulgarische Beziehungen usw.) enthalten sind. Dix' Tätigkeit als Leiter des Pressebüros der deutschen Militärkanzlei Sofia (1915 bis 1918) ist auch durch eine Reihe von ungedruckten, internen Unterlagen (Berichte, Schriftwechsel) dokumentiert.³⁷

Die restlichen Aktengruppen (vor allem Asien, Afrika und Amerika (je etwa 15 Bände und Titel, zirka 1905 bis 1930) haben nur geringen Umfang und enthalten im wesentlichen Publikationen von Dix zu weltpolitischen oder weltwirtschaftspolitischen Themen unter dem Aspekt der genannten Erdteile insgesamt oder einzelner ihrer Länder.

In der vorliegenden Bestandsinformation wurde versucht, die Dokumentationsschwerpunkte des Nachlasses Dix herauszustellen und sie mit der politischen und publizistischen Tätigkeit des Nachlassers in Beziehung zu setzen bzw. die schriftliche Überlieferung als Ergebnis dieser Tätigkeit zu kennzeichnen. Die Auswertung des Nachlasses Dix für die historische Forschung erfordert - wie das bei jedem anderen Nachlaß und bei jedem Archivbestand auch der Fall ist - die inhaltlich richtige Einordnung in seinen Entstehungszusammenhang. Das bedeutet nicht nur, die bei der Arbeit mit den Quellen selbstverständliche Berücksichtigung der jeweils gegebenen historischen Situation, sondern auch die Beachtung der durch die Person des Nachlassers (seine politische Position, seine Funktionen, die Art und Breite seiner Wirkung in der Öffentlichkeit) bedingten Besonderheiten. In diesem Sinne soll die Bestandsinformation die Auswertung des Nachlasses Dix anregen und unterstützen.

34 Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd. 1: Vorbereitung, Entfesselung und Verlauf des Krieges bis 1914, hg. u. d. Leit. v. Fritz Klein, Berlin 1970, S. 133.

35 Ebenda, S. 136.

36 ZStA Potsdam, Nachlaß Dix, 331.

37 Ebenda, 351.

INTERNATIONALES KOLLOQUIUM ÜBER QUANTITATIVE METHODEN IN DEN HISTORISCHEN WISSENSCHAFTEN

Unter diesem Titel fand vom 13. bis 17. November 1973 in Warschau ein vom Institut für Geschichte der Polnischen Akademie der Wissenschaften veranstaltetes internationales Kolloquium statt, an dem neben einer Vielzahl polnischer Wissenschaftler Gäste aus Belgien, der ČSSR, der DDR, Frankreich, Italien, der Sowjetunion und Ungarn teilnahmen.

Obwohl - aber vielleicht auch weil - die Thematik des Kolloquiums so weit gestellt war, zeichneten sich sehr deutlich die Schwerpunkte ab, mit denen sich die europäischen Historiker bei der Anwendung quantitativer Methoden befassen. Prinzipiell können die vorgelegten Referate - zu denen sich eine große Zahl von Diskussionsbeiträgen hinzugesellten - in zwei Gruppen unterteilt werden; in solche, die sich methodologischen Fragen sowie Fragen der Entwicklung der quantitativen Geschichtsschreibung in den letzten Jahren widmeten, und in solche, die Ergebnisse quantitativer Analysen darlegten.

Der ersten Gruppe sind vor allem zuzuordnen die Referate von Topolski (Poznań) (Quantitative Konkretisierung und Modellmethode in der Wirtschaftsgeschichte), Furet (Paris) (Von der beschreibenden zur Problem-Geschichte), Richet (Paris) (Quantitative Geschichte oder historische Ökonometrie?), van der Wee (Leuven) (Die Anwendung gesellschaftswissenschaftlicher Konzepte und Modelle in der quantitativen Geschichte), Th. Kuczynski (Berlin) (Statistische Relevanz historischer Daten) sowie der Beitrag von de Rosa (Mailand) über italienische Forschungen zur quantitativen Geschichte.

Die Diskussion konzentrierte sich vor allem auf folgende Fragen; Inwieweit entsprechen die vorgenommenen Quantifizierungen und die sie determinierenden Modelle der historischen Realität? Inwieweit ist methodologisch zu unterscheiden zwischen Abstraktion (im Marxschen Sinne) und Idealisierung (im Sinne Max Webers)? Dabei wurde insbesondere die Methode der französischen Schule von Marczewski diskutiert, Kategorjen, die der ökonomischen Wirklichkeit des gegenwärtigen Kapitalismus entnommen sind, unverändert auf die Wirtschaft des Spätfudalismus bzw. Frühkapitalismus zu übertragen. Methodologische Fragen spielten selbstredend auch in den Beiträgen eine Rolle, die in erster Linie Ergebnisse quantitativer Analysen referierten, obwohl es hier nicht so sehr um Fragen der Methodologie im erkenntnistheoretischen, als vielmehr um solche im "technologischen" Sinne ging (in Anlehnung an die englische Unterscheidung zwischen "quantitative methods" und "quantitative techniques").

Auf den ersten Blick mutete das Verhältnis sehr verwirrend an, in dem quantifizierende Analysen der mittelalterlichen und Feudalgesellschaft zu denen des 19. und 20. Jahrhunderts standen. Zur ersten Periode lagen fünf Referate vor - Chwostowa (Moskau) (zur Sozialstruktur des ausgehenden Byzanz), Klapisch (Paris) (über den Kataster von Florenz 1427), Maćzak (Warschau) (Preise, Löhne und Lebenshaltungskosten im Zentraleuropa des 16. Jahrhunderts), Fügedi (Budapest) (Reichtum und Sozialschichten in der mittelalterlichen Stadt), Tarvel (Tallinn) (Mathematische Modelle der bäuerlichen Betriebe im Estland des 17. bis 19. Jahrhunderts) -, zur zweiten Periode hingegen nur drei - Poletajew (Moskau) (zur Entwicklung der Sozialstruktur der sowjetischen Gesellschaft), Demonet (Paris) (demographische Untersuchungen über Frankreich im 19. Jahrhundert), Łukasiewicz (Warschau) (Index der polnischen Industrieproduktion 1870 - 1913), zu denen - von den Beispielen her - noch der Beitrag von Th. Kuczynski (Berlin) zu zählen wäre.

Ein Blick in die zu untersuchende historische Wirklichkeit macht jedoch deutlich, warum die Anwendung quantifizierender Methoden bei der Untersuchung der vorkapitalistischen Produktionsweisen heute noch eine bedeutendere Rolle in der Geschichtswissenschaft spielt als bei der gegenwärtig existierenden Gesellschaftsformationen. Erstens ist die historische Realität in der ersten Periode eine räumlich wie sachlich viel stärker separierte Totalität als in der zweiten (das ergibt sich einfach aus der relativen Autarkie der feudalen Produktionsweise). Aus dieser für den Zeitgenossen so gut überschaubaren Totalität folgt, daß der Historiker der ersten Periode zweitens das Urmaterial selbst zusammenzutragen, zu systematisieren und, soweit es nicht vorhanden, mittels quantifizierender Methoden aus anderen Daten zu schätzen hat. Diese Arbeit ist dem Historiker der zweiten Periode in vieler Hinsicht abgenommen durch die Existenz einer Vielzahl von Statistiken. Die aus der Komplexität der historischen Realität resultierende Vielzahl von Statistiken die zweite Periode betreffend erschwert nun wiederum drittens die quantifizierende Analyse dieser Totalität.

Die zur Anwendung gebrachten und auf dem Kolloquium referierten Methoden gingen mit wenigen Ausnahmen kaum über das Niveau der früher schon in der Wirtschaftsgeschichte angewandten Methoden hinaus (Indizes, einfache Regressionsanalyse usw.). Einerseits wurde sichtbar, wie mit Hilfe dieser Methoden historische Zusammenhänge deutlicher hervortreten (insbesondere in den Referaten von Maćzak, Fügei und Tarvel), andererseits zeigte sich, daß die Anwendung sehr komplizierter Methoden durchaus zu historisch schwer zu interpretierenden Resultaten führen kann (so etwa die Ergebnisse der Faktoranalysen von Klapišch und Demonet). Hervorgehoben werden muß, daß die quantifizierende Analyse in der Geschichte auch mit Methoden arbeiten kann, die ihrem Ursprung nach in anderen Wissenschaften angesiedelt sind (Informationstheorie bei Chwostowa, geostatistische Funktionen bei Th. Kuczynski).

Zum Abschluß des Kolloquiums wurde festgestellt, daß es - nicht zuletzt dank der Organisation und Betreuung seitens der polnischen Gastgeber - ein voller Erfolg war. Es wurde angeregt, derartige Begegnungen auch weiterhin zu veranstalten, wobei durchaus Kolloquia mit spezifizierterer Thematik in den Vordergrund treten sollten.

Thomas Kuczynski

FÜNFTE JAHRESTAGUNG DES INTERDISZIPLINÄREN ARBEITSKREISES GESCHICHTE DER PRODUKTIVKRÄFTE⁺

Die fünfte Jahrestagung des Arbeitskreises fand vom 26. bis 30. November 1973 in Gaußig bei Bautzen unter der Leitung des Instituts für Wirtschaftsgeschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR statt. Sie führte über dreißig Wissenschaftler verschiedener historischer Disziplinen zusammen, die die Geschichte der Produktivkräfte erforschen. Neben dem einladenden Akademieinstitut für Wirtschaftsgeschichte waren vertreten: die Technische Universität Dresden (Bereich Geschichte der Produktivkräfte), die Verkehrshochschule Dresden (Bereich Verkehrsgeschichte), die Karl-Marx-Universität Leipzig (Karl-Sudhoff-Institut für Geschichte der Naturwissenschaften und Medizin), die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (Lehrgruppe Wirtschafts- und Sozialgeschichte), das Zentralinstitut für Philosophie bei der Akademie der Wissenschaften der DDR sowie die Pädagogische Hochschule Potsdam (Bereich Geschichte der naturwissenschaftlichen und technischen Bildung).

Im Mittelpunkt der Tagung stand die Vorbereitung für die Herausgabe des ersten Bandes zur Geschichte der Produktivkräfte in Deutschland, der den Zeitraum des 19. Jahrhunderts umfassen soll. Zu diesem Zweck lagen den Mitgliedern der Tagung Thesen und Manuskripte zu Teilproblemen der Geschichte der Produktivkräfte sowie ein Dispositionsentwurf zur Gesamtgestaltung des Bandes über das 19. Jahrhundert vor. Thesen, Manuskripte und Disposition faßten in Fortsetzung der vorangegangenen Jahrestagungen des Arbeitskreises den derzeitigen Stand der Erkenntnisse zusammen und formulierten die Ausgangspunkte für die Diskussion.

Entsprechend dem hauptsächlichen Anliegen der Tagung, die Publikation über die Geschichte der Produktivkräfte in Deutschland während der industriellen Revolution vorzubereiten, konzentrierten sich die Aktivitäten vorzugsweise auf methodologische Probleme der Darstellung. Hierüber referierte W. Jonas (Institut für Wirtschaftsgeschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR), der auch verantwortlich zeichnete für den der Tagung vorliegenden Dispositionsentwurf.

Der Referent gab zunächst einen Überblick über den Stand des Gesamtprojektes "Geschichte der Produktivkräfte" und resümierte rückschauend die erörterten Probleme der vergangenen Jahre. Hierbei hob er insbesondere die Nützlichkeit der Beschäftigung mit theoretischen Grundproblemen der Produktivkräfte und ihrer Geschichte hervor, die für die Selbsterkenntnis aller Beteiligten erheblichen Gewinn gebracht habe. Das gelte für die Erörterungen zur Definition der Geschichte der Produktivkräfte, für die Diskussion über die Wechselbeziehungen zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen sowie über die

+ Folgende Referate wurden im Verlauf der Tagung diskutiert: Jonas, Wolfgang, Zur Konzeption und Disposition einer Geschichte der Produktivkräfte im 19. Jahrhundert; Richter, Siegfried, Zur historischen Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung zwischen der Produktion von Produktionsmitteln und von Konsumtionsmitteln im 19. Jahrhundert; Eichhorn, Wolfgang, Zur Dialektik zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen; Rehbein, Elfriede/Wehner, Heinz/Kirchberg, Peter/Keil, Rudi/Schmädicke, Jürgen, Zur Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte im Verkehrswesen von 1830 bis 1870; Lärmer, Karl, Zur Periodisierung der Industriellen Revolution; Richter, Siegfried/Sonnemann, Rolf, Die Technik im Zeitalter der Industriellen Revolution.

grundlegenden Gesetzmäßigkeiten in der historischen Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte und nicht zuletzt für den Meinungsstreit um die Beziehungen zwischen deren evolutionären und revolutionären Entwicklungsphasen. Die intensive Beschäftigung gerade mit dem letzten Problem während der Tagung des vergangenen Jahres habe zu neuen Erkenntnissen hinsichtlich des Wesens und des Umfangs der industriellen Revolution geführt, die für die Bearbeitung der Geschichte der Produktivkräfte des 19. Jahrhunderts in Deutschland in Gestalt des erwähnten Bandes von außerordentlichem Nutzen seien. Hinzu komme der aktuelle Aspekt dieser theoretischen Diskussionen, etwa derjenigen über die industrielle Revolution, die zur Beurteilung der historischen Entwicklung der gegenwärtigen wissenschaftlich-technischen Revolution wichtige Gesichtspunkte beitrügen. Positiv hätten sich auch die bisherige interdisziplinäre Orientierung sowie die Einbeziehung wichtiger Spezialbereiche - so die Entwicklung der Naturwissenschaften, des Verkehrs, der Arbeitsteilung usw. - auf die Erforschung der Geschichte der Produktivkräfte ausgewirkt, die auch in der folgenden Zeit fortgesetzt werden müsse.

Nummehr könne im Gefolge des erreichten Standes der Erkenntnis und des inzwischen erarbeiteten Grundrisses mit der Ausarbeitung und konkreten Darstellung der Geschichte der Produktivkräfte in Deutschland begonnen werden. Der erste Band, der innerhalb des insgesamt vierbändigen Gesamtwerkes in Angriff genommen werden kann, solle sich mit dem 19. Jahrhundert beschäftigen, da hierfür bei allen Beteiligten die besten wissenschaftlichen Voraussetzungen bestünden.

Was die Bewältigung dieses Gesamtprojektes anbetrifft, so wies Jonas ausdrücklich darauf hin, daß damit einem echten wissenschaftlichen Bedürfnis entsprochen und im Grunde genommen wissenschaftliches Neuland betreten werde. Bisher gebe es keine Beispiele für eine ähnliche Darstellung der Geschichte der Produktivkräfte.

Im folgenden und in Fortsetzung seines Dispositionsentwurfes legte der Referent seine Auffassung über die anzuwendende Arbeits- und Darstellungsmethodik dar. Trotz des umfassenden Charakters des Werkes könne selbstverständlich keine erschöpfende Darstellung aller Probleme angestrebt werden. Wichtig sei, daß man sich auf das Wesentliche beschränke. Hierzu äußerte Jonas vier Grundgedanken:

1. Die Geschichte der Produktivkräfte müsse so dargestellt werden, daß der Systemcharakter der gesellschaftlichen Produktivkräfte erkennbar wird. Die Kernprozesse und die daraus abgeleiteten Prozesse sowie die wechselseitige Abhängigkeit und Bedingtheit der einzelnen Momente des Gesamtsystems müßten sichtbar werden.
2. Die Einheit und die Wechselbeziehung zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen müßten deutlich werden.
3. Es sei Aufgabe einer solchen Darstellung, in Anlehnung an die Marxsche Erkenntnis, daß der Mensch stets die Hauptproduktivkraft sei, die Rolle der menschlichen Produktivkraft in ihrer ganzen Bedeutung herauszuarbeiten.
4. Man müsse sich auf die Grundprozesse in der Entwicklung der Produktivkräfte konzentrieren.

Eine solche Darstellung ermögliche - sowohl von der inhaltlichen wie von der methodischen Seite her -, wirkungsvoll in die Diskussion um die Entwicklung der gegenwärtigen Produktivkräfte respektive um die wissenschaftlich-technische Revolution einzugreifen. Sie leiste gleichzeitig einen Beitrag zur Auseinandersetzung mit der diesbezüglichen bürgerlichen Ideologie, die sich überwiegend technikhistorisch im engsten Sinne des Wortes orientiert. Voraussetzung sei, daß eine eigenständige Geschichte der Produktivkräfte in Deutschland geschrieben werde, die weder eine diesbezüglich umfunktionierte und erweiterte allgemeine Wirtschaftsgeschichte noch eine Geschichte der Technik im herkömmlichen Sinne noch eine allgemeine Kulturgeschichte sein dürfe.

In seinen folgenden Ausführungen zur Disposition machte Jonas auf die generellen methodischen Schwierigkeiten und Probleme einer Darstellung der Geschichte der Produktivkräfte aufmerksam. Nach seiner Meinung sei im Bereich der Produktivkraftgeschichte die auf Struktur orientierte Betrachtung bisher nur schwach ausgeprägt. Eine strukturorientierte Betrachtung sei aber besonders notwendig, um den durch die bürgerliche Technikgeschichte hinterlassenen Denktraditionen entgegenzutreten. Diese beruhten auf einer weitgehenden Auflösung der Geschichte der materiellen Basis in Einzelfakten und -probleme, die separat und ausschließlich in ihrer technischen Kausalitätskette für sich verfolgt werden. Im Grunde genommen gebe es im Rahmen des geplanten Projektes zwei äußerlich widersprüchliche Probleme zu lösen, nämlich die Einheit von Struktur und Dynamik sowie den organischen Zusammenhang von historischer und theoretischer Darstellung. Beide Probleme seien Ausdruck der historischen Dialektik in der Entwicklung dieses Bereiches.

Aus diesem Grunde sehe die Disposition drei inhaltlich und methodisch prinzipiell unterschiedlich aufgebaute Arten von Kapiteln vor, nämlich 1. die Strukturkapitel, 2. die Entwicklungskapitel und schließlich 3. jene Kapitel, die der theoretisch übergreifenden Darstellung gewidmet sind. Die Strukturkapitel tragen Querschnittscharakter und sollen die spezifische Struktur des Gesamtsystems der Produktivkräfte eines bestimmten charakteristischen, historisch begrenzten Zeitraumes erfassen. Sie sollten keine statischen und minutiösen Querschnitts" Fotografien" sein, sondern die äußeren und inneren Widersprüche der Produktivkraftproblematik des betreffenden Zeitraumes wiedergeben.

Ausgehend davon, sollten die Entwicklungskapitel den Entwicklungsgang der wichtigsten Teilbereiche der Produktivkräfte in ihrer Beziehung zum jeweiligen Kernprozeß verfolgen. Die theoretisch übergreifenden Kapitel seien solchen grundsätzlichen theoretischen Fragen vorbehalten, die im historisch-theoretischen Zusammenhang dargestellt werden müssen und nicht ausschließlich an die Problematik des betreffenden historischen Abschnittes gebunden sind. Das gelte zum Beispiel für die historisch-theoretische Darstellung des Wesens der industriellen Revolution.

Was die Darstellungsweise anbetrifft, so komme als wichtigste Form die verbale Darstellung in Betracht. Sie müsse überschaubar und lesbar gehalten werden sowie eine hohe Informationsdichte aufweisen. Letztere könne stark durch statistische Tabellen, graphische und synchronoptische Darstellungen, Modellskizzen, Blockschalbilder, geographische Karten usw. angereichert werden. Überhaupt sollten, wo immer möglich, Entwicklungsprozesse auch quantifiziert werden.

Eine wertvolle Fundierung fand das Referat von W. Jonas durch den Vortrag von W. Eichhorn, der aus philosophischer Sicht die Problematik des dialektischen Wechselverhältnisses von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen behandelte. Ohne Zweifel hat sich dieser sehr interessante Vortrag auf die nachfolgenden Diskussionen, die im Plenum und in zwei Arbeitsgruppen geführt wurden, insofern befruchtend ausgewirkt, als er die ganze Breite der Problemstellung unterstrich und theoretisch vertiefte. Die Diskussion bewegte sich in dem durch die genannten Referate und die Disposition gezogenen Rahmen und ging im wesentlichen von der prinzipiellen methodischen Machbarkeit der vorliegenden Disposition aus.

In einem ersten Problemkreis wurden methodische und inhaltliche Fragen der Periodisierung für die Darstellung des 19. Jahrhunderts diskutiert.

Zur Periodisierung, wie sie die Disposition zum Ausdruck bringt, wurde angemerkt, daß man möglichst großräumige Raster, das heißt längere historische Phasen, wählen solle. In dieser Hinsicht sei der Zeitraum von 1850 bis 1860 zu kurz gefaßt. Ferner wurde auf Schwierigkeiten für die Periodisierung verwiesen, die sich aus der territorialen Zerstückelung Deutschlands bis 1870 ergeben. Es erscheint jedoch sehr schwierig, regionale Differenzierungen der Produktivkraftentwicklung - wie gefordert - für die Periodisierung zu berücksichtigen.

Zum methodischen Aufbau der Disposition und der Gliederung gab es widersprüchliche Ansichten. Ein Teil der Diskussionsredner hielt die Dreiteilung der historischen Abschnitte in der vorgeschlagenen Form für praktisch realisierbar. Eine weitere Gruppe setzte sich für die Zusammenfassung der Struktur- und Entwicklungskapitel ein. Zum Teil wurden auch Meinungen geäußert, die theoretisch übergreifende Darstellung mit den Entwicklungskapiteln zu vereinigen. In der Endkonsequenz setzte sich jedoch - auch mangels praktisch realisierbarer Alternativlösungen - die von Jonas vorgeschlagene Diktion durch. Dies nicht zuletzt deswegen, weil sie trotz zweifellos vorhandener Mängel im Detail die am weitesten durchdachte Darstellungsvariante ist.

Hinsichtlich der für die Produktivkraftentwicklung des 19. Jahrhunderts zu setzenden historischen Zäsuren bemühten sich die Diskussionsteilnehmer, einheitliche Kriterien und Maßstäbe zu finden. Ausgangspunkt für diese Erörterungen war die theoretisch zweifellos interessante Fragestellung, ob man diesbezüglich von den Veränderungen des Gesamtsystems der Produktivkräfte oder von dessen wesentlichen Komponenten - so im 19. Jahrhundert von der industriellen Entwicklung bzw. der industriellen Revolution - ausgehen solle. Weiterhin wurde betont, daß diese Zäsuren sich in manchen Fällen zwangsläufig von denen der Wirtschafts- oder der politischen Geschichte abheben würden. Die Annäherung der Standpunkte stellte sich ein, als im Ergebnis des Referats von Lärmer zur Periodisierung sich der Meinungsstreit auf einer historisch-konkreten Grundlage bewegte.

Zur Einordnung der Geschichte der Produktivkräfte im Deutschland des 19. Jahrhunderts und ihrer Darstellung in den welthistorischen Prozeß kam in der Diskussion zum Ausdruck, daß dieses Problem insofern zumindest für die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts ganz starke Beachtung finden müsse, als die diesbezügliche deutsche Entwicklung zum Teil mit erheblichem zeitlichem Abstand der internationalen Spitze folgte, die durch England verkörpert wurde. Klarheit herrschte auch darüber, daß sich eine Darstellung der Produktivkräfte immer am Maßstab der internationalen Spitze orientieren müsse. Unklar blieb hingegen, inwieweit die international vergleichende Betrachtung aus der Sicht der deutschen Entwicklung des 19. Jahrhunderts beispielsweise auch die osteuropäischen Verhältnisse einbeziehen müsse.

Einen breiten Raum im Streit der Meinungen um eine ausgewogene Produktivkraftdarstellung nahmen die territorialen Aspekte ein. Konkret lautete die Frage so: "Auf welches Territorium soll sich eine Darstellung der Entwicklung der Produktivkräfte im Deutschland des 19. Jahrhunderts beziehen?" Als mögliche Extreme kämen das "Heilige Römische Reich deutscher Nation" oder das preußisch-deutsche Reich in den Grenzen von 1871 in Frage. Offensichtlich bietet die zweite Alternative und ihre retrospektive Behandlung auch aus Gründen der Quellen- und Materialsituation die relativ wenigsten Schwierigkeiten.

Infolge des Mangels an hinreichenden Informationen über konkrete Aufgaben und Ziele, die mit einer solchen Darstellung der Geschichte der Produktivkräfte beabsichtigt würden, spielte dieses Problem in der Diskussion eine erhebliche Rolle. Übereinstimmend wurde die Meinung vertreten, ein Werk zu schaffen, das nicht nur für den engsten Kreis der Produktivkrafthistoriker gedacht sei. Es müsse im Gegenteil angestrebt werden, mit Hilfe dieser Publikation der Produktivkraftgeschichtsschreibung größere Kreise der wissenschaftlichen Öffentlichkeit zu erschließen. Deshalb müsse das Werk so angelegt sein, daß es Studenten der gesellschaftswissenschaftlichen und naturwissenschaftlichen Disziplinen, Historiker, historisch interessierte Techniker und Naturwissenschaftler anspreche. Darüber hinaus müsse der populärwissenschaftlichen Arbeit auf dem Sektor der Geschichte der Produktivkräfte größere Aufmerksamkeit gewidmet werden.

In diesem Zusammenhang verdeutlichte Jonas seine Vorstellungen über Aufgabe, Ziel und Charakter einer solchen Publikation. Es werde sich, so sagte er, um eine Darstellung der Geschichte der Produktivkräfte handeln, nicht um Reflexionen über deren Probleme.

Angestrebt werde eine lesbare Darstellung von hohem theoretischen und historischen Informationsgehalt. Hinsichtlich des Leserkreises teilt er die Meinung der Diskussionsredner, präziserte aber seine Auffassung dahingehend, daß im wesentlichen die folgenden Leserkategorien angesprochen werden sollen:

1. Produktivkraftshistoriker und jene, die die Randgebiete der Produktivkraftgeschichte bearbeiten;
2. der Gesamtbereich der Gesellschaftswissenschaften; hierfür solle ein Standardwerk geschaffen werden, das auf die Problematik der Produktivkräfte und ihre Geschichte hinlenkt und den Blick für deren Bedeutung innerhalb der gesamten marxistischen Gesellschaftswissenschaften öffne;
3. die im Bereich der Naturwissenschaften und Technik Tätigen, und zwar in dem Sinne, daß das Werk Grundlage, aber nicht Hauptquelle für die Geschichte ihres Bereiches bzw. Spezialgebietes werde;
4. die bereits in der Diskussion erwähnten Studierenden und
5. schließlich der gesellschaftlich gebildete Leser (Fachschul- und Hochschulabsolventen, Lehrer).

Was die Art und Weise seiner Benutzung anbetrifft, so sei es als Informationsquelle und Nachschlagewerk gedacht, das selbstverständlich Interpretationen, Einschätzungen und theoretische Weiterungen enthalte.

Das Gesamtvorhaben, die Geschichte der Produktivkräfte in Deutschland darzustellen, solle insgesamt vier Bände umfassen, die jeweils einen der folgenden Zeiträume behandeln sollen:

- Feudalismus (ab 1000 n. u. Z.),
- 19. Jahrhundert (industrielle Revolution),
- Imperialismus ab 1870,
- Sozialismus.

Die Diskussion erbrachte ferner zum logischen Aufbau der einzelnen Kapitel sowie zu deren quantitativem Verhältnis zueinander eine Vielzahl von Anregungen, die hier im Detail nicht wiedergegeben werden können.

In einem zweiten Komplex beschäftigten sich die Teilnehmer der Arbeitstagung mit der Periodisierung der industriellen Revolution in Deutschland. Hierzu äußerte K. Lärmer (Institut für Wirtschaftsgeschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR) seine Überlegungen in einem einleitenden Referat.

Die Ausführungen des Referenten knüpften unmittelbar an die Ergebnisse der Beratung des Jahres 1972 an, die neue Aussagen zum Wesen und zum substantiellen Inhalt der industriellen Revolution erbrachte.¹ Lärmer formulierte noch einmal die grundsätzlichen Erkenntnisse, nämlich

1. daß die industrielle Revolution stets als ein qualitativer Umschlag im Gesamtsystem der gesellschaftlichen Produktivkräfte zu betrachten sei;
2. daß mit der industriellen Revolution die eigentliche materiell-technische Basis der kapitalistischen Produktionsweise geschaffen werde;

1 Vgl. Lärmer, Karl, Vierte Jahrestagung des interdisziplinären Arbeitskollektivs zur Erforschung der Geschichte der Produktivkräfte, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1974, T. 2.

3. daß auf der Grundlage der massenhaften Anwendung der mechanischen Maschinerie sowie zunächst des dreigeteilten Maschinensystems die Industrie zum tragenden Moment der volkswirtschaftlichen Struktur werde;
4. daß die Veränderungen in der Landwirtschaft entscheidende Begleiterscheinungen der industriellen Revolution bildeten;
5. daß die industrielle Revolution die gesamten gesellschaftlichen Bedingungen des Produktionsprozesses revolutioniere (Transport, Nachrichtenwesen usw.).

Zur weiteren inhaltlichen Begründung bezog sich der Referent auf die Grundüberlegungen von W. Jonas, die ihren Niederschlag in der bereits erwähnten Konzeption gefunden haben, betonte jedoch, daß sein Periodisierungsvorschlag durchaus nicht deckungsgleich mit dieser Disposition sei. Gleichzeitig verwies er auf eine Reihe methodologischer Schwierigkeiten, die eine exakte Begründung für die historischen Perioden der industriellen Revolution in Deutschland erheblich erschwerten. So sei besonders für die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts kein ausreichendes und exaktes Quellenmaterial vorhanden. Sofern amtliche Fabrikstatistiken existierten, seien sie für diesbezügliche Aussagen nur bedingt brauchbar, da sie von anderen Voraussetzungen ausgingen. Daher müßten umfangreiche Studien des über Fabriken vorhandenen Archivmaterials angestellt werden.

Auch könne sich die Produktivkraftentwicklung nur bedingt an die Periodisierung der allgemeinen Geschichte oder der Wirtschaftsgeschichte anlehnen. Vor allem die erstere fände ihre Zäsuren in den Klassenauseinandersetzungen und Revolutionen, wie sie sich im Bereich des Überbaus vollzogen. Die Revolutionen im Bereich der Produktivkräfte seien äußerlich weniger spektakulär. Lärmer verwies in diesem Zusammenhang auf die von Engels geprägten Begriffe der "stilleren", der "geräuschlosen" Revolutionen.² Und schließlich würde die Suche nach einer Periodisierung durch den trotz allem noch vorhandenen Mangel einer exakten Definition der industriellen Revolution beeinträchtigt.

In seinen speziellen Ausführungen zur Periodisierung ging Lärmer von der folgenden Prämisse aus:

Die industrielle Revolution ist eine revolutionäre Phase der kapitalistischen Industrialisierung, in der die maschinelle Großproduktion entsteht, womit die Voraussetzungen geschaffen werden für das uneingeschränkte Wirken der ökonomischen Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise. Hauptsächlichste Kriterien, die hinsichtlich des Beginns der industriellen Revolution und ihrer Periodisierung zu beachten seien, wären demzufolge:

1. die Herausbildung der Fabrik;
2. die Konstituierung der beiden Hauptklassen in der kapitalistischen Gesellschaft;
3. das uneingeschränkte Wirken der kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten.

Was den Beginn der industriellen Revolution auf dem Territorium Deutschlands betrifft, so verwies Lärmer darauf, daß der erste nachweisbare fabrikmäßige Einsatz von Maschinen 1784 in der mechanischen Spinnerei von Brüggelmann in Ratingen zu datieren sei, nachdem bereits zwei Jahre vorher in Sachsen die ersten "Jennys" im Handbetrieb benutzt worden seien. Damit habe die Phase der Fabrikbildung begonnen, in deren Gefolge das erste deutsche Textilzentrum entstanden sei. Um 1800 seien bereits mehrere mechanische Spinnereien in Sachsen in Betrieb und insgesamt etwa 2 000 Jennys zum Einsatz gekommen.

Hieraus sei zu schließen, daß etwa um 1780 mit dem ersten Maschineneinsatz eine neue Periode in der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte beginne. Allerdings hätten

² Vgl. Engels, Friedrich, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 20, Berlin 1962, S. 243; derselbe, Die Lage der arbeitenden Klasse in England, in: ebenda, Bd. 2, Berlin 1957, S. 237.

diese ersten Fabriken noch stark unter staatlichem Schutz gearbeitet, zum Teil aufgrund ihrer verschiedenen staatlichen Privilegien. Die Bourgeoisie, soweit sie in den einzelnen deutschen Staaten bereits existiert habe, habe englischen Vorbildern nachgestrebt, was durch wachsende Informationsmöglichkeiten beschleunigt worden sei.

Nach 1800 lasse sich ein verstärkter Gesamttrend des Einsatzes von Maschinen beobachten. Damit setze sich die Fabrikbildung beschleunigt fort. Für das Jahr 1800 nannte der Referent die Zahl von zwei Fabriken gegenüber insgesamt 980 im Jahre 1837, wovon allein 613 Textilfabriken gewesen sein sollen. Für das Jahr 1814 seien allein für Chemnitz 36 mechanische Baumwollspinnereien nachweisbar. Nach 1800 werde auch in Preußen die Mechanisierung durch verstärkte staatliche Unterstützung gefördert, so zum Beispiel durch Prämien, Einführung von Werkzeugen, durch Maschinenverleih, durch Einfuhr von Maschinen und Anstiedlung von Unternehmungen, durch Reisen nach England usw. Schließlich sei auf die Kontinentalsperre hinzuweisen, die eine Befreiung auch der deutschen Gewerbe von der englischen Konkurrenz gebracht und dadurch den Übergang zur Fabrik partiell und regional gefördert habe. Auch die Reformen während der napoleonischen Ära ließen sich, wenngleich ihr Anstoß von außen kam, letzten Endes ursächlich auf den Druck der Produktivkräfte zurückführen.

All das widerlege, daß der Beginn der industriellen Revolution in Deutschland erst - wie Mottek annimmt - in die Zeit um 1830 falle.³ Es widerlege ferner, daß die Pilotindustrie der industriellen Revolution in Deutschland die Transportindustrie, speziell der Eisenbahnbau, gewesen sei.⁴ Für das Jahr 1800 konstatiere Schröter zwar handwerkliche Grundlagen des deutschen Maschinenbaus, weise aber gleichzeitig darauf hin, daß die deutschen Maschinenbauwerkstätten durchaus in der Lage gewesen seien, englische Maschinen für den deutschen Bedarf nachzubauen.⁵ Trotzdem dürfe bis 1830 die Mechanisierung nicht überschätzt werden. Dies zeige sich von der sozialen Seite darin, daß sich das Industrieproletariat in seinen Anfängen entwickelt habe, die Heimarbeiter aber weiterhin zahlenmäßig stark angestiegen seien.

Die zweite Periode der industriellen Revolution in Deutschland falle in den Zeitraum zwischen 1830 und 1850. Charakteristisch für diese beiden Jahrzehnte sei die fortschreitende Anwendung von Werkzeugmaschinen und die zügige Ausbreitung der Fabrik. Diese Feststellung gelte auch für die chemo-technologischen Verfahren sowie für die Nutzung der Dampfkraft. Unter diesen Umständen habe der Polarisierungsprozeß zwischen Bourgeoisie und Industrieproletariat rasche Fortschritte gemacht. Besonders für die dreißiger Jahre konstatierte Lärmer rasche Fortschritte in der Fabrikbildung, vor allem in Sachsen. Hier habe die Zahl der Fabriken zwischen 1834 und 1844 um 40 Prozent zugenommen. Für die vierziger Jahre sehe er in der beginnenden Arbeitsteilung und Spezialisierung innerhalb des deutschen Maschinenbaus - zu unterscheiden sei, ob hauptsächlich Dampfmaschinen, Textilmaschinen, Eisenbahnbedarf oder landwirtschaftliche Geräte hergestellt werden - Indizien für ein schnelleres Wachstum der Abteilung I gegenüber der Abteilung II. Dies werde ferner durch die Tatsache unterstrichen, daß in dieses Jahrzehnt die Durchsetzung des Puddel-Verfahrens und intensivere Versuche seitens der deutschen Eisenindustriellen, Hochöfen mit Koks zu beschicken, fallen.

Nicht zuletzt spiele von der Seite der wirtschaftspolitischen Gegebenheiten her der Zollverein eine wesentliche Rolle für die industrielle Entwicklung im allgemeinen und die der ge-

3 Vgl. Mottek, Hans, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Bd. 2, Berlin 1969, Kap. V, VII - IX.

4 Vgl. ebenda.

5 Schröter, Alfred, Die Entstehung der deutschen Maschinenbauindustrie in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Schröter, A./Becker, W., Die deutsche Maschinenbauindustrie in der industriellen Revolution, Berlin 1962, S. 111.

sellschaftlichen Produktivkräfte im besonderen. Hervorzuheben sei in diesem Zusammenhang das Gefälle im Entwicklungsniveau und -tempo der Industrie zwischen den einzelnen Zollvereinsländern.

Die dritte, abschließende Periode der industriellen Revolution sieht der Referent in den Jahren 1850 und 1860. Um 1860, genauer 1857, sei die Herausbildung der materiell-technischen Basis des Kapitalismus in Deutschland abgeschlossen. Im Ergebnis der Krise des Jahres 1857 erfolge der Übergang zu intensiven Produktionsmethoden, vorrangig in den deutschen Produktionsmittel herstellenden Zweigen. Gleichermaßen finde eine weitere Beschleunigung des Wachstums der Abteilung I statt. Sichtbares Zeichen dafür sei, daß der deutsche Maschinenbau zu expandieren beginne, und zwar auf der Basis der beginnenden maschinellen Produktion von Maschinen.

Die folgende Diskussion zu den Ausführungen Lärmers über die Periodisierung der industriellen Revolution in Deutschland vollzog sich vorzugsweise unter dem Gesichtspunkt, inwieweit sie für die geplante Entwicklungsdarstellung der Produktivkräfte während des 19. Jahrhunderts brauchbar ist. Insofern ergab sich eine enge Korrespondenz zu Jonas' Konzeptionsentwurf.

Im einzelnen wurde zunächst auf die Unzweckmäßigkeit zu vieler Zäsuren und zu kurzer Periodisierungsräume für die praktische Darstellung der Geschichte der Produktivkräfte hingewiesen. Einen wesentlichen Teil der Diskussion beanspruchte die Problematik des zeitlichen Beginns der industriellen Revolution in Deutschland sowie seine Begründung. Indiesem Zusammenhang wurden erhebliche Bedenken dagegen geäußert, den Beginn der industriellen Revolution in Deutschland bereits vor 1800 zu datieren. Die Opponenten begründeten ihre Meinung damit, daß diese Auffassung Lärmers kaum vereinbar sei mit der bisher allgemein als zutreffend akzeptierten These, wonach die ökonomische Entwicklung Deutschlands hinter derjenigen Englands zurückgeblieben sei, was seinerseits einen verspäteten Eintritt Deutschlands in die industrielle Revolution zur Folge gehabt habe. Die Argumente Lärmers erschienen nicht hinreichend, diese These zu entkräften, zumal die deutsche Manufakturproduktion zwischen 1780 und 1800 stark angestiegen sei.

Zugunsten Lärmers wurde dagegen ins Feld geführt, daß auch in Deutschland viele neue Erscheinungen auf dem Gebiet der Entwicklung der Produktivkräfte, die gegen die feudale Produktionsweise revoltierten und den Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen vergrößerten, in diesen Zeitraum fielen. Dies gelte für den landwirtschaftlichen Sektor in Gestalt der beginnenden Reformversuche, die die Freisetzung des unmittelbaren Produzenten - der Hauptproduktivkraft - von den feudalen Fesseln einleiteten, wie für die gewerbliche Produktion, was Lärmer begründet habe. Eine Einigung zwischen den kontroversen Auffassungen wurde insofern erzielt, als man aus Praktikabilitätsgründen und mit Bezug auf die geplante Darstellung des 19. Jahrhunderts den Beginn der ersten Periode der industriellen Revolution in Deutschland bewußt zeitlich unscharf "Ende des 18. Jahrhunderts" formulierte, wodurch notwendige zeitliche Rückgriffe bis 1780 möglich werden. Das Ende dieser Periode wurde übereinstimmend mit 1830 datiert.

Einen weiteren zentralen Diskussionspunkt bildete die Datierung des Abschlusses der industriellen Revolution in Deutschland und, damit zusammenhängend, die Frage, ob die Darstellung des geplanten ersten Bandes ausschließlich die industrielle Revolution oder das gesamte 19. Jahrhundert umfassen solle, etwa unter dem Oberbegriff "Geschichte der Produktivkräfte des entwickelten Kapitalismus in Deutschland". Hierzu wurde vorgeschlagen, nach dem gleichen Prinzip zu verfahren wie im Falle des Beginns der industriellen Revolution. Das hieße, wenn der Zeitraum von 1780 bis 1800 als Vorbereitungsphase in die Betrachtung der industriellen Revolution in Deutschland einbezogen werden solle, dann müsse man das letzte Drittel des 19. Jahrhunderts, so wie es auch Lenin tut, als Einleitungsphase zum Imperialismus in Deutschland betrachten und demzufolge auch unter diesem Vorzeichen behandeln.

Als Konsequenz hieraus ergebe sich, die Darstellung innerhalb des geplanten ersten Bandes auf die industrielle Revolution zu beschränken, die in Deutschland etwa um 1870 ende. Dies aber erfordere, den Zeitraum von 1830 bis 1870 wegen seiner Länge zu unterteilen, und zwar liege der Einschnitt um 1850, beim Übergang von der extensiven zur intensiven Phase der industriellen Revolution, so daß man neben dem Zeitraum von 1830 bis 1850 eine dritte Periode der industriellen Revolution in Deutschland erhalte, die durch die folgenden wesentlichen Momente charakterisiert werde:

- Übergang zur maschinellen Produktion von Maschinen;
- Übergang von extensiven zu intensiven Produktions- und Ausbeutungsmethoden (ab 1860);
- volle Herausbildung des industriell vormonopolistischen Kapitalismus in Deutschland und des ihm entsprechenden Systems der Produktivkräfte;
- endgültige Konstituierung des deutschen Industrieproletariats als Klasse mit den entsprechenden Rückwirkungen auf die Arbeiterbewegung.

Die Vertreter der Verkehrsgeschichte wendeten ein, daß aus ihrer Sicht eine Unterbrechung um 1850 unzweckmäßig und eine geschlossene Darstellung der Entwicklung des Verkehrswesens in Deutschland von 1830 bis 1870 vorzuziehen sei. Es solle deshalb angestrebt werden, bei genereller Beibehaltung der Zäsur um 1850 für einzelne Bereiche der Produktivkräfteentwicklung begründete zeitliche Abweichungen zuzulassen.

Mit der Erörterung theoretischer Fragen der Periodisierung sowie von Prinzipien und Maßstäben einer eigenständigen Periodisierung für die Geschichte der Produktivkräfte klang die Diskussion aus.

Abschließend verständigten sich die Teilnehmer der Tagung über die Arbeitsvorhaben und Termine zur Ausarbeitung des ersten Entwurfes für den geplanten ersten Band der Geschichte der Produktivkräfte in Deutschland, der anlässlich der Klausurtagung des Arbeitskreises im November 1974 diskutiert werden soll. Hierzu wurde die durch die Diskussion korrigierte Periodisierung einschließlich der in der Disposition vorgeschlagenen Dreiteilung der Periodendarstellung als verbindlich akzeptiert.

Der Gesamtumfang des ersten Bandes soll etwa 1 000 Manuskriptseiten - etwa je 300 für jede der drei Perioden zuzüglich 100 für die Zusammenfassung - betragen. Hauptverantwortlich für die Erarbeitung des Entwurfes ist W. Jonas, der durch selbständige Beiträge der einzelnen Arbeitsgruppen unterstützt wird.

Stegfried Richter

AGRARHISTORISCHES KOLLOQUIUM IN ROSTOCK VOM 3. BIS 5. JULI 1973

Einer Einladung der Historiker-Gesellschaft der DDR und der Sektion Geschichte der Universität Rostock folgend, kamen in der Zeit vom 3. bis 5. Juli 1973 in Rostock etwa sechzig Agrarhistoriker aus Universitäten und Akademiestrukturen, Archivare und Museologen zusammen, um Probleme der Agrargeschichte zu beraten. Das Kolloquium wurde gemeinsam von der Sektion Geschichte der Universität Rostock, dem Institut für Wirtschaftsgeschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR und dem Institut für Agrargeschichte der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR veranstaltet und vorbereitet. Nach der Eröffnung durch den Rektor der Universität Rostock, Günther Heidorn, zugleich Vizepräsident der Historiker-Gesellschaft, ergriff Gerhard Heitz (Rostock) das Wort zu den Ausführungen über "Probleme der Agrargeschichtsforschung in der Deutschen Demokratischen Republik", die auf einer gemeinsamen Ausarbeitung von Rudolf Berthold (Berlin), Siegfried Graffunder (Berlin) und dem Vortragenden beruhen.

Der Referent warf konzeptionelle, methodologische und ideologische Probleme auf, die als Ausgangspunkt für eine Selbstverständigung der Agrarhistoriker in der DDR dienen.¹ Dabei wurden sowohl der Gegenstand als auch künftige Aufgaben der Agrargeschichte behandelt. Heitz stellte fest, daß die Agrarhistoriker einen selbständigen Beitrag zur Klärung grundlegender theoretischer Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung zu leisten, an der Bewußtseinsbildung der Arbeiterklasse und der Klasse der Genossenschaftsbauern mitzuwirken und sich mit der bürgerlichen Historiographie kritisch auseinanderzusetzen haben. Das schließe die Notwendigkeit der dialektischen Betrachtung von Politik, Ökonomie und Ideologie ein. Das erfordere aber auch eine vergleichende Betrachtung mit der ausländischen Agrargeschichte, insbesondere die Berücksichtigung der wissenschaftlichen Ergebnisse unserer sozialistischen Bruderländer. Während es jedoch für die Perioden des Feudalismus und Kapitalismus schon recht gute Verbindungen mit den Agrarhistorikern der sozialistischen Länder gebe, bedürfe insbesondere die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Geschichte der sozialistischen Landwirtschaft einer Vertiefung.

Nachdem Heitz dem Wechselverhältnis von Spezialforschung und notwendiger Gesamtsicht, der interdisziplinären Forschung und den Fragen der Produktivkräfte, Produktionsverhältnisse und der Klassenkämpfe als Triebkraft historischer Entwicklung einige Ausführungen gewidmet hatte, ging er auf übergreifende Probleme ein, die für alle Gesellschaftsformationen gleichermaßen von Bedeutung sind.

Zunächst wandte er sich Fragen der Periodisierung zu. Er bezog sich auf den Artikel von E. Engelberg² und bekräftigte die Überzeugung, daß bei Periodisierungskriterien der "komplexe Charakter" zu berücksichtigen sei. Strittig bleibe jedoch, wie er feststellte, wie die "Bündelung der Faktoren exakt erfolgen soll". Insbesondere in den Übergangsperioden werde die Periodisierung kompliziert, weil Produktivkräfte, Produktionsverhältnisse und Überbau sich nicht parallel entwickeln oder weil in der relativen Selbständigkeit von Staat, Recht und Ideologie die Ursachen unterschiedlicher Periodisierung begründet liegen. Daher sei

1 Das vollständige Referat erscheint in der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft.

2 Vgl. Engelberg, Ernst, Zu methodologischen Problemen der Periodisierung, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 10/1972, S. 1219 ff.

eine Zusammenarbeit mit den die Agrargeschichte berührenden Nachbardisziplinen um so notwendiger, wenn wir die strittigen Fragen der Periodisierung einer befriedigenden Lösung zuführen wollen, wie schließlich auch Forschungslücken zu schließen seien, um begründete Antworten zu liefern. So verwies Heitz beispielsweise auf die ungenügende Erforschung der mittelalterlichen Agrargeschichte, die es noch nicht erlaube, die auch die allgemeine Geschichtsforschung interessierenden Hauptperioden "Volle Entfaltung des Feudalismus" und "Beginn der Zersetzung" eindeutig zu charakterisieren. Ebenso bedürfen die bisherigen gesetzten Zäsuren in der kapitalistischen Epoche noch eingehender Diskussionen, weil die unterschiedliche Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und die Schaffung der ökonomischen Basis in der Landwirtschaft und in der Industrie einige Probleme aufwerfen, wobei jedoch die allgemeinen Zusammenhänge der Gesellschaftsformation als Ganzes unbedingt zu berücksichtigen seien. Was die sozialistische Gesellschaftsordnung betreffe, so müsse die agrarhistorische Forschung bei der Klärung der einzelnen Entwicklungsabschnitte unter anderem auf solche Fragen antworten, wie die Arbeiterklasse mit der Gründung der DDR ihre Herrschaftsfunktion im Bereich der Landwirtschaft voll wahrnahm und seitdem ausbaute, wie die Arbeiterklasse die Klassenpositionen ihres Hauptbündnispartners stärkte und wie sie die werktätigen Bauern zu neuen geschichtlichen Einsichten führte.

Etwas länger befaßte sich Heitz mit Problemen der Klassenstruktur, die er als Schlüsselproblem für die Analyse der Produktionsverhältnisse, der Lage der Bauernschaft und des Klassenkampfes auf dem Lande bezeichnete. Dabei hob er besonders die Rolle der zunehmenden Landarmut im Feudalismus hervor, die sich im Laufe der bäuerlichen Differenzierungsprozesse als größte Schicht ausbildete. Verschiedene Untersuchungen ständen jedoch noch aus, etwa der Zusammenhang zwischen Landarmut und Bevölkerungsentwicklung oder der Zusammenhang zwischen Klassenstruktur, Betriebsverfassung und Klassenkämpfen für größere, überregionale Gebiete, die eine Grundvoraussetzung für eine umfassende Analyse der kapitalistischen Bauernbefreiung bilden. Genausowichtig sei es aber auch, den Prozessen der Herausbildung der feudalahhängigen Bauernschaft aus ihren unterschiedlichen klassenmäßigen Wurzeln im Hochfeudalismus größere Aufmerksamkeit zu schenken, wobei auch die Siedlungsvorgänge in ihrer Wirkung auf die bäuerliche Klassenstruktur zu beachten seien. Auf die Sozial- und Klassenstruktur im Kapitalismus eingehend, bemerkte Heitz, daß in neuerer Zeit hierzu eine Vielzahl von entsprechenden Untersuchungen vorgelegt wurde, die unsere Kenntnis von der Differenzierung wesentlich bereichern. Schwierigkeiten in der Forschung ergäben sich jedoch aus der vorhandenen Materialgrundlage, weil zum Beispiel die seit den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts veröffentlichte Agrarstatistik vor allem Produktionsstatistik war. Um begründete Aussagen über die Klassenstruktur zu gewinnen, gelte es, diese Produktionsstatistik nach sozialökonomischen Gesichtspunkten auszuwerten, eine Aufgabe, die künftig intensiviert werden müsse. Bei der Untersuchung der sozialistischen Landwirtschaft komme es darauf an, unter anderem die Fragen der quantitativen und qualitativen Stärke der Bündniskräfte zu behandeln und die Veränderungen des Bewußtseins der werktätigen Bauern bzw. der Genossenschaftsbauern eingehender zu erforschen.

Im letzten Teil seiner Ausführungen nahm Heitz zu Fragen der Agrarhistoriographie in der BRD Stellung, insbesondere setzte er sich mit Konzeption, Periodisierung, Arbeitsteilung und Terminologie der fünfbandigen "Deutschen Agrargeschichte" auseinander, in der zwar ein äußerst aussagekräftiges Material enthalten ist, jedoch der Charakter der Produktionsweise, die Probleme der Klassenkämpfe und die geschichtsbildende Rolle der Bauern weitgehend aus dem Blickfeld geraten sind.

Die Diskussion entzündete sich an zahlreichen anregenden Fragen, Problemen und Aufgabenstellungen aus dem Referat, die in diesem Bericht verständlicherweise nur knapp skizziert, zum Teil auch nicht erwähnt werden können. Der erste Komplex der Diskussion, die

von K.-F. Olechnowitz (Rostock) geleitet wurde, galt allgemeinen Fragen der Agrargeschichte und des Feudalismus. H.-H. Müller (Berlin) eröffnete die Diskussion mit der Feststellung, daß die Agrarhistoriker der DDR zwar eine Vielzahl von wichtigen, guten und wirkungsvollen Untersuchungen zu den verschiedensten Bereichen vorlegen konnten, aber er vermisse notwendige Gesamtdarstellungen, die trotz bestehender Forschungslücken im Interesse der Ausbildung an den Universitäten und Fachschulen sowie der Forschung geschrieben werden müssen. Es wäre auch begrüßenswert, wenn zu bestimmten Zeitabschnitten oder Problemen, wie etwa Agrarreformen des 19. Jahrhunderts, preußischer Weg der Landwirtschaft, Landwirtschaft und Industrielle Revolution, Entwicklung der Produktivkräfte, Klassenkämpfe und anderes mehr, kurzgefaßte und lebendig geschriebene Überblicksdarstellungen oder Taschenbücher veröffentlicht würden. H. Pannach (Leipzig) befaßte sich neben Periodisierungskriterien vor allem mit den von Heitz aufgeworfenen Fragen der Feudalrente, die sowohl für die regionale Differenzierung als auch für die Veränderung der bäuerlichen Struktur als bedeutungsvoller Indikator zu beachten sei. So wies er darauf hin, daß im Sachsen des Spätfudalismus der Staat einen außerordentlich hohen Anteil an der Geldrente beanspruchte. Dieser Anteil habe im 18. Jahrhundert fast 80 Prozent betragen. Damit betonte er die Notwendigkeit vergleichender Betrachtungen bei der Einschätzung der Feudalrente in Deutschland. Über die Rolle der Geldrente im 15./16. Jahrhundert sprach D. Lösche (Berlin). Bisher ungenügend erforscht, sei ihre eingehendere Untersuchung um so dringlicher, weil gerade hier wichtige sozialökonomische Ursachen des Bauernkrieges aufgedeckt werden können. Den Wechselwirkungen zwischen Arbeitsproduktivität und Klassenkampf in der spätfudalen Epoche wandte sich E. Hartstock (Bautzen) zu. Bautzener Archivmaterial zeige, daß nach dem Dreißigjährigen Krieg und in der Zeit verschärfter Klassenauseinandersetzungen die Entwicklung der Produktivkräfte auf den Bauernwirtschaften in der Lausitz relativ schnelle Fortschritte gemacht habe. An diese Problematik knüpfte K.-F. Olechnowitz an und stellte fest, daß nach den Aussagen von Elbzollregistern der Getreideexport der hansischen Seestädte und der Getreidehandel während und unmittelbar nach dem Dreißigjährigen Krieg einen bedeutenden Umfang annahmen. Die Erforschung der Arbeitsproduktivität betrachtete R. Berthold (Berlin) als ein zentrales Anliegen. Komplexe Kenntnis von Nutzfläche, Produzentenzahl, Viehbestand und Gesamtprodukt sei wichtig, um Stand und Entwicklung der Produktivkräfte einschätzen zu können. Dem ständen jedoch Schwierigkeiten in der Quellenlage gegenüber, die großflächige Untersuchungen erschweren. Er empfahl unter Zustimmung der Anwesenden eine Zusammenarbeit mit den Archivaren, um Möglichkeiten für ausgewählte Detailuntersuchungen, die ihren Niederschlag beispielsweise in Diplomarbeiten finden können, zu erkunden. G. Heitz forderte, daß bei der Untersuchung des Zusammenhanges von Entwicklung der Arbeitsproduktivität und Klassenkampf alle Formen des Klassenkampfes zu berücksichtigen seien. Am Beispiel der Mitnutzung unbesetzter Stellen durch die Bauern verdeutlichte er den wechselseitigen Zusammenhang von Produktivitätserhöhung und Klassenkampf in seinen vielfältigsten Formen. Zugleich verwies er auf die unterschiedliche Funktion der Rentenformen in verschiedenen Zeiten. So warnte er vor einer Unterschätzung der in der Arbeitsrente liegenden Entwicklungsmöglichkeiten im Frühfeudalismus und regte an, Gebiete mit überwiegender Arbeitsrente und überwiegender Geldrente für einen längeren Zeitraum zu untersuchen und gegenüberzustellen.

Der zweite Fragenkreis, der in der von R. Berthold geleiteten Diskussion im Mittelpunkt stand, beschäftigte sich mit Problemen der Arbeitskräfte und Fragen der Struktur im Kapitalismus. Dazu wurden von I. Ballwanz (Rostock), L. Elsner (Rostock), J. Lehmann (Rostock) und H. Harnisch (Berlin) vorbereitete Beiträge gehalten. I. Ballwanz teilte einige Ergebnisse zur "Arbeitskräftelage in der Landwirtschaft des Deutschen Reiches 1871 - 1914" mit. Sie stellte fest, daß der Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften in diesem Zeitraum nicht abgebaut werden konnte, weil der Großgrundbesitz und der zunehmende Gegensatz zwischen Stadt und Land objektive Hindernisse bildeten. In der verstärkten Einbeziehung der mitarbeitenden Familienangehörigen, vor allem in den Jahren 1895 bis 1907, er-

kannte sie eine Verschlechterung der ökonomischen Lage der entsprechenden bäuerlichen Wirtschaften. Elsner referierte über "Die ausländischen Landarbeiter in der Landwirtschaft des deutschen Imperialismus", die am Vorabend des ersten Weltkrieges die Zahl von 600 000 erreicht hatte. Dabei sei weniger ein objektiver Mangel an Arbeitskräften, als vielmehr der Profit die treibende Kraft zur Beschaffung von billigen ausländischen Arbeitskräften gewesen. Er ging auf zahlreiche ideologische, soziale und ökonomische Aspekte ein, wie auf die Überwindung der lokalen Beschränktheit der Wanderarbeiter und ihrer Einbeziehung in die sozialen Kämpfe sowie auf die Bewußtseinsbildung, warf die Frage auf, ob die Beschaffung ausländischer Saisonarbeiter den technischen Fortschritt in der Landwirtschaft verzögert habe und zog interessante Parallelen zu den Gastarbeitern in der BRD, indem er nachwies, daß der deutsche Imperialismus zwar stets die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte gefördert habe, aber ihre Sesshaftigkeit stets zu verhindern wußte. Lehmann führte die von Elsner behandelte Problematik mit dem Thema "Arbeitskräfte während des zweiten Weltkrieges in der deutschen Landwirtschaft" weiter und vermittelte einige wichtige Tatsachen über die Verschleppung von mehr als zwei Millionen Menschen aus den okkupierten Gebieten zum Zwangseinsatz in der deutschen Landwirtschaft. Harnisch legte einige bemerkenswerte Gedanken über eine "Quellenpublikation zur Geschichte der Landarbeiter" dar, die auf Initiative des Staatsarchives Potsdam als Gemeinschaftswerk mit anderen Staatsarchiven unter Mitwirkung des Zentralarchivs Merseburg in Angriff genommen werden soll. Er begründete die Notwendigkeit einer solchen Publikation für die Forschung und Lehre, in der der Landarbeiter auf erfaßter Quellengrundlage in seiner Stellung im Produktionsprozeß, in seiner sozialen Lage, Entwicklung, Kultur- und Lebensweise, in seiner sozialen Auseinandersetzung, in der Bewußtseinsbildung, Migration und in anderen Prozessen reflektiert wird.

Die anschließende freie Diskussion wurde mit einer Feststellung von S. Dillwitz (Rostock) eingeleitet, indem sie bezweifelte, daß die Angaben der Reichsstatistik über die landwirtschaftliche Nutzfläche Aussagen über die Sozialstruktur hergeben. Man könne zum Beispiel aus der Abnahme der Betriebe über 20 Hektar bis 1925 keinesfalls eine Abnahme der kapitalistischen Betriebe schlußfolgern. Berthold erwiderte, daß zwar die Großbetriebe über 1 000 Hektar bis 1925 zahlenmäßig zurückgingen, gleichzeitig aber die kapitalistischen Betriebe zunahmen. Die kapitalistischen Großgrundbesitzer hätten sich im Laufe der Agrarreformen einfach mit Land "überfressen", das infolge des nationalen und internationalen Konkurrenzkampfes und des kapitalistischen Intensivierungsprozesses auf ein normales Maß zurückgeführt worden sei. Harnisch entgegnete, daß der Rückgang der landwirtschaftlichen Betriebe über 100 Hektar nach 1895 nicht allein mit den von Berthold angeführten Tatsachen zu erklären sei. Nach seiner Ansicht sei dies ebenso ein Ausdruck von Konzessionen der herrschenden Klasse an die Forderungen der Arbeiter und Landarbeiter, wobei die Bestrebungen zur Siedlungspolitik durch den Verein für Sozialpolitik, später die sich aus dem Reichssiedlungsgesetz ergebenden Maßnahmen zu beachten seien. S. Graffunder (Berlin) bemerkte, daß bei dem Eindringen des Kapitalismus in die Landwirtschaft auch die Verflechtungen von Landwirtschaft und Monopolkapital, von Bankkapital und Landwirtschaft größerer Aufmerksamkeit bedürfen. H.-H. Müller erwähnte das Problem der Wechselwirkung zwischen Landwirtschaft und Industrieller Revolution, insbesondere die Bedeutung der bäuerlichen Wirtschaft für die Industrialisierung, das ein zentrales Thema auf dem Internationalen Wirtschaftshistorikerkongreß 1974 in Kopenhagen sein wird. Er unterbreitete einige Tatsachen, aus denen hervorging, daß auf dem Sektor der Zuckerindustrie Bauern bis zu 80 Prozent am Aktienkapital der Zuckerfabriken beteiligt waren.

Unter Vorsitz von S. Graffunder fand die Aussprache über Fragen und Probleme der sozialistischen Landwirtschaft statt. Den Auftakt bildeten wiederum einige vorbereitete Vorträge. H. Matschke (Berlin) behandelte in anregender Weise den Strukturwandel der werktätigen Bauern von 1945 bis 1949. Er stellte fest, daß die bisherigen Untersuchungen der Entwicklung von der demokratischen Bodenreform bis zur sozialistischen Umgestaltung allzu

sehr aus technologischer Sicht erfolgten, während die ungleich wichtigere sozialökonomische Strukturanalyse stark vernachlässigt worden sei. Er forderte mehr Aufmerksamkeit für das Problem der Reproduktionsfähigkeit der Neubauernhöfe, setzte sich mit gegnerischen Auffassungen auseinander, die besagten, daß Betriebe von etwa 5 Hektar nicht lebensfähig gewesen seien, und entwickelte interessante Gedanken über die verschiedenen bäuerlichen Größenklassen in der erwähnten Entwicklungsphase. N. Wiedenhöft (Rostock) brachte einige Ergebnisse einer von ihm und W. Ramin (Rostock) durchgeführten Untersuchung über die "Siedlungs- und Sozialstruktur der Gemeinde Damshagen 1945 - 1960" zur Kenntnis. Bei der Analyse von 120 mittelbäuerlichen Betrieben konnte beobachtet werden, daß es zwar zur Ausbildung von wirtschaftsstarken und -schwachen Betrieben, jedoch unter den Bedingungen der sozialistischen Staatsmacht zu keiner Polarisierung (Großbauern und Landarbeiter) kam. A. Huy (Berlin) referierte über die "Entwicklung der gegenseitigen Bauernhilfe von 1945 - 1949", zeigte ihre vielfältigsten Formen der Unterstützung für die bäuerlichen Wirtschaften auf und beleuchtete sie unter dem Aspekt der Entwicklung zu höheren Formen der gesellschaftlichen Arbeit in der Landwirtschaft. Rasper (Berlin) schließlich widmete seine Ausführungen dem "Aufbau und der Tätigkeit der örtlichen Staatsorgane von 1945 - 1949", in denen sowohl die Gewinnung der werktätigen Bauern für die Ausübung der Staatsmacht als auch die Maßnahmen zur kulturellen Umgestaltung auf dem Lande, die der Überwindung der Unterschiede zwischen Stadt und Land dienen, einer Betrachtung unterzogen wurden.

Die Dorfuntersuchungen fanden in der Diskussion größtes Interesse. Es wurde ihre Nützlichkeit betont. Da die Agrarstatistik in der DDR ebenfalls nach den Prinzipien der Produktionsstatistik aufgebaut sei, können die für die Forschung außerordentlich wichtigen sozialökonomischen Aussagen, wie R. Berthold bemerkte, nur über gründliche Tiefenuntersuchungen einzelner Dörfer gewonnen werden. Dabei sei jedoch, wie G. Heitz hervorhob, eine genügend allgemeine Fragestellung Voraussetzung solcher Mikrountersuchungen. Darüber hinaus seien die Koordinierung aller agrarhistorischen Forschungsarbeiten zur Geschichte der DDR und die Zusammenarbeit mit allen beteiligten Institutionen, einschließlich der Bezirkskommissionen zur Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, notwendig, um eine hohe Effektivität der Forschung zu gewährleisten. E. Wächtler (Freiberg) berichtete über Forschungsvorhaben zur Geschichte von sozialistischen Kooperationsverbänden in der Landwirtschaft und bekundete vor allem Interesse an einem Erfahrungsaustausch über Fragen der Entwicklung der Produktivkräfte und die damit zusammenhängende Erhöhung des Bildungsniveaus in der Landwirtschaft vor dem Hintergrund der Bündnispolitik. Zugleich wandte er sich gegen die Auffassung, daß im Verlaufe der sozialistischen Industrialisierung ehemalige Bauern in die Arbeiterklasse "absinken". Vielmehr "steigen sie auf" und werden auf das Niveau der Industriefacharbeiter "gehoben". Die Bedeutung der Sachzeugen für die Agrargeschichte des Sozialismus unterstrich K. Schreiner (Alt-Schwerin) und berichtete über Arbeiten des Agrarhistorischen Museums in Alt-Schwerin, vor allem über den Ankauf einer kompletten Wohnungseinrichtung einer bäuerlichen Familie aus dem Jahre 1960. Letzteres veranlaßte Skodowski (Berlin), die Aufmerksamkeit auch auf das Sammeln und Bewahren persönlicher Erinnerungen von Genossenschaftsbauern zu richten. Dazu äußerten sich J. Kornow (Greifswald), H.-H. Müller und G. Heitz, indem sie auf Erfahrungen der Bezirkskommissionen der örtlichen Arbeiterbewegung verwiesen und Anregungen zur methodischen Befragung und Sicherstellung der Aussagen von bäuerlichen Personenzügen vermittelten.

Die in anregender und lebhafter Weise durchgeführten Diskussionen sowie die verschiedenen Vorträge bewiesen die Notwendigkeit und die Nützlichkeit des Kolloquiums, was von den Teilnehmern mit Nachdruck bekundet wurde. Erfreulich war auch, daß auf dieser Veranstaltung Forschungsstudenten (Ballwanz, Lehmann, Wiedenhöft, Ramin) die Gelegenheit geboten wurde, Ergebnisse ihrer Diplomarbeiten, die auf Dorfuntersuchungen beruhen oder Auswertungen der Reichsstatistik darstellten, vorzutragen. Sie fanden das Interesse und

die Anerkennung der Teilnehmer, und für die Studenten selbst war ihre Mitwirkung am Kolloquium sowohl Bewährungsprobe als auch eine gute Vorbereitung auf das wissenschaftliche Leben.

In seinem Schlußwort konnte G. Heitz feststellen, daß das Anliegen des Kolloquiums erfüllt worden sei. Er war sich dabei des Einverständnisses aller Teilnehmer sicher. Stand und Aufgaben der Forschung wurden dargelegt, der Gedanken- und Erfahrungsaustausch gefördert, und die regelmäßigen Zusammenkünfte der Agrarhistoriker wurden als notwendiges Erfordernis bekräftigt. Dabei sollte die Organisation der Agrarhistoriker zweckmäßigerweise im Rahmen der Historiker-Gesellschaft der DDR erfolgen. Das Programm der kommenden beiden Tagungen hat bereits Gestalt angenommen: 25. Jahrestag der DDR und 450-jähriges Jubiläum des Großen Deutschen Bauernkrieges.

Hans-Heinrich Müller

KOLLOQUIUM "ZUR GESCHICHTLICHEN ROLLE DES DEUTSCHEN BÜRGERTUMS IM FEUDALISMUS"

Das am 25. April 1973 von der Historiker-Gesellschaft der DDR und dem Wissenschaftsbereich Feudalismus im Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR gemeinsam veranstaltete Kolloquium "Zur geschichtlichen Rolle des deutschen Bürgertums im Feudalismus" sollte den Mediävisten der DDR - wie der Präsident der Historiker-Gesellschaft J. Streisand und der Leiter des Wissenschaftsbereichs Feudalismus A. Laube in ihren Begrüßungsworten betonten - die Möglichkeit bieten, die auf dem V. Historikerkongreß in Dresden¹ geführte, zum Teil recht kontroverse Diskussion von dieser Thematik fortzusetzen. Ausgangs- und Bezugspunkt für die acht Kurzreferate und die anschließende Diskussion bildeten die in Vorbereitung auf das Kolloquium in der "Zeitschrift für Geschichtswissenschaft" veröffentlichten Thesen.² Im Mittelpunkt der strittigen Fragen zum Gesamtkomplex von Bürgertum und Stadt im Mittelalter stand das Problem der ökonomischen und sozialen Qualität des mittelalterlichen Bürgertums als Ganzes und seine Definition als Klasse, Stand oder Schicht. Im Zusammenhang damit wurden spezielle Ausfüh-rungen zum Charakter der Eigentumsverhältnisse in der Stadt, zu den Abhängigkeitsverhältnissen innerhalb des Bürgertums, zum Verhältnis von feudalem und bürgerlichem Eigentum in der Stadt sowie zu den unterschiedlichen Gruppierungen innerhalb der Städtebürger von den einzelnen Referenten vorgetragen.

Die theoretische Grundlage für die Qualifizierung des mittelalterlichen Bürgertums als einer Nebenklasse der Feudalgesellschaft gab W. Küttler (Berlin) als erster Referent. In Anknüpfung an die Thesen führte er aus, daß der Klassenbegriff selbst eine historische Kategorie ist und daß erst, wie Marx, Engels und Lenin hervorhoben, der Kapitalismus die schon vorhandene Klassenspaltung der Gesellschaft vertiefte, ausweitete und von allen ständischen und anderen Hüllen befreite. Hinsichtlich der Anwendung des Klassenbegriffs auf das mittelalterliche Bürgertum wies der Referent darauf hin, daß für vorkapitalistische Formationen eine größere Unschärfe der Abgrenzung zwischen den Klassen und eine ständisch-juristische Verhüllung der Klassenteilung charakteristisch sei. Gleichzeitig definierte er entsprechend der marxistisch-leninistischen Gesellschaftstheorie den Charakter von Nebenklassen dahingehend, daß diese Übergangscharakter tragen, weniger beständig als Hauptklassen seien und die Tendenz zur Auflösung in andere Klassen haben; einerseits durch Polarisierung in Richtung auf die jeweiligen Hauptklassen der bestehenden Gesellschaftsformation, andererseits in Richtung auf die Entstehung neuer Klassenverhältnisse. Die umstrittene Frage bisheriger Diskussionen und auch des Kolloquiums, wie weit für Handelskapitalisten und einfache Warenproduzenten in der mittelalterlichen Stadt eine gemeinsame Stellung im System der Produktion und im Verhältnis zu den Produktionsmitteln vorhanden sei - die nach Lenins Klassendefinition³ entscheidende Prämisse für die Anwendung des Klassenbegriffs -, beantwortete Küttler bezüglich des mittelalterlichen Städtebürgertums positiv, indem er darauf verwies, daß ein stabiler Zusammenhang zwischen Han-

1 Vgl. hierzu den Bericht in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 4/1973, S. 441 ff.

2 Vgl. Berthold, Brigitte/Engel, Evamaria/Laube, Adolf, Die Stellung des Bürgertums in der deutschen Feudalgesellschaft bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 3/1973, S. 196 ff.

3 Vgl. Lenin, W. I., Die große Initiative, in: Werke, Bd. 29, Berlin 1961, S. 410.

del und Handwerk in der Stadtentwicklung sich ausbildete, daß keine Ruinierung der kleinen Warenproduzenten eintrat, daß "Handels- und Gewerbebürgertum" eine Einheit darstellten. Die Kaufmannschaft charakterisierte er als Teil bzw. Schicht der Nebenklasse des Städtebürgertums unter der Condition sine qua non, daß sie "eindeutig, stabil und dauerhaft im System der städtischen Warenproduktion und im Zusammenhang mit den gewerblichen Kleinproduzenten existiert und agiert". In der Verankerung des Kaufmanns in "einer relativ eigenständigen, auf der kleinen Warenproduktion beruhenden städtischen Gesellschaft" erblickte er die Bedingung dafür, Kaufleute und Handwerker als Gruppen einer Nebenklasse der Feudalgesellschaft zu bestimmen. Die Definition des mittelalterlichen Bürgertums als Nebenklasse in der feudalen Gesellschaftsformation, die sich auch politisch, juristisch und kulturell abgrenzte, ermöglichte sowohl die richtige Einordnung in den Feudalismus als auch die notwendige Hervorhebung der besonderen selbständigen sozialökonomischen Züge des Städtebürgertums. Darüber hinaus verwies der Referent auf die Einwirkung des feudalen Klassenantagonismus insofern, als aufgrund des Fortbestehens feudaler Gesellschaftsverhältnisse es einerseits zu einer einsetzenden Feudalisierung bzw. Reifeudalisierung in dieser Nebenklasse und andererseits zu ihrer Auflösung in Richtung der kapitalistischen Gesellschaft kam.

E. Engel (Berlin) analysierte aus den Arbeiten von Marx und Engels die für die Einschätzung von Stadt und Bürgertum sich ergebenden Gesichtspunkte, die vor allem theoretischer, methodologischer und vergleichender Natur sind. Sie verwies darauf, daß die von der Situation der unverhüllten kapitalistischen Klassengesellschaft des 19. Jahrhunderts ausgehenden Klassiker keine abgeschlossene Konzeption über Bürgertum und Stadt im Mittelalter hinterlassen haben. Von den Aspekten, die aus ihren Schriften für die theoretische Bewältigung unseres Forschungsgegenstandes berücksichtigt werden sollten, nannte sie: erstens die Bedeutung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung für Entstehung und Entwicklung der Stadt sowie das Stadt-Land-Verhältnis im Mittelalter, was sich einmal in der "Trennung von Kapital und Grundeigentum" äußerte und zum andern durch die Teilung von Produktion und Handel und die sich daraus ergebende Wechselwirkung sowie die beginnende Kommunikation zwischen den einzelnen Städten dazu führte, daß sich die den Bürgern gemeinsamen Bedingungen zu Klassenbedingungen ausbildeten; zweitens, die Charakterisierung der ökonomischen Grundlage der Stadt und ihres Bürgertums als einfache Warenproduktion und deren Unterscheidung von den feudalen Produktionsverhältnissen, wobei die Referentin besonders auf eine in den Werken der Klassiker vorhandene Differenzierung zwischen der zünftigen und der feudalen Produktionsweise verwies; drittens die Rolle des Eigentums als ökonomischer Existenzbedingung der Bürger, das im Eigentum der Produzenten am Arbeitsinstrument und im Charakter der Arbeit selbst als Eigentum neben und außer dem Grundeigentum besteht; viertens die Dialektik der Zugehörigkeit der einfachen Warenproduktion zum Feudalismus einerseits und der Gegensatz zur Feudalität andererseits; fünftens die Herausarbeitung von Stadt und Bürgertum als neuen, progressiven, revolutionären Elementen im Mittelalter; sechstens die Hervorhebung der Rolle der Stadtgemeinde als politischen Organisationszentrums des mittelalterlichen Bürgertums und die Bewertung der Kommune als der einer bestimmten Entwicklungsstufe der bürgerlichen Wirtschaft adäquaten Staatsform; siebentens die Konzeption einer Entwicklungslinie vom mittelalterlichen Bürgertum bis zur Formierung der Klasse der Bourgeoisie. Die Referentin verwies darauf, daß Marx und Engels die Begriffe Stand und Klasse zum Teil synonym, zum Teil in unterscheidendem Sinne gebrauchten, daß sie diese manchmal auf das gesamte Städtebürgertum, manchmal auf seine einzelnen Schichten anwandten.

J. Schildhauer (Greifswald) sprach sich in seinem Referat über Städtebünde für den Klassencharakter des mittelalterlichen Bürgertums im Sinne einer Nebenklasse aus. An ausgewählten Beispielen (Rheinischer Städtebund 1254, Thüringischer Dreistädtebund, Oberlausitzer Sechs-Städte-Bund, Schwäbischer und Rheinischer Bund in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts, Hanse) demonstrierte er die Bedeutung dieser Bünde für die Formierung

des mittelalterlichen Städtebürgertums zu einer neuen gesellschaftlichen Kraft innerhalb der Feudalgesellschaft, indem er deren überregionalen Charakter betonte und sie als ein Element zur Vereinheitlichung des Marktes und des Feudalstaats bezeichnete. Mit Hilfe dieser Bünde übernahm das Bürgertum eine Klassenfunktion gegenüber der Zentralgewalt wie auch gegenüber den Territorialgewalten und wurde zur Durchsetzung seiner Interessen sowohl nach innen als nach außen wirksam. Die seit Mitte des 13. Jahrhunderts einsetzende Bildung von Städtebünden sei Ausdruck dafür, daß die Bürger ihre übergreifenden ökonomischen und politischen Interessen erkannten und sich ihrer Gemeinsamkeit und ihrer besonderen Stellung in der Feudalgesellschaft bewußt wurden. Objektiv vertraten die Städtebünde die Belange einer Klasse. In ihrer Funktion als Klassenkampforganisation der Städtebürger gegenüber den Feudalgewalten sah der Referent einen wichtigen Faktor für die Formierung des Bürgertums zur Klasse.

Ernsthafte Bedenken gegen eine Qualifizierung des mittelalterlichen Städtebürgertums als Klasse meldete K. Fritze (Greifswald) in seinem Referat über "das Verhältnis von bürgerlichem und feudalem Eigentum bei den verschiedenen bürgerlichen Schichten am Beispiel der hansischen Seestädte" an. Ausgehend von einer qualitativen und quantitativen Analyse der Vermögensverhältnisse im 15. Jahrhundert in Rostock, gelangte er zu der Schlußfolgerung, daß nur eine Minderheit der Bürger über Eigentum verfügte, daß zwischen den Eigentümern große Vermögensunterschiede bestanden und daß beim Patriziat neben dem bürgerlichen Eigentum noch etwa 30 Prozent feudales Eigentum existierte. In bezug auf die Stellung von Kaufleuten und Handwerkern verwies er darauf, daß die Handwerker durch die Zunftordnung reglementierte kleine Warenproduzenten darstellten, die Kaufleute hingegen nur parasitär mit der Produktion verbunden waren, daß eine teilweise enge Verbindung der Kaufleute mit der feudalen Produktionsweise über den Handel vorhanden war, die bei den Handwerkern weitgehend fehlte. Trotz der Gemeinsamkeiten zwischen Handwerkern und Kaufleuten, wie sie sich zum Beispiel im Stadtrecht äußerten, in der städtischen Kultur und in der Tatsache, daß das Eigentum am Boden keine primäre ökonomische Bedeutung für ihre Existenz hatte, sei nach seiner Meinung die ökonomische, soziale und politische Differenzierung zwischen Handwerkern und Kaufleuten so stark, daß man diese nicht zu einer Klasse zusammenfassen könne. Vielmehr sei die mittelalterliche Stadtbevölkerung eine heterogene Gruppierung unterschiedlicher Schichten, die sich erst mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise zu selbständigen Klassen formierten.

Den Charakter des Eigentums in der Stadt untersuchte auch E. Uitz (Magdeburg) speziell in mittleren Handels- und Gewerbestädten bzw. Ackerbürgerstädten zwischen Elbe, Nordharz und Altmark. Anhand des Eigentums der Bürger im 13./14. Jahrhundert an Produktionsmitteln, namentlich Werkstätten, sowie Transportmitteln einschließlich des bürgerlichen Grundbesitzes, ihrer Tätigkeit in Handel und Gewerbe sowie der Auseinandersetzungen der Städtebürger mit den feudalen Stadtherren um kommunale Rechte und Freiheiten analysierte die Referentin die eigenständige ökonomische und politische Position der Bürger auch in kleinen und mittleren Städten. Aufgrund der auch hier vorhandenen Entwicklungstendenz schloß sie sich der in den Thesen vertretenen Auffassung vom nichtfeudalen Charakter des in der Stadt sich herausbildenden Produktionsverhältnisses und der Rolle der Stadtgemeinde bei der Konstituierung der Nebenklasse des mittelalterlichen Städtebürgertums an.

Über den Charakter der Abhängigkeitsverhältnisse in der Stadt und die Stellung des Patriziats referierte B. Berthold (Berlin) anhand von Material aus solchen wirtschaftlich bedeutenden Städten wie Köln und Straßburg im 13./14. Jahrhundert. Sie knüpfte die Bezeichnung der mit ihren Wurzeln in die feudale und in die urbane Sphäre reichenden städtischen Führungsschicht als Patriziat an die Existenz eines kommunalen Selbstverwaltungsorgans (zum Beispiel eines Stadtrats). Dieses Patriziat sei aufgrund seiner hervorragenden Stellung in der städtischen Wirtschaft, seiner führenden Rolle in der Kommunebewegung sowie

als politisches Führungsgremium in der Stadt als oberste Schicht der Nebenklasse des mittelalterlichen Städtebürgertums zu klassifizieren. Die sich aus Erbleihe, Darlehngeschäften, Mietverhältnissen oder Unterstellung von Gewerben unter Patrizier ergebenden Beziehungen des nichtpatrizischen Bürgertums zur patrizisch-kaufmännischen Oberschicht charakterisierte sie als Abhängigkeitsformen vornehmlich finanzieller Natur, die den sozial-ökonomischen Status der kleinen Warenproduzenten nicht veränderten und deren Eigentümerqualität nicht berührten. Solche Abhängigkeitsverhältnisse entsprachen weder einer feudalen noch bereits einer kapitalistischen Ausbeutung. Auch die politische Reglementierung der Zünfte durch einen patrizisch beherrschten Stadtrat begründeten kein feudales Herrschafts- bzw. Knechtschaftsverhältnis. Da die Produzenten als freie Städtebürger Eigentümer von Produktionsmitteln, zum Teil Produktionsstätten, Rohstoffen und den erzeugten Waren blieben, die Zünfte teilweise selbst Handel trieben, wobei sie in gewissem Umfang ihr Profitstreben realisierten, nach erfolgreichen innerstädtischen Auseinandersetzungen besonders im 14. Jahrhundert eine Berücksichtigung ihrer gewerblichen Interessen durchsetzten und Handwerker Anteil am Stadtrecht erlangten, da weiterhin das Kapital noch nicht in nennenswertem Maße in die Produktion eindrang und das Verhältnis zwischen Produzenten und den von der Produktion getrennten Kaufleuten letztlich auf keiner antagonistischen Stellung zu den Produktionsmitteln beruhte, könne man im 13./14. Jahrhundert das aus der Arbeitstellung zwischen Handel und Handwerk resultierende Verhältnis zwischen den Städtebürgern noch nicht als Ausbeutung charakterisieren. Die Referentin betonte, daß erst, wenn eine Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln einsetzt und die Kaufleute beginnen, sich die Produktion zu unterwerfen, eine Entwicklung in Richtung auf kapitalistische Ausbeutungsverhältnisse eingeleitet wird.

G. Günther (Mühlhausen) orientierte anhand von Materialien über Grundstücksverkäufe in der freien Reichsstadt Mühlhausen im frühen 15. Jahrhundert über den Prozeß der Umwandlung feudalen Grundeigentums in bürgerliches Eigentum, woraus hervorging, in welchem Maße Grund und Boden zur Ware geworden war.

Der Beitrag von H. Langer (Greifswald) zur "Genesis der Handels- und Manufakturbourgeoisie und ihr Verhältnis zum Städtebürgertum" leitete zu der Zeit über, in der sich aus der kleinen Warenproduktion Anfänge der kapitalistischen Produktionsweise entwickelten. Der Referent verglich die Entwicklung in Deutschland mit der in den Niederlanden und ging im Zusammenhang mit der Differenzierung zwischen Handels- und Manufakturbourgeoisie auf die Genesis der Klasse der Bourgeoisie ein. Der Inhalt dieses Referats wird hier nur kurz wiedergegeben, da das Thema sich bereits auf die Übergangsepoche zwischen Feudalismus und Kapitalismus bezieht und vorgesehen ist, die Problematik der Handels- und Manufakturbourgeoisie zu einem späteren Termin in einem selbständigen - wiederum durch Thesen vorbereiteten - Kolloquium zu behandeln.

In der Diskussion gingen W. Papke (Dresden) und I. Bendjus (Magdeburg) auf Probleme der Eigentumsverhältnisse und der Gemeindebildung in der spanischen und der russischen Stadt im 14./15. Jahrhundert ein, wobei sie auf Besonderheiten und Gemeinsamkeiten in der dortigen Entwicklung im Vergleich zu den Verhältnissen in der mittel- und westeuropäischen Stadt aufmerksam machten.

K. Czok (Leipzig) wandte sich in seinem Diskussionsbeitrag gegen eine Wertung der Stadtgemeinde als Gemeinschaft aller Bürger und warnte davor, die bürgerliche Selbstverwaltung als eine Art "Demokratie" zu interpretieren, da der Stadtrat als Machtinstrument einer bestimmten Gruppe in zunehmendem Maße eine solche Selbstverwaltung ausschloß. Die Städtebünde charakterisierte er als Interessenvertretung der städtischen Oberschicht und hob die Schwierigkeiten bei der Einordnung des Patriziats in den Klassenbegriff des mittelalterlichen Städtebürgertums hervor.

H. Mohr (Potsdam) forderte, den Status des mittelalterlichen Bürgertums und die Entscheidung über dessen Bezeichnung als Nebenklasse oder Schicht(en) durch internationale Diskussionen und Vergleiche zu klären sowie die Verhältnisse in der außereuropäischen Stadt einzubeziehen. In diesem Zusammenhang verwies er auf die in sowjetischen Lehrbüchern und Nachschlagewerken vertretenen Auffassungen über das mittelalterliche Bürgertum, deren Variationsbreite von der allgemeinen Aussage, "im wesentlichen Handwerker und Kaufleute" dazuzurechnen, über die Ansicht, "eine patrizisch-kaufmännische Oberschicht und die breite Masse der Handwerker und kleinen Kaufleute" einzubeziehen, bis zur Einengung auf die "mittleren Schichten" der Stadt oder sogar nur auf "die Handwerker" reicht. Die sowjetischen Veröffentlichungen verwenden für die Stadtbevölkerung die Termini obere, mittlere und untere Schichten. Den Klassenbegriff gebrauchen sie nicht; sie sprechen aber von Ausbeutung und Klassenkämpfen in der Stadt. Mohr trat dafür ein, zur Bezeichnung des mittelalterlichen Bürgertums ebenfalls nur den Schichtenbegriff zu benutzen.

E. Müller-Mertens (Berlin) stellte in den Mittelpunkt seiner Diskussion die Frage, wie weit Handelskapitalisten und kleine Warenproduzenten als eine Klasse aufzufassen seien, wobei er die sie verbindenden und sie trennenden Faktoren aufzeigte. Seine Argumentation zu diesem Problem beruhte auf folgenden Gesichtspunkten; Erstens sei zu klären, ob die Beziehung zwischen beiden Kontrahenten in der notwendigen Verbindung zwischen Warenproduktion und Warenabsatz ein Konkurrenz- oder ein Ausbeutungsverhältnis war; zweitens sei der Eingriff in die Feudalsphäre durch den Handel auch mit Agrarprodukten für den Handelskapitalisten wesentlich und unabdingbar gewesen; drittens hätten sich Kauf und Verkauf auf dem städtischen Markt häufig unter Ausschaltung des Kaufmanns auf direktem Wege zwischen Bauer, Handwerker und Feudalherrn vollzogen; viertens sei es bedenklich, die im Entstehungsprozeß der mittelalterlichen Stadt mit den kleinen Warenproduzenten auftretenden plebejischen Elemente, die an der Kommunebewegung teilnahmen, vom Städtebürgertum auszuschließen; fünftens schließlich erhebe sich die Frage, ob man die Beziehungen zwischen Kaufleuten und Handwerkern nicht besser mit dem Begriff eines zwischen ihnen bestehenden Bündnisses fassen könne als mit dem Klassenbegriff. Weiterhin machte Müller-Mertens darauf aufmerksam, daß der Besitz an Produktionsmitteln zwar für den Bauern und den Handwerker, der meist auch Eigentümer von Produktionsmitteln war, unabdingbar war, aber nicht für den Handelskapitalisten, der in der Zirkulationssphäre wirkte. Er meinte, daß solche Fragen in die Überlegungen einbezogen werden sollten.

G. Vogler (Berlin) entgegnete auf die Ausführungen von Mohr, daß seiner Kenntnis nach der zum Teil sehr kontroverse Meinungsstreit in der sowjetischen Geschichtswissenschaft auf den Charakter der einfachen Warenproduktion im Feudalismus konzentriert sei und weniger auf die Klassennatur des Bürgertums. Er hob die Notwendigkeit unserer eigenen Verständigung über mittelalterliche Klassenverhältnisse besonders für die Auseinandersetzung mit Auffassungen der bürgerlichen Mediävistik hervor. Eine wichtige Aufgabe künftiger Untersuchungen erblickte er in der Frage nach Charakter und Funktion der Zunft in der mittelalterlichen Stadt. Gegenüber Fritze, der dem feudalen Grundbesitz von Städtebürgern für die Charakterisierung des mittelalterlichen Bürgertums sehr hohe Bedeutung beimaß, betonte Vogler, daß die Existenz des Bürgers nicht von seinem feudalen Landbesitz abhing, daß Grundbesitz erst in einem Folgeprozeß des vom Kaufmann oder Handwerker erwirtschafteten Geldes erworben wurde, ihm somit im vorliegenden Zusammenhang eine sekundäre Rolle zukäme.

W. Küttler (Berlin) unterstrich noch einmal den Übergangscharakter von Nebenklassen, demonstriert am Beispiel des Kleinbürgertums im Kapitalismus, und betonte, daß es darauf ankomme, jene Einheit herauszuarbeiten, in der die städtische Gesellschaft auf eine höhere historische Entwicklungsstufe führte.

E. Engel unterstrich die Notwendigkeit, den in der sowjetischen Geschichtswissenschaft geführten Meinungsstreit über Stadt und Bürgertum im Feudalismus intensiv zu verfolgen und

sich daran zu beteiligen. In diesem Zusammenhang führte sie unter anderem die Arbeit von S. M. Štam über die Sozialstruktur in der mittelalterlichen Stadt an⁴, der die strukturelle Einheit von Warenproduktion und Warenaustausch und die darauf basierende relative soziale Einheit von Kaufleuten und Handwerkern herausarbeitete, die er als eine soziale Schicht anspricht, ohne den Klassenbegriff zu verwenden.

D. Lösche (Berlin) schloß sich den Einwänden von Fritze gegen die Bezeichnung des mittelalterlichen Bürgertums als Nebenklasse an.

Wenn auch sowohl in den Referaten wie in den Diskussionsbeiträgen noch Fragen offen blieben, so wurde das Anliegen des Kolloquiums, den unter den Historikern der DDR begonnenen regen Meinungsstreit über den historischen Standort von Bürgertum und Stadt in der Feudalgesellschaft fortzuführen, erfüllt. Wie A. Laube in seinem Schlußwort betonte, wurde in manchen Teilfragen eine relative Annäherung der Standpunkte erzielt. Darüber hinaus wurden wichtige Anregungen für eine weiterführende intensive Beschäftigung mit einem der entscheidendsten Probleme der mittelalterlichen Geschichte gegeben. Als nächste Veranstaltung ist ein Kolloquium zur Rolle von Stadt und Bürgertum in der Übergangsepoche vom Feudalismus zum Kapitalismus vorgesehen.

Brigitte Berthold

4 Štam, S. M., Skladovanie social'noj struktury srednevekovogo goroda, in: Srednie veka, Bd. 34, 1971, S. 256 ff.

CHARAKTER UND FUNKTION DER STÄDTBÜNDE IN DER FEUDALEN GESELLSCHAFT

In den Mittelpunkt ihrer 18. Jahrestagung im Oktober 1973 in Neubrandenburg hatte die Hansische Arbeitsgemeinschaft der Historiker-Gesellschaft der DDR das Thema "Charakter und Funktion der Städtebünde in der feudalen Gesellschaft (13. bis 16. Jahrhundert)" gestellt. In einem längeren Hauptreferat und in zeitlich, sachlich und regional zugeordneten Referaten und Kommunikationen wurde das Thema unter dem Aspekt angepackt, einen Beitrag zur Klärung der viel diskutierten Frage nach Stellung und Bedeutung von Stadt und Bürgertum im Feudalismus zu leisten. Durch die Behandlung von Städtebünden und ähnlichen Zusammenschlüssen im deutschen Reichsgebiet insgesamt sowie in einzelnen deutschen Territorien, in Italien, Spanien (Kastilien), Livland, im Ordensstaat Preußen und in den nördlichen Niederlanden - in der Diskussion ergänzt durch Frankreich und die Schweiz - wurde der Versuch gemacht, das Thema von vornherein breit anzulegen und im europäischen Vergleich darzustellen. Für die Hansische Arbeitsgemeinschaft spielte dabei natürlich die spezielle Absicht eine Rolle, aus diesem Vergleich Rückschlüsse auf Charakter und Funktion der Hanse ziehen zu können; ein Anliegen, über das auf allen Tagungen der Arbeitsgemeinschaft immer wieder diskutiert wurde, ein Problem, zu dem es unter den Historikern der DDR unterschiedliche Auffassungen gibt.

Der Hauptreferent, J. Schildhauer (Greifswald), sprach sich entschieden dafür aus, daß der Hanse - ihre Entwicklungsstufen und die im Verlauf von über 300 Jahren eingetretenen Veränderungen in Rechnung stellend - aufgrund eines Vergleiches ihrer inneren Struktur mit den übrigen deutschen Städtebünden der Charakter eines Städtebundes nicht abzusprechen sei. Sie war ein politisches Bündnis der Städte zur Errichtung und Sicherung der Handels suprematie auch über ausländische Gebiete. Gegenüber der bisher üblichen und allgemein anerkannten Gliederung der Geschichte der Hanse, die nur die beiden Phasen der Kaufmanns- und der Städtehanse unterschied, stellte der Referent mehrere Etappen in der Entwicklung der Städtehanse heraus. In der ersten Phase ihrer Entwicklung vom Ende des 13. Jahrhunderts bis 1367 sieht er die Städtehanse als eine stark wirtschaftlich orientierte Gemeinschaft von Städten. In der zweiten Etappe seiner Periodisierung, die bis zum zweiten Jahrzehnt des 15. Jahrhunderts reicht und in der der Hansetag von 1418 herausragt, festigte sich der Bundescharakter; die Hanse wurde mehr und mehr ein politisches Bündnis zur Sicherung der hansischen Handelsvorherrschaft. Mit der Mitte des 16. Jahrhunderts begrenzte Schildhauer die dritte Entwicklungsphase der Städtehanse, in der das erstarkende Territorialfürstentum eine Reihe von lokalen und territorialen Städtebündnissen notwendig machte, die aber als Teil der Hanse auch deren Gesamtinteressen vertraten. Mit den Reorganisationsbemühungen Heinrich Sudermanns setzte in dieser Periodisierung von der Mitte des 16. Jahrhunderts die letzte Phase des hansischen Städtebundes ein.

In Kommunikationen vorwiegend zur Geschichte deutscher Städtebünde behandelte K. Czok (Leipzig) Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Landfrieden und Städtebünden, E. Engel (Berlin) verglich die Städtebünde im Reich zwischen 1226 und 1314 unter verschiedenen Aspekten, E. Müller-Mertens (Berlin) exemplifizierte allgemeine Probleme der mittelalterlichen Städtebünde anhand der brandenburgischen Beispiele zwischen 1308 und 1482.

Für die deutschen Verhältnisse aufschlußreich und interessant ist vor allem ein Vergleich mit italienischen Städtebünden. Den beiden lombardischen Bündnissen des 12. und des 13. Jahrhunderts war der Vortrag von W. I. Rutenburg (Leningrad) gewidmet. Ihre Bedeutung schätz-

te der Referent hoch ein, indem er besonders zwei Ebenen ihres Wirkens herausstellte; einmal ihre Rolle als Versuchsfeld regionaler Einigung des Landes und zum anderen ihre Bedeutung für das qualitative Hinüberwachsen der Städte zu solchen wirtschaftlichen und politischen Organismen, die zu Ausgangspunkten des frühen Kapitalismus und der Renaissance werden konnten. Der erste Lombardenbund von 1167 habe sich historisch und praktisch bewährt, indem er die Kommune für Italien rettete. Der faktische Sieg des zweiten Lombardenbundes stärkte die popolanische Macht in den Kommunen, führte zu einer im 13. Jahrhundert dominierenden Bedeutung der Popolanen, die sich in den fortgeschrittensten Zentren im 14. Jahrhundert zu einer frühen Bourgeoisie entwickelten.

E. Papke (Dresden) arbeitete in ihrem Vortrag "Zur Bedeutung der Städtebünde im feudalen Spanien (Kastilien)" vor allem den unterschiedlichen Charakter der Hermandades (Bruderschaften) im Norden und Süden des Landes heraus, der geprägt war durch die unterschiedliche soziale Struktur und ökonomische Situation in den Städten. Von der Zusammenfassung her unterschied sie die reinen Städte-Hermandades Nordspaniens, die zur Sicherung der Rechtslage der Vollbürger und zum Schutz ihrer ökonomischen und politischen Privilegien geschlossen waren, von den aus Bürgertum, Adel und Geistlichkeit zusammengesetzten gemischten Hermandades. In der zeitlichen Gliederung der spanischen Städtebünde nahm die Referentin einen entscheidenden Einschnitt um 1400 vor. Zwischen 1200 und 1400 - mit dem Höhepunkt um 1315 - verfolgten die Städtebünde vorwiegend ökonomisch-juristische Ziele, beeinflussten aber auch die Politik des Reiches, indem die Städte zu Bundesgenossen des Königs wurden. Die Städtebünde dieser Etappe zeugten von den Ansätzen eines aktiven, hochentwickelten Städtebürgertums auch im feudalen Spanien. Dagegen ging im 15. Jahrhundert der Einfluß des Stadtbürgertums zurück, auf politischer Ebene standen sich nur noch Adel und König gegenüber, lediglich die alte Organisationsform der Städtebünde wurde für vorwiegend polizeiliche Belange ausgenutzt.

T. Zeids (Riga) behandelte als charakteristische Organisationsformen der livländischen Städte im 14. bis 16. Jahrhundert das livländische Drittel der Hanse und die livländischen Städtetage. Die Bildung eines engeren livländischen Städtebundes konnte der Ordensstaat durch seine militärische Übermacht verhindern. Seit der Mitte des 14. Jahrhunderts wurden auf den Städtetagen, an denen nur die Vertreter der drei größten Städte Riga, Reval und Dorpat teilnahmen, die Handelsinteressen und die Außenpolitik der livländischen Städte, die Beziehungen der Städte untereinander und ihre Politik gegenüber den politischen Mächten des Landes beraten. Von der gewachsenen politischen Rolle der livländischen Städte zeugt auch die Tatsache, daß es auf dem livländischen Landtag eine besondere Städtekurie gab. Die Beschlüsse der livländischen Städtetage widerspiegeln vor allem die Klasseninteressen des Patriziats. Das Fehlen eines besonderen livländischen Städtebundes wertete der Referent als nicht günstig für den Kampf des Städtebürgertums gegen das Rittertum im Land.

Auf intensive Forschungen in der Volksrepublik Polen zur Geschichte des "Bundes des Adels und der Städte Preußens" (1440 bis 1454) als eines Repräsentanten der Opposition gegen die Herrschaft des Deutschen Ordens konnte sich M. Biskup (Toruń) stützen. Der Referent arbeitete unter anderem heraus; die wichtige Rolle des preußischen Bürgertums bei der Abfassung der Bundesakte; den Klassencharakter des Bundes, der durch die besitzenden Klassen im Ordensstaat bestimmt wurde, der aber durch seinen Einfluß auf andere soziale Gruppen eine starke Repräsentativität im Kampf gegen die Gerichtsrechte und die monopolistische Herrschaft des Ordens errang; die zwei Etappen in der Entwicklung des Bundes; die positive Rolle des Bundes als eines Modells für einen Ständestaat, als eines Symbols der Opposition der Gesellschaft im Ordensstaat. In seiner Bilanz unterstrich Biskup, daß der Bund ohne den bürgerlichen Faktor in seinen Reihen nicht in der Lage gewesen wäre, eine so wichtige Rolle in der Geschichte Preußens und Polens zu spielen.

Keine ausgesprochenen Städtebünde kannten die nördlichen Niederlande, denen sich L. Struick (Utrecht) in seinem Beitrag "Hansestädte und städtisches Zusammenwirken in den nördlichen Niederlanden" zuwandte. Nach 1300 setzte eine neue Phase in der ökonomischen und politischen Entwicklung dieser Gebiete ein, die unter anderem durch folgende Faktoren gekennzeichnet war; Gründung vieler neuer Städte durch Förderung seitens der Landesherrn; Vollendung binnenländischer Schifffahrtswege; Entstehung eines eigenen agrarischen Exportgebietes; Zusammenarbeit der holländischen und seeländischen Städte, zunächst in Verbindung mit den erfahreneren wendischen Hansestädten, dann aber - im Interesse eines freieren Handelssystems - im Kampf gegen die alten hansischen Methoden des Stapels und des Monopols. Für die Durchsetzung und den Schutz ihrer Handelsinteressen fanden die nordniederländischen Städte einen ausreichenden Rückhalt in der Ständebewegung während des 14. Jahrhunderts, wodurch sie auch Anteil an der politischen Machtausübung im Fürstentum erlangten. Städtebünde im eigentlichen Sinne waren damit überflüssig.

B. Töpfer (Berlin) sprach zum Abschluß des Vortragsprogrammes über "Städtebünde in den Fürstentümern Lüttich und Brabant und deren Bedeutung für die Ausbildung der landständischen Verfassung (13. bis 15. Jahrhundert)". In beiden Fürstentümern traten Städtebünde relativ früh auf, in Lüttich 1229/1230, in Brabant 1261/1262. Für diese territorialen Städtebünde in Lüttich und Brabant war charakteristisch, daß sie bei der Formierung der ständischen Vertretungen die führende Rolle spielten, daß im Vordergrund der Zusammensetzung politische Ziele standen, während ökonomische im Hintergrund blieben, daß die Zusammensetzung der Bünde über lange Perioden stabil blieb. Während das Verhältnis Städtebund - Herzog in Brabant längst nicht so gespannt war, richteten sich die viel zahlreicheren Bünde im Bistum Lüttich ganz überwiegend und ausgeprägt gegen den bischöflichen Landesherrn. Zu einer regulären Ständevertretung kam es in Lüttich später als in Brabant, der staatliche Konsolidierungsprozeß vollzog sich in den geistlichen Fürstentümern komplizierter als in den weltlichen Territorien. Für das geistliche aber wie für das weltliche Territorium waren die Städte ein wichtiger Faktor bei der Formierung des Ständestaates.

Nimmt man aus der Diskussion die ergänzenden Beiträge von Ph. Wolff (Toulouse) über die Ansatzpunkte zu Städtebünden in Frankreich 1356, 1381/82, 1420 bis 1422 sowie von S. Hoyer (Leipzig) über den Schweizer Bund der Stadt- und Landgemeinden hinzu, so läßt sich insgesamt sagen, daß durch die Neubrandenburger Tagung das Phänomen "Städtebund" geographisch und inhaltlich breiter beleuchtet wurde als in bisherigen Publikationen und Diskussionen. Es deutet sich gegenüber der bisher zu einseitigen Blickrichtung auf die großen und berühmten Städtebünde besonders des 14. Jahrhunderts eine solche Vielzahl und Vielfalt städtischen Bündniswesens im Mittelalter an, daß die Forderung nach weiteren vergleichenden Untersuchungen zum Charakter und zur Funktion der Bünde und schließlich nach einer Gesamtgeschichte der mittelalterlichen Städtebünde zu Recht bestehen bleibt. Dabei wird eine Differenzierung, die aber nicht die Gemeinsamkeiten der Bünde übersieht, ebenso notwendig sein wie eine nicht zu enge, an heutige Vorstellungen von festen Institutionen gebundene Betrachtung dieser historischen Erscheinung des Mittelalters.

Der von marxistischen Historikern für einzelne Städtebünde schon vorher verwendeten Charakterisierung des Städtebundes als Selbsthilfeorgan des Städtebürgertums, als Machtmittel besonders seiner herrschenden Schichten, das äußere und innere Funktionen hatte, wurde auch für weitere Bünde im wesentlichen zugestimmt. Für die Beantwortung der Frage, warum es nur in einigen Ländern zu Städtebünden kam, wurden weitere konkrete Untersuchungen vorgelegt; aber eine Begründung allein mit der Stärke oder Schwäche der Zentralgewalt in einem Land scheint mir zu einseitig. Die wirtschaftliche Situation der sich zu Städtebünden vereinigenden Städte und die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Gesamtumstände eines Landes oder eines Territoriums, in dem das Bürgertum zu solchen Selbsthilfeorganisationen griff, müssen dabei wohl stärker berücksichtigt werden. In diesem Zusammenhang sind gerade auch die Verhältnisse interessant, unter denen es keine Städtebünde gab bzw. bei denen die Historiker sich nicht einig sind über die Möglichkeit oder Realität ei-

nes Städtebundes (etwa Frankreich). Für die Beurteilung der Frage, was den Städtebund überhaupt ausmache - etwa im Unterschied zu anderen städtischen Verträgen, Abmachungen usw. -, gab es eine Reihe von Anregungen. Der Vorschlag, die längerfristige Dauer und größere Wirksamkeit als Kriterium für einen Städtebund gelten zu lassen, dagegen kurzfristigen Vereinbarungen zwischen Städten nicht die Qualität eines Bundes zuzumessen, bedarf noch der Erörterung. Man könnte Beispiele für die kurzfristige Existenz und gleichzeitige hohe Wirksamkeit von Städtebünden anführen. Der Bund vom Februar 1273 zwischen sieben deutschen Städten hat die Wahl Rudolfs von Habsburg am 1. Oktober 1273 anscheinend nicht lange überlebt, aber sein Einfluß auf die einstimmige Wahl eines neuen Königs durch die Kurfürsten nach dem sogenannten Interregnum wird nicht bezweifelt.

Der Wirtschaftshistoriker wird vielleicht eine stärkere Berücksichtigung ökonomischer Faktoren im Zusammenhang mit der Behandlung der Städtebünde vermißt haben. Immerhin gingen alle Referenten und Diskussionsredner davon aus, daß Städtebünde erst auf einer bestimmten Entwicklungsstufe der Städte und des Städtebürgertums auftreten; Städtebünde setzen eine gewisse ökonomische Stärke der Städte voraus. Andererseits aber wurde von den meisten Rednern - bei Berücksichtigung der ökonomischen Ansätze für die Entstehung von Städtebünden und der zunächst vorwiegend wirtschaftlichen Ziele der Vereinigungen - der starke politische Charakter, die politische Stoßrichtung von Städtebünden betont. Diese Auffassung, die gegenüber unserer bisherigen, stark von der hansischen Forschung beeinflussten Vorstellung ein wenig nuanciert ist, widerspiegelte sich auch in der Einschätzung der Hanse, deren Entwicklung von einer wirtschaftlich orientierten Gemeinschaft von Städten zum politischen Bündnis betont wurde. Sie kam auch in den Referaten zum Ausdruck, die den Zusammenhang von Städtebünden und Entwicklung der ständischen Repräsentation in einem Territorium behandelten - eine Thematik, die gerade im Zusammenhang mit der Jahrestagung der Hansischen Arbeitsgemeinschaft im Jahre 1974 sicher weiterzuverfolgen ist.

Nur am Rande spielten das Zusammengehen von Städtebürgertum und Bauern im Rahmen eines Städtebundes bzw. das überwiegende Fehlen dieses Bündnisses in den meisten Städtebünden auf der Tagung eine Rolle. Immerhin darf in diesem Zusammenhang an interessante Ausführungen von T. Zeids zum Verhältnis der livländischen Städte zu den Bauern erinnert werden, an die von M. Biskup erwähnten Kontakte des Preußischen Bundes zu bestimmten bäuerlichen Gruppen und an die Ausführungen von S. Hoyer zur Schweizer Eidgenossenschaft. Eine stärkere Einbeziehung dieser Frage in eine Behandlung der Städtebünde im Feudalismus wäre besonders notwendig gewesen, als es - aufgeworfen durch E. Müller-Mertens in seiner Kommunikation - zu einer Diskussion um den antifeudalen oder nicht antifeudalen Charakter der Städtebünde kam. Zu der Polemik von Müller-Mertens ist zu bemerken, daß weder in den bisherigen Diskussionen noch auf der Neubrandenburger Tagung die Auffassung vertreten wurde, das mittelalterliche Städtebürgertum sei antifeudal gewesen bzw. die Städtebünde hätten eine antifeudale Stoßrichtung gehabt.

Die Diskussion über solche grundlegenden theoretischen Fragen der Geschichte des Feudalismus, die in Neubrandenburg abgebrochen wurde, sollte ebenso fortgesetzt werden wie die weitere Erforschung der konkreten historischen Erscheinungen dieser Epoche.

Evamaria Engel

7. TAGUNG DER FACHGRUPPE UR- UND FRÜHGESCHICHTE DER HISTORIKER-GESELLSCHAFT DER DDR IN DRESDEN VOM 10. BIS 12. MAI 1973

Unter der Thematik "Moderne Probleme der Archäologie" stellte sich die diesjährige Tagung der Fachgruppe Ur- und Frühgeschichte in der Historiker-Gesellschaft der DDR die Aufgabe, eine Reihe von Fragen zu beantworten, die im Prozeß der Forschung immer dringlicher eine Bearbeitung erfordern. In seinem Hauptreferat "Moderne Archäologie - marxistisch-leninistische Ur- und Frühgeschichtsforschung" wies K.-H. Otto (Berlin) nach, daß sich die moderne Archäologie auf der methodologischen Grundlage des historischen Materialismus entwickelt und durch vielfältige Formen der interdisziplinären Forschung gekennzeichnet ist. In dem hier gegebenen Rahmen behandelten die folgenden Vorträge vielfältige, aktuelle Forschungsprobleme und -ergebnisse. Dem Charakter des "Jahrbuches für Wirtschaftsgeschichte" entsprechend soll eine Reihe von Problemkomplexen nur kurz umrissen werden, dagegen soll der Bericht über jene Beiträge, die sich unmittelbar mit der Entwicklung der Produktivkräfte und der Analyse sozialökonomischer Prozesse beschäftigen, ausführlicher informieren.

Die Klärung des Verhältnisses zwischen der Entwicklung archäologischer Kulturen und dem realen historischen Prozeß ist eine grundlegende Aufgabenstellung der Archäologie und verlangt die ständige Erweiterung der methodologischen Grundlagen.

P. M. Doluchanov (Leningrad) behandelte Probleme des Wechselverhältnisses von natürlichen Voraussetzungen und sozialökonomischen Prozessen. Mit den Widersprüchen und Triebkräften, die der Entwicklung archäologischer Kulturen im Neolithikum zugrunde liegen, beschäftigte sich F. Schlette (Halle). Weitere Vorträge waren Problemen der Ethnogenese gewidmet. I. Sellnow (Berlin) sprach über methodische Möglichkeiten und Grenzen, in der Ethnologie Prozesse der Ethnogenese zu erfassen, und zeigte insbesondere an ausgewählten Beispielen afrikanischer Stämme, daß selbst die Gesamtheit der materiellen Kultur oft keine sicheren Schlüsse erlaubt. H. Grünert (Berlin) behandelte aus der Sicht des Archäologen Möglichkeiten, ethnologische Erkenntnisse für die Durchdringung archäologischer Kulturen zu nutzen.

In einer ganzen Reihe von Beiträgen, die vielfach auf naturwissenschaftlichen Ergebnissen aufbauten, wurde deutlich, daß die auf diesem Wege gewonnene Verbreiterung der Quellenbasis und die gleichzeitige Vertiefung der Quelleninterpretation für die moderne Archäologie Wege eröffnen, sozialökonomische Prozesse wesentlich tiefgründiger zu untersuchen. Dem daraus erwachsenden Erfordernis, eine Methodologie der sozialökonomischen Analyse auf der Grundlage archäologischer Quellen auszuarbeiten, entsprach der Beitrag J. Hermanns (Berlin). Der Referent definierte die sozialökonomische Analyse als eine Kategorie zur Rekonstruktion des historischen Gesamtprozesses, die die Untersuchung der Produktionsbedingungen und der Strukturen der Gesellschaft zum Ziele hat. Die Bestimmung der archäologischen Quellen nach Raum und Zeit ist die Grundlage oder erste Stufe einer sozialökonomischen Analyse. Dem folgt die Untersuchung des Standes und der Entwicklungsbedingungen der Produktivkräfte. Erst auf dieser Grundlage lassen sich soziale Beziehungen herausarbeiten, für die zwar in den Gräbern, Siedlungen und Burgwällen, aber zum Beispiel auch in Waffen, Hortfunden und dergleichen ein reiches archäologisches Quellenmaterial zur Verfügung steht, daß sich deren Zusammenhänge und Bedingungen jedoch weit schwerer aufhellen lassen. Gerade darin liegt der vielfach hypothetische Charakter abgeleiteter Aus-

sagen. Die Herausarbeitung von sozialökonomischen Gebieten, also von Territorien, für die eine einheitliche bzw. zusammenhängende ökonomische Grundlage und soziale Strukturen erkannt werden können, ermöglicht den Vergleich mit nichtarchäologischen Quellen und den von dort abgeleiteten Ergebnissen: Auf dieser Grundlage lassen sich Umfang und Verbreitung gesellschaftlicher Gruppen ermitteln und deren wechselseitige Beziehungen im Produktionsprozeß bestimmen, was besondere Bedeutung für die Aufhellung von Prozessen des Übergangs zur Klassengesellschaft erlangt.

Inwieweit spezielle Untersuchungen auf verschiedenen Ebenen dieser von J. Herrmann dargelegten Reihenfolge Ergebnisse historischer Relevanz ermöglichen, zeigten zunächst Beiträge zum Neolithikum.

H. Quitta (Berlin) sprach über neue Ergebnisse der Radiokarbondatierung. Neben dem Nachweis sehr frühen und offenkundig autochthonen Bodenbaus in Asien auf der Basis von Knollenfrüchten haben Grabungen auf dem Balkan ergeben, daß hier bereits im 7. Jahrtausend v. u. Z. neolithische Kulturen existierten. Die gegenwärtig gültige These, daß sich das Ausgangsgebiet des europäischen Ackerbaus im Vorderen Orient befunden habe, muß demnach überprüft werden. Ähnliches ergibt sich aus der Feststellung, daß ebenfalls auf dem Balkan die ältesten Fundstellen der Bronzezeit Europas liegen.

Ergebnisse spektralanalytischer Forschungen legte I. R. Selimchanov (Baku) vor. Im Kaukasus und ebenso in der Slowakei wurden unter äneolithischen Metallgeräten überwiegend Arsenbronzen entdeckt, das heißt Gegenstände, die über einen bewußt zugefügten Anteil an Arsen verfügten. Im Vergleich mit den Darlegungen H. Quittas zeigte sich zwar, daß die Datierungsgrundlagen dieser Forschungen noch unzureichend sind, jedoch deutet sich damit die Herstellung legierter Metalle seit dem 4. Jahrtausend v. u. Z. an. Selimchanov bestritt die Existenz einer langdauernden Kupferzeit.

Dem methodisch schwer lösbaren Problem der Abgrenzung äneolithischer Ackerbauern und Viehzüchter wandte sich V. I. Bibikova (Kiev) zu. Der Umfang der Viehhaltung wird in der Regel mit Hilfe der in Siedlungen erhalten gebliebenen Tierknochen bestimmt. Da die Zusammensetzung und Menge des Fundmaterials in hohem Maße durch Zufälligkeiten bestimmt wird, lassen sich vergleichende Untersuchungen über größere Gebiete nur schwer durchführen. Vor allem aber ist auf diesem Wege der Anteil des Feldbaues überhaupt nicht abschätzbar, da direkte Zeugnisse durch archäologische Forschungen nicht in vergleichbarem Umfang erlangt werden können. V. I. Bibikova bestimmte den Anteil des Pferdes am Gesamtbestand der Huftiere aus Siedlungen der osteuropäischen Steppenzeone. Während westlich des Dnepr der Anteil der Pferde stets weniger als 10 Prozent betrug, lag er in den östlichen Gebieten weit darüber und erreichte zum Teil 60 bis 80 Prozent. Mit dieser Methode werden die Ungleichheiten des Forschungsstandes überwunden und der Nachweis einer dominierenden Pferdezüchtung zwischen Dnepr und Vorkaukasus erbracht, der gegenüber der Ackerbau zweifellos weit zurücktreten mußte. Wenn dagegen im westlichen Bereich der Tripoljekultur das Rind dominierte, so entspricht das der auch aus anderen Quellen gewonnenen Erkenntnis von der hohen Bedeutung des Feldbaus in diesem Gebiet.

Daß neueste Forschungen der Eisenmetallurgie gestatten, ein differenziertes Bild der Produktivität in verschiedenen historischen Gebieten zu zeichnen, konnte R. Pleiner (Prag) darlegen. So ergab die in einer relativ kleinen Zahl von Verhüttungsplätzen betriebene Eisenverarbeitung der Kelten eine weitaus höhere Ausbeute und Produktivität als die dezentralisierte und jedes noch so geringe Erzlager nutzende Eisenproduktion der Germanen. Das heißt, die große Zahl von Verhüttungsspuren in bäuerlichen Siedlungen der römischen Kaiserzeit beweist ein geringes Niveau der Metallurgie. Nach wie vor ist es allerdings schwierig, Zentren der Eisenverhüttung nachzuweisen, da sie in der Regel an Erzvorkommen zu suchen sind, die bis zur Neuzeit ausgebeutet wurden. Das wurde auch bei R. Spehr (Dresden) deutlich, der ein keltisches Verhüttungsgebiet im thüringischen Vessertal nachzuwei-

sen suchte. Die detaillierte Untersuchung der eisernen Geräte aus der befestigten keltischen Siedlung auf dem Kleinen Gleichberg bei Römhild vermittelte ein eindrucksvolles Bild vom Niveau keltischer Schmiedetechnik, aber auch von der Breite und Vielfalt eiserner Arbeitsgeräte. Eine Überschätzung der Aussagemöglichkeiten archäologischer Quellen liegt dagegen in dem Versuch, aus den Unterschieden in Größe, Gestalt und Gewicht von Äxten auf mehrere selbständig und gleichzeitig produzierende Werkstätten zu schließen.

Die Ergebnisse der Tagung werden in der Reihe "Aus Ur- und Frühgeschichte" publiziert. Über die genannten Beiträge hinaus werden dort auch Vorträge Aufnahme finden, die den historischen Aussagemöglichkeiten naturwissenschaftlicher Quellengruppen gewidmet waren. Unterschiedliche Aspekte pollenanalytischer Untersuchungen im Zusammenhang mit Siedlungsforschungen konnten E. Rybničková (Brno) und E. Lange (Berlin) vortragen. Die Blutgruppenbestimmung anhand von Skelettmaterialien, wie sie von I. Lengyel (Budapest) entwickelt wurde, ermöglichte Einblick in die soziale Differenzierung und ethnische Zugehörigkeit von Gräbergruppen verschiedener Perioden. Die Aussagemöglichkeiten der Ähnlichkeits- und Verwandtschaftsanalyse an frühgeschichtlichen Skeletten referierte H. Ullrich (Berlin). A. Häusler (Halle) wies methodische Möglichkeiten nach, soziologische Forschungen anhand der Bestattungssitten zu vertiefen. M. Jählig (Berlin) hob die Bedeutung der Dendrochronologie für die Gewinnung sicherer Datierungsgrundlagen im 1. Jahrtausend u. Z. hervor und legte bereits erzielte Ergebnisse eigener Forschungen vor.

Die Tagung verdeutlichte die Breite methodischer Möglichkeiten, die in neuerer Zeit für eine intensive historische Auswertung archäologischer Quellen gewonnen wurde. Daß in mehreren Beiträgen unterschiedliche Ergebnisse oder Standpunkte vorgetragen wurden, kann nicht nur die weitere Forschung befruchten, sondern auch der weiteren Arbeit der Fachgruppe zugute kommen, die sich auch künftig als Forum des wissenschaftlichen Meinungsstreites zur Verfügung stellen wird, wie F. Schlette in seinem Schlußwort hervorhob.

Peter Donat

Bibliographie

HOCHSCHULSCHRIFTEN ZUR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

von Renate Günther

Gert Audring

ÜBER DIE WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE STELLUNG DES BAUERN IN DER
POLIS ATHEN WÄHREND DES AUSGEHENDEN 5. UND 4. JH. V. U. Z.

Dissertation A (12. 12. 1973)

1. Begriffsbestimmung
2. Die bäuerliche Produktionsweise. Geografische Bedingungen; Entwicklungsstand der Landwirtschaft; Struktur der Bauernwirtschaften; Das Problem der Entwicklungsmöglichkeiten des bäuerlichen Grundeigentums; Die bäuerliche Produktionsweise und das Problem der Konzentration von Grundeigentum; Über Landflucht in Attika
3. Die Bauern im politischen Leben Athens. Der Typus des agroikos; Über die Trennung von Stadt und Land in Attika; Kritik des Ehrenbergischen "petit bourgeois"; Zur sozialökonomischen Lage der attischen Bauernschaft in den Jahren 431 - 338 v. u. Z.; Der attische Bauer und die Demokratie von Athen

Klaus Bürger

ZWEIG- UND RAUMSTRUKTUREN DER INDUSTRIE DES SAARLANDES UND IHRE
VERÄNDERUNGEN IM ZEITABSCHNITT VON 1960 bis 1970

Dissertation B (21. 6. 1972) Historisch-Philologische Fakultät des Wissenschaftlichen
Rates der Pädagogischen Hochschule "Karl Liebknecht" Potsdam

1. Gegenstand und Aufgaben; Aufbau; Arbeitsmethoden
2. Historische Entwicklung. Entwicklung des politischen Gebildes Saarland; Wandlungen der Industriestruktur im Verlauf der historischen Entwicklung
3. Gegenwärtige Struktur. Bereichs- und Zweigstrukturen (Stellung der Industrie in der Gesamtwirtschaft, Industriestruktur, einzelne Zweige); Regionalstruktur
4. Das Verkehrswesen im Saarland und seine Wechselwirkungen zur Industrie (Verkehrslage, Verkehrsnetz und Verkehrsträger, Aufgaben des Verkehrswesens)
5. Wechselwirkungen zwischen Industrie und Bevölkerung unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitskräfte. Entwicklung und gegenwärtiger Stand der Bevölkerung sowie deren räumliche Verteilung; Aktuelle Bevölkerungsprobleme im Saarland; Die Arbeitskräfte der Industrie im Saarland und ihre Probleme
6. Wechselwirkungen zwischen Industrie und Siedlung. Die Siedlungsentwicklung unter besonderer Berücksichtigung des Einflusses der Industrie; Tendenzen und Probleme der Siedlungsentwicklung seit 1949

Alfred Bues

DIE ÖKONOMISCHE UND POLITISCHE ROLLE CARL WENZELS (9. 12. 1876 - 20. 12. 1944) ALS AGRARKAPITALIST UND MONOPOLIST

Dissertation A (13. 7. 1972)

1. Die Herausbildung und Entwicklung der kapitalistischen Landwirtschaftsbetriebe Wentzel, Teutschenthal und J. G. Boltze, Salzmünde im Mansfelder Seekreis von den Anfängen bis 1918. Der Entwicklungsweg der Wentzels zu Agrarkapitalisten; Die Entwicklung der Firma J. G. Boltze, Salzmünde als landwirtschaftlich-industrieller Großbetrieb im 19. Jahrhundert; Die Herausbildung und Entstehung eines der größten kapitalistischen Landwirtschaftsbetriebe in Deutschland durch die Verschmelzung von Wentzel, Teutschenthal und J. G. Boltze, Salzmünde (1900 - 1918)
2. Die reaktionäre Rolle Wentzels, Teutschenthal in der Weimarer Republik, eine Begünstigung des Machtantritts des Faschismus. Der Kampf Wentzels gegen Errungenschaften der deutschen Novemberrevolution 1918 und zur Beseitigung der Weimarer Republik; Die Kommunalpolitik Wentzels in den Gemeinden Ober- und Unterteutschenthal; Die soziale Lage der Land- und Industriearbeiter in den Wentzelschen Unternehmungen; Die Monopolisierung der mitteldeutschen Zuckerindustrie durch Wentzel, die Ausbeutung der Arbeiter in der Zuckerindustrie (Monopolisierung der mitteldeutschen Zuckerindustrie; Ausbeutung der Arbeiter im Halle-Rositz-Holland-Konzern); Das weitere wirtschaftliche Erstarken der kapitalistischen Unternehmungen Wentzels in den Jahren 1918 bis 1933; Die politischen und ökonomischen Verbindungen Wentzels zur Hallischen Universität
3. Die politische und ökonomische Rolle Wentzels in der Zeit des Faschismus (1933 bis 1944). Die aktive Unterstützung der faschistischen Politik durch Wentzel in den Jahren 1933 - 1943 (seine politische Einstellung, Ausnutzung der faschistischen Agrarpolitik 1933 - 1939; aktive Beteiligung am faschistischen Raubkrieg bis Juli 1944); Die Rolle Wentzels bei dem Putschversuch gegen Hitler vom 20. Juli 1944; endgültige Entmachtung der Wentzels durch die demokratische Bodenreform

Helga Fenske

ZUR ROLLE DES BUNDESRECHNUNGSHOFES IM STAATSMONOPOLISTISCHEN SYSTEM WESTDEUTSCHLANDS

Dissertation A (14. 4. 1971) Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät des Wissenschaftlichen Rates der Humboldt-Universität zu Berlin

1. Die grundlegenden Züge des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems in Westdeutschland (1949 - 1970). Das Wesen des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland; Die staatsmonopolistische "Marktwirtschaft" (1949 - 1955/56), Die staatsmonopolistische Entwicklung im Zeichen der wissenschaftlich-technischen Revolution (1956/57 - 1961), Die staatsmonopolistische Entwicklung in Westdeutschland unter dem Einfluß des ökonomischen Wettbewerbs zwischen Sozialismus und Kapitalismus (1961 - 1970); Ursachen und Triebkräfte des staatsmonopolistischen Kapitalismus; Der Staatshaushalt, ein wichtiges Instrument zur Durchsetzung der imperialistischen Politik (Umverteilungsfunktion und Regulierungsfunktion, Kontrollfunktion)
2. Die Stellung des Bundesrechnungshofes im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus; (Begriffsbestimmung der Tätigkeit, historische Entwicklung, Stellung im Rahmen des Herrschaftssystems des monopolistischen Staates) Struktur des BRH; Auswahl der Kader

3. Die Prüfungsziele des BRH als Widerspiegelung der spezifischen Herrschaftsformen des monopolkapitalistischen Staates. Die Prüfung der staatlichen Verwaltung; Die Prüfung staatskapitalistischer Betriebe (Effektivität - Hauptgegenstand der Kontrolle; Kontrolle der Selbsterwirtschaftung und der Preise, der Investitionen und Amortisationen, des Gewinns und des Lohnfonds)
- 3.3. Die Prüfung von Unternehmen, an denen der Bund beteiligt ist
- 3.4. Prüfung westdeutscher Behörden und Institutionen im Ausland
- 3.5. Kontrolle von Investitionen, die aus staatlichen Mitteln subventioniert werden.

Hagen Fischer

DIE WIRTSCHAFTSPOLITIK DES RÖMISCHEN REICHS IN KLEINASIEN UNTER DEM EINFLUSS DER RÖMISCH-PARTHISCHEN RIVALITÄT

Dissertation A (16. 11. 1973) Wissenschaftlicher Rat der Humboldt-Universität zu Berlin

- A Der Beginn der römischen Okkupation in Kleinasien - Vom Aufstand des Aristonikos zum ersten Mithradatischen Krieg
- B Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme in Kleinasien während des ersten (und zweiten) Mithradatischen Krieges
- C Soziale Probleme des Mithradatischen Krieges
- D Die politische und wirtschaftliche Situation in Kleinasien, Syrien und im Iran nach dem Jahre 64 v. u. Z.
- E Die sozialökonomischen Bedingungen in Kleinasien seit der Zeitenwende und die Problematik der Handelsbeziehungen Kleinasiens nach dem Orient

Mohamed Saleh Gouma

DIE ROLLE DER AGRARREFORM IM WIRTSCHAFTSWACHSTUM SYRIENS

Dissertation A (8. 2. 1972) Wissenschaftlicher Rat der Hochschule für Ökonomie in Berlin

1. Charakter der Landwirtschaft Syriens vor der Agrarreform von 1958. Überblick über die Landwirtschaft Syriens; Die sozialökonomischen Verhältnisse (Eigentumsverhältnisse; Entwicklung der Konzentration von Grund und Boden in den Händen der Großgrundbesitzer; Arten an Grund- und Bodenbesitz in Syrien); Das Bewirtschaftungssystem in Syrien (halbfeudale Bewirtschaftung; kapitalistische Bewirtschaftung; Einfluß des Wirtschaftssystems auf die Entwicklung der Volkswirtschaft); Klassenverhältnisse auf dem Lande
2. Die Notwendigkeit der Durchführung der Agrarreform und die Analyse der bisherigen Landreform. Defekt im Reproduktionsprozeß infolge der nicht gelösten Agrarfrage; Stellung der Klassen zur Agrarreform; Kritische Betrachtung des Charakters der Landreform und ihre Auswirkungen (auf die Landwirtschaft, auf den nichtagrarischen Bereich); Welche Veränderungen hat die Agrarreform gebracht ?
3. Die demokratische Agrarreform in Syrien. Merkmale der demokratischen Agrarreform (Widersprüchliche Wirkungen der Bodenverteilung, Wachstumseffekte, negative Effekte; Probleme der Konzentration); Bedingungen der Realisierung der Agrarreform

DIE VERKEHRSPOLITISCHE EINORDNUNG UND VERKEHRSWIRTSCHAFTLICHE BEWERTUNG DES GÜTERKRAFTVERKEHRS IN DER WESTDEUTSCHEN BUNDESREPUBLIK UNTER BERÜCKSICHTIGUNG DER GRUNDZÜGE SEINER ENTWICKLUNG IN DEN JAHREN ZWISCHEN 1945 UND 1967

Dissertation A (19. 2. 1973) Fakultät für Gesellschaftswissenschaften des Wissenschaftlichen Rates der Hochschule für Verkehrswesen "Friedrich List", Dresden

- A. Das Wesen und die Prinzipien der kapitalistischen Verkehrspolitik und Verkehrswirtschaft unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der westdeutschen Bundesrepublik
1. Der staatsmonopolistische Kapitalismus in der westdeutschen Bundesrepublik und seine Erscheinungsformen im Transportwesen.
 2. Die Einordnung der Verkehrspolitik in der Wirtschaftspolitik der westdeutschen Bundesrepublik (Stellung der kapitalistischen Verkehrspolitik, Wirkungsweise von Strukturänderungen im westdeutschen Transportwesen: Rohrleitungstransport, Umschichtung im Güterfernverkehr, individuelle Motorisierung)
 3. Die Prinzipien der kapitalistischen Verkehrswirtschaft unter den Bedingungen der westdeutschen Bundesrepublik
- B. Die Widerspiegelung der verkehrspolitischen und verkehrswirtschaftlichen Leitlinien und Grundsätze in der Leitungsrelevanz des Güterkraftverkehrs der westdeutschen Bundesrepublik
1. Der Wiederaufbau des Güterkraftverkehrs in den Jahren nach 1945
 2. Die Festigung und Ausbreitung des westdeutschen Güterkraftverkehrs in den Jahren zwischen 1950 und 1967 (Entwicklung des Fahrzeugbestandes; Betriebsgrößen, Unternehmenskonzentration und Lage der Beschäftigten; Entwicklung der Transportmenge und -leistung; betriebswirtschaftliche Situation; Entwicklung der Investitionen; gewerbepolitische Gemeinschaftsorganisationen und Verbände; Bedeutung und Stellung der Straßenverkehrsgenossenschaften als Wirtschaftsorganisationen des gewerblichen Güterkraftverkehrs; Bedeutung des Werkverkehrs mit Kraftfahrzeugen; Bedeutung des technischen Fortschritts im Nutzfahrzeugbau für die Ausbreitung des Güterkraftverkehrs; Stellung der Automobilindustrie zum Transportzweig Kraftverkehr)
 3. Der verkehrspolitische Versuch zur Einordnung des Güterkraftverkehrs in das staatsmonopolistisch orientierte Verkehrssystem der westdeutschen Bundesrepublik (staatsrechtliche Grundlagen für die Lenkung und Entwicklung des gewerblichen Kraftverkehrs; verkehrsrechtlicher Niederschlag der Ordnungsprobleme des westdeutschen Güterkraftverkehrs; Die ordnungspolitische Gestaltung des westdeutschen Güterkraftverkehrs; die Kraftverkehrssteuer - Gesetzgebung als Mittel der Kostenharmonisierung)
 4. Das Straßenwesen in der westdeutschen Bundesrepublik und das Wegekostenproblem des Güterkraftverkehrs
 5. Das Konkurrenzverhalten des westdeutschen Güterkraftverkehrs zu den Transportzweigen Eisenbahn und Binnenschifffahrt
 6. Der westdeutsche Kraftverkehr im Prozeß der "Verkehrsintegration" und der Schaffung des gemeinsamen Verkehrsmarktes in der westeuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)
- C. Das verkehrspolitische Programm der westdeutschen Bundesregierung für die Jahre 1968 - 1972 - kein Ausweg aus der Strukturkrise des staatsmonopolistisch regulierten Transportwesens

Die wirtschaftliche Entwicklung Westberlins unter dem Einfluss der Expansionspolitik des westdeutschen Imperialismus

Dissertation A (3. 12. 1970) Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät des Wissenschaftlichen Rates der Humboldt-Universität zu Berlin

1. Imperialistische Spaltungspolitik - Grundlage einer permanenten Krisensituation der Westberliner Wirtschaft. Unmittelbare ökonomische Folgen der Spaltung für Westberlin; Die Westorientierung der Westberliner Wirtschaft; Die periphere Lage Westberlins und das "politische Risiko"; Konkurrenzwidersprüche innerhalb der Monopolbourgeoisie; Die Auslieferung Westberlins an das westdeutsche Monopolkapital)
2. Die staatsmonopolistische Regulierung in der Periode des Ausbaus Westberlins zur Frontstadt. Finanzielle "Bundeshilfe" als Hebel politischer und sozialer Reaktion; Die Herstellung künstlicher Verwertungsbedingungen für das Monopolkapital; Ergebnisse und Grenzen der staatsmonopolistischen Westberlin-"Hilfe" in den 50er Jahren
3. Die strukturelle Krise als Ausdruck einer fortschreitenden Deformation und Degradation der Westberliner Wirtschaft. Offener Ausbruch bisher latent gebliebener Widersprüche nach dem Scheitern der Frontstadtpolitik; Zusätzliche staatsmonopolistische Profitanreize; Besonders parasitärer Charakter der Profitaneignung; Die durch die Frontstadtpolitik hervorgerufene Verzerrung der Wirtschaftsstruktur (ungenügendes Wachstum); Westberlin - verlängerte Werkbank der westdeutschen Industrie (Profittransfer nach Westdeutschland; Degradation der Westberliner Industrie; Ungünstiges Profil der Industrieproduktion; Überholtes technisches Niveau der Betriebe; Überkommene Betriebsgrößenstruktur; Verzögerte wissenschaftlich-technische Revolution; Fiktive Erhöhung der industriellen "Nettoquote"); Quantitative und qualitative Auszehrung des Arbeitskräfte-Potentials; Der Charakter der Bundeszuschüsse als ökonomische Belastung für Westberlin; Widerspruch zwischen Kosten der Frontstadtpolitik und dem Wirtschaftspotential der Bundesrepublik
4. Versuche staatsmonopolistischer Anpassung an strukturpolitische Erfordernisse
5. Der Weg zur Lösung der Zukunftsaufgaben in Westberlin

Peter Hofmann

Entwicklungstendenzen des Konzentrations- und Monopolisierungsprozesses sowie der Lage der kommerziellen Lohnarbeiter, der mittelständischen und Kleinkapitalistischen Schichten im Binnenhandel des staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD

Dissertation B (29. 3. 1972) Handelshochschule Leipzig

1. Die umfassende Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus und seine grundlegende Bedeutung für die Entwicklung des Binnenhandels in der BRD
2. Der staatsmonopolistisch regulierte Konzentrations- und Zentralisationsprozeß im Binnenhandel der BRD. Grundzüge der Akkumulation des Handelskapitals im heutigen Kapitalismus; Hauptwege und Erscheinungsformen der Konzentration und Zentralisation im Binnenhandel der BRD; Der wachsende Grad der Konzentration und Zentralisation im Binnenhandel der BRD
3. Die Herrschaft des Monopols in der Warenzirkulation. Zwei Hauptwege in der Monopolisierung der Warenzirkulation im staatsmonopolistischen Kapitalismus; Der Herrschaftsmechanismus des kapitalistischen Handelsmonopols; Das kapitalistische Handelsmonopol als Bestandteil und Funktion des Finanzkapitals

4. Neue Erscheinungen und Merkmale in der Lage der kommerziellen Lohnarbeiter sowie der mittelständischen und kleinkapitalistischen Schichten im Binnenhandel der BRD. Entwicklungstendenzen in der sozialökonomischen Lage der kommerziellen Lohnarbeiter; Neue Merkmale in der Lage der mittelständischen und kleinkapitalistischen Handelsunternehmer
5. Die "Revolution im Handel" in ihrer Bedeutung für einige Aspekte der Lage der Arbeiterklasse im staatsmonopolistischen Kapitalismus

Anlage 1: Der Monopolprofit und der kapitalistische Regulierungsmechanismus

Anlage 2: Die ökonomische Aufteilung der Welt unter die kapitalistischen Verbände

Fritz Huschner

VERÄNDERUNGEN DER SOZIALSTRUKTUR, INNERSTÄDTISCHE VOLKSBEWEGUNGEN UND VERFASSUNGSKÄMPFE IN DER STADT WISMAR VOM ENDE DES 18. BIS ZUR MITTE DES 19. JAHRHUNDERTS

Dissertation A (8. 7. 1972) Philosophische Fakultät der Universität Rostock

2. Die Sozialstruktur Wismars Ende des 18. Jh. (Sozialstruktur Wismars 1799; soziale Lage des Vorproletariats; Lage des Handwerks; Wirtschaftliche Situation von Handel, Schifffahrt und Gewerbe
3. Innerstädtische Volksbewegungen unter dem Einfluß der französischen bürgerlich-demokratischen Revolution von 1789 - Wismars Rückkehr zu Mecklenburg; Unruhen unter den Arbeitsleuten, Gesellen, Matrosen und ärmeren Handwerkern, die verstärkte Flucht von Leibeigenen nach Wismar; Schwedische Regulierungsversuche zur Beseitigung der größten Mißstände in der Stadtverwaltung 1799/1800; Die Ergebnisse des Malmöer Vertrages von 1803 und die Regulierungsversuche durch die herzogliche Regierung von Mecklenburg-Schwerin in den Jahren 1804 - 1806
4. Die Sozialstruktur der Stadt nach den napoleonischen Kriegen und den Befreiungskriegen 1813/14. Die Ergebnisse der Volkszählung von 1819; Die Auswirkungen der Kontinental Sperre auf die Stadt; Die Durchführung des Rekrutierungsreglements für das mecklenburgische Militär, Matrosenpressungen für die kaiserlich-französische Marine und deren Folgen; Wismarer Bürger in den Befreiungskriegen 1813/14; Die verstärkte Flucht von Leibeigenen während der napoleonischen Kriege nach Wismar; Die Aufhebung der Leibeigenschaft in Mecklenburg-Schwerin
5. Veränderungen in der sozialökonomischen Struktur Wismars bis zu den revolutionären Ereignissen von 1830. Die soziale Lage des Vorproletariats nach 1819; Die Entwicklung der Handelslage von der Beendigung der Kontinental Sperre bis 1830; Die wirtschaftliche Situation von Handwerk und Gewerbe bis 1830; Die kommissarischen Verhandlungen mit der großherzoglichen Regierung - Reformen im Stadtwesen; Die revolutionäre Erhebung von 1830 in Wismar
6. Die Anfänge einer kapitalistischen Entwicklung in Wismar. Chausseebauten, Bau der Eisenbahn Schwerin-Wismar; Einkommensverhältnisse ausgewählter Wirtschaftsgruppen im Jahre 1831, Die Gründung von Reedereien und Aktiengesellschaften; Die Formierung des Proletariats zur Klasse in der Stadt und seine soziale Lage; Die Auswanderung nach Amerika
7. Die bürgerlich-demokratische Revolution 1848/49 in Wismar - Die Sozialstruktur der Stadt Mitte des 19. Jahrhunderts

Ernst Walter Huth

DIE ENTSTEHUNG UND ENTWICKLUNG DER STADT FRANKFURT (ODER) UND
IHR KULTURBILD VOM 13. BIS FRÜHEN 17. JAHRHUNDERT AUF GRUND AR-
CHÄOLOGISCHER BEFUNDE

Dissertation A (4. 10. 1971) Philosophische Fakultät des Wissenschaftlichen Rates der
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

- A. Die natürlichen Gegebenheiten des Stadtgebietes. Geologische und topographische Be-
dingungen; Verkehrsmäßige und handelsökonomische Voraussetzungen; Möglichkeiten
der Nutzung des Bodens, der Wälder und Gewässer; Tonvorkommen
- B. Die Entstehung und frühe Entwicklung der Stadt. Auswertung schriftlicher Quellen in
Verbindung mit den Bodenfunden; Trockenlegung des Stadtgebietes und dessen schnelle
Bebauung sowie Einrichtung für den Handelsverkehr; Unter welchen Aspekten die schnel-
le Entwicklung der Stadt gesehen werden muß
- C. Die Stadt im Wandel der Zeiten. Erkennbare Zerstörungshorizonte; Anlage der Straßen
und ihr Allgemeinzustand; Häuser, Lagerschuppen, Speicher, Ställe; Brunnenbauten,
Abfall- und Fäkaliengruben
- D. Der Handel. Münzfunde; Aussage hiesiger Faßfunde sowie Gerätschaften bezüglich des
hansischen Wirtschaftssystems; Vergleiche zur Höhe des hiesigen Heringshandels;
Frankfurt (Oder) und der Oderraum; Wahrzeichen der Stadt und ihre Beziehung zum Han-
del
- E. Das Handwerk. Knochenhauer; Bäcker; Tuchmacher und Leinweber; Schuhmacher und
Gerber; Täschner; Scheidenmacher; Gürtler und Riemer; Betrachtungen zur Gleichför-
migkeit der Ledererzeugnisse; Kammacher; Schüssel- und Löffelschneider; Zinn- oder
Kannengießer; Grob- und Kleinschmiede; Schwertfeger; Sporer; Eisen- und Bronze-
gießer; Glasfunde; Das Verhältnis des Handwerks zum Handelskapital
- F. Die besondere Bedeutung des Frankfurter Töpfergewerbes. Aussage der allgemenar-
chäologischen Befunde in Verbindung mit den schriftlichen Quellen; Methode und Gliede-
rung der Auswertung der keramischen Funde; Entwicklungsetappen, spezielle Fundaus-
wertung, gesellschaftliche Aspekte (Zeitstufen I - VIII 1225 - 1648)

Dieter Jückstock

ZU PROBLEMEN DER PRODUKTIVEN ARBEIT SOWIE DES NATIONALEINKOM-
MENS IN KAPITALISMUS UND SOZIALISMUS, DARGESTELLT AM BEISPIEL DER
BEIDEN DEUTSCHEN STAATEN 1950 - 1965

Dissertation B (3. 11. 1972) Wissenschaftlicher Rat der Bergakademie Freiberg

1. Die allgemeine Bestimmung der produktiven Arbeit. Der Gebrauchswert und seine Quel-
le; Die Auswirkungen der Arbeitsteilung auf die allgemeine Bestimmung der produktiven
Arbeit
2. Zu den spezifischen Bestimmungen der produktiven Arbeit. Zum Problem "Aneignung"
und "Realisierung des Eigentums"; Die produktive Arbeit unter den Bedingungen der Ur-
gesellschaft, der Sklaverei, im Feudalsystem, unter den Bedingungen der einfachen Wa-
renproduktion; Zur spezifischen Bestimmung der produktiven Arbeit unter den Bedingun-
gen der kapitalistischen Warenproduktion, unter sozialistischen Produktionsverhältnis-
sen
3. Zur Erfassung und Dynamik von gesellschaftlichem Gesamtprodukt und Nationaleinkommen
in den beiden deutschen Staaten. Zu einigen theoretischen Grundlagen; Zum Vergleich der Dy-
namik von Bruttosozialprodukt und Nationaleinkommen in den beiden deutschen Staaten

Dietmar Kirsche

ZUR PROBLEMATIK DER STELLUNG, DER FORMEN UND DER WIRKUNG DER MONOPOLISTISCHEN KONKURRENZ IM STAATSMONOPOLISTISCHEN KAPITALISMUS - DARGESTELLT AM BEISPIEL DER EISEN- UND STAHLINDUSTRIE DER BRD UND IHRER INTERNATIONALEN EINFLUSSSPHÄREN

Dissertation A (27. 7. 1972)

1. Die Entwicklung und Wandlung der Konkurrenz in der kapitalistischen Produktionsweise
2. Die monopolistische Konkurrenz in der westdeutschen Eisen- und Stahlindustrie und ihre internationalen Einflusssphären. Die Veränderung der Rolle und Bedeutung der traditionellen Preiskonkurrenz (monopolistische Einschränkung der Preiskonkurrenz; monopolistische Preisführerschaft; monopolkapitalistische Kartellpolitik); Die monopolistische Verschärfung der Konkurrenz auf der Grundlage der forcierten Konzentration und Zentralisation der Produktion und des Kapitals (monopolistische Kooperation; beschleunigte Kapitalverschmelzung; Attraktion und Repulsion der Kapitale); Der monopolistische Konkurrenzkampf um die Einflußnahme auf die ökonomische Tätigkeit des Staates; Die Verschärfung der monopolistischen Konkurrenz infolge der Internationalisierung der Konkurrenzverhältnisse; Der monopolistische Konkurrenzkampf auf der Grundlage des wissenschaftlich-technischen Fortschritts (Qualitätskonkurrenz, Einführung neuer Erzeugnisse)
3. Zu einigen Problemen der Wirkung der monopolistischen Konkurrenz auf den volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozeß in der westdeutschen Eisen- und Stahlindustrie. Die Vergeudung von gesellschaftlicher Arbeit infolge der Preiskonkurrenz und der monopolistischen Preispolitik; Die Störungen des makroökonomischen Gleichgewichts in der westdeutschen Eisen- und Stahlindustrie als Folge der monopolistischen Konkurrenz; Zu einigen Problemen der Wirkung der monopolistischen Konkurrenz auf den wissenschaftlich-technischen Fortschritt

Hans-Hermann Lanfermann

ZU WISSENSCHAFTSAUFASSUNGEN IN BÜRGERLICHEN GESELLSCHAFTS- UND SOZIALTHEORIEN (UNTER BESONDERER BERÜCKSICHTIGUNG DER INDUSTRIE-GESELLSCHAFTSKONZEPTION UND DER STRUKTURELL-FUNKTIONALEN THEORIE)

Dissertation A (14. 4. 1972) Philosophische Fakultät des Wissenschaftlichen Rates der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

2. Zur wissenschaftstheoretischen Relevanz zeitgenössischer bürgerlicher Gesellschaftstheorien. Die Industriegesellschaftstheorie, ein Beispiel für wissenschaftstheoretische Ansätze in der bürgerlichen Gesellschaftsinterpretation; Zu den elitär formulierten technokratisch-industriegesellschaftlichen Konzeptionen; Zu den technokratisch-industriegesellschaftlichen Varianten von Sachzwang und Technostruktur
3. Die strukturell-funktionale Theorie als Konzeption sozialwissenschaftlicher Problemtypen bürgerlicher Wissenschaftstheorie. Die theoretische Vorverständnis der bürgerlichen Soziologie in ihrer Bedeutung für die sozialwissenschaftlich konzipierten Varianten bürgerlicher Wissenschaftstheorie; zu einigen gegenwärtigen Varianten strukturell-funktionalistisch konzipierter bürgerlicher Wissenschaftstheorie

Mohammed Ali Lubani

PROBLEME DES AGRARHANDELS IN JORDANIEN, DARGESTELLT AM BEISPIEL
DES ABSATZES VON OBST, GEMÜSE UND OLIVEN

Dissertation A (17. 8. 1972) Institut für tropische Landwirtschaft und Veterinärmedizin
der Karl-Marx-Universität Leipzig

2. Einführung in die natürlichen und gesellschaftlichen Bedingungen der jordanischen Landwirtschaft. Zur historischen Entwicklung des Landes; Die natürlichen Anbaubedingun-
gen; Die sozialökonomischen Verhältnisse
3. Die Produktion von Obst, Gemüse und Oliven in Jordanien. Art, Umfang und regionale
Verteilung der Produktion von Obst, Gemüse und Oliven; Die Perspektive der jordanischen
Obst-, Gemüse- und Olivenproduktion
4. Zur Entwicklung des Agrarmarktes in Jordanien. Begriffsbestimmung; Wandlung des
gesellschaftlichen Charakters und der Struktur des jordanischen Agrarmarktes; Die ge-
genwärtige Struktur des jordanischen Agrarhandels
5. Möglichkeiten zur Entwicklung der Produktion von Obst, Gemüse und Oliven und die sich
daraus ergebenden Anforderungen an den Agrarhandel

Gerhard Moser

DIE NICKELWIRTSCHAFT DER ERDE - EINE ÖKONOMISCH-GEOGRAPHISCHE
UNTERSUCHUNG ZUR PRODUKTIONS- GEOGRAPHIE

Dissertation A (5. 4. 1972)

1. Aufgabenstellung und Problematik
2. Der Rohstoff Nickel und seine wirtschaftliche Bedeutung
3. Historisch-geographischer Überblick der Nickelwirtschaft
4. Entwicklung, Standorte und Probleme der Nickelwirtschaft (Nickelbergbau und Erstauf-
bereitung; Nickelverhüttung und Weiterverarbeitung; Handel)

Wolfgang Müller

BEDEUTUNG UND FORMEN DER INTEGRATION DES HANDWERKS DER DDR IN
DIE GESTALTUNG DER ENTWICKELTEN SOZIALISTISCHEN GESELLSCHAFT ZWI-
SCHEN 1961 UND DER GEGENWART

Dissertation B (5. 7. 1973)

1. Die Bündnispolitik als wichtiges Element der Strategie und Taktik der marxistisch-lenin-
istischen Partei bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der
DDR
2. Probleme der Vervollkommnung des Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und Handwer-
kern während der Etappe des Aufbaus der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in
der DDR. Der genossenschaftliche Zusammenschluß zu PGH - Hauptweg der Einbezie-
hung der Handwerker in die Gestaltung des reifen Sozialismus; Probleme der Festigung
und Stabilisierung der sozialistischen Produktionsverhältnisse im Handwerk (August 1961
bis Dezember 1962); Die Durchsetzung der Grundsätze sozialistischer Wirtschaftsführung
in den PGH (Dezember 1962 bis Juli 1965); Bedeutung und Methoden der zunehmenden Ein-
ordnung der Handwerksbetriebe in die Wirtschaftszweige mit Hilfe der Kooperation (Juli
1965 bis Dezember 1970); Probleme der besseren Nutzung der im Handwerk vorhandenen
Leistungs- und Effektivitätsreserven (Dezember 1970 bis April 1972)

3. Die Durchsetzung der Erfordernisse der ökonomischen Gesetze des Sozialismus mittels der Wirtschaftspolitik des sozialistischen Staates im Handwerk und ihre Resultate. Klassenstellung, volkswirtschaftliche Bedeutung und Organisationsformen des Handwerks zwischen dem VI. und VIII. Parteitag der SED; Ökonomische Gesetze des Sozialismus und Strukturprobleme der wirtschaftlichen Entwicklung des Handwerks; Inhalt und Methoden der Leitung und Planung des Handwerks nach dem Sieg des Sozialismus in der DDR; Die Preis-, Steuer-, Kredit- und Sozialpolitik des sozialistischen Staates gegenüber dem Handwerk und ihre Ergebnisse; Ursachen, Formen und Auswirkungen der Konservierung kapitalistischer Überreste im Handwerk
4. Probleme und Formen der Verbindung der Bündnispolitik der Arbeiterklasse gegenüber dem Handwerk mit der Weiterentwicklung sozialistischer Produktionsverhältnisse nach dem VIII. Parteitag der SED; Ursachen und Bedeutung der Überführung industriell produzierender PGH in Volkseigentum; Spezifische Probleme der Leitung und Planung der handwerklichen Reparatur- und Dienstleistungen nach dem VIII. Parteitag der SED; Grundfragen der staatlichen Leitung des Handwerks nach dem VIII. Parteitag der SED

Telasco Gerardo Pulgar Troconis

DIE ROLLE DER AUSSENWIRTSCHAFT IN DEN STRUKTURVERÄNDERUNGEN DER VOLKSWIRTSCHAFT VENEZUELAS

Dissertation A (15. 6. 1972) Wissenschaftlicher Rat der Hochschule für Ökonomie, Berlin

1. Über die Stellung Lateinamerikas im System der kapitalistischen Weltwirtschaft (Theoretische Gesichtspunkte, Hauptmerkmale und historische Herausbildung der Rückständigkeit; Auswirkungen der Veränderung der kapitalistischen Weltwirtschaft)
2. Der Einfluß der Außenwirtschaft auf die Strukturveränderungen der Volkswirtschaft Venezuelas seit Beginn der vierziger Jahre. Charakter der ökonomischen Entwicklung vor Beginn der Erdölerwirtschaftung; Die Erwirtschaftung mineralischer Roh- und Brennstoffe und die Strukturwandlungen der Volkswirtschaft (Rolle des Auslandskapitals)
3. Charakteristika und Funktionsmechanismus der gegenwärtigen Gesellschafts- und Wirtschaftsstruktur. Die Herausbildung kapitalistischer Produktionsverhältnisse unter Kontrolle des Auslandskapitals; Wirkungsmechanismus der gegenwärtigen Wirtschaftsstruktur im Zusammenhang mit der Industrialisierungspolitik (Industrialisierungskonzeption der herrschenden Klassen; Importsubstitution)
4. Die Stellung der Außenwirtschaft in der nationalen Industrialisierungsstrategie. Die Industrialisierungskonzeption der progressiven Kräfte (sozialökonomische Struktur und industrielle Entwicklung; Hauptmerkmale der nationalen Industrialisierung; Rolle des Staates und Frage der Prioritäten im nationalen Industrialisierungsprozeß); Zur progressiven Umgestaltung der Industriezweigstruktur unter Berücksichtigung der internationalen Arbeitsteilung (extraktive und verarbeitende Industrie; verarbeitende Industrie und Landwirtschaft; Rolle der dynamischen Zweige)

Manfred Schroeder

VON DER "KLEINEN IG" ZUR "GROSSEN IG". EIN BEITRAG ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN TEERFARBENINDUSTRIE

Dissertation A (24. 9. 1971) Leitungs-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät des Wissenschaftlichen Rates der Martin-Luther-Universität

1. Die deutsche Teerfarbenindustrie im ersten Weltkrieg und ihr Zusammenschluß zur "Kleinen IG". Die Beteiligung der Teerfarbenindustrie an der deutschen Kriegsproduktion; Die "Kleine IG" entsteht
2. Die Entwicklung der "Kleinen IG" vom Ende des Krieges bis zur Fusion zur "Großen IG" (1918 - 1925). Der Kampf der Monopolbourgeoisie um die Erhaltung ihrer Klassenherrschaft; Die Auswirkungen des Friedensvertrages auf die deutsche chemische Industrie und die Reparationen; Die Auswirkungen der Inflation auf die Interessengemeinschaft und die Verschärfung des Gegensatzes zwischen den beiden großen Gruppen des deutschen Monopolkapitals; Neue Aufgaben für Wissenschaft und Produktion
3. Die Fusion zur I. G. Farbenindustrie A.-G. Maßnahmen zur Festigung der "Kleinen IG"; Der Beginn der Rationalisierung innerhalb der "Kleinen IG"; Die Fusion zur "Großen IG";
4. Zur Organisation und Leitung der I. G. Farbenindustrie A.-G. Die Organisation der Produktion; Die Organisation des Verkaufsapparates; Das Leistungssystem der IG Farben und die Organisation der Verwaltung

G[ilbert] Yana Yana

DIE GESELLSCHAFTLICHE KLASSENSTRUKTUR IN KAMERUN

Dissertation A (29. 7. 1971) Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät des Wissenschaftlichen Rates der Humboldt-Universität zu Berlin

2. Kamerun vor dem Sklavenhandel. Die Abschaffung des Sklavenhandels; Die Rivalitäten zwischen England, Deutschland und Frankreich
3. Die Berliner Konferenz
4. Kamerun unter deutscher Kolonialherrschaft (politische, ökonomische, soziale und kulturelle Lage der Bevölkerung; der Krieg von 1914 - 1918 und seine Auswirkungen auf die kamerunische Bevölkerung)
5. Die Versailler Konferenz 1919. Kamerun unter französischer und englischer Kolonialherrschaft (ökonomische und soziale Lage der Bevölkerung; Die kamerunische Frage und die europäischen Mächte)
6. Kamerun im II. Weltkrieg. Kamerun nach dem II. Weltkrieg; der Prozeß der Entstehung und Entwicklung des revolutionären Bewußtseins des Kamerun vor 1944/45 bis heute (Bildung von Gewerkschaften, Parteien); Das sogenannte "Britisch-Kamerun"
7. Kamerun unter dem neokolonialistischen Regime. Zur politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Situation des Landes; Zur gegenwärtigen Klassenstruktur (Grundbesitzer; Bauern; Bourgeoisie; Büro- und Verwaltungsbourgeoisie; Intellektuelle; Kleinbürgertum; Proletariat (Herausbildung der Arbeiterklasse; Lage der kamerunischen Proletarier heute; politische Lage des kamerunischen Proletariats); Das Semi-Proletariat; Die Arbeitslosen
8. Die Entstehung des revolutionären Kampfes und die Beteiligung verschiedener Klassen.

**BIBLIOGRAPHIE, VON ARBEITEN ZUR WIRTSCHAFTS-
UND SOZIALGESCHICHTE DES ALTERTUMS**

Teil III

**Sowjetische Arbeiten zur altorientalischen
Gesellschaftsformation (1961 bis 1971)**

von Helmut Freydanck

Die Bibliographie, die im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte von Hagen Fischer begonnen wurde und im Teil I Autoren aus der Deutschen Demokratischen Republik (1968, Teil 1, S. 409 - 429) sowie im Teil II Ausländische Autoren in Publikationen der DDR (1968, Teil 2, S. 425 - 434) bringt, wird mit der Aufnahme sowjetischer Arbeiten aus den Jahren 1961 bis 1971 fortgesetzt. Mit Beginn der sechziger Jahre haben in der Sowjetunion eine Reihe von Diskussionen begonnen, in denen die Marx-sche Lehre von den "progressiven Epochen der ökonomischen Gesell-schaftsformation" in bezug auf die frühen Klassengesellschaften neu überdacht wurden. Für die wirtschaftshistorische Betrachtung der alt-orientalischen und der auf Sklaverei beruhenden Gesellschaft sind des-halb die Arbeiten der sowjetischen Altertumswissenschaftler von außer-ordentlicher Bedeutung. Dem Teil III, der Publikationen über den Vor-deren Orient im Altertum umfaßt, werden im Teil IV (von G. Janke) die Arbeiten zur antiken Gesellschaftsformation folgen. Aufgenommen wur-den nur Arbeiten in russischer oder einer anderen Weltsprache.

Heinz Kreißig

- I. Allgemeines
- II. Kleinasien
- III. Mesopotamien
- IV. Syrien - Palästina
- V. Südarabien
- VI. Ägypten
- VII. Kaukasien
- VIII. Iran - Urartu - Mittelasien

Abkürzungen

- ACIO 25 = Actes du (XXV.) Congrès Internationale des Orientalistes (= Trudy XXV Meždunarodnogo kongressa vostokovedov I/II. - Moskva 1962/1963)
- ÉV = Épigrafika Vostoka (Moskva 1947 ff.)
- IFŽ = Istoriko-filologičeskij Žurnal (Erevan 1958 ff.)
- KSIA AN SSSR = Kratkie Soobščeniya (o dokladach i polevyh issledovanijach) Instituta Archeologii Akademii Nauk SSSR (Moskva)
- MIA = Materialy i issledovanija po archeologii SSSR, 125. Trudy Azerbajdžanskoj archeologičeskoj ekspedicii II. - Moskva
- NAA = Narody Azii i Afriki (Moskva)
- PSb = Palestinskij Sbornik (Moskva)
- SAr = Sovetskaja Archeologija (Moskva)
- Sbornik pamjati Drevnij Egipet i drevnjaja Afrika. Sbornik statej,
- Struve = posvjaščennyi pamjati akademika V. V. Struve. - Moskva 1967
- Sbornik pamjati Problemy social'no-ekonomičeskoj istorii drevnego
- Tjumeneva = mira. Sbornik pamjati akademika Aleksandra II'iča Tjumeneva. - Moskva - Leningrad 1963
- IV Sessija po IV Sessija po Drevnemu Vostoku, Moskva, 5-10 fevralja 1968 g.,
- Drevnemu Vostoku= Tezisy Dokladov. - Moskva 1968
- V Sessija po V Ssesojuznaja Sessija po Drevnemu Vostoku, 6-9 aprelja 1971 g.,
- Drevnemu Vostoku= Tezisy Dokladov. - Tbilisi 1971
- VDI = Vestnik drevnej istorii (Moskva)
- VF = Voprosy filosofii (Moskva)
- VIst = Voprosy istorii (Moskva)

I. Allgemeines

Amusin, I. D.: Social'no-ekonomičeskaja istorija drevnegogo mira v trudach akademi-ka A. I. Tjumeneva (Die sozialökonomi-sche Geschichte der Alten Welt in den Ar-beiten A. I. Tjumenevs), in: Sbornik pam-jati Tjumeneva, S. 5-17.

Afanasev, O. A.: Obsuždenie v Institute Istorii AN SSSR problemy aziatskogo sposoba proizvodstva (Diskussion über das Problem der asiatischen Produktionsweise im Institut für Geschichte der Aka-demie der Wissenschaften der UdSSR), in: Sovetskaja Étnografija 6, 1965, S. 122-126.

Avdiev, V. I.: Voennaja demokratija i klassovij karakter drevnejšego gosudarstva (Die militärische Demokratie und der Klassencharakter des ältesten Staates), in: Vist 1/1970, S. 75-88.

Blavatskaja, T. V./Golubcova, E. S./Pavlovskaja, A. I.: Rabstvo v éllinisti-českich gosudarstvach v III-I vv. do n. é. (Die Sklaverei in den hellenistischen Staa-ten vom 3. bis 1. Jh. v. u. Z.). - Moskva 1969, 322 S.

Chazanov, A. M.: "Voennaja demokratija" i épocha klassoobrazovanija (Die "militä-rische Demokratie" und die Entstehungs-zeit der Klassen), in: Vist 12/1968, S. 87-97.

Danilova, L. V.: Diskussija po važnoj probleme (Diskussion über ein wichtiges Problem), in: VF 12/1965, S. 149-156.

D'jakonov, I. M.: Obščina na drevnem Vostoke v rabotach sovetskich issledova-telej (Die Gemeinde im Alten Orient in den Arbeiten sowjetischer Forscher), in: VDI 1/1963, S. 16-34.

D'jakonov, I. M.: K probleme obščiny na drevnem Vostoke (Zum Problem der Ge-meinde im Alten Orient), in: VDI 4/1964, S. 74-80.

D'jakonov, I. M.: Osnovnye čerty ékonomi-ki v monarhijach drevnej zapadnoj Azii (Grundzüge der Wirtschaft in den Monar-chien des alten Westasien), in: NAA 1/1966, S. 44-58.

D'jakonov, I. M.: Problemy sobstvennosti. O strukture obščestva Bližnego Vostoka do serediny II tys. do n. é. (Probleme des Ei-gentums. Über die Struktur der Gesell-schaft im Vorderen Orient bis zur Mitte des 2. Jahrtausends v. u. Z.), in: VDI 4/1967, S. 13-35.

D'jakonov, I. M.: Problemy ékonomiki. O strukture obščestva Bližnego Vostoka do serediny II tys. do n. é. (Probleme der Ökonomie. Über die Struktur der Gesell-schaft im Vorderen Orient bis zur Mitte des 2. Jahrtausends v. u. Z.), in: VDI 3/1968, S. 3-27; 4/1968, S. 3-40.

[D'jakonov] Diakonoff, I. M.: Economy of the Ancient Oriental City (Western Asia, 3rd - 2nd millennia B. C.). - Moscow 1970 (V International Congress of Economic Hi-story, Leningrad, August 10-14, 1970, Papers).

Garušjanc, Ju. M.: Ob aziatskom sposobe proizvodstva (Über die asiatische Produk-tionsweise), in: Vist 2/1966, S. 83-100.

Gel'cer, M. L.: Novaja gipoteza o roli menovoj trgovli v neolitičeskij period (Eine neue Hypothese über die Rolle des Tauschhandels im Neolithikum), in: Vist 10/1963, S. 197.

Gel'cer, M. L.: Cennyj vklad v issledova-nie rabstva v drevnej Perednej Azii (Ein wertvoller Beitrag zur Erforschung der Sklaverei im alten Vorderasien), in: Vist 10/1964, S. 211.

Gel'cer, M. L.: Problema obrazovanija gosudarstva na drevnem Bližnem Vostoke (Das Problem der Entstehung des Staates im alten Vorderen Orient), in: Vist 1/1964, S. 206-207.

[Jankovskaja] Jankovska, N. B.: Private Credit in the Commerce of Ancient Western Asia (3rd and 2nd millennia B. C.). - Moscow 1970 (V International Congress of Economic History, Leningrad, August 10-14, 1970, Papers).

Kačanovskij, Ju. V.: Rabovladienie, feodalizm ili aziatskij sposob proizvodstva? Spor ob obščestvennom stroe drevnego i srednevekego Vostoka, dokolonial'noj Afriki i dokolumbovoj Ameriki (Sklaverei, Feudalismus oder asiatische Produktionsweise? Meinungsstreit über die Gesellschaftsstruktur im alten und mittelalterlichen Orient, im vorkolonialen Afrika und im vorkolumbianischen Amerika). - Moskva 1971, 288 S.

Kačanovskij, Ju. V.: Diskussija ob aziatskom sposobe proizvodstva na stranicah zarubežnoj marksistskoj pečati (Diskussion über die asiatische Produktionsweise in der ausländischen marxistischen Presse), in: Problemy dokapitalističeskich obščestv v stranach Vostoka. - Moskva 1971, S. 45-94.

Kolesnickij, N. F.: O nekotorych tipičeskich i specifičeskich čertach ranneklassovyh obščestv (Zu einigen typischen und spezifischen Merkmalen der frühen Klassengesellschaften), in: Vist 7/1966, S. 82-91.

Koranašvili, G. V.: O pričinach nerazvosti rabstva na Drevnem Vostoke (Über die Ursachen der Unentwickeltheit der Sklaverei im Alten Orient), in: Vist 9/1969, S. 102-111.

Korostovcev, M. A.: O karaktere drevnevostočnogo obščestva (Über den Charakter der altorientalischen Gesellschaft), in: NAA 3/1966, S. 74-78.

Korostovcev, M. A.: Nekotorye teoretičeskie aspekty stanovlenija klassovogo obščestva (Einige theoretische Aspekte der Herausbildung der Klassengesellschaft), in: NAA 4/1971, S. 59-69.

Kostin, Ju.: O drevneaziatskom obščestve (Über die altasiatische Gesellschaft), in: NAA 3/1966, S. 218-229.

Kosven, M. O.: K voprosu o drevnevostočnoj obščine. Neskol'ko zamečanj na stat'ju I. M. D'jakonova o drevnevostočnoj obščine (Zur Frage der altorientalischen Gemeinde. Einige Bemerkungen zum Aufsatz I. M. D'jakonovs über die altorientalische Gemeinde), in: VDI 4/1963, S. 30-34.

Krapivenskij, S. Ė.: Osobaja formacija ili perechodnoe sostojanie obščestva? (Sonderformation oder Übergangszustand der Gesellschaft?), in: NAA 2/1966, S. 87-90.

Lenčman, Ja. A.: K obsuždeniju voprosa ob aziatskom sposobe proizvodstva. Neskol'ko predvaritel'nych zamečanj (Zur Erörterung der Frage der asiatischen Produktionsweise. Einige Vorbemerkungen), in: VDI 3/1965, S. 75-83.

Masson, V. M.: Stanovlenie ranneklassovogo obščestva na Drevnem Vostoke (Das Werden der frühen Klassengesellschaft im Alten Orient), in: Vist 5/1967, S. 82-94.

Masson, V. M.: K voprosu o "gorodskoj revoljucii" (Zur Frage der "städtischen Revolution"), in: IV Sessija po Drevnemu Vostoku, S. 15 f.

Masson, V. M.: Ėkonomičeskie predposylki složenija ranneklassovogo obščestva (Die ökonomischen Voraussetzungen für die Herausbildung der frühen Klassengesellschaft), in: Leninskie idej v izučenii istorii pervobytnogo obščestva, rabovladienija i feodalizma. - Moskva 1970, S. 49-57.

Melikišvili, G. A.: K voprosu o karaktere drevnejšich klassovyh obščestv (Zur Frage des Charakters der ältesten Klassengesellschaften), in: Vist 11/1966, S. 65-80.

Melikišvili, G. A.: K tipologičeskoj i stadijal'noj karakteristike drevnevostočnyh obščestv (Zur typologischen und stadialen

Charakterisierung der altorientalischen Gesellschaften), in: V Sessija po Drevnemu Vostoku, S. 2-5.

Menabde, Ė. A.: K voprosu o formach sobstvennosti na drevnem Vostoke (Zur Frage der Eigentumsformen im alten Orient), in: XVII Naučnaja sessija Instituta istorii, archeologii i etnografii im. I. A. Džavachišvili AN GSSR. - Tbilisi 1968, S. 5 f.

Menabde, Ė. A.: Problema sobstvennosti v drevnem mire (Das Eigentumsproblem in der alten Welt), in: Voprosy drevnej istorii, Kavkazsko-Bližnevostočnyj Sbornik III. - Tbilisi 1970, S. 32-63.

O sbornike "Problemy istorii dokapitalističeskich obščestv" (Über den Sammelband "Probleme der Geschichte der vor-kapitalistischen Gesellschaften"), in: NAA 4/1971, S. 70-87.

Obščee i osobnoe v istoričeskom razvitii stran Vostoka (Allgemeines und Besonderes in der historischen Entwicklung der orientalischen Länder). - Moskva 1966, 247 S.

Pavlovskaja, A. I.: Po povodu diskussii ob aziatskom sposobe proizvodstva na stranicach žurnalov "La Pensée" i "Eirene" (Anlässlich der Diskussion über die asiatische Produktionsweise in den Zeitschriften "La Pensée" und "Eirene"), in: VDI 3/1965, S. 89-96.

Pavlovskaja, A. I.: O koncepcii "gidravličeskogo obščestva" K. Vitfogel'ja (Über K. Wittfogels Konzeption der "hydraulischen Gesellschaft"), in: VDI 4/1965, S. 184-190.

Pavlovskaja, A. I.: Simpozium po probleme perehoda doklassovogo obščestva v klassovoe (Symposium zum Problem des Übergangs von der klassenlosen zur Klassengesellschaft), in: VDI 4/1967, S. 199-206.

Pigulevskaja, N. V.: K voprosu ob aziatskom sposobe proizvodstva (Zur Frage der asiatischen Produktionsweise), in: VDI 3/1965, S. 83-89.

Problemy dokapitalističeskich obščestv v stranach Vostoka (Probleme der vorkapitalistischen Gesellschaften in den orientalischen Ländern). - Moskva 1971, 190 S.

Problemy istorii dokapitalističeskich obščestv (Probleme der Geschichte der vorkapitalistischen Gesellschaften). 1. - Moskva 1968, 690 S.

Razloženie rodovogo stroja i formirovanie klassovogo obščestva (Der Zerfall der Genitilordnung und die Herausbildung der Klassengesellschaft). - Moskva 1968, 355 S.

Rubin, V. A.: Problemy vostočnoj despotii v rabotach sovetskich issledovatelej (Probleme der orientalischen Despotie in den Arbeiten sowjetischer Forscher), in: NAA 4/1966, S. 95-104.

Semenov, Ju. I.: Problema stanovlenija klassov i gosudarstva v stranach Drevnego Vostoka (v trudach sovetskich assiriologov i egiptologov) (Das Problem der Entstehung der Klassen und des Staates in den Ländern des Alten Orients [in den Arbeiten sowjetischer Assyriologen und Ägyptologen]), in: NAA 3/1965, S. 160-171.

Semenov, Ju. I.: Problema social'no-ekonomičeskogo stroja drevnego Vostoka (Das Problem der sozialökonomischen Ordnung des alten Orients), in: NAA 4/1965, S. 69-89.

Struve, V. V.: Obščiny Ėgipta i Sumera i obščiny Indii (Die Gemeinden Ägyptens und Sumers und die Gemeinden Indiens), in: Vestnik Leningradskogo gosudarstvennogo universiteta 20, 1963, S. 52-64.

Struve, V. V.: Nekotorye aspekty social'no-govozvitija Drevnego Vostoka (Einige Aspekte der sozialen Entwicklung des Alten Orients), in: VDI 5/1965, S. 100-108.

Struve, V. V.: Ponjatie "aziatskij sposob proizvodstva" (Der Begriff "asiatische Produktionsweise"), in: NAA 1/1965, S. 104-109.

Struve, V. V.: The Problem of the Genesis, Development and Disintegration of the Slave Societies in the Ancient Orient, in: Ancient Mesopotamia, Moscow 1969, S. 17-69.

Ter-Akopjan, N. B.: Razvitie vzgljadov K. Marksa i F. Engel'sa na aziatskij sposob proizvodstva i zemledel'českuju obščinu (Die Entwicklung der Ansichten von Marx und Engels über die asiatische Produktionsweise und die Bauern-gemeinde), in: NAA 2/1965, S. 74-88; 3/1965, S. 70-85.

Tezisy dokladov Vsesojuznogo simpoziuma "Goroda i trgovlja Drevnego Vostoka III - I tys. do n. é.", Erevan, 19-23 maja 1969 g. (Thesen der Vorträge des Allunions-Symposiums "Städte und Handel des Alten Orients im 3. - 1. Jahrtausend v. u. Z.", Erevan 19.-23. Mai 1969). - Erevan 1969.

[Utčenko/D'jakonov] Utčenko, S. L./Diakonoff, I. M.: Social Stratification of Ancient Society. - Moscow 1970 (13th International Congress of Historians, Moscow, August 16-23, 1970, Papers).

Varga, E. S.: Ob aziatskom sposobe proizvodstva (Über die asiatische Produktionsweise), in: E. S. Varga: Očerki po problemam političeskoj kapitalizma. - Moskva 1964, S. 358-382.

Vasil'ev, L. S.: Obščee i osobennoe v istoričeskom razvitii stran Vostoka (Allgemeines und Besonderes in der historischen Entwicklung der orientalischen Länder), in: NAA 6/1965, S. 96-100.

Vasil'ev, L. S./Stučevskij, I. A.: Tri modeli voznikovenija i évoljucii dokapitalističeskich obščestv (Drei Modelle der

Entstehung und Entwicklung der vorkapitalistischen Gesellschaften), in: Vist 5/1966, S. 77-90.

Vasin, P.: Diskussija o karaktere drevnevostočnogo obščestva (Die Diskussion über den Charakter der altorientalischen Gesellschaft), in: NAA 3/1966, S. 79-81.

Vitkin, M. A./Ter-Akopjan, N. B.: Po stranicam žurnala "La Pensée" (In der Zeitschrift "La Pensée"), in: VF 3/1965, S. 172-175.

Vitkin, M. A.: Novaja faza diskussii (Eine neue Phase der Diskussion), in: VF 8/1966, S. 141-146.

Vitkin, M. A.: Pervičnaja obščestvennaja formacija v trudach K. Marksa (Die primäre Gesellschaftsformation in den Werken von Karl Marx), in: VF 5/1967, S. 40-49.

Zel'in, K. K.: Principy morfologičeskoj klassifikacii form zavisimosti (Prinzipien der morphologischen Klassifikation der Abhängigkeitsformen), in: VDI 2/1967, S. 7-31.

Zel'in, K. K./Trofimova, M. K.: Formy zavisimosti v Vostočnom Sredizemnomor'e éllinističeskogo perioda (Formen der Abhängigkeit im östlichen Mittelmeerraum in der hellenistischen Zeit). - Moskva 1969, 242 S.

Zlatkovskaja, T. D.: O formach ékspluatcii v evropejskich ranneklassovyh obščestvach (Über die Ausbeutungsformen in den frühen Klassengesellschaften Europas), in: Vist 7/1968, S. 101-117.

II. Kleinasien

Brašinskij, I. B.: Ékonomičeskie svjazj Sinopy v IV-II vv. do n. é. (Sinopes Wirtschaftsbeziehungen im 4. - 2. Jh. v. u. Z.), in: Antičnyj gorod. - Moskva 1963, S. 132-145.

Dovgjalov, G. I.: Voznikovenie carskoj vlasti u četov (Na materiale čettskich

klinopisnych istočnikov XVIII-XII vv. do n. é.) (Die Entstehung der Königsmacht bei den Hethitern [Auf Grund der hethitischen Keilschriftlichen Quellen des 18. - 12. Jh. v. u. Z.]). Avtoreferat disser-tacii. - Minsk 1965.

Dovgjaló, G. I.: K istorii voznikovenija gosudarstva. (Na materiale chettskich klinopisnych tekstov) (Zur Geschichte der Staatsentstehung. [Auf Grund der hethitischen Keilschrifttexte]). - Minsk 1968.

Giorgadze, G. G.: Rabi simmiltim "kappadokijskich" tablčiek (Der rabi simmiltim der "kappadokischen" Tafeln), in: VDI 4/1966, S. 81-94.

Giorgadze, G. G.: K interpretacii § 28 "Ukaza Telipinu" (Zur Interpretation des § 28 des "Telipinu-Erlasses"), in: IV Sessija po Drevnemu Vostoku, S. 69 f.

Giorgadze, G. G.: O prestolonasledii v drevne-chettskom carstve (K interpretacii § 28 "Ukaza Telipinu") (Über die Erbfolge im althethitischen Reich [Zur Interpretation von § 28 des "Telipinu-Erlasses"]), in: VDI 4/1969, S. 67-83.

Giorgadze, G. G.: "Golovy rabyn' (i) rabov" Chettskich klinopisnych tekstov (Die "Häupter der Sklavinnen [und] Sklaven" der hethitischen Keilschrifttexte), in: V Sessija po Drevnemu Vostoku, S. 83 f.

Golubcova, E. S.: Formy zavisimosti sel'skogo naselenija Maloj Azii v III-I vv. do n. é. (Formen der Abhängigkeit der Landbevölkerung Kleinasien im 3. - 1. Jh. v. u. Z.), in: VDI 3/1967, S. 25-44.

Ivanov, V. V.: Lulahhi i Hapiru kak zaversajuščie élementy perečnej social'nych rangov i bogov v klinopisnych chettskich i luvijskich tekstach (Lulahhi und Hapiru als abschließende Elemente der Listen von sozialen Rängen und von Göt-

tern in hethitischen und luwischen Keilschrifttexten), in: V Sessija po Drevnemu Vostoku, S. 80-82.

Jankovskaja, N. B.: Meždunarodnoe torgovoe ob-edinenie Kaniša (Die internationale Handelsorganisation von Kaniš), in: VDI 3/1965, S. 179-192.

Jankovskaja, N. B.: Klinopisnye teksty iz Kjul'-tepe v sobranijach SSSR (Pis'ma i dokumenty torgovogo ob-edinenija v Maloj Azii v. do n. é.) (Keilschrifttexte aus Kül-Tepe in den Sammlungen der UdSSR [Briefe und Dokumente einer Handelsvereinigung im Kleinasien des 19. Jh. v. u. Z.]). - Moskva 1968 (= Pamjatniki pis'mennosti Vostoka, XIV).

Kerkjašarjan, S. M.: Sinojkizm v éllinističeskoj Maloj Azii i Armenii (Synoklismos im hellenistischen Kleinasien und Armenien), in: IFŽ 1/1964, S. 107-118.

Menabde, É. A.: O rabstve v chettskom gosudarstve (Über die Sklaverei im hethitischen Staat), in: Peredneaziatskij Sbornik (1). - Moskva 1961, S. 11-56.

Menabde, É. A.: K voprosu ob ékonomičeskom razvitii Chettskogo carstva (po danym Chettskich zakonov) (Zur Frage der wirtschaftlichen Entwicklung des hethitischen Königsreichs [nach den Angaben der hethitischen Gesetze]), in: Sbornik pamjati Tjumeneva, S. 72-87.

Menabde, É. A.: Chettskoe obščestvo. Ékonomika, sobstvennost', sem'ja i nasledovanie (Die hethitische Gesellschaft. Ökonomie, Eigentum, Familie und Erbfolge). - Tbilisi 1965.

Popov, V. P.: O statuse rabov v chettskom carstve (Über den Status der Sklaven im hethitischen Königreich), in: VDI 3/1969, S. 73-81.

Svencickaja, I. S.: Položenie zavisimogo naselenija v Maloj Azii V-IV vv. do n. é. (Die Lage der abhängigen Bevölkerung Kleinasien im 5.-4. Jh. v. u. Z.), in: VDI 4/1967, S. 80-87.

Svencickaja, I. S.: K voprosu o položenii λαοί v carstve Selevkidov (Zur Lage der λαοί im Seleukidenreich), in: VDI 1/1971, S. 3-16.

Trofimova, M. K.: Iz istorii éllinističeskogo piratstva (Aus der Geschichte der hellenistischen Piraterie), in: VDI 4/1963, S. 53-74.

III. Mesopotamien

Ancient Mesopotamia. Socio-Economic History. A Collection of Studies by Soviet Scholars. Ed. by I. M. Diakonoff. - Moskva 1969.

Beljavskij, V. A.: Simptomy krizisa rabovladel'českogo stroja v Novom Vavilone (VI. v. do n. é.) (Symptome der Krise der Sklavereiordnung im Neuen Babylon [6. Jh. v. u. Z.]), in: Vestnik Leningradskogo gosudarstvennogo universiteta, Serija istorii, jazyka i literatury 2/1965, S. 54-66.

Beljavskij, V. A.: Potomki Ėa-ilūta-bāni (iz istorii srednich sloev novovavilonskogo občestva) (Die Nachkommen des Ėa-ilūta-bāni [aus der Geschichte der Mittelschichten der Neubabylonischen Gesellschaft]), in: VDI 1/1968, S. 96-119.

Beljavskij, V. A.: Semja Nabajja (K istorii srednich sloev novovavilonskogo občestva) (Die Familie Nabajja [Zur Geschichte der Mittelschichten der Neubabylonischen Gesellschaft]), in: IV Sessija po Drevnemu Vostoku, S. 50-52.

Beljavskij, V. A.: Zemlevladienie doma Egibi (Der Grundbesitz des Hauses Egibi), in: Doklady otdelenij i kommissij Geografičeskogo občestva SSSR, vypusk 5, Ėtnografija. - Leningrad 1968, S. 160-181.

Beljavskij, V. A.: Šaṭinnu, syn Balatšu, potomok Bēl-jau (Iz žizni srednich sloev novo-vavilonskogo občestva) (Šaṭinnu, Sohn des Balatšu, Nachkomme des Bēl-ja'u [Aus dem Leben der Mittelschichten der Neubabylonischen Gesellschaft]), in:

Strany Bližnego i Srednego Vostoka. (Istorija, Ėkonomika). - Moskva 1969, S. 13-20.

Dandamaev, M. A.: Novaja kniga o vavilonskich juridičeskich dokumentach (Ein neues Buch über babylonische Rechtsurkunden), in: PSb 11/1964, S. 182-187.

Dandamaev, M. A.: Svobodnye naemnye rabotniki v pozdnej Vavilonii (Freie Lohnarbeiter im späten Babylonien), in: Assiriologija i Ėgiptologija. Sbornik statej Akademiku V. V. Struve. - Leningrad 1964, S. 31-50.

Dandamaev, M. A.: Chramovaja desjatina v pozdnej Vavilonii (Der Tempel-Zehnte im späten Babylonien), in: VDI 2/1965, S. 14-34.

Dandamaev, M. A.: Upominanija o beglych rabach v pozdnevavilonskich dokumentach (Erwähnungen von entlaufenen Sklaven in spätbabylonischen Urkunden), in: PSb 13/1965, S. 84-99.

Dandamaev, M. A.: Garantii pro prodazhe rabov v pozdnevavilonskich dokumentach (Garantien beim Verkauf von Sklaven in spätbabylonischen Urkunden), in: Kratkie soobščeniya instituta narodov Azii 86, 1965, S. 109-115.

Dandamaev, M. A.: Pravovoe položenie zemledel'cev pozdnej Vavilonii (Die rechtliche Stellung der Bauern des späten Babylonien), in: Pis'mennye pamjatniki i problemy istorii kul'tury narodov vostoka. Tezisy dokladov. - Leningrad 1966, S. 15f.

Dandamaev, M. A.: Chram i gosudarstvo v pozdnej Vavilonii (Tempel und Staat im späten Babylonien), in: VDI 4/1966, S. 17-39.

Dandamaev, M. A.: Chramovye zemledel'cy v pozdnej Vavilonii (Tempelbauern im späten Babylonien), in: PSb 17/1967, S. 41-49.

Dandamaev, M. A.: Ėgiptskie poselency v Vavilonii v VI-V vv. do n. é. (Ägyptische Deportierte im Babylonien des 6. und 5. Jh.

v. u. Z.), in: Sbornik pamjati Struve, S. 15-26.

[Dandamaev] Dandamayev, M. A.: The Legal Status of Cultivators in Neo-Babylonian Documents of the 7-4th Cent. B. C., in: XXVII International Congress of Orientalists, Papers presented by the USSR Delegation. - Moscow 1967.

Dandamaev, M. A.: Svidetel'skie pokazanija rabov v sude v Vavilonii VI v. do n. è. (Zeugenaussagen von Sklaven vor Babylonischen Gerichten im 6. Jh. v. u. Z.), in: VDI 1/1968, S. 3-12.

Dandamaev, M. A.: K voprosu o položenii rabov v VI v. do n. è. v Vavilonii (Zur Frage der Lage der Sklaven im 6. Jh. v. u. Z. in Babylonien), in: IV Sessija po Drevnemu Vostoku, S. 14.

Dandamaev, M. A.: Vavilonskij dokument o nezakonomoj prodaze chramovoj rabyni (Ein babylonisches Dokument über den illegalen Verkauf einer Tempelsklavin), in: PSb 19/1969, S. 3-5.

Dandamaev, M. A.: K voprosu o položenii rabov v pozdnej Vavilonii (Dajan-bel-ucur - rab doma Egibi) (Zur Lage der Sklaven in Spätbabylonien [Dajān-bēl-ušur - ein Sklave des Hauses Egibi]), in: VDI 4/1969, S. 3-17.

Dandamaev, M. A.: Gimillu, rab chrama Eanna v Uruke (VI v. do n. è. v Uruke (VI v. do n. è.) (Gimillu, Sklave des Tempels Eanna in Uruk [6. Jh. v. u. Z.]), in: V Sessija po Drevnemu Vostoku, S. 59 f.

[D'jakonov] Diakonoff, I. M.: Agrarian Conditions in Middle Assyria, in: Ancient Mesopotamia. - Moscow 1969, S. 204-234.

[D'jakonov] Diakonoff, I. M.: The Rise of the Despotie State in Ancient Mesopotamia, in: Ancient Mesopotamia. - Moscow 1969, S. 173-203.

Gel'cer, M. L.: Osedloe naselenie i koševniki v drevnej Mesopotamii (Sesshafte

Bevölkerung und Nomaden im alten Mesopotamien), in: VIst 8/1967, S. 201.

Jakobson, V. A.: Pravovoe i imuščestvennoe položenie voina rēdūm vremeni I Vavilonskoj dinastii (Obzor novoizdannykh dokumentov) (Die rechtliche Stellung und die Vermögensverhältnisse des rēdūm-Soldaten zur Zeit der ersten Dynastie von Babylon [Übersicht neueröffentlicher Dokumente]), in: VDI 2/1963, S. 129-141.

Jakobson, V. A.: Social'naja struktura Novoassirijskogo carstva (Die soziale Struktur des Neassyrischen Reiches), in: VDI 1/1965, S. 100-117.

Jakobson, V. A.: The Social Structure of the Neo-Assyrian Empire, in: Ancient Mesopotamia. - Moscow 1969, S. 277-295.

Jakobson, V. A.: Podnevol'nye ljudi v Assirii (Unfreie in Assyrien), in: V Sessija po Drevnemu Vostoku, S. 57 f.

[Jankovskaja] Jankowska, N. B.: Some Problems of the Economy of the Assyrian Empire, in: Ancient Mesopotamia. - Moscow 1969, S. 253-276.

Kozyreva, N. V.: Normy potreblenija v Mesopotamii starovavilonskogo perioda (Normen der Konsumtion im Mesopotamien der altbabylonischen Periode), in: V Sessija po Drevnemu Vostoku, S. 46 f.

Masson, V. M.: Pervye zemledel'cy Mesopotamii (Die ersten Ackerbauern Mesopotamiens), in: VDI 3/1971, S. 3-15.

Rzchiladze, R. S.: Der "babylonische Logos" des Herodot über die Bewässerung und die Euphratschiffahrt, in: Voprosy istorii Gruzii i Bližnego Vostoka. - Tbilisi 1968, S. 250-268.

Sarašenidze, Z. M.: Chozjajstvennye teksty epochi dinastii Akkada (Wirtschaftstexte der Epoche der Akkad-Dynastie), in: Voprosy drevnej istorii. Kavkazsko-Bližnevoostočnyj Sbornik III. - Tbilisi 1970, S. 184-220.

Sarkisjan, G. Ch.: Ritual predači zemel'no go vladenija v Sumere (Das Ritual der Übertragung von Grundbesitz in Sumer), in: Bližnji i Srednji Vostok. Sbornik statej. - Moskva 1962, S. 8-14.

Sarkisjan, G. Ch.: Obščina, chram i dvorec (Gemeinde, Tempel und Palast), in: VDI 3/1963, S. 11-34.

Sarkisjan, G. Ch.: Some New Data on the Organization of Labour and on Social Structure in Sumer During the Reign of the IIIrd Dynasty of Ur, in: Ancient Mesopotamia. - Moscow 1969, S. 127-172.

Vajman, A. A.: Dva klinopisnyh dokumenta o provedenii orositel'nogo kanal (Zwei Keilschrifturkunden über den Bau eines Bewässerungskanals), in: Trudy Gosudarstvennogo Ėrmitaža 5. - Leninograd 1961, S. 24-30.

IV. Syrien - Palästina

Amusin, I. D.: Weights and Currency in Ancient Palestine. - Moscow 1970 (V International Congress of Economic History, Leningrad, August 10-14, 1970, Papers) (Summary).

Gel'cer, M. L.: O nekotorych voprosach social'noj i ěkonomičeskoj istorii Finikii IX v. do n. ě. (Über einige Probleme der Wirtschafts- und Sozialgeschichte Phönikiens im 9. Jh. v. u. Z.), in: Drevnij mir. Sbornik statej Akademiku V. V. Struve. - Moskva 1962, S. 218-225.

Gel'cer, M. L.: K voprosu o rabstve v Ugarite (Zum Problem der Sklaverei in Ugarit), in: Lietuvos TSR Aukštųjų Mokyklų Mokslo Darbai, Istorija 3, 1962, S. 157-162.

Gel'cer, M. L.: Sel'skaja obščina i proče vidy zemlevladienija v drevnem Ugarite (Die Landgemeinde und die übrigen Arten des Grundbesitzes im alten Ugarit), in: VDI 1/1963, S. 35-56.

Gel'cer, M. L.: Social'noe delenie svobodnyh sloev naselenija v Ugarite XIV-XIII vv. do n. ě. (Die soziale Gliederung der freien Schichten der Bevölkerung Ugarits im 14. und 13. Jh. v. u. Z.), in: Sbornik pamjati Tjumeneva, S. 66-72.

Gel'cer, M. L.: Chramovoe zemlevladienie v drevnem Ugarite (Der Grundbesitz des Tempels im alten Ugarit), in: Lietuvos TSR Aukštųjų Mokyklų Mokslo Darbai, Istorija 6, 1964, S. 153-162.

Gel'cer, M. L.: Tamkar i ego rol' v Pėređnej Asii XIV-XIII vv. do n. ě. (po materialam Ugarita) (Der tamkāru und seine Rolle im Vorderasien des 14. und 13. Jh. v. u. Z. [nach Materialien aus Ugarit]), in: VDI 2/1964, S. 3-16.

Gel'cer, M. L.: Eščė raz ob obščinnom samoupravlenii v Ugarite (Nochmals über die Gemeindeselbstverwaltung in Ugarit), in: VDI 2/1965, S. 3-13.

Gel'cer, M. L.: Organizacija remeslenno-go proizvodstva v Ugarite (Die Organisation der handwerklichen Produktion in Ugarit), in: PSb 13/1965, S. 47-60.

Gel'cer, M. L.: "Carskie ljudi" (bnš mlk) i carskie chozjajstvennye centry (gt) v Ugarite ("Königsleute" [bnš mlk] und königliche Wirtschaftszentren [gt] in Ugarit), in: VDI 2/1967, S. 32-47.

Gel'cer, M. L.: Povinnostnoe zemlevladienie v drevnem Ugarite (Der mit Dienstverpflichtungen verbundene Landbesitz im alten Ugarit), in: Lietuvos TSR Aukštųjų Mokyklų Mokslo Darbai, Istorija 9, 1967, S. 183-207.

Gel'cer, M. L.: Demografija i struktura obščestva Ugarita (Demographie und Gesellschaftsstruktur Ugarits), in: IV Sessija po Drevnemu Vostoku, S. 3-5.

Gel'cer, M. L.: Raby, rabovladienie i rol' rabstva v Ugarite XIV-XIII vv. do n. ě. (Sklaven, Sklavenhaltung und die Rolle der Sklaverei in Ugarit im 14. und 13. Jh. v. u. Z.), in: VDI 3/1968, S. 85-96.

Gel'cer, M. L. : Carskaja administracija i dvorcovij personal v Ugarite (Die königliche Verwaltung und das Palastpersonal in Ugarit), in: Lietuvos TSR Aukštųjų Mokymų Mokslo Darbai, Istorija 10, 1969, S. 223-233.

Gel'cer, M. L. : Tovarnyj sostav i ceny v trgovle drevnego Ugarita (Die Waren und Preise im Handel des alten Ugarit), in: PSb 19/1969, S. 7-31.

[Gel'cer] Heltzer, M. : The Economy of a Syrian City in the Second Millennium B. C. - Moscow 1970 (V International Congress of Economic History, Leningrad, August 10-14, 1970, Papers).

Gribov, R. A. : Tēbibtum v tekstach iz Mari (Tēbibtum in den Texten aus Mari), in: PSb 17/1967, S. 3-5.

Gribov, R. A. : Zemel' nye otnošenija v Mari (Die Agrarverhältnisse in Mari), in: VDI 2/1970, S. 31-40.

[Jankovskaja] Jankovska, N. : Zur Geschichte der hurritischen Gesellschaft (auf Grund von Rechtsurkunden aus Arrapha und Alalah), in: ACIO 25 I. - Moskva 1962, S. 226-232.

Jankovskaja, N. B. : Obščinnoe samoupravlenie v Ugarite (garantii i struktura) (Die Gemeindegewaltverwaltung in Ugarit [Garantien und Struktur]), in: VDI 3/1963, S. 36-55.

Šifman, I. Š. : Iz istorii finikijskoj trgovli v Grecii vo vtoroj polovine II tysjačeleťija i v načale I tysjačeleťija do n. ě. (Aus der Geschichte des phönizischen Handels in Griechenland in der zweiten Hälfte des 2. Jahrtausends und zu Beginn des 1. Jahrtausends v. u. Z.), in: Sbornik pamjati Tjumeneva, S. 88-94.

Šifman, I. Š. : Novye materialy k charakteristike social'noj struktury Iudejskogo gosudarstva (Neues Material zur Charakteristik der sozialen Struktur des

judäischen Staates), in: EV 16, 1963, S. 21-28.

Šifman, I. Š. : Finikijskie morechody (Die phönizischen Seefahrer). - Moskva 1965.

Šifman, I. Š. : Imuščestvennye i zemel'nye otnošenija v Pal'mire v I-III vv. n. ě. po ėpigrafičeskim dannym (Die Eigentums- und Bodenbesitzverhältnisse in Palmyra im 1. - 3. Jh. u. Z., auf Grund epigraphischer Angaben), in: PSb 13/1965, S. 100-113.

Šifman, I. Š. : Zemel'nye otnošenija v Palestine v pervoj polovine I tys. do n. ě. (Die Bodenbesitzverhältnisse in Palästina in der ersten Hälfte des 1. Jahrtausends v. u. Z.), in: VDI 4/1965, S. 26-41.

Šifman, I. Š. : Carskie i polisnye zemli v ėllinističesko-rimskoj Sirii (Königs- und Polisland im hellenistisch-römischen Syrien), in: PSb 15/1966.

Šifman, I. Š. : K charakteristike carskich povinnostej v Palestine v pervoj polovine I tys. do n. ě. po dannym biblejskoj tradicii (Zur Charakteristik der Verpflichtungen zum Königsdienst in Palästina in der ersten Hälfte des 1. Jahrtausends v. u. Z. nach der biblischen Tradition), in: VDI 1/1967, S. 38-47.

Šifman, I. Š. : Raby v dokumentach iz Dura-Evropos (Die Sklaven in den Urkunden aus Dura-Europos), in: Antičnoe obščestvo. - Moskva 1967, S. 81-85.

Šifman, I. Š. : Voznikovenie gosudarstvennogo apparata v Iudejsko-Izrail'skom obščestve v konce II - načale I tysjačeleťija do n. ě. (Die Entstehung des Staatsapparates in der jüdisch-israelitischen Gesellschaft am Ende des 2. und Anfang des 1. Jahrtausends v. u. Z.), in: IV Sessija po Drevnemu Vostoku, S. 12-14.

Šifman, I. Š. : Carskie ljudi v ėllinističeskoj Sirii i Maloj Azii (Die λαοί βασιλικοί im hellenistischen Syrien und Kleinasien), in: PSb 19/1969, S. 32-38.

Šifman, I. Š.: Gorodskoj stroi palestinskih obščestv v pervoj polovine I tysjačel'etja do n. è. (k voprosu o bližnevostočnyh istokach èllinističeskoj civilizacii) (Der städtische Aufbau der Gesellschaften in Palästina in der ersten Hälfte des 1. Jahrtausends v. u. Z. [zu den nächstlichen Quellen der hellenistischen Zivilisation]), in: V Sessija po Drevnemu Vostoku, S. 63-66.

Šifman, I. Š.: Social'no-pravovye gruppy v sirijskom obščestve èllinističesko-rimskogo vremeni (Die sozialrechtlichen Gruppen in der syrischen Gesellschaft in hellenistischer und römischer Zeit), in: VDI 2/1971, S. 119-128.

Vejnberg, I. P.: Graždansko-chramovaja obščina v zapadnyh provincijach Achemenijskoj deržavy (Die Bürger-Tempel-Gemeinde in den westlichen Provinzen des Achämenidenreiches). Avtoreferat dissertacii. - Moskva 1971.

Vejnberg, I. P.: Palestinskaja graždansko-chramovaja obščina v Achemenijskoj deržave (voprosy upravlenija i samoupravlenija) (Die palästinensische Bürger-Tempel-Gemeinde im Achämenidenreich [Fragen der Verwaltung und Selbstverwaltung]), in: V Sessija po Drevnemu Vostoku, S. 66-69.

V. Südarabien

Lundin, A. G.: Social'no-èkonomičeskie dannye sabejskich posvjatitel'nych nadpisej perioda mukarribov (Sozialökonomische Angaben der sabäischen Weihinschriften der Periode der Mukarrib), in: VDI 3/1962, S. 96-120.

Lundin, A. G.: Carskaja vlast' v Južnoj Aravii v I tys. do n. è. (Die königliche Gewalt in Südarabien im 1. Jahrtausend v. u. Z.), in: VDI 3/1970, S. 3-16.

VI. Ägypten

Avdiev, B. I.: Èkonomičeskie i kul'turnye vzaimodejstvija Egipta i sosednich stran vo II-I tysjačel'etjach do n. è. (Wirtschaftliche und kulturelle Wechselbeziehungen zwischen Ägypten und den angrenzenden Ländern im 2. und 1. Jahrtausend v. u. Z.), in: Drevnij mir. Sbornik statej Akademiku V. V. Struve. - Moskva 1962, S. 25-31.

Avdiev, B. I.: Voennaja demokratija i klasovoj charakter drevnejšego gosudarstva (Die militärische Demokratie und der Klassencharakter des ältesten Staates), in: VIst 1/1970, S. 89-102.

Berlev, O. D.: Stoimost' raba v Egipte èpochi Srednego carstva (Der Wert eines Sklaven im Ägypten der Epoche des Mittleren Reiches), in: VDI 1/1966, S. 28-39.

Berlev, O. D.: K social'noj terminologii drevnego Egipta (Termin hrđw) (Zur Sozialterminologie des alten Ägypten [der Terminus hrđw]), in: Sbornik pamjati Struve, S. 11-14.

Bogoslovskij, E. S.: Rukovoditeli tkačej v Egipte XVI-XV vv. do n. è. (Die Führer der Weber im Ägypten des 16. und 15. Jh. v. u. Z.), in: VDI 1/1968, S. 87-96.

Boruchovič, V. G.: Antičnye avtory o proizvodstve papirusa-bumagi v Egipte (Antike Schriftsteller über die Herstellung von Papyrusrollen in Ägypten), in: Učenyje zapiski Gor'kovskogo universiteta 52, 1961, S. 407-422.

Boruchovič, V. G.: Papirusnye svidetel'stva ob organizacii i prodaže charty v Egipte vremeni Ptolemeev (Papyruszeugnisse über Organisation und Verkauf von Papyrusrollen in Ägypten in ptolemäischer Zeit), in: Sbornik pamjati Tjumeneva, S. 271-287.

Fichman, I. F.: Social'nyj sostav naselenija pozdneegipetskogo goroda (po papirusam Oksirincha) (Die soziale Zusammensetzung der Bevölkerung der spätägyptischen Stadt [nach den Oxyrynchos-Papyri]), in: V Sessija po Drevnemu Vostoku, S. 34-36.

Kacnel' son, I. S.: Rabovladienie v Kuse^h (Die Sklavenhaltung in Kusch), in: VDI 2/1964, S. 74-92.

Kacnel' son, I. S.: Sel'skoe chozjajstvo Napaty i Meroe (Die Landwirtschaft von Napata und Meroe), in: PSb 17/1967, S. 26-40.

Kink, Ch. A.: K probleme ekonomičeskich svjazej meždu drevnim Egiptom i Dvureč'em (Zum Problem der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem alten Ägypten und dem Zweistromland), in: Sbornik pamjati Tjumeneva, S. 25-46.

Kink, Ch. A.: O drevneegipetskich kamen-nych orudijach III-II tys. do n. è. (Über die altägyptischen Steinwerkzeuge des 3. und 2. Jahrtausends v. u. Z.), in: Sbornik pamjati Struve, S. 74-80.

Kobiščanov, Ju. M.: "Armi" carja Ėzāny (Perežitki voennoj demokratii v drevnem Aksume) (Die "Armeen" des Königs Ėzāna [Überreste der militärischen Demokratie im alten Aksum]), in: VDI 1/1962, S. 94-103.

Kobiščanov, Ju. M.: Obščestvennye otnošenija v Aksumskom carstve (Die gesellschaftlichen Verhältnisse im aksumitischen Königreich), in: Afrikanskij étnografičeskij sbornik 5. - Moskva 1963, S. 119-155.

Perepelkin, Ju. Ja.: Častnaja sobstvennost' v predstavlenii egiptjan starogo carstva (Das Privateigentum in der Vorstellung der Ägypter des Alten Reiches). - Moskva/Leningrad 1966 (= PSb 16).

Pikus, N. N.: Problema social'nogo položenija zemledel'cev i remeslennikov éllinističeskogo Egipta v sovschoj istoriografii (Das Problem der sozialen Lage der Bauern und Handwerker im hellenistischen Ägypten in der sowjetischen Historiographie), in: VDI 4/1967, S. 104-117.

Pikus, N. N.: O "planirovanii" poseva v éllinističeskom Egipte (Über die "Planung"

der Aussaat im hellenistischen Ägypten), in: VDI 3/1971, S. 130-137.

Postovskaja, N. M.: Familia v Egipte Drevnego carstva (Familia im Ägypten des Alten Reiches), in: VDI 1/1967, S. 3-37.

Reder, D. G.: Pojavlenie motygi i pluga v drevnem Egipte i Šumere (Die Entstehung von Hacke und Pflug im alten Ägypten und Sumer), in: Drevnij mir. Sbornik statej Akademiku V. V. Struve. - Moskva 1962, S. 165-170.

Reder, D. G.: Rol' finikovoj pal'my v ekonomike drevnego Egipta (Die Rolle der Dattelpalme in der Wirtschaft des alten Ägypten), in: Sbornik pamjati Struve, S. 107-112.

Savel'eva, T. N.: Agrarnyj stroj Egipta v period Drevnego carstva (Die Agrarstruktur Ägyptens in der Periode des Alten Reiches). - Moskva 1962.

Struve, V. V.: Obščestvennyj stroj éllinističeskogo Egipta (Die Gesellschaftsordnung im hellenistischen Ägypten), in: Vist 2/1962, S. 67-95, 219 f.

Stučevskij, I. A.: Zavisimoe naselenie drevnego Egipta (Die abhängige Bevölkerung des alten Ägypten). - Moskva 1966.

Stučevskij, I. A.: Nekotorye dannye drevneegipetskich istočnikov o sel'skoj obščine (Einige Angaben der altägyptischen Quellen über die Dorfgemeinde), in: Sbornik pamjati Struve, S. 133-138.

Stučevskij, I. A.: O karaktere nalogovoj ékspluatácii carskich zemledel'cev drevnego Egipta v epochu Ramessidov (Über den Charakter der steuerlichen Ausbeutung der königlichen Ackerbauern des alten Ägypten in der Ramessidenzeit), in: V Sessija po Drevnemu Vostoku, S. 25 f.

Trofimova, M. K.: Iz istorii éllinističeskoj ekonomiki (k voprosu o torgovoj konkurencii Bospora i Egipta v III veke do n. è.) (Aus der hellenistischen Wirtschafts-

geschichte [Zur Handelskonkurrenz zwischen dem Bosporanischen Reich und Ägypten im 3. Jh. v. u. Z.], in: VDI 2/1961, S. 46-68.

Vinogradov, I. V.: O tak nazyvaemych "deržateljach zemli" v papirusie Vil'bur (Über die sogenannten "Landbesitzer" im Papyrus Wilbour), in: VDI 4/1969, S. 18-23.

VII. Kaukasien

Abibullaev, O. A.: K voprosu o drevnejšej metallurgii Azerbajdžana (po materialam poselenija Kjul'-tepe) (Zur Frage der ältesten Metallurgie Aserbaidshans [nach dem Material der Siedlung Kül-Tepe]), in: MI. 125. Trudy Azerbajdžanskoj arheologičeskoj ekspedicii II. - Moskva 1965, S. 65-73.

Ajvazjan, S. M.: Assiro-vavilonskie istočniki o vyvoze metallov iz Armjanskogo nagor'ja (Assyrisch-babylonische Quellen über den Metallexport aus dem armenischen Hochland), in: Naučnye trudy Naučnogo issledovatel'nogo gornometallurgičeskogo instituta 5/1965, S. 385-388.

Alkperova, N. A.: Domašnaja svin'ja Mingečaura (Das Hausschwein des alten Mingečaur), in: Material'naja kul'tura Azerbajdžana 4. - Baku 1962, S. 250-290.

Chachutašvili, D. A.: K istorii drevnekolchidskoj metallurgii železa (Zur Geschichte der altkolchidischen Eisenmetallurgie), in: V Sessija po Drevnemu Vostoku, S. 142 f.

Chanzadjan, E. V.: O metallurgii drevnebronzovoj epochi v Armenii (Über die Metallurgie der älteren Bronzezeit in Armenien), in: SAR 2/1964, S. 92-101.

Džanpolodjan, R. M.: O trech obrazcah stekla iz Karmir-Blura (Über drei Arten von Glas aus Karmir-Blur), in: SAR 1/1964, S. 307-312.

Goginjan, S.: K istorii drevnej metallurgii železa v Armenii (Zur Geschichte der alten Eisenmetallurgie in Armenien), in: IFŽ 26, 3/1964, S. 229-234.

Gzelišvili, I. A.: Železoplavil'noe delo v Drevnej Gruzii (Das Eisenschmelzen im alten Grusinien). - Tbilisi 1964.

Kušnareva, K. Ch.: K organizacii remesla na drevnem Kavkaze (Zur Organisation des Handwerks im alten Kaukasus), in: V Sessija po Drevnemu Vostoku, S. 125-127.

Machmudov, F. A./Munčae, R. M./Narimanov, I. G.: O drevnejšej metallurgii Kavkaza (Über die älteste Metallurgie des Kaukasus), in: SAR 4/1968, S. 16-26.

Martirosjan, A. A.: Dannye po social'no-ekonomičeskoj strukture goroda Argištinili (Angaben zur sozialökonomischen Struktur der Stadt Argištinili), in: V Sessija po Drevnemu Vostoku, S. 109-112.

Močanov, Ju. A.: K voprosu ob upotreblenii i tehnike izgotovlenija kamennyh orudij v konce epochi bronzy (po materialam poselenija Uč'-tepe) (Zur Frage der Verwendung und Herstellungstechnik von Steinwerkzeugen am Ende der Bronzezeit [nach Material der Siedlung Uč'-Tepe]), in: MIA 125, 1965, S. 135-152.

Narimanov, I. G.: Drevnejšaja zemledel'českaja kul'tura Zakavkaz'ja (Die älteste Ackerbaukultur Transkaukasiens), in: VII Meždunarodnyj kongress doistorikov i protoistorikov. Doklady i soobščeniya arheologov SSSR. - Moskva 1966, S. 121-126.

Narimanov, I. G.: Novye dannye o razvitii krupnogo rogatogo skota v drevnem Azerbajdžane (Neue Angaben über die Entwicklung des Großviehs im alten Aserbaidshan), in: Doklady Akademii Nauk Azerbajdžanskoj SSR 2/1966, S. 75-79.

Piotrovskij, B. B.: Osnovnye etapy drevnejšego zemledelija v Armenii (Die Hauptetappen der ältesten Landwirtschaft in Armenien), in: IFŽ 3-4/1961, S. 180-221.

Selimchanov, I. R.: Metallurgija Zakavkaz' ja v IV-III tysjačletijach do n. é. (Die Metallurgie Transkaukasiens im 4. - 3. Jahrtausend v. u. Z.), in: Materialy sessii, posvjaščennoj itogam archeologičeskich i étnografičeskich issledovanij 1964 goda v SSSR (Tezisy dokladov). - Baku 1965, S. 19-21.

VIII. Iran - Urartu - Mittel- asien

Arutjunjan, N. V.: Zemledelie i skotovodstvo Urartu (Ackerbau und Viehzucht Urartus). - Erevan 1964.

Chlopin, I. N.: Indoirancy: zemledel'cy ili skotovody? (Ischodnyj vopros arijskoj problemy) (Die Indoiraner; Ackerbauern oder Viehzüchter? [Die Ausgangsfrage des arischen Problems]), in: Vist 10/1970, S. 88-99.

Dandamaev, M. A.: Foreign Slaves on the Estates of the Achaemenid Kings and their Nobles, in: ACIO 25 II, S. 147-154.

Dandamaev, M. A.: Kontrakty o sdače vnaem skota prinadležavšego satrapu Aršamu (Kontrakte über die Vermietung von Vieh des Satrapen Aršamu), in: Sbornik pamjati Tjumeneva, S. 127-148.

Dandamaev, M. A.: Novye dokumenty carskogo chozjajstva v Irane (509 - 494 gg. do n. é.) (Neue Urkunden der königlichen Wirtschaft in Iran [509 - 494 v. u. Z.]), in: VDI 1/1972, S. 3-27.

D'jakonov, I. M.: Nekotorye dannye o social'nom ustrojstve Urartu (Einige Angaben über die soziale Struktur Urartus), in: Sbornik pamjati Tjumeneva, S. 55-65.

Justifov, Ju. B.: Terminy dlja rabov v Midii, Élame i Persii serediny I tysjačletija do n. é. (Die Ausdrücke für Sklaven in Medien, Elam und Persien um die Mitte des 1. Jahrtausends v. u. Z.), in: VDI 4/1961, S. 32-49.

Jusifov, Ju. B.: Élamskie chozjajstvennye dokumenty iz Zuz. Transkripcija, perevod i kommentarij (Elamische Wirtschaftstexte aus Susa. Umschrift, Übersetzung und Kommentar), in: VDI 2/1963, S. 189-222; 3/1963, S. 199-261.

Jusifov, Ju. B.: Élam. Social'no-ékonomičeskaja istorija (Elam. Sozialökonomische Geschichte). - Moskva 1968.

Kotovič, V. G.: O chozjajstve naselenija gornogo Dagestana v drevnosti (Über die Wirtschaft der Bevölkerung des gebirgigen Dagestan im Altertum), in: SAR 3/1965, S. 5-13.

Lisicyna, G. N.: Izučenie geksjurskoj orositel'noj seti v južnoj Turkmenii v 1964 g. (Die Erforschung des Bewässerungsnetzes von Gökür in Südturkmenien im Jahre 1964), in: KSIA AN SSSR 108, 1966, S. 96-100.

Lisicyna, G. N.: Orošaemoe zemledelie épochi éneolita na juge Turkmenii (Der Bewässerungsbodenbau der Kupfersteinzeit im Süden Turkmeniens). - Moskva 1965.

Lisicyna, G. N.: Osnovnye étapny istorii orošaemogo zemledelija na juge Srednej Azii i Bližnem Vostoke (Die Hauptetappen des Bewässerungsbodenbaus im Süden Mittelasiens und im Vorderen Orient), in: KSIA AN SSSR 122, 1970, S. 114-118.

Masson, V. M.: Protogorodskaja civilizacija juga Srednej Azii (Die proto-urbane Zivilisation des südlichen Mittelasiens), in: SAR 3/1967, S. 165-190.

AUTORENVERZEICHNIS

- Baudis, Dieter, Dr. rer. oec., Stellvertretender Direktor des Instituts für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Berthold, Brigitte, Dr. phil., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Zentralinstitut für Geschichte, Bereich Feudalismus, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Berthold, Rudolf, Prof. Dr. sc. phil., Leiter der Abteilung Agrare Produktivkräfte, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Donat, Peter, Dr. phil., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter, Bereich Ur- und Frühgeschichte, Zentralinstitut für Alte Geschichte und Archäologie, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Eichholtz, Dietrich, Dr. rer. oec. habil., Stellvertretender Abteilungsleiter, Wissenschaftsbereich Deutsche Geschichte 1917 bis 1945, Zentralinstitut für Geschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Engel, Evamaria, Dr. phil., Stellvertretender Abteilungsleiter, Zentralinstitut für Geschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Epperlein, Siegfried, Dr. phil. habil., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter, Wissenschaftsbereich Deutsche Geschichte, Abteilung Feudalismus, Zentralinstitut für Geschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Freydank, Helmut, Dr. phil., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter, Zentralinstitut für Alte Geschichte und Archäologie, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Günther, Renate, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Gunst, Péter, Dr., Kandidat der Geschichtswissenschaft, Wissenschaftlicher Hauptmitarbeiter, Forschungsgruppe für Agrargeschichte, Ungarisches Museum für Landwirtschaft, Ungarische Akademie der Wissenschaften, Budapest.
- Harnisch, Hartmut, Dr. phil., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Kuczynski, Jürgen, Ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

- Kuczynski, Thomas, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Lewin, Günter, Dr. phil., Wissenschaftlicher Assistent, LFB Süd- und Ostasien, Sektion Afrika- und Nahostwissenschaften, Karl-Marx-Universität Leipzig.
- Mette, Thomas, Dr. phil., Diplomhistoriker/Diplomarchivar, Leiter des Archivs, Ministerium für Verkehrswesen, Politische Verwaltung der Deutschen Reichsbahn, Berlin.
- Mottek, Hans, Prof. Dr. Dr. h. c., Ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR, Leiter des Bereichs Wirtschaftsgeschichte, Sektion Marxismus-Leninismus, Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner", Berlin.
- Müller, Hans-Heinrich, Dr. rer. oec. habil., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Nussbaum, Manfred, Dr. rer. oec. habil., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Radandt, Hans, Prof. Dr. rer. oec. habil., Leiter der Abteilung Betriebsgeschichte, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Richter, Siegfried, Dr. rer. oec. et phil. habil., Ordentlicher Professor, Lehrgruppe Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Sektion Wirtschaftswissenschaft, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.
- Roesler, Jörg, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Oberassistent, Bereich Wirtschaftsgeschichte, Sektion Wirtschaftswissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin.
- Sak, S., Kandidat der Wirtschaftswissenschaften, Lehrstuhl Ökonomie des modernen Kapitalismus, Ökonomische Fakultät, Staatliche Universität Leningrad.
- Schreyer, Hermann, Dr. phil., Diplomarchivar, Zentrales Staatsarchiv Potsdam.
- Sonnemann, Rolf, Dr. rer. oec. et phil. habil., Ordentlicher Professor, Lehrstuhlinhaber, Bereich Geschichte der Produktivkräfte, Sektion Philosophie und Kulturwissenschaften, Technische Universität Dresden.
- Strube, Wilhelm, Dr. phil. habil., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Tamagaki, Yoshinori, Professor of Economics, Doctor of Economics, Department of Economics, Senshu University, Tokio.
- Tjul'panov, S. I., Prof. Dr. habil., Dr. h. c., Leiter des Lehrstuhls für Ökonomie des modernen Kapitalismus, Ökonomische Fakultät, Staatliche Universität Leningrad.
- Widera, Bruno, Dr. phil. habil., Freier Mitarbeiter, Zentralinstitut für Geschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

СОДЕРЖАНИЕ

- Ю. Рёслер, О взаимосвязи социалистического соревнования с центральным государственным управлением с 1948 по 1955 гг.
- Р. Зойнеманн, С. Рихтер, Происхождение и протекание научно-технической революции
- Х. Моттек, Об историческом развитии экономической роли буржуазного государства до первой Мировой войны
- Ё. Тамагаки, Некоторые признаки механизма экономического роста японского капитализма
- Р. Бертольд, О социально-экономической структуре капиталистической системы немецкого сельского хозяйства с 1907 по 1925 годы
- П. Гунст, Тенденции развития урожайности с гектара в венгерском сельском хозяйстве с 1869 до 1969 гг. / В международном сравнении/
- В. Штрубе, О сближении науки с производством в 18 веке - представлено на примере химии
- С. Тюльпанов, С. Зак, О влиянии общинной структуры на процесс миграции населения в развивающихся странах
- Г. Левин, Государственное управление и контроль мануфактур и ремесленного производства в Китае в ранний период Сонг
- М. Нуссбаум, О положении и ситуации сельского хозяйства и об "иностранном секторе" в развивающихся странах
- Б. Видера, Цветущая торговля и цветущее ремесло в домонгольской Руси. Критические возражения к замечаниям Зигфрида Эпперлайн о развитии городов на Руси с 10 века до середины 13 века
- З. Эпперлайн, Об исследовании города в Киевской Руси
- Д. Айххольц, Менеджер государственно-монополистического капитализма. Буржуазная литература о фашистских министрах и военных деятелях в военной экономике 1939-1945 гг.; Алан С. Милвард, Немецкая военная экономика 1939-1945 гг.; Георг Томас, История немецкой оборонной и военной экономики /1918 - 1943-45 гг./; Грегор Янссен, Министерство Шпеер. Немецкое вооружение в войне; Беренице А. Карролл, План тотальной войны. Армия и экономика третьего рейха; Альберт Шпеер, Воспоминания; Давид Ирвинг, Трагедия немецких военно-воздушных сил. Из актов и воспоминаний фельдмаршала Мильха
- Д. Баудис, Экономика и ведение войны в империалистической Германии 1914 - 1918 гг. Об представлении роли экономики при подготовке и ведении первой Мировой войны в некоторых более новых публикациях в ФРГ и ГДР; Бурхард, Лотер, Мировая экономика и подготовка к войне. Экономические стремления Германии к вооружению до 1914 года. Военно-исторические исследования; Кильмансегг, Петер Граф, Германия и первая Мировая война; Германия в первой Мировой войне, Издание Немецкой академии наук г. Берлина, Институт истории, рабочая группа по первой Мировой войне, Руководитель : Фритц Клайн. Том I: Подготовка, развязка и протекание войны до конца 1914 года, Авторский коллектив под руководством Фритца Клайн; Том II: Январь 1915 - октябрь 1917 года, Авторский коллектив под руководством Виллибальда Гутше; Том III: Ноябрь 1917 - ноябрь 1918, Авторский коллектив под руководством Еахима Петцольда
- Ю. Кучинский, "Что такое социальная история?" Рудольф Рюбберт, История индустриализации, Экономика и общество на пути в нашу эпоху; Вернер Пёльс, Немецкая социальная история. Документы и заметки

- Х. Харниш, Х.-Х. Мюллер, Факторы и индикаторы экономической истории. Исследования к : экономические и социальные проблемы ремесленного развития в 15-16 и 19 веках; Ханс-Юрген Шмитц, Факторы ценообразования на зерно и вино в период с 800 по 1350 год
- Х. Радант, Хорошие книги по истории предприятия - пример для ещё более лучших
- Т. Метте, Вопросы историографии предприятия у Немецкой имперской железной дороги
- Х. Шрайер, Информация о фонде для историка - экономиста из Центрального Государственного Архива ГДР. Наследие Артура Дикса. Центральный Государственный Архив ГДР, I исторический отдел
- Т. Кучинский, Международный коллоквиум о качественных методах в исторических науках
- С. Рихтер, Пятое ежегодное заседание международной секции истории производительных сил
- Х.-Х. Мюллер, Аграрно-исторический коллоквиум в Ростоке с 3 - 5 июля 1973 года
- Э. Энгель, Характер и функция городских союзов в феодальном обществе
- Б. Бертольд, Сообщение о коллоквиуме "Об исторической роли немецкой буржуазии при феодализме"
- П. Донат, 7-ое заседание секции по древней и ранней истории общества историков ГДР в Дрездене с 10 - 12 мая 1973 года
- Р. Гюнтер, Записки высших школ по экономической истории
- Х. Фрайданк, Библиография трудов по экономической и социальной истории древности. Часть III : Советские труды по древне-восточной общественно-экономической формации /1961 - 1971/

CONTENTS

- J. Roesler, Relations between socialist contest and central state management in the years from 1948 to 1955
- S. Richter/R. Sonnemann, Origin and course of the scientific-technical revolution
- J. Kuczynski, Planning in Economic history
- H. Mottek, On the historical development of the economic role of the bourgeois state until world war I
- Y. Tamagaki, Some characteristics of the mechanism of economic growths of Japanese capitalism
- R. Berthold, On the socio-economic structure of the capitalist system of German agriculture between 1907 and 1925
- P. Gunst, The tendencies of development of yields per hectare in Hungarian agriculture between 1869 and 1969 (with international comparison)
- W. Strube, On the approach of science and production in 18th century - exemplified by chemistry
- S. Tjulpanov/S. Sak, The influence of the structure of communities on the processes of migration of population in the developing countries
- G. Lewin, The state management and control of manufactures and artisan production in China of the early Song-period
- M. Nussbaum, On position and situation of agriculture and on the "foreign sector" in the developing countries
- B. Widera, Prospering commerce and prospering trade in the Pre-mongolian Rus. Critical objections on remarks of Siegfried Epperlein concerning the nature of towns in the Rus from 10th century to the middle of 13th century
- S. Epperlein, On research on the town of the Kiev Rus
- D. Eichholtz, Managers of state-monopolistic capitalism. Bourgeois literature on fascist ministers and military men in war economy 1939 to 1945. Alan S. Milward, The German war economy 1939-1945; Georg Thomas, History of the German armament economy (1918-1943/45); Gregor Janssen, The ministry Speer. Germany's armament in war; Berenice A. Carroll, Design for Total war. Arms and economics in the Third Reich; Albert Speer, Memories; David Irving, The tragedy of the German Luftwaffe. From the files and memories of Fieldmarshal Milch
- D. Baudis, Economy and warfare in imperialist Germany 1914 till 1918. On the representation of the role of the economy in preparation and leading of World War I in some recent historical publications of FRG and GDR; Burchardt, Lothar, Peace-economy and war provision. Germany's economic armament endeavours before 1914. Studies in military history; Kielmansegg, Peter Graf, Germany and World War I; Germany in World War I, edited by the German Academy of Sciences, Berlin, Institut of History, Team World War I, Leadership: Fritz Klein. Volume 1: Preparation, unleashing and course of the war until end of 1914, by a team of authors under leadership of Fritz Klein; Volume 2: January 1915 until October 1917, by a team of authors under leadership of Willibald Gutsche; Volume 3: November 1917 until November 1918, by a team of authors under leadership of Joachim Petzold
- J. Kuczynski, "What means social history?" Rudolf Rübberdt, History of industrialization. Economy and society on the road toward our time; Werner Pöls, German social history. Documents and sketches
- H. Harnisch/H. -H. Müller, Factors and indicators of Economic history. Considerations on: Economic and social problems of industrial development in the 15th-16th and 19th century; Hans-Jürgen Schmitz, Factors of price formation of grain and wine in the time from 800 until 1350
- H. Radandt, Good books on works history - examples for still better ones

- T. Mette, Problems of writing works history at the German Reichsbahn
- H. Schreyer, Information for the economic historian on the stock of the central state archiv of GDR Left papers of Arthur Dix, Central state archiv of GDR, Historical dpt. I
- Th. Kuczynski, International Colloquium on quantitative methods in the historical sciences
- S. Richter, Fifth annual session of interdisciplinary study group History of productiv forces
- H. -H. Müller, Agro-historical colloquium at Rostock from July 3rd - 5th, 1973
- B. Berthold, Report on the colloquium "On the historical role of the German bourgeoisie in feudalism"
- E. Engel, Character and function of the leagues of towns in feudal society
- P. Donat, 7th session of the special group "primeral and early history" of the historical society of GDR from May 10th - 12th 1973 at Dresden
- R. Günther, University publications on economic history
- H. Freydank, Bibliography of works on economic and social history of antiquity. Part III: Soviet works on the antic oriental formation of society (1961 to 1971)

- J. Roesler, Les rapports entre le concours socialiste et la direction centrale étatique dans les années 1948 jusqu'à 1955
- R. Sonnemann/S. Richter, Origine et marche de la révolution scientifico-technique
- J. Kuczynski, Planification dans l'histoire économique
- H. Mottek, Observations sur l'évolution historique du rôle économique de l'Etat bourgeois jusqu'à la première guerre mondiale
- Y. Tamagaki, Quelques marques distinctives du mécanisme de la croissance économique du capitalisme japonais
- R. Berthold, Remarques sur la structure socio-économique du système capitaliste de l'agriculture allemande entre 1907 et 1925
- P. Gunst, Les tendances d'évolution du rendement d'hectare de l'agriculture hongroise entre 1869 et 1969 (avec une comparaison internationale)
- W. Strube, Sur l'approchement des sciences et de la production au 18^e siècle, démontré par l'exemple de la chimie
- S. Tjulpanow/S. Sak, Influence de la structure de commune sur les procès de migration de la population dans les pays de développement
- G. Lewin, La direction étatique et le contrôle de manufactures et de production artisanale dans la Chine des premiers âges de la période Song
- M. Nussbaum, Sur la situation de l'agriculture et remarques sur le "secteur étranger" dans les pays de développement
- B. Widera, Commerce et artisanat florissants dans la Russie pré-mongolique (RUS). Objections critiques au sujet des observations de Siegfried Epperlein sur l'urbanisme dans la Russie pré-mongolique du 10^e siècle jusqu'au milieu du 13^e siècle
- S. Epperlein, Recherches sur la ville de Kiew en Russie pré-mongolique (RUS)
- D. Eichholtz, Managers du capitalisme monopolistique d'Etat. Littérature bourgeoise sur des ministres et militaires fascistes dans l'économie de guerre de 1939 jusqu'à 1945. Alan S. Milward, L'économie de guerre allemande de 1939 jusqu'à 1945; Georg Thomas, Histoire de l'économie militaire et de l'économie d'armement allemandes (1918-1943/45); Gregor Janssen, Le ministère Speer. L'armement de l'Allemagne pendant la guerre; Berenice A. Carroll, Design for total war. Arms and Economics in the third Reich; Albert Speer, Souvenirs; David Irving, The tragedy of the German Air Force. Détails contenus dans les documents et souvenirs du généralissime Milch
- D. Baudis, L'économie et conduite de guerre en Allemagne impérialiste de 1914 à 1918. Observations sur le rôle qu'a joué l'économie pour préparer et conduire la première guerre mondiale, comme il est décrit dans quelques publications historiques modernes de la DDR et de la BRD. Burchardt, Lothar, Économie de paix et préparatifs de guerre. Les efforts économiques d'armement faits par l'Allemagne avant 1914; Études d'histoire militaire; Kielmansegg, Peter Graf, L'Allemagne et la première guerre mondiale; L'Allemagne pendant la Première Guerre Mondiale, édité par l'Académie des sciences de Berlin, Institut d'histoire, groupe de travail "Première Guerre Mondiale", direction: Fritz Klein. Premier volume: Préparatifs, déclenchement et marche de la guerre jusqu'à la fin de 1914, édité par un collectif d'auteurs sous la direction de Fritz Klein; deuxième volume: Janvier 1915 jusqu'à octobre 1917, édité par un collectif d'auteurs sous la direction de Willibald Gutsche; troisième volume: Novembre 1917 jusqu'à novembre 1918, édité par un collectif d'auteurs sous la direction de Joachim Petzold
- J. Kuczynski, C'est quoi ça, l'histoire sociale? Rudolf Rübberdt. Histoire de l'industrialisation. Économie et société en route vers notre époque; Werner Pöls, Histoire sociale allemande. Documents et brouillons

- H. Harnisch/H. -H. Müller, Facteurs et indicateurs de l'histoire économique. Considérations par rapport aux problèmes économiques et sociaux du développement industriel du 15^e jusqu'aux 16^e et au 19^e siècles; Hans Jürgen Schmitz, Facteurs de la formation des prix pour blé et vin entre 800 et 1350
- H. Radandt, Livres utiles d'histoire d'usine - exemples pour livres encore meilleurs
- T. Mette, Questions de l'historiographie d'usine des chemins de fer allemands
- H. Schreyer, Information sur la totalité de marchandises, etc. pour l'historien économique dans les archives centrales étatiques de la DDR. Œuvres posthumes d'Arthur Dix, Archives centrales d'Etat de la DDR, section historique I
- Th. Kuczynski, Colloque international sur méthodes quantitatives dans les sciences historiques
- S. Richter, Cinquième congrès annuel du cercle inter-disciplinaire de travail: histoire des forces productives
- H. -H. Müller, Colloque d'histoire agraire à Rostock du trois au cinq juillet 1973
- E. Engel, Caractère et fonction des associations féodales des villes dans la société féodale
- B. Berthold, Rapport sur le colloque "observations sur le rôle historique de la bourgeoisie allemande dans la période de la féodalité"
- P. Donat, Septième congrès du groupement professionnel de préhistoire de la société d'historiens de la DDR à Dresde du 10 au douze mai 1973
- R. Günther, Mélanges universitaires concernant l'histoire économique
- H. Freydank, Bibliographie de travaux sur l'histoire économique et l'histoire sociale de l'antiquité. Troisième partie; Travaux soviétiques sur la formation sociale ancienne - orientale (1961 à 1971)

- J. Roesler, Las relaciones entre la emulación socialista y la dirección central-estatal durante los años 1948 hasta 1956
- R. Sonnemann/S. Richter, El origen y el desarrollo de la revolución técnico-científica
- J. Kuczynski, La planificación en la historia económica
- H. Mottek, Acerca del desarrollo histórico del papel económico del estado burgués hasta la primera guerra mundial
- Y. Tamagaki, Algunos distintivos del mecanismo del crecimiento económico del capitalismo japonés
- E. Berthold, Acerca de la estructura económico-social del sistema capitalista de la agricultura alemana entre 1907 y 1925
- P. Gunst, Las tendencias evolutivas de los rendimientos por hectárea en la agricultura húngara entre 1869 y 1969 (incluyendo una comparación internacional)
- W. Strube, Acerca del acercamiento de la ciencia y de la producción en el siglo XVIII - descrito por el ejemplo de la química
- S. Tjulpanov/S. Sak, La influencia de la estructura municipal a los procesos de migración de la población en los países en vía de desarrollo
- G. Lewin, La dirección estatal y el control de las manufacturas y de la producción de artesanía en China durante la época Song temprana
- M. Nussbaum, Acerca de la posición y la situación de la agricultura y sobre el "sector extranjero" en los países en vía de desarrollo
- B. Widera, Comercio floreciente y artesanía floreciente en la Rus premongol. Objeciones críticas acerca de observaciones de Siegfried Epperlein sobre la situación urbana en la Rus del siglo X hasta la mitad del siglo XIII
- S. Epperlein, Acerca de la investigación de la ciudad en la Rus de Kiev
- D. Eichholtz, Dirigentes del capitalismo monopolio-estatal. Literatura burguesa sobre ministros y militares fascistas en la economía de guerra entre 1939 y 1945. Alan S. Milward, La economía de guerra alemana 1939 hasta 1945; Georg Thomas, Historia de la economía de defensa y de armamentos de Alemania (1918 - 1943/45); Gregor Janssen, El ministerio Speer. El armamento de Alemania durante la guerra; Berenice A. Carroll, Design for Total War. Arms and Economics in the Third Reich; Albert Speer, Memorias; David Irving, La tragedia de las fuerzas aéreas alemanas. De los documentos y memorias del mariscal Milch
- D. Baudis, Economía y la estrategia y táctica de la guerra en la Alemania imperialista durante 1914 hasta 1918. Acerca de la interpretación del papel de la economía en la preparación y ejecución de la primera Guerra mundial según algunas publicaciones históricas recientes en la RFA y en la RDA; Burchardt, Lothar, Economía de paz y previsión de guerra, Los esfuerzos económicos por el armamento de Alemania antes de 1914. Estudios en historia militar. Koelmansegg, Peter Graf, Alemania y la primera Guerra mundial; Alemania durante la primera guerra mundial, editado por la Academia de Ciencias Alemana de Berlín, Instituto de Historia, círculo de estudios "Primera Guerra Mundial", dirección: Fritz Klein. Tomo 1: Preparación, desencadenamiento y desarrollo de la guerra hasta los fines de 1914, por un grupo colectivo de autores con la dirección de Fritz Klein; Tomo 2: Desde enero de 1915 hasta octubre de 1917, por un grupo colectivo de autores con la dirección de Willibald Gutsche; Tomo 3: Desde noviembre de 1917 hasta noviembre de 1918, por un grupo colectivo con la dirección de Joachim Petzold
- J. Kuczynski, "¿Qué es la historia social?" Rudolf Rübberdt, Historia de la industrialización. Economía y sociedad en marcha a nuestros tiempos; Werner Pöls, Historia social alemana. Documentos y bocetos

- H. Harnisch/H. -H. Müller, Elementos e indicadores de la historia económica. Reflexiones sobre: Problemas económicos y sociales del desarrollo de artesano durante los siglos XV hasta XVI y en el siglo XIX; Hans-Jürgen Schmitz, Elementos de la formación de precios para cereales y vino durante los tiempos de 800 hasta 1350
- H. Radandt, Libros buenos sobre historia de empresas y fábricas - ejemplos para aún mejores
- T. Mette, Problemas de la historiografía sobre empresas tocante la Empresa Estatal de Ferrocarriles
- H. Schreyer, Información sobre el inventario del Archivo Central del Estado en la RDA. Obras póstumas de Arthur Dix, Archivo Central del Estado en la RDA, Departamento histórico I
- Th. Kuczynski, Coloquio internacional sobre métodos cuantitativos en las ciencias históricas
- S. Richter, Quinta conferencia anual del círculo de estudios entre distintos ramos científicos sobre la historia de las fuerzas productivas
- H. -H. Müller, Coloquio en historia de la agricultura en Rostock desde el 3 hasta el 5 de julio de 1973
- E. Engel, El carácter y la función de las confederaciones de ciudades en la sociedad feudal
- B. Berthold, Relato sobre el coloquio "Acerca del papel histórico de la burguesía alemana en el feudalismo"
- P. Donat, Séptima conferencia del grupo de estudio sobre prehistoria de la Sociedad de los Historiadores de la RDA en Dresde desde el 10 hasta el 12 de mayo de 1973
- R. Günther, Publicaciones por escuelas superiores y universidades acerca de la historia económica
- H. Freybank, Bibliografía sobre estudios en historia económica y social de la antigüedad, Parte III; Publicaciones soviéticas acerca de la formación social del Oriente antiguo (1961 hasta 1971)

In Vorbereitung für die nächsten Bände des Jahrbuchs:

P. Hess

Aktuelle Lehren aus der Entstehungsgeschichte der Léninschen Imperialismustheorie

H. Radandt

Hermann J. Abs - Bankier im Geheimauftrag Görings

K. Laser

Die deutsch - sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen nach dem Machtantritt des Faschismus

S. Orbán

Einige Probleme des Rückgangs der Agrarbevölkerung in Ungarn in der Periode der sozialistischen Umgestaltung

R. Berthold

Zur Entwicklung der deutschen Agrarproduktion und der Ernährungswirtschaft zwischen 1907 und 1925

G. B. Hagelberg/H. - H. Müller

Kapitalgesellschaften für Anbau und Verarbeitung von Zuckerrüben in Deutschland im 19. Jahrhundert

H. Harnisch

Statistische Untersuchungen zum Verlauf der kapitalistischen Agrarreformen in den preußischen Ostprovinzen (1811 bis 1835)

Ju. A. Tichonov

Die Feudalrente in Zentralrußland zur Zeit der Entstehung der Leibeigenschaft (Ende des 16. bis Anfang des 18. Jahrhunderts)

K. Fritze

Hansisches Städtebürgertum und Bauern im ostelbischen Raum während des Spätmittelalters

E. Behm/J. Kuczynski

Die Reflexion der Arbeiterbewegung in der Regierungspresse vor dem Ersten Weltkrieg. Eine vornehmlich quantitative Analyse (Rumänien)

W. Falk

Planung - mehr als "Nicht-Anarchie". Bemerkungen zu: Jürgen Kuczynski, Planung in der Wirtschaftsgeschichte

H. Harnisch/P. Musiolek/S. Sabottke/H. Thümmeler
Wirtschaftsgeschichte und soziale Bewegungen im Kartenbild. Gedanken, Bemerkungen
und kritische Hinweise anlässlich des Erscheinens von
Atlas zur Geschichte, Bd. 1; Von den Anfängen der menschlichen Gesellschaft bis zum
Vorabend der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917

C. Remer

Ausländisches Kapital - nichteinheimisches Kapital. Bemerkungen zu: Ja. S. Chonigsmann,
Pronykennja inozemnoho kapitalu v ekonomiku Zachidnoji Ukrajinij v epochu imperia-
lizmu (do 1918 r.)

Th. Kuczynski

Zu einigen neueren Entwicklungen in der bürgerlichen Wirtschaftsgeschichtsschreibung.
Überlegungen beim Lesen von The Reinterpretation of American Economic History

J. Kuczynski

Probleme der Quantifizierung und Qualifizierung der Lebenshaltung. Überlegungen bei der
Lektüre von Rolf Engelsing, Zur Sozialgeschichte deutscher Mittel- und Unterschichten

G. Vogler

Müntzerbild und Bauernkriegsforschung. Bemerkung zu neuen Publikationen. Max Stein-
metz, Das Müntzerbild von Martin Luther bis Friedrich Engels; Thomas Müntzer, Schrif-
ten und Briefe; Thomas Müntzer, Politische Schriften - Manifeste - Briefe 1524/25; Horst
Buszello, Der deutsche Bauernkrieg von 1525 als politische Bewegung. Mit besonderer
Berücksichtigung der anonymen Flugschrift An die versammlung gemayner Pawerschaftt;
Horst Gerlach, Der englische Bauernaufstand von 1381 und der deutsche Bauernkrieg: Ein
Vergleich; David Warren Sabeen, Landbesitz und Gesellschaft am Vorabend des Bauern-
kriegs. Eine Studie der sozialen Verhältnisse im südlichen Oberschwaben in den Jahren
vor 1525; Günther Franz, Der deutsche Bauernkrieg - Aktenband

W. Strube

Kontinuität oder Diskontinuität bei der Entwicklung der Produktivkräfte im Mittelalter?
Bemerkungen zu Lynn White junior, Die mittelalterliche Technik und der Wandel der
Gesellschaft

A. Mitrofanova

Stand und Probleme der weiteren Erforschung der Geschichte der Fabriken und Werke
in der UdSSR

H. Czihak

Zur Darstellung des sozialistischen Produzenten in der Betriebsgeschichte und zur Nut-
zung der Brigadetagebücher

N. Woick

Zum Stand der Betriebsgeschichtsforschung im Bezirk Karl-Marx-Stadt

Bibliographie selbständiger Schriften zur Betriebsgeschichte in der Deutschen
Demokratischen Republik (9. Fortsetzung) (R. Günther)

E. Oelke

Die regionale Entwicklung der Eisenindustrie im östlichen Harz (bis zum Jahre 1945)